

MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT BEIM ZK DER SED

Ernst Thälmann

Reden und Aufsätze
zur Geschichte
der deutschen
Arbeiterbewegung

Band 2

Auswahl aus den Jahren
November 1928 bis September 1930

Nach der Ausgabe
Dietz Verlag Berlin
1956

INHALT

Vorbemerkung zum Band II der Reden und Aufsätze Ernst Thälmanns	6
9. November 1918 - die Geburtsstunde der deutschen Revolution (9. November 1928)	8
„Die Rote Fahne“ - gegen den imperialistischen Krieg! (18. November 1928)	12
Zehn Jahre Kommunistische Partei Deutschlands (November 1928).....	14
Fünf Jahre Roter Frontkämpferbund	17
Zum V. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes	20
Zum XII. Parteitag (8. Juni 1929)	24
XII. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS	27
Die politische Lage und die Aufgaben der Partei (10. Juni 1929).....	27
I. Die internationale Lage und die Entwicklung der Kommunistischen Internationale seit dem VI. Weltkongreß	28
II. Die Wirtschaftslage in Deutschland, insbesondere das Reparationsproblem, die Offensive des Kapitals und die imperialistische Kriegspolitik Deutschlands	37
III. Die Rolle der Sozialdemokratie im heutigen Klassenkampf und die Entwicklung des Sozialfaschismus	44
IV. Der Charakter der gegenwärtigen Klassenkämpfe, die neue Taktik der Partei und die innerparteiliche Entwicklung.....	50
V. Die Maiereignisse, die Perspektive der weiteren Entwicklung und die Hauptaufgaben der Partei	60
Schlußwort (14. Juni 1929).....	70
Antrag der Politischen Kommission des Parteitages zur Fraktionsplattform der Versöhnler	79
X. PLENUM DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE	84
Über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale (14. Juli 1929)	84
Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der kommunistischen Parteien (15. Juli 1929).....	96
I. Die Wendung in der allgemeinen Lage und die dadurch hervorgerufene Veränderung im Klassenkampf	96
Der Charakter und die Bedeutung der Kämpfe in der gegenwärtigen Periode	96
Die zwei Weltfronten	97
Die Bedeutung der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf	100
Die Stärke der Weltgewerkschaftsbewegung	100
II. Die Faschisierung der Gewerkschaften, ihr Verwachsen mit dem Staatsapparat und mit dem Finanzkapital	101
Die Beziehungen der reformistischen Gewerkschaften zum Finanzkapital	102
Der Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften	103
Unsere Stellung zu den Ausgeschlossenen	105
Die Frage der Reverse	106
Die „Linken“ in der Gewerkschaftsbewegung.....	106
III. Die neue Taktik unserer Parteien und die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe	107
Der Inhalt der internationalen Wirtschaftskämpfe.....	107

Die neue Taktik und die Hemmnisse und Fehler in unseren Reihen	109
Die Streiks und ihre Lehren im internationalen Maßstabe	110
Die reaktionären Maßnahmen des internationalen Kapitalismus gegen die revolutionäre Klassenfront .	113
Neue Merkmale und Kampfformen unserer Arbeit bei der Führung des revolutionären Massenkampfes	113
Die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe	114
Unsere Taktik bei den Betriebsrätewahlen	116
Das Problem der Millionen von Unorganisierten und ihre Einreihung in die revolutionäre Klassenfront	118
Die neuen Reserven und ihre große Bedeutung für die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit.....	119
Die falschen Auffassungen der deutschen Rechten	121
Die Rolle der Arbeiterinnen, der Jugend und der Landarbeiter.....	122
Neue Methoden der Ausbeutung in der kapitalistischen Rationalisierung	124
<i>IV. Ökonomische Streiks und politische Massenkämpfe in Verbindung mit dem revolutionären</i>	
<i>Vertrauensmännersystem</i>	125
Die Grundzüge der Streiks, ihre Verwandlung in politische Massenkämpfe	125
Das revolutionäre Vertrauensmännersystem	128
<i>V. Der Kampf gegen die Rechtsabweichungen und die wichtigsten internationalen Aufgaben der</i>	
<i>kommunistischen Parteien</i>	128
Die Gruppe Jaglom-Tomski der KPdSU(B).....	128
Hemmnisse bei der Durchführung der revolutionären Gewerkschaftstaktik	129
Die wichtigsten internationalen Aufgaben.....	130
Aus der Rede auf dem Kongreß werktätiger Frauen in Berlin (20. Oktober 1929).....	132
Aus der Rede auf dem Oktober-Plenum des Zentralkomitees der KPD (24. und 25. Oktober 1929)	134
Appell an die werktätige Bevölkerung von Berlin (16. November 1929).....	137
Tiefer in die Massen der Jungarbeiter! (17. November 1929)	138
Der Tag der jungen Garde (21. November 1929)	139
Aus der Rede auf dem Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition (20. November 1929).....	141
Gegen den Youngplan (11. Februar 1930).....	144
ERWEITERTES PRÄSIDIUM DES EXEKUTIV- KOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN	
INTERNATIONALE	
Über Probleme der Kommunistischen Partei Deutschlands (Februar 1930)	158
Aus der Rede in der deutschen Kommission des erweiterten Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Februar 1930)	168
<i>Das Heranwachsen des revolutionären Aufschwungs</i>	172
<i>Die amerikanische Krise</i>	172
<i>Die Agrarkrise</i>	173
<i>Die Geographie der Wirtschaftskrise</i>	174
<i>Die Vernichtung des Kulakentums</i>	176
<i>Verschärfte Kriegsgefahr</i>	177

<i>Der Youngplan</i>	178
<i>Aufgaben der kommunistischen Parteien</i>	179
<i>Bolschewistische Kommunalpolitik</i>	179
<i>Die Lage in Deutschland</i>	182
<i>Der Preissturz und die Frage der Märkte</i>	184
<i>Die Rolle der Sozialdemokratie in der Regierung</i>	184
<i>Das „Hineinwachsen“ der Nazis in den Staat</i>	187
<i>Die „linke“ SPD</i>	187
<i>Neue taktische Aufgaben</i>	188
<i>Die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition</i>	189
<i>Neue Manöver des Sozialfaschismus</i>	190
<i>Zwei innerparteiliche Hemmnisse</i>	192
<i>Bei großen Erfolgen einige Mißerfolge</i>	193
<i>Bolschewistische Selbstkritik</i>	194
<i>„Linke“ Fehler und Übertreibungen in der Frage des Sozialfaschismus</i>	195
<i>Mit den SPD-Arbeitern gegen den Sozialfaschismus</i>	197
<i>Die Gefahr sektiererischer Abweichungen</i>	198
<i>Ausbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition</i>	201
<i>Höhere Kampfformen und neue Aufgaben</i>	202
<i>Vorwärts zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse!</i>	203
<i>Rede auf dem Reichsjugendtag in Leipzig (19. April 1930)</i>	205
<i>Es lebe der 1. Mai! (1. Mai 1930)</i>	208
<i>Aus dem Referat auf dem Bezirksparteitag Wasserkante (18. Mai 1930)</i>	210
<i>Die nächsten Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition (23. Mai 1930)</i>	216
<i>Aus der Rede auf dem Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark 26. Mai 1930)</i>	219
<i>Rüstet für Erfurt! (29. Mai 1930)</i>	225
<i>Kampf dem Amnestiebetrug! (8. Juni 1930)</i>	228
<i>Für rote Sporteinheit! (8. Juni 1930)</i>	230
<i>Die Krise des Kapitalismus in Deutschland, die Erfahrungen und die neuen Methoden unserer revolutionären Massenarbeit (16. und 17. Juli 1930)</i>	234
<i>Der Bankrott der Theorie vom „organisierten Kapitalismus“</i>	234
<i>Die Weltwirtschaftskrise</i>	234
<i>Die Agrarkrise</i>	235
<i>Die drohende kapitalistische Katastrophe</i>	236
<i>Die politische Krise</i>	237
<i>Kommunismus gegen Faschismus</i>	239
<i>Die Faschisierung des Zentrums</i>	240
<i>Der subjektive Faktor</i>	241
<i>Die Lehren der Sachsenwahl</i>	241
<i>Die Betriebsrätewahlen</i>	242

<i>Die Streikkämpfe</i>	243
<i>Der Stockholmer Kongreß der Amsterdamer und der V. RGI-Kongreß</i>	243
<i>Mängel und Aufgaben der Partei</i>	244
Bolschewismus oder Faschismus (21. Juli 1930)	246
Wir stürmen für Sowjetdeutschland! (8. August 1930)	251
Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes (24. August 1930)	273
<i>Proklamation des ZK der KPD</i>	273
Auf zum revolutionären Millionenbekenntnis für den Sieg der Kommunistischen Partei (12. September 1930)	279
Für Brot und Freiheit! (12. September 1930)	281

Vorbemerkung zum Band II der Reden und Aufsätze Ernst Thälmanns

Der vorliegende Band der Reden und Aufsätze Ernst Thälmanns umfaßt die Zeit vom November 1928 bis zum September 1930.

In diese Zeit fällt der Beginn der Weltwirtschaftskrise, die die relative Stabilisierung des Kapitalismus beendete und zu einer Verschärfung der Gegensätze des kapitalistischen Systems führte. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland, das Bestreben der deutschen Bourgeoisie, alle Lasten den Werktätigen aufzubürden, ihre erschütterte Herrschaft durch die Anwendung faschistischer Methoden aufrechtzuerhalten und den Weg imperialistischer Aggression zu beschreiten, hatte eine schroffe Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland zur Folge. Die revolutionäre Arbeiterklasse unter Führung der KPD kämpfte für den revolutionären Ausweg aus der Krise, für ein friedliebendes Deutschland der Arbeiter und Bauern.

Die Reden und Aufsätze Ernst Thälmanns aus diesen ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise widerspiegeln das Ringen der Partei um die Verwirklichung ihrer zentralen Aufgabe: Mobilisierung der werktätigen Massen zum aktiven Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Faschismus, für die Verteidigung der Sowjetunion und die Unterstützung der revolutionären Volksbewegung in China.

Aufs schärfste bekämpfte Ernst Thälmann die Politik der sozialdemokratischen Führer, die die Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse tolerierten oder unterstützten. Gleichzeitig war Ernst Thälmann in seinen Reden und Artikeln bemüht, die Arbeiter und die anderen Werktätigen dem verderblichen Einfluß der Reformisten und Faschisten zu entreißen und sie in der Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus und Krieg zusammenzuschließen.

Besonders in der Rede auf dem XII. Parteitag der KPD (Juni 1929) wandte sich Ernst Thälmann an die Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften, an die christlichen und die unorganisierten Arbeiter, an die Frauen, an die Jugendlichen und rief zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse auf. Unnachsichtlich bekämpfte er die Rechten und die Versöhner in der Partei, die die Durchführung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der KPD sabotierten und der kämpfenden Arbeiterklasse in den Rücken fielen.

Eindringlich warnte Ernst Thälmann - zum Beispiel auf dem Oktober-Plenum des Zentralkomitees der KPD im Jahre 1929 - vor der faschistischen Gefahr. Er entlarvte die soziale und nationale Demagogie der Faschisten, mit der sie ihre Rolle als Retter des deutschen Kapitalismus zu tarnen versuchten.

In der Reichstagsrede gegen den Youngplan (Februar 1930) vertrat Ernst Thälmann entschieden die nationalen Interessen des deutschen Volkes, prangerte er erneut die Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik der deutschen und ausländischen Imperialisten an und charakterisierte den Youngplan als einen Plan zur Versklavung des deutschen Volkes und zur Organisierung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion unter Führung der USA.

Im Gegensatz zur kapitalistischen Lösung der Reparationsfrage durch den Youngplan weist das von Ernst Thälmann vorgeschlagene Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung (August 1930) den deutschen Arbeitern, werktätigen Bauern und den anderen Werktätigen den Weg zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit und zur Überwindung der sozialen Not.

Die Wahlrede im Berliner Sportpalast (September 1930) beschließt den Band. In dieser Rede erläutert Ernst Thälmann das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes und zeigt den engen Zusammenhang zwischen dem Kampf der deutschen

Arbeiterklasse und dem Kampf der internationalen Arbeiterklasse, dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker sowie der Verteidigung der Sowjetunion. Er weist auch in dieser Rede auf die entscheidende Rolle der Sowjetunion hin, stellt ihrem stürmischen, unaufhaltsamen Vormarsch auf allen Gebieten den Niedergang und die Fäulnis des Kapitalismus gegenüber. Er betont, daß aus der Krise und dem Verfall des Kapitalismus nur ein Ausweg führt: die Errichtung der Macht der Arbeiter und Bauern.

Geleitet von der Lehre des Marxismus-Leninismus bereitete Ernst Thälmann so die deutsche Arbeiterklasse auf ihre große historische Aufgabe vor - auf den Sturz des kapitalistischen Systems und auf die Errichtung eines sozialistischen Deutschlands.

*Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut
beim Zentralkomitee der SED*

9. November 1918 - die Geburtsstunde der deutschen Revolution

Viereinhalb Jahre imperialistischer Massenmord hatten Europa in eine Hölle verwandelt. Blutströme von Millionen Toten, Millionen Verwundeten bedeckten die Erde. Namenloses Elend, Seuchen, Hungersnot wüteten viereinhalb Kriegsjahre hindurch unter den Massen der werktätigen Bevölkerung, während in den Hauptquartieren geschlemmt und gepreßt wurde, während die Kriegsgewinnler, die Industriekapitäne und Rüstungsfabrikanten immer fettere Dividenden einstrichen.

Viereinhalb Kriegsjahre, in denen durch die schamlose sozialpatriotische Propaganda der SPD die Massen als Kanonenfutter für die imperialistischen Generale mißbraucht werden konnten. Viereinhalb Kriegsjahre, während derer eine kleine Schar unter Führung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Leo Jogiches' und Franz Mehrings als einzige in Deutschland das Banner des Sozialismus, das Banner des revolutionären Klassenkampfes hochhielt und unermüdlich unter den Massen für die proletarische Revolution, für die revolutionäre Beendigung des imperialistischen Krieges kämpfte.

Viereinhalb Jahre, in denen nach dem schmachvollen Überlaufen der SPD am 4. August 1914 ins Lager des wilhelminischen Imperialismus nur selten der Funke des revolutionären Klassenkampfes der deutschen Arbeiter wieder erglühte: am 1. Mai 1916, als Karl Liebknecht in Berlin seine Demonstration gegen die Regierung und gegen den Krieg durchführte und dafür auf Jahre ins Zuchthaus ging, im Januar 1918, als im Gefolge der großen russischen Revolution die Munitionsarbeiterstreiks in Deutschland und Österreich ausbrachen, als in Berlin Massendemonstrationen im Wedding und in Moabit stattfanden, die ersten Zusammenstöße der Proleten mit der Polizei erfolgten, Straßenbahnwagen umgestürzt wurden und das Feuer der Revolution nur noch mühsam durch den schmachvollen Verrat der Ebert und Konsorten erstickt werden konnte.

Dann aber, im November 1918, ließen sich die viereinhalb Jahre lang betrogenen, gequälten Massen nicht länger bändigen. In Kiel begann es. Der Matrosenaufstand in den ersten Novembertagen war der Auftakt. Noch ganz unklar, verworren, ohne bewußte Zielsetzung nahmen die Matrosen die Macht in ihre Hände, hißten die rote Fahne. Hamburg und München folgten. Zumal in Hamburg trug die Bewegung vom ersten Tage an offen proletarischen Charakter. Es waren die Massen der Werftarbeiter, die sich mit den Soldaten und Matrosen verbrüderten und den revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Hamburgs, das Organ zur Führung des proletarischen Aufstandes, schufen, der freilich nur wenige Tage bestand.

Berlin selbst folgte am 9. November. Heute vor zehn Jahren marschierten unter der Führung des Spartakusbundes, unter der Führung Karl Liebknechts, die Arbeiter zu den Kasernen, entwaffneten das Militär, verbrüderten sich. Rote Fahnen wehten über dem Schloß, über dem Reichstag, über Berlin. Im Gebäude der Reichskanzlei aber, wo eben noch der letzte Kriegskanzler Wilhelms II., Prinz Max von Baden, mit seinen kaiserlichen Staatssekretären Scheidemann und Gustav Bauer residiert hatte, taten sich dieselben Ebert-Scheidemann-Landsberg auf. Sie, die noch am Morgen des 9. November im „Vorwärts“ die Arbeiter zur Ruhe, zum Verbleiben in den Betrieben aufgerufen hatten, die vier Tage vorher ihren Freund Noske nach Kiel entsandten, um die dortige Matrosenbewegung abzuwürgen, die tagaus, tagein zum „Durchhalten“, zum „Kriegsanleihezeichen“ aufriefen, die noch eine Woche zuvor Wilhelm II. selber und am 9. November noch die Hohenzollerndynastie auf dem Thron zu halten versuchten - die gleichen Todfeinde der proletarischen Revolution taten sich zusammen, sie machten mit den schwankenden Spitzen der USP-Führung ihre „Revolutionsregierung“ auf.

Wie war die Situation? Die objektive Lage erfüllte alle Bedingungen für den Sieg der

proletarischen Revolution, wie sie der Führer des Weltproletariats, Lenin, als Voraussetzungen zur Errichtung der proletarischen Herrschaft gekennzeichnet hat. Die herrschende Klasse und ihr Staatsapparat waren durch die militärischen Niederlagen des Weltkrieges zermürbt, ihre Machtinstrumente waren unbrauchbar geworden, das Militär und die Polizei konnten der Revolution keinen Widerstand mehr leisten. Wenn es auf den Willen der Generale, des Offizierskorps angekommen wäre, hätten am 9. November in Berlin Maschinengewehre geknattert, um die proletarischen Massen von der Straße zu vertreiben. Die Maschinengewehre hatte man schon tagelang in den amtlichen Gebäuden, in den Kellern und Hausfluren zur Aufstellung gebracht. Aber es fehlten die Soldaten, die bereit gewesen wären, diese Maschinengewehre gegen die proletarische Revolution zu gebrauchen.

Auf der anderen Seite hatte die furchtbare Krise des viereinhalbjährigen Krieges jene Zersetzung im Lager der herrschenden Klasse und vor allem der Mittelschichten bewirkt, die eine weitere Vorbedingung für den Sieg der proletarischen Revolution bildete. Die kleinbürgerlichen Massen, das Landvolk, Handwerker und Kleingewerbetreibende, bildeten nicht mehr treue Bundesgenossen des bürgerlich-kapitalistischen Staates, geschweige der Junker oder der Monarchie. Sie hatten es satt. Sie waren bereit, dem Kampf der Arbeiter keinen aktiven Widerstand entgegenzusetzen, eher noch ihn zu unterstützen.

Und die Arbeiterklasse selber? Nun, die Proleten im Waffenrock, die Proleten und die Arbeiterfrauen an den Drehbänken der Munitionsfabriken und in den Gifthöllen der chemischen Kriegsbetriebe drängten in überwältigender Mehrheit ins Lager der proletarischen Revolution. Nicht nur Beendigung dieses einmaligen Krieges, nein, Beseitigung des ganzen kapitalistischen Systems, Errichtung des Sozialismus auf den Trümmern der bankrotten bürgerlichen Gesellschaft - das war das Ziel, das den breitesten Massen vor Augen schwebte, wenn auch noch Verworrenheit, Unsicherheit, Unklarheit über den Weg zu diesem Ziel die Mehrheit der deutschen Arbeiter beherrschten.

So war, gemessen an der objektiven Klassensituation, den objektiven Kräfteverhältnissen, die Lage reif zum Siege der deutschen Revolution. Als am 9. November die Arbeiter sich der Panzerautomobile des Militarismus bemächtigten, trugen sie in sich das stolze Gefühl, den Sieg dieser Revolution mit ihrer Tat, mit ihrem revolutionären Kampfwillen, mit ihrer revolutionären Kühnheit unverbrüchlich zu besiegeln.

Und dennoch gelang es noch einmal, die Massen des deutschen Proletariats um die Früchte des 9. November zu betrügen. Die niedergeworfene Bourgeoisie sammelte ihre Kräfte wieder, erstickte durch das blutige Schwert ihres Söldners Noske und der übrigen sozialdemokratischen Henker des deutschen Proletariats den Freiheitswillen und den Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse in Strömen kostbarsten proletarischen Blutes. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fielen als Opfer. Mit ihnen Leo Jogiches, mit ihnen Leviné, mit ihnen Sylt und Hunderte, Tausende und aber Tausende namenlose Helden der proletarischen Revolution, die alle, wie Karl und Rosa, auf ihrem Posten und nach ihrem Können ihr Bestes, ihr Alles hergaben für die Sache ihrer Klasse. Ihnen allen werden wir, wird das deutsche Proletariat und das Weltproletariat unverbrüchliche Treue bewahren!

Wie war es möglich, daß trotz aller Voraussetzungen für den proletarischen Sieg in den objektiven Kräfteverhältnissen der Revolution noch einmal die Bourgeoisie ihre morsch gewordene, brüchige Klassenherrschaft erneuern, festigen und das Proletariat niederwerfen konnte?

Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, in den Januarkämpfen 1919, in den Kämpfen nach dem Kapp-Putsch 1920, den Märzämpfen 1921, bis zur letzten Welle der akuten revolutionären Situation, dieser ersten Periode, im Oktober 1923 - sie bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei andererseits.

An der Jahreswende 1918/1919 waren die Massen bereit zum Kampf, aber es fehlte die zielklare Führerin, die diesen Kampf hätte organisieren, den Bluthund Noske und seine Komplizen Ebert und Scheidemann samt ihren Generalen und weißen Garden durch die planvolle Organisation und Durchführung des bewaffneten Aufstandes zerschmettern und ausrotten können.

Nicht der revolutionäre Instinkt, nicht das unvergleichliche Heldentum der einzelnen Führer des Spartakusbundes, der hingemordeten Gründer unserer Partei, konnte den Bestand einer eisernen, im Feuer der revolutionären Erfahrungen zu Stahl gehärteten Avantgarde ersetzen. Karl und Rosa wurden gerade deshalb zu Opfern der barbarischen sozialdemokratischen Konterrevolution, zu Opfern der Noske, Ebert und Scheidemann und ihrer gekauften Meuchelmörder, weil sie noch nicht dem deutschen Proletariat die Waffe hatten schmieden können, die das russische Proletariat zum Siege befähigte: die bolschewistische Partei!

Trotz alledem! Diese Worte waren das revolutionäre Bekenntnis, mit dem Karl Liebknecht am Tage des blutigen Sieges der Konterrevolution - einen Tag vor seinem Tode - seinen letzten Kampf für das Zentralorgan der eben gegründeten KPD, „Die Rote Fahne“, beendete.

Trotz alledem! Das war die Losung, unter der die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats das Erbe Karl Liebknechts erhielt und fortentwickelte: das Erbe aller sozialistischen Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung der Vergangenheit, das Erbe des engsten Bündnisses mit dem Staat der siegreichen proletarischen Revolution, mit der Sowjetunion, das Erbe des unermüdlichen, nie erlahmenden, aus Schlägen und Niederlagen sich immer wieder erhebenden Kampfes für die deutsche Revolution, für Sowjetdeutschland!

Zehn Jahre nach dem 9. November 1918. - Der ersten Periode der revolutionären Kämpfe, der sich immer wieder akut revolutionär zuspitzenden Situation in den Jahren 1919 bis 1923, folgte die Periode einer gewissen Stabilisierung des Kapitalismus, nachdem auch der Oktober 1923 durch die Unreife unserer Partei, durch die schweren Fehler der damaligen Führung Brandler und Thalheimer noch einen letzten Triumph der bürgerlichen Konterrevolution und des sozialdemokratischen Verrats gebracht hatte.

Aber wie in den Wellen der Revolution blieb auch in der Periode einer gewissen Flaute die klassenrevolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiter niemals stehen. Schwächen und Fehler wurden im Prozeß der Selbstverständigung, der Klärung und Reifung unserer Partei überwunden. Nach dem Vorbild der ersten siegreichen proletarischen Partei der Welt, der Partei Lenins, rang sich auch die kommunistische Bewegung Deutschlands zu größerer Klarheit, bolschewistischem Zielbewußtsein und einem höheren Grad der revolutionären Erfahrungen durch.

Zehn Jahre, an deren Ende die unerhörte Hungeroffensive des deutschen Trustkapitals, die vollständige Knechtung, Verelendung und Entwürdigung der deutschen Proletarier steht - während die elf Jahre nach dem siegreichen Aufstand des russischen Proletariats elf Jahre Arbeiterherrschaft, elf Jahre proletarische Diktatur, ein Riesenmaß der positiven Erfolge des sozialistischen Aufbaus zeigen. Zehn Jahre aber zugleich, die auch für das deutsche Proletariat nicht vergebens vorübergingen, in denen es sich seine Kommunistische Partei, seine Kampftruppe für die kommende zweite Revolution, für den Kampf um die deutsche Sowjetrepublik, geschaffen hat!

Das erste Jahrzehnt nach der Geburtsstunde der deutschen Revolution geht zu Ende, und wir sehen vor uns den Beginn einer neuen Periode revolutionärer Aktivität, Wirtschaftskämpfe in ganz Europa und vor allem in Deutschland, die Millionen Arbeiter erfassen und der erste Durchbruch gegen das angefaulte, früher oder später durch seine inneren Widersprüche zum Zusammenbruch verdamnte System der kapitalistischen Stabilisierung sind. Die

Zehntausende kämpfender Werftarbeiter, die Hunderttausende der Hüttenarbeiter des Ruhrgebiets, die heute gegen die Hungerpeitsche des Kapitals aufstehen, zeigen die neue Situation und zugleich - infolge der immer schärferen Zuspitzung der äußeren Gegensätze der imperialistischen Mächte - brennender, aktueller, näher denn je die Gefahr des imperialistischen Krieges, durch den das sozialistische Vaterland aller Arbeiter der Welt, die Sowjetunion, bedroht wird.

In dieser neuen Periode einer sich stetig verschärfenden Zuspitzung der Klassengegensätze, einer sich täglich steigernden Gefahr des imperialistischen Krieges leisten wir deutschen Kommunisten erneut den Treueschwur auf das Vermächtnis der proletarischen Helden, den Treueschwur auf das Werk Lenins, den Treueschwur auf das Andenken Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs: Trotz alledem!

Am Zehnjahrestag des 9. November 1918 geloben wir deutschen Kommunisten, das Werk vom 9. November 1918 zu Ende zu führen, auf den Trümmern des bürgerlich-kapitalistischen Deutschlands die proletarische Diktatur, die deutsche Sowjetrepublik, zu errichten!

*„Die Rote Fahne“
vom 9. November 1928.*

„Die Rote Fahne“ - gegen den imperialistischen Krieg!

Während des vergangenen imperialistischen Krieges war es der heroische Kampf Karl Liebknechts, der jeden Arbeiter, nicht nur in Deutschland, sondern über die Schützengräben hinweg in allen Ländern mit revolutionärer Begeisterung erfüllte und zum Kampf gegen den imperialistischen Massenmord, für die revolutionäre Beendigung des Krieges anfeuerte. Nach dem 4. August 1914, dem furchtbaren Zusammenbruch der II. Internationale und der alten Sozialdemokratie, war es Rosa Luxemburg, die mit ihrer „Junius-Broschüre“ dem deutschen Proletariat das Wesen des imperialistischen Krieges, den Fäulnisprozeß der Sozialdemokratie und den Weg zur Erneuerung der revolutionären Arbeiterbewegung zeigte.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind die Begründer unseres Zentralorgans, der „Roten Fahne“. So ist es selbstverständlich, daß „Die Rote Fahne“ vom ersten Tage ihres Bestehens bis heute - in den zehn Jahren ihrer an Kämpfen reichen Existenz - trotz aller Verfolgungen durch die Klassenjustiz und die übrigen Organe des kapitalistischen Staates, stets an der Spitze des proletarischen Klassenkampfes gegen die imperialistischen Tendenzen, gegen die neuen Kriegsvorbereitungen in der ganzen Welt, gestanden hat.

„Die Rote Fahne“ war das einzige Blatt, das 1919, angesichts des Versailler Raubfriedensvertrages, im Geiste des revolutionären proletarischen Internationalismus der deutschen Arbeiterklasse den einzig gangbaren Weg zum Kampf gegen den siegreichen Ententeimperialismus wies: den Weg der revolutionären Machtergreifung durch das deutsche Proletariat und der gemeinsamen Verteidigung der deutschen und der russischen Revolution durch die vereinigten Kräfte eines Sowjetdeutschlands, Seite an Seite mit der Roten Armee der Sowjetunion!

„Die Rote Fahne“ rief in den Wochen des Russisch-Polnischen Krieges¹ die Massen des arbeitenden Deutschlands zum Kampf, zur aktiven Solidarität mit dem Staat der Arbeiter und Bauern auf. „Die Rote Fahne“ entlarvte die hohlen und verlogenen Friedensphrasen des Völkerbundes, zeigte den deutschen Arbeitern den wirklichen Kriegscharakter der sogenannten Friedenspakete, angefangen vom Dawesplan über den Locarnopakt, die Thoirykonferenz² bis zu den letzten Zusammenkünften der imperialistischen Diplomatie auf den Völkerbundstagungen von Genf.

Bei allen diesen Anlässen versuchte die Einheitsfront der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse, die Massen des deutschen Proletariats einzuschläfern, versuchte, ihnen Illusionen einzuimpfen und einen Nebel pazifistischer Phrasen zu erzeugen. Bei allen diesen Anlässen sprach die Kommunistische Partei und ihr Zentralorgan, unbeirrt durch die Demagogie der Imperialisten, die Wahrheit aus. Und jedesmal gab die weitere Entwicklung auf der ganzen Linie dem recht, was die Kommunistische Partei und ihre Presse ausgesagt hatten.

Die deutschen Arbeiter müssen sich in die Erinnerung zurückrufen, wie die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse heulte und tobte, als die Kommunisten die Wendung der zu neuer imperialistischer Machtpolitik aufsteigenden deutschen Bourgeoisie und ihrer

¹ Gemeint ist der Interventionskrieg, der im Frühjahr 1920 von den polnischen Weißgardisten auf Betreiben der westlichen Imperialisten vom „Laune gebrochen wurde, um die junge Sowjetrepublik zu vernichten.

² Gemeint ist die Geheimbesprechung vom 17. September 1926 zwischen Stresemann und Briand, den Außenministern Deutschlands und Frankreichs, in Thoiry, einem kleinen Ort an der französisch-schweizerischen Grenze. Die Aussprache diente dem Zweck, die Möglichkeiten einer beiderseitigen Annäherung zu erkunden. Frankreich suchte die Unterstützung Deutschlands gegen England und Italien zu gewinnen; Stresemann stellte eine Reihe von Gegenforderungen, die auf eine Stärkung des deutschen Imperialismus hinausliefen.

sozialdemokratischen Lakaien zur Westorientierung, zum Einrücken in die Antisowjetfront, signalisierten. Und heute? Wer wird heute angesichts der jüngsten Tatsachen noch länger leugnen, daß das neuerstarkte imperialistische Deutschland in der Front, ja, an der vordersten Stelle der Front des bevorstehenden Krieges gegen die Sowjetunion steht?! Die Kommunistische Partei und „Die Rote Fahne“ wie die ganze übrige kommunistische Presse haben recht behalten, die Entwicklung hat ihre Feststellungen vollkommen bestätigt!

Oder man bedenke die Frage der deutschen Wehrpolitik, der deutschen Aufrüstung. Hieß es nicht anfangs, als die Kommunisten und ihre Presse die Aufrüstungspläne und Aufrüstungsbestrebungen der deutschen Bourgeoisie festnagelten, Deutschland denke nicht an dergleichen? Und heute? Nach der Kriegsrede Groeners bei der Panzerkreuzerdebatte im Deutschen Reichstag kann auch der verlogenste Demagoge nicht länger abstreiten, daß alle Anklagen und Feststellungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, der „Roten Fahne“ und ihrer Bruderorgane im ganzen Reich bestätigt wurden: Der deutsche Imperialismus setzt alles daran, sich auf den bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten und für diesen Krieg aufzurüsten!

„Die Rote Fahne“ hat in brüderlicher Solidarität mit dem Lande der proletarischen Diktatur und für den entschlossenen Kampf gegen die imperialistischen Rüstungen und Kriegsvorbereitungen stets alle ihre Kräfte eingesetzt. Das soll freilich nicht heißen, daß wir Kommunisten und mit uns das Zentralorgan unserer Partei schon genug getan hätten. Nein: So wie unsere Partei sich in langem, schwerem, oft qualvollem Ringen allmählich von den Schlacken mancher schlechten sozialdemokratischen Überlieferungen befreien mußte, um die besten revolutionären Traditionen der sozialistischen Vergangenheit fortzuentwickeln und die höhere Stufe einer wirklich bolschewistischen Partei und wirklich bolschewistischen Politik anzustreben, so hat auch „Die Rote Fahne“ im Laufe der Jahre viele Erfahrungen sammeln müssen, um sich ihrer gewaltigen historischen Aufgaben würdig zu erweisen, um sich auf die Höhe ihrer revolutionären Mission zu erheben. Und es ist gewiß, daß dieser Prozeß noch keineswegs abgeschlossen ist, daß wir - unsere Partei und unsere Presse - noch vieles lernen müssen, um unsere schweren revolutionären Pflichten immer besser erfüllen zu können.

Gerade die vor uns liegende Zukunft, die unmittelbar akute Gefahr des imperialistischen Krieges, die große Wahrscheinlichkeit, daß wir unseren Kampf unter den Verhältnissen der Illegalität werden führen müssen, daß die Spanne, in der wir noch legal arbeiten können, nicht allzulang bemessen ist - alle diese Tatsachen zeigen uns, wie sehr es darauf ankommt, unseren Kampf gegen den imperialistischen Krieg immer gründlicher, immer durchdringender, immer aufrüttelnder zu gestalten.

Wir sind gewiß, daß „Die Rote Fahne“ als Zentralorgan unserer Partei hierbei ihre Pflicht erfüllen wird - sei es in der Zeitspanne ihres legalen Erscheinens, sei es unter Verhältnissen, in denen wir gezwungen sein werden, in der Illegalität unser Parteiorgan herzustellen und zu verbreiten.

Das Blatt Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wird stets bleiben, was es war: ein scharfgeschliffenes Schwert der proletarischen Revolution!

*„Die Rote Fahne“
vom 18. November 1928.*

Zehn Jahre Kommunistische Partei Deutschlands

Zehn Jahre Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands - das sind zehn Jahre voller revolutionärer Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse, zehn Jahre voller Heroismus und proletarischen Heldentums, zehn Jahre voller ideologischer, politischer und organisatorischer Erfahrungen und Lehren unserer Partei.

Der 4. August 1914 hatte mit einem Schlage die Maske heruntergerissen, hinter der sich, auf der Grundlage der imperialistischen Entwicklung Deutschlands und der Herausbildung einer Arbeiteraristokratie, der Verbürgerlichungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie bis dahin verborgen hatte. Der 4. August war für die Massen der klassenbewußten sozialistischen Arbeiter ein furchtbarer Schlag, eine schmerzliche Enttäuschung. Wofür sie gekämpft, woran sie geglaubt hatten, die Partei und die Internationale des Sozialismus, existierten nicht mehr.

Die rote Fahne des proletarischen Klassenkampfes lag beschmutzt und verraten am Boden. Da war es jene kleine Gruppe unerschrockener Kämpfer, voran Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Franz Mehring und andere, die im allgemeinen Zusammenbruch der sozialistischen Bewegung in Deutschland das Banner der Internationale hochhielten und nicht verzagten, die das Banner der proletarischen, der sozialistischen Bewegung von neuem entrollten. Karl Liebknecht nahm im Reichstag den schärfsten Kampf gegen den imperialistischen Krieg und seine sozialpatriotischen Helfershelfer und Burgfriedenspolitiker auf. Rosa Luxemburg schrieb im Gefängnis die „Junius-Broschüre“ über die Krise der Sozialdemokratie, nachdem die von ihr und Franz Mehring gegründete Zeitschrift „Die Internationale“, die noch heute das Organ unserer Partei ist, infolge der wilhelminischen Militärzensur leider nur in einer Nummer erscheinen konnte. Unter der Führung von Leo Jogiches, dem meisterhaften Organisator illegaler revolutionärer Propaganda, erschienen die „Spartakusbriefe“. Die „Gruppe Internationale“, der spätere Spartakusbund, nahm ihre große revolutionäre Arbeit gegen den Krieg auf.

Langsam sammelten sich auch in den breiten Arbeitermassen die Kader des proletarischen Widerstandes gegen die sozialchauvinistische Verräterpolitik. Es kam dann zur Gründung der USPD, in deren Führung sozialpazifistische und zentristische Elemente die Oberhand hatten, deren Mitgliedermassen sich aber zum größten Teil aus den klassenbewußten und revolutionären Teilen der Arbeiterschaft rekrutierten.

Das Jahr 1918 brachte im Januar die großen Munitionsarbeiterstreiks in Deutschland und Österreich, die ersten Anzeichen, daß die Welle der russischen Revolution, des siegreichen Oktobers, nicht an der Grenze Sowjetrußlands zum Stillstand kam, sondern in die übrigen kriegführenden Länder, insbesondere die der Mittelmächte, vorzudringen begann. Dann folgte der 9. November, die Geburtsstunde der deutschen Revolution, die Geburtsstunde zugleich der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei Deutschlands. An der Jahreswende von 1918 zu 1919 fand der Gründungsparteitag der KPD statt. Schon zwei Wochen später waren ihre Gründer und großen revolutionären Führer, Karl und Rosa, von den weißen Banditen des Sozialdemokraten Noske gemeuchelt und ermordet. Der erste Ansturm der revolutionären Avantgarde des deutschen Proletariats wurde von der Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokratie im Blut der Arbeiterschaft erstickt.

Die Niederlage war unvermeidlich, denn die junge, soeben im revolutionären Kampfe geborene Kommunistische Partei vermochte noch nicht die Führung der proletarischen Massen an sich zu reißen. Die schwankenden und feigen Führer der USPD verhinderten mit allen Mitteln eine zielbewußte Organisation des proletarischen Aufstandes, so sehr auch die Arbeitermassen der USPD zum revolutionären Kampf entschlossen waren. Und auch der Spartakusbund selbst war in jener Zeit noch belastet mit allen Schwächen und ideologischen Unklarheiten, die dem Mangel an revolutionären Erfahrungen der gesamten deutschen Arbeiterklasse entsprachen. Aber dennoch war das Blut der besten Führer des deutschen

Proletariats und der mit ihnen auf dem Schlachtfeld der Freiheit Gefallenen nicht umsonst vergossen. Die furchtbare Lehre jener Januarkämpfe und der bestialischen Verbrechen der Noske, Ebert, Wels und Scheidemann legte den Grund für den Aufstieg der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, der KPD! Die Rolle der Partei als der einzigen Führerin der proletarischen Massen bei der Organisierung der Revolution - das war es, was die besten und revolutionärsten Elemente der deutschen Arbeiterklasse aus der Niederlage zu erkennen begannen.

Weitere große revolutionäre Kämpfe folgten. In der Massenpartei der revolutionären Arbeiter, der USPD, setzte der Prozeß der Klassenscheidung zwischen den feigen, jämmerlichen zentristischen Führern - den Kautsky, Dittmann, Crispian und Hilferding - einerseits und den zur Partei der proletarischen Revolution und zur Kommunistischen Internationale hindrängenden Arbeitern andererseits ein. Die Kommunistische Partei überwand mit dem Heidelberger Parteitag jene syndikalistischen und antiparlamentarischen Kinderkrankheiten, die ein Hemmnis für ihre Massenentwicklung bildeten. Nach dem Parteitag der USPD in Halle vollzog sich die Vereinigung zwischen der revolutionären Mehrheit der USPD und der KPD. Die VKPD, die revolutionäre Massenpartei der deutschen Arbeiter, war geschmiedet. Aber der Weg der bitteren Erfahrungen, den die deutschen Arbeiter gehen mußten, ehe sie ihre revolutionäre Partei zu jener Reife, Klarheit und Geschlossenheit entwickelten, mit der die Partei Lenins den Sieg der russischen Revolution, des russischen Oktobers, erfechten konnte - dieser Weg des inneren Entwicklungsprozesses war noch schwer und langwierig. Der Kapp-Putsch, der März 1921, der Oktober 1923 gaben die weiteren entscheidendsten Lehren, auf Grund deren sich der langsame und komplizierte Prozeß der Bolschewisierung der deutschen Kommunistischen Partei vollzog.

Gerade weil unsere Partei aus den besten und revolutionärsten Elementen der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, den einzigen, die den Verrat der Ebert und Scheidemann nicht mitgemacht hatten, hervorging, war sie naturgemäß nicht nur reich an jenen guten und revolutionären Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern zugleich belastet mit manchen Rückständen sozialdemokratischer Schwäche.

Der Kampf gegen opportunistische, kleinbürgerliche Schwankungen und Abweichungen, der Kampf gegen jene Tendenzen, die die Partei vom Wege zum Bolschewismus abdrängen und der Sozialdemokratie annähern wollten - die Illusionen über die Entwicklung zum Sozialismus, über den Staat, über die SPD, über den Zentrismus in die Reihen der revolutionären Partei hineinzutragen suchten -, dieser Kampf gegen die Cliques um Levi und Reuter-Friesland im Jahre 1921, gegen Brandler und Thalheimer 1923, dann später gegen die „ultralinke“ Abart des Liquidatorentums, waren die notwendigen und unvermeidlichen Schritte der inneren Klärung und Reifung, auf Grund deren die KPD sich zur Höhe ihrer historischen Aufgabe durchkämpfen mußte. Dieser Reifeprozess und ideologische Kampf ist heute noch nicht beendet. Die Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale stoßen auf den schärfsten Widerstand einer kleinen liquidatorischen Gruppe unter Führung von Brandler und Thalheimer, die die Grundgesetze des Kommunismus bekämpfen und sich durch ihre Tätigkeit gegen die Partei und gegen die Korn-intern zu offenen Feinden der Partei entwickeln.

In zehn Jahren Kampf gegen die Imperialisten und gegen die Sozialdemokratie ist die Kommunistische Partei Deutschlands gewachsen und reifer geworden. Die Geschichte unserer Partei, von den Anfängen des antimilitaristischen Kampfes der Spartakusgruppe im vergangenen Weltkrieg, über die Lehren der revolutionären Kämpfe und Niederlagen und der inneren Auseinandersetzungen bis zur Gegenwart, ist ein einziger großer Prozeß der Vorbereitung der revolutionären Avantgarde der deutschen Arbeiter auf ihre gewaltige historische Mission, die die revolutionäre Geschichte von ihr verlangt: die Errichtung der proletarischen Diktatur auch in Deutschland! Diese Erfahrungen, diese Lehren befähigen

unsere Partei zur Lösung jener großen und immer größer werdenden revolutionären Aufgaben, die vor uns stehen. Wenn das imperialistische Verbrechen des Interventionskrieges gegen das Land der Arbeiter und Bauern, die Festung des Sozialismus, das einzige Vaterland der Arbeiter in der ganzen Welt - die Sowjetunion - beginnen wird, dann wird die KPD, getreu den Lehren und der Praxis unseres großen Meisters Lenin, ihre revolutionären Aufgaben durchzuführen verstehen: die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie, die Verbrüderung mit der Roten Armee der Sowjetunion zum gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, für die Errichtung der deutschen Sowjetrepublik!

*„Trotz. alledem, 10 Jahre KPD“,
Bilderzeitung, herausgegeben vom ZK der KPD,
vom November 1928.*

Fünf Jahre Roter Frontkämpferbund

Fünf Jahre sind vergangen, seit die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands sich den RFB, die Wehr- und Kampforganisation des deutschen Proletariats, geschaffen hat. In diesen fünf Jahren ist der RFB aus seinen ersten Anfängen zu einer gewaltigen Massenorganisation des proletarischen Kampfes gewachsen. Gewachsen nicht nur äußerlich, nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem auch innerlich, in dem immer klareren Verständnis aller seiner Formationen für die Aufgaben, die die Entwicklung des proletarischen Freiheitskampfes und der revolutionären Bewegung in ihren verschiedenen Etappen mit sich bringt, vor allem auch in der immer tieferen Verankerung des RFB in den Sympathien der breitesten werktätigen Massen in Stadt und Land.

Gerade diese Verwurzelung des RFB in den Massen, seine enge Verbundenheit mit den breitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung und die Anziehungskraft, die er auf diese Schichten ausübt, wecken den verbissenen Haß aller Schichten der Reaktion, von den extremen Rechtsparteien der Bourgeoisie bis zu ihren getreuen sozialdemokratischen Lakaien. Fünf Jahre RFB. Die alljährlichen Reichstreffen haben bewiesen, wie eng die Bindung zwischen den Roten Frontkämpfern und den breitesten Volksschichten ist. Jener stürmische, jubelnde Empfang, der jahraus, jahrein bei den Reichstreffen des RFB unseren Kameraden seitens der Arbeiterschaft, von Männern wie Frauen, von den Ältesten wie den Jüngsten, zuteil wurde - war das krasse Gegenstück zu jener Verachtung und jenem Haß, mit dem die Stahlhelmfaschisten bei ihren Aufmärschen allenthalben empfangen wurden, so daß sie sich nur unter dem Schutz sozialdemokratischer Polizeipräsidenten zu zeigen wagten.

Fünf Jahre RFB. In diesen fünf Jahren mußte sich die proletarische Wehrgorganisation immer von neuem gegen die Anschläge der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zur Wehr setzen. Noch vor Jahresfrist unternahm der damalige deutschnationale Reichsinnenminister Keudell seinen Anschlag gegen den RFB, den er verbieten wollte. Damals war es der gewaltige Proteststurm aus allen Betrieben und Arbeiterorganisationen, der das Vorhaben Keudells verhinderte. Heute sind es Severing und der preußische sozialdemokratische Innenminister Grzesinski, die mit vereinten Kräften auf das Verbot des RFB zusteuern. Aber wiederum werden sich die Massen des arbeitenden Deutschlands wie ein Schutzwall um den Roten Frontkämpferbund scharen und den Kampf gegen die reaktionären Umtriebe der regierenden Sozialfaschisten und Reichswehrsozialisten aufnehmen. Auch diejenigen proletarischen Schichten, die heute noch nicht im Lager des revolutionären Klassenkampfes stehen, begreifen, daß ein Anschlag gegen den RFB ein Schlag gegen alle Teile des Proletariats, gegen die gesamte arbeitende Bevölkerung sein würde. Denn das RFB-Verbot - das begreift jeder Arbeiter - würde die unmittelbare Vorbereitung der Bourgeoisie auf den Krieg, würde zugleich die Einleitung einer allgemeinen verschärften Hungeroffensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen bedeuten.

Fünf Jahre RFB. Als der Rote Frontkämpferbund gegründet wurde, war er in erster Linie eine Schutz- und Wehrgorganisation des Proletariats gegen den Faschismus, gegen Stahlhelmbanditen und Hitlergardien. Heute hat sich der Aufgabenkreis des RFB gewaltig erweitert. Einmal ist im Zusammenhang mit der allgemeinen Rechtsentwicklung der SPD und des Reformismus das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu einer Stütze des Faschismus und Imperialismus geworden. Hörsing und Höltermann sowie der ehemalige Faschistenmajor und heutige Reichsbanner- und SPD-Führer Mayr haben sich und die von ihnen geführte Organisation völlig in den Dienst der imperialistischen Aufrüstung, des militaristischen Wehrgedankens und der ideologischen Erziehung der Arbeitermassen für den imperialistischen Krieg gestellt. Mit ihren Mordriegern und Rollkommandos, mit dem Einsatz des Reichsbanners für Streikbrecherschutz haben sie zugleich der Bourgeoisie die Dienste des Reichsbanners für den inneren Krieg, für den Kampf gegen die revolutionäre

Arbeiterbewegung zur Verfügung gestellt. Der Bettelbrief Hörsings an Fabrikanten, denen er „gegen hohe Geldzuwendungen“ die Dienste des Reichsbanners „für Ihr Glück und Ihre Sicherheit“ anpries, war ein unzweideutiger Beweis für diese Reichsbannerkorruption. Dieser Linie der Entwicklung entspricht es, daß der RFB seinen Kampf gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als eine der wichtigsten, ja, der ausschlaggebenden Schutztruppe der Bourgeoisie bei ihren Kriegsplänen wie ihren faschistischen Diktaturumtrieben verschärfte. Andererseits entwickelte sich in den fünf Jahren seines Bestehens der Rote Frontkämpferbund als vornehmlich antifaschistische Organisation zur Kampftruppe des Proletariats gegen den Imperialismus, gegen die Kriegstreiber. Das Treuegelöbnis, das der Rote Frontkämpferbund anlässlich seines III. Reichstreffens für die Sowjetunion als dem Vaterland aller Arbeiter und für die Sache der Weltrevolution ablegte, war nur der äußere Ausdruck dafür, daß der RFB unermüdlich den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, den Kampf zur Vorbereitung der Massen für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in die proletarische Revolution betreibt und damit wichtigste Vorarbeit leistet für jene gewaltigen Aufgaben, die die deutsche Arbeiterschaft in einem kommenden imperialistischen Kriege bewältigen muß.

Der fünfte Jahrestag des Roten Frontkämpferbundes fällt in eine ernste Situation. Die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten haben sich ungeheuer verschärft. Das imperialistische Deutschland, geführt von den Groener, Hindenburg, Hermann Müller und Severing, hat sich, wie die Reparationsverhandlungen in Paris³ deutlich bewiesen, restlos auf die Seite des englisch-französischen Antisowjetblocks geschlagen und bereitet sich zur aktiven Teilnahme an dem Überfall der imperialistischen Räuber auf die Sowjetunion vor. Die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen den werktätigen Massen und dem herrschenden Trustkapital spitzen sich zu. Unter diesen Bedingungen muß der RFB viel stärker in ein neues Tätigkeitsfeld eindringen, das seine Aufgaben als antifaschistische und antiimperialistische Wehrorganisation ergänzt: Verteidigung der Wirtschaftskämpfe des Proletariats, Streikschutz und andere Aufgaben dieser Art. In der Vorbereitung des imperialistischen Weltkrieges geht die Bourgeoisie dazu über, auch auf die letzten demokratischen Fassaden zu verzichten und rüstet sich immer ernsthafter zur faschistischen Diktatur, unter deren Trägern die Sozialdemokratie und die sozialfaschistischen Kräfte des Reichsbanners eine besonders hervorragende und gefährliche Rolle spielen werden. Der Zörgiebel-Kurs in Berlin, die Maßnahmen der staatlich-polizeilichen Reaktion in den verschiedenen Teilen Deutschlands zeigen, daß die Bourgeoisie erneut zum Verbot des RFB rüstet. Man will uns in die Illegalität treiben. Das Proletariat wird nicht dulden, daß seine einzige Wehrorganisation unterdrückt wird. Es gilt, den Kampf gegen das drohende Verbot zu führen und durch rücksichtslosen Massendruck, durch kühnes, revolutionäres Auftreten - das jede legalistische Taktik des Zurückweichens ausschließt -, den RFB gegen Anschläge und Machenschaften der Konterrevolution zu sichern.

In dieser Situation muß und wird der Rote Frontkämpferbund seine Pflicht als revolutionäre Kampforganisation des Proletariats gegen Faschismus und Imperialismus erfüllen, seine Pflicht als Verkörperung des proletarischen Internationalismus! Darum ist es kein Zufall, daß sich der RFB gerade heute dazu rüstet, gemeinsam mit den Wehrorganisationen in den übrigen Ländern das brüderliche Band des Internationalismus durch die Schaffung der roten Wehrinternationale des Proletariats noch enger zu knüpfen.

Fünf Jahre RFB. Gestählt und gehärtet im Feuer dieser fünf Jahre revolutionären Klassenkampfes, ist der Rote Frontkämpferbund vom ersten bis zum letzten Kameraden bereit, auch in Zukunft seine revolutionäre und proletarische Pflicht zu erfüllen.

³ Gemeint ist die Pariser Sachverständigenkonferenz (11. Februar bis 7. Juni 1929), auf der sich die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans und Deutschlands über den Wortlaut des Youngplans einigten.

*„Arbeiter zu uns!“,
Bilderzeitschrift, Berlin o. J.*

Zum V. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes

Auf nach Hamburg! Das ist die Losung aller Kameraden des Roten Frontkämpferbundes in ganz Deutschland.⁴

Hamburg, das rote Hamburg, Hamburg auf den Barrikaden! Hamburg, das im revolutionären Klassenkampf in Deutschland sich immer einige Schritte selbst vor der Vorhut des Proletariats befindet. Hamburg, das deutsche Kronstadt. Von Kronstadt raste der Rote Oktober, die erste sieghafte proletarische Revolution, bis an die Grenzen Indiens, bis an die Grenzen Chinas, bis nach Wladiwostok. Von Kiel und Hamburg trug im November 1918 die revolutionäre Erhebung der Marine in der deutschen Revolution das rote Banner bis an den Fuß der Alpen. Kronstadt trug die proletarische Revolution bis zum Siege, der kühne Einsatz von Kiel und Hamburg konnte nicht durchdringen, er ist an der Flut des Sozialchauvinismus zerbrochen. Und dennoch, Hamburg bleibt hart und eisern. Am Ausgangspunkt der ersten Periode der Nachkriegsentwicklung, der Periode des ersten Ansturms im Bürgerkriege zum Sturze der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland, erhebt die stolze und kühne eiserne Kohorte von Hamburg nochmals die Fahne der Revolution. Hamburg steigt auf die Barrikaden und kündigt dem kapitalistischen Deutschland die Todfeindschaft bis zum letzten Atemzuge an. Dieses stolze und kühne, dieses eiserne und unüberwindliche Hamburg ist zum V. Reichstreffen des RFB die Gaststadt und der Treffpunkt. Kein Wunder, daß die Herzen höher schlagen, kein Wunder, daß die Pulse rascher fliegen, wenn die Kameraden über Hamburg sprechen.

Das IV. Reichstreffen in Berlin brachte Hunderttausend in die Reichshauptstadt, das V. Reichstreffen wird noch größere Massen nach Hamburg bringen. 1927 stellte die Reichsbahn 15, 1928 28 Extrazüge, um die Bataillone der roten Front zum Aufmarschplatz zu bringen. 1929 sollen es 42 Extrazüge sein. Diese Zahlen künden vom raschen Wachstum der kampfbereiten, revolutionären Front des deutschen Proletariats. Das ist nicht etwa nur eine stimmungsgemäße Radikalisierung, die sich in einer Stimmzettelflut bei Parlamentswahlen äußert, sondern eine tiefgehende, tatendurstige, bis zum letzten und äußersten kampfbereite Revolutionierung der Hauptschichten der deutschen Arbeiterklasse. Das ist das Besondere und Charakteristische in der gegenwärtigen Entwicklung, die dem V. Reichstreffen des RFB das besondere Gepräge gibt.

Die dritte Periode der Nachkriegsentwicklung, in deren erster Phase wir uns befinden, ist die Periode des erneuten revolutionären Aufschwungs in Europa, des revolutionären Aufstiegs, an dessen Spitze sich abermals das deutsche Proletariat befindet. Das ununterbrochene und ständige Anwachsen der kampfschlossensten und opferbereitesten Truppen der roten Klassenfront zeigt sich bei den jährlichen Aufmärschen des RFB, den Meilensteinen im Revolutionierungsprozeß der deutschen Arbeiterklasse. Nicht gelegentliche Stimmenabgabe an einer Wahlurne, die nichts kostet und zu nichts verpflichtet, sondern die zu allem bereite Aufopferung und Hingabe für die Sache des revolutionären Befreiungskampfes, wie sie jährlich die Roten Frontkämpfer beweisen, das zeugt von der gewaltigen Wandlung, die sich gegenwärtig im deutschen Proletariat vollzieht.

Das V. Reichstreffen des RFB erhält sein Gepräge durch die besondere politische Situation, in der wir uns befinden. Eine neue tiefgehende Krise schüttelt und rüttelt das kapitalistische System. In Paris stecken die Finanzbanditen aller kapitalistischen Großmächte die Köpfe zusammen, um das „deutsche Problem“ zu lösen. Unlösbare Hoffnungslosigkeit! In Genf

⁴ Das V. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes war für Pfingsten 1929 (19. und 20. Mai) nach Hamburg einberufen worden. Bereits im März 1929 erwirkte der Polizeisenator von Hamburg das Einverständnis Severings und Grzesinskis zum Verbot des Reichstreffens, das am 4. Mai 1929 vom Hamburger Senat ausgesprochen wurde. Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes am 3. Mai 1929 in Preußen und danach in ganz Deutschland machte die Durchführung des Reichstreffens unmöglich.

geben sich die Schaumschläger des gemeingefährlichen Volksbetrugs, genannt Abrüstungskommission, ein Stelldichein, um die letzten Vorbereitungen für die Organisierung des bevorstehenden imperialistischen Krieges zu maskieren. Und gerade diese Maskerade demonstriert besser als alles andere, wie einig sich die imperialistischen Weltmächte sind in dem Willen zum imperialistischen Raubzug gegen den ersten proletarischen Staat der Welt, gegen die Sowjetunion.

Der Krieg des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion, gegen das stärkste Bollwerk des Kommunismus, ist aber nicht ein imperialistischer Krieg wie 1914 bis 1918, sondern er ist der ausgesprochenste Klassenkrieg, der Bürgerkrieg des Weltimperialismus gegen den Weltkommunismus. Niemand weiß das besser als die Weltbourgeoisie selbst. Der Organisierung und der Vorbereitung dieses Bürgerkrieges im Weltmaßstabe, diesem allgemeinen und allumfassenden strategischen Ziel, werden alle Mittel und Kampfmethoden der Weltbourgeoisie gegen das Weltproletariat ein- und untergeordnet.

Dem Raubzug gegen die Sowjetunion, diesem strategischen Hauptziel der Weltbourgeoisie, passen sich alle Hilfstruppen und Landsknechte des Weltimperialismus an. Ja, die Soldknechte, die reformistischen Lakaien der Bourgeoisie, sind bestrebt, ihre Brotherren in der Skrupellosigkeit und Entschiedenheit im Kampf gegen das Weltproletariat noch bei weitem zu überbieten. Sie sind die Vordersten und die Ersten in der Vorbereitung und Organisierung, im Schmieden von Abschlachtungsplänen gegenüber dem Proletariat. Die „Helden“ der II. Internationale sind die eifrigsten Organisatoren des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion, und in allen kapitalistischen Ländern zeigen sie der Bourgeoisie den Weg zur Niederwerfung der revolutionären Truppen des Weltproletariats. Der französische Sozialdemokrat Paul Boncour entwirft im Auftrage des Generalstabes der stärksten militärischen Macht des europäischen Kontinents den Plan zur „Mobilisierung des ganzen Volkes“. Männer und Frauen, Kinder und Greise, der Mensch von der Wiege bis zum Grabe, sollen dem Kreuzzuge der kapitalistischen „Zivilisation“ gegen den „barbarischen“ Sozialismus der Sowjetunion dienstbar gemacht werden. Paul Boncour ist der Sprecher des Gesamtimperialismus auf der „Abrüstungs“-konferenz des Völkerbundes gegen die einzigen ehrlichen Abrüstungsvorschläge Litwinows, des Beauftragten der friedensgewillten Arbeiter- und Bauernmassen der Sowjetunion.

Im Wettlauf der II. Internationale um die Gunst, die Anerkennung und um den Beifall der Weltbourgeoisie im blutigen Rüstungsgewerbe zur Abmetzelung des revolutionären Weltproletariats will die deutsche Sozialdemokratie nicht eine Handbreit hinter der französischen zurückstehen.

Rechte und „linke“ Sozialdemokraten laufen um die Wette um die Gunst ihrer Brotherren. Rechte und „linke“ Wehrprogramme werden produziert und angepriesen. Und vergnügt bescheinigt die Presse der Bourgeoisie ihre Zufriedenheit mit den Wehrprogrammen der deutschen Sozialdemokratie aller Schattierungen. Das Blatt der Börsenjobber, die „Vossische Zeitung“, bestätigt ausdrücklich, daß das Wehrprogramm der Leviten ebenso annehmbar sei wie das der Mülleraner. Die Bourgeoisie hat rasch herausgefunden, daß die verschiedenen Wehrprogramme der deutschen Sozialdemokraten ein und dasselbe Gericht sind, nur in verschiedener Zubereitung, um so die verschiedenen Geschmäcker der kleinbürgerlichen und der proletarischen Anhänger, die sich noch in der Gefolgschaft der Bourgeoisie befinden, zu befriedigen.

Das politische Hochwasser in Deutschland hat die endgültige Erledigung des Wehrprogramms der Sozialdemokratie verhindert. Aber der Bourgeoisie brennt es unter den Nägeln. Wenn auch das von Wilhelm Dittmann erfundene Magdeburger Hochwasser ausgeblieben ist, so ist es eine andere Hochflut, die der Bourgeoisie keine Befriedigung, sondern Angst und unruhige Stunden bereitet: die steigende Flut der revolutionären Radikalisierung des deutschen Proletariats. Die Presse des Finanzkapitals und der Schwerindustrie, die „Deutsche

Bergwerkszeitung", die „Kölnische Zeitung", die „Berliner Börsenzeitung", die „Deutsche Allgemeine Zeitung" usw., ist angefüllt mit Hilferufen, Pogromstimmungsmache, mit Verleumdungen und Lügen, mit Aufforderungen zum Bürgerkrieg gegen die ansteigende revolutionäre Flut. Reichswahr und Polizei, Staatsanwalt und Zuchthaus, Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie und allen voran Faschismus und sozialdemokratische Minister sollen helfen, das „rote Gespenst" zu bannen.

Der kapitalistische Staat ist in Gefahr! Die sozialdemokratischen Lakaien der Bourgeoisie melden das blutige Handwerk des konterrevolutionären Hilfsdienstes an. Severing, der sozialdemokratische Reichsinnenminister, erklärt seine Bereitschaft, mit dem §48⁵, mit der Diktatur der weißen Generale zu regieren. Grzesinski, der sozialdemokratische Polizeiminister in Preußen, erläßt „eine letzte Warnung!", in der er das Verbot der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes ankündigt. Und die Zörgiebel und Kumpanei zeigen durch Verhängung des kleinen Belagerungszustandes ihre Dienstbereitschaft für die Nöte der Bourgeoisie. Demonstrationsverbote, Versammlungsverbote, Auflösungsdekrete, Prozesse und Polizeischikane, Gummiknüppel und Revolver, Bajonette und Maschinengewehre, Tanks und Drahtverhaue, mittelalterliche Reaktion, polizeistaatliche Notbehelfe, ergänzt und vervollkommnet mit den höchsten „Errungenschaften" der Kriegstechnik, sollen die Staumauer gegen die rote Flut bilden.

Aber die Konterrevolution - von Hugenberg bis Hermann Müller, von Adolf Hitler bis Paul Levi, von Seldte bis Hörsing - ihre Vertreter, mögen bereitwillige Henkersknechte im Dienste des deutschen Trustkapitals sein, politische Strategen gegen die rote Flut sind sie gewiß nicht. Alle terroristischen Maßnahmen, die das Ansteigen der roten Flut aufhalten sollen, werden zu Elementen des immer stärkeren Anwachsens der roten Klassenfront. Die Konterrevolution konzentriert und stärkt die Kräfte der Revolution. Alle pazifistischen und versöhnlerischen Stimmungen, diese Seifenblasen der reformistischen Ideologie, werden vom Sturme des verschärften Klassenkampfes hinweggefegt.

Auf das V. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes schaut das gesamte internationale Proletariat. Das Reichstreffen der Roten Frontkämpfer demonstriert die Stärke, die Kampf- und Opferbereitschaft für die Befreiung aller Unterdrückten in der ganzen Welt. Abordnungen der revolutionären Kampftruppen aus den wichtigsten europäischen Ländern werden an diesem Tage die Kameraden des Roten Frontkämpferbundes begrüßen.

Weit über Ozeane hinweg, in alle Erdteile wird der Massenschritt der Marschbataillone der roten Klassenfront dringen. Das Reichstreffen der Roten Frontkämpfer in Deutschland ist die Hoffnung und die Siegeszuversicht des Weltproletariats. Die schwielige Arbeiterfaust reckt sich gigantisch über den ganzen Erdball. Das Reichstreffen der Roten Frontkämpfer wird zum Symbol des internationalen Befreiungskampfes. Der Kampftruf „Rot Front" wird zum Schlachtruf der Arbeiter der ganzen Erde. Unter diesem Zeichen füllt das V. Reichstreffen die Barrikadenplätze und Straßen des revolutionären Hamburgs.

Was bedeuten gegenüber dieser weltumspannenden, alle Länder und Ozeane überflutenden gigantischen Sturmflut der revolutionären Bewegung die krampfhaften Anstrengungen, mittels Polizeiverbote der Grzesinski und Severing die Bourgeoisie vor ihrem sicheren Untergang zu retten? Keine konterrevolutionäre Macht ist imstande, der Vorhut des internationalen Proletariats und der Vorhut der deutschen Kampfarmee ihre revolutionären Erfahrungen zu „verbieten". „Erlaubt" oder „verboten", legal oder illegal, die Vorhut des internationalen und des deutschen Proletariats wird unter allen Bedingungen, die ihr der Klassenfeind aufoktroiert, ihre revolutionären Pflichten und verantwortungsvollen Aufgaben im Interesse des internationalen und des deutschen Proletariats erfüllen.

⁵ Mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung erhielt der Reichspräsident die Möglichkeit, alle verfassungsmäßig festgelegten Grundrechte der Bürger willkürlich außer Kraft zu setzen. Die Brüning-Regierung benutzte diesen Artikel, um eine Anzahl arbeiterfeindlicher „Notverordnungen" zu erlassen.

Die deutsche Arbeiterklasse und mit ihr der Rote Frontkämpferbund werden den Kampf um die Befreiung der Arbeiter aus dem Joch des Kapitals auch unter dem Belagerungszustand Grzesinskis weiterführen, noch entschiedener weiterführen als in der Periode der legalen Tätigkeit. Der Strom der Geschichte führt unabwendbar zum Sieg und zum Triumph des revolutionären Proletariats über das Banditentum der Weltbourgeoisie.

Das V. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes in Hamburg ist in erster Linie Heerschau und Generalappell zum Kampfe gegen den drohenden imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion und für die Verteidigung der Sowjetunion.

Das V. Reichstreffen des RFB ist zugleich Heerschau und Generalappell zum Kampfe gegen die weiße Diktatur in den kapitalistischen Ländern, gegen den Faschismus, gegen Stahlhelm und Reichsbanner, gegen Polizeidiktatur und Belagerungszustand.

Das V. Reichstreffen des RFB ist Heerschau und Generalappell der revolutionären Kampftruppe des deutschen Proletariats zum Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse aus Kapitalknechtschaft und Unterdrückung.

In diesem Bewußtsein marschieren die eisernen Bataillone der roten Klassenfront in Hamburg auf als Kündler und Garanten des Sieges des deutschen Proletariats.

*„Arbeiter zu uns!“,
Bilderzeitschrift, Berlin o. J.*

Zum XII. Parteitag

Die rasch einander jagenden politischen Ereignisse haben uns gehindert, den Parteitag, wie es ursprünglich geplant war, vom 5. bis 11. Mai in Dresden abzuhalten. Die Berliner Kampftage machten das unmöglich. Nun tagt die höchste Parteinstanz der KPD vom 9. bis 15. Juni im roten Wedding, einige hundert Meter vom Platz der Barrikadenkämpfe der ersten Maitage entfernt.

Die blutigen Maitage in Berlin, das Verbot des RFB, das siebenwöchige Verbot der „Roten Fahne“, die zahlreichen Verbote der kommunistischen Provinzpresse, die wiederholten Androhungen des Verbots der KPD, die alles übertreffende Lügen- und Verleumdungskampagne gegen die UdSSR, dieser ganze konterrevolutionäre, faschistische Kurs der Staats- und Parteipolitik der gesamten Bourgeoisie und des Sozialfaschismus, wie er seit den Maiereignissen eingeschlagen wird, offenbaren mit zwingender Beweisführung, in welchem Stadium sich die krisenhafte Entwicklung der Politik des deutschen Trustkapitals befindet. Der Sozialfaschist Zörgiebel hat mit Maschinengewehren die theoretischen Streitfragen, die die Rechten und Versöhner gegen die Parteimehrheit bei Ausführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale aufgeworfen haben, auf die einfachste Art gelöst und gegenstandslos gemacht. Die 33 Toten und Dutzende von Krüppeln, der Belagerungszustand und die dreitägigen Barrikadenkämpfe im Wedding und in Neukölln sind beweiskräftigere Kronzeugen der geschichtlichen Entwicklung als die oppositionellen Papierehen der Liquidatoren und Versöhner.

Der XII. Parteitag wird unter dem Eindruck des verschärften Klassenkampfes stehen, wie er sich in den letzten Wochen und Monaten in Deutschland entwickelt hat. Während noch der XI. Parteitag in Essen vor reichlich zwei Jahren die zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze signalisieren konnte, während noch der VI. Weltkongreß der Komintern vor nahezu Jahresfrist eine neue Periode der Nachkriegsentwicklung analysierte, steht der XII. Parteitag unserer Partei schon inmitten dieses verschärften Klassenkampfes auf einer höheren Stufe seiner Entwicklung, in der die Bourgeoisie zu offenen Formen des Bürgerkrieges übergeht und das Proletariat auf die Schläge des Gegners mit verschärften Kampfmitteln antwortet.

In dieser Situation hat der deutsche Parteitag große internationale Bedeutung. Unter allen großen kapitalistischen Ländern ist Deutschland das Land, in dem die Klassenverhältnisse und Klassengegensätze am schärfsten zugespitzt sind. Hier nimmt der Klassenkampf die höchsten Formen seit 1923 an. Gleichzeitig verfügt das deutsche Proletariat und sein revolutionärer Vortrupp, die KPD, unter den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder über die reichsten Kampferfahrungen. Aus diesem Grunde werden nicht nur der Klassenfeind, sondern auch das internationale Proletariat und unsere Bruderparteien ein ganz besonderes Augenmerk auf unseren Parteitag richten, da hier für die kommenden großen Auseinandersetzungen der Klassen bedeutsame Entscheidungen fallen werden.

Die Beschlüsse des Parteitages und die politische Linie, durch die die Verhandlungen des Parteitages bestimmt werden, haben ihren Ausgangspunkt in der praktischen Politik der Partei, wie sie seit dem IV. RGI-Kongreß und dem VI. Weltkongreß der Komintern in unserer Partei zur Anwendung gelangte, und die der Partei geholfen haben, die neuen Waffen unserer Taktik zu erproben. Die vom VI. Weltkongreß beschlossene parteipolitische Linie und Strategie im Kampf gegen die Trustherrschaft und gegen den Sozialfaschismus haben in Deutschland den Klassenkampf zu einem neuen Wendepunkt geführt.

Der Klassenkampf in Deutschland ist seit dem 4. August 1914 nicht nur der offene und klare Kampf zwischen zwei Klassen, der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse, sondern er wird gleichzeitig geführt als ein Kampf auf Leben und Tod um die Hegemonie im Proletariat zwischen Kommunismus und Reformismus. Heute nähert sich dieser Kampf, der nach den

Gesetzen der revolutionären Entwicklung unter Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten, mit dem Übergang der Führung des Proletariats an die Kommunisten, an die KPD, enden muß, immer mehr seiner endgültigen Entscheidung. Die Schärfe des Klassenkampfes, die Erbitterung, mit der auf beiden Seiten heute auch der einfachste Lohnkampf und noch stärker jeder politische Kampf durchgeföhnt werden, hat gegenwärtig nicht allein in den unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit und der besonders zugespitzten objektiven Situation seine Ursache. Diese besondere Schärfe entspringt dem Kampf um die Führung der Arbeiterklasse zwischen dem Reformismus, der heute zum Sozialfaschismus geworden ist und alle Machtmittel des Staates gegen das Proletariat einsetzt, und dem Kommunismus, dem Träger des proletarischen Klassenkampfes, der an die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit des Proletariats mit offensiver Kampfstrategie herangeht.

Diese Frage der Eroberung der Mehrheit, der Hauptschichten des Proletariats, die letzten Endes die Entscheidung über die großen revolutionären Aufgaben fällt, die das Proletariat zur Eroberung der politischen Macht lösen muß, bildet die zentrale Achse der Verhandlungen und Entscheidungen des XII. Parteitages.

Die vom VI. Weltkongreß beschlossene und von der Partei durchgeführte Kampfstrategie, die uns in einem viel stärkeren Maße als früher an die vorbezeichnete Hauptaufgabe und die konkreten Methoden ihrer Lösung heranführt, wird auf dem Parteitag die gründlichste Erörterung finden. Alle Erfahrungen, die auf diesem Gebiet in allen Bezirken und Industriezentren Deutschlands gemacht wurden, müssen zur Weiterführung dieser Politik und zur Korrektur aller Fehler und Mängel verarbeitet werden. Von der grundsätzlichen Einstellung zu den Beschlüssen des VI. Weltkongresses ausgehend und gestützt auf diese Beschlüsse, wird die offensive Kampfstrategie auf dem Parteitag sich weitere Ziele und Aufgaben stellen, die den ganzen Fragenkomplex des revolutionären Klassenkampfes auf allen Gebieten erweitern und vervollkommen werden. Von dieser prinzipiellen taktischen Einstellung aus werden auch die großen Probleme der Partei - die Organisation und Führung des revolutionären Klassenkampfes, der Kampf gegen die drohenden Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte gegen die UdSSR, die Gewerkschaftsfrage und die Taktik der Wirtschaftskämpfe, die als weitere Punkte der Tagesordnung des Parteitages vorgesehen sind - analysiert und gelöst werden. Die sozialfaschistische Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbürokratie, ihr vollständiges Verwachsen mit dem Wirtschaftsapparat des Finanzkapitals und dem kapitalistischen Staatsapparat stellen die Partei in ihrer Gewerkschaftsarbeit und ihrer Taktik in den Wirtschaftskämpfen vor immer höhere und kompliziertere Kampfaufgaben. Auf diesem Gebiet die richtigen Wege zu finden, ist eine der wichtigsten Fragen des Parteitages.

Aber alle diese Fragen müssen gestellt werden unter dem zentralen Gesichtspunkt des schärfsten, des zähsten - nicht nur in den großen Aktionen, sondern auch in der Kleinarbeit der Partei - unversöhnlich durchgeführten Kampfes gegen die Sozialdemokratie, die sich in Magdeburg offen zur sozialfaschistischen Diktatur bekannt hat. Nur so können die großen Massen des Proletariats für den Kommunismus, für den Kampf gegen den Sozialfaschismus gewonnen werden. Nur so werden sie durch die aufopfernde und hingebungsvolle Arbeit der KPD überzeugt werden, daß allein die revolutionäre Politik des Bolschewismus ihnen den Ausweg aus dem sozialen Elend, aus der wirtschaftlichen Not und der politischen Entrechtung und Unterdrückung zeigen kann. Der Parteitag wird vor der proletarischen Öffentlichkeit klar und offen sagen, daß die entscheidenden Kämpfe der Gegenwart von der gesamten Arbeiterklasse eine eiserne Entschlossenheit und Organisiertheit fordern und daß entscheidende Erfolge und Siege ohne Opfer unmöglich sind. Die Kommunistische Partei ist bereit, alle Opfer auf sich zu nehmen, allen Verboten zu trotzen, um den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats ohne Rücksicht auf die Unterdrückungsmaßnahmen der

Bourgeoisie und des Sozialfaschismus fortzusetzen und siegreich zu Ende zu führen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Über die drohende Kriegsgefahr. Heute zeigen sich die Umrisse der unmittelbaren Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte gegen die UdSSR, der Übergang der führenden Rolle in den Reihen der imperialistischen Gruppen bei der Organisierung und Vorbereitung des Krieges auf den Sozialfaschismus und besonders die Einreihung des deutschen Trustkapitals in die Antisowjetfront viel deutlicher als zur Zeit des VI. Weltkongresses, auf dem dieses Problem gleichfalls einen breiten Raum bei den Verhandlungen einnahm. Alle Verhandlungen der imperialistischen Welträuber, wie zum Beispiel jetzt die Pariser Konferenz „zur Regelung der Reparationslasten“, zeichnen sich heute stärker als je zuvor als geheime Abmachungen zu den genannten Kriegsvorbereitungen aus. Dieser Frage wird der Parteitag die größte Aufmerksamkeit widmen. Er wird aber auch zugleich auf das konkreteste die Abwehrmaßnahmen des deutschen Proletariats gegen die Kriegsgefahr und, wenn dennoch der Krieg kommt, den Kampf des deutschen Proletariats zur Oberleitung des imperialistischen Krieges in den proletarischen Befreiungskampf beraten und entsprechende Maßnahmen beschließen.

Die Entwicklung seit dem Essener Parteitag hat nicht nur eine Stärkung des Einflusses der Partei in den breiten Massen des Proletariats gebracht, sondern gleichzeitig unter dem durch die Komintern unterstützten bolschewistischen innerparteilichen Kurs die Partei von den verräterischen liquidatorischen Elementen, den Agenten des Reformismus in den Reihen der Kommunisten, gründlich gereinigt und unter Zurückdrängung des Versöhnertums die Partei zu einem festen revolutionären bolschewistischen Block geschweißt. Selten zuvor mußte die Partei einer so ungeheuren Schlammschlacht von Verleumdungen und Lügen seitens der Bourgeoisie unter Führung des Sozialfaschismus Widerstand leisten. Noch bis zur letzten Minute vor der Eröffnung des Parteitages versuchte der trotzkistische Renegat Urbahns durch dreiste, freche Lügen über Zerwürfnisse in der Leitung der Partei dem „Vorwärts“ und seiner Verleumdungskampagne gegen den Kommunismus Material zu liefern, um sich bei der Partei der Herren Reichsminister, Polizeipräsidenten usw. in „gute Erinnerung“ zu bringen. Um diese ungeheuerliche Verleumdungskampagne wirksamer zu machen, hat der Sozialfaschismus „Die Rote Fahne“ und andere Parteizeitungen verboten, um der Partei die Gegenwehr gegen diese erbärmlichen Verleumdungen unmöglich zu machen. Der Parteitag wird Zeugnis davon ablegen, wie jämmerlich dieses Lügengewebe an der Einheit und Geschlossenheit der Partei zerschellt.

Große entscheidende Aufgaben stehen vor dem XII. Parteitag, wie sie für die Partei selten so schwerwiegend und verantwortungsvoll, aber auch gleichzeitig so erfolgversprechend zu lösen waren.

Das rasche Anwachsen der revolutionären Bewegung, das ständig steigende Vertrauen, das die deutsche Arbeiterklasse der KPD entgegenbringt, die Erfolge der Partei in den verschiedensten Etappen des Klassenkampfes in den letzten Monaten und Jahren und die steigende Aktivität und Geschlossenheit unserer Partei sind Garantien, daß der XII. Parteitag alle diese Aufgaben im Interesse des revolutionären Klassenkampfes des deutschen Proletariats, zur Verteidigung der Sowjetunion, zur Errichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland lösen wird.

*„Neue Zeitung“
vom 8. Juni 1929.*

XII. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Berlin-Wedding, 9. bis 15. Juni 1929

Die politische Lage und die Aufgaben der Partei

10. Juni 1929

Genossen! Wenn wir heute auf dem Parteitag zu den Grundproblemen und der Hauptlinie unserer revolutionären Politik Stellung nehmen, so glaube ich, werden wir verstehen müssen: Der gesamte Komplex der Aufgaben, die in Deutschland die deutsche Partei und im internationalen Maßstabe die gesamte Kommunistische Internationale haben, ist so ungeheuer und so vielfältig, mit soviel komplizierten Eigentümlichkeiten in der Anwendung unserer Taktik gegenüber unseren Klassenfeinden verbunden, daß es mir nicht möglich sein wird, alle Fragen, wie es notwendig wäre, hier zu behandeln. Ich setze voraus, daß die Delegierten den Bericht des Zentralkomitees zum Parteitag, „Zwei Jahre Arbeit und Kampf“, in dem die Entwicklung der deutschen Partei wie auch die Erfahrungen unserer verschiedenen Kampagnen, ihre Schwächen und Mängel niedergelegt sind, bereits gelesen haben. Ich schicke ferner voraus, daß verschiedene Fragen in den speziellen Referaten, so im Referat über die Kriegsgefahr und in dem über die Gewerkschaftsfragen, noch ausführlich behandelt werden, so daß ich sie hier nur berühren und in der Hauptlinie skizzieren kann.

Es ist klar, daß der Ausgangspunkt für die Behandlung der Grundprobleme und der Hauptlinie unserer revolutionären Politik gegenwärtig nur die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses und des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale sein können, die in den Thesen und Resolutionen niedergelegt sind. Die Zeit vom VI. Weltkongreß bis heute ist, in der geschichtlichen Perspektive gesehen, nur eine kurze Zeit, sie hat jedoch die Richtigkeit der Beschlüsse vollauf bestätigt. Ich darf wohl ohne Übertreibung auf dem Parteitag erklären, daß der Klassenfeind in Deutschland und sogar in der ganzen Welt seine Aufmerksamkeit diesem Parteitag schenkt. Aber nicht nur der Klassenfeind, sondern auch das deutsche Proletariat, das internationale Proletariat blicken voll Aufmerksamkeit auf diesen Parteitag, weil hier wirklich Probleme behandelt werden, die den revolutionären Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus der ganzen Welt bestimmen und beeinflussen. Die Tatsache, daß auf dem Parteitag die wichtigsten Sektionen der kommunistischen Weltpartei vertreten sind, legt Zeugnis von dem internationalen Charakter unserer Tagung ab.

Ich will in meinem Referat fünf Fragen behandeln:

- I. Die internationale Lage und die Entwicklung der Kommunistischen Internationale seit dem VI. Weltkongreß.
- II. Die Wirtschaftslage in Deutschland, insbesondere das Reparationsproblem, die Offensive des Kapitals und die imperialistische Kriegspolitik Deutschlands.
- III. Die Rolle der Sozialdemokratie im heutigen Klassenkampf und die Entwicklung des Sozialfaschismus.
- IV. Der Charakter der gegenwärtigen Klassenkämpfe, die neue Taktik der Partei und die innerparteiliche Entwicklung.
- V. Die Maiereignisse, die Perspektive der weiteren Entwicklung und die Hauptaufgaben der Partei.

*I. Die internationale Lage und die Entwicklung
der Kommunistischen Internationale seit dem VI. Weltkongreß*

In den Thesen des VI. Weltkongresses sind bereits die Hauptmerkmale der dritten Periode der Nachkriegsentwicklung des Weltkapitalismus niedergelegt. Die Zuspitzung aller Widersprüche im internationalen Maßstabe, die Tatsache, daß sich die Widersprüche der imperialistischen Länder in den letzten Monaten noch verschärft haben, daß der Gegensatz der imperialistischen Länder zu den Kolonien, besonders zu Indien, einen revolutionären Höhepunkt zu erreichen beginnt, die Zuspitzung der Klassengegensätze vor allem des Hauptgegensatzes, des Gegensatzes der imperialistischen Welt zur Sowjetunion, beweisen die Richtigkeit der Beschlüsse des VI Weltkongresses. Nur im Zusammenhang mit diesen internationalen Widersprüchen kann auch die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland richtig beurteilt werden. In Deutschland zeigen sich die internationalen Widersprüche der dritten Periode in einer besonders krassen Form.

Betrachten wir die Entwicklung vom VI. Weltkongreß bis heute. Haben sich die Widersprüche des Weltkapitalismus abgeschwächt oder verstärkt? Die Tatsachen zeigen, daß sich die Widersprüche verschärft haben. Was ist die allgemeine Ursache dieser Zuspitzung der Widersprüche? Der schreiende Widerspruch zwischen der ungeheuer gesteigerten Produktionskapazität und der Verengung der Absatzmärkte, des kapitalistischen Weltmarktes überhaupt. Ich will nur auf die Tatsache hinweisen, daß ein Sechstel der Erdoberfläche, die Sowjetunion, aus dem Bereich der kapitalistischen Profitwirtschaft dadurch ausgeschaltet ist, daß die Arbeiter und Bauern im Roten Oktober 1917 die Diktatur des Proletariats aufrichteten. Die Sowjetunion hat sich in der letzten Zeit neue Exportgebiete verschafft und tritt als ernster wirtschaftlicher Konkurrent auf dem Weltmarkt auf. Weiter die große industrielle Entwicklung in den Kolonien, die verschärfte Konkurrenz der kapitalistischen Länder untereinander, ihre gegenseitigen Absperrungsmaßnahmen, die sie mittels neuer Hochschutzzölle und Tarife durchführen, um sich vor dem Eindringen der Waren der anderen Länder zu sichern. Die Tatsache, daß die amerikanische Regierung einen neuen Hochschutzzollentwurf vorlegen will, zeigt die neuen Expansionsbestrebungen des amerikanischen Imperialismus und seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen, um sich der Konkurrenz der anderen Länder zu erwehren.

Alle diese nur angedeuteten unlösbaren Widersprüche des Weltimperialismus finden natürlich ihre besondere Verschärfung in dem Gegensatz zwischen den Klassen. Das, was sich in Deutschland zeigt, die neue kapitalistische Offensive mit den ihr eigentümlichen Methoden, zeigt sich auch im internationalen Maßstabe. Ein neuer Feldzug des Finanzkapitals, des miteinander verwachsenen Industrie- und Bankkapitals, gegen das Proletariat ist im Gange. Was auf der Tagesordnung steht, ist der Kampf um die Neuaufteilung der Welt.

Die Verschiebung der wirtschaftlichen Stärke der einzelnen imperialistischen Länder hat die Verschiebung ihrer weltpolitischen Machtstellung zur Folge und schafft im Laufe der Entwicklung neue Kräftekombinationen der einzelnen imperialistischen Länder. Am krassesten tritt der Kampf um die Welthegeemonie in dem Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und England in Erscheinung. Dieser Gegensatz zwang Großbritannien, alle Maßnahmen einzuleiten, um die wichtigen kapitalistischen Staaten Europas auf seine Seite zu bringen. Die Annäherung an Frankreich, die Bildung der englisch-französischen Entente, die Ereignisse bei den Pariser Reparationsverhandlungen zeigen sehr deutlich den ungeheuer verschärften Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Dieses Bestreben Englands, sich mehr und mehr Frankreich zu nähern, verfolgt einen doppelten Zweck: einerseits die Expansionsgelüste der Vereinigten Staaten zurückzudrängen, andererseits auch Deutschland unter einen verschärften wirtschaftlichen und politischen Druck zu setzen, zumal das wirtschaftliche Wiedererstarke Deutschland zu einem ernst zu

nehmenden Faktor auf dem Weltmarkt und in der imperialistischen Front gegen die Sowjetunion gemacht hat.

Diese Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern und der Kampf um die bessere Konkurrenzfähigkeit treiben die Imperialisten auch dazu, den Druck auf die Kolonien und auf die eigene Arbeiterschaft aufs höchste zu steigern. Daraus entsteht der Kampf der unterdrückten Kolonialvölker gegen die imperialistischen Räuber und die neue Welle der ökonomischen und politischen Streiks und Aktionen der noch jungen, noch nicht durch den Reformismus verseuchten Arbeiterklasse in den Kolonien gegen die eigenen und fremden Ausbeuter.

Ich erinnere hierbei an den heldenmütigen Kampf der Bombayer Textilarbeiter, die im monatelangen Streik gegen die Unternehmerwillkür und die Soldateska des britischen Imperialismus Wunder an Heroismus und revolutionärer Organisiertheit und Disziplin gezeigt haben. Wir deutschen Arbeiter fühlen uns um so mehr mit ihnen verbunden, da zu gleicher Zeit, als das Blut der Arbeiter in den Straßen von Bombay floß, auch Berliner Arbeiter unter den Kugeln Zörgiebels ihr Leben lassen mußten. Diese internationale Kampfsolidarität und Kampfverbundenheit der Proletarier der kapitalistischen Länder und der Kolonien wird unter dem Banner und unter der Führung der Kommunistischen Internationale weiter in uns fortleben und unseren lebendigen Internationalismus, wie es uns Lenin in seinen Taten stets gezeigt hat, für die zukünftigen revolutionären Kämpfe in der ganzen Welt fördern und stärken.

Was ist das Neue, das sich bei dem Bombayer Streik und bei den politischen Kämpfen in Indien gezeigt hat? Die Gesamtzahl der Streiktage betrug im Jahre 1928 über 31 Millionen, eine Rekordzahl in einem Jahre, die die Zahl der Streiktage der letzten 5 Jahre übersteigt. Davon entfallen 22 Millionen Streiktage allein auf die wichtigste Gruppe, die Textilarbeiter. Dieser Bombayer Streik hat im Zusammenhang mit der allgemeinen Bedeutung der Maiereignisse für die zukünftige Entwicklung eine außerordentlich große Bedeutung. Ich erlaube mir nur einige Zitate aus einem ganz gewiß nicht kommunistenfreundlichen Blatt, dem „Berliner Tageblatt“, vorzutragen, um zu zeigen, welche neue revolutionäre Welle in Indien sich gegenwärtig erhebt.

Das „Berliner Tageblatt“ vom 4. Juni schreibt in seinem Leitartikel folgendes zum Bombayer Streik:

„Indessen zeigt gerade dieser Streik, daß eine neue Bewegung im Entstehen ist, die nicht nur die wirtschaftlichen Fragen, sondern auch die politischen Probleme Indiens unter einem bisher nicht vertretbaren Gesichtspunkt in Angriff nimmt...“

Die streikende Arbeiterschaft von Bombay aber steht unter der Leitung und dem Einfluß einer politischen Gruppe, die ihr die Idee einimpft: ‚Der Kampf um eure Freiheit kann nicht als ein rein politischer geführt werden. Eure Interessen können nicht politisch wahrgenommen werden von Leuten, die wirtschaftlich eure Feinde sind. Dieselben Fabrikanten, die die Swarajbewegung unterstützten, verweigern euch das Existenzminimum. Es hat keinen Sinn, an ihrer Seite für eine ‚Freiheit‘ zu kämpfen, die euch aus der Fremdherrschaft nur unter die Knechtschaft der souverän gewordenen Kapitalistenklasse Indiens bringen wird. Euer Kampf kann nicht der bürgerliche Freiheitskampf sein, sondern ihr müßt den proletarischen Klassenkampf ausfechten.‘

Daß die den jetzigen Streik leitende radikale Gewerkschaft, der ‚Girni Kamgar‘ (Textilarbeiter) unter kommunistischer Führerschaft steht, unterliegt keinem Zweifel. Sie selbst nennt sich auch gern ‚The Red Flag Union‘, Gewerkschaft der roten Fahne...“

Das ist das Bezeichnende: Gab es noch im Generalstreik des vorigen Jahres ein ‚Vereinigtes Streikkomitee‘ aus Radikalen und Gemäßigten, so verhalten sich die ‚alten‘ Gewerkschaften diesmal völlig passiv; es ist, als ob sie überhaupt nicht existierten. Dabei beweisen die Forderungen, um die es geht - Wiedereinstellung gemäßregelter Arbeiter und Anerkennung einer Art Arbeiterrat in den Fabriken -, daß dieser hartnäckige und schwere Kampf in erster Linie um rein politische Ziele willen geführt wird und keineswegs eine Magenfrage ist.“

Ich glaube, diese wenigen Zitate zeigen uns genügend den Sinn der revolutionären Kämpfe in

Indien:

Erstens die Verflechtung des ökonomischen Kampfes mit dem politischen; zweitens, daß die Bewegung in Indien unter der roten Flagge des Kommunismus steht; drittens, daß die alten reformistischen Gewerkschaften gegenüber dieser Bewegung sich völlig „passiv“, das heißt bewußt verräterisch, verhalten. Sind die reformistischen Gewerkschaften in Indien „passiv“, so glaube ich, können wir von unserer reformistischen Gewerkschaftsbürokratie das Gegenteil sagen. Sie ist aktiv, aber aktiv im Interesse der Unternehmer, aktiv bei der Abwürgung der Streiks, bei Spaltung der Gewerkschaften, bei massenhaften Ausschlüssen der revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften.

Diese Bewegung in Indien hat deswegen so große internationale Bedeutung, weil sie nicht ohne Wirkung auf die anderen Kolonien bleiben kann. Sie wird nicht ohne Widerhall in China bleiben, wo die nationalistische Bourgeoisie mit dem Henker Tschiang Kai-schek an der Spitze im Bunde mit den Imperialisten die Arbeiter- und Bauernmassen ausbeutet und unterdrückt und auf Befehl der imperialistischen Mächte unter Führung Amerikas den Krieg gegen die Sowjetunion provoziert. Auch dort wird der fortdauernde Generalskrieg und die Hungersnot der Millionenmassen zu neuen Aufständen führen.

Nehmen wir einige andere Tatsachen: In Australien, im Lande des „sozialen Friedens“, gingen erst kürzlich große Streikbewegungen vor sich. In Japan ist zum ersten Male seit langer Zeit ein großer wirtschaftlicher Kampf ausgebrochen, gegen den die japanische Regierung und alle Staatsorgane die heftigsten Unterdrückungsmaßnahmen ergreifen, ferner die ungeheure Streikwelle in Frankreich, in Polen, die letzte Streikbewegung in Bulgarien, die erbitterten Teilstreiks in Amerika usw. Alle diese Tatsachen zeigen die Verschärfung der inneren Gegensätze, die man von den äußeren Widersprüchen nicht trennen kann. Sie charakterisieren weiter das grundlegende Moment der gegenwärtigen Entwicklung, die Tatsache des neuen revolutionären Aufschwungs.

Aber der Imperialismus beutet nicht nur die fremden Kolonialsklaven aus und peinigt sie bis aufs Blut. Marx und Lenin haben uns belehrt, daß es in jeder kapitalistischen Nation eigentlich zwei Nationen gibt: die Nation der Kapitalisten, der Ausbeuterklasse, und die Nation der Arbeiter, der Ausgebeuteten. Marx und Lenin haben uns weiter gesagt, daß der Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten, der „Völkerkrieg“, solange nicht aufhören kann und solange nicht aufhören wird, solange es eine Klassengesellschaft und einen Klassenkampf gibt, den unversöhnlichen Kampf auf Leben und Tod zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Heuchelei der II. Internationale über die „Völkerversöhnung“ und über den Völkerbund, die Kautsky-Hilferdingsche „Theorie“ des „Ultraimperialismus“ ist nichts anderes als der Ausdruck ihrer Auffassung über die Klassengemeinschaft und Klassenversöhnung. Sie ist die „Theorie“ des Burgfriedens, wie sie im imperialistischen Kriege 1914 bis 1918 durchgeführt wurde, und die „Theorie“ des jetzigen „Reparationsburgfriedens“ im heutigen Stadium.

Was dieser Burgfrieden in der Praxis bedeutet, weiß die deutsche Arbeiterklasse aus eigener Anschauung. Die Offensive der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse und ihre nackten Lebensinteressen hat, wie der VI. Weltkongreß voraussagte, eine ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes in allen Ländern hervorgerufen. Um die wirtschaftliche Ausbeutung der Massen zu verstärken, muß die Bourgeoisie den steigenden Widerstand der Massen durch ihre rücksichtslose Politik der Unterdrückung, der Vernichtung der revolutionären Arbeiterorganisationen, der Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten und durch die Fasisierung der Herrschaftsformen brechen.

Noch nie war die faschistische Gefahr in der ganzen Welt für das Proletariat so groß wie gerade jetzt. Wir müssen auf unserem Parteitag konstatieren: Der Faschismus in der ganzen Welt befindet sich in stetem Vormarsch; sowohl in den rückständigen Agrarländern wie auch in den fortgeschrittenen, sogenannten demokratischen Ländern. Seit dem VI. Weltkongreß hatten wir den faschistischen Umsturz in Jugoslawien, die Einsetzung der Oberstenregierung

in Polen und die Tatsache der Ausdehnung und Verschärfung der faschistischen Bewegung in Österreich - wo in der letzten Zeit systematische Überfälle auf die Arbeiterschaft erfolgt sind - bei völliger Kapitulation und Ohnmacht der österreichischen Sozialdemokratie, dieses „Stolzes der II. Internationale“.

Wir sehen auch eine steigende faschistische Bewegung in Deutschland, eine stärkere Entwicklung des Werkfaschismus⁶, der faschistischen „Wehr“-organisationen, das aktive Auftreten der Nationalsozialisten in allen Teilen Deutschlands, ihr Gewinn bei den sächsischen Wahlen. *Verschieden sind die Formen und Methoden, wie der Faschismus in verschiedenen Ländern zur Herrschaft zu gelangen sucht, aber überall tritt er nicht nur als stärkstes Mittel der Unterdrückung der Arbeiter, sondern als Wegbereiter für den Krieg gegen die Sowjetunion auf.* Hier ist besonders wichtig, darauf hinzuweisen, daß, während der Faschismus in Italien und in anderen Ländern in seiner reinen Form zur Diktatur gelangt ist, es in einigen Ländern eine besonders gefährliche Form der faschistischen Entwicklung, die Form des Sozialfaschismus, gibt. Gerade die Form des Sozialfaschismus, der sozialfaschistische Kurs der Sozialdemokratie, wie ich ihn besonders bei der allgemeinen Klassenanalyse in Deutschland noch zeigen werde, spielt jetzt für unsere Kampfmethoden, für unsere gesamte Taktik eine außerordentlich große Rolle.

Die Sozialdemokratie ist überall zum stärksten Hebel der faschistischen Entwicklung geworden, das beweist nicht nur die Praxis der Severing- und Zörgiebel-Partei in Deutschland, das wird auch die Tätigkeit der MacDonald-Regierung⁷ in England beweisen. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß die MacDonald-Regierung die Politik der konservativen Regierung mit anderen Methoden, aber in derselben Grundlinie fortsetzen wird. Während die erste MacDonald-Regierung im Jahre 1924 nur wenige Monate am Ruder war und durch das Fehlen großer wirtschaftlicher Kämpfe und den Abschluß des Vertrages mit der Sowjetunion sich eine einigermaßen günstige Position schaffen konnte, wird die jetzige Labourregierung infolge der gesteigerten Widersprüche und Schwierigkeiten den Kurs der Konservativen verschärft fortsetzen und sich dadurch um so rascher in den Augen der werktätigen Massen entlarven. Sie wird durch ihre reaktionären Maßnahmen zur weiteren Verschärfung des Klassenkampfes in England beitragen und unserer Kommunistischen Partei die Perspektive einer ernsthaften Eroberung der von der Praxis der MacDonald-Regierung enttäuschten Arbeitermassen eröffnen.

Die sozialdemokratische Koalitionsregierung in Deutschland setzt nicht nur den Kurs des Bürgerblocks fort, sondern sie hat auf verschiedenen Gebieten die reaktionäre Tätigkeit des Bürgerblocks noch verstärkt, die Offensive gegen das Proletariat noch gesteigert. Die Entwicklung in England wird ebenso verlaufen. Wir haben schon die Tatsache zu verzeichnen, daß jetzt mehrere Vertreter der Liberalen Partei zur Labour Party übergetreten sind, die natürlich deswegen übertraten, weil sie in dieser Partei die Unterdrückung des Proletariats besser durchzusetzen hoffen als selbst in der Liberalen Partei.

Sicher ist, daß erstens die MacDonald-Regierung mit den wichtigsten imperialistischen Mächten die Kriegspolitik gegen die Sowjetunion nicht nur unterstützen, sondern aktiv

⁶ Ernst Thälmann meint die verstärkten Bemühungen der Hitlerfaschisten, in den Betrieben Fuß zu fassen. Um dieses Ziel zu erreichen, inszenierten sie die sogenannte HiB-Aktion („Hinein in die Betriebe!“) und gründeten eigene Betriebsgruppen (NSBO). Diese Betriebsgruppen dienten der Stärkung der Hitlerpartei und den Interessen der Kapitalisten. Mit ihrer Hilfe sollten die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Organisationen geschwächt und zerschlagen werden.

Auch andere, den Faschisten nahestehende Organisationen (Stahlhelm, Technische Nothilfe u. a.) wurden von den Unternehmern in den Betrieben großgezüchtet.

⁷ Gemeint ist die Labourregierung (1924 und 1929 bis 1931), an deren Spitze James Ramsay MacDonald, der reaktionäre Mitbegründer und Führer der Labour Party, stand. Die MacDonald-Regierung unterdrückte die revolutionäre Arbeiterklasse in England und die Befreiungsbewegung in den englischen Kolonien.

fördern wird;

zweitens, daß sie der wichtigste Faktor bei der Niederschlagung der indischen Revolution und jeder national-revolutionären Bewegung in den Kolonien sein wird;

drittens, daß sie den verschärft beginnenden Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung in England mit der Bourgeoisie gemeinsam unter der Flagge des „Industriefriedens“ - bekanntlich heißt in England diese Losung so, die man in Deutschland „Wirtschaftsdemokratie“ nennt - aktiv unterstützen und durchsetzen wird;

viertens, daß die MacDonald-Regierung den schärfsten Kampf gegen den Kommunismus führen wird.

Trotz aller Stabilisierungsmaßnahmen in den verschiedenen Ländern sowie auch der teilweisen Stabilisierungserfolge, die die Bourgeoisie erzielt hat, wird die Entwicklung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die verstärkte Aktivität der Arbeiterklasse und ihre Revolutionierung gegenwärtig zum wichtigsten Faktor der Erschütterung und Zersetzung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus.

Es ist das allgemeine marxistische Grundgesetz, daß die ökonomischen Widersprüche in der ganzen Welt unvermeidlich soziale Konflikte auslösen müssen. Alle diese sozialen Konflikte finden ihren unmittelbaren handgreiflichen Ausdruck in dem Gegensatz des kapitalistischen Weltsystems zum sozialistischen System der Sowjetunion. Die Bourgeoisie aller Länder weiß zu gut, daß es ihr nur dann gelingen wird, die „eigene“ Arbeiterklasse auf die Knie zu zwingen, wenn sie die Festung des Weltproletariats, die Sowjetunion, zerstören würde. Deshalb wächst in dem Maße, wie sich der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker entwickelt, der Kampf des Weltimperialismus und der internationalen Sozialdemokratie gegen den ersten proletarischen Staat.

Deshalb ist die Gefahr des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion, wie wir sie stets bei allen wichtigen Aufgaben analysieren, in ein neues akutes Stadium gerückt. Dieses Stadium ist bereits durch die operativ-organisatorische Vorbereitung des Interventionskrieges gekennzeichnet, wie es einige Tatsachen der letzten Zeit veranschaulichen sollen.

Ich erinnere hier nur an den Ausgang der Reparationskonferenz in Paris, an die organisierten Bandenüberfälle in Afghanistan, an den Abbruch der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion, an den militärischen Geheimvertrag zwischen Polen und Rumänien, an die Tatsache der „diplomatischen Schritte und Noten“ der Stresemann-Müller-Regierung nach den Maiereignissen in Deutschland. Alle diese neuen Tatsachen, die man noch ergänzen kann, zeigen, daß die Provozierung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion jetzt im Vordergrund der gesamten Politik der imperialistischen Mächte steht. Auf der einen Seite sind es die ökonomischen und sozialen Widersprüche der imperialistischen Staaten, die sie zum Kriege gegen die Sowjetunion treiben, um ein seit mehr als elf Jahren der kapitalistischen Profitwirtschaft entzogenes Gebiet zu erobern, um den Vortrupp des internationalen Proletariats niederzuschlagen.

Auf der anderen Seite ist es die politische und wirtschaftliche Festigung der Sowjetunion, die Durchführung des gewaltigen sozialistischen Aufbaus, das Auftreten der Sowjetunion als ernster wirtschaftlicher Faktor auf dem Weltmarkt und ihre immer größer werdende wirtschaftliche Unabhängigkeit, die die Kapitalisten zwingt, das Tempo ihrer Kriegsvorbereitungen zu beschleunigen.

In diesem Zusammenhange wird die Orientierung der deutschen Außenpolitik, werden auch die Maiereignisse in einen breiteren internationalen Zusammenhang gestellt.

Die vorwärts stürmende Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion verstärkt bei den Imperialisten die Einsicht, daß jede Verzögerung des Krieges die Positionen der Sowjetunion nur unerschütterlicher und unbesiegbarer macht.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Referates die grandiosen Erfolge des sozialistischen

Aufbaus näher zu beleuchten. Nur wenige Zahlen aus dem Fünfjahrplan sollen dieses gewaltige Werk, in welchem das System des planmäßigen sozialistischen Aufbaus seinen Ausdruck findet, kennzeichnen.

Während die industriellen Kapitalinvestierungen im vergangenen Jahrfünft 4,4 Milliarden Rubel betragen, sind sie für das nächste Jahrfünft mit 16,4 Milliarden Rubel geplant. Die entsprechenden Zahlen finden wir in der Landwirtschaft: das erste Jahrfünft mit 15 Milliarden, das zweite Jahrfünft mit 23,2 Milliarden.

Wesentlich ist weiter die Entwicklung ganz neuer Industriezweige, wie der Automobil- und Traktorenindustrie, des Maschinenbaus überhaupt und der chemischen Industrie.

Der Fünfjahrplan sieht das Anwachsen der Aussaatfläche des vergesellschafteten Sektors auf 27 Millionen Hektar vor - das heißt auf 17 Prozent der gesamten Aussaatfläche -, auf denen 15 Prozent der Bruttoproduktion und 43 Prozent der Warenproduktion an Getreidearten erzeugt werden. In absoluten Zahlen gerechnet, werden die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter am Ende des Jahrfünfts 6560000 Tonnen Getreide aufbringen, was die größte Manövrierfähigkeit des Sowjetstaates gegenüber dem freien Markte ermöglichen wird.

Eine weitere wichtige Tatsache ist das Aufrücken der Sowjetunion in der Skala der Weltproduktion. In der Roheisenproduktion wird die Sowjetunion von der sechsten auf die dritte Stelle - nach Deutschland und den Vereinigten Staaten -, in der Steinkohlenproduktion von der fünften auf die vierte Stelle - nach den Vereinigten Staaten, England und Deutschland - rücken. (Die hier angegebenen Zahlen sind bereits durch neue Tatsachen der Entwicklung der sozialistischen Industrialisierung als überholt und zu gering angesetzt zu betrachten. Ernst Thälmann.) Alle diese wenigen Tatsachen und überhaupt der ganze Fünfjahrplan liefern den Beweis, daß die Sowjetunion ihren Aufbau im Interesse ihrer werktätigen Massen durchführt und nicht an der Ausplünderung irgendeines fremden Landes interessiert ist, wie es die imperialistischen Länder überall tun. Deshalb ist die Sowjetunion auch der stärkste Friedensgarant in der ganzen Welt. Die Friedenspolitik der Sowjetregierung, ihre Initiative bei der Unterzeichnung des Kelloggpaktes⁸, Litwinows Abrüstungsvorschläge in Genf, alle diese Tatsachen haben den heuchlerischen Pazifismus der zum Kriege rüstenden Imperialisten nicht nur in den Augen der Arbeiter, sondern bis weit in die Kreise des Kleinbürgertums entlarvt.

Angesichts der steigenden Rüstungen der imperialistischen Länder für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion ist es die Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt, den ersten proletarischen Staat der Welt mit allen Mitteln zu verteidigen.

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands und im Namen der revolutionären Arbeiter senden wir von dieser Stelle aus unsere brüderlichen Kampfesgrüße der Roten Armee, der Schutz- und Wehrorganisation des Proletariats in der ganzen Welt. Die Verteidigung der Sowjetunion muß zur zentralen Achse der revolutionären Politik der Arbeiter in allen Ländern gemacht werden.

⁸ Gemeint ist der Kriegsächtungspakt, der am 27. August 1928 von den USA, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Polen, Italien, Japan, der Tschechoslowakei, Belgien und den britischen Dominien in Paris unterzeichnet wurde. Die UdSSR war zu den Verhandlungen über den Abschluß des Kelloggpaktes nicht eingeladen worden, da man das Ziel verfolgte, sie aus der Zahl der Länder auszuschließen, auf die sich die im Pakt vorgesehene Ächtung des Krieges als eines Mittels der nationalen Politik erstreckte. Unter dem Deckmantel demagogischer Phrasen über „allgemeinen Frieden“ gedachten die Initiatoren des Vertrags (Frankreich, die USA, England), ihn zu einem Werkzeug der Isolierung der UdSSR und des Kampfes gegen sie zu machen. Die wahren Ziele des Paktes wurden von der Regierung der UdSSR in ihrer Erklärung vom 5. August 1928 entlarvt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußten die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs die UdSSR einladen, den Pakt gleichfalls zu unterzeichnen. Die Sowjetregierung schloß sich dem Kelloggpaht an, sie ratifizierte ihn als eine der ersten Regierungen und schlug den Nachbarstaaten vor, ein Abkommen abzuschließen, durch das die Verpflichtungen des Paktes unverzüglich in Kraft gesetzt werden sollten. Am 9. Februar 1929 wurde ein solches Abkommen von der UdSSR, Polen, Rumänien, Estland und Lettland in Moskau unterzeichnet; dem Abkommen schlossen sich später auch die Türkei und Litauen an.

In diesem Zusammenhang stehen vor uns die Aufgaben, die der VI. Weltkongreß für die Durchführung des Antikriegstages am 1. August festgesetzt hat. Wir müssen diesen Antikriegstag zu einer großen Bewegung der Werktätigen aller Länder machen, um gegen alle konterrevolutionären Anschläge der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie den Widerstand der breiten Massen zu entfachen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir auf Grund unserer revolutionären Politik bei dieser steigenden Kriegsgefahr verpflichtet sind, alle revolutionären Elemente im Proletariat und in den werktätigen Massen überhaupt für eine Bewegung zu mobilisieren, die für die zukünftige Entwicklung von außerordentlich großer Bedeutung ist. Wenn wir die Frage der imperialistischen Kriegspolitik und die Entwicklung in Deutschland berühren, so müssen wir natürlich auch in Deutschland, wie im internationalen Maßstabe, den Zusammenhang zeigen zwischen der Kapitaloffensive und der faschistischen Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse einerseits und der Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion unter der aktiven Führung der Sozialdemokratie andererseits. Es muß allen Proletariern, auch in Deutschland, bekanntgemacht werden, wie die II. Internationale an dem Kampftag des Weltproletariats, am 1. Mai, die internationale revolutionäre Solidarität der Arbeiterklasse preisgegeben und verraten hat. Es ist kein Zufall, daß in verschiedenen Ländern die Sektionen der II. Internationale selbst die Losungen, die vor 40 Jahren auf dem internationalen Kongreß in Paris aufgestellt wurden, offen verleugneten und die proletarische Solidarität mit Füßen traten. Die große Solidaritätsaktion am 1. Mai legt vom gewaltigen Wachsen des Einflusses der Kommunistischen Internationale in den verschiedenen Ländern Zeugnis ab. In den meisten Ländern folgten die proletarischen Massen den revolutionären Losungen der Kommunistischen Internationale, trotz aller Verbots- und Verfolgungsmaßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates und seiner sozialfaschistischen Henkersknechte. In Paris wollte man die große Maidemonstration, einberufen von der KPF, auf folgende Weise verhindern: Man hat 24 Stunden vor dem Aufmarsch allein in Paris über 3000 Kommunisten verhaftet. Der Bourgeoisie und der Staatsgewalt in Frankreich ist es trotzdem nicht gelungen, die kommunistische Demonstration zu verhindern. Selbst die vielen Verhaftungen konnten den gewaltigen Aufmarsch der Massen unter der Führung der französischen Bruderpartei nicht wesentlich beeinträchtigen.

In Berlin hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel im Auftrage der sozialdemokratischen Führung und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie des ADGB die Demonstration verboten. Doch die Massen haben unter Führung der Kommunistischen Partei trotzdem demonstriert. Der Arbeitermörder, der Sozialdemokrat Zörgiebel, ließ bereits mittags in die friedlichen Demonstranten und in eine freigewerkschaftliche Versammlung der Rohrleger in einem Versammlungsraum hineinschießen. Das Ergebnis dieser Mordprovokationen war schon in den Mittagsstunden ein Toter und mehrere Schwerverwundete. Am Abend entstanden im roten Wedding und im roten Neukölln Barrikaden. Die Berliner Arbeiter haben sich gegen die Mordbestien der Polizeigewalt zur Wehr gesetzt und ihr Recht auf die Straße verteidigt.

Ich werde im Zusammenhang mit der Frage der Perspektive der weiteren Entwicklung auf die Maiergebnisse noch später eingehen. Ich will hier nur kurz die internationale Bedeutung der Berliner Maikämpfe würdigen.

Welches revolutionäre Echo die Maikämpfe von Berlin in der ganzen Welt gefunden haben, davon macht sich das deutsche Proletariat und selbst die deutsche Partei keine richtige Vorstellung. Auf der internationalen Konferenz in Brüssel, in der unter anderem die Frage des 1. Mai in Berlin behandelt wurde, berichteten die Vertreter aus den wichtigsten europäischen Ländern über die großen Demonstrationen und Versammlungen nach dem 1. Mai. Diese Solidaritätsaktionen haben eine internationale Bedeutung, weil zu Tausenden und Zehntausenden die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern ihre revolutionäre Solidarität mit

den deutschen Arbeitern bekundeten. Millionen und aber Millionen haben in der Sowjetunion demonstriert und uns ihre Kampfesgrüße übersandt. Die Tatsache, daß eine große Hilfsaktion der sowjetischen Arbeiterklasse für die Opfer Zörgiebels eingeleitet wurde, wird auch in der deutschen Arbeiterklasse die Solidarität mit den sowjetischen Arbeitern noch mehr verstärken. Wenn es zum Beispiel in Wien möglich war, aus Sympathie und Solidarität mit den kämpfenden Berliner Arbeitern wichtige Betriebe auf einige Zeit stillzulegen, wenn die französische Partei einige Betriebe dazu brachte, geschlossen die Arbeit niederzulegen, wenn ferner - um ein charakteristisches Beispiel zu geben - in Kopenhagen ungefähr 12000 bis 15000 Demonstranten unserer Partei gefolgt sind, das heißt mehr als fünfmal soviel, wie die Partei bei den letzten Wahlen in ganz Dänemark Stimmen erhalten hat, wenn sogar in den Balkanländern, wo die kommunistischen Parteien illegal arbeiten müssen, die Maiergebnisse lebhaften Widerhall gefunden haben, so muß dies ganz besonders unterstrichen werden.

Was ist das Wichtigste bei diesen Solidaritätsaktionen? Nicht nur die Tatsache der Demonstrationen, der großen Versammlungen, sondern auch die Tatsache, daß zum ersten Male diese Aktionen in wichtigen Ländern der ganzen Welt im Zeichen des Kampfes gegen den Reformismus des betreffenden Landes verliefen. Es waren Demonstrationen in der Linie der Losungen und der Solidarität mit der Kommunistischen Internationale. Sie legen Zeugnis ab von den revolutionären Energien, die sich in den Massen angesammelt haben.

Die Berliner Maikämpfe haben aber nicht nur die Solidaritätsbewegung der Arbeiter gezeigt, sie haben schon vor dem 1. Mai und ebenfalls nach dem 1. Mai die „Solidarität“ der Weltbourgeoisie und der internationalen Sozialdemokratie gegen das revolutionäre Weltproletariat und die Sowjetunion bewiesen. Diese beispiellose Hetze vor dem 1. Mai und besonders nach dem 1. Mai gegen die Kommunistische Internationale ist doch kein Zufall. Sie ist geboren aus der ganzen Situation, sie liegt tief begründet in dem Wachstum des Kommunismus.

Die bürgerliche Presse in den wichtigsten imperialistischen Ländern erhebt nach dem 1. Mai einstimmig heftige Anklagen gegen die Kommunistische Internationale. Das französische Regierungsorgan „Le Temps“, der englische konservative „Daily Telegraph“, die amerikanische „New York Herald Tribune“ und andere schließen sich der schamlosen Hetze gegen den Kommunismus an, wie sie in der Presse der deutschen Schwerindustrie und der Regierungspresse tagelang leidenschaftlich durchgeführt und mit den schmutzigsten Verleumdungen verquickt wurde.

Was ist der Grund der heute besonders scharf einsetzenden Hetze gegen die Sowjetunion und der Verfolgungen gegen die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt? Das ist die objektive Zuspitzung der gesamten Weltlage, das ist die Radikalisierung und Revolutionierung der Massen, das ist der beschleunigte Prozeß der Abwanderung der Massen von der verräterischen Sozialdemokratie nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Das ist jenes Entwicklungsstadium, in dem die proletarischen Massen den Übergang suchen, um zur Kommunistischen Partei zu kommen.

Die Erfolge der kommunistischen Parteien in allen Ländern, wie sie auf der Grundlage der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses, der neuen Taktik „Klasse gegen Klasse“ errungen wurden, haben eine große Bedeutung. Ich will wegen der Kürze der Zeit und wegen der Fülle der verschiedenen politischen Fragen, die ich noch zu behandeln habe, nur drei Erscheinungen erwähnen, die von der fortschreitenden Verstärkung und Bolschewisierung der kommunistischen Parteien zeugen:

1. Die Ausstoßung liquidatorischer Elemente aus unseren Reihen in den wichtigsten Sektionen und die Überwindung der versöhnlerischen Elemente, die die Rolle der Rechten in den verschiedenen Sektionen übernommen haben.
2. Das größte Verständnis und größere Erfahrungen bei der Durchführung des unversöhnlichen Kampfes gegen den Reformismus unter Anwendung der revolutionären

Einheitsfronttaktik von unten und der Schaffung neuer Kampforgane der proletarischen Massen.

3. Die organisatorische Festigung der Reihen der Parteien bei gleichzeitiger Säuberung von kleinbürgerlichen Elementen, Verlegung des Schwergewichts der Arbeit in die Betriebe, auf die Arbeit unter den Massen, aber dieser Prozeß geht gegenüber den objektiven Anforderungen noch zu langsam vor sich.

Ich will zur Illustrierung dieser Tatsachen nur auf einige Erscheinungen in dem Kampf der Kommunistischen Internationale gegen die Rechten und Versöhnler hinweisen: auf die Erfahrungen und Erfolge des innerparteilichen und allgemein-politischen Kampfes gegen die liquidatorischen Elemente und gegen die Versöhnler in der deutschen Partei. Auf den großen innerparteilichen Kampf in der tschechoslowakischen Partei, bei dessen Beginn Genossen in unseren Reihen behaupteten, daß diese Auseinandersetzung ein Minus für uns bedeute und nicht das gewaltige Plus, das es in Wirklichkeit war. Die Ausstoßung der liquidatorischen Elemente aus der tschechoslowakischen Partei, die sich schon ganz offen mit der Sozialdemokratie im Kampfe gegen den Kommunismus verbünden, ist ein so gewaltiges Plus, daß wir die tschechoslowakische Partei zu diesem Erfolg nur beglückwünschen können. Eine weitere Erscheinung: die noch nicht voll ausgetragenen Differenzen in der amerikanischen Partei, die schon zur Zeit des VI. Weltkongresses in der amerikanischen Delegation, wie auch auf dem letzten amerikanischen Parteitag zum Ausdruck kamen und die in der nicht genügenden oder falschen Einschätzung der Entwicklung des amerikanischen Imperialismus und der völligen Unterschätzung der sich entwickelnden neuen Quellen der revolutionären Energien des amerikanischen Proletariats ihren Ursprung haben. Die Kommunistische Internationale hat zusammen mit dem gesunden proletarischen Kern der amerikanischen Partei einen entschlossenen Kampf gegen die betrügerischen Elemente unter Führung von Lovestone und gegen alle opportunistischen Elemente aufgenommen und an die Stelle der alten Führung eine andere eingesetzt, die gewillt ist, den Kurs des VI. Weltkongresses durchzuführen. Der bereits mit Erfolg durchgeführte Kampf gegen den rechten Flügel in der polnischen Partei und Führung ist von größter Bedeutung. Die Tatsachen in der schwedischen Partei, große opportunistische Fehler, besonders in der engsten Führung, werden auf dem X. Plenum des EKKI eine große Rolle spielen.

Ich will hier weiter nur die Vorgänge in der österreichischen Partei und die letzten Beschlüsse des ZK der KP der Schweiz gegen die offenen Rechten erwähnen.

Ich glaube, wir können im Zusammenhang mit diesen Tatsachen den Wunsch aussprechen, daß alle Genossen die Dokumente, die uns aus den anderen Parteien zur Verfügung stehen, studieren, um aus ihnen Lehren und Erfahrungen für unsere revolutionäre Arbeit zu ziehen.

Wir können ferner mit Genugtuung feststellen, daß wir in Deutschland seit dem VI. Weltkongreß verstanden haben, den Kampf gegen die Rechten und Versöhnler mit aller Schärfe durchzuführen und in dieser Hinsicht den anderen Sektionen einige Erfahrungen vermittelt zu haben. Aber auch wir wurden bei der Reinigung der Partei von opportunistischen Elementen und der Festigung unserer Reihen unterstützt durch das Beispiel der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der führenden Partei der Kommunistischen Internationale, die seit dem VI. Weltkongreß als Hauptaufgabe den Kampf gegen Rechte und Versöhnler geführt hat, nachdem sie die trotzkistische Gefahr überwunden hatte. Die Erfolge der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der Bekämpfung und Überwindung der schwankenden Elemente sind nicht nur eine Gewähr dafür, daß der Kurs auf die sozialistische Industrialisierung trotz aller Schwierigkeiten und des verschärften Klassenkampfes durchgeführt wird, sie sind auch ein Ansporn für alle kommunistischen Parteien, den Weg der Bolschewisierung mit noch größerer Entschlossenheit fortzusetzen.

Ich will damit die Übersicht über die internationale Lage abschließen und zur konkreten Analyse der Lage in Deutschland und zu den Aufgaben unserer Partei übergehen.

*II. Die Wirtschaftslage in Deutschland,
insbesondere das Reparationsproblem, die Offensive des Kapitals
und die imperialistische Kriegspolitik Deutschlands*

Wenn wir über die Lage in Deutschland sprechen, so müssen wir uns die Frage vorlegen: Welche Entwicklung hat sich seit dem Parteitag in Essen vollzogen? Ich glaube, sowohl die allgemeine politische Lage in Deutschland als auch die Kampfbedingungen des Proletariats geben uns an Hand der Beispiele, sowohl der Entwicklung zur Zeit von Essen wie der heutigen Entwicklung, die Möglichkeit, gewisse Vergleiche anzustellen.

Auf dem Essener Parteitag stellten wir bereits in unseren Thesen fest, daß in der Entwicklung der relativen Stabilisierung des neudeutschen Imperialismus eine gewisse Spannung eingetreten ist, wobei wir gleichzeitig die Bezeichnung neudeutscher Imperialismus wählten, um seine besonderen Schwächen anzuzeigen.

Die damalige ökonomische Analyse, die wir in Essen gaben, war begründet in jenem schnellen Aufschwung, der sich besonders im Jahre 1927 in der Wirtschaft gezeigt hat und durch das Hineinströmen von großen Summen amerikanischen Kapitals angekurbelt und gefördert wurde sowie durch den englischen Bergarbeiterstreik, der fast sieben Monate dauerte. Wir sahen auch, daß in dieser Entwicklung die erste Rationalisierungswelle mit den uns allen bekannten kapitalistischen Ausbeutungsmethoden die gesamte Struktur der deutschen Wirtschaft verändert hat. Gleichzeitig wurde auch die höchste Steigerung der Arbeitsleistung erzielt sowie eine gewaltige Erhöhung der Produktionskapazität, die in fast allen Zweigen der Wirtschaft das Vorkriegsniveau überschritt. Ich will nur einige Zahlen nennen, um diese ungeheure Steigerung der Produktionskapazität zu illustrieren:

Im Jahre 1913 betrug die monatliche Kohlenproduktion durchschnittlich 11729 000 Tonnen, 1926 betrug sie 12108000 Tonnen, im Jahre 1927 war der Monatsdurchschnitt 12800000 Tonnen. In der Eisenproduktion sehen wir ebenfalls die größten Produktionszahlen im Jahre 1927. 1913 lag der Monatsdurchschnitt bei 910000 Tonnen, 1926 betrug er 803000 Tonnen, 1927 betrug er 1090000 Tonnen. Die Steigerung von 1927 zu 1913 betrug 20 Prozent. Für die deutsche Maschinenproduktion sind die Zahlen über den Wert der Produktion: 1913 3,92 Milliarden Mark, 1926 2,5 Milliarden Mark, 1927 3,4 Milliarden Mark. Ich will nur diese wenigen Zahlen nennen, weil ja der vorliegende Bericht auf die Entwicklung in den wichtigsten Industriezweigen genügend hinweist. Wir finden dort ebenfalls die allgemeinen Angaben über die Entwicklung des deutschen Außenhandels, über die Preisbewegung, die Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes usw.

Bekanntlich war diese ungeheure konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1927 nur von ganz kurzer Dauer. Es zeigte sich bereits in demselben Jahre ein Wendepunkt in der Konjunkturentwicklung, die im November 1927 ihren höchsten Punkt erreicht hatte. Es ist notwendig, im Zusammenhang mit der damaligen Entwicklung zwei Momente besonders hervorzuheben:

Erstens das Erstarken des deutschen Kapitalismus, die Entwicklung des deutschen Imperialismus auf der Grundlage der Rationalisierung, vor allem der Auspöcherung der breiten werktätigen Massen und zugleich der Hilfe des ausländischen Kapitalismus durch das Einströmen fremden Kapitals, namentlich aus Amerika, dem dieses Erstarken in besonderem Maße zu verdanken ist. Natürlich hat die damalige Situation für die heutige Entwicklung oder für die jetzige Lage eine außerordentliche Bedeutung. Zweitens hatten wir in den zwei Jahren, die uns von Essen trennen, nicht nur den Aufschwung bis November 1927, sondern können gleichzeitig den Rückgang feststellen, der im Frühjahr des Jahres 1929 eintrat und die deutsche Wirtschaft fast zu einer allgemeinen Krise brachte. Dieser rasche Wechsel der Konjunktur zeigt die besonderen Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft und ihre

Abhängigkeit vom ausländischen Kapital. Ich will von dieser Seite nur die charakteristischen Merkmale der dritten Periode aufzeigen, um ihre Unterschiede gegenüber dem Charakter der zweiten Periode zu skizzieren.

In Deutschland zeigt sich am krassesten der Widerspruch zwischen der Produktionskapazität und der Verengung der Absatzmärkte. Die allgemeine Steigerung der Arbeitsintensität und die Erhöhung der Produktion waren in der ersten Rationalisierungsphase zugleich mit der Erweiterung des inneren Marktes verbunden. In der ersten Rationalisierungsphase zeigte sich auch eine besondere Beanspruchung der Produktion, ein großer Bedarf an Produktionsmitteln, die notwendig waren, um den Prozeß der technischen Revolution zu fördern und den Produktionsapparat mit neuen Maschinen, mit neuen Produktionsfundamenten, auszustatten.

Schon im Jahre 1928, noch mehr in der Gegenwart, ist, hauptsächlich infolge der fehlenden Kaufkraft der Millionen der werktätigen Massen, eine Verengung der inneren Absatzmöglichkeiten festzustellen. Zu diesen allgemeinen Schwierigkeiten kommen noch die besonderen Schwierigkeiten des deutschen Imperialismus. Sie sind bedingt durch die Reparationslasten, die gewaltige Verschuldung der deutschen Wirtschaft an das Ausland das Fehlen von Kolonien als Rohstoffquellen und Absatzmärkte. Suchen wir uns somit aus der Entwicklung seit Essen in großen Zügen ein Bild der heutigen Wirtschaftslage zu machen, so werden wir sehen, wie recht der V.I. Weltkongreß hatte, als er die charakteristischen Züge der dritten Periode nicht nur in dem Überschreiten des Vorkriegsniveaus der Weltproduktion und des Welthandels, sondern auch in der Zuspitzung aller ökonomischen und sozialen Widersprüche nachgewiesen hat. Dies ist die Voraussetzung für das Verständnis der Lage in Deutschland.

Ich will an die Auseinandersetzungen erinnern, die wir auf dem VI. Weltkongreß mit der Gruppe der Versöhnler hatten. Wie war die Beurteilung der dritten Periode durch die Versöhnler? Sowohl auf dem Kongreß wie auch in den späteren Dokumenten, die den meisten hier anwesenden Delegierten bekannt sind, sprachen die Versöhnler von einer „festen und starken Stabilisierung“, während wir die Relativität der kapitalistischen Stabilisierung zeigten und von einer schwankenden und faulen Stabilisierung sprachen. Die Tatsachen haben entschieden, wer recht hat. Oder wird einer der anwesenden Versöhnler, die hier „so zahlreich“ vertreten sind, noch den Mut und die Courage aufbringen, ihren damaligen Standpunkt, den sie in ihren Dokumenten niedergelegt haben, noch weiter zu vertreten?

Wie war die Lage in den letzten Monaten in Deutschland? Wir hatten im Dezember 1928 den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit, in den ersten Monaten dieses Jahres die höchste Anspannung auf dem Geld- und Kreditmarkt, im April die Erhöhung des Zinsfußes um 1 Prozent, was auf die Entziehung der langfristigen und kurzfristigen Auslandskredite zurückzuführen ist. Wir sahen bereits Anzeichen einer Gefährdung des Markkurses, einer allgemeinen Wirtschaftsdepression im Zusammenhang mit der Sachverständigenkonferenz, wo über die weitere wirtschaftliche Lage Deutschlands entschieden werden sollte.

Bevor wir die jetzige ökonomische Lage analysieren, wie sie durch die Annahme des Youngplans an Stelle des Dawesplans bestimmt wird, ist es notwendig, das eigentliche Reparationsproblem näher zu untersuchen. Alle bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie behandeln das Reparationsproblem anders als wir. Die Stellung der Kommunistischen Partei zum Reparationsproblem ist grundsätzlich eine andere als die unserer Klassenfeinde. Was ist das Reparationsproblem im besonderen, was sind die Reparationszahlungen, die Deutschland an die Siegermächte zu leisten hat, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus gesehen?

Sie bedeuten nichts anderes, als daß das deutsche Proletariat nicht nur die „nationalen“ Profite für die eigene kapitalistische Klasse, sondern auch die Profite für den Weltkapitalismus aufzubringen hat. Und die sogenannte Lösung des Reparationsproblems bedeutet weiter

nichts, wie die Verhandlungen in Paris gezeigt haben, als daß der Kampf der imperialistischen Mächte untereinander den Charakter der Verteilung der Profite annimmt und daß diese Steigerung der Profite, herausgepreßt aus den Knochen des deutschen Proletariats und der werktätigen Schichten des Mittelstandes, im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Bourgeoisie noch einen schärferen Charakter annehmen wird. Durch die Annahme des Youngplans, wie auch früher durch den Dawesplan, wird eine doppelte Kette der Ausbeutung um den Leib des deutschen Proletariats gelegt. Die Werktätigen waren ausschließlich diejenigen, die die Lasten des Dawesplans getragen haben, wie sie auch für die Zukunft die Lasten des Youngplans tragen sollen.

Das Reparationsproblem spiegelt den Kampf auf Leben und Tod zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem deutschen Proletariat wider; denn will die deutsche Bourgeoisie leben, das heißt ihre imperialistische Macht immer mehr entwickeln, ihren Kapitalexport erhöhen, ihre eigene Akkumulation erweitern, will sie alle diese Voraussetzungen erfüllen, die das eigentümliche Wesen des Imperialismus ausmachen, dann muß das deutsche Proletariat noch mehr im Elend versinken. Und deswegen hat das Reparationsproblem, wenn es auch vorerst auf 58 Jahre eine sogenannte Lösung gefunden hat, in den verschiedenen Fragen für die jetzige Situation und für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei eine außerordentlich große Bedeutung. Ich will später Beispiele über die Elendslage bringen, in der sich das deutsche Proletariat schon jetzt befindet, und zeigen, welches Wirtschaftsprogramm die deutsche Bourgeoisie und die Sozialdemokratie haben, um dieses soziale Elend der werktätigen Massen auf die Spitze zu treiben.

Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Bourgeoisie hat sich natürlich auf den verschiedenen Stufen der Entwicklung in den letzten Jahren stetig verändert. Je nachdem, wie ihre Schwierigkeiten wachsen, je nachdem, wie die revolutionäre Front sich erweitert und vorstößt, werden die Kampfmethoden unserer Klassenfeinde wechseln. Aber das Reparationsproblem zeigt nicht nur die Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie, sondern es ist zugleich der Knotenpunkt aller Widersprüche der imperialistischen Länder untereinander. Die Frage der deutschen Reparationsleistungen ist zu gleicher Zeit mit der Frage der interalliierten Schulden an Amerika eng verbunden. Wie ich bereits im internationalen Teil skizziert habe, hat der Hauptgegensatz zwischen England und Amerika in anderer Form auch bei den Reparationsverhandlungen in Paris seinen Ausdruck gefunden. Der Gegensatz Amerikas zu England, das Verhältnis Frankreichs und Englands zu Amerika und die allgemeine Stellung der Siegermächte gegenüber Deutschland sind nur besondere Kennzeichen der allgemeinen Gegensätze der imperialistischen Länder untereinander. Der Verlauf der Reparationsverhandlungen hat weiter gezeigt, daß es Deutschland nicht gelungen ist - wie die Versöhler in ihrem Dokument behaupteten -, Amerika auf seine Seite zu bringen. Es ist Deutschland ebenfalls nicht gelungen, den Druck auf die Entente so zu steuern, daß im allgemeinen wesentliche Erleichterungen eingetreten sind.

Doch das wichtigste Ergebnis der Annahme des Youngplans ist zweifelsohne das vollständige Einschwenken der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Regierung in die Antisowjetfront. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieses besonders scharfe Einschwenken Deutschlands in die Antisowjetfront den englischen, französischen und anderen Kapitalisten Europas erlaubt, Deutschland einige Konzessionen zu gewähren. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß vielleicht in kürzester Zeit die Räumung des Rheinlandes durchgeführt wird. Einige Erleichterungen sind in der Zahlung der Reparationsschuldsumme eingetreten, die in diesem Normaljahr nach dem Dawesplan 2500 Millionen betragen sollte. Diese Summe wurde für die nächsten 37 Jahre auf durchschnittlich 2050 Millionen im Jahre herabgesetzt. Diese und einige weitere Erleichterungen, die durch die Bestimmungen des Youngplans eingetreten sind, geben der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit, auf dem Wege der gesteigerten Erhöhung der Profitrate, auf Kosten des Proletariats herausgeholt, wieder eine gewisse Freiheit für die

verstärkte Entwicklung des deutschen Imperialismus zu erlangen.

Trotz aller Erleichterungen werden sich bei der Durchführung des Youngplans die Schwierigkeiten in Deutschland auf verschiedenen Gebieten erhöhen. Wenn Deutschland diese Reparationsleistungen aufbringen will, dann wird die deutsche Bourgeoisie gezwungen sein, dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt noch größere Aufmerksamkeit zu widmen, als es bereits in den letzten Jahren der Fall war. Dieser Wettbewerb kann nur dann erfolgreich sein, wenn es der deutschen Industrie gelingt, möglichst billige Produkte auf den Weltmarkt zu liefern. Das bedeutet die Verschärfung der rücksichtslosen Ausbeutung der im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen. Im internationalen Maßstabe geht die deutsche Bourgeoisie wie die Weltbourgeoisie dazu über, in dem Kriege gegen die Sowjetunion, in der kapitalistischen Erschließung des Territoriums der Sowjetunion eine Lösung des Reparationsproblems zu suchen. Wir sehen, daß Deutschland bei den Pariser Verhandlungen die stärkste Annäherung an Frankreich und England gesucht hat, daß auch die neue Welt-Reparationsbank zu gleicher Zeit nicht nur die Aufgabe der Übertragung der deutschen Leistungen zu regeln hat, sondern besonders die Aufgabe der „Erschließung neuer Handelsgebiete“. Was bedeuten diese Aufgaben der Reparationsbank, wie sie uns durch die bürgerliche Presse mitgeteilt wurden? Das heißt nichts anderes als die Herstellung der Einheitsfront der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion auch auf dem internationalen Geld- und Kreditmarkt, wie sie zum Beispiel in der Regulierung der Gewährung von Krediten an die Sowjetunion und der Sicherung der internationalen Kredit- und Währungsverhältnisse im kommenden Interventionskrieg zum Ausdruck kommen soll. Natürlich schließt das alles nicht aus, daß die deutsche Regierung vorübergehend noch Kredite an die Sowjetunion abgibt, es schließt nicht aus, daß der Wirtschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland noch längere Zeit bestehen bleibt.

Wie groß die Lasten sein werden, die durch den Youngplan selbst aufgebracht werden müssen, und inwieweit sie bald zu 100 Prozent auf die werktätigen Massen abgewälzt werden, das ergibt sich aus folgenden Zahlen, die ich hier noch nennen will. Nehmen wir die jährlichen Reparationszahlungen mit durchschnittlich 2 Milliarden Mark an, dazu die Tatsache einer Passivität der Handelsbilanz von jährlich 2 Milliarden Mark, weiterhin 700 bis 800 Millionen Mark Zinslasten jährlich - wenn wir diese ganze Summe zusammennehmen, so würde die durchschnittliche Passivität der Zahlungsbilanz rund 4½ Milliarden betragen. Natürlich wird Deutschland diese Summe nur dann aufbringen können, wenn es seine jetzige Warenausfuhr ungeheuer erweitert, wenn es versucht, neue Absatzmärkte zu erobern, und es neue Auslandskredite erhält. Aber diese Warenausfuhr stößt auf große Schwierigkeiten in Deutschland selbst. Diesem Bestreben der deutschen Wirtschaft steht die allgemein bekannte Konkurrenz der imperialistischen Länder untereinander gegenüber, zweitens die hohen Zinssätze auf dem internationalen Geldmarkt und drittens die Tatsache, daß Deutschland keine Kolonien und Rohstoffquellen hat und seine Kapitalausfuhr - wenn auch in den letzten Jahren eine beträchtliche Steigerung zu verzeichnen war - zumeist aus geborgtem Geld, besonders aus Amerika und im letzten Jahr auch aus Frankreich, herrührt. Dazu kommen noch die militärpolitischen Beschränkungen und seine territorialen Verluste durch den Versailler Vertrag.

Die besonderen Schwierigkeiten des deutschen Imperialismus, seine schwachen Stellen, haben sich am krassesten im tiefsten Punkte der Depression gezeigt, der im April erreicht war. Hier erwies sich am deutlichsten die besondere Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt, die überlegene Finanzkraft der anderen kapitalistischen Staaten, die verschärfte Konkurrenz Frankreichs, Amerikas usw. Wer sich einbildet, daß diese Erscheinungen sich nach dem Abschluß des neuen Reparationsplans nicht wiederholen werden, dem empfehle ich, die Arbeit des amerikanischen Professors Taußig über den internationalen Handel zu lesen. Ich zitiere aus dem „Hamburger Fremdenblatt“:

„Mit dem Eintritt einer Krise werden sie (d. h. die Kredite [Von Ernst Thälmann eingefügt. *Die Red.*]) plötzlich scharf reduziert oder hören sogar ganz auf. Dann sind die Zinszahlungen auf die früheren Kredite nicht mehr kompensiert durch neue; sie werden unmittelbar zu einer Nettolast für das Schuldnerland, dessen Zahlungsbilanz eine plötzliche Wendung erfährt. Es hat alle Konsequenzen ohne Übergang zu tragen: eine abrupt gesteigerte Nachfrage nach Devisen, einen Druck auf die Banken, steigende Diskontsätze, fallende Preise. Diese Erscheinungskette kann sich zweimal oder dreimal hintereinander wiederholen... Die letzte Stufe ist diejenige, auf der das Schuldnerland mehr zu zahlen hat an Zinsen, als was es an Kredit erhält, so daß die Differenz durch einen Überschuß der Warenexporte über die Importe beglichen werden muß.“

Das, was durch Professor Taußig hier unterstrichen und betont wird, ist, daß sich diese Krisenerscheinungen in der deutschen Wirtschaft infolge der ungeheuren Summen, die aus den deutschen werktätigen Massen herausgeholt werden, und infolge der großen Schwierigkeiten, auf die die deutsche Industrie auf dem gesamten Weltmarkt stößt, wiederholen müssen.

Nun, wenn wir eine solche Entwicklung für die Zukunft annehmen und wenn wir dafür auch bestimmte Beweise bringen, so ist es ganz klar, daß unsere revolutionäre Taktik darauf eingestellt wird, damit die Überwindung dieser Krisen nicht auf Kosten der werktätigen Massen erfolgt. Nur von diesem Standpunkt des wirklich harten Tatsachenmaterials aus, das wir der deutschen Arbeiterklasse von der Tribüne dieses Parteitages vorlegen, von der harten Tatsache ausgehend, daß die Entwicklung der nächsten Jahre eine solche krisenhafte Erscheinung zeigen wird und muß, müssen wir die Probleme der Taktik in unserem Aufgabenkreis stellen.

Denn wir müssen uns darüber klar sein, daß die deutsche Bourgeoisie und die sozialdemokratische Müller-Stresemann-Regierung, die den Youngplan unterschrieben hat, alles tun werden, um diese ungeheuren Lasten aus dem Blut und dem Fleische des deutschen Proletariats herauszupressen. Die deutsche Bourgeoisie versucht, das Reparationsproblem ausschließlich auf Kosten der Arbeiter zu regeln und gleichzeitig - was besonders wichtig für uns ist - die sozialimperialistischen Stimmungen zur Stärkung des Faschismus und Chauvinismus zu entfesseln. Die Politik des Sozialfaschismus, wie sie von der deutschen Sozialdemokratie auf dem Magdeburger Parteitag festgelegt wurde, wie sie die deutsche Sozialdemokratie offen vor dem deutschen Proletariat und der deutschen Bourgeoisie bekundet hat, sie wird die Politik der Knebelung der Massen und die imperialistischen Kriegsrüstungen mit allen Mitteln brutal unterstützen.

Dieser bürgerlichen und sozialfaschistischen Lösung des Problems der Reparationen stellt die revolutionäre Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands ihre revolutionäre Losung entgegen, die keine andere sein kann als die, wie sie die Bolschewiki nach der Eroberung der Macht gaben. So wie das russische Proletariat nach der Niederschlagung der eigenen Ausbeuter und nach der Festigung der proletarischen Diktatur die Fesseln des Brest-Litowsker Friedens gesprengt und das Joch der Kapitalisten abgeschüttelt hat, so wird das siegreiche deutsche Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei nach der Zerschmetterung seiner imperialistischen Bourgeoisie und der Sozialdemokratie die Ketten des Youngplans und des Versailler Friedens zerreißen. Das ist die einzige revolutionäre Lösung, für die sich die Kommunistische Partei verpflichtet, die werktätigen Massen Deutschlands zu mobilisieren. Will das deutsche Proletariat nicht zwei Generationen lang unter dem Joch des eigenen und fremden Imperialismus schmachten, so muß und kann es nur diesen einzigen revolutionären Weg gehen.

Einige allgemeine Bemerkungen über die Offensive des deutschen Kapitals. Ich bin abermals genötigt, auf die wichtigen Angaben in dem vorliegenden Bericht hinzuweisen. In der Kapitaloffensive gegen das Proletariat und gegen die anderen werktätigen Schichten in Deutschland sehen wir einen großen Unterschied zu jener Entwicklung nach der Niederlage

des Oktobers 1923 und sogar zu jener Entwicklung der ersten Rationalisierungsperiode von 1925 bis 1927. Während noch im Jahre 1923 und nach der Inflationszeit, im Jahre 1924, die Methoden der Steigerung der Profite und der Akkumulation im allgemeinen auf eine Verlängerung der Arbeitszeit um 2 Stunden durchschnittlich hinzielten, während sie noch 1925 bei dem Beginn der Rationalisierung die Intensivierung des Arbeitstages in den Vordergrund stellten, um aus den Arbeitermassen in einer bestimmten Stundenzahl eine größere Leistung herauszupressen, sieht sich heute der Kapitalismus infolge seiner besonderen Schwierigkeiten gezwungen, beide Methoden zu kombinieren. Wenn der deutsche Kapitalismus die Schwierigkeiten des Youngplans und die allgemeinen Schwierigkeiten, die ich aufgezählt habe, will, dann ist er gezwungen, erstens die Arbeitszeit im allgemeinen zu verlängern und zweitens den bereits unter dem Vorkriegsniveau befindlichen Reallohn des deutschen Proletariats noch weiter herabzudrücken. Wenn ein prominenter Vertreter, Rosterg, während der Tagung der Eisenhüttenleute in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ schrieb, daß man ohne Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden bei gleichzeitiger höchster Anspannung der Arbeitskraft nicht mehr auskommen wird, so sind diese Äußerungen nur im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsprogramm zu verstehen, das sich die deutsche Bourgeoisie jetzt gestellt hat.

Ich verweise darauf, daß in letzter Zeit die gesamte Presse der Schwerindustrie diese Äußerungen von Rosterg aufgegriffen hat, daß auf dem Industrie- und Handelstag dieselben Forderungen wie auf dem Kongreß der Eisenhüttenleute erhoben wurden. Auf dieser Tagung sagte der Präsident von Mendelssohn in seinen Ausführungen über die Wirtschaftslage in Deutschland, über die Lohnsenkung folgende unverblühte Worte:

„Ein anderer großer Kostenfaktor sind die Löhne. Von berufener Seite ist festgestellt, daß die Reallöhne das Einkommen der Vorkriegszeit erreicht, in einigen Zweigen und bei einigen Arbeitnehmergruppen, insbesondere der Ungelernten, erheblich überschritten haben, und auch internationale Lohnvergleiche, so schwierig und vieldeutig sie sind, weisen darauf hin, daß die deutschen Reallöhne im Vergleich zu anderen kontinentalen Wettbewerbsländern nicht ungünstig für die Arbeitnehmer stehen. Nachgerade aber ist die Grenze erreicht, in vielen Fällen überschritten, wo sie keinen Ausgleich mehr durch Verbilligung der Produktion auf dem Wege der Rationalisierung oder einer kostensparenden Erweiterung der Produktion oder durch eine volkswirtschaftlich angemessene Beschränkung des Gewinnanteils finden können. *Denn Erhöhung de Lohnverdienstes ist nach harten volkswirtschaftlichen Gesetzen auf die Dauer nur möglich neben ausreichender Deckung der Kapitalerfordernisse, das heißt ausreichenden Zins und Gewinn.*“

Dieser Finanzkapitalist erfrechte sich zu sagen, daß die Reallöhne des deutschen Proletariats das Einkommen der Vorkriegszeit erreicht haben. Aber wichtiger in diesem Zusammenhange ist sein Hinweis darauf, daß die Verbilligung der Produktion auf dem Wege der Rationalisierung nicht mehr so wie früher im notwendigen Maße die Profiterhöhung sichern kann.

Wir sollen nicht glauben, daß der Prozeß der Rationalisierung aufhören wird, im Gegenteil, wir stehen momentan am Anfang einer neuen Rationalisierungswelle. Aber diese Rationalisierungswelle wird verlangsamt durch den Kapitalmangel, durch die Schwierigkeiten, die ich zeigte, und so geht die kapitalistische Klasse dazu über, ihre Produktionskosten auf dem direkten Wege der Arbeitszeitverlängerung, der Lohnsenkung herabzudrücken.

Die Entwicklung der letzten Zeit, besonders der letzten zwei Jahre, hat eine ungeheure Stärkung des Finanzkapitals, eine gewaltige Entwicklung seiner Konzentrations- und Vertrustungsbestrebungen ermöglicht. Teilweise Stabilisierungserfolge der deutschen Wirtschaft haben wir niemals geleugnet, ebensowenig, wie wir bestreiten können, daß bei unserem Vormarsch gewisse Rückschläge unvermeidlich sind. Hinter diesem Prozeß der gewaltigen Monopolisierung, der Konzentration des Finanzkapitals, sehen wir zu gleicher Zeit die Herausbildung einer neuen straff zentralisierten Organisation, die sich mit Hilfe der

deutschen Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie den ganzen Staatsapparat in einem solchen Maße dienstbar macht wie nie zuvor. Wir müssen überhaupt unser größtes Augenmerk auf diese starke Zentralisierung des bürgerlichen Wirtschaftsapparates und die staatskapitalistischen Entwicklungstendenzen richten. Auf dieser Grundlage will die Bourgeoisie ihr Wirtschaftsprogramm durchführen, das die bedingungslose Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse auf allen Gebieten bringen wird.

Es ist klar, daß die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie gezwungen sind, mit der wirtschaftlichen Ausplünderung die höchste, politische Unterdrückung zu verbinden. Die jetzige Müller-Stresemann-Regierung hat die Politik des Bürgerblocks nicht nur fortgesetzt, sondern diese Unterdrückungspolitik auf verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens weit übertrumpft. Die Entwicklung des letzten Jahres, von den Maiwahlen im Jahre 1928 bis heute, hat gezeigt, wie recht wir in der Auseinandersetzung mit den Versöhnern hatten, die behaupteten, daß die bürgerliche Demokratie die Hauptgefahr sei, und dies unter anderem mit dem Erfolge der Sozialdemokratie bei den Maiwahlen begründen wollten. Beim Abwägen der Stimmen, die für uns und die Reformisten abgegeben wurden, haben wir von Blei und Stroh gesprochen und gleichzeitig die sozialfaschistische Entwicklung der Sozialdemokratie signalisiert. Der Magdeburger Parteitag liefert den schlüssigen Beweis für die Richtigkeit unserer damaligen Feststellungen. Schon vor dem VI. Weltkongreß und seinen Beratungen haben wir auf diese Faschisierungstendenzen im bürgerlichen Staatsapparat und in der Sozialdemokratie hingewiesen und damals schon den Begriff des Sozialfaschismus analysiert.

Der reaktionäre Kurs der Müller-Regierung, die gewaltigen sozialen Lasten, die sie den Massen aufbürdet, ihre Unterdrückungspolitik gegen die revolutionäre Arbeiterklasse besonders in den letzten Monaten sind nur ein Gegenstück zu dem allgemeinen wirtschaftlichen Elend der deutschen Arbeiterklasse, das hiermit nur in ganz kurzen Zügen skizziert werden soll. In der Zeit, wo die Profite des Kapitalismus ins Ungeheuerliche steigen, wo zum Beispiel ein Thyssen für 1928 einen Gewinn von 25 Millionen Mark herausschlägt, haben die deutschen Arbeiter einen Friedensreallohn von kaum 60 Prozent, wie unser Bericht es nachweist. Sogar in den Feststellungen des Genfer Arbeitsamtes muß zugegeben werden, daß der Berliner Arbeiter heute kaum zwei Drittel des Durchschnittslohns des Londoner Arbeiters erhält.

Die furchtbare Lage des deutschen Proletariats spiegelt sich wider in der ständigen Arbeitslosigkeit, deren Höchststand am Ende des vorigen Jahres mehr als 2½ Millionen betrug und die jetzt bei der saisonmäßigen Besserung im April 1929 für die Hauptunterstützungsempfänger immer noch 1300000 gegen 900000 im April des vorigen Jahres beträgt. Die Zahl der auf dem Arbeitsnachweis verfügbaren Arbeitslosen betrug im April noch 1950000 gegenüber 1400000 im April vorigen Jahres. Wir sehen an den neuen Meldungen, daß im Monat Mai der Rückgang der Arbeitslosen sich verlangsamt, so daß wir im günstigsten Falle, im günstigsten Moment, immer noch mit einer Zahl von 700000 bis 800000 gegenüber 600000 zur gleichen Zeit des Vorjahres rechnen können. Die kommenden Herbst- und Wintermonate werden ein ungeheures Erwerbslosenheer bringen. Nehmen wir zu diesen Zahlen noch die Zahl der Kurzarbeiter und die Zahl derjenigen, die in Deutschland keine Unterstützung empfangen, bedenkt man den furchtbaren Raubbau an der Arbeitskraft, den die Rationalisierung mit sich gebracht hat, bedenken wir die ungeheure Teuerung, die seit dem Januar eingesetzt hat, dann ist damit das Bild des gegenwärtigen Elends nur angedeutet. Ich will noch einige Tatsachen zur Charakteristik dieses sozialen Elends anführen. Nach Berichten über die Bevölkerungsbewegung in Deutschland sterben von 100 Kindern der proletarischen Familien bis zum 14. Lebensjahre 65, von 100 Kindern der der Bourgeoisie nur 15. Das ist ein Beweis für das soziale Elend in den Arbeiterfamilien. Nach den Angaben des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose hatten von 9000 statistisch

erfaßten Kranken mit offener Tuberkulose in Berlin zwei Drittel keinen eigenen Schlafrum, 25 Prozent kein eigenes Bett.

Ich glaube, daß die Not der Alters- und Invalidenrentner, ja auch großer Teile der Pensionäre so ungeheuerlich groß ist, daß es auch hier, obwohl es manchmal schwer ist, unsere Ideen zu verbreiten, Pflicht der Kommunistischen Partei sein muß, diese Ärmsten der Armen in unsere gemeinsame Front einzureihen.

Damit will ich diesen Teil des Referats abschließen. Ich komme jetzt zur Rolle der Sozialdemokratie im heutigen Klassenkampf und ihrer Entwicklung zum Sozialfaschismus.

III. Die Rolle der Sozialdemokratie im heutigen Klassenkampf und die Entwicklung des Sozialfaschismus

Wir können die Schandverbrechen des bürgerlichen Systems, die Unterdrückungspolitik der deutschen Bourgeoisie, nicht verstehen, wenn wir nicht die Rolle der Sozialdemokratie im heutigen Klassenkampf und ihre Entwicklung zum Sozialfaschismus analysieren. Jedem deutschen Arbeiter muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß, wenn 10 Jahre nach Kriegsende und 15 Jahre nach Kriegsbeginn die deutsche Arbeiterklasse wirtschaftlich und politisch immer mehr ausgebeutet und unterdrückt wird, die Hauptsschuld daran die Sozialdemokratische Partei trägt. Daß die Bourgeoisie ihre Klasseninteressen rücksichtslos durchführt, hat uns die Geschichte gelehrt, daß die Sozialdemokratie bedingungslos diese reaktionäre Politik unterstützt, hat sich bereits während des Krieges und in den ersten Jahren der großen Stürme der Revolution gezeigt. Aber heute sehen wir eine neue Entwicklung der Sozialdemokratie, neue Methoden ihres Kampfes gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, die sich aus ihrem Verwachsen mit dem bürgerlichen Staatsapparat und aus dem allgemeinen Charakter der neuen Arbeiteraristokratie in Deutschland ergeben.

Das, was Marx, Engels und Lenin über die Arbeiteraristokratie und die Rolle der oberen Schichten in den Arbeiterorganisationen im Kapitalismus und Imperialismus gesagt haben, hat noch nie eine solche Bestätigung gefunden wie gerade jetzt.

Ich will nur einige Zitate herausgreifen, um zu zeigen, wie diese großen Revolutionäre die Arbeiteraristokratie gekennzeichnet haben. Engels schreibt in einem Briefe an Marx vom 11. August 1881 von jenen schlechtesten englischen Gewerkschaften,

„die sich führen lassen von an die Bourgeoisie verkauften oder zumindest von ihr bezahlten Leuten“
[Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, IV. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 608/609. *Die Red.*]

In der Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ schreibt Lenin:

„Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der Masse des Proletariats abzuspalten.“ [W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 855. *Die Red.*]

Im Vorwort der zweiten Auflage des Werkes „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ vom Jahre 1892 schreibt Engels, daß die sogenannten Arbeitervertreter in England Leute sind,

„denen man ihre Arbeiterqualität verzeiht, weil sie selbst sie gern im Ozean ihres Liberalismus ertränken möchten“ [Friedrich Engels, „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 29. *Die Red.*]

Und wir sehen jetzt in England eine solche Entwicklung. Dort sind einige Vertreter der liberalen Partei bereits zur Labour Party übergetreten, weil, wie ich vorhin schon sagte, sie in dieser Partei die Unterdrückungspolitik gegenüber dem Proletariat noch besser durchsetzen können. Natürlich spielen vielleicht auch private oder personelle Fragen dabei eine Rolle.

Aber vom politischen Standpunkt aus gesehen ist diese Tatsache ein klarer Beweis, daß die Labour Party nichts anderes ist als eine dritte Partei der Bourgeoisie, eine verbürgerlichte Arbeiterpartei.

Wir wissen ferner: Der Imperialismus spaltet die Arbeiterklasse in eine von der Bourgeoisie gekaufte Oberschicht und die eigentliche proletarische Unterschicht, wie Lenin die am meisten ausgebeuteten und verelendeten Schichten des Proletariats nennt.

In welchem Maße die Bourgeoisie die Arbeiteraristokratie an sich fesselt und die Arbeiteraristokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwächst, das hängt von der allgemeinen Entwicklung des Imperialismus ab. Lenin schreibt darüber in seinem Artikel „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ unter anderem folgendes:

„Die Bourgeoisie hat schon ‚bürgerliche Arbeiterparteien‘ der Sozialchauvinisten in allen Ländern erzeugt, aufgezogen und sich gesichert. Die Unterschiede zwischen der geformten Partei, zum Beispiel Bissolati in Italien, einer vollkommen sozialimperialistischen Partei, und, sagen wir, der nur halbgeformten Quasipartei der Potressow, Gwosdew, Bulkin, Tschcheidse, Skobelew und Konsorten - diese Unterschiede sind unwesentlich. Wichtig ist, daß die ökonomische Abspaltung der Schicht der Arbeiteraristokratie und ihre Hinwendung zur Bourgeoisie reif geworden ist und sich vollzogen hat, eine politische Form dieser oder jener Kräfte wird diese ökonomische Tatsache, diese Verlagerung in den Beziehungen der Klassen untereinander ohne besondere ‚Mühe‘ finden.“ [W. I. Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 17. *Die Red.*]

Dieses Zitat Lenins läßt uns auch jene Entwicklung verstehen, die wir gegenwärtig in der Gruppierung der verschiedenen Klassen in Deutschland sehen. Auf dem Essener Parteitag heißt es in unseren Thesen über die SPD unter der Herrschaft des Bürgerblocks:

„Sie spielt die Rolle einer passiven Regierungspartei, einer zusätzlichen Garantie für die Herrschaft des Bürgerblocks, mit der sie sich abfindet, jederzeit bereit, im Falle verschärfter Klassenkämpfe und revolutionärer Schwierigkeiten erneut auf den Ruf der Bourgeoisie in eine Koalition einzutreten.“ [„Thesen und Resolutionen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Essen, 2. bis 7. März 1927“, S. 16. *Die Red.*]

Seitdem haben sich die ökonomischen Beziehungen verschoben. Die Beziehungen zwischen den Klassen sind ebenfalls andere geworden, und so spielt die Sozialdemokratie nicht mehr eine passive Rolle, wie es noch in den Essener Thesen in der Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie festgestellt wurde, sondern sie ist die aktivste Vorkämpferin des deutschen Imperialismus, seiner Kriegspolitik und der Sowjetunion, seiner Unterdrückungspolitik gegenüber der Arbeiterklasse. Deshalb heißt es in unseren heutigen Thesen über die Rolle des Faschismus und die Krise der Sozialdemokratie unter anderem folgendermaßen:

„Die Verschmelzung des Reformismus mit der bürgerlichen Staatsgewalt findet ihren höchsten Ausdruck in der Politik des Sozialimperialismus... und des Sozialfaschismus.“ [„Waffen für den Klassenkampf, Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD“, S. 18. *Die Red.*]

Das hängt aufs engste mit zwei Tatsachen zusammen, die ich hier besonders hervorheben will. Erstens: Die neue Arbeiteraristokratie in Deutschland ist auf der Grundlage der Monopolprofite der Truste und der veränderten Arbeitsteilung in den rationalisierten Betrieben entstanden.

Zweitens: Das immer stärker werdende Verwachsen der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit dem Staatsapparat hat eine solche Arbeiteraristokratie besonders gestärkt, die in dem ganzen Rahmen der bürgerlichen Staatsordnung, als Angestellte und Beamte des Staates, ein wichtiges Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterklasse wird. Ein ganz charakteristisches Beispiel hierfür ist das Verwachsen der sozialdemokratischen Arbeiterbank mit dem Finanzkapital. Auf dieser veränderten sozialen Grundlage entwickelt sich die sozialfaschistische Politik der SPD und umgekehrt verändert

sich die soziale Zusammensetzung der SPD durch diese Politik. Das, was zum Beispiel Genosse Ewert auf dem VI. Weltkongreß nicht sehen konnte, daß diese sozialfaschistische Politik der Sozialdemokratie ihre soziale Basis verschieben und verändern muß, mag sie auch über hunderttausend neue Mitglieder vom Kieler bis zum Magdeburger Parteitag gewonnen haben, das wird jetzt immer klarer.

Nicht immer liegt in der zahlenmäßigen Größe einer Partei die Bedeutung ihrer Kraft, sondern es hängt - wie es uns die revolutionären Erfahrungen der Vergangenheit lehren - von ihrer Fähigkeit ab, die Massen für den Klassenkampf zu mobilisieren, inwieweit sie als wirklich historischer Faktor in den Gang der Geschichte eingreifen kann. Bei Durchführung einer richtigen Politik unsererseits wird sich das Schwergewicht der Sozialdemokratie noch mehr als bisher auf das Kleinbürgertum verschieben. Die Zusammensetzung des Magdeburger Parteitages ist schon ein Beweis dafür. Wer war dort vertreten? Minister, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten, viele führende Partei- und Gewerkschaftsbeamte und das Heer derjenigen, die in Beamtenstellungen des bürgerlichen Staates mehr oder weniger an die bestehende Ordnung gefesselt sind. Natürlich dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, daß zahlreiche Arbeiterschichten noch in der Sozialdemokratie organisiert sind; aber darunter sind viele - wenn man den Angaben aus dem Bericht des Magdeburger Parteitages Glauben schenken will, sind es 635000 Handarbeiter -, die wie die Gemeindearbeiter, wie die Arbeiter in den Staatsbetrieben, Angestellte usw. durch den wirtschaftlichen und politischen Druck in die SPD hineingepreßt werden. Dazu kommen die arbeiteraristokratischen Elemente, das Heer der kleinbürgerlichen Schmarotzer, die, da die Sozialdemokratie die stärkste Partei des Kommunal- und Staatsapparates ist, in ihr ihre privaten Interessen sichern und fördern wollen. Die Mitgliederzunahme seit Kiel fällt hauptsächlich auf diese Kategorien.

In diesen Tagen hörte ich einen Witz, der auf dem Magdeburger Parteitag auf der Pressetribüne kursierte. Da wurde gesagt, daß auf je einen dieser im Staatsapparat und anderswo angestellten Sozialdemokraten 9 oder 10 andere als Anwärter kommen, die ebenfalls auf einen Posten reflektieren. Später wurde es auf dem Parteitag von einem Redner offen ausgesprochen. Diese starken Fäulniserscheinungen beschleunigen den Prozeß der völligen Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und der politischen Korrumpierung der sozialdemokratischen Führer. Auf der anderen Seite ist festzustellen, daß Tausende und Zehntausende Arbeiter in den entscheidenden Industrien die Sozialdemokratische Partei verlassen und besonders die mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Massen, die noch am 20. Mai des Jahres 1928 für die Sozialdemokratie stimmten, ihr Vertrauen bereits dem Kommunismus zugewandt haben, wie es die Betriebsrätewahlen beweisen.

Wir haben auf dem Essener Parteitag bereits in verschiedenen Dokumenten auf die sozialfaschistische Entwicklung der Sozialdemokratie hingewiesen. In den Auseinandersetzungen mit den Versöhnlern bei den Maiwahlen wurde von ihnen die Auffassung vertreten, daß die Sozialdemokratie in der Regierung eine gewisse Garantie gegen den Faschismus abgibt und daß im jetzigen Stadium die Hauptgefahr die bürgerliche Demokratie sei. Ich zitiere das „historisch“ gewordene Dokument, die Plattform der Versöhnler zum Parteitag, die sie bis jetzt nicht widerrufen haben. Dort heißt es unter anderem folgendermaßen:

„Das Charakteristische an der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß die Bourgeoisie ihre imperialistische Politik vorderhand weder mit faschistischen noch mit diktatorischen Methoden, sondern in engster Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie durchzusetzen bestrebt ist.“

Ich fordere die Versöhnler auf, hier auf dem Parteitag klar und deutlich zu sagen, ob sie es noch wagen und die Stirn haben, angesichts der Entwicklung des letzten Jahres, angesichts

des Berliner Maiblutbades, des Verbotes des RFB, des Verbotes der „Roten Fahne“, angesichts des Magdeburger Parteitages, der Reden und Erlasse der sozialdemokratischen Minister diese „Theorie“ noch weiter zu verteidigen. Ich sage im vollen Bewußtsein der Verantwortung vor dem Parteitag, daß eine solche Verteidigung der Rechtfertigung und Verteidigung des sozialfaschistischen Kurses gleichkommt, wie es die Brandler-Lumpen so eifrig in der letzten Zeit besorgt haben.

Demgegenüber haben wir festgestellt, daß die Zuspitzung der objektiven Situation, die Verschärfung des Krassenkampfes im allgemeinen, die steigende Aktivität der Arbeiterblasse und ihre Revolutionierung, die Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion diese Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus beschleunigen werden. Der Magdeburger Parteitag bestätigt das in vollem Maße. Auf der einen Seite sehen wir also eine Partei, deren soziales Fundament langsam geschwächt wird. Von einer solchen Partei muß sich die Arbeiterklasse abwenden. Auf der anderen Seite befindet sich die Kommunistische Partei in ständigem Vormarsch, entschlossen, trotz aller reaktionären Maßnahmen ihre revolutionäre Politik fortzusetzen. Wir werden um das „legale Besitzrecht“ der Partei gegenüber den Klassenfeinden bis zum letzten Moment kämpfen, wir werden alle Möglichkeiten der Legalität ausnutzen. Auch wenn die deutsche Bourgeoisie zusammen mit ihren sozialfaschistischen Hausknechten uns „verbietet“, werden wir unseren revolutionären Kurs, unsere revolutionäre Tätigkeit nicht um ein Jota abschwächen.

Die Führer der Sozialdemokratie haben sich auf dem Magdeburger Parteitag offen zum Sozialfaschismus bekannt. In seiner Eröffnungsrede sagte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Wels, folgendes:

„Es ist unsre Aufgabe, die Demokratie zu stärken und die Republik zu schützen. Gelänge es den Feinden der Republik, der Demokratie in Deutschland so schweren Schaden zuzufügen, daß einmal kein anderer Ausweg bliebe als Diktatur, dann, Parteigenossen, sollen Stahlhelm, sollen Nationalsozialisten, sollen ihre kommunistischen Brüder von Moskau das eine wissen: Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als die Vertreter der großen Masse des deutschen Volkes, festgefügt in ihren Organisationen, in verantwortungsbewußtem Handeln und in unzerbrechlicher Disziplin, würden auch trotz ihrer demokratischen Grundeinstellung die Diktatur zu handhaben wissen. Das Recht auf Diktatur fiele ihnen allein zu, niemand ändern.“

Wir haben die Bedeutung dieser Rede sogar in unserer eigenen Parteimitgliedschaft zu wenig erkannt und noch viel weniger sie in der breiten Agitation so ausgenutzt, wie es notwendig ist. Was ist unsere ernsteste Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten: das Wesen, die Bedeutung des Sozialfaschismus zu zeigen, wie es auf dem Magdeburger Parteitag von den wichtigsten Vertretern der Sozialdemokratie selbst ausgesprochen wurde. Jeder Arbeiter muß erkennen, was die Versöhner nicht erkannt haben, daß der Sozialfaschismus darin besteht, daß er unter dem Deckmantel der sogenannten reinen Demokratie der faschistischen Diktatur den Weg bahnt.

Wels verspricht sogar, daß er nach der sozialfaschistischen Diktatur so gnädig sein wird, die sogenannte Demokratie wieder einzuführen.

Wir als kommunistische Partei müssen den proletarischen Massen darauf eine klare Antwort geben. Es muß die intensivste Agitation darüber einsetzen, daß diese sozialfaschistische Diktatur nur eine Diktatur der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zum Zwecke der schärfsten wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der Werktätigen Massen sein wird. Wels und die Sozialdemokratie werden unter der sozialfaschistischen Diktatur die Interessen der Bourgeoisie ebenso vertreten wie in der bürgerlichen Demokratie, die nichts anderes ist als die verschleierte Diktatur der Bourgeoisie. Der Unterschied wird nur der sein, daß sie sie es mit viel brutaleren Mitteln des faschistischen Henkerregimes machen werden, was aber den Arbeitern die Augen öffnen und sie dazu treiben wird, unter Führung der Kommunistischen Partei die sozialfaschistische Diktatur zu stürzen und ihre eigene proletarische Diktatur, das

heißt die wirkliche proletarische Demokratie zu errichten.

Eine besondere Bedeutung hat die Rede Wels' auch im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Es ist klar, daß der Zweck der sozialfaschistischen Diktatur der sein wird, im kommenden Kriege gegen die Sowjetunion die revolutionären Arbeiter niederzuhalten und mit allen Kräften ihren Aufstand zu verhindern. Darauf beziehen sich seine Worte von den Schwierigkeiten, die da kommen werden. Ja, die revolutionären deutschen Arbeiter werden in diesem kommenden Kriege der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie manche Schwierigkeiten bereiten. Ein Proletariat, welches vier Jahre Kriegserfahrungen und zehn Jahre revolutionäre Erfahrungen hinter sich hat, ein solches Proletariat wird unter Führung der Kommunistischen Partei und der Komintern der deutschen Bourgeoisie und dem Sozialfaschismus große Schwierigkeiten bereiten.

Und wenn sich die revolutionären Arbeiter im kommenden Krieg, im Verlaufe dieses Krieges - wenn unsere Kräfte nicht ausreichen, den Krieg zu verhindern - erheben, dann wird der Sozialfaschismus den offenen Bürgerkrieg gegen das Proletariat durchführen und alle Schandtaten von Noske und Zörgiebel übertrumpfen.

Diese Ausführungen von Wels sind völlig klar, sowohl vom Standpunkt der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland als auch der Verschärfung der imperialistischen Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion.

Hier will ich nur auf den engen Zusammenhang hinweisen, der zwischen der Rolle der Sozialdemokratie als organisierender Kraft bei der Errichtung der faschistischen Diktatur und ihrer Rolle bei der Entfesselung des Krieges gegen die Sowjetunion besteht.

Dittmann sagte auf dem Magdeburger Parteitag folgendes:

„Mit der Polizei lebten wir im alten Staat in einem ständigen Guerillakrieg, nicht, weil wir es für revolutionär hielten, die Polizei zu attackieren, sondern weil die Polizei auf Feindschaft gegen die Arbeiterklasse dressiert war. Heute haben wir *sozialdemokratische Polizeiminister und Polizeipräsidenten und zahlreiche Beamte als Parteimitglieder*. Gilt heute also noch die Begründung, die Polizei sei ein Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft?“

Er behauptete, die Formulierungen aus der Vorkriegszeit sind gegenüber der demokratischen Republik größtenteils veraltet und überholt.

„Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus... Folglich geht die Staatsgewalt vom Volke aus, und das Volk hat alle Chancen, nach dem Maße seiner Aufklärung zu verhindern, daß der Staat einseitig nur die Interessen der kapitalistischen Klasse wahrnimmt.“

Diese Ausführungen Dittmanns zeigen völlig das sozialfaschistische Gesicht des sozialdemokratischen Parteitages, kennzeichnen sein sozialfaschistisches Programm.

Severing ergänzte die Ausführungen Dittmanns in folgender Weise:

„Dann müssen wir aber wahr machen, was Genosse Hermann Müller im Juli des vergangenen Jahres als Reichskanzler auch in der Fraktion erklärt hat: ‚Sofern wir von der Reichswehr verlangen, daß sie sich als verfassungsmäßiges Organ der republikanischen Regierung fühlt und aufführt, so muß die Republik alles das, was für die Reichswehr erforderlich ist, auch bewilligen‘ - und ich füge hinzu: nicht nur Gelder, sondern auch moralischen Kredit... Wer seine Aufgabe als Sozialist darin erblickt, nur ständig die Reichswehr zu bekritteln und nicht nur das, was wirklich an der Reichswehr noch tadelnswert ist, wer es nicht fertigbringt, auch anzuerkennen, was gelegentlich die Reichswehr nach unserer Auffassung Gutes vollbringt, wird eine Republikanisierung der Reichswehr nicht durchsetzen“

Eine „republikanische“ Reichswehr mit ihren Stahlhelmkadern der schwarzen Reichswehr und eine Severing-Zörgiebel-Polizei als ein anderes System zu bezeichnen, als es in der Vergangenheit war, das gibt uns die Möglichkeit, mit allen Mitteln der Überzeugung die noch verirrtten sozialdemokratischen Arbeiter aus den Klauen des Reformismus zu befreien, um sie

in unsere revolutionäre Klassenfront einzureihen.

Zu der Zeit, als der Magdeburger Parteitag tagte, fand eine vertrauliche Führerbesprechung des Reichsbanners statt, wo auch auf „besondere Schwierigkeiten“ - dadurch bekommen die Ausführungen von Wels eine besondere Bedeutung - des Kampfes gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei hingewiesen wurde. Es wurde eine gemeinsame Front mit dem Stahlhelm und Jungdo erwogen. Wir haben bereits in unserer Presse manches aus den Reden, die in dieser vertraulichen Besprechung gehalten wurden, bekanntgegeben.

Wir müssen uns ernst fragen, weshalb die Sozialdemokratie auf dem Magdeburger Parteitag gezwungen war, alle ihre Schandtaten der Koalitionspolitik usw. so offen zu verteidigen und den „Mut zur Unpopularität“ aufzubringen, wie sich der Berichterstatter Vogel dort ausgedrückt hat. Was heißt „Mut zur Unpopularität“? Das bedeutet nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie als die führende Partei in der Regierung entschlossen ist, alle Forderungen des Finanzkapitals durchzuführen: den Staatsetat Hilferdings mit Millionengeschenken an die Besitzenden und mit den neuen Lasten für die Werktätigen, das Programm des Abbaus der Sozialleistungen, des Abbaus der Arbeitslosenversicherung, das Wissellsche Arbeitszeitschutzgesetz, das die zehn- und noch mehrstündige Arbeitszeit vorsieht; die Durchführung der militärischen Rüstungen, die Erhöhung der Agrarzölle, die Annahme des Konkordats mit der römischen Kirche und zu guter Letzt - damit das ganze Gerüst der kapitalistischen Gesellschaft nicht zusammenstürzt - das Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten und revolutionäre Arbeiterschaft.

Die klare Antwort auf diese gestellte Frage, warum die Sozialdemokratie gezwungen war, schon von dem „Mut zur Unpopularität“ zu sprechen, lautet: Die Sozialdemokratie muß jetzt sich selbst vor den breiten Massen entlarven, weil die allgemeine ökonomische und politische Lage Deutschlands sie zwingt, durch dick und dünn mit der Trustbourgeoisie und ihren Partnern in der Koalition, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum, zusammenzugehen und deren Wünsche zu erfüllen.

Der Magdeburger Parteitag bedeutet für uns eine Bestätigung der Faschisierung der Sozialdemokratischen Partei. Das Charakteristische an dem Magdeburger Parteitag war, daß sich nicht eine einzige Stimme des Protestes gegen die Zörgiebelmorde an der Berliner Arbeiterklasse und gegen das Verbot des RFB und der kommunistischen Presse erhob. Wir müssen sehen, daß in der jetzigen Zeit - und besonders in der nächsten Entwicklung - die Sozialdemokratie nicht nur der größte Feind des Kommunismus in der Arbeiterbewegung ist, sondern der stärkste Hebel der sozialfaschistischen Bewegung, der reaktionären Maßnahmen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

Die „linke“ Sozialdemokratie hat auf dem Magdeburger Parteitag bedingungslos diesen reaktionären Kurs unterstützt. Natürlich versuchte sie mit radikalen Phrasen und mit den den „Linken“ eigenen demagogischen Methoden, die Politik des Parteivorstandes zu verschleiern und sich durch großsprecherische Ausführungen, durch pazifistische und scheinradikale Erklärungen gegenüber ihren eigenen Mitgliedern zu entschuldigen. Aber wir dürfen die Tatsache keineswegs übersehen, daß der Abmarsch der sozialdemokratischen Arbeiter zum Kommunismus durch diese demagogischen Manöver der „linken“ Sozialdemokraten ungeheuer aufgehalten wird. Es ist doch eine Tatsache, daß - nicht nur bei den sozialdemokratischen Arbeitern, sondern sogar bei gewissen Teilen der mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Arbeiter - der Gedanke herrscht: Wenn die „Linken“ in der Sozialdemokratischen Partei die Mehrheit erobern, dann ist es Schluß mit dem reaktionären Kurs der SPD, oder es wird besser. Die „Linken“ innerhalb der SPD spielen also eine große Rolle. Das, was der Essener Parteitag und der VI. Weltkongreß schon richtig gesagt haben, daß die „linke“ SPD der gefährlichste Feind des Kommunismus innerhalb der Arbeiterklasse ist, wird durch die heutige Entwicklung noch besonders bestätigt. Die Levi,

Seydewitz, Künstler usw. sind die schamlosesten und skrupellosesten Verleumder der Sowjetunion und der Komintern. Sie sind heute deshalb besonders gefährlich, da sie ihren Einfluß in der SPD im ganzen Reiche auszubreiten und zur Irreführung des Proletariats auszunutzen versuchen. Der vollständige Bankrott der austromarxistischen österreichischen Sozialdemokratie vor dem Faschismus, ihr großer Verrat während des Juliaufstandes in Wien muß allen ehrlich denkenden oppositionellen Arbeitern die ernste Lehre geben, daß ein Kampf für die Klasseninteressen und Klassenziele des deutschen Proletariats nicht unter dem verlogenen Banner der „linken“ Sozialdemokratie, sondern allein unter dem Banner des Kommunismus geführt werden kann. Dieser Bankrott, diese politische Eingliederung des Austromarxismus⁹ in das ganze kapitalistische Regierungssystem der österreichischen Bourgeoisie muß von uns benutzt werden, um die in der Sozialdemokratischen Partei befindlichen Arbeiter über die Rolle der „linken“ Sozialdemokratie aufzuklären. In Reih und Glied mit den „linken“ Sozialdemokraten stehen die rechten Renegaten Brandler, Thalheimer, Frölich und Konsorten, um die Abkehr der breiten Arbeitermassen vom Sozialimperialismus zum Kommunismus, zu verhindern.

Seit 15 Jahren betreibt die deutsche Sozialdemokratie ihre Politik des Klassenverrates am Proletariat. Aber noch nie ist es so klar gewesen, daß sie diesen Verrat so systematisch und offenkundig als eine Partei des Kapitalismus, als eine bürgerliche Partei, verübt wie jetzt. Sogar zu Noskes Zeiten meuchelte die Sozialdemokratie die revolutionäre Arbeiterschaft unter den Losungen „Der Sozialismus marschiert“, „Der Sozialismus ist da“. Jetzt aber mordet sie die Arbeiter unter dem Zeichen der Thyssen und Klöckner, des deutschen Finanzkapitals und der imperialistischen Kriegsrüstungen. Und so entlarvt sich die deutsche Sozialdemokratie in den Augen der breiten proletarischen Massen immer mehr als die Partei des kapitalistischen Niedergangs, die in den kommenden revolutionären Kämpfen zwischen den Mühlsteinen des Klassenkampfes zerrieben wird. Ihr Geschrei über die Hoffnungslosen, womit sie die Kommunistische Partei meint, soll nur die Massen, die sich mehr und mehr dem Kommunismus zuwenden, über die eigene Hoffnungslosigkeit des Sozialfaschismus hinwegtäuschen, des Sozialfaschismus, der von der Geschichte zum Tode verurteilt wird. Ich will damit nicht sagen, daß der volle Sieg über die Sozialdemokratie und den Faschismus von heute auf morgen errungen werden kann. Ich will damit keineswegs sagen, daß die endgültige Zerschmetterung der Sozialdemokratie vor der Errichtung der proletarischen Diktatur möglich ist. Aber, Genossen, wenn unsere Kommunistische Partei mit noch mehr Kraft, mit noch größerer Zähigkeit und Ausdauer ihre großen Ideen in die Massen hineinträgt dann muß die Sozialdemokratie bei der Durchführung ihres reaktionären Kurses sich immer mehr von den Massen isolieren, und die Massen müssen in Scharen zu unserer Partei, der Partei der proletarischen Revolution kommen.

IV. Der Charakter der gegenwärtigen Klassenkämpfe, die neue Taktik der Partei und die innerparteiliche Entwicklung

⁹ Austromarxismus - eine besonders gefährliche Abart des Revisionismus, die sich in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts in der österreichischen Sozialdemokratie herausbildete. Seine Hauptvertreter sind Otto Bauer, Friedrich Adler, Max Adler und Karl Renner. Die Austromarxisten sind Gegner der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Sie verteidigen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, verraten die Interessen der werktätigen Massen, entstellen oder verneinen den dialektischen Materialismus und bekämpfen die marxistische Geschichtsauffassung und die marxistische politische Ökonomie. Die Austromarxisten tarnen diesen Kampf gegen die marxistische Theorie und die revolutionäre Arbeiterbewegung heuchlerisch mit linken Phrasen. Sie predigen die „friedliche Sozialisierung“ und die „Klassenaussöhnung“ mit dem Kapitalismus, sind Gegner des proletarischen Internationalismus, Feinde der Sowjetunion und Verfechter des bürgerlichen Nationalismus und Kosmopolitismus. Die Austromarxisten fordern den Anschluß Österreichs an Deutschland und unterstützen so die Faschisierung des Landes. Heute sind sie eifrige Lakaien des amerikanischen Imperialismus und treten für die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ ein.

Ich komme jetzt zum nächsten Punkt: Der Charakter der gegenwärtigen Klassenkämpfe und die neue Taktik der Kommunistischen Partei. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß wir erkennen, wie sich besonders seit den letzten anderthalb Jahren die Klassenkräfte verschieben, wie einerseits eine Zusammenfassung der Kräfte der Reaktion, andererseits eine Zusammenfassung der revolutionären Kräfte unter Führung der Kommunistischen Partei eintritt. Hier sind besonders die Krisenerscheinungen in den bürgerlichen Parteien bemerkenswert, die an sich nur die gemeine Krise des bürgerlichen Systems und des Parlamentarismus widerspiegeln. Aber gleichzeitig damit wird immer klarer, daß die deutsche Bourgeoisie ihre Kapitaloffensive nur durchführen kann, wenn sie eine scharfe Wendung in der Richtung der faschistischen Herrschaftsmethoden vollzieht, wobei sie zweifelsohne die Hilfe der Sozialdemokratie erhält. Während die kleinbürgerlichen und die proletarischen Schichten in den bürgerlichen Parteien zu rebellieren beginnen, sehen wir in der Führung dieser Parteien eine solche Entwicklung, daß sie sich mehr und mehr zu den faschistischen diktatorischen Maßnahmen bekennen und sie sogar offen als Forderung aufstellen. Ich weise auf die verschiedenen Reden bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker hin: die Rede des Außenministers Stresemann vor einigen Monaten im Vorstand der Deutschen Volkspartei, die Forderungen führender Kreise der deutschen Wirtschaft, die Ausführungen der sozialdemokratischen Führer auf verschiedenen Konferenzen und auch auf dem Magdeburger Parteitag.

Bei dieser allgemeinen Entwicklung der Krise des bürgerlichen Parteiensystems und des bürgerlichen Parlamentarismus ist die Entwicklung des Faschismus in Deutschland von besonderer Bedeutung. In der Verschiebung der Kräfte im Lager des Klassenfeindes spielt ferner die Tatsache, daß die verschiedenen faschistischen Kampforganisationen in letzter Zeit auf dem politischen Gebiet eine große Aktivität entwickeln und in den kleinbürgerlichen Schichten an Einfluß gewinnen, eine große Rolle. Wir müssen feststellen, daß die Nationalsozialisten in solchen Gebieten wie in Sachsen gewonnen haben, wie das Ergebnis der letzten Sachsenwahlen zeigt, daß sie in Schleswig-Holstein unter der Landbevölkerung, besonders unter den kleinbäuerlichen Schichtentente, in den letzten Monaten durch ihr aktives Auftreten in der Frage der Reparationen einen stärkeren Einfluß erreicht haben. Wir sehen weiter, daß die Nationalsozialisten auch in Südthüringen und Baden Fortschritte zu verzeichnen haben und überall in Deutschland an Anhang gewinnen.

Es ist notwendig, auch die Entwicklung des Stahlhelms aufmerksam zu verfolgen, nicht etwa aus dem Grunde, weil er große organisatorische Erfolge erzielt hätte, sondern vom Standpunkt seiner allgemeinen politischen Aktivität.

Dieser Vormarsch des Faschismus in Deutschland liegt in der Linie der allgemeinen Faschisierung der bürgerlichen Herrschaftsmethoden. Um die Arbeiterschaft zu knebeln setzt die Bourgeoisie ihren ganzen staatlichen Unterdrückungsapparat in Bewegung. Ich erinnere an den neuen von Severing vorgelegten Strafrechtsgesetzentwurf über die Änderung des Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsgesetzes. Dies wird wahrscheinlich eine der reaktionärsten Gesetzesänderungen sein, die wir bis jetzt erlebt haben. Die Bestimmungen des Puttkamergesetzes¹⁰ gegen die Sozialisten können damit verglichen werden. Die Äußerungen von Severing in der letzten Zeit deuten darauf hin, daß er bereit ist, mit der Bourgeoisie gemeinsam die alten wilhelminischen Gesetze zu übertrumpfen. Durch die angekündigte Änderung der Verfassung und der Wahlbestimmungen und die straffere Organisierung der politischen Polizei will der Sozialfaschismus gemeinsam mit der Bourgeoisie die

¹⁰ Ernst Thälmann bezieht sich hier auf das 1878 erlassene „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ - bekannt als Sozialistengesetz. Der preußische Innenminister von Puttkamer (1828 bis 1900), einer der Hauptinpeitscher des Gesetzes, verschärfte die Unterdrückung der Sozialdemokratie durch das von ihm 1886 erlassene Streikverbot.

revolutionäre Arbeiterklasse niederhalten. Ich weise auf die Rede Severings während der hessischen Polizeiwoche hin, in der man planmäßig und systematisch die Zentralisierung der politischen Polizei besprochen und vorbereitet hat. Man hat sich hierbei an das Muster des Sozialistengesetzes gehalten. Der Zweck der Zentralisation der politischen Polizei soll eine Bespitzelung und Beschnüffelung der Kommunistischen Partei sein. Die Sozialdemokratie als Regierungspartei ist so weit gesunken, daß sie ein ganzes Netz von Achtgroschenjungen und Provokateuren zu züchten und zu schulen beginnt, wie es der preußische Junker von Puttkamer unter dem Sozialistengesetz getan hat. Die Kommunistische Partei ist verpflichtet, gegen das System der agents provocateurs Gegenmaßnahmen zu ergreifen und hierbei namentlich die Erfahrungen unter dem Sozialistengesetz sowie neuere Erfahrungen unserer eigenen Praxis zu verwerten. Wir müssen dazu übergehen, die Spitzel öffentlich anzuprangern. Zweifellos sind wir jetzt in ein solches Stadium eingetreten, wo wir auch diese Dinge schärfer beachten müssen.

Gleichzeitig mit der Verschiebung der Kräfte des Klassengegners hat sich aber auch eine Verschiebung im Lager des Proletariats zu unseren Gunsten vollzogen. Nur wenn wir beide Entwicklungen in einem bestimmten Zusammenhange prüfen und daraus bestimmte Schlüsse ziehen, ist es uns möglich, zu einer richtigen Einschätzung der Gesamtsituation und unserer revolutionären Politik wie auch der notwendigen organisatorischen Maßnahmen zukommen. Während der Essener Parteitag in seinen politischen Thesen noch von der Defensive der Arbeiterschaft sprach, können wir in den letzten zwei Jahren eine erhöhte Aktivität, eine mächtige Aufwärtsentwicklung der Streiks in Deutschland feststellen, eine Tatsache, die für unsere ganze taktische Orientierung eine große Bedeutung hat.

Nur einige charakteristische Angaben zur Erläuterung dessen, was vor sich gegangen ist. Die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen verlorengegangenen Arbeitstage betrug im Jahre 1926, während der ersten Welle der Rationalisierung, 1,5 Millionen. Im Jahre 1927 betrug sie bereits 6 Millionen und im Jahre 1928 21 Millionen. Wohl überwiegt noch in der allgemeinen Statistik im letzten Jahre die Zahl der Aussperrungstage die der Streiktage. Aber können wir deshalb, weil noch die Mehrzahl der Tage auf die Aussperrungen fällt, sagen, daß sich das Proletariat noch immer in der Defensive befindet, wie das die Renegaten von rechts und „ultralinks“ behaupten? Keineswegs! Die Entwicklung des Klassenkampfes geht nicht gleichförmig vor sich, es zeigen sich in dieser Entwicklung auch rückläufige Tendenzen und Rückschläge. Deswegen müssen wir auch den Charakter der verschiedenen Streiks sehr gewissenhaft analysieren. Betrachten wir den Streik der rheinischen Textilarbeiter, die große Aussperrung der Stahlindustrie im Ruhrkampf, nehmen wir ferner den Werftarbeiterkampf, der vierzehn Wochen dauerte, den Hafentarbeiterstreik sowie den heldenmütigen Kampf der Hennigsdorfer Arbeiter. Diese Kämpfe zeigen schon, daß die Arbeiterklasse auf die Offensive des Kapitals mit einer Gegenoffensive zu antworten beginnt. Diese Kämpfe wurden mit ungeheurer Erbitterung und Zähigkeit durchgeführt. Nicht nur die organisierten Arbeiter, sondern auch die unorganisierten Arbeiter haben fast überall gemeinsam unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die reformistische Bürokratie gekämpft. Das Charakteristische der heutigen Kämpfe ist, da sie Begegnungskämpfe sind, aber in einer gewissen Weise auch schon die Form von Durchbruchskämpfen annehmen. Das ist das erste, was ich hervorheben möchte.

Das zweite ist, daß diese wirtschaftlichen Massenkämpfe, wie es die Analyse des VI. Weltkongresses schon festgestellt hat, gerade wegen der besonderen Zuspitzung der allgemeinen Lage und wegen der Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie in politische Kämpfe gegen die bürgerliche Staatsgewalt umschlagen.

Und das dritte Merkmal ist, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Klasse zugleich die Form der Auseinandersetzung zwischen Reformismus und Kommunismus

annehmen, weil die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie mehr und mehr mit dem Wirtschafts- und Staatsapparat der Bourgeoisie verwachsen. Wir haben jetzt eine ganz andere Situation als noch vor einigen Jahren. Früher wurden die Kämpfe im Rahmen und nach den Bestimmungen der Gewerkschaften geführt. Dieser Rahmen, dieser Gewerkschaftslegalismus, diese besondere Gewerkschaftsdisziplin, wie man sie nennt, wird jetzt durchbrochen. Aber es ist nicht nur eine Angelegenheit der Durchbrechung der gewerkschaftlichen Statuten, die heute zu kapitalistischen Statuten geworden sind, sondern die wirtschaftlichen Konflikte tragen bestimmte politische Züge, sie schlagen in politische Kämpfe um und heben damit die Bewegung auf eine höhere Stufe.

Diese Kämpfe erstrecken sich auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens und werden mit besonderer Erbitterung in allen Massenorganisationen ausgekämpft, wo die Sozialfaschisten versuchen, die revolutionären Arbeiter und die Kommunisten auszuschließen.

Kann man die jetzige Spaltungspolitik der reformistischen Bürokratie in den Gewerkschaften und Massenorganisationen von der allgemeinen Offensive der deutschen Bourgeoisie, von ihrer Unterdrückungspolitik gegen die Kommunisten und gegen die revolutionäre Arbeiterklasse, von dem reaktionären Kurs überhaupt trennen? Ist es nicht Tatsache, daß in solchen Massenorganisationen wie der portorganisation und dem Freidenkerverband die Reformisten deshalb offen zu dem Spaltungskurs übergegangen sind, weil wir heute sonst in Ihnen bestimmt die Mehrheit erobert hätten? Unsere Aufgabe ist es daher, die Ausschlüsse aus den Gewerkschaften und aus den wichtigsten Massenorganisationen mit noch viel größerer Energie der Massenmobilisierung zu beantworten. Wir müssen die Einheit der proletarischen Massenorganisationen gegen die reformistischen Zerstörer mit aller Kraft verteidigen. Wir dürfen uns nicht von den Massen isolieren lassen, sondern müssen mit den Massen die großen revolutionären Aufgaben erfüllen und die Sozialfaschisten aus allen proletarischen Organisationen verjagen.

Das vierte Merkmal der heutigen Kämpfe, das ich hier erwähnen will, ist, daß sie eine ganz andere soziale Zusammensetzung der kämpfenden Massen zeigen als früher. Es ist die soziale Umschichtung in den Betrieben, die gewaltige Differenz zwischen verschiedenen Lohnklassen, die Einbeziehung von Millionen Arbeiterinnen und Jugendlichen in den Produktionsprozeß. Vom Jahre 1907 bis 1925 haben wir eine Zunahme der Arbeiterinnen im Produktionsprozeß um 3 Millionen. Es ist weiter die vermehrte Einstellung von Jugendlichen in den Produktionsprozeß zu verzeichnen. Alle diese neuen Schichten des Proletariats, die am schlechtesten bezahlten Kategorien, spielen eine besondere Rolle im heutigen Klassenkampf, und sie sind es, die mit der größten Aktivität auftreten.

Was muß die Partei tun, um diese neuen Schichten für den Kampf zu mobilisieren? 6,3 Millionen Frauen befinden sich im Arbeitsprozeß, das sind ungefähr 37 Prozent aller Beschäftigten, eine gewaltige Zahl im Verhältnis zu der gesamten Arbeiterschaft in Deutschland. Wie ist unsere Arbeit unter diesen Arbeiterinnen? Zwar haben wir in den letzten Monaten eine rücksichtslose Wendung durchgeführt, indem wir auch unsere organisatorischen und taktischen Methoden der Arbeit auf diesem Gebiete grundlegend geändert haben. Aber welche gewaltigen Mängel noch bestehen bleiben, ergibt sich aus folgendem:

In einem Industriegebiet, wo die Arbeiterinnen überwiegen, müßte das eigene Gesicht der Kommunistischen Partei, wenn wir unsere Orientierung auf diese wichtigen Schichten der Arbeiterinnen ernsthaft in Angriff nehmen wollen, sich auch in der Zusammensetzung des Funktionärkörpers der Partei in diesem Bezirk widerspiegeln. Doch nehmen wir zum Beispiel den Bezirk Chemnitz, wo es etwa 250000 bis 300000 Textilarbeiterinnen gibt. Wie steht es hier mit der Vertretung dieser Schichten in unserer Partei, wieviel Betriebsarbeiterinnen können wir in unserem Funktionärkörper zählen? Hat die Bezirksleitung alles getan, um alle äußeren Widersprüche und alle inneren Hemmungen in dieser Hinsicht zu überwinden? Keineswegs!

Und glaubt ihr, daß die Schuh- und Zigarettenarbeiterinnen, die den politischen Massenstreik in Berlin unterstützt haben, nicht das revolutionäre Element sind, das wir in zukünftigen Kämpfen ebenfalls brauchen? Glaubt ihr, daß in verschiedenen ernstesten Aktionen gerade die Frauen nicht diejenigen waren, die manchmal an revolutionärer Aktivität den Männern und zum Teil sogar - ohne die Jugendlichen zu beleidigen - den Jugendlichen voran waren? Das müssen wir sehen, das sind die am meisten unterdrückten Schichten im Gesamtproletariat, das sind jene Schichten, mit denen wir in Zukunft, gemeinsam mit anderen proletarischen Massen, unsere großen Schlachten schlagen werden. Deswegen stelle ich an den Parteitag die große Forderung, daß die Gesamtpartei alle Kräfte auf die Gewinnung der im Produktionsprozeß stehenden Arbeiterinnen konzentriert. Die Arbeit unter den Hausfrauen, die wir in den letzten Jahren durchgeführt haben, muß zwar fortgesetzt werden, aber der Hauptkurs muß sich auf die Erfassung der Betriebsarbeiterinnen verschieben, und demgemäß muß auch unser Funktionärapparat auf diesem Gebiete verändert werden.

Die politische Gesamtlage und alle diese Merkmale waren für die Festlegung unserer neuen Taktik in Deutschland ausschlaggebend. Ich will jetzt versuchen, das Wesen der neuen Taktik und im Zusammenhang damit einige wichtige Tatsachen der innerparteilichen Entwicklung klarzumachen.

Was sind die wichtigsten Züge dieser neuen Taktik? Erstens: die große Wendung unserer Partei in der Gewerkschaftspolitik. Nicht nur, daß wir politisch auf diesem Gebiet unsere Taktik veränderten, sondern wir verbanden diesen neuen politischen Kurs mit der Änderung der Organisationsformen des Kampfes in den verschiedenen Situationen unter Berücksichtigung der verschiedenen Kampfbedingungen. Bei den wirtschaftlichen Massenkämpfen gingen wir zur Bildung von Kampf- und Streikleitungen in verschiedenen Gebieten Deutschlands über. Jener große Erfolg, den wir bei der letzten Aussperrung der Stahlindustrie im Ruhrgebiet erzielten, war ein Ansporn für alle kämpfenden Arbeiter in Deutschland, war zugleich eine wertvolle Erfahrung für die Durchführung ihrer eigenen Kämpfe. Wir sehen bei diesen wirtschaftlichen Kämpfen die Tendenz der Durchbrechung der Gewerkschaftsdisziplin, der Schiedssprüche und der Tarife. Im einzelnen kann ich auf diese Fragen nicht eingehen.

Zum Gebiet unserer Gewerkschaftsarbeit. Wir müssen besonders unsere revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften erweitern, vertiefen und verstärken. Diese neue Taktik die wir unter den proletarischen Massen durchführen, ist zugleich der wesentlichste Bestandteil unserer allgemeinen politischen Arbeit, weil diese wirtschaftlichen Kämpfe zugleich politische Bewegungen werden, die gegen den Dreibund von Unternehmertum, bürgerlicher Staatsgewalt und reformistischer Bürokratie gerichtet sind. In dem Maße, wie sich diese wirtschaftlichen Kämpfe ausbreiteten, nahmen sie auch in den verschiedenen Gebieten Deutschlands einen politischen Charakter an.

Zweitens: Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten haben wir zu gleicher Zeit auch durch die Verlegung der Arbeit in die Betriebe und Massenorganisationen eine organisatorische Veränderung unserer Arbeit vollzogen, wenn auch nur schwach, wenn auch noch lange nicht stark genug. Jedoch ist der Fortschritt auf diesem Gebiet noch unzulänglich.

Drittens: Bei der Mobilisierung der Massen faßten wir nicht nur die organisierten, in Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder zusammen, sondern wir konzentrierten auch unsere Kräfte auf die unorganisierten Massen. Die Entwicklung der Kämpfe hat gezeigt, daß die unorganisierten Massen in vielen Fällen viel revolutionärer handelten als große Teile der organisierten Massen, die unter dem Einfluß des Reformismus standen.

Viertens: Die neue Taktik fordert von uns gleichzeitig in einem besonderen Maße die Anspannung unserer Kräfte zur Erfassung der am meisten verelendeten und unterdrückten Sehnten, die wir bis jetzt viel zuwenig beachtet haben. Ich habe bereits von der Rolle der Arbeiterinnen in den heutigen Kämpfen gesprochen, ich werde später noch über die Jugend

und die Landarbeiter sprechen.

Fünftens: Der schärfste Kampf gegen den Reformismus ist nicht nur ein taktisches Problem, sondern auch ein organisatorisches Problem. - Kampf- und Streikleitungen, revolutionäres Vertrauensmännersystem, Delegierten- und Arbeiterinnendelegiertenkonferenzen, Selbstschutzorgane, Aktionsausschüsse, Erwerbslosenausschüsse, Antikriegskomitees usw. - Es ist unglaublich, was wir in den letzten wenigen Monaten an neuen Organisationsformen gesehen haben. Und wenn unsere Partei nicht mit so starken sozialdemokratischen Schlacken belastet wäre, dann hätten wir auf dem Gebiete der Durchführung dieser Taktik noch weit größere politische Erfolge zu verzeichnen gehabt.

Es ist klar, daß dieser letztere Punkt alle vorhergehenden in sich einschließt, weil der Kampf gegen den Reformismus jetzt in das Stadium eines organisatorisch-politischen Kampfes getreten ist, weil alles davon abhängt, die selbständige Aktivität der Massen und ihr Vertrauen zu unserer Politik in organisatorische Formen zu fassen und zu verankern. Können wir jetzt unsere Aufgaben nur mit einer richtigen Politik erfüllen? Nein! Wir müssen dazu ein System der Organisationen haben, ein System von rädern, mit denen wir die Kader des Klassenfeindes, die uns, gestützt vom bürgerlichen Staatsapparat, in konzentrierter Formgegenüberstehen, in den Betrieben bekämpfen und vernichten können: den Werkfaschismus, die gelben Verbände¹¹ die reformistische Gewerkschaftsbürokratie das sozialdemokratische Vertrauensmännersystem. Diese ganze Front des Klassenfeindes erfordert von uns eine große systematische Umgruppierung und Konzentration unserer Kräfte auf organisatorischem Gebiet. Aus alledem ergibt sich, daß die Durchführung der Einheitsfronttaktik jetzt auf einer ganz anderen, viel höheren Stufe steht als beispielsweise zur Zeit der Kampagne der Fürstenenteignung. Darüber sind auch in unseren eigenen Reihen noch viele Genossen im unklaren. Die Kampagne zur Fürstenenteignung zeigte eine niedrigere Stufe der Taktik der Einheitsfront als heute, weil sie sich im Rahmen der Verfassung vollzog, obwohl die Massenbewegung, bei der wir in der damaligen Situation große Erfolge erzielt haben, einen außerparlamentarischen Charakter trug.

Bei der Fürstenenteignungskampagne hatten wir zwar eine politisch richtige Linie herausgearbeitet, aber noch nicht eine so ausgesprochene Kampfstellung gegen die SPD-Führer in den Massen schaffen können, weil diese Kampagne gemeinsam mit der SPD durchgeführt wurde.

Die damalige Kampagne hatte auch nicht den organisatorisch revolutionären Charakter der Bewegung in den Betrieben, wie es die Bildung von Einheitsfrontorganen in den Betrieben jetzt erfordert. Heute ist die Etappe des Klassenkampfes eine ganz andere als damals. Heute sind die politischen und organisatorischen Aufgaben unserer Partei als er einzigen Führerin des proletarischen Klassenkampfes auf Grund der objektiven Entwicklung, die ich vorhin analysiert habe, viel konkreter gestellt. Heute sind die Klassenfronten viel deutlicher gezeichnet, und daher ist auch für die breiten Arbeitermassen die gesamte Trennungslinie ganz klar: Entweder Reformismus oder Kommunismus, ein Drittes kann es nicht geben.

Aber daraus ergibt sich, daß der Kampf um die Hegemonie im Proletariat, um die Mehrheit der Arbeiterklasse, namentlich in den wichtigsten Großbetrieben und Industriezweigen, jetzt

¹¹ Gemeint sind arbeiterfeindliche Verbände, die von Kapitalisten ins Leben gerufen wurden, um die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und die Arbeiterklasse am revolutionären Kampf zu hindern. Sie sind eine internationale Erscheinung und entstanden zuerst in Frankreich. In Deutschland wurden die gelben Verbände, die sich aus den sogenannten Werkvereinen, den „meistertreuen Gesellenvereinen“ und unter anderen auch aus „reichstreuen Bergarbeitern“ zusammensetzten, im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gegründet. Von den revolutionären Arbeitern wurden auch andere Gewerkschaftsverbände, die den Interessen der Unternehmer dienen - zum Beispiel die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die christlichen Gewerkschaften -, mit Recht als gelbe Verbände bezeichnet.

als eine viel konkretere Aufgabe vor uns steht. Es ist die eigentliche Hauptaufgabe der jetzigen Entwicklungsphase, auf die sich unsere Partei mit allen Kräften zu orientieren hat. Von der Erfüllung dieser großen Aufgaben hängt letzten Endes die Entscheidung in den kommenden revolutionären Kämpfen zwischen der Arbeiterklasse und dem Kommunismus einerseits und der Bourgeoisie und dem Sozialfaschismus andererseits ab. *Der Kampf um die Mehrheit des deutschen Proletariats ist eben das Wesen der neuen Taktik.*

Die Durchführung dieser neuen Taktik erfolgte aber nicht nur im schärfsten Kampf gegen den Reformismus, der sich heute in einer besonderen Form, in der, Form des Sozialfaschismus, in Deutschland zeigt, sondern im schärfsten Kampf gegen alle schwankenden opportunistischen Elemente in unseren eigenen Reihen.

Bei der Durchführung jeder großen taktischen Wendung in der Kommunistischen Internationale ergaben sich Krisen oder bestimmte Krisenerscheinungen in den einzelnen Parteien, indem die bis dahin verborgenden innerparteilichen Differenzen zur offenen Explosion kamen. So war es auch kein Zufall, daß die große Wendung in der deutschen Partei die Elemente hinausstieß, die erstens die gesamte Lage anders beurteilen und zweitens auch in der Anwendung der Kampfformen sich stets nur nach der Sozialdemokratie orientieren wollen. Jener Widerstand, der sich bei den liquidatorischen Elementen gegen unsere neue Taktik zeigte, brachte die Partei dazu - weil sie nur dann in der Lage ist, ihre revolutionäre Politik durchzuführen -, die liquidatorischen Elemente aus der Partei hinauszustoßen. Sie stehen jetzt nicht nur im Lager des Klassenfeindes, sie liefern nicht nur Argumente und Material an die Sozialdemokratie im Kampfe gegen den Kommunismus, sondern sie sind der völligen politischen Bedeutungslosigkeit verfallen, sowohl die „Ultralinken“ unter Führung von Urbahns wie auch die Rechten unter Führung von Brandler. Beide liegen auf dem Misthaufen der Geschichte!

Die Renegaten, die außerhalb der Partei stehen, leisten der Sozialdemokratie durch ihre Verleumdungskampagne die schmutzigsten Dienste, indem sie eine bestimmte Diskreditierung der Parteileitung und der gesamten Partei durchzusetzen versuchen, was selbst in unseren eigenen Reihen manchmal Schwankungen hervorruft. *Die Partei muß in jeder Situation gegenüber diesen Verleumdungen wie eine eiserne Front zusammenstehen, sie muß gegenüber diesen Klassenfeinden ihre innere revolutionäre Disziplin, ihren inneren geschlossenen, einheitlichen Charakter und ihre Festigkeit zeigen,* besonders weil die Verleumdungskampagne. Sich bei Steigerung der Klassengegensätze kurz vor Ausbruch des Krieges selbst noch verzehnfachen, ja verhundertfachen wird.

Deswegen, Genossen: Auch auf diesem Gebiete größere Aufmerksamkeit und bolschewistische Festigkeit, als es bisher der Fall war!

Hier auf dem Parteitag müssen wir uns noch mit einer Gruppe des feigen Opportunismus auseinandersetzen, den Versöhnlern, die zwar keinen Anhang in der Partei mehr haben, aber die Rolle der Rechten in der Partei weiterspielen. Ihre Tätigkeit besteht darin, die Erfolge der Partei herabzusetzen, die Parteiführung des Ruth-Fischer-Kurses zu beschuldigen und die Durchführung unserer revolutionären Taktik zu sabotieren.

Ich will dem Parteitag nur einige Stellen aus den vielen Dokumenten der Versöhnler in Erinnerung bringen, um den feigen und schwankenden Charakter der politischen Einstellung der Versöhnler zu zeigen. In der Erklärung der Genossen Ewert und Ernst Meyer zur innerparteilichen Lage vom 13. Dezember heißt es folgendermaßen:

„Im Augenblick der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Trennung der Partei von einer ganzen Reihe von Genossen wie Brandler, Thalheimer, Walcher, Frölich, Enderle, Schreiner, die zu den Gründern des Spartakusbundes gehören, die am 4. August 1914 bei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg standen, halten wir es für unsere Pflicht, vor der Partei zu erklären: Diese Genossen können nicht mit Verrätern à la Levi, Friesland oder Kleinbürgern à la Maslow und Ruth Fischer auf eine Stufe gestellt werden.“

Genossen! So haben die Versöhnler die rechten Renegaten beurteilt. Und wie haben die Versöhnler die Parteiführung und die Parteilinie beurteilt? In einem Dokument der Versöhnler heißt es unter anderem:

„Die ‚linken‘ sektiererischen Abweichungen der Mehrheit des ZK ergeben sich einerseits aus jener falschen Analyse der gegenwärtigen Lage, die auf der Unterschätzung der Kraft der deutschen Bourgeoisie und des Einflusses des Sozialimperialismus auf die Arbeiterklasse und der Ersetzung der revolutionären Perspektive des VI. Weltkongresses durch die radikale Phrase beruhen (Ablehnung der ‚dritten Periode‘ oder ihre verständnislose und demagogische Auslegung), und andererseits aus dem Versagen der Mehrheit des ZK bzw. des Polbüros, den Kampf gegen Opportunismus und Liquidatorientum zu führen. Es erweist sich, daß die Politik der Mehrheit des ZK im vollen Umfang die Warnung des VI. Weltkongresses bestätigt, ‚daneben (neben der rechten Hauptgefahr) bestehen auch ‚linke‘ Abweichungen, die ihren Ausdruck finden in einer gewissen Tendenz zur Ablehnung der Einheitsfronttaktik, in dem Nichtverstehen der ungeheuren Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit, in der Politik der revolutionären Phase . (Resolution des VI. Weltkongresses.)“

Und dann noch ein letztes Zitat aus der Plattform der Versöhnler „Über die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses“ vom Anfang 1929. Dort heißt es unter anderem:

„Es gibt nur einen Weg, die Schäden dieses innerparteilichen Kurses zu überwinden: *den Kampf gegen zwei Fronten in der Partei, sowohl gegen die Rechten als gegen den innerparteilichen Kurs des ZK.*“

Was bedeuten diese wenigen Beispiele?

Ich glaube, es ist Pflicht des Parteitages, vor der Parteimitgliedschaft und vor der gesamten Kommunistischen Internationale an die Versöhnler klammern und klar die Frage zu richten, ob sie noch weiter auf ihrem Standpunkt des feigen Opportunismus verweilen wollen, ob sie sich für die Linie ihrer ideologischen Bundesgenossen im Lager der Liquidatoren oder ob sie sich endlich für die Linie der Partei entscheiden wollen. Ein weiteres Lavieren gibt es nicht, ein weiteres Auskneifen darf und kann es nicht geben!

Wir haben auch in den Reihen unserer Mehrheit bei der Durchführung unserer neuen Taktik nach dem VI. Weltkongreß große Schwankungen zu verzeichnen gehabt. Nehmen wir die besonders charakteristische Tatsache, die im Zusammenhang mit dem Wittorf-Fall¹² im September des vorigen Jahres in der deutschen Partei zum Ausdruck kam. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich ganz klar, daß diese Schwankungen bis in das Zentralkomitee reichten. Zwar konnten diese Schwankungen dank der inneren Festigkeit der Funktionäre und der gesamten Parteimitgliedschaft und mit Hilfe der Exekutive schnell und ohne große

¹² Wittorf-Fall - Gemeinsam mit den Rechten versuchten die Versöhnler im Zentralkomitee der KPD (Ewert, Gerhart, Hausen u. a.), die Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, die einen verschärften Kampf gegen die rechten Abweichungen und das Versöhnlertum forderten, zu hintertreiben. Unter Verschleierung der politischen Gründe waren sie bemüht, im Herbst 1928 gewaltsam den Kurs der Partei und die Zusammensetzung ihrer Führung zu ändern. Sie richteten deshalb ihre hinterhältigen Angriffe gegen Ernst Thälmann, den entschiedenen Verfechter der bolschewistischen Linie in der Partei, und benutzten dazu seine Bekanntschaft zu Wittorf, einem ehemaligen leitenden Funktionär der KPD in Hamburg, der wegen Unterschlagung aus der Partei ausgeschlossen wurde. Es gelang den Rechten und Versöhnlern, die Mehrheit des Zentralkomitees irrezuführen und Ernst Thälmann - ohne Zustimmung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und entgegen dem Willen der Mehrzahl der Parteimitglieder - vorübergehend aus der Führung der Partei zu drängen. In einer angespannten Situation, in der die KPD das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau durchführte, fielen sie dem Proletariat in den Rücken und schwächten es in seinem Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus. Durch das Eingreifen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wurde der Sachverhalt richtiggestellt, wurden die Absichten der Parteifeinde entlarvt und ihre Angriffe gegen die Linie des VI. Weltkongresses zurückgewiesen.

Verluste überwunden werden, aber es ist kein Zweifel, daß diese Schwankungen nicht zufällig waren.

Wir hatten bereits vor dem Wittorf-Fall große Auseinandersetzungen mit den Versöhnlern und ebenfalls mit den Rechten, die heute aus der Partei ausgeschlossen sind. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen über die Rückkehr von Brandler und Thalheimer, an die Diskussion während des IX. Plenums, an die Einschätzung der politischen Lage nach dem 20. Mai im Zusammenhang mit der Perspektive der sozialfaschistischen Entwicklung, an die Auseinandersetzungen über den IV. RGI-Kongreß und an die letzten großen politischen Differenzen, die bei der Erörterung und Beratung der Beschlüsse und Verhandlungen des VI. Weltkongresses zum Ausdruck kamen. Dort zeigten sich bereits zwei diametral entgegengesetzte Auffassungen: Eine Mehrheit und eine kleine Minderheit in der deutschen Delegation standen sich in verschiedenen entscheidenden politischen Fragen unversöhnlich gegenüber.

Der Fall Wittorf wurde zu einer großen politischen Angelegenheit von den Rechten und Versöhnlern aufgebauscht. Die Rechten und Versöhnler glaubten den Zeitpunkt für gegeben, um einen allgemeinen Angriff gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und gegen die Linie der Parteiführung zu eröffnen. Fast das ganze ZK ließ sich überrumpeln. Es fand nicht die genügende Kraft und Entschlossenheit, den parteischädigenden Vorstoß der Versöhnler und Rechten so abzuwehren, wie es notwendig war. Die Parteiführung hatte es unterlassen, die politischen und innerparteilichen Differenzen in der Gesamtpartei rechtzeitig und offen zur Diskussion zu stellen und auszutragen.

Erst aus Anlaß des Wittorf-Falles ließen viele Liquidatoren und Versöhnler in der Partei die Maske fallen. Die Rechten entlarvten sich alsbald als die offenen Feinde des Kommunismus, während die Versöhnler, die durch ihre Überrumpelungstaktik vorübergehend auch das Zentralkomitee ins Schwanken brachten, offen gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und die neue Taktik der deutschen Partei ankämpften und im Zusammenhang damit auch die Änderung der Führung der Partei forderten. Genossen! Wir müssen die Tatsache unverblümt feststellen, daß das ZK vorübergehend dem Angriff der Rechten und Versöhnler unterlag, daß aber auch die große Mehrheit des ZK, gleich nachdem sie ihren Fehler erkannte, sich gemeinsam mit der Gesamtpartei für die vorbehaltlose Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses einsetzte. Die Führung der Partei muß ebenfalls zugeben, daß die Politik der Konzentration, wie sie auf dem Essener Parteitag festgelegt war, bei ihrer Durchführung bestimmte Gefahren, Fehlerquellen und sogar in einigen Punkten ernste Fehler mit sich brachte, die sich allgemein daraus erklären, daß wir unsere innerparteiliche Einstellung nicht rechtzeitig genug mit der Entwicklung der objektiven Lage und der Verschiebung der Klassenkräfte in Deutschland in Einklang gebracht haben. Der große Fehler der Führung war, daß wir viel zu spät die Veränderung der Funktionärskader selbst in der höchsten Spitze der Partei in Angriff genommen haben, um wirkliche Garantien für die Durchführung des revolutionären Kurses der Partei unter den Massen zu haben. Es ist die Aufgabe jeder Führung, nicht nur offen Selbstkritik zu üben, sondern auch den Beweis zu erbringen, daß sie den Willen und den Mut hat, das, was in der Selbstkritik an Pullern und Mängeln festgestellt wurde, in der Praxis zu korrigieren. Nur dann wird es möglich sein, daß sich die Partei auf einer gesunden revolutionären Grundlage weiterentwickelt.

Ich will nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit auszusprechen, daß auch selbst bei denjenigen Genossen, die mit voller Überzeugung den Beschlüssen des VI. Weltkongresses und des IV. RGI-Kongresses zugestimmt haben, große Schwankungen bei ihrer konkreten Durchführung zu verzeichnen waren. Dies gilt nicht nur für die einzelnen Schichten der Parteifunktionäre, der Funktionäre in den Betrieben, in den Parlamenten und Gewerkschaften, in besonderen Ressorts wie auch im gesamten Apparat der Partei - das bezieht sich auch auf

die neuen Methoden der Mobilisierung der Massen, zum Beispiel auf die Arbeit unter den Frauen, unter den Jugendlichen. Deshalb müssen wir in dieser ernsten und komplizierten Situation ein besonderes Kontrollsystem, vor allem in den Bezirken, verwirklichen, um die Durchführung der Beschlüsse zu gewährleisten, sonst werden wir unvermeidlich Rückfälle erleben, die vielleicht noch größere Auswirkungen haben und uns noch empfindlicher treffen werden als im Fall Wittorf.

Wir hatten bei der Anwendung unserer neuen Taktik viele politische und organisatorische Mängel. Die Kapitulation vor dem Reformismus und das Zurückweichen vor den Schwierigkeiten bei der Durchführung der Betriebsrätewahlen hat uns in vielen Betrieben manche Schlappen eingebracht. Und hier will ich dem Berichtersteller des „Vorwärts“ nur mitteilen: Wenn unsere Partei in allen Bezirken Deutschlands unsere Taktik bei den Betriebsrätewahlen ernst durchgeführt hätte, dann wäre es schon jetzt für jedermann klargeworden, wo die „Hoffnungslosen“ zu finden sind. Es ist sogar vorgekommen und nicht sehr selten - wenn auch die Sozialdemokratie diese Feststellung ausnützen wird -, daß unsere Genossen hier und da das Gewerkschaftsbuch höherstellten als das Parteibuch der Kommunistischen Partei. Genossen! Die Entwicklung der Gewerkschaften, ihre sozialfaschistische Orientierung, zeigt jetzt vielen parteilosen Arbeitern sehr deutlich: *Die Kommunistische Partei ist das Höchste, das Kostbarste, mit der allein die Arbeiterklasse ihre Aufgaben, alle Ihre Kämpfe durchführen kann.* Wenn daher Mitglieder der Partei diese Rolle und Bedeutung der kommunistischen Avantgarde preisgeben, so müssen sie rücksichtslos aus unseren Reihen entfernt werden.

Wir müssen als einen weiteren Mangel bei der Durchführung der Taktik feststellen, daß wir Wirtschaftskämpfe hatten, wo die Erfahrungen des Ruhrkampfes nicht übernommen und angewandt wurden, wie es die Aufgabe der Partei gewesen wäre. Es ist gut, daß dies jetzt nicht mehr so der Fall ist, wie die Aussperrung in Schlesien zeigt, wo sich sofort Kampfleitungen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition bildeten. Die Tatsache, daß bei dieser Aussperrung die Kampfmethoden, die im Ruhrgebiet sich als erfolgreich gezeigt haben, übernommen wurden, und Beispiele aus anderen Wirtschaftsbewegungen, die man noch anführen könnte, zeigen die neue, aufwärtsschreitende Entwicklung der deutschen Partei, die erfolgreiche Anwendung der neuen Kampfformen, die vielleicht morgen oder übermorgen wiederum verbessert und durch andere ergänzt werden müssen. Daß wir manchmal in einer entscheidenden Situation nicht als der Vortrupp des Proletariats vor den Massen marschierten, sondern es vorkam, daß die Massen vor der Partei marschierten auch das soll hier nicht verschwiegen werden. Es ist vorgekommen, daß unsere Genossen in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in der Partei nicht wußten, was morgen oder übermorgen die Arbeiter bei der Entwicklung des Kampfes zu tun beabsichtigten. Es ist ferner sogar vorgekommen, daß die unorganisierten Massen gegen unsere eigenen Parteigenossen Kampfleitungen bildeten, weil unsere Genossen, die vom Gewerkschaftslegalismus angesteckt waren, die Notwendigkeit der neuen Taktik nicht verstanden. Aber gerade, daß wir unsere Fehler selbst einsehen und scharf kritisieren, gerade diese kameradschaftliche Selbstkritik soll erzielen, daß unsere eigenen Genossen und die gesamte Arbeiterschaft mit voller Selbstüberzeugung und Aufrichtigkeit dazu kommen, der Partei als Ganzes zu helfen und sie zu unterstützen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß es vorgekommen ist, daß die außerhalb der Partei stehenden Massen - wie in Solingen - uns im innerparteilichen Kampf geholfen haben, die Liquidatoren in unseren eigenen Reihen zu schlagen und die neue Taktik in die Praxis umzusetzen.

Trotz aller Fehler und Schwankungen hat die Partei auf verschiedenen Gebieten große Erfolge erzielt. Überall dort, wo die Partei es verstand, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu unterstützen, überall, wo es die Partei verstand, den Kampf selbständig zu führen, hat sie das

Vertrauen der Massen erobert und ist wirklich vorwärts marschiert. Ich verweise auf die Erfolge beim Ruhrkampf, bei den Werftarbeitern usw., bei den Betriebsrätewahlen, auf die Erfolge in den Massenorganisationen, die eine große Bedeutung besonders in der nächsten Zeit erlangen werden. Diese Erfolge mußten unter den schwierigsten Bedingungen errungen werden. Man muß bedenken, daß wir dabei die innerparteilichen Differenzen mit den Liquidatoren und den Versöhnern in einem sehr raschen Tempo siegreich beenden konnten. Das ist ein gewaltiges Plus in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Das ist für uns zu gleicher Zeit ein Maßstab, daß unsere Partei gewachsen ist und vorwärts marschiert.

Natürlich haben wir auch bestimmte Mißerfolge zu verzeichnen oder Erfolge, mit denen wir uns keineswegs zufriedengeben können. Nehmen wir die Sachsenwahlen. Was sind die wichtigsten politischen Gründe dafür, daß wir dort keine genügenden Erfolge erzielt haben: Erstens der wichtige Umstand, daß die „linke“ Sozialdemokratie in Opposition zu der Heldt-Regierung stand.

Zweitens, daß die Brandlerianer, ohne daß man ihre politische Bedeutung irgendwie überschätzen soll, täglich der SPD Agitations- und Verleumdungsmaterial lieferten und damit sicherlich in den mit uns sympathisierenden Kreisen eine gewisse Verwirrung anstifteten.

Drittens, daß wir bis zum 12. Mai nicht in der Lage waren, der ungeheuer gesteigerten Hetzkampagne der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse über die Maiereignisse in Berlin mit aller Kraft entgegenzutreten, so daß der „rote Bolschewistenschreck“ in großen Kreisen des Kleinbürgertums und der kleinbürgerlichen Einflüssen unterliegenden Arbeiter seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Viertens die besonders von uns zu beachtende Tatsache, daß unsere Partei in Sachsen auf dem organisatorischen Gebiet große Mängel zu verzeichnen hat und auch allgemein-politisch bei der Durchführung unserer neuen Taktik nicht das Maß der notwendigen Energie aufbrachte, wie es in zwei wichtigen Bezirken, Chemnitz und Leipzig, in Erscheinung getreten ist.

Man kann das Ergebnis in Sachsen nicht als allgemeinen Maßstab für Deutschland annehmen. Aber die Tatsache, daß es der „linken“ Sozialdemokratie trotz ihrer Verluste gelungen war, durch bestimmte Manöver, durch ihre scheinradikale Phraseologie gegen die Koalitionspolitik, gegen die Panzerkreuzerpolitik, gegen andere Maßnahmen der Koalitionsregierung, gegen die Vorbereitung und das Programm des Magdeburger Parteitages die Massen zu täuschen und ihren Abmarsch zum Kommunismus zu verhindern, macht es uns zur Aufgabe, an Hand dieser Lehren von Sachsen diese gefährlichsten Feinde des Kommunismus in der Sozialdemokratie noch viel schärfer im ganzen Reiche politisch zu bekämpfen, als es in Sachsen durchgeführt wurde.

Im Zusammenhang mit den Sachsenwahlen will ich noch folgende Bemerkung machen: Die revolutionäre Bewegung entwickelt sich nicht immer gleichmäßig vollzieht sich nicht gleichmäßig an allen Punkten und in einer ununterbrochenen Linie des Aufstieges, sondern es gibt auch Rückschläge und rückläufige Tendenzen. Diese Gegentendenzen liegen begründet in den Ursachen, die ich schon gezeigt habe, und auch in den Mängeln und Fehlern, die in unserer Partei bei der Durchführung der politischen Arbeit festzustellen sind.

Trotz alledem hat unsere neue Taktik überall gezeigt, daß wir uns von den Massen nicht nur nicht isolieren, wie es die Rechten und Liquidatoren gern haben möchten, sondern einen noch viel engeren Zusammenschluß mit ihnen durchführten. Das haben die letzten Ereignisse gezeigt.

V. Die Maiereignisse, die Perspektive der weiteren Entwicklung und die Hauptaufgaben der Partei

Der unaufhaltsame Vormarsch der Kommunisten hat die Sozialfaschisten gezwungen, zu den

schärfsten Mitteln der Unterdrückung der revolutionären Arbeiter überzugehen. Die Sozialfaschisten begnügen sich nicht damit, die Spaltung wichtiger Massenorganisationen zu vollziehen, sie mußten dazu übergehen, eine Pogromhetze gegen die Komintern und die Kommunistische Partei zu entfesseln, um durch eine groß angelegte Provokation die revolutionären Organisationen, in erster Linie die KPD, zu schwächen und zu verbieten.

Aber es waren nicht nur innerpolitische Aufgaben, die Zörgiebel durch einen Aderlaß an den Berliner Arbeitern zu erfüllen hoffte, es waren auch außenpolitische Motive, die ihn dazu bewogen, die Maidemonstration zu verbieten. Den Gläubigermächten sollte vor der Konferenz der Sachverständigen in Paris einerseits der „Bolschewistenschreck“, der „drohende Kommunistaufstand“, an die Wand gemalt werdend andererseits aber auch die Bereitschaft und der Wille der sozialfaschistischen Machthaber gezeigt werden, alles für die Bekämpfung der Kommunisten und der Sowjetunion zu tun, um von ihnen bestimmte Erleichterungen zu erlangen.

Angesichts dieser Provokation, die im Verbot der Maidemonstration lag, sah sich die Partei vor die Entscheidung gestellt, wie sie unter solchen schwierigen und eigentümlichen Umständen die revolutionäre Linie weiterführen sollte.

Was ist die allgemein-politische Bedeutung der Berliner Maikämpfe? Die Parteiführung hat darauf bereits in den Richtlinien des Sekretariats wie auch in den vorliegenden Thesen eine klare Antwort gegeben. Meine Aufgabe soll es sein, hier einige besondere Momente von allgemein-politischer Bedeutung im Zusammenhang mit unseren wichtigen Aufgaben hervorzuheben.

Wir können die Berliner Maikämpfe nur verstehen, wenn wir die gesamte vorhergehende Entwicklung näher betrachten. Die Ereignisse vom 1. bis 3. Mai in Berlin waren zweifellos ein Ausdruck der höchsten seit 1923 erreichten Zuspitzung der Klassengegensätze, der außerordentlichen Verschärfung des Klassenkampfes. Sie haben zugleich gezeigt, welche große revolutionäre Energie sich in den Massen angesammelt hat, die trotz aller Verbote auf der Straße für die Losungen der Kommunistischen Partei demonstrierten. Zweifellos ist auch, daß die Maikämpfe einen Wendepunkt in der Gesamtentwicklung darstellen, weil durch sie das Tempo der Mobilisierung der revolutionären Kräfte beschleunigt wird.

Die Maikämpfe waren zum ersten Male seit 1923 wieder ein offener Zusammenstoß mit der bürgerlichen Staatsgewalt. Das Neue, das dieser Kampf signalisiert, ist, daß sich von nun ab jede größere Aktion des Proletariats sofort nach der politischen Seite verschieben und seinen revolutionären Charakter erhalten wird. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel, der die jahrzehntelangen Traditionen des internationalen Proletariats mit Füßen trat, der der revolutionären Arbeiterklasse Berlins am 1. Mai die Straße verbot, während in allen Städten und Gebieten Deutschlands die Arbeitermassen demonstrieren konnten - er ist der Verantwortliche für die Mord- und Bluttaten seiner bestialischen Polizeitruppen, die gegen die friedlich Demonstrierenden gehetzt und losgelassen wurden. Was war der Zweck der Zörgiebelschen Provokationen im besonderen? Der Zweck war, die Kommunistische Partei von den Massen zu isolieren, sie in eine neue Märzaktion hineinzutreiben, um sie für längere Zeit zurückzuwerfen. Das war nicht nur die Absicht Zörgiebels, sondern das war die Absicht all derjenigen, die gemeinsam mit Zörgiebel auf dem Standpunkt beharrten - der Vertreter des ADGB und der sozialdemokratischen Führer -, unter allen Umständen das Verbot am 1. Mai aufrechtzuerhalten und alle blutigen Konsequenzen daraus zu übernehmen. Der Polizeisozialismus wollte auf diese Weise die Radikalisierung der Arbeitermassen aufhalten, ihre Widerstandskraft gegen die kapitalistische Offensive lähmen und, was wir besonders beachten müssen, die notwendigen Vorkehrungen für den kommenden Krieg gegen die Sowjetunion schaffen.

War es Zufall, daß bei diesen Maiereignissen die Pogromhetze gegen die Kommunisten vor dem 1. Mai gleichzeitig mit einer Hetze „Moskau ist schuld“ verbunden war? Noch viel

krasser war dies nach dem 1. Mai der Fall, wo der wahre Zweck des Zörgiebelschen Demonstrationsverbotes noch deutlicher in Erscheinung trat: nach den blutigen Maitagen das Verbot des RFB, der einzigen Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats, der so gewärtige gewaltige Sympathien nur in Deutschland, sondern im internationalen Proletariat besitzt, das Verbot der „Roten Fahne“, die infame Kampagne der Verleumdungen und Drohungen gegen die Sowjetunion.

Diese wenigen Tatsachen zeigen die Absicht der Bourgeoisie und der ihr unterstehenden Staatsorgane. Was sollte die Partei tun, wie mußte die Linie der Partei bei der Durchführung der Maidemonstration sein? Konnte die Partei vor dem Klassenfeind zurückweichen? Keineswegs! Durfte die Partei das wiederholen, was sich am Gedenktage von Rosa und Karl in diesem Jahre in Berlin gezeigt hat? Keineswegs! Sie war verpflichtet, nicht vor dem Klassenfeind zurückzuweichen, sondern solche Methoden des Kampfes in Anwendung zu bringen, die voll und ganz mit unserer revolutionären Politik in Einklang stehen. Das war keine Kleinigkeit, das war eine große, schwere politische Aufgabe. Und wir können heute vor dem Parteitag mit ruhigem Gewissen feststellen, daß die Aufforderung, die die Partei an die Massen gab, gegen das Verbot zu demonstrieren, das Recht auf die Straße zu behaupten - was ein altes Recht des Proletariats in der ganzen Welt ist -, von Zehntausenden und Hunderttausenden von Arbeitern befolgt wurde. Aber solche politische Demonstrationen, die in einer nicht akut revolutionären Situation gegen alle Repressalien der bürgerlichen Staatsgewalt, trotz aller Verbote, von der Partei durchgeführt werden müssen, solche Bewegungen tragen auch gewisse Komplikationen in sich, wie sich das bei den Vorgängen am 1. Mai gezeigt hat. Die ganze Blutschuld für die Opfer der Maitage fällt auf den Sozialfaschismus, wie es jetzt für alle klar ist.

Der äußere Verlauf der Maivorgänge ist allen Genossen bekannt. Die bestialischen Methoden der Polizei zwangen das Proletariat zu spontanen Abwehrmaßnahmen: Im roten Wedding, im roten Neukölln sowie in der Gegend beim Schlesischen Bahnhof wurden Barrikaden erbaut.

Nachdem im roten Wedding und im roten Neukölln Barrikadenkämpfe entstanden waren, stand die Partei vor der schwerwiegenden Entscheidung: Wie muß sie diese spontane Erhebung der Massen unterstützen? Es besteht kein Zweifel, daß in jener Situation, wie sie sich am Abend des 1. Mai gestaltete, viele Berliner Arbeiter nach Waffen riefen. Durch die Bestialitäten oder Mordpolizei war die höchste Erbitterung und die tiefste Empörung unter den Massen entstanden, und ihr Ruf nach den Waffen und um sofortige Hilfe war absolut verständlich. Diese Stimmungen der Massen waren geboren aus der gesamten Situation am 1. Mai; die Massen wollten ihren kämpfenden Klassenbrüdern im Wedding und in Neukölln zur Hilfe eilen.

Die Partei hat vom ersten Augenblick an ihre volle Solidarität mit den Barrikadenkämpfern ausgesprochen. Das ist für eine Partei der proletarischen Revolution selbstverständlich. Die Partei konnte aber nicht dem Ruf nach dem bewaffneten Aufstand, der Forderung nach Bewaffnung nachgeben, weil alle objektiven Voraussetzungen dafür fehlten, weil keine akut revolutionäre Situation gegeben war, geschweige denn die Bedingungen für den bewaffneten Aufstand. Die Formen der revolutionären Bewegung tragen manchmal einen sehr schwierigen und für die Massen nicht sofort verständlichen Charakter. Hätte die Partei den instinktiv aus den Massen kommenden Stimmungen und Forderungen an uns nachgegeben, so hätte das bedeutet, daß die Partei auf die Provokationen der Zörgiebel-Polizei hereingefallen und später der beste Teil der Berliner Arbeiterschaft, der revolutionäre Kern, abgeschlachtet worden wäre. Das war die große politische Verantwortung, die die Partei in diesen Tagen hatte. Wenn sie solchen spontanen Stimmungen nachgegeben und nicht die der Situation entsprechenden Kampfformen gewählt hätte, wäre sie später dafür vor der Geschichte zur Verantwortung gezogen worden.

Deshalb handelte die Partei völlig richtig, als sie die Losung des politischen Massenstreiks

herausgab, um die größte Unterstützung der kämpfenden Arbeiter zu erreichen. Wenn auch die Losung des politischen Streiks von den Massen selbst in Berlin sehr schwach und in wichtigsten Teilen Deutschlands nur zum Teil befolgt wurde, so war sie doch die einzig mögliche politische Massenbasis, auf der die Partei die revolutionäre Bewegung fortzuführen verpflichtet war. Durch die Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks sollte die proletarische Einheitsfront möglichst geschlossen gegen das Zörgiebelsche Polizeiregime in den Kampf geführt werden, um mit dieser großen, geschlossenen Massenfront den Widerstand gegen den Klassenfeind zu organisieren. Es ist in diesem Zusammenhange notwendig, auf folgende Probleme hinzuweisen, auf die ich der Kürze der Zeit wegen nicht ausführlich eingehen kann, um den Genossen die Möglichkeit zu geben, in der Diskussion darauf näher einzugehen:

1. Die politische und organisatorische Vorbereitung des politischen Massenstreiks, den die Partei schon vor dem 1. Mai für den Fall, daß Zörgiebel schießen läßt, angekündigt hatte.
2. Der Charakter der Berliner Barrikadenkämpfe und ihre internationale Bedeutung.
3. Die Ursachen des nur teilweisen Gelingens des politischen Massenstreiks.
4. Die allgemeinen Lehren der Maikämpfe für die Perspektiven der weiteren Entwicklung und die Aufgaben der Partei.

Ich brauche auf diese Punkte nicht im einzelnen einzugehen, da bereits in den Dokumenten der Partei die Beurteilung des Gesamtcharakters der Kämpfe und der verschiedenen Schwächen der Partei während dieser Kämpfe gegeben wurde. Aber die Frage des politischen Massenstreiks bedarf einer eingehenden Erörterung aus dem Grunde, weil sie für die zukünftige Entwicklung von großer Wichtigkeit ist.

Warum ist das Problem des politischen Massenstreiks und seiner Anwendung von so großer Bedeutung? Weil in den kommenden Kämpfen die Anwendung des politischen Massenstreiks ein wichtiger Hebel sein wird und sein muß für die Mobilisierung der proletarischen Massen und ihre Einbeziehung in die revolutionäre Kampffront. Je stärker die politische Reaktion auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens vorstößt, desto mehr müssen wir die Massen zum politisch-revolutionären Kampf erziehen und, entwickeln. Das ist keine leichte Aufgabe. Zur Illustration dieses Gedankens zitiere ich Lenin. Genosse Lenin sagte in einem Vortrag über die Revolution von 1905 folgendes:

„Die wirkliche Erziehung der Massen kann niemals getrennt, außerhalb vom selbständigen politischen und besonders revolutionären Kampfe der Masse selbst geschehen. Erst der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont, steigert ihre Fähigkeit, klärt ihren Verstand auf, hämmert ihren Willen.“ [W.I. Lenin, „Ein Vortrag über die Revolution von 1905“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S.9. *Die Red.*]

Dieses Zitat ist besonders auf die Entwicklung anzuwenden, die uns zu politischen Massenstreiks oder, besser gesagt, zu der Verflechtung und der Kombinierung der ökonomischen Kämpfe mit den politischen Kämpfen führen wird, zu einer Reihe von neuen revolutionären Massenstreiks, die sich wellenartig über das ganze Land ausbreiten werden. Die Entwicklung der politischen Kämpfe wird unter anderen Kampfformen vor sich gehen wie die der wirtschaftlichen Kämpfe. Lenin schrieb darüber:

„Die erste Schlußfolgerung hieraus ist die, daß die wirtschaftlichen und politischen Streiks aufs engste miteinander zusammenhängen. Sie steigen gemeinsam an und gehen gemeinsam zurück. Die Stärke der Bewegung ist in der Epoche der Offensive (1905) dadurch gekennzeichnet, daß die politischen Streiks sich gewissermaßen auf der breiten Basis nicht minder starker wirtschaftlicher Streiks erheben, die sogar einzeln genommen, die Zahlen für das ganze Jahrzehnt von 1895-1904 weit hinter sich lassen.“ [W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 16, S. 379, russ. *Die Red.*]

In Deutschland beginnt eine ähnliche Entwicklung. Erst einzelne Aktionen, dann immer mehr

Ausbreitung dieser Kämpfe. Die Erfahrungen dieser Kämpfe werden in allen Wirtschaftskämpfen übernommen. Die Bildung von Kampfleitungen im Ruhrkampf ist ein Beispiel für alle Wirtschaftskämpfe, vor denen wir stehen. Aber um die kommenden Kämpfe zu leiten, müssen wir die Frage der Organisation anders stellen als früher. Die Organisation des Kampfes ist jetzt besonders eine politische Frage. Ein neues Organisationssystem - die Bildung neuer Einheitsfrontorgane, wie besonders der Streik- und Kampfleitungen, des revolutionären Vertrauensmännersystems, der Betriebsausschüsse zur Vorbereitung der Lohn- und Arbeitszeitbewegungen, der Selbstschutzorgane, der neuen Betriebsräte und der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der Erwerbslosenausschüsse usw. - ist in der jetzigen Entwicklung die Voraussetzung und Vorbedingung der Organisierung des revolutionären Klassenkampfes auf höherer Grundlage. Diese Organisationsaufgaben müssen in allen Bezirken sofort durchgeführt werden. Besonders unter illegalen Bedingungen muß diese Arbeit fortgesetzt werden. Die Partei muß der zentralisierten Organisation der Staatsgewalt und des Sozialfaschismus ein solches System der Organisation der Arbeiterklasse entgegenstellen, daß sie auf alle Schläge der Reaktion mit wuchtigen Gegenschlägen antworten und die Kräfte für die entscheidenden Auseinandersetzungen mobilisieren kann.

Wir müssen vor allem klar erkennen, daß die Partei dort den politischen Massenstreik einigermaßen befriedigend durchsetzte - wie im Ruhrgebiet und Hamburg, wie in einigen Industriezweigen Berlins -, wo die Erfahrungen der Vergangenheit im wirtschaftlichen Kampf schon solche revolutionäre Energien entwickelten, die den Massen in den Betrieben das Verständnis für den politischen Massenstreik in dieser Situation erleichterten.

Wir bemerken bereits heute, daß die Verflechtung der ökonomischen mit den politischen Kämpfen mehr und mehr in Erscheinung tritt. Wir haben zwar in der deutschen Revolutionsgeschichte nicht sehr gute Beispiele, um klarzumachen, wie die Verflechtung der ökonomischen mit den politischen Kampfaufgaben den eigentlichen revolutionären Streik ergibt. Solche revolutionäre Streiks, das heißt Streiks um ökonomische Forderungen, die sich mit offen politischen Massenstreiks verflechten oder in sie übergehen, haben sich am klarsten in der russischen Revolutionsgeschichte gezeigt. Der heutige Massenstreik hat dieselbe Aufgabe, von der seinerzeit Lenin sagte:

„Dieses Mittel ist der revolutionäre Streik, der hartnäckige, wiederholte Streik, der von Ort zu Ort, von einem Ende des Landes zum andern überspringt, der Streik der die Zurückgebliebenen durch den Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage mobilisiert, der Streik, der jeden augenfälligen Akt der Vergewaltigung und der Willkür, jedes Verbrechen des Zarismus brandmarkt und geißelt, die Streikdemonstration, die das rote Banner in den Straßen der Großstädte entrollt, die revolutionäre Reden und revolutionäre Losungen in die Menge, in die Volksmassen trägt.“ [W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 18, S. 446, russ. *Die Red.*]

Wir werden solche revolutionären Streiks sich auch in den kommenden Kämpfen bei uns in Deutschland entwickeln sehen. Denn es ist kein Zweifel, daß die Trustbourgeoisie und der Sozialfaschismus jetzt gezwungen sind, die einfachsten wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats mit den brutalsten politischen Mitteln der Staatsgewalt niederzuschlagen. Diese Tatsachen müssen in der Entwicklung der ökonomischen Streiks dazu führen, daß sie mehr und mehr einen politischen Charakter tragen und daß die Streiks nicht nur Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, sondern Kämpfe gegen die Staatsgewalt werden müssen. Die Verflechtung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit der Staatsgewalt, die Tatsache, das wir schon in den letzten Monaten Erscheinungen hatten, wo die sozialfaschistischen Trupps des deutschen Polizeisozialismus dazu übergingen, die um Lohn und Arbeitszeit kämpfenden Arbeiter niederzuschlagen, daß sie zum Schutze der Streikbrechergarden gegen die Streikenden mit bewaffneter Gewalt vorgingen, offene Streikbruchpolitik betrieben, diese

Tatsachen zeigen, daß, je mehr sich die wirtschaftlichen Kämpfe auf einer breiten Grundlage entwickeln, sie desto mehr einen politischen Charakter annehmen und auf einer bestimmten Entwicklungsstufe zu revolutionären Streiks gegen den Dreibund von Unternehmertum, Staatsgewalt und Reformismus werden.

Es ist ganz klar, daß mit dem Vormarsch des Kommunismus und mit dem Wachsen der Schwierigkeiten der Bourgeoisie die Staatsgewalt auch bei den Wirtschaftskämpfen provozieren und gemeinsam mit der sozialfaschistischen Bürokratie schärfere, brutalere Mittel der Unterdrückung gegen das Proletariat anwenden wird.

Gehen wir einen Schritt weiter: Ein solcher Konflikt, wo die Staatsgewalt wie am 1. Mai gegen die friedlich demonstrierenden Arbeiter eingreift, wo durch das rücksichtslose Vorgehen der Staatsgewalt blutige Opfer gefordert werden, wird und muß die Solidarität der Arbeitermassen in den wichtigsten Industrien erwecken und steigern. Dadurch wird die Frage des politischen Massenstreiks früher oder später auf die Tagesordnung gestellt. Alle diese Fragen müssen wir deshalb besonders gründlich diskutieren, weil es notwendig ist, nicht nur die Parteimassen selbst, sondern auch das Proletariat, über den eigentümlichen Charakter der Klassenkämpfe in der jetzigen Zeit, die Kampfmethoden der Bourgeoisie und unsere eigenen Kampfmethoden aufzuklären.

Für die Kennzeichnung der Perspektiven der weiteren Entwicklung will ich nur zwei Momente in den Vordergrund stellen. Das erste Moment: die bevorstehende Illegalität der Partei. Ich glaube, wir haben dafür genug Beweise: das Verbot des RFB, das Verbot der kommunistischen Presse, neue Repressalien gegen die revolutionäre Klassenfront. Aber wir lassen uns nicht unterdrücken, wie auch die Sozialdemokratie, als sie noch revolutionär war, unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz sich nicht verbieten und unterdrücken ließ. *Keine revolutionäre Organisation, die durch die Initiative und den Opferwillen der Massen selbst geschaffen wurde, die durch die proletarische Kameradschaft die internationale Solidarität und die Pflicht der Verteidigung der Sowjetunion zusammengehalten wird, kann durch papierne Polizeiverbote der Sozialfaschisten oder durch andere Maßnahmen zerstört werden. Eine solche revolutionäre Organisation lebt in den Massen selbst fort, sie muß und wird weiterleben und kämpfen.* Die Partei als Ganzes muß alles aufbieten, um die stärkste Massenmobilisierung in den Betrieben zu organisieren und den schärfsten Kampf gegen das drohende Verbot der Kommunistischen Partei selbst durchzuführen, wie sie auch alle innerorganisatorischen Aufgaben auf diesem Gebiete sofort in Angriff nehmen muß.

Das zweite Moment: Wir befinden uns noch nicht in einer akut revolutionären Situation, aber in einer Periode des revolutionären Aufschwungs des Klassenkampfes, in einer Bewegung, wo der Prozeß der Ausbreitung der Klassenkämpfe nicht einheitlich, sondern mit rückläufigen Erscheinungen verläuft. Die Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie, die Verschärfung der Klassengegensätze werden für unsere allgemeine Taktik und für die richtige Anwendung der revolutionären Massenstreiks eine außerordentlich große Rolle spielen. Von der weiteren Entwicklung der Massenkämpfe wird es abhängen, in welchem Maße es uns gelingen wird, das wichtigste strategische Prinzip der jetzigen Situation zu erfüllen: jede opportunistische Unterschätzung der revolutionären Kräfte wie auch jede Tendenz zum Überspringen der Etappen der revolutionären Entwicklung zu vermeiden. Von dieser Einschätzung der Perspektive aus müssen unsere nächsten Aufgaben gestellt werden.

Ich möchte, bevor ich auf die Aufgaben eingehe, noch einen Gedanken hervorheben, der im Zusammenhang mit dem, was ich zuletzt behandelte, eine größere Bedeutung hat. Der drohende Interventionskrieg gegen die Sowjetunion und die allgemeine Orientierung der deutschen Bourgeoisie zeigen zu gleicher Zeit, daß auch der Imperialismus, der Faschismus und der Sozialfaschismus ihre ideologischen Waffen und ihre allgemeinen Kampfmethoden verstärken. Deswegen müssen wir bei der Einschätzung der Perspektive auch unsere nächsten

Antikriegsaufgaben ernster stellen als in einer anderen Situation, wo die Kommunistische Partei noch nicht so große Verantwortung zu tragen hatte wie gerade heute. Welche Aufgaben haben wir zu erfüllen? Ich will nur die wichtigsten nennen, weil die spezielle Behandlung in den anderen Referaten erfolgen wird.

In allgemein politischer Beziehung:

Die Aufgabe des Kampfes gegen den Interventionskrieg, die Verteidigung der Sowjetunion, die Durchführung der 1.-August-Kampagne.

Die Entfesselung zwischentariflicher Lohnbewegungen und großer wirtschaftlicher Kämpfe zur Abwehr der kapitalistischen Offensive auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und ihre Steigerung zu politischen Aktionen gegen die Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie und die drohende sozialfaschistische Diktatur sowie den Faschismus überhaupt.

Als taktische Grundaufgaben:

Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus, schärfster Kampf gegen den Reformismus, Verwirklichung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten, Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats in den breitesten Massen der Werktätigen. Wir müssen die Aufmerksamkeit der Partei ebenfalls auf diese Aufgaben lenken, wir müssen die energischste Tätigkeit unter den Massen des Mittelstandes entwickeln um sie gegen das Finanzkapital in den Kampf zu führen. Zwar ist das eine komplizierte Aufgabe, die auch manchmal nicht im Wesen der Arbeit unserer eigenen Genossen liegt. Aber die Aufgabe, auch gewisse Schichten des Mittelstandes und der Intellektuellen zu gewinnen, die angesichts des reaktionären Kurses des Finanzkapitals und des Sozialfaschismus und des drohenden Krieges in das proletarische Lager hineingetrieben werden, darf von uns unter keinen Umständen vernachlässigt werden. Wir müssen gleichzeitig immer mehr das Bündnis des Proletariats mit den armen Bauern im schärfsten Kampfe gegen die Bourgeoisie, die Junker und die Großbauern verwirklichen. Die Gewinnung aller Werktätigen für die Kommunistische Partei ist auch im Hinblick auf die Illegalität von außerordentlich großer Bedeutung. Bei Ausbruch eines Krieges gegen die Sowjetunion werden auch Schichten der Bauernschaft in einigen Gebieten Deutschlands eine bedeutende Rolle spielen.

In organisatorischer Beziehung stelle ich folgende Aufgaben in den Vordergrund, wobei ich einige Probleme herausgreifen und unterstreichen will, damit die Partei auf diesem Gebiete ihre Arbeit verstärkt:

Größte Verstärkung unserer Arbeit in den wichtigsten Großbetrieben, sofortige Inangriffnahme der Schaffung und des Ausbaus des revolutionären Vertrauensmännersystems. Was bedeutet ein revolutionäres Vertrauensmännersystem in den Betrieben? Das heißt, daß die revolutionäre Politik der Partei eine breite politische Grundlage in den Großbetrieben erhält. Wir brauchen ein verzweigtes System unserer Kampforganisationen in den Massen. Wir haben schon verschiedene Formen der Einheitsfrontorgane. Wir haben unter anderem die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die in den Betrieben und in den Gewerkschaften ihre Tätigkeit im revolutionären Sinne für das Proletariat, für den Klassenkampf durchführt. Wir haben die Zelle der Partei, die das politische Zentrum dieses Organisationssystems ist und die in den wichtigsten Großbetrieben und in allen Betrieben die eigentliche Kontrolle der revolutionären Arbeit durchzuführen hat. Aber das genügt noch nicht. Wir müssen sofort dazu übergehen, ein revolutionäres Vertrauensmännersystem zu schaffen und auszubauen, um alle mit uns sympathisierenden Schichten des Proletariats, die parteilosen Arbeiter und auch die klassenbewußten Arbeiter, die zum Teil in der Sozialdemokratie sind und mit uns gemeinsam in den Betrieben gegen Kapitalismus und Reformismus zu kämpfen bereit sind, in unsere revolutionäre Front einzubeziehen. Das revolutionäre Vertrauensmännersystem wird unter der Illegalität und beim Ausbruch des Krieges die größte Bedeutung haben, aber auch jetzt in der Vorbereitung der revolutionären Kämpfe, wird eine solche Organisation, ein solches Organisationsnetz die breite Grundlage bilden, auf der wir den Kampf um die Mehrheit der

Arbeiter in den Betrieben mit Erfolg durchführen werden.

Wir müssen ferner in der Gewinnung der Arbeiterinnen, die eine besondere Rolle in den Metall-, Chemie-, Textilbetrieben und anderen kriegswichtigen Betrieben spielen, die höchste Kraft entfalten. Das darf nicht nur eine Ressortaufgabe sein, sondern ist die ernsteste Aufgabe der gesamten Partei. Ferner muß die Eroberung der Jugend für unsere Sache mit der größten Energie betrieben werden. Die Jugend, die heute im kapitalistischen Produktionsprozeß zu schärfster Ausbeutung verurteilt ist, ist noch nicht so vom Geiste des Reformismus verseucht wie die ältere Generation. Sie wächst in dem Prozeß des größten sozialen Elends auf und ist daher am meisten unseren revolutionären Ideen zugänglich. Die arbeitende Jugend für die Kommunistische Partei und den Kommunistischen Jugendverband zu gewinnen ist eine der wichtigsten Aufgaben.

Neben diesen beiden besonderen Schichten ist noch eine Schicht, auf die wir unsere Aufmerksamkeit bisher zuwenig oder gar nicht konzentrierten, das sind die Landarbeiter und Landarbeiterinnen. Ihrer Zahl und ihrer Bedeutung nach - die Landarbeiter sind Blut vom Blut und Fleisch vom Fleisch der Arbeiterklasse - und angesichts der Tatsache, daß die Landarbeiter Mark unter faschistischem Einfluß stehen und auch die Sozialdemokratie gewisse Stützpunkte in diesen Kreisen hat, müssen wir auf diesem Gebiete unsere Anstrengungen verzehnfachen und unsere Methoden der Arbeit wesentlich ändern. Lenin sagte einmal, daß ohne Gewinnung der Landarbeiter keine Organisierung der proletarischen Revolution möglich ist.

Eine besondere Frage, auf die ich nur kurz eingehen will, obwohl sie von größter politischer Wichtigkeit ist, ist die Frage der Arbeit unter den Erwerbslosen. Wenn wir nicht verstehen, die Erwerbslosen unter unsere Führung zu bringen, gegen den Abbau der materiellen und politischen Rechte den schärfsten Kampf zu führen und die Erwerbslosen gemeinsam mit den im Betrieb stehenden Arbeitern zu einer Kampffront zusammenzuschmieden, können diese Schichten des Proletariats manchmal unbewußt eine solche Entwicklung nehmen, die für den revolutionären Klassenkampf schädlich und gefährlich ist. Deswegen größte Aufmerksamkeit diesen Schichten des Proletariats!

Eine weitere wichtige organisatorische Aufgabe ist die höchste Steigerung der Tätigkeit und stärkere Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die Zusammenfassung, Schulung und Politisierung der Betriebsräte, ihre systematische Verbindung mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und den revolutionären Vertrauensmännern in den Betrieben. Außerdem als weitere organisatorische Hauptaufgabe: erhöhte Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen, höchste Anspannung unserer Kräfte namentlich in den Gewerkschaften, in den Sport- und Kulturorganisationen.

Nun zu den Aufgaben auf dem innerparteilichen Gebiet. Dies ist eines der wichtigsten Gebiete unserer Arbeit deswegen, weil von der revolutionären Aktivität und Mobilisierung unserer Mitgliedschaft auch die Mobilisierung des gesamten Proletariats abhängt.

Die Umstellung der Partei auf die neuen Kampfbedingungen verlangt eine ernste Arbeit der Partei, die sofort in Angriff genommen werden muß. Ich glaube, daß die Genossen verstehen, was in diesem Stadium zu tun ist. Die Vorbedingungen dafür sind Aktivierung der Mitgliedschaft, Entwicklung der Selbstinitiative, Heranziehung und Schulung neuer proletarischer Kader.

Wir müssen jene Schichten, die am stärksten ausgebeutet werden und die voll von revolutionärer Energie sind, stärker als bisher heranholen und in die Führerkader der Partei einbeziehen. Neue Kräfte, neues Arbeiterleben muß in der Partei pulsieren. Das, was die soziale Zusammensetzung des heutigen Parteitages zeigt, dieses frische, lebendige, pulsierende Arbeiterleben, muß in der ganzen Partei wachsen und gefördert werden. Die Partei muß eine solche Entwicklung nehmen, daß wir mit Stolz und Kühnheit sagen können: Wir sind die einzige Partei der Arbeiter im Kampfe gegen Bourgeoisie und Sozialfaschismus.

Eine weitere Aufgabe ist die straffste Disziplin als Voraussetzung des raschen und elastischen Reagierens in jeder Situation. Wir können unsere Kampfformen der Taktik von heute auf morgen nur umstellen und ändern, wenn wir in unseren Reihen die größte Disziplin, die Disziplin einer proletarischen Armee, haben. Nur durch die revolutionäre Disziplin auf der Grundlage der inneren Demokratie der Partei, der Selbstentfaltung der Massen können wir neue Energiequellen erschließen. Selbst wenn wir in der Vergangenheit bei der Führung bestimmte Fehler und Mängel verzeichnen konnten, so sind sie doch keine Veranlassung, daß, wenn der Klassenfeind seine giftige Verleumdungskampagne gegen die Partei aufs höchste steigert, sich auch in unseren Reihen Schwankungen auf Grund solcher Verleumdungen und Lügen bemerkbar machen. Diese Erscheinung des Hereinfallens auf jede Lüge und Provokation des Feindes muß besonders mit Rücksicht auf die kommende Illegalität aufs schärfste bekämpft werden.

Im Rahmen unserer neuen Taktik müssen wir auch neue Formen und einen neuen Ton der Agitation anwenden. Die Arbeiter müssen das Gefühl und die Überzeugung haben, daß die große Idee des Kommunismus ihre Befreiung und die Kommunistische Partei eine Partei der Arbeiter für die Arbeiter ist. Die Partei wird wirklich auf diesem Gebiete ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie frei von jeder bürgerlichen Sentimentalität, aber auch frei von jeder Überheblichkeit die Lebensnöte der Arbeiterklasse fühlt und ihre Interessen vertritt. Wenn wir dies in echt proletarischer Kameradschaftlichkeit tun, dann werden wir das Vertrauen der Massen erobern und ihnen das Gefühl geben, daß wir sie lieben und mit ihnen den Kampf bis zur Entscheidungsschlacht durchzuführen entschlossen sind.

Höchste Opferwilligkeit in unseren eigenen Reihen, nicht nur auf politischem, sondern auch auf materiellem Gebiet! Im Kampfe mit dem Klassenfeinde müssen wir unsere Positionen bis zum äußersten verteidigen; kein Kommunist darf von dem Posten weichen, auf den ihn die Partei gestellt hat; selbst unter den härtesten Kampfbedingungen müssen wir unsere revolutionären Pflichten ohne Schwankungen erfüllen.

Das müssen wir auf dem Parteitag fordern, weil die Schwierigkeiten immer größer werden. Wir können aber alle Schwierigkeiten leichter überwinden, wenn wir in unseren eigenen Reihen

die vollständige Einheit und Geschlossenheit wahren. Wir müssen alle Schwankungen, Fehler und Mängel beseitigen, wir müssen die Durchführung der Beschlüsse der Partei unter eine systematische Kontrolle stellen.

Der Klassenfeind, der Sozialfaschismus, verdreifacht seine Schläge gegen die Partei und gegen die revolutionäre Front, er wird versuchen, die Partei in die Illegalität zu treiben, aber die kommunistische Partei läßt sich nicht verbieten. Die Vergangenheit spricht für uns. Sie hat gezeigt, daß wir in verschiedenen Kämpfen vorwärtsgekommen und dabei stärker geworden sind. Wir schöpfen unsere Kräfte aus den Massen. Wir sind die Partei des Aufstiegs, der Sozialfaschismus ist die Partei des Niederganges. Der Kampf um die Hegemonie im Proletariat entscheidet sich zu unseren Gunsten, die besten Elemente der Arbeiterklasse stoßen zu uns. Das Vertrauen der Massen zur Kommunistischen Partei wächst. Die Partei muß jetzt die Großbetriebe erobern. Jeder Großbetrieb muß unsere revolutionäre Burg sein. Kein Feind wird uns hier ausräuchern können.

Die Ziele des Kampfes sind klar gesteckt: Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion! Gegen die kapitalistische Offensive, gegen den Sozialfaschismus, für die Diktatur des Proletariats!

Wir werden unsere Pflicht vor der Kommunistischen Internationale und vor unseren Brudersektionen erfüllen. Wir brauchen einen lebendigeren Internationalismus in der Partei: Für das internationale Proletariat, für die unterdrückten Kolonialvölker werden wir unter dem Banner Lenins in den Kampf gehen.

Aber wollen wir unsere großen historischen Aufgaben in der jetzigen Situation erfüllen, dann müssen wir die Gruppe der Versöhner oder das Versöhnertum überhaupt in der Partei völlig liquidieren. Mir fällt in diesem Zusammenhang ein Bild ein, das ein führender bolschewistischer Genosse kürzlich angeführt hat: Es gibt zwei Arten von Fischern. Wenn der Sturm sie auf hoher See überrascht, legen sich die einen platt ins Boot, machen die Augen zu und lassen sich von dem Sturme treiben. Das sind die Versöhner. Die anderen spannen die Segel auf, nehmen das Steuer fest in die Hand und fahren dem Sturme entgegen. Das sind wir, das ist die Partei.

Krieg und Revolution stehen auf der Tagesordnung der geschichtlichen Entwicklung. Wenn die Partei sich dem Sturme entgegenstellt und das Steuer fest in die Hand nimmt, wenn sie die Aufgaben des Proletariats in der Linie der Organisierung der Revolution stellt, dann wird sie gegen den imperialistischen Krieg und für den Sieg der deutschen Revolution vorwärtsdringen bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats!

Schlußwort

14. Juni 1929

Genossen! Es kann nicht meine Aufgabe sein, auf alle Einzelheiten, Anregungen, Verbesserungen in unserer Arbeit, auf jede Kritik, die an der Tätigkeit der Partei von dem Parteitag, von den einzelnen Diskussionsrednern geübt wurde, einzugehen. Ich glaube aber, man muß aus dem Gesamtkomplex der Fragen diejenigen Grundfragen herauschälen, die auf der einen Seite in der gesamten Diskussion eine Rolle gespielt haben und zu gleicher Zeit das pulsierende Leben und Treiben der Partei in ihrer großen Vorwärtsentwicklung mit all ihren inneren Schwächen, Fehlern und Mängeln widerspiegeln und auf der anderen Seite jene Probleme behandeln, auf die ich im Referat hingewiesen habe, die aber in der gesamten Diskussion zu kurzgekommen sind. In der gesamten Diskussion zeigte sich die politische Zustimmung zu jenen Problemen, die in beiden Referaten gestellt wurden. Weil ein großer Teil Genossen aus den Betrieben von der Tribüne des Parteitages sprach, war insbesondere zu verzeichnen, daß die Fragen in konkreter Weise gestellt wurden. Der Gesamteindruck der Diskussion ist ferner, daß sie die Reife der Partei und das Bewußtsein ihrer Aufgaben widerspiegelt, daß sie die Probleme auf einer einheitlichen Grundlage stellt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß einzelne Genossen in unserer Partei, die mit der parteitaktischen, mit der innerparteilichen Linie nicht einverstanden sind, diese Entwicklung der Partei nicht verstehen. Aber vergleichen wir die Diskussion des Magdeburger Parteitages einer Partei, die eine Tradition von Jahrzehnten hinter sich hat; prüfen wir die dort gehaltenen Reden der sogenannten großen Männer des deutschen Staates und anderer Institutionen, die mit dem bürgerlicher Staat verbunden sind. Auf welchem Niveau stand diese Diskussion im Vergleich zu der Diskussion auf unserem Parteitag, wir die Arbeiter aus den wichtigsten Betrieben, aus allen Teilen Deutschlands die Probleme des revolutionären Klassenkampfes erörterten. Außerdem ist hervorzuheben, daß fast alle Diskussionsredner ihre Zustimmung zu der in den Referaten zum Ausdruck gekommenen Linie gaben. Nur bei der Behandlung der innerparteilichen Probleme zeigten sich einige abweichende Meinungen eines einzigen Genossen, auf dessen Argumente ich noch später bei der Behandlung der Stellung der Versöhnler und des Dokumentes, das sie dem Parteitag überreicht haben, besonders eingehen werde.

Die letzte Diskussion zum Referat des Genossen Remmele über die imperialistische Kriegsgefahr, über die Verteidigung der Sowjetunion, das heißt den Kampf gegen den eigenen Imperialismus und Sozialfaschismus, hat uns klar und deutlich unsere Aufgaben gezeigt. Diese Diskussion zeigte, daß ein großes Interesse in der gesamten Partei für diese Fragen vorhanden ist. Alle Redner haben im Sinne der Resolution zur Kriegsgefahr gesprochen. Ich will nicht näher auf die besonderen Wünsche und die Kritik, die von einzelnen Bezirken geübt worden ist, eingehen. Nur einige Grundgedanken:

Erstens vom strategischen oder, besser gesagt, vom militärstrategischen Standpunkt aus muß das ZK und die gesamte Partei ihre Arbeit in einigen Bezirken, zum Beispiel Oberschlesien, Pommern, Ostpreußen, Wasserkante und Schlesien, unbedingt verstärken. Wenn die Analyse in der Resolution es VI. Weltkongresses und unseres Parteitages richtig ist, daß die imperialistische Kriegsgefahr mit jedem Tag stärker in Erscheinung tritt, daß sich die ganze imperialistische Front zum Kampfe gegen die Sowjetunion rüstet, so ist es klar, daß wir auch diese militärstrategischen Punkte besonders berücksichtigen müssen, daß wir gemeinsam mit den anderen Bezirken dort unsere Arbeit verstärken müssen. Wir glauben also, dem Wunsche des Parteitages zu entsprechen, wenn das ZK auf Grund dieser Diskussion auf diese Bezirke in Zukunft seine besondere Aufmerksamkeit lenkt.

Die zweite Hauptfrage, die in dieser Diskussion zum Ausdruck kam, war die Orientierung

unserer Arbeit auf die wichtigsten Großbetriebe der Kriegs- und Rüstungsindustrie. Wir müssen diese Frage von dem Grundsatz der Verbreiterung unserer Arbeit aus stellen, um stärker in die Kriegsindustrie, in die Rüstungsindustrie, in alle Großbetriebe einzudringen, um dort unsere Positionen - die Betriebsräte, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die revolutionären Vertrauensmänner usw. - zu verstärken. Wie können wir die Antikriegsaufgaben durchführen? In dem Moment, wo der Krieg ausbricht, wird die revolutionäre Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei durch den Klassenfeind geschwächt, zurückgedrängt und völlig verboten werden. Deshalb ist Voraussetzung unserer gesamten Antikriegsarbeit, daß wir schon jetzt in den wichtigsten Industriezweigen unsere Positionen verstärken. Und der letzte und dritte Grundgedanke war - was Lenin bei allen diesen Fragen als Vorbedingung unserer revolutionären Arbeit gestellt hat -, daß wir dazu übergehen müssen, eine illegale Organisation zu schaffen. Genossen! Das ist ungeheuer wichtig, wenn es auch vielleicht in unseren eignen Reihen noch nicht verstanden wird. Ohne Schaffung einer illegalen Organisation mit ihren tausend verschiedenen Zweigen in anderen Organisationen, in den Betrieben, den Massenorganisationen, in den Gewerkschaften, überall dort, wo wir Gelegenheit haben einzudringen, kann die Flamme der Revolution gegen den imperialistischen Krieg nicht entfacht werden, kann der Bürgerkrieg nicht organisiert werden.

Nun zu den Hauptfragen, die von mir im Referat gestellt worden sind. Ich glaube, mit vollem Recht sagen zu können, daß in der ganzen Diskussion folgende Fragen zu kurz kamen:

1. Die Perspektive der Entwicklung im Zusammenhang mit den Maiereignissen,
2. die Maiereignisse selbst oder, besser gesagt, die Analyse der Maiereignisse und
3. die Orientierung der Gesamtpartei auf die Erfassung der Arbeiterinnen, der Jugend und der Landarbeiter.

Das sind die drei Hauptgesichtspunkte, die in der Diskussion viel zu schwach zum Ausdruck kamen. Obwohl der Lügen-, „Vorwärts“ ironisch von einem Sechstagerennen gesprochen hat, kann ich mit größter Kaltblütigkeit erklären, daß, wenn wir die Probleme der Kommunistischen Partei und der deutschen Arbeiterklasse ganz konkret und in aller Ausführlichkeit hätten behandeln wollen, dann sechs Tage keineswegs genug gewesen wären. Auch die Frage, warum die Parole des politischen Massenstreiks nicht genügend befolgt wurde, welche Ursachen objektiver und subjektiver Art es waren, wurde nur wenig diskutiert. Aber indem ich solche Probleme stellte, wollte ich die Diskussion anregen. Ich werde später auf sie besonders eingehen. Außerdem wurde die Diskussion zu stark von den innerparteilichen Fragen beherrscht. Manche Redner erklärten, daß das neue Zentralkomitee in seiner Zusammensetzung in der Zukunft die Gewähr für ein höheres Niveau der Partei bieten muß. Das genügt nicht. Es waren sicherlich Fehler in der innerparteilichen Entwicklung von Essen her zu verzeichnen. Mit einer leichtfertigen Handbewegung darüber hinwegzugehen wäre verkehrt. Es ist unrichtig, daß lediglich die Zusammensetzung des ZK die Gewähr dafür gibt, daß in der Partei alles klappt. Die wichtigste Voraussetzung ist eine andere: Unser Aufgabenkreis und unsere Tätigkeit müssen durch eine marxistisch-leninistische Problemstellung beherrscht werden. Sicherlich ist es notwendig, daß das ZK in der gegebenen Situation den einzelnen Bezirken wirklich Material gibt und in die Gesamtentwicklung eingreift. Das genügt aber nicht. Wir brauchen dazu die Durchführung dieser Beschlüsse bei weitestgehender Konkretisierung unserer Tätigkeit entsprechend den in den einzelnen Bezirken gegebenen Verhältnissen. Genossen! Diese wenigen Vorbemerkungen zwingen mich, noch kurz auf einige Probleme einzugehen.

Zunächst müssen wir der Krise des bürgerlichen Regimes eine größere Aufmerksamkeit schenken. Während des Parteitages haben sich Dinge ereignet, die auch in dieser Hinsicht unsere Aufmerksamkeit verlangen. Erstens der Umstand, daß es der deutschen Regierung und dem sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding nicht gelang, die 300 Millionen Mark,

die sie als Anleihe aufbringen wollten, hereinzubekommen. Für diese Anleihe wurden nach dem Ergebnis, das bis jetzt vorliegt, nur 177 Millionen eingebracht. Was bedeutet das? Das hat verschiedene Ursachen: die Ursache, daß die Finanzoligarchie in Deutschland dazu übergeht, diesem Koalitionsministerium noch größere Schwierigkeiten zu bereiten. Obwohl sie einen höheren Zinsfuß erhalten und von der Steuer befreit sind, sabotieren sie die Anleihen. Auf Grund der vorhandenen Schwierigkeiten verlangen die Finanz- und Industriekapitäne ein noch schärferes System der Ausbeutung und Unterdrückung, fordern sie rücksichtslosen Abbau des Sozialtats, der Arbeitslosenversicherung usw. Sie wollen für die Ärmsten der Armen keine Unterstützung mehr zur Verfügung stellen.

Weitere Tatsachen sind die Rücktrittsdrohungen der Deutschen Volkspartei, die sie auf ihrem Bezirksparteitag in Düsseldorf ausgesprochen hat. Dort wurde von dem Vorsitzenden, Dr. Scholz, erklärt, daß, wenn die Forderungen, die sie stellen, nicht erfüllt werden, der Rücktritt aus der Regierung erfolge. Diese wichtige Partei der Schwerindustrie will auf die Sozialdemokratie einen Druck ausüben, um alle notwendigen sozialen Ausgaben, besonders die Arbeitslosenversicherung, radikal abzubauen. Weiter geht es darum, die Frage der Regierungsteilnahme im Preußenparlament zu regeln, um dort die Konzessionen, die dem Zentrum gemacht wurden, zu kompensieren und an Stelle der Zentrumsleute zwei Vertreter der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierung zu bekommen. Die Konkordatsfrage spielt hier in erster Linie mit. Die Deutsche Volkspartei verlangt für die evangelische Kirche noch größere Vergünstigungen. Die Korruptionsskandale, die in der letzten Zeit an die Öffentlichkeit drangen, sind ebenfalls Erscheinungen dieser Fäulnis des bürgerlichen Regimes. Diese wenigen Andeutungen könnte man durch andere Tatsachen ergänzen. Die Vorbereitung zur Erhöhung der Zölle auf alle wichtigen Lebensmittel ist eine Methode, um die Krise in der Landwirtschaft zu überwinden. Wir müssen dies und alle neuen Tatsachen, die gegen die werktätigen Massen gerichtet sind, in unserer Agitation viel stärker ausnützen. Wir bemerken in den alten bürgerlichen Parteien eine solche Entwicklung, daß sie nicht mehr in der alten Weise fortleben wollen. - Auch die Kommunistische Partei hat eine große Wendung in ihrer revolutionären Arbeit und Taktik durchgeführt. - Wir müssen diesen Prozeß in den bürgerlichen Parteien verfolgen. Sie verlangen neue Herrschaftsformen, um die werktätigen Schichten noch besser ausbeuten zu können. Gleichzeitig sehen wir den Radikalisierungsprozeß der Arbeitermassen gegen die sich nach rechts orientierende Führung dieser bürgerlichen Parteien.

Zu den Maiereignissen. Der Vertreter der Exekutive sagte mit Recht, daß durch die Maiereignisse eine höhere politische Stufe erreicht wurde. Die Versöhnler haben in der Diskussion, sowohl durch Genossen Ewert als besonders durch Genossen Meyer, behauptet, daß wir uns durch die Maiereignisse von den Massen isolierten. Meyer sagte sogar in seiner Diskussionsrede, daß die Massenbewegung nicht größer war als am 1. Mai 1916. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß Genosse Meyer die Partei vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren versucht, obwohl die Tatsachen dagegen sprechen. Hören wir dagegen, was uns ein Berliner Arbeiter, der sich in den Stunden des 1. Mai 1929 unter den revolutionären Massen auf der Straße befand, von der Tribüne des Parteitages gesagt hat: Die Arbeiter gingen nicht von der Straße, sie sammelten sich immer aufs neue und leisteten den heftigsten Widerstand. Die Genossen, die am 1. Mai dabei waren und die Massenbewegung in den Straßen Berlins miterlebten und angesehen haben, sie wissen, wie schwer es für die Polizei war - die doch in Berlin in solchen Dingen Erfahrungen hat und trainiert ist -, in den Verwaltungsbezirken und an den Knotenpunkten des Verkehrs die Massen zu vertreiben und sie zurückzuschlagen. Es gab sogar Stunden, wo die Berliner Polizei die Gefahr des Angriffs der revolutionären Massen so einschätzte, daß sie ihre ganze Taktik der Säuberung der Straßen aufgab und die Polizeiabteilungen aus den Arbeitervierteln zurückziehen wollte. In einem Polizeibericht wurde das offen ausgesprochen.

Wenn in diesem Maikampf eine solche Situation entstand, daß die verschiedenen Formationen der Polizei nicht mehr ausreichten, um die Massenmobilisierung zu unterdrücken, noch dazu, wo sie die aggressivsten und blutigsten Methoden anwandte, ist das nicht der deutlichste Beweis gegen die nur auf Lüge aufgebauten Ausführungen des Genossen Meyer? Warum ging die Polizei dazu über, solche bestialischen Formen des Kampfes gegen die Massen anzuwenden? Etwa nur aus dem Grunde, weil besondere Anweisungen von Zörgiebel ergangen waren, mit aller Kraft gegen das Proletariat und gegen diejenigen, die sich in den Straßen angesammelt hatten, vorzugehen? Nein, Genossen! Auch andere Tatsachen haben bei diesen Ereignissen eine große Rolle gespielt: die Empörung der Massen, ihr steigender Widerstand, ihre Geschlossenheit, auch am 1. Mai dem Rufe der Partei zu folgen, trotz Verbotes zu demonstrieren. Das war es, was die Polizei zwang, ihre Maßnahmen aufs höchste zu steigern, um den revolutionären Elan der Massen zu unterdrücken. Wer diese Kämpfe der Massen an den verschiedenen Punkten der Stadt miterlebt hat, muß sich fragen: Ging es etwa nur um die Barrikaden, die im Wedding und in Neukölln aufgebaut wurden? Nein, Genossen! An verschiedenen anderen Punkten waren bereits in den Morgenstunden Barrikaden errichtet. So wurden in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs bereits um 11 Uhr vormittags Barrikaden gebaut. Die Polizei mußte sie „abbauen“, aber im Verlaufe von einigen Stunden hatten sich bereits wieder neue Barrikaden in den verschiedensten Straßen, besonders in der Friedenstraße, gezeigt. Warum konnte die Polizei mit ihren Panzerautos an den Stellen, wo die Barrikaden gebaut wurden, nicht bleiben? Weil sie abberufen wurde, weil die zur Verfügung stehenden Autos nicht ausreichten, um die an vielen Stellen neu aufflammenden Massenversammlungen zu unterdrücken. An einigen Stellen wurden dann wieder Barrikaden gebaut. Wer will behaupten, und das ist das Allerwichtigste - wenn auch große organisatorische, propagandistische und vielleicht auch politische Mängel bei der Vorbereitung zum 1. Mai seitens der Führung der Partei in Berlin vorhanden wären -, daß die Massen dem Rufe der Partei, auf die Straße zu gehen, trotz aller Einschüchterungsversuche und Drohungen seitens bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse, nicht gefolgt sind? Das ist das besonders Bemerkenswerte, daß diese Kämpfe eine ganz andere Grundlage hatten als die früheren Kämpfe. Das mußten selbst bürgerliche Zeitungen zugeben. Ich will hierzu einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ anführen, der einige wichtige Tatsachen so wiedergibt, wie sie sich abgespielt haben. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einem Leitartikel, „Über die deutsche Kerenski-Epoche“, folgendes:

„Bei nüchterner Beurteilung der Ereignisse und ihres Ergebnisses muß man sagen, daß dies alles der Kommunistischen Partei einigermaßen gelungen ist, zum Teil in einem Maße, das sie wahrscheinlich selber nicht erwartet hat; denn sie wird schwerlich damit gerechnet haben, daß sie oder Leute, die sich nun in ihr Gefolge begaben, drei oder vier Tage lang Revolution spielen könnten. Demnach muß die Niederlage an einem anderen Punkt zu suchen sein.

Die törichte Barrikadenspielerei ist natürlich unterdrückt worden, aber es läßt, sich nicht bestreiten, daß Herr Zörgiebel und diejenigen, die hinter ihm stehen, es sind, die eine Niederlage erlitten haben.“

Genossen! Das ist die Meinung einer bürgerlichen Zeitung! Welcher Gegensatz zu der lügenhaften Behauptung, die Genosse Meyer hier aufstellte.

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch völlige Klarheit darüber schaffen, warum die Barrikadenkämpfe von uns als spontane Teilaufstände bezeichnet wurden. Nehmen wir den Charakter des Kampfes am 1. Mai. Welches sind die besonderen Merkmale dieser Massenbewegung? Sie bestehen darin, daß die Massen des Berliner Proletariats mehr oder weniger organisierten Widerstand gegen die Polizeigewalt leisteten, daß sie sich mehr oder weniger gegen die bürgerliche Staatsordnung auflehnten. Natürlich sind das erst Anfänge. Wenn die bürgerliche Staatsgewalt dem Proletariat die Straße verbietet, wenn sie ihren gesamten Machtapparat einsetzt, wenn die Massen aber dem Rufe der Kommunistischen

Partei, auf der Straße zu demonstrieren, trotz der Verbote folgten, dann sind das die ersten Keime - und weit mehr als Keime - des Widerstandes gegen die bürgerliche Staatsordnung. Dieser Widerstand gegen die Staatsgewalt als Ausdruck der Empörung und Erregung der Massen führte dazu, daß im roten Wedding und in Neukölln die Arbeiter dazu übergingen, Barrikaden zu bauen. Natürlich mußten der ganze Kampf und die ganze Bewegung noch einen sehr ungleichmäßigen Charakter tragen. Die ganze Bewegung war mit vielen Fehlern und Schwächen behaftet. In unserer Kritik über die Maiereignisse stellen wir das sehr scharf fest. Aber, was ist das Wichtigste bei diesen Maiereignissen, wenn wir die Kämpfe als spontane Teilaufstände bezeichnen? Das Wichtigste ist, daß ein großer Teil des Berliner Proletariats - und vielleicht in keiner Situation ist es so deutlich zum Ausdruck gekommen, wie ich auch gestern unter Beifall der zehntausend demonstrierenden Arbeiter im Wedding sagen konnte -, daß die Massen diszipliniert den Weisungen der Partei folgten, als sie aufrief, den Kampf nicht weiter fortzuführen. Im Jahre 1921, als es in der Märzaktion die Bourgeoisie mit ihrem Gewaltapparat und mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer fertigbrachte, die Besten der Besten zu meucheln, da war das nicht möglich, weil auch die Partei nicht reif genug war, weil sie die Probleme der Massenmobilisierung nicht richtig gestellt hatte, weil sie später auf dem III. Weltkongreß erst, besonders durch Lenin und die dort gefaßten Beschlüsse in der deutschen Frage, belehrt werden mußte. Damals konnten wir nicht verhindern, daß der Bourgeoisie ihr großer Provokationsplan gelang und sie den heroischen Aufstand der erbittert Kämpfenden in Mitteldeutschland blutig niederschlug. Diesmal hat die Partei von erster Stunde an, zwar unter anderen objektiven Verhältnissen, völlige Solidarität mit den Berliner Barrikadenkämpfern geübt und sie durch den politischen Massenstreik tatkräftig zu unterstützen versucht. Aber in dem Moment, wo die Partei erkannte, daß die Frage des bewaffneten Aufstandes nicht auf der Tagesordnung stand, rief sie in ihrem Aufruf die Massen zurück, damit sie nicht unnütz verbluteten. Die Massen folgten diesem Aufruf der Partei und unterwarfen sich der revolutionären Disziplin, die das Grundgesetz der revolutionären Bewegung ist.

Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse des 1. Mai. Massen zum Kampf aufzurufen ist manchmal leichter, als die Massen in einer Situation zurückzuholen, wo die Stimmungen selbst gegenüber der Partei so stark sind, daß man den Mut besitzen muß, die Massen zurückzurufen, um sie später in der gegebenen Situation in einen bewaffneten Aufstand zu führen.

Die Kommunistische Partei sagte vor dem 1. Mai und während der Maikämpfe, daß die Zeit des bewaffneten Aufstandes noch nicht gekommen sei. Sie sagte, daß objektiv keine revolutionäre Situation vorhanden war. Die Versöhnler haben in ihrer Diskussion behauptet, daß die Partei eine verkehrte Taktik angewandt habe; sie sagten, wir hätten in die Gewerkschaftsversammlungen gehen müssen. Es war - glaube ich - Genosse Lüttich, der hier in einer ganz unglücklichen Form mit diesem „Argument“ operierte. Genosse Meyer wollte dann, um gegen die Taktik der Partei aufzutreten, in einer etwas geschickteren Weise zeigen, daß die politischen Massenstreiks nur bei den Bauarbeitern, Tabakarbeitern, Rohrlegern und bei den Schuhmachern gelungen sind. Die Ursache liege ausschließlich darin, daß wir dort die Gewerkschaften in der Hand haben und die Massen deswegen die Parole des politischen Massenstreiks befolgten.

Nun, man kann schon Tatsachen anführen, die dem widersprechen, was Genosse Meyer gesagt hat. Nehmen wir nur die Rohrleger in Berlin, die Berufsgruppen wie die Schuhmacher und die Bauarbeiter. In diesen Gruppen ist natürlich ein Streik viel leichter als in der Großindustrie, in Großbetrieben. Das heißt keineswegs, daß wir als Partei nicht verpflichtet sind, diese Tatsachen besonders zu berücksichtigen und die Methoden unserer Arbeit in den Gewerkschaften zu verändern und zu verbessern. Aber nehmen wir die Metallarbeiter in Berlin. Im Metallarbeiterverband stehen vielleicht 60 Prozent der Mitglieder hinter der

revolutionären Gewerkschaftsopposition. Wir haben nicht den Gewerkschaftsapparat in der Hand, mit Ausnahme einiger Branchen, zum Beispiel der Dreher, Rohrleger usw. Aber in der Metallindustrie wurden - obwohl wir dort eine so starke Stimmung und Sympathie für uns haben, für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition unter Führung der Kommunistischen Partei -- die Parolen des politischen Massenstreiks nicht befolgt. Das widerspricht der Auffassung, die Meyer hier entwickelte. Wir können noch andere Tatsachen anführen, die das ebenfalls beweisen. Im Ruhrgebiet, in Hamburg wurde von denjenigen Berufsgruppen die Parole der Partei befolgt, die an Hand der letzten Entwicklung praktische Erfahrungen im Kampfe gegen die Bourgeoisie errungen haben. Dort, wo wir in den Betrieben Aussperrungen hatten, wo sich Kampfleitungen bildeten, wo Kämpfe gegen die Bourgeoisie und gegen den Sozialfaschismus geführt wurden, zum Beispiel bei den Werftarbeitern in Hamburg, die 14 Wochen im heldenmütigen Kampf gestanden haben, dort wurde die Parole der Kommunistischen Partei befolgt. Es ist eine Tatsache, daß dort, wo wir im Kampfe mit den Massen in den Betrieben verbunden waren, wo die Massen Erfahrungen hatten, die höhere Stufe des Kampfes, der politische Massenstreik, erreicht wurde.

Nehmen wir einmal an, daß wir in die Gewerkschaftsversammlungen gegangen wären. Was war die wichtigste Aufgabe der Partei? Die Aufgabe der Partei war es, an zwei Treffpunkten im Zentrum Berlins eine zentrale Demonstration zu organisieren. Aber daraus ergab sich für uns die weitere Aufgabe, an verschiedenen Punkten der Stadt Teildemonstrationen durchzuführen, um die Kräfte des Klassenfeindes zu verzetteln und in ständiger Bewegung zu halten. Hätten wir die Massen - indem wir von Massen reden, müssen wir die organisierten Kommunisten, die mit der großen Masse verbunden sind, selbstverständlich dazu rechnen - in die Gewerkschaftsversammlungen dirigiert, dann hätten wir diese Massen in den vorbereitenden Stunden der Demonstration am 1. Mai von der Straße entfernt. Eine weitere politische Tatsache kommt hinzu. Wir alle wissen, daß in den Gewerkschaftsversammlungen nur von der Gewerkschaftsbürokratie oder Sozialdemokratie bestimmte Redner sprechen dürfen. Irgendein Genosse der Opposition hätte gar nicht oder nur unter Störung der Versammlung zu Worte kommen können, woraus sich mit bestimmter Sicherheit ergeben hätte, daß wir in diesen Gewerkschaftsversammlungen einen Bruderkampf gehabt hätten zwischen denjenigen, die die Linie des revolutionären Kampfes wollen, und denjenigen, die noch nicht weit genug entwickelt sind, um den Weg der Kommunisten zu gehen. Dieser Bruderkampf, der sich in den Morgenstunden des 1. Mai abgespielt hätte, war das, was Zörgiebel und die Bourgeoisie in Deutschland wollten.

Es ist uns bekannt - und das haben unsere Genossen von der „Roten Fahne“ vor Gericht festgestellt, ohne widerlegt zu werden -, daß Besprechungen vor dem 1. Mai in der Frage der Aufhebung oder Nichtaufhebung des Demonstrationsverbotes am 1. Mai stattgefunden haben, in denen die Gewerkschaftsführer gefordert haben, das Verbot am 1. Mai unter allen Umständen bestehen zu lassen. Ein solches Zusammenspiel der reformistischen Führer mit der Staatsgewalt läßt keinen Zweifel darüber zu, daß die Pläne dieser Klassenfeinde so vorbereitet waren, um die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter zu provozieren. Wir haben uns diese Frage reiflich überlegt. Die Linie der Partei war, Flugblätter an die Massen in den Gewerkschaftsversammlungen zu verteilen. Es ist nicht überall durchgeführt worden, weil viele Genossen in den wichtigsten Verwaltungsbezirken festgehalten wurden, und deswegen sind nur an einigen Punkten, zum Beispiel am Sportpalast, diese Flugblätter verbreitet worden, um die Massen aufzuklären. Aber das, was der Genosse Meyer für die Gruppe der Versöhnler als Kritik angeführt hat, ist ein Beweis ihres völligen Nichtverstehens unserer Taktik am 1. Mai. Die Ursachen, weshalb die Versöhnler solche Forderungen an die Partei stellen und die taktische Linie der Partei bekämpfen, liegen viel tiefer. Diese Tat der Versöhnler ergibt sich prinzipiell daraus, daß sie der Partei überhaupt keine selbständige Aktionskraft zutrauen. Weil sie die Partei als eine selbständige Aktionskraft des öfteren

verneinen, weil sie das alte Schema der Taktik, das vor zwei oder drei Jahren noch bestand, aufrechterhalten, deswegen ist ganz klar, daß sie in der Frage des Besuchs der Gewerkschaftsversammlungen mit den Brandleristen übereinstimmen und uns zwingen wollten, am Schwanz der Sozialdemokratie Oppositionspolitik zu machen. Am 1. Mai stand nicht die Frage, am Schwanz der Sozialdemokratie zu marschieren, sondern am 1. Mai stand die selbständige Aktion der Partei gegen die Bourgeoisie und gegen die Zörgiebel-Methoden auf der Tagesordnung.

In diesem Zusammenhang sind auch die Ausführungen des Genossen Ewert zu erwähnen - trotzdem sie keineswegs ernst zu nehmen sind, weil sie nur ein Versuch waren, die Plattform, die die Versöhnler vorlegten, zu verschleiern. Er sagte, daß die Partei ihre „Kräfte überschätzt“ hat, daß die Spontaneität der Massen alles überwog usw. Die Argumentation Ewerts beweist noch einmal, wie es schon die Diskussion der letzten Jahre bewiesen hat, daß die Versöhnler immer die Kräfte des Proletariats und der Kommunistischen Partei unterschätzen. Genauso war es am 1. Mai.

Genosse Meyer sagte zum Beispiel, daß Thälmann recht hatte, als er in Essen von den Gewerkschaften sprach als der Arena, auf deren Boden der Kampf zwischen Reformismus und Kommunismus entschieden wird. Natürlich war das richtig; in einem gewissen Sinne trifft es auch für unsere große revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften zu. Aber Genosse Meyer hat den Sinn meiner Worte nicht verstanden. Habe ich umsonst in meinem Referat die Formulierung der politischen Thesen von Essen erwähnt, in denen wir im Zusammenhang mit der ganzen Situation von dem „Defensivcharakter der Kämpfe“ sprachen, die zur Zeit des Ausgangs der zweiten Periode sich abgespielt haben? Diese Formulierung entsprach zu gleicher Zeit der Taktik, die in den Essener Thesen niedergelegt wurden. In unserer jetzigen Formulierung sprechen wir aber von Begegnungs-, Durchbruchs- und zum Teil schon von Offensivkämpfen. In dieser Situation sind nicht nur die Gewerkschaften die Arena des Kampfes zwischen Reformismus und Kommunismus, sondern in erster Linie die Betriebe, die Massen der unorganisierten und der organisierten Arbeiter. Das ist der Hauptunterschied gegenüber damals. Die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition müssen in der heutigen Periode viel selbständiger auftreten als in der Zeit des Essener Parteitages. Das taktische und organisatorische Schwergewicht in den Massen ist verschoben; es liegt nicht nur bei der organisierten Arbeiterschaft, sondern das taktische und organisatorische Schwergewicht liegt bei den Massen des Proletariats.

Damit in Verbindung steht auch das System der Arbeit und der Kampfmethoden, die sich ebenfalls verändert haben. In der Diskussion sagte ein Jugendgenosse ganz richtig, daß wir heute von einem System der Arbeit der zweiten Periode und einem System der Arbeit in der dritten Periode sprechen müssen. Natürlich sind andere Kampfmethoden und Methoden auf Grund der veränderten objektiven Situation notwendig. Eine Partei, die nicht in der Lage ist, in der gegebenen Situation neue Kampfmethoden zu entwickeln, eine solche Partei wird ihre Pflicht für das Proletariat nicht erfüllen.

Worin besteht die besondere politische Bedeutung der neuen Methoden unserer Arbeit? Das ist die Schärfe der Abgrenzung gegen den Reformismus und die unbedingte Wahrung des revolutionären Gesichts der Partei. Betrachten wir einige wichtige Momente bei der Anwendung unserer Taktik.

Erstens: ihre Anwendung bei den Wirtschaftskämpfen, selbständige Führung der Kämpfe und schärfster Angriff gegen den Reformismus. Früher hätten wir keine Streik- und Kampfleitungen in den Betrieben gewählt, die auf der Grundlage der Klasseneinheit entstanden waren.

Zweitens: die taktische Wendung bei der Durchführung der Betriebsrätewahlen, in denen wir, als wir eigene Listen aufstellten, die Reformisten zwangen, ihren arbeitgemeinschaftlichen und klassenfeindlichen Charakter zu entlarven.

Nehmen wir weiter die Sachsenwahlen, wo wir keineswegs mehr die Parole der „Duldung“ einer sozialdemokratischen Regierung unter bestimmten Bedingungen stellten, sondern im Wahlkampf entschlossen die Frage des Kampfes um die Diktatur des Proletariats aufgerollt haben, ohne noch solche parlamentarischen mit außenparlamentarischen Kämpfen verbundene Forderungen wie vor drei Jahren zu stellen.

Die letzte Frage betrifft unsere Kampfmethodik am 1. Mai. Die Genossen Meyer und andere sagten: „Geht in die Gewerkschaftsversammlungen!“ Wir haben aber an unserem System neuer Kampfmethoden der revolutionären Massenpolitik und Arbeit festgehalten.

Wir sollen bei diesen Erfolgen, die wir zu verzeichnen haben, zweifellos bestimmte Rückschläge nicht übersehen. Die Sachsenwahlen haben zum Beispiel ein relativ ungünstiges Resultat gezeigt, obwohl wir auch hier einige Teilerfolge zu verzeichnen hatten. Ich will aus dem Ergebnis der Sachsenwahlen nur zwei Tatsachen herausgreifen: In Meerane und Glauchau zum Beispiel, wo eine außerordentlich starke Textilindustrie ist, haben wir trotz der rückläufigen Entwicklung seit den Wahlen im Jahre 1928 gewaltige Erfolge errungen. Wenn ich mich nicht irre, haben wir über 25 Prozent Stimmen gewonnen. Warum hatten wir in diesen beiden Orten solche Erfolge? Weil wir in diesen beiden Orten während der Textilarbeiterbewegung in den Betrieben Kampfleitungen gebildet hatten. Diese Kampfleitungen, die aufs engste die im Betrieb befindlichen Arbeiter mit uns verbanden, waren die Grundlage der positiven Erfolge bei den Sachsenwahlen. Man kann ohne Übertreibung sagen: Wenn wir überall unsere Taktik richtig angewandt hätten, wären die politischen Erfolge der Partei noch größer gewesen, als es jetzt der Fall ist.

Auch im allgemeinen ist unsere ganze Bewegung, trotz einiger Rückschläge, aufsteigend, wie ich es in meinem Referat gezeigt habe. Wir wollen in diesem Zusammenhange einige Probleme streifen, bei denen die Versöhnler gegen die Taktik der Partei auftreten. Nehmen wir die Frage des Unterschreibens der Reverse. Die Behauptung der Versöhnler, daß wir unter allen Umständen ablehnen, Reverse zu unterschreiben, ist eine Lüge. Ich erkläre von dieser Stelle aus, daß wir die Reverse nicht unterschreiben können und nicht unterschreiben werden, wenn diese Unterschrift einen Verzicht auf den revolutionären Klassenkampf, die Linie der Partei, bedeutet. Es kann solche Reverse geben, bei denen die Möglichkeit besteht, sie zu unterschreiben. Wir haben früher oft bei Ortsverwaltungswahlen derartige Reverse unterschrieben. Aber da die Entwicklung des Sozialfaschismus in der heutigen Situation schärfste Formen angenommen hat, werden die Reverse einen solchen Inhalt haben, daß die Unterschrift unter sie sehr ernsthaft von der revolutionären Gewerkschaftsopposition geprüft werden muß. Um das Problem ganz kraß darzustellen, kann man es auf die Formel bringen: Soll man die Disziplin der Gewerkschaften, oder sagen wir gleich, den Gewerkschaftslegalismus höherstellen als die Disziplin der Partei, das heißt als den revolutionären Klassenkampf? Keineswegs! Die Disziplin der Partei, die durch den revolutionären Klassenkampf bestimmt wird, steht höher als die Unterwerfung unter die Disziplin der Gewerkschaften, die Unterwerfung unter den Gewerkschaftslegalismus, das heißt die Bindung an die kapitalistischen Gesetze. Wir sind an einem solchen Punkte der Entwicklung der Massenbewegung angelangt, wo wir die kapitalistische Disziplin, die in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen durch die Statuten und durch die sozialfaschistische Bürokratie unseren Funktionären und den revolutionären Arbeitern aufgezwungen werden soll, durchbrechen müssen.

Nehmen wir ein Beispiel aus der Geschichte. Sogar unser unsterblicher Führer Karl Liebknecht, der uns ein leuchtendes Vorbild des revolutionären Internationalismus gab, hat die formale Disziplin am Anfang des Krieges bei der ersten Budgetabstimmung so hochgestellt, daß er den sofortigen Bruch mit den Sozialchauvinisten unterlassen hat. Sicherlich war das ein Fehler. Wir wissen auch, daß es Situationen gab, wo selbst unsere Genossen die Disziplin der Gewerkschaften höherstellten als die Durchführung des

revolutionären Kampfes.

Was bedeutet die Unterwerfung unter den Gewerkschaftslegalismus? Sie bedeutet weiter nichts als den Verzicht auf die Durchführung der revolutionären Taktik, wie sie die revolutionäre Opposition im Wirtschaftskampf, bei den Betriebsrätewahlen, im politischen Kampf anzuwenden hat. Dadurch, daß die Versöhnler unsere Taktik zum Beispiel beim Ruhrkampf, bei den Betriebsrätewahlen, am 1. Mai bekämpften und sabotierten, haben sie sich fair den Gewerkschaftslegalismus und gegen die neue Taktik der Partei entschieden.

Ich komme jetzt zur Analyse der parteifeindlichen Plattform der Versöhnler und zu einigen anderen Fragen. Ich will nicht auf die Einzelheiten der Plattform der Versöhnler eingehen, sondern will nur in großen Zügen zeigen, was diese Plattform bedeutet. Ich glaube, im Auftrage und mit dem Einverständnis des Parteitages sagen zu können, daß die Plattform der Versöhnler eine Systematisierung und Fortentwicklung ihrer opportunistischen Auffassungen in der Richtung des Liquidatorentums darstellt. Sie stellt der Taktik des VI. Weltkongresses und der Taktik, die auf dem IV. RGI-Kongreß beschlossen wurde, eine eigene Taktik entgegen. Wenn sich die Versöhnler erfreuen, in diesem Dokument zu sagen, „daß die Weiterentwicklung der Partei ihnen recht geben und die Linie der Partei widerlegen wird“, so bedeutet das eine Anmaßung, die wir in der Geschichte der Komintern des öfteren von Trotzlisten und Brandleristen gehört haben. In dem Dokument sind überhaupt einige Formulierungen enthalten, die wortwörtlich an jene Formulierungen erinnern, mit denen jede parteifeindliche Opposition den Kampf gegen die gesamte Partei und gegen die Kommunistische Internationale begann.

Zur Frage der Disziplin, die in der fortschreitenden revolutionären Entwicklung der Partei eine der wichtigsten Fragen ist, erklären die Versöhnler folgendes: Formelle Unterwerfung unter die Disziplin, aber objektiv sind die Voraussetzungen dafür nicht gegeben. Das ist natürlich vom Standpunkt der taktischen Linie der Versöhnler ganz erklärlich. Wenn sie gegen die Linie der Partei sind, wenn sie die Parteiführung des „ultralinken Kurses“ beschuldigen, dann sind sie natürlich auch gegen die Disziplin, die die Partei und die Parteiführung unter anderem deshalb fordern, um gegen alle opportunistischen Strömungen und Gruppierungen anzukämpfen. Daß sie sich einer solchen Disziplin nicht unterwerfen, ist erklärlich und verständlich bei der allgemein-politischen Haltung der Versöhnler.

Lenin sagte einmal, daß die Parteidisziplin auf zwei Voraussetzungen beruht: erstens auf dem Vertrauen der Mitglieder zur Führung und zweitens auf dem Vertrauen der Massen zur Partei. Das sind die Voraussetzungen zur revolutionären Disziplin. Es ist aber klar, daß sie, wenn Parteipolitik nach Auffassung der Versöhnler falsch ist, kein Vertrauen zur Führung und zur Partei haben können und daher auch die Frage der Disziplin so stellen müssen, wie es in diesem Dokument geschehen ist. Trotzdem erklären die Versöhnler, daß sie „bereit sind, sich der Disziplin zu unterwerfen“. Was soll diese Heuchelei in ihrem Dokument? Was bezwecken die Versöhnler damit? Sie wollen, daß ihnen die Partei einen Freibrief für den Bruch mit der Partei, für den Bruch mit dem Bolschewismus gibt, wenn es ihnen paßt! Das ist das Charakteristische an diesem Dokument. Den Zeitpunkt des, offenen Angriffes wollen die Versöhnler, selbst bestimmen. Das ist der Kernpunkt ihrer Plattform. Bis dahin wollen sie Zeit gewinnen und ihre zersetzende Tätigkeit weiter betreiben.

Sie beschuldigen die Parteiführung und die Partei des „Ruth-Fischer-Kurses“; sie setzen die Erfolge der Partei herab; sie sabotieren die Parteitätigkeit, wie es durch viele Beispiele unwiderleglich festgestellt werden kann. Wir müssen an Hand dieses Dokumentes erklären, daß die Vertreter des feigen Opportunismus das sind, was in der Rede des Vertreters der Exekutive auf dem Parteitag gesagt wurde: Sie sind keine Versöhnler mehr, sondern die Rechten in der Partei.

Sie vertreten opportunistische, halbmenschwistische Auffassungen in der Partei. Die Partei muß von dieser Stelle aus - ich glaube im Auftrage der gesamten Mitgliedschaft zu sprechen -

diesem Treiben der Versöhnler ein Paroli bieten. Die Partei kann nicht mehr eine Fortsetzung des feigen Opportunismus in der Partei dulden. Die Partei kann unter keinen Umständen die doppelte Buchführung, wie sie in dem Dokument einerseits und den Reden der Versöhnler andererseits zum Ausdruck kommt, zulassen. Wenn zum Beispiel Genosse Ewert mit der einen Hand die falschen Formulierungen der Versöhnler in ihrem früheren Dokument über die Demokratie und den Faschismus zurückzieht und mit der anderen Hand dieses neue Dokument mit denselben anders formulierten Behauptungen auf den Tisch des Hauses legt, so zeigt sich darin die doppelte Buchführung dieser Gruppe. Ich greife weiter nur einige Sätze aus der Rede Ewerts heraus, in denen er die falsche Behauptung aufstellt, daß Thälmann an einigen Stellen erklärt habe, die Reparationsverhandlungen in Paris hätten keine Erleichterungen gebracht. Das ist bewußt erlogen. Ich habe ausdrücklich an zwei Stellen festgestellt, daß gewisse Erleichterungen eingetreten sind. Und weiter erklärt er zum Beispiel, daß meine Auffassung darin bestünde: auf der einen Seite Demokratie, auf der anderen Faschismus. Das ist ebenfalls unrichtig und durch kein Zitat aus meiner unkorrigierten Rede zu beweisen. Gerade das ist ja der Standpunkt der Versöhnler.

Die Versöhnler verkennen vollkommen das Wechselverhältnis von Reformismus und Faschismus. Sie verkennen die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus. Sie verstehen nicht, daß für die gegenwärtige Periode gerade die Kombination dieser beiden Methoden das Charakteristische ist. Sie begreifen nicht einmal, daß die Bourgeoisie gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu gleicher Zeit demokratische und faschistische Methoden anwendet, um das Proletariat niederzuschlagen. Auf dem Magdeburger Parteitag zeigte sich sehr deutlich die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus. Das ist der große Gegensatz, der zwischen unserer gesamten Partei und den Auffassungen der Versöhnler besteht. Die Gesamtpartei muß damit Schluß machen, daß Genossen in der Partei mit der Partei spielen und weiter spielen können. Das Politsekretariat hat nach Rücksprache und mit einstimmiger Zustimmung der Delegationsführer und der Politischen Kommission dem Parteitag folgenden Antrag zur Abstimmung zu unterbreiten:

*Antrag der Politischen Kommission des Parteitages
zur Fraktionsplattform der Versöhnler*

Der Parteitag stellt fest, daß die vom Genossen Ewert im Auftrage seiner opportunistischen Fraktion vorgelegte Plattform eine Systematisierung und Fortentwicklung in der Richtung des Liquidatorentums darstellt. Diese Politik wurde bereits vom IV. RGI-Kongreß, vom VI. Weltkongreß und den folgenden Tagungen des Präsidiums des EKKI und des ZK der KPD abgelehnt. Diese Plattform ist zugleich ein Versuch, die leninistische Auffassung, über das Wesen, die Strategie, Taktik und Organisation der Partei zu revidieren. Die Behauptung der Versöhnler, daß ihre Differenzen mit der Partei und der Komintern nur taktischer Natur sind, stimmen überein mit den Methoden der Liquidatoren, die auch versuchten, vor der Partei und der Arbeiterschaft durch solche Manöver ihre grundsätzlichen Auffassungen zu verschleiern. Die Versöhnler stellen in allen entscheidenden Punkten der Taktik des VI. Weltkongresses und der Partei ihre eigene, opportunistische Taktik gegenüber (Ruhrkampf, Betriebsrätewahlen, Maikämpfe, Stellung zur Sozialdemokratie usw.). Die Partei wird alles tun, um jene wenigen Genossen, die mit bestimmten Auffassungen der versöhnlerischen Gruppe sympathisieren, von der Richtigkeit der Parteibeschlüsse zu überzeugen und für die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse zu gewinnen.

Die Tiefe der politischen Differenzen unserer Partei mit dieser halb-menschewistischen Gruppe findet ihren Ausdruck in dem fraktionellen Charakter des Kampfes der Versöhnler. Unter der Forderung nach „Diskussionsfreiheit“ versuchen sie, das „Recht“ auf Fraktions- und Zersetzungsarbeit durchzusetzen. In der Frage der Parteidisziplin legen die Versöhnler ein rein

formales Bekenntnis ab und erklären zugleich, daß die wirkliche Durchführung der Disziplin unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich sei. Damit bringen sie zum Ausdruck, daß sie lediglich einen günstigeren Zeitpunkt für den offenen Fraktionskampf und den offenen Bruch mit dem Bolschewismus wählen wollen.

Die Versöhnler haben bereits die Rolle der Rechten in der Partei übernommen. Ebenso wie die Liquidatoren und die Sozialdemokraten führen sie eine Verleumdungskampagne über die „Isolierung der KPD“, ihren „krisenhaften Zustand“, die „Durchführung des Ruth-Fischer-Kurses“, die „Mißerfolge der neuen Taktik“, die „verfehlte Taktik während der Maiereignisse“ usw. Damit liefern sie nicht nur Verleumdungsmaterial für den Klassenfeind, sondern betätigen sich als parteizersetzende Fraktion. Wenn die Versöhnler diese opportunistische Politik nicht aufgeben, werden sie unvermeidlich den Weg der Liquidatoren gehen.

Die Plattform der Versöhnler bedeutet zugleich den Versuch, alle versöhnlerischen Elemente in der Kommunistischen Internationale auf einer ideologischen und organisatorischen Grundlage zusammenzufassen und gegen die Beschlüsse der Komintern zu mobilisieren.

Der Parteitag stellt an die Unterzeichner der Plattform und an alle Anhänger dieser Fraktion folgende Forderungen:

1. Aufgeben des halb-menschewistischen Standpunktes und Anerkennung des fraktionellen Charakters ihrer dem Parteitag vorgelegten Plattform.
2. Sofortige Auflösung der Fraktion und aller gruppenmäßigen Verbindungen.
3. Disziplinierte Durchführung und Verteidigung der Parteitagsbeschlüsse und aller Anweisungen der Parteiführung.

Der Parteitag beauftragt das neugewählte Zentralkomitee, es soll gemeinsam mit der Exekutive der Komintern die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zur Sicherung der Einheit der Partei und der disziplinierten Durchführung der Parteitagsbeschlüsse treffen.

Ich möchte ganz kurz zu dem Antrag selbst folgendes sagen: Die Versöhnler müssen sich heute entscheiden. Es gibt für die Partei und auch für die Versöhnler nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Versöhnler geben ihr Treiben und Spiel mit der Partei auf, oder die Partei wird auf Grund des Beschlusses, den wir dem Parteitag vorgelegt haben, die Frage an sie stellen müssen - entweder mit der Kommunistischen Partei oder mit dem Klassenfeind. Ein Drittes kann es in dieser Situation nicht geben. Das neue Zentralkomitee, das vom heutigen Parteitag gewählt werden wird, muß diesen Beschluß durchführen. Es ist ganz klar, daß wir die Fraktion der Versöhnler oder wie sie sich in ihrem Dokument nennen, die „Richtung“ der Versöhnler in der Partei rücksichtslos liquidieren müssen.

In der bolschewistischen Partei kann es keine zwei Richtungen oder Fraktionen geben. Die Kommunistische Partei ist kein Mischmasch von Richtungen, sondern eine einheitliche Partei mit einheitlichen Prinzipien und einheitlicher Taktik und Organisation. Die Versöhnler versuchen dasselbe zu tun, was die Brandleristen und Trotzlisten stets getan haben. Aber die Partei wird keine Revision des Leninismus dulden. Die Partei wird mit den schärfsten und strengsten Maßnahmen die Reinheit und Unversöhnlichkeit des bolschewistischen Kurses wahren und die Versöhnler, wenn sie sich nicht für die Partei, sondern für den Klassenfeind entscheiden, als Offiziere ohne Mannschaften aus den Reihen der revolutionären Avantgarde des Proletariats davonjagen.

Zum Schluß noch folgende Bemerkungen: Die Frage des Kampfes gegen die Liquidatoren und gegen die Versöhnler innerhalb der Partei ist nicht nur, eine Frage der deutschen Partei sondern eine Frage der gesamten Komintern. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die jetzige Plattform der deutschen Versöhnler schon den Entwurf einer internationalen Plattform des feigen Opportunismus für die in diesen Tagen stattfindende Exekutivsituation darstellt. Nach der Darstellung, die ich bereits in meinem Referat über die Entwicklung unserer

Parteien gegeben habe, ist es klar, daß die Kommunistische Internationale entsprechend der höheren Reife aller Sektionen und den Erfordernissen der neuen Taktik in allen Ländern restlos die Versöhnler liquidieren muß, so wie das in der deutschen Partei geschieht. Wir können von dieser Stelle aus allen unseren Bruderparteien sagen: Je energischer wir die Versöhnler liquidieren, je schneller wir alle Schwankungen in der Partei überwinden, die durch die Versöhnler nur gestärkt werden, desto rascher wird eine solche Entwicklung eintreten, die die Partei gut allen Gebieten vorwärtsbringen muß. Die in der Partei vorhandenen Schwankungen erfahren eine besondere Verstärkung durch die Versöhnler, wie sich dies bei der Durchführung der neuen Taktik in den letzten Monaten überall gezeigt hat.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf einige Fragen einzugehen, die von den Genossen, die mit uns in der Durchführung der neuen Linie übereinstimmen, aufgeworfen wurden. Es handelt sich um die Frage der Durchführung der Konzentrationspolitik, wie sie auf dem Essener Parteitag beschlossen und begonnen wurde. Zwei Tatsachen will ich hier herausgreifen. Erstens die Ausführungen, die der Genosse Benseidt gemacht hat und die wir auf das allerschärfste verurteilen müssen. Genosse Benseidt wagte es zu behaupten, daß die Parteiführung nach Essen - aber das ist nicht nur ein Vorwurf für die Parteiführung, sondern für die Gesamtpartei - „einen reformistischen Kurs durchgeführt“ habe. Doch mit den Tatsachen, die er anführte, erbrachte Genosse Benseidt keineswegs den Beweis für seine ungeheuerlichen Behauptungen. Die politische Linie der Partei war richtig, obwohl einzelne Fehler zu verzeichnen waren. Die innerparteiliche Entwicklung hatte verschiedene Mängel, die darauf beruhten, daß wir zu spät den innerparteilichen Kurs der Änderung der objektiven Situation anpaßten, um die notwendigen Garantien zur Durchführung unserer Beschlüsse zu schaffen. Haben wir aber diese Tatsachen geleugnet; sind diese Fehler und Schwierigkeiten in der Entwicklung nicht von uns aufgezeigt worden? Haben das nicht auch andere Genossen von der Tribüne des Parteitages sehr richtig ausgesprochen?

Aber auch andere Genossen außer Benseidt haben die Konzentrationspolitik, wie wir sie in Essen festgelegt haben, als falsch bezeichnet. Wenn eine solche Behauptung aufgestellt wird, so macht man einen ähnlichen Schritt wie der Genosse Benseidt, der sogar von einem „reformistischen Kurs der Parteileitung“ sprach. Das bedeutet, um es ganz klar auszusprechen, daß die Beschlüsse des Essener Parteitages nicht nur innerparteilich, sondern politisch falsch waren. Also eine Anklage gegen die Beschlüsse des Essener Parteitages, die nicht wenige Genossen, die auf dem diesjährigen Parteitag sind, mitbeschlossen haben, wodurch sie sich selbst anklagen. Die Konzentrationspolitik auf den verschiedenen Stufen der Parteientwicklung kann man nicht so behandeln, daß man schon in Essen die Entwicklung der heutigen Ewert-Meyer-Gruppe zu einer opportunistischen und deshalb parteifeindlichen Richtung voraussehen konnte. Betrachten wir die Geschichte der bolschewistischen Partei von den ersten Auseinandersetzungen im Jahre 1903 über organisatorische Streitfragen zwischen den Bolschewiki und Menschewiki, zwischen Lenin einerseits und Axelrod-Martow andererseits. In einer so „einfachen“ Frage, einer organisatorischen Frage, wer Mitglied in der bolschewistischen Partei sein kann, zeigten sich die grundsätzlichen Auffassungen zweier großer Gruppierungen innerhalb der Partei. Prüfen wir die folgenden Stufen der Parteientwicklung in den nächsten Jahren bis zum Roten Oktober 1917, so sehen wir hier nicht nur den Kampf der bolschewistischen und der menschewistischen Strömung, sondern den Kampf zwischen den Anhängern Lenins und den Otsowisten, die den richtigen leninistischen Kurs, der sich aus jener schwierigen Situation der Partei ergab, nicht verstanden. Nehmen wir die weiteren Entwicklungsstufen der bolschewistischen Partei nach der Machteroberung im Zusammenhang mit den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus. Auch hier sehen wir eine Veränderung der führenden Kader, die sich aus der veränderten objektiven Lage und den veränderten Aufgaben ergeben hatte. Jede Entwicklungsstufe in der Partei muß bestimmte Voraussetzungen in ihrer allgemeinen Politik haben. In Essen war für die Partei

keineswegs vorauszusehen, daß sich der Genosse Ewert mit anderen Genossen zu einer parteifeindlichen Gruppierung entwickelt. Sonst hätte man nicht seine Zustimmung dazu geben können, daß sie damals in die Parteiführung aufgenommen wurden. Einige Genossen behaupten jetzt, daß die Beschlüsse von Essen falsch gewesen sind. Aber die Führung der Partei kann solche Beschuldigungen nicht ruhig hinnehmen, denn sie beziehen sich auf eine ganze Etappe der Politik der Partei und der Parteientwicklung, die von der Komintern vollständig gebilligt wurde. Es ist ganz klar, daß in dem Maße, wie das Bewußtsein für die Aufgaben und das Verständnis für die Anwendung der neuen Taktik wachsen, auch der Reifegrad der Mitgliedschaft in der Orientierung der innerparteilichen Entwicklung als Ganzes größer wird.

Ich schalte dabei keineswegs die Führung der Partei aus. Und wenn besonders die frühere engere Führung der Partei in der Anwendung der Konzentrationspolitik Fehler begangen hat, so müssen wir an die neue Führung noch größere Anforderungen stellen, damit das ZK der deutschen Kommunistischen Partei ein wirklicher bolschewistischer Generalstab wird und seine Aufgaben in der Organisation der proletarischen Revolution voll und ganz erfüllt.

In einer bolschewistischen Partei muß man die Frage der Führung anders stellen als in jeder anderen Partei. Wovon hängt sie ab? Von der allgemeinen politischen und innerparteilichen Entwicklung der Partei. Man kann nicht die innerparteiliche Entwicklung von der gesamten allgemeinen politischen Situation trennen. Wie wir in der allgemeinen Politik keine Etappe überspringen können, so können wir zum Beispiel auch in der innerparteilichen Entwicklung keine Stufen übergehen. Hätten wir am 1. Mai die Frage des bewaffneten Aufstand gestellt, hätten wir verschiedene Etappen der Entwicklung übersprungen. Hätten wir, um ein innerparteiliches Beispiel zu zeigen, in Essen die Frage der Nichtaufnahme der sich zu den Rechten entwickelnden Genossen in die Parteiführung gestellt, dann hätte die Partei damals kein Verständnis dafür gehabt.

Haben wir in der innerparteilichen Entwicklung nicht große, gewaltige Fortschritte gemacht? Ein Fehler, ein politischer Fehler, von dem kein Genosse gesprochen hat, war die mangelhafte Durchführung unserer Taktik nach dem Essener Parteitag, als wir zum Beispiel anlässlich des Kieler Parteitages der SPD nicht genügend die Beschlüsse dieses Parteitages in den Massen ausgenutzt haben. Wenn die Mehrzahl der Diskussionsredner nur die innerparteiliche Seite sieht, so ist das auch eine Schwäche, die in der Diskussion, bei der Behandlung der Grundprobleme, die im Aufgabenkreis der Partei stehen, zum Ausdruck kam.

Natürlich können wir die Forderungen, die die Genossen aus den Bezirken stellen - in bezug auf den Kampf gegen die Versöhner, die die Arbeit der Partei stark hemmen -, verstehen und haben volles Verständnis für diese Auffassungen. Wir wissen, daß diese Forderungen berechtigt sind, und wissen, daß die Partei größerer Geschlossenheit und Entschlossenheit denn je bedarf, um ihre Aufgaben durchzuführen und das Vertrauen der Mitgliedschaft zur Führung zu erweitern und zu festigen. Kameradschaftlichkeit und Solidarität müssen unsere Reihen noch fester als bisher zusammenschließen. Selbstkritik im Rahmen der Organisation wird eine höhere Stufe der innerparteilichen Entwicklung sowie die Vervollkommnung unserer allgemeinpolitischen Arbeit bringen. Gegenüber den Verleumdungen des Klassenfeindes müssen wir wie eine eiserne Mauer stehen. Nicht nur gegenüber den Brandleristen und Trotzlisten, sondern auch gegenüber dem Reformismus und der Bourgeoisie. Wenn über die Partei und ihre gewählte Führung irgendwelche feindliche Gerüchte verbreitet werden, haben wir alle ausnahmslos die Pflicht, alles zu tun, damit die Partei als Ganzes wächst, reift, stärker wird und ihre Feinde auf allen Gebieten schlägt..

Genossen! Ich komme zum Schluß. Die XVI. Parteikonferenz der KPdSU(B) und der XII. Parteitag der KPD sind Etappen der Stärkung der Kommunistischen Internationale. Dort, im Vaterlande des Weltproletariats, stehen die gewaltigen Probleme des grandiosen Aufbaus des Sozialismus, des Fünfjahrplans, aus dem ich nur einige Zahlen in meinem Referat anführen

konnte; dort sind ebenfalls große Schwierigkeiten und Lücken bei der Durchführung der Arbeit vorhanden. Hier in Deutschland haben wir die großen Probleme des Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Wenn man den gemeinsamen Kampf des Weltproletariats gegen die Weltdiktatur der Bourgeoisie überblickt, so muß man feststellen, daß wir überall große Erfolge errungen haben.

Der Weddinger Parteitag war im Gegensatz zum Magdeburger Parteitag ein Symbol der Verbundenheit der Kommunistischen Partei mit den unterdrückten Massen, was durch die Tatsache, daß unzählige Betriebe und Vertreter von Massenorganisationen den Parteitag begrüßten, durch die gestrige Demonstration der Zehntausende, die die ungeheure Sympathie der Massen zur Partei zeigte, noch einmal bestätigt wurde. Wir sehen das wachsende Vertrauen der werktätigen Massen in Berlin und ganz Deutschland zur Partei. Um so mehr sind wir verpflichtet, aus den Massen unsere Kraft zu schöpfen, die revolutionären Energien der unterdrückten Schichten und insbesondere jener am schärfsten ausgebeuteten, am schwersten unterdrückten Unterschichten des Proletariats, der Arbeiterinnen, der Jungarbeiter und der Landarbeiter, zusammen mit den Industriearbeitern für unsere große Befreiungssache zu mobilisieren und zu entwickeln. Mit den Massen müssen und werden wir vorwärtsmarschieren. Wenn der Riese deutsches Proletariat seine Kraft erkennt, dann wird er unter Führung der KPD den entscheidenden Angriff auf den Klassenfeind vornehmen, die Bourgeoisie und den Sozialfaschismus zermalmen, seine Diktatur errichten und den Weg zum Kommunismus zusammen mit den Proletariern aller Länder beschreiten.

Vorwärts zu neuen Kämpfen, vorwärts zu neuen Siegen! - das muß die Parole des XII. Parteitages der KPD sein.

*„Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale),
Berlin-Wedding, 9. bis 16. Juni 1929“,
S. 49-101 und 409-426.*

X. PLENUM DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Moskau, 3. Juli bis 19. Juli 1929

Über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale

Aus der Rede vom 10. Juli 1929

Wenn wir unsere revolutionäre Politik in den kapitalistischen Ländern und auch in den Kolonialgebieten erfolgreich durchführen wollen, so ist die Voraussetzung hierfür in allen Parteien, daß sie besonders in der Anwendung der neuen Taktik und auch in den innerparteilichen Fragen völlige Klarheit haben. Ich glaube, man kann allen Delegierten des X. Plenums des EKKI die ernste Frage vorlegen, ob die deutsche Partei imstande gewesen wäre, ihre Politik so durchzuführen, wie es notwendig ist, wenn sie zögernd und schwankend den Kampf gegen den Opportunismus in den eigenen Reihen aufgenommen und durchgeführt hätte. Keineswegs! Nicht im entferntesten! Nur durch die rücksichtslose Schärfe des Kampfes gegen den Opportunismus in unseren eigenen Reihen war es möglich, den Widerstand in der Partei gegen die neue Taktik und die organisatorisch-politische Wendung, die wir nach dem VI. Weltkongreß durchgeführt haben, auf ein Minimum herabzudrücken. Wir hatten neben den ausgeschlossenen Liquidatoren und den Versöhnlern auch noch schwankende Elemente in der Mehrheit der Partei.

Auf dem VI. Weltkongreß stimmten in den verschiedenen Delegationen Genossen den Beschlüssen zu, obwohl sie ihnen in Wirklichkeit schwankend gegenüberstanden. Sogar in der deutschen Partei haben wir auf diesem Gebiete vom Essener bis zum Weddinger Parteitag verschiedene Fehler in der Durchführung des innerparteilichen Kurses begangen, aus denen wir unsere Lehren sehr bald gezogen haben - zum Beispiel in der Frage der Konzentration. Auf dem Essener Parteitag hatten wir die Frage der Konzentration richtig gestellt, als wir den Genossen Meyer und seine Freunde zur politischen Führung der Partei mit heranzogen. Aber in der Entwicklung von der zweiten zur dritten Periode war diese Art Konzentration nicht mehr ganz richtig, weil es sich gezeigt hatte, daß diese Genossen in der politischen Entwicklung zurückgeblieben waren. Wir haben Fehler gemacht, zum Beispiel in der Frage Thalheimer und Brandler, in der Frage der Durchführung des innerparteilichen Kurses, wie sie in den Beschlüssen auf dem IX. Plenum festgelegt wurden, usw. Wir haben aus diesen Fehlern gelernt und gesehen, daß die Selbstkritik nicht eine Methode um der Kritik willen sein darf, sondern daß wir sie mit dem pulsierenden Leben der Partei und mit der Steigerung des Klassenkampfes verbinden müssen.

Ich erlaube mir die Bemerkung, daß auf dem VI. Weltkongreß noch bei verschiedenen Parteien große Widerstände gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses bestanden. Widerstände nicht in der Form, daß die Delegationen offen gegen die Beschlüsse auftraten, daß diese Widerstände offen zum Ausdruck kamen, aber in der Tendenz zeigten sie sich bei der Behandlung der verschiedenen Probleme in den Kommissionen und Delegationen. Diese abweichenden Tendenzen, die damals schon feststanden, verstärkten sich immer mehr bei den innerparteilichen Kämpfen in der Komintern, besonders in der KPdSU(B), in der deutschen Partei, in der tschechoslowakischen Partei usw., oft in sehr starker, explosiver Form. Auf dem VI. Weltkongreß gab es viele Delegierte, die die harte, unversöhnliche Sprache und den Kampf nicht verstanden, den die Mehrheit der deutschen Delegation zum Beispiel gegen die Versöhnler mit Ewert an der Spitze auf dem VI. Weltkongreß führte. Das führte zum Beispiel dazu, daß auf dem Plenum des VI. Weltkongresses noch gesagt wurde, keiner denke daran,

den Genossen Ewert aus dem Polbüro herauszunehmen, wenn er, gemeinsam mit der Partei, diszipliniert die Beschlüsse des VI. Weltkongresses durchführt.

Wenn wir den Kampf gegen die Versöhnler nicht richtig und scharf durchführen, wenn wir nicht verstehen, ernsthaft gegen sie zu kämpfen, dann kann uns die Entwicklung bis zum XI. Plenum verschiedene Verluste bringen und nicht die entschlossene Führung, die absolut notwendig ist. Nehmen Sie die Behandlung des Falles des Genossen Serra durch die italienische Partei. Das bekannte Dokument Serras stimmt in den Grundfragen mit der Grundlinie der Komintern nicht überein. Über die Frage der Stabilisierung schreibt Serra:

„Die deutschen Genossen sagen, daß die Stabilisierung der deutschen Bourgeoisie faul ist. Das bedeutet, daß man sich außerhalb der Entwicklung der Ereignisse stellt.“

Serra begreift gar nicht, daß er schon außerhalb der Entwicklung der revolutionären Ereignisse steht. Er sagt weiter:

„Genosse Stalin behauptet, daß der gegenwärtige Kampf der Arbeiterklasse die kapitalistische Stabilisierung untergräbt und erschüttert, das bedeutet, daß man den kommunistischen Parteien den Ausblick auf den Grad der Entwicklung verschleiert.“

Hier die gleiche falsche Einschätzung der dritten Periode. Es heißt ferner in dem Dokument im Gegensatz zum Programm der Kommunistischen Internationale:

„Die zwei Parolen ‚Produktionskontrolle und Betriebsräte‘ werden unzertrennbar, sobald die Bewegung der Betriebsräte zu einer ernsten Sache geworden ist.“

Nun, die Bewegung der Betriebsräte ist bereits zu einer ernsten Sache geworden. Dadurch wäre es nach Serra notwendig, die Frage der Losung der Produktionskontrolle zu stellen. Über das EKKI sagt Genosse Serra:

„An der Spitze der KI ist man nach anfänglichem Zögern immer entschlossener vorgegangen, um einen nicht wiedergutzumachenden Zustand zu schaffen und den Abgrund zu vertiefen.“

Hier und auch schon vorher bekämpft er die Durchführung des richtigen bolschewistischen Kurses mit den schlimmsten Verdrehungen.

Und zuletzt, in der Frage der Taktik der KPdSU(B), ihrer Arbeit und ihres scharfen Kampfes gegen alle kapitalistischen Elemente, hat Genosse Serra gleichfalls eine der Parteilinie entgegenstehende Auffassung. Es heißt unter anderem in dem Dokument:

„Es besteht eine Kulakengefahr, aber in der gegenwärtigen Lage liegt diese Gefahr abseits des Lebens.“

So kann nur ein Mann sprechen, der fern vorn Leben steht oder bewußt die Entwicklung der Klassenkräfte falsch einschätzt.

Wenn ein führender Genosse ein solches Programm vorlegt, dann müssen wir die Frage anders stellen, als sie vom Polbüro der italienischen Partei gestellt wurde, wo man sagt, „weil Genosse Serra sich verpflichtet hat, seine Ideen in keiner Weise zu propagieren“. Was heißt „seine Ideen“? Es handelt sich hier nicht um Ideen, es handelt sich hier um ein neues Programm gegen die Kommunistische Internationale.

Was wäre zum Beispiel, wenn ein Genosse der Komintern die Losung des religiösen Sozialismus aufstellte oder wenn ein Genosse die Einführung der bürgerlichen Demokratie in der Sowjetunion forderte? Es handelt sich also nicht nur um die Frage der Gruppenzugehörigkeit, sondern wir müssen mit der reiferen Entwicklung der Parteien auch

die Frage des schärferen organisatorischen Kampfes gegen solche Genossen stellen, die bestimmte, der Grundlinie der Kommunistischen Internationale widersprechende Anschauungen vertreten. Zumindest müßte in der Resolution die Frage gestellt werden, ob Serra sich verpflichte, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und des ZK der italienischen Partei aktiv durchzuführen, und zweitens, ob er bereit sei, sein politisches Dokument sofort zurückzuziehen.

Einige Bemerkungen zu den Versöhnlern im internationalen Maßstabe. Man kann den Standpunkt der Versöhnler so kennzeichnen, daß sie in drei Grundfragen andere Meinungen haben als die Komintern. Erstens in der Einschätzung der gesamten internationalen Lage; daraus ergibt sich zweitens die große Differenz in der Anwendung der neuen Taktik und drittens die Forderung, die sie auf allen Gebieten des innerparteilichen Lebens stellen: Umstellung der Funktionärkader in den Sektionen bis zur höchsten Spitze der Komintern. Natürlich wird die Komintern im Einverständnis mit den Parteien eine solche Zusammensetzung der Führung der Parteien durchsetzen, die die volle Garantie für die Durchführung unserer revolutionären Linie bietet.

Ich will aus dem ganzen Komplex der innerparteilichen Fragen nur die Erklärung der Versöhnler zum letzten Parteitag der KPD herausgreifen. Schon die Tatsache, daß die Versöhnler auf dem Weddinger Parteitag - obwohl wir in der Vorbereitung des Parteitages zuviel Demokratie walten ließen - nur durch einen Delegierten vertreten waren, beweist, daß sie zum Parteitag kamen als Offiziere ohne Mannschaften. Sie wagten es noch, eine Erklärung der Minderheit abzugeben. Schon die Bezeichnung „Minderheit“, wo gar keine Minderheit mehr besteht, ist lächerlich. Sie wurden in der Partei überall geschlagen. Dort, wo sie noch vor kurzem die vier wichtigsten Funktionen einer Parteileitung innehatten, im Bezirk Halle-Merseburg, bekamen sie nur noch einen von 17 Delegierten. In ihrem Fraktionsdokument sagen die Versöhnler folgendes:

„Die Differenzen, die wir mit der Führung der Partei und teilweise auch mit der Exekutive der KI haben, sind ausschließlich taktischer Natur. Wir haben eine andere Einschätzung der gegenwärtigen Lage als die, wie sie von der Mehrheit insbesondere nach dem VI. Weltkongreß entwickelt worden ist, gerade, weil wir auf dem Boden des VI. Weltkongresses stehen. Wir sind mit der Taktik der Partei auf dem Gebiete der Massenpolitik nicht einverstanden. Wir sind Gegner des gegenwärtigen innerparteilichen Kurses. Die Partei hat gegen uns entschieden. Wir sind überzeugt, daß diese Entscheidung falsch ist. Wir wissen, und die Geschichte der Partei beweist dies, daß im Laufe der Entwicklung die Bedingungen des revolutionären Kampfes eine Korrektur der gegenwärtigen falschen Politik herbeiführen werden.“

Das ist nur ein Teil des Dokumentes, das etwa elf Seiten lang ist. Wir nahmen dazu Stellung, und der Parteitag stellte drei Forderungen an die Versöhnler. Erstens: Aufgeben des halbmenschwistischen Standpunktes und Anerkennung des fraktionellen Charakters ihrer, dem Parteitag vorgelegten Plattform. Zweitens: Sofortige Auflösung der Fraktion und aller gruppenmäßigen Verbindungen. Drittens: Disziplinierte Durchführung und Verteidigung der Parteitagsbeschlüsse und aller Anweisungen der Parteiführung.

Dieser einstimmige Beschluß zwang die Versöhnler zur Stellungnahme. In den beiden letzten Fragen kapitulierten sie. Auf die erste Frage, ihre Plattform, die von neun Genossen unterschrieben war, als eine fraktionelle Plattform anzuerkennen und zurückzuziehen, gaben sie keine befriedigende Antwort. Es besteht kein Zweifel darüber, daß noch ein Teil der Versöhnler - einer ist bereits während des Parteitages zu den Liquidatoren übergegangen - die Partei verlassen wird, ein anderer Teil wird vielleicht zu der Parteilinie zurückkommen. Der größere Teil der Versöhnler wird aber allem Anschein nach seine Fraktionsarbeit gegen die Linie der Partei und der Komintern fortsetzen.

Diese innerparteilichen Probleme, die die deutsche Partei hatte, haben auch heute noch andere Parteien in den kapitalistischen und auch in den kolonialen Ländern. Wir wissen, daß die

deutschen Versöhnler nur ein Teil der internationalen Opportunisten in der Komintern sind. In ihrer, dem Parteitag vorgelegten Plattform schreiben sie, daß sie auch Differenzen mit dem EKKI haben. Das ist ebenfalls ein Zeichen dafür, daß sie eine internationale Gruppierung innerhalb der Komintern sind. Wir müssen uns hier auf dem X. Plenum der Exekutive klar darüber sein, daß die Führung des Versöhnertums und der rechten Abweichungen bei den russischen Opportunisten liegt, bei der Gruppe Bucharin, Tomski usw. Ist dies eine neue Erscheinung in der internationalen Geschichte? Keineswegs! So wie die Kommunistische Partei der Sowjetunion in der Komintern die führende Rolle bei der Entwicklung und Bolschewisierung der kommunistischen Parteien anderer Länder spielt, so wie sie vor allem im Kampf gegen den Opportunismus in unseren eigenen Reihen allen Sektionen auf das aktivste hilft und darin ein unübertroffenes Beispiel für uns alle abgibt, so üben alle opportunistischen Gruppierungen in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eine magnetische Anziehungskraft auf alle faulen, entarteten Elemente in der Komintern aus.

Diese desorganisierende und zersetzende Rolle hat der Trotzismus vor einigen Jahren in der Komintern gespielt. Diese Gruppe ist heute gemeinsam mit den „Ultralinken“ in den verschiedenen Ländern geschlagen und zerschlagen. Trotzki wurde von seinem Schicksal ereilt. Diejenigen Funktionen, die damals Trotzki ausübte, werden heute von Bucharin in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und von seinen Freunden in der Komintern ausgeübt. Vielleicht ist es nicht allen Delegierten auf dem Plenum bekannt, daß Bucharin schon vor dem VI. Weltkongreß versuchte, hinter dem Rücken des Polbüros eine Fraktion zu organisieren, wie das aus dem bekannten Gespräch mit Kamenew hervorgeht. Der VI. Weltkongreß analysierte den Kampf gegen die rechte Gefahr als die Hauptgefahr in der Komintern und verpflichtete alle führenden Genossen, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in allen Sektionen gegen die rechten Auffassungen den entschiedensten Kampf zu führen. Bucharin hemmte und bekämpfte die Durchführung dieser leninistischen Linie der Komintern. Wir können von dieser Stelle aus sagen, daß der Kampf gegen den mit linker Phraseologie maskierten Opportunismus unendlich schwerer war als der Kampf gegen die heutige Rechtsopposition.

Warum ist dieser Kampf schwerer gewesen? Erstens, weil diese Opposition mit linker Maske auftrat. Zweitens ist der Kampf gegen die heutige Rechtsopposition leichter und einfacher, weil wir in diesen Kämpfen der letzten Jahre gegen den Trotzismus und gegen die „Ultralinken“ viel gelernt haben und gewachsen sind. Die bolschewistische Partei wurde unter Führung Lenins erst fest, hart und gestählt im unversöhnlichen Kampfe gegen den Opportunismus und gegen das „linke“ Liquidatorentum. Die innerparteiliche Entwicklung in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und gleichzeitig auch in der deutschen Sektion, in der Kommunistischen Partei Frankreichs und in anderen Parteien sind ein gewaltiges Plus für die Durchführung unserer großen revolutionären Aufgaben.

Natürlich zeigen sich auch auf innerparteilichem Gebiete in der Entwicklung der deutschen Partei noch große Mängel und Unterlassungen. Bei der Durchführung der innerparteilichen Konzentration wurden viele Fehler gemacht. Aber wir haben auch andere Fehler begangen. Haben wir nicht solche Tatsachen zu verzeichnen, daß wir die Wendung der Bourgeoisie, ihre politische Umstellung manchmal viel zu spät feststellten? Wir stellten auf dem Weddinger Parteitag fest, daß unsere Partei, als auf dem sozial-demokratischen Parteitag in Kiel Hilferding seine berüchtigte Theorie „Heran an den Staat“ usw. aufstellte, nicht sofort die große politische Wendung begriffen hat, die sich in der Sozialdemokratie als ein entscheidender Schritt zum heutigen Sozialfaschismus vollzieht. Die Partei hat diese Wendung nicht sofort erkannt und dadurch die sofortige politische Umstellung bei uns versäumt. Die taktischen und organisatorischen Methoden der zweiten Periode sind nicht mehr ausreichend für die jetzigen Kampfformen und Organisationsmethoden der dritten Periode. Wie in vielen anderen Parteien müßte auch in Deutschland eine politische

Umgruppierung stattfinden. Die Führerkader müßten bis tief in die Mitgliedschaft ausgewechselt werden, um den Anforderungen, die die dritte Periode an uns stellt, gerecht zu werden. Wir können mit voller Verantwortung aussprechen, daß wir mitunter bereits „verkalkte“ Elemente in unseren Reihen haben. Sie sind nicht immer offene Anhänger von Versöhnern und Rechten, sondern führende Genossen, die hinter der revolutionären Entwicklung zurückgeblieben sind und die Aufgaben nicht so durchführen können, wie es in der heutigen Situation notwendig ist.

Ich will jetzt einige Probleme herausgreifen, die man noch besonders behandeln muß. Es gibt noch einige Fragen, die unklar sind, einige Punkte, bei denen wir noch nicht imstande sind, die Entwicklung genau zu präzisieren oder vorauszusagen. Nehmen wir zum Beispiel die Entwicklung der Müller-Stresemann-Regierung in Deutschland und die der englischen MacDonald-Regierung. Wir haben hier richtig die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus eingeschätzt. Es gibt darüber selbst in unseren Reihen noch einige taktische Meinungsverschiedenheiten, aber in der Grundlinie sind wir alle einer Meinung. Wir haben jetzt Länder mit verschiedenen faschistischen und sozialfaschistischen Herrschaftsmethoden und Herrschaftsformen. Erstens Länder mit der sogenannten bürgerlichen Demokratie, wo man versucht, mit neuen diktatorischen und faschistischen Mitteln die Arbeiterklasse niederzuschlagen, wie zum Beispiel Deutschland und England, wo der Sozialfaschismus als Regierungsform neu in Erscheinung tritt. Weiter haben wir die uns allen bekannte faschistische Herrschaftsform in Italien, wo Mussolini auch anfänglich verschiedene Methoden anwandte und etwa drei Jahre brauchte, um ein solches System auf- und umzubauen.

Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus, die sich auf dem Magdeburger Parteitag zeigte, ist von größter Bedeutung für uns und die Arbeiterklasse. Die Äußerungen von Wels und Severing in der letzten Zeit über die „Diktatur der Demokratie“ usw. beleuchten und bestärken diese Orientierung. Die bürgerliche Demokratie ist bankrott, die Bourgeoisie sucht nach neuen Methoden der politischen Unterdrückung und Niedermetzlung der Arbeiterklasse, worin sie von den Sozialfaschisten auf das aktivste unterstützt wird. Wir müssen ferner in diesem Moment signalisieren, daß sich neue Formen der Militarisierung zeigen können und zeigen werden, zum Beispiel die Militarisierung der Gewerkschaften unter Führung der Sozialfaschisten, die Militarisierung des Reichsbanners, wie sie durch den preußischen Innenminister angedeutet wurde. Die revolutionäre Problemstellung, die Entwicklung der ökonomischen Kämpfe zu politischen Kämpfen, die Frage der Streik- und Massenstreikleitungen, ihre Legalität und Illegalität will ich hier nicht behandeln - diese Fragen werden im Gewerkschaftsreferat behandelt -, ebenfalls nicht die Frage der schnellen organisatorischen Verankerung in den Massen. Das gleiche gilt für die Frage des revolutionären Vertrauensmännerkörpers. Eine sehr wichtige Frage ist die militärpolitische Arbeit in allen unseren Parteien auf allen Gebieten der revolutionären Arbeit. Ferner die Frage der Schaffung von Selbstschutzorganen zur Verteidigung der Demonstrationen, der streikenden Arbeiter gegen die Übergriffe der Polizei, der Versammlungen, unserer Funktionäre und Redner usw., wie das zum Beispiel am 1. Mai in Berlin notwendig war.

Die letzte Frage, die für die innerparteiliche Orientierung gleichfalls eine Rolle spielt, ist die Frage, wie unsere Sektionen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses popularisiert und in die proletarischen Massen hineingetragen haben. Die Beschlüsse des VI. Weltkongresses beziehen sich auf folgende Gebiete:

Erstens die Ausnutzung der Beschlüsse in der Partei selbst; zweitens die Orientierung in unserer Presse; drittens besondere Kurse über den VI. Weltkongreß und die dort behandelten Probleme; viertens die Frage der Beeinflussung der Massen außerhalb der Partei und ihre Orientierung über die revolutionäre Entwicklung in der Welt und über unsere Aufgaben; fünftens die allgemein-politische Arbeit unter den Werktätigen; sechstens die Ausnutzung und

Popularisierung der Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses.

Wir haben eine Partei, in der die Popularisierung der Beschlüsse tatsächlich durchgeführt worden ist. Die KPdSU(B) hat in Diskussionen, durch verschiedenes Material, durch besondere Informationen diese Popularisierung durchgeführt.

Das ist nicht nur eine Frage der inneren Reife, sondern besonders eine Frage der Stärkung des Internationalismus, da auf dem VI. Weltkongreß die Frage der kämpfenden Arbeiter der imperialistischen Länder, der kämpfenden Kolonialvölker und der absoluten Solidarität der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion mit allen Unterdrückten der ganzen Welt im Vordergrund der Beratungen stand. Obwohl wir hier im allgemeinen große Schwächen zu verzeichnen haben, können wir auch auf diesem Gebiete einen Fortschritt feststellen. Unsere gewaltige Stärke im Kampf gegen unsere Klassenfeinde ist es, daß wir ideologisch reifer werden und dabei im Kampfe gegen alle Schattierungen des Opportunismus in unseren eigenen Reihen wachsen und nicht „entarten und zerfallen“, wie es die Liquidatoren und Versöhnler behaupten.

Wir können sagen, daß die dritte Periode eine Periode der gewaltigsten sozialen Verschiebungen sowohl in den kapitalistischen Ländern als auch in der Sowjetunion ist. In den kapitalistischen Ländern bedeutet die dritte Periode eine scharfe Zuspitzung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung, deren Erschütterung, den Übergang der Arbeiterklasse zum Gegenangriff auf die Bourgeoisie und den erbittertsten Kampf zwischen Kommunismus und Sozialfaschismus um die Mehrheit der Arbeiterklasse. In der Sowjetunion bedeutet die dritte Periode den Übergang von der Periode des Wiederaufbaus zur Periode der Rekonstruktion, die gigantische Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente, die stürmische Entwicklung der kollektiven Wirtschaftsformen. Wenn wir die dritte Periode so einschätzen, dann sind die Anforderungen an die Kommunistischen Parteien und auch an die KPdSU(B) gewaltig. Deshalb steht vor allen Parteien die bedeutsame Aufgabe der Säuberung der Reihen der kommunistischen Parteien von dem opportunistischen Ballast. Ich möchte hier auf dem X. Plenum die Behauptung aufstellen, daß bis zum nächsten Plenum des EKKI aus der Kommunistischen Internationale noch eine Reihe von Renegaten ausgestoßen werden müssen. Das liegt in der ganzen Entwicklung begründet, weil der Klassenfeind schärfer auf uns eindringt, unsere Parteien aktiver und lebendiger auftreten müssen und weil die Geschichte viel schneller fortschreitet, als manchmal selbst führende Genossen in der Lage sind mitzukommen. Deswegen auch die Verschärfung der innerparteilichen Konflikte in verschiedenen Parteien. In dieser Zeit, wo wir den Kampf energischer und revolutionärer führen müssen gegen den kapitalistischen Staat, gegen den Reformismus, gegen den Faschismus und die sozialfaschistische Diktatur, wo das Proletariat in allen Teilkämpfen zum politischen Kampf stets und immer bereit sein muß, wo wir unsere Teilforderungen agitatorisch verbinden müssen mit dem Kampf um die Aufrichtung der proletarischen Diktatur, müssen wir alles in der Agitation ausnutzen, womit der neue Aufschwung des sozialistischen Aufbaus, der sich in dieser gewaltigen Rekonstruktionsperiode in der Sowjetunion vollzieht, illustriert werden kann.

Was ist das Neue, das Bedeutsame in dem gewaltigen Rekonstruktionswerk der Sowjetunion, was wir besonders in der Agitation ausnutzen müssen? Wir sehen in der Sowjetunion neue Formen der Entwicklung der proletarischen Diktatur, Aufstiegsmöglichkeiten, die wir vor einigen Jahren noch nicht voraussehen konnten. Die Entwicklung der sozialistischen Industrialisierung verläuft jetzt in einem so rasenden Tempo, daß selbst - wie Genosse Molotow schon gestern sagte - sehr oft die Pläne, die für die nächsten Wochen und Monate aufgestellt sind, durch die Tatsachen überholt werden.

Was ist die notwendigste Aufgabe für alle unsere großen Sektionen in dieser Situation? Wir müssen die Massen überzeugt und offensiv gegen die kapitalistische Wirtschaft, gegen den kapitalistischen Staat mobilisieren und sie für das sozialistische Wirtschaftssystem gewinnen,

das heißt für den Sturz des Kapitalismus im eigenen Lande. Wir müssen auf die Entwicklung der Sowjetunion unter der proletarischen Diktatur hinweisen, wie sie sich in den letzten elf Jahren seit dem Sieg der russischen Revolution vollzogen hat. Die jetzige außerordentlich günstige Entwicklung in der Sowjetunion, bei allen ihren Schwierigkeiten, gibt uns Gelegenheit genug, diese Aufgabe so zu stellen und die Grundfragen zu zeigen. Dort zum Beispiel die kapitalistische Rationalisierung mit immer neueren und schärferen reaktionären Ausbeutungsmethoden und hier die sozialistische Rationalisierung mit neuen Methoden der Entwicklung auf der Basis der Verbesserung der Löhne, der Einführung des Siebenstundentages in den wichtigsten Industriezweigen, auf der Basis der kulturellen Freiheit des Proletariats usw.

Das sozialistische Prinzip der Planwirtschaft bleibt nicht auf die Industrie beschränkt. Es wird auf die Landwirtschaft ausgedehnt. Man kann sagen, diese Entwicklung zeigt, daß ein neues Blatt in der Geschichte der Menschheit eröffnet wird. Das, was wir in den kapitalistischen Ländern als allgemeine Losung aufstellen: Bündnis des Proletariats mit den werktätigen Bauern, ist heute in der proletarischen Diktatur bereits verwirklicht. Der jahrhundertealte Gegensatz zwischen Stadt und Land wird durch den mächtigen sozialistischen Aufbau, durch die Industrialisierung des Dorfes, die Kollektivierung der Bauernwirtschaften überwunden. Die gesamte Volkswirtschaft wird auf einer neuen, sozialistischen Grundlage planmäßig rekonstruiert. Das Bündnis zwischen dem Proletariat und den werktätigen Massen der Bauern unter Führung des Proletariats wird durch die Industrialisierung des Dorfes, durch Schaffung der Traktoren- und Maschinenstationen auf die Basis des produktiven Zusammenschlusses gestellt. Diese Entwicklung vollzieht sich nicht auf friedlichem Wege, wie zum Beispiel Bucharin und seine Freunde behaupten, auf dem Wege des Hineinwachsens der Kulaken in den Sozialismus, sondern im schärfsten Klassenkampf gegen die Kulaken und gegen alle kapitalistischen Elemente des ganzen Landes.

Ich will hier nur an die falschen Auffassungen erinnern, die von den Genossen Bucharin, Rykow und Tomski in den entscheidenden Lebensfragen des sozialistischen Aufbaus vertreten wurden. Wie war ihr Standpunkt in der Frage der Industrialisierung? Sie sprachen von einem überstürzten Tempo der Industrialisierung, sie schlugen vor, die Entwicklung der Schwerindustrie zugunsten der Leichtindustrie zu verlangsamen. Was bedeutet diese Forderung? Das Ergebnis davon wäre: größere Abhängigkeit der Sowjetwirtschaft von der kapitalistischen Weltwirtschaft. In der Frage des Verhältnisses des Proletariats zur Bauernschaft beschuldigen sie das Zentralkomitee des „feudalen Regimes“ gegenüber den Bauern. Sie schlugen vor, die „freie Entwicklung der Wirtschaftskräfte des gesamten Dorfes“, also auch der Kulaken, zu gewährleisten. Sie wandten sich gegen die Politik des Ausbaus des sozialistischen Sektors, gegen die Entfaltung der Sowjet- und Kollektivwirtschaften. Sie sprachen von der Degradation des Dorfes. Die Tatsachen haben ihre Auffassungen völlig widerlegt, wie es besonders Genosse Molotow auf diesem Plenum überzeugend dargelegt hat. Die Auffassung des Genossen Bucharin besteht darin, daß die kapitalistischen Elemente unter der Diktatur des Proletariats friedlich in den Sozialismus hineinwachsen und daß der Klassenkampf immer mehr abflaut. Wir sehen hier einen diametralen Gegensatz zwischen ihm und den Auffassungen Lenins. Lenin sagte über diese Übergangsperiode unter anderem folgendes:

„Die Aufhebung der Klassen ist das Werk eines langwierigen, schweren, hartnäckigen *Klassenkampfes*, der *nach* dem Sturze der Macht des Kapitals, *nach* der Zerstörung des bürgerlichen Staates, *nach* der Errichtung der Diktatur des Proletariats *nicht verschwindet* (wie sich das Flachköpfe vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird.“ [W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 558. *Die Red.*]

Am klarsten hat Frumkin die Ignorierung des Klassenkampfes vertreten, als er die Behauptung aufstellte, es sei für die proletarische Diktatur ganz gleich, von wo sie das Getreide bekommt. Frumkin sagte in seinem Brief:

„Man mag noch so schimpfen, ich muß erneut wiederholen, daß unter den gegebenen Verhältnissen, bei dem Mangel an landwirtschaftlicher Produktion jede Million Pud, ganz gleich von welcher Gruppe sie kommt, die Diktatur des Proletariats, die Industrialisierung festigt, jedes verlorene Pud Getreide schwächt uns.“

Hier sehen wir die falsche Ideologie, die direkte Kampfansage an die Partei, die direkte Ablehnung der Verschärfung des Kampfes gegen die kapitalistischen Elemente und insbesondere gegen die Kulaken.

Das sind nur einige Beispiele dafür, wie die Rechten und Versöhnler innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion uns durch ihre Taktik von dem Wege des Leninismus ablenken und gleichzeitig damit den Kampf der Komintern und des Weltproletariats gegen die Weltbourgeoisie schwächen wollen.

Nehmen wir nur die Entwicklung des Fünfjahrplans - soweit sie uns bekannt ist -, die glänzenden Fortschritte, die gewaltigen Erfolge, an die selbst führende Genossen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nicht geglaubt haben. Das Markanteste ist der Wettbewerb der Großbetriebe untereinander, nicht der Wettbewerb um mehr Lohn und besondere Anerkennung seitens der Brotherren, wie es in kapitalistischen Ländern der Fall ist, sondern ernste und innerste Selbstüberzeugung, Selbstinitiative, härteste kollektive Anstrengungen, um den sozialistischen Aufbau zu fördern und aktiv zu unterstützen. Nicht als Entwicklung einiger Betriebe, sondern wie ein elektrischer Strom, der durch Millionen von Proletariern, die in den Großbetrieben der Sowjetunion arbeiten, fährt, vollzieht sich dieser sozialistische Aufbau. Aber das Hervorstechendste ist die Vergesellschaftung der Landwirtschaft und ihr Kurs auf den sozialistischen Aufbau. Das Tempo dieser Entwicklung ist so rasend, daß selbst die Zahlen des Fünfjahrplans fast jeden Monat durch neue Tatsachen der Entwicklung als überholt betrachtet werden müssen. Natürlich sind noch große Schwierigkeiten und Mängel bei der Durchführung dieses großen Plans zu verzeichnen: die dauernde Sabotage verschiedener bürgerlicher Spezialisten und Ingenieure, die nicht genügend Kenntnisse mancher unserer Genossen auf dem Gebiete der technischen Wissenschaft, das Fehlen genügend qualifizierter Spezialarbeiter für die sofortige und schnelle Durchführung dieser großen technischen Umwälzung usw. Trotz alledem geht es unaufhaltsam vorwärts! Verbunden ist damit das steigende Vertrauen zur Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das steigende Vertrauen der Millionen parteiloser Arbeiter und Bauern zu dieser Politik, zu dieser gewaltigen Arbeit des proletarischen Staates. Wenn wir diese Frage international stellen, so können wir sagen, wer das Vertrauen der Massen zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion untergräbt, wer diese Entwicklung zu hemmen und zu stören versucht, der untergräbt die Autorität der Komintern und das Vertrauen des revolutionären Weltproletariats zu ihr. Deswegen hat diese internationale Stellungnahme gegenüber der Opposition eine sehr große Bedeutung. Diese Opposition sieht weder den neuen revolutionären Aufschwung, sie sieht weder die Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung noch den Übergang der Arbeiterklasse zum Gegenangriff und erst recht nicht die Aufgaben der Säuberung der Komintern von den Opportunisten.

Es ist bekannt, daß sich die innerparteiliche Orientierung dieser Gruppierung, die auch eine allgemein-politische Bedeutung besitzt, nicht von heute auf morgen entwickelt hat. Zur Zeit des VI. Weltkongresses gab es bereits in der Delegation der KPdSU(B) Meinungsverschiedenheiten. Es ist bekannt, daß die Mehrheit der Delegation besonders eine schärfere Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung gefordert hat, als sie in dem ursprünglichen Thesenentwurf des Genossen Bucharin enthalten war. Es ist ferner

bekannt, daß über die Frage der Bedeutung der Rekonstruktionsperiode der Sowjetunion gar nichts in dem Thesenentwurf des Genossen Bucharin vorhanden war. Es ist weiter bekannt, daß in der Frage der „linken“ Sozialdemokratie in Deutschland und außerdem in der besonderen internationalen Kennzeichnung des Versöhnertums erst die Mehrheit der Delegation der KPdSU(B) gemeinsam mit der deutschen Delegation neue Anträge und Anregungen in den Thesenentwurf hineinbrachten. War das vielleicht ein Zufall? Wir sehen, daß Genosse Bucharin heute in der Beurteilung der kapitalistischen Stabilisierung noch einen Schritt weiter gegangen ist.

Ich möchte aus dem Artikel des Genossen Bucharin „Die Theorie der organisierten Unwirtschaftlichkeit“ eine Stelle anführen:

„Probleme des Marktes, der Preise, der Konkurrenz und der Krisen werden immer mehr zu Problemen der Weltwirtschaft und werden innerhalb des einzelnen ‚Landes‘ ersetzt durch die Probleme der Organisation.“

Organisierung unterstrichen durch den Genossen Bucharin. Was bedeutet das? Diese Formel beweist, daß Bucharin die Gegensätze innerhalb jedes einzelnen Landes unterschätzt und verwischt. Das muß aber auch unvermeidlich zu einer Verwischung der durch die kapitalistische Rationalisierung verschärften Klassengegensätze, zu einer fatalistischen Theorie der Revolution als ausschließliche Folge des Krieges führen. Genosse Bucharin läßt vollkommen die Möglichkeit einer akut revolutionären Situation auch vor dem Ausbruch des Krieges als Folge der Verschärfung der inneren Gegensätze des Kapitalismus fallen. Alle Reden der Gruppe Bucharin und ihrer Freunde in der Kommunistischen Internationale sind durchdrungen vom Pessimismus und vom Unglauben an den vorhandenen neuen Aufschwung der revolutionären Welle.

In allen Dokumenten und Reden versteifen sich auch die Versöhnler auf das Gerede von der „Zersetzung der Komintern“. Hier verteidigen sie tatsächlich den Standpunkt der Opportunisten in der ganzen Welt. Bucharin und seine Freunde haben sich die ganze Zeit trotz zahlreicher Aufforderungen davor gedrückt, sich offen über Brandler und Thalheimer auszusprechen.

Die Gruppe Bucharin ist momentan zum Exekutivkomitee aller versöhnlerischen und rechten Gruppen in der ganzen Komintern geworden. Es ist die Aufgabe aller Sektionen, ein solches opportunistisches Zentrum so schnell wie möglich zu beseitigen. Wir müssen dieses opportunistische Zentrum rücksichtslos zerschlagen, und wenn es seine politische Stellungnahme nicht ändert, es gemäß den politischen und innerparteilichen Maßnahmen, wie sie aus der Geschichte der Komintern bekannt sind, behandeln. Dieser unversöhnliche Kampf erfordert, daß in den verschiedenen Parteien die Führer dieser Gruppen durch alle ideologischen und überzeugenden Mittel von den ehrlichen Arbeitern, die noch hinter ihnen stehen, isoliert werden müssen. Aber es genügt nicht, den Opportunismus nur dort zu bekämpfen, wo er sich in Gruppen zusammengeschlossen hat und einen offenen Fraktionskampf gegen uns führt. Keineswegs! Wir haben vor allem die Aufgabe zu stellen, unsere eigenen Reihen von allen opportunistischen Schwankungen und sozialdemokratischen Traditionen zu befreien. Diese Halbheiten und Schwankungen zeigen sich bei der Anwendung der neuen Taktik und der revolutionären Politik, der organisatorisch-politischen Wendung des innerparteilichen Lebens, besonders in der Frage der politischen Umstellung, der Entwicklung der Selbstinitiative und des neuen Lebens der Parteien.

Genossen! Nur einige Beispiele aus der deutschen Partei. Auf dem XII. Parteitag der KPD waren die Versöhnler nicht mehr so ernst zu beachtende Gegner in der Partei, daß wir größeren Schaden durch sie hätten nehmen, daß die Geschlossenheit der Partei darunter hätte irgendwie leiden können. Aber wir haben innerhalb der Mehrheit der Partei Genossen, die den Beschlüssen wohl zustimmten, die aber trotzdem große Schwankungen und Bedenken bei der

Anwendung und Durchführung der neuen Taktik hatten, Schwankungen und Bedenken, die wir erst durch Beispiele, durch größere Erfolge - beispielsweise in der Anwendung der neuen Streiktaktik - überwinden konnten und die Genossen erst dadurch überzeugten. Wir haben ferner Genossen, bei denen die Auffassung des Gewerkschaftslegalismus höhersteht als die Bedeutung der revolutionären Bewegung, außerdem solche schwankenden Elemente, die vor den Schwierigkeiten im Kampf gegen den Klassenfeind zurückweichen. Wir haben auch Tatsachen der stillen Sabotage bei der Durchführung der Taktik zu verzeichnen. Diese Schwankungen und Bedenken sind oftmals sehr gefährlich und sehr schwer zu bekämpfen. Diese Tendenzen sind in der deutschen Partei vorhanden.

Aber nehmen wir einige andere Parteien, zum Beispiel die schwedische Partei. Die führenden schwedischen Genossen fanden noch nicht einmal den Mut, auf dem Plenum zu erklären, daß die Fehler der Führung opportunistische sind und von ihnen verurteilt werden müssen. Wie kann die schwedische Partei erfolgreich gegen den Reformismus kämpfen, wenn selbst ihre führenden Vertreter im EKKI nicht erklären, daß es ein schwerer Fehler war, am 1. Mai nicht zu demonstrieren?

Ich will noch auf die Schweizer Partei hinweisen, wo in der Spitze bis vor kurzem noch sozialdemokratische Elemente saßen und ihren Einfluß auf das ganze ZK ausüben konnten, so daß sie die revolutionären Energien der Arbeiter nicht nur nicht weckten, sondern geradezu lähmten, wie dies sich am Roten Tag in Basel gezeigt hat.

Noch einige kurze Bemerkungen über die polnische Partei, die unter den schwersten Kämpfen, unter den Herrschaftsmethoden des Faschismus, die manchmal grausamer sind als die blutigen Herrschaftsmethoden des Zarismus, zu kämpfen hat. Auch in dieser Partei haben wir einen rechten Flügel, der die Lage in Polen falsch einschätzt, und ebenfalls den linken Flügel der PPS. Die Kommunistische Partei Polens wird eine große Rolle im Falle des Kriegausbruchs gegen die Sowjetunion spielen. Wenn nun ein Teil der führenden Genossen mit dem rechten Flügel der polnischen Partei mitgegangen ist, wenn dieser rechte Flügel sehr oft einen Einfluß auf die anderen Genossen im Politbüro ausüben konnte, daß sie schwankend wurden, so bedeutet das eine schwere Gefahr für die polnische Partei. Es ist notwendig, daß sich alle polnischen Genossen ernstlich mit dieser Frage beschäftigen. Wenn es so weitergeht, werden bei der Verschärfung der Wirtschaftskrise in Polen nicht wir profitieren, sondern unsere Klassenfeinde.

In der tschechoslowakischen Partei haben wir zwar den liquidatorischen Flügel liquidiert, aber noch nicht den Kampf gegen die versöhnlerischen Elemente beendet. Es fehlt in der tschechoslowakischen Partei an der notwendigen vollen Entfaltung der Arbeit auf allen Gebieten, nicht nur auf allgemeinpolitischem Gebiet, sondern auch auf innerparteilichem Gebiet. Es genügt nicht, wenn die Führung sich von den Liquidatoren und Versöhnlern abgrenzt, sondern das Wichtigste ist die Konkretisierung und aktive Durchführung ihrer Aufgaben. Nach neueren Meldungen sind etwa ein Dutzend Blätter verboten, und es besteht die Gefahr, daß die Partei in die Illegalität hineingetrieben werden kann. Wenn wir jetzt die legalen Möglichkeiten noch nicht aus-nutzen, um die Partei zusammenzureißen, wäre das ein Verlust und ein Versäumnis - auch nur von einigen Monaten -, was uns später sehr teuer zu stehen käme.

Es gibt vielleicht kein Land in Europa, wo die demokratischen Illusionen noch so stark in den Gehirnen des Proletariats verankert sind wie in England. Deshalb muß der Kampf der englischen Partei gegen die Labour Party auf einer viel schärferen politischen Grundlage durchgeführt werden als bisher. Die taktische Wendung, Klasse gegen Klasse, die auf dem IX. Plenum beschlossen worden ist, wurde nicht genügend scharf in der Partei durchgeführt und besonders nicht unter den Arbeitermassen an der Peripherie der Partei. Bei der großen Entwicklungsmöglichkeit, die unsere Partei dort hat, bei der Politik der MacDonald-Regierung, die die Politik der konservativen Baldwin-Regierung auf allen Gebieten

durchführen wird, ist eine eiserne ideologische Geschlossenheit und Klarheit der englischen Partei bis in die Spitze hinein notwendig. Schon heute muß daher das Plenum die Frage der Reorganisation der Führung, der Hinzuziehung neuer proletarischer Elemente stellen.

Wir verkennen nicht die schwere, ungeheuer schwere Arbeit der italienischen Partei unter den grausamen Methoden des Faschismus. Wir müssen es begrüßen, daß von der italienischen Partei im letzten Jahre neue Positionen in den Betrieben und auch in den Gewerkschaften in verschiedenen Gebieten Italiens erobert wurden. Aber, Genossen, bescheiden dürfen wir bei einer solchen Partei nicht sein. Von einer Partei mit solchen Erfahrungen, in der Genossen an der Spitze stehen, die schon verschiedene Erfahrungen in der Komintern gesammelt haben, verlangt die Komintern mehr als von allen anderen. Vor allem kann sie verlangen, daß die Grundfragen des Kampfes gegen den Klassengegner in den eigenen Reihen richtig gestellt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir die Frage der italienischen Partei auf diesem Plenum gestellt und versucht, die neuen Fortschritte, die zu verzeichnen sind, organisatorisch zu festigen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, gegen diejenigen schärfer vorzugehen, die die italienische Partei in dieser ihrer Entwicklung hemmen.

In der amerikanischen Partei hat und wird die Lovestone-Clique uns noch große Schwierigkeiten bereiten. Die Partei wird um so schneller gesunden und vorwärtskommen, je schneller sie diese Renegaten besiegt und je energischer sie den Kurs auf die Heranziehung neuer, frischer proletarischer Kader in die Führung und in die Partei vollzieht.

Jetzt zu einigen anderen innerparteilichen Aufgaben. Unsere allgemeine politische Wendung vom VI. Weltkongreß bis heute und die Durchführung der Beschlüsse des X. Plenums erfordern gleichzeitig eine radikale Änderung des innerparteilichen Kurses auf allen Gebieten. Ich glaube, das ist eine der schwächsten Stellen aller kommunistischen Parteien, einschließlich der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wir haben in den verschiedenen Ländern die Umgruppierungen innerhalb der Arbeiterklasse festgestellt, die beispielsweise durch den Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung vor sich gingen. Nehmen wir die Tatsache, daß zum Beispiel in Deutschland heute rund 3 Millionen Frauen mehr als vor dem Kriege im Produktionsprozeß beschäftigt werden. Mir sind die Zahlen aus den anderen Ländern nicht bekannt, aber ich nehme an, daß sich auch in anderen Ländern ein solcher Prozeß vollzogen hat. Wir sehen ferner, daß auch die Jugend von der Bourgeoisie noch schärfer ausgebeutet wird als früher, viel schärfer als die Erwachsenen. In dieser Beziehung sind die Parteien in der Entwicklung völlig konservativ geblieben. Man kann hier auf dem X. Plenum fast nicht genug Worte darüber finden, mit welcher rücksichtslosen Entschlossenheit die Parteien darangehen müssen, auf diesem Gebiet eine radikale Wendung durchzuführen. Es ist notwendig, daß die Parteien ihre Kader von Arbeiterinnen und besonders von Industriearbeiterinnen in den wichtigsten Funktionen verstärken. Wir brauchen uns nur die Zusammensetzung des Plenums anzusehen, um festzustellen, daß wir eine große Wendung durchführen müssen. Dieselbe konservative Einstellung haben wir auch bei unserer kommunistischen Jugend in bezug auf die stärkere Heranziehung der jugendlichen Arbeiterinnen. Auch hier müssen wir unsere ganze Aufmerksamkeit auf die stärkere Gewinnung der jugendlichen Arbeiterinnen lenken.

Im Zusammenhang mit der Erfüllung dieser innerparteilichen Aufgaben ist es ferner notwendig, die innerparteiliche Demokratie und Selbstinitiative in allen Parteien mehr zu entwickeln. Selbstkritik nicht um der Kritik willen, sondern um ein höheres Niveau der Partei zu entwickeln, um die Selbstinitiative von unten zu entfalten. Frei von jeder bürgerlichen Sentimentalität, frei von jeder Selbstüberheblichkeit müssen wir vor aller Öffentlichkeit kritisch unsere Fehler aufzeigen und überwinden, um sie mit den Massen gemeinsam zu korrigieren, um mit den Massen gemeinsam unsere revolutionären Aufgaben zu erfüllen.

Der Kampf um die Durchführung dieser innerparteilichen Aufgaben ist nicht nur ein Kampf in unseren Reihen, sondern in Deutschland hat sich in den letzten Monaten überall gezeigt, daß

die Unorganisierten und Parteilosen uns im Kampfe gegen die Liquidatoren, sowohl in den Gewerkschaften wie in den Massenorganisationen, voll unterstützten und uns aktiv helfen, sie schneller aus der revolutionären Bewegung auszuschneiden. Eine weitere wichtige Frage ist die Frage der Disziplin, die man nicht von der allgemeinen innerparteilichen Arbeit der Partei trennen kann. Ich möchte sagen, daß wir in der Frage der Disziplin alle miteinander noch vieles von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion lernen können und lernen müssen. Aber wir haben auch Erfolge auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Die revolutionäre Disziplin muß weiter in allen Parteien verstärkt werden, sie muß eine feste, militärische sein, besonders wenn unsere Parteien in die Illegalität gezwungen werden. Sie wird in allen ernstesten Kämpfen eine große Rolle spielen. Die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, besonders in den illegalen Parteien, ist eine wichtige Voraussetzung für ihre aktive revolutionäre Arbeit. Wir können den Staatsapparat der Bourgeoisie mit seinen mächtigen Organisationen nur zerschlagen mit einer noch besseren Organisation, mit einem noch festeren Apparat, der sich auf den höchsten Grad des Bewußtseins in unseren Reihen und in den Arbeitermassen stützt. Ich möchte nur noch eine internationale Frage besonders hervorheben. Die Aufgabe der deutschen und aller anderen Parteien ist nicht nur die Entfesselung neuer Wirtschaftskämpfe, nicht nur die Entfesselung zwischentariflicher Lohnbewegungen, sondern das Verständnis für die Entwicklung dieser ökonomischen Kämpfe zu politischen Aktionen, zu Kämpfen gegen die bürgerliche Staatsgewalt und gegen den Sozialfaschismus muß geweckt werden. Das ist eine der wichtigsten Fragen, die gegenwärtig zu lösen sind. Dabei muß unser zäher systematischer Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der Sowjetunion - und das bedeutet die Organisation des Kampfes gegen den eigenen imperialistischen Staat - in allen diesen Kämpfen den proletarischen Massen verständlich gemacht werden. Unsere Aufgabe muß auf höherer revolutionärer Grundlage im internationalen Maßstabe gestellt und weiter in der revolutionären Massenmobilisierung gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats entwickelt werden. Dazu müssen wir in unseren Reihen den wirklichen Internationalismus mehr fördern und stärken. Die internationale Solidarität der sowjetischen Arbeiter ist uns allen bekannt. Denken wir an unsere internationalen Schwächen zur Zeit der großen Ereignisse der chinesischen Revolution, erinnern wir uns der Zeit des englischen Bergarbeiterstreiks. In dieser Periode, wo der internationale Kampf und die revolutionäre Solidaritätsaktion eine ungeheure Bedeutung haben, wo wir uns schärfer denn je auf die Gefahr des Ausbruchs des imperialistischen Krieges einstellen müssen, ist es unbedingt notwendig, stärkere Solidaritätsbewegungen und internationale Aktionen auszulösen.

Überall muß die Aufgabe so gestellt sein, daß wir die Wirtschaftskämpfe mit den politischen Kämpfen verbinden und gleichzeitig unseren ideologischen Einfluß in den Massen organisatorisch verankern, die Betriebe zu revolutionären Hochburgen des Kommunismus machen. Wenn wir unsere Reihen fest zusammenschließen, das Kraftbewußtsein der Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen wecken, wenn wir unsere revolutionäre Linie mit rücksichtsloser Entschlossenheit durchführen, dann werden weder die Bourgeoisie noch der Sozialfaschismus, noch alle anderen Klassenfeinde unseren siegreichen Vormarsch aufhalten können.

Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der kommunistischen Parteien

15. Juli 1929

Genossen! Wenn wir auf dem X. Plenum über die Wirtschaftskämpfe und die Aufgaben der Parteien sprechen, so wird es in beiden Referaten, sowohl in dem Referat des Genossen Losowski wie auch in meinem, unmöglich sein, den großen Fragenkomplex, das gewaltige Aufgabengebiet, auch nur im entferntesten so zu behandeln, wie das notwendig wäre. Meine Aufgabe ist es, über die gewerkschaftspolitische Arbeit und die neuen Methoden unserer Taktik zu sprechen, wobei ich eine Reihe von Fragen - wie die Gewerkschaftsbewegung in Ländern mit gespaltenen Gewerkschaften, in den Ländern des Faschismus, in den Kolonien und Halbkolonien -, die engeren Fragen der RGI, nicht behandeln werde. Diese Fragen sowie die Schwächen, Mängel und Fehler wird Genosse Losowski noch besonders behandeln. Es versteht sich von selbst, daß ich die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses, verschiedene konkrete Richtlinien der einzelnen Parteien in der Anwendung der Taktik hier nicht zu wiederholen oder auch im spezifischen Teil zu erörtern brauche. Ich will mich in meinem Referat auf folgende Fragen konzentrieren:

I. Die Wendung in der allgemeinen Lage und die dadurch hervorgerufene Veränderung im Klassenkampf.

II. Die Faschisierung der Gewerkschaften, ihr Verwachsen mit dem Staatsapparat und mit dem Finanzkapital.

III. Die neue Taktik unserer Parteien und die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe.

IV. Ökonomische Streiks und politische Massenkämpfe in Verbindung mit dem revolutionären Vertrauensmännersystem.

V. Der Kampf gegen die Rechtsabweichungen und die wichtigsten internationalen Aufgaben der kommunistischen Parteien.

1. Die Wendung in der allgemeinen Lage und die dadurch hervorgerufene Veränderung im Klassenkampf

Der Charakter und die Bedeutung der Kämpfe in der gegenwärtigen Periode

Bei der ersten Frage müssen wir von der politischen Orientierung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses ausgehen. Wir müssen feststellen, daß wir bei der Durchführung der Beschlüsse in den Parteien trotz großer Fehler und Mängel große Erfolge zu verzeichnen hatten. Überall dort, wo wir unsere Taktik energisch durchführen, können wir wirklich große Erfolge verzeichnen. Dort, wo die Partei zögerte, wo sie nicht schnell genug in die Situation eingriff und die neue Taktik anwandte, war das Ergebnis zum großen Teil ungenügend. Das Wichtigste in der Gesamtsituation, das wir feststellen müssen, ist die steigende Aktivität der Arbeiterklasse in der ganzen Welt. Neue Organisationen und Formen des Klassenkampfes wurden aus der schöpferischen Kraft der Massen geboren. Wir sehen, daß das Vertrauen nicht nur zur Kommunistischen Internationale, sondern auch zur Roten Gewerkschaftsinternationale gewachsen ist. Das gilt nicht nur für die kapitalistischen Länder, sondern insbesondere auch für die kolonialen und halbkolonialen Länder, wo in den letzten Jahren national-revolutionäre Kämpfe ausbrachen. Während noch in der zweiten Periode die große chinesische Revolution ohne genügende Unterstützung der Arbeiterklasse der übrigen kapitalistischen Länder vor sich ging, wird sich in der dritten Periode der neue Aufschwung der kolonialen revolutionären

Bewegung vollziehen, bei gleichzeitigem Aufschwung und mit revolutionärer Unterstützung des Proletariats in den verschiedenen Ländern Europas und Amerikas. Das wird zweifelsohne auf den weiteren Gang der chinesischen und der indischen Revolution einen gewaltigen Einfluß ausüben.

Die Rechten und Versöhnler in der Komintern legen das Schwergewicht darauf, daß die Offensive des Unternehmertums das Wichtigste in der jetzigen Entwicklung sei. Zweifelsohne ist auch jetzt eine starke Offensive des Unternehmertums im Gange, sie nimmt immer schärfere Formen an. Wir können konstatieren, daß sie ein größeres Ausmaß erreicht als in der zweiten Periode.

Aber das Neue in der gegenwärtigen Situation ist nicht die Kapitalsoffensive, sondern die Art und Weise, wie das Proletariat auf diese Offensive antwortet. Nehmen wir Deutschland seit dem Jahre 1924. Während der ersten Rationalisierungswelle führte die Bourgeoisie verschiedene Methoden der kapitalistischen Rationalisierung auf dem sozialen und technischen Gebiete durch. Der Raub des Achtstundentages, die ungeheure Verschlechterung der Lebensbedingungen und die ungeheure Steigerung des Ausbeutungsgrades der Arbeiter usw. ist uns allen bekannt. Trotz dieser Entwicklung ist die große technische Umwälzung im Produktionsprozeß mit allen ihren ungeheuren sozialen Ausbeutungsmethoden der Arbeiter vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928 von keinen Massen umfassenden Wirtschaftskämpfen erfüllt gewesen. Die kleinen Kämpfe, die ausbrachen, trugen auf seiten des Proletariats in den meisten Fällen einen defensiven Charakter. Die Massen begegneten der Offensive des Kapitals nicht mit der Gegenoffensive zur Bekämpfung der kapitalistischen Rationalisierung. Im Jahre 1928 sahen wir dagegen nicht nur in Deutschland, sondern auch in verschiedenen anderen Ländern den revolutionären Umschwung. So zum Beispiel die große Ruhraussperrung in der Stahlindustrie in Deutschland, wo Hunderttausende von Arbeitern das erste Mal seit Jahren gegen die Aussperrungsmethoden des Unternehmertums den Kampf aktiv aufnahmen, und, was das Wichtigste ist, das erste Mal die Schranken des Gewerkschaftslegalismus durchbrachen. Wir sahen ferner große Kämpfe in einer Reihe von Ländern wie Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei, Skandinavien, in den Balkanländern, ferner in den Vereinigten Staaten und in Indien. Wir sehen jetzt sogar einige Teilstreiks in England und außerdem einen großen Aufschwung und eine neue Welle von Streiks in China. Diese wenigen Tatsachen kennzeichnen bereits den Übergang der Arbeiterschaft von der Defensive zum Gegenangriff und zur Offensive gegen das Unternehmertum.

Aber diesen stürmischen Charakter der Entwicklung im allgemeinen, wie er auch schon in dem ersten Punkt der Tagesordnung in den Referaten und von verschiedenen Diskussionsrednern gezeigt wurde, sehen wir nicht nur im Kampfe um ökonomische Teilforderungen, sondern sie sind auch der Ausdruck des politischen Zusammenstoßes der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie, der Staatsgewalt und dem Reformismus. Die revolutionären Ereignisse in Bombay, der heroische Textilarbeiterstreik in Lodz, die letzten Maiereignisse in Berlin sind Kennzeichen für diesen neuen revolutionären Aufschwung der Arbeiterklasse.

Die zwei Weltfronten

Wir müssen diesen Kampf auch vom Standpunkt der imperialistischen Kriegsgefahr aus sehen. Wir müssen klar erkennen, daß diese Kämpfe eine immer größere Bedeutung bekommen für die Stärkung der antiimperialistischen Front im Kampfe gegen die sowjetfeindlichen Kriegsvorbereitungen der Weltbourgeoisie. Wir können in diesem Kampfe auf beiden Seiten der Klassenfront eine zunehmende Erbitterung der Kämpfenden feststellen. Die Trustbourgeoisie stößt in den verschiedenen Ländern mit immer größerer Energie und Brutalität gegen das Proletariat vor. Sie unternimmt einerseits alle Maßnahmen, um ihre

Druckmittel gegen das revolutionäre Proletariat außerordentlich zu verschärfen, und andererseits, um alle Widerstände und Hindernisse rücksichtslos zu brechen. Die Bourgeoisie stößt deshalb so aggressiv vor, weil sie versuchen muß, die Widerstandskraft des Proletariats zu brechen, damit sie sich beim Ausbruch des Weltkrieges einem nicht so starken „inneren Feind“ gegenübergestellt sieht. Genossen! Auf der anderen Seite sehen wir, daß die Arbeiterschaft zum Gegenangriff übergeht. Wir können sagen, daß vom revolutionären Gesichtspunkt aus die jetzigen Wirtschaftskämpfe die Vorgefachte des großen Entscheidungskampfes sind. Die Streikstrategie und die selbständige Streikführung, die wir jetzt durchführen, sind in ihrer Gesamtheit eine bedeutende Antikriegsarbeit für die Zukunft. Sie bedeuten, daß wir bereits in dieser Entwicklung der steigenden imperialistischen Kriegsgefahr die Kräfte sammeln und eine revolutionäre Massenmobilisierung gegen den Imperialismus und seine sozialfaschistischen Bundesgenossen durchführen. Wir sehen in der letzten Zeit an verschiedenen Beispielen, daß die reformistischen Gewerkschaften auf die Durchführung von Lohnkämpfen verzichten. Wir kennen die allgemein bekannte Methode der Arbeitsgemeinschaft und des Wirtschaftsfriedens. Nehmen wir die Mondsche Konferenz¹³ in England auf der einen Seite, die Gewerkschaftskonferenz in Swansea und Hamburg¹⁴ auf der anderen Seite. Hier sehen wir ganz klar die Tendenz und die Praxis einer durchgehenden Verständigung des Unternehmertums mit den Gewerkschaften auf der Grundlage einer gegen das revolutionäre Proletariat gerichteten Front. Ausgehend von der Theorie des organisierten Kapitalismus und des Wirtschaftsfriedens entwickeln die Amsterdamer Gewerkschaften die Grundlinie ihrer allgemeinen konterrevolutionären Praxis. Aber die Tatsachen der Entwicklung sind härter als die Theorie der Reformisten. Wir sehen, daß trotz der Konferenzen nicht nur von keinem Wirtschaftsfrieden gesprochen werden kann, sondern in den verschiedenen Ländern tagtäglich der schärfste Wirtschaftskrieg geführt wird.

Die zweite Tatsache ist der gewaltige Umwandlungsprozeß in der Arbeiterklasse. Er vollzieht sich in demselben Maße, wie durch die Methoden der kapitalistischen Rationalisierung eine Veränderung der Struktur des Proletariats eintritt. Frauen, Jugendliche, Ungelernte und Gelernte auf der einen Seite, auf der anderen Seite die arbeiteraristokratischen Elemente, die in fast allen Fragen mit den Reformisten und dem Unternehmertum gehen. Was Lenin sagte, daß der Reformismus die Arbeiterklasse spaltet, daß eine von der Bourgeoisiegeschaffene Oberschicht einer aufs äußerste unterdrückten Unterschicht gegenübersteht, das trifft für die gegenwärtige Entwicklung in stärkstem Maße zu.

Bei der Einschätzung des Charakters der Kämpfe und der allgemeinen Lage hat für uns Revolutionäre die Arbeit in den Ländern mit noch „einheitlichen“ reformistischen Gewerkschaften und unsere revolutionäre Arbeit in den roten Gewerkschaften eine ungeheuer große Bedeutung. Das ist natürlich nicht nur eine Frage der politischen Erziehung, der

¹³ Gemeint sind die am 12. Januar 1929 gegen den Willen der englischen Arbeiterklasse begonnenen Verhandlungen zwischen dem reformistischen Generalrat der englischen Trade-Unions und einer kleinen Gruppe von Industriellen, die von dem Chemiemagnaten und Freund der italienischen Faschisten Sir Alfred Mond vertreten wurde. Zweck der Konferenzen war die Schaffung einer „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten und die Herstellung eines „Industriefriedens“.

¹⁴ Der 60. Kongreß der englischen Trade-Unions wurde vom 3. bis 8. September 1928 in Swansea abgehalten. Die reformistische Mehrheit des Kongresses billigte das Prinzip der „Arbeitsgemeinschaft“ und ermächtigte den Generalrat, die Verhandlungen mit der Unternehmergruppe Mond weiterzuführen. Der Kongreß setzte sich in schärfsten Gegensatz zur revolutionären Arbeiterklasse, die durch die Kommunistische Partei Englands und die Minderheitsbewegung vertreten wurde. Er verwarf den Gedanken der internationalen Gewerkschaftseinheit.

Der 13. Kongreß des ADGB tagte vom 3. bis 8. September 1928 in Hamburg. Die rechten Gewerkschaftsführer predigten die „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Unternehmern und versuchten, mit der arbeiterfeindlichen These, die „Demokratisierung der Wirtschaft“ führe zum Sozialismus, die Masse der Gewerkschafter irrezuführen und vom Klassenkampf abzulenken. Der Kongreß richtete scharfe Angriffe gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, lehnte die internationale Gewerkschaftseinheit ab und sprach sich für eine Unterstützung der Kriegsvorbereitungen der deutschen Imperialisten aus.

revolutionären Mobilisierung der Massen im allgemeinen. Heute ist uns eine weit größere, höhere Aufgabe gestellt. Nehmen wir im Weltmaßstabe die zwei großen Klassenfronten: Auf der einen Seite die großen Weltorganisationen des Proletariats unter Führung der Komintern bei immer stärkerer Festigung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, und auf der anderen Seite die Weltfront des Kapitalismus mit Unterstützung des Reformismus, des Sozialfaschismus und des Faschismus.

Natürlich verändern sich diese beiden gewaltigen Weltfronten in der Entwicklung durch die Veränderungen der Klassenkräfte in den einzelnen Ländern. Manchmal verändern sich die Kräfteverhältnisse schnell, manchmal langsam, manchmal komplizierter.

Aber die Tatsache kann nicht bestritten werden, daß sie von den zwei großen Faktoren beeinflußt werden, von der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale auf der einen und der II. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auf der anderen Seite der Barrikade.

Diese beiden Klassenfronten im Weltmaßstabe sind bereits auf dem politischen und ideologischen Gebiete klar voneinander geschieden, unversöhnlich einander gegenüberstehend. Sie zeigen sich auch in der Gewerkschaftsbewegung in einigen Ländern in der Form der organisatorischen Spaltung, aber sie sind auch dort vorhanden, wo noch sogenannte einheitliche reformistische Gewerkschaften existieren. In den Grundfragen der aktuellen Politik und ihrer prinzipiellen Stellungnahme kämpfen und ringen diese beiden Weltfaktoren um die proletarischen und unterdrückten Massen. Wir sind kühn und optimistisch genug, schon auf dem X. Plenum die Frage des unmittelbaren Kampfes zwischen Kommunismus und Reformismus um die Hegemonie innerhalb des Proletariats in einigen wichtigen kapitalistischen Ländern zu stellen. Die II. Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund kämpfen in den Massen für die Erhaltung, Verteidigung und Unterstützung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, des kapitalistischen Staates und seiner imperialistischen Raubpolitik. Sie unterstützen die Kriegsvorbereitungen gegen den proletarischen Staat, gegen die Sowjetunion. Die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale kämpfen für die Verteidigung der Sowjetunion, das heißt, sie kämpfen gegen den Imperialismus und Sozialfaschismus, gegen das kapitalistische Raubsystem. Die II. Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund unterstützen und verhimmeln den Völkerbund als ein Friedensinstrument. Wir entlarven diesen frechen Betrug als ein Verbrechen an den Arbeitern der ganzen Welt. Die II. Internationale und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale unterstützen die blutige Unterdrückungspolitik des Imperialismus gegen die sich im heroischen Kampf befindenden kolonialen Völker. Wir kämpfen um den Sieg der revolutionären Bewegung in den Kolonien, weil die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale die Führer aller Unterdrückten der Welt sind, weil wir mit der Niederschlagung des Imperialismus das ganze Ausbeutungssystem des Kapitalismus zerschlagen.

In einer weiteren Grundfrage der aktuellen Politik, in den Fragen des Reparationsproblems, des Youngplans, zeigen sich wieder die zwei Weltfronten in unversöhnlichem und prinzipiellem Gegensatze zueinander. Im Rahmen dieser großen Weltpolitik, in der Ausnützung aller Konflikte und Gegensätze in dieser Periode vollzieht sich der Kampf um die Hegemonie im Weltproletariat zwischen Kommunismus und Reformismus. Dieser große revolutionäre Weltkampf gegen die Weltbourgeoisie, den Faschismus und Sozialfaschismus erfordert, daß alle unsere Parteien die größte Aufmerksamkeit auf die zähe, unermüdliche Arbeit in allen Massenorganisationen und besonders in den Gewerkschaften lenken. Wir haben in letzter Zeit in verschiedenen großen Massenorganisationen, in den Sportorganisationen, in Kulturorganisationen und in anderen wichtigen Organisationen schon bedeutende Erfolge erzielt.

Die Bedeutung der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf

Die wichtigste Frage ist für uns die, wie wir unsere schwierigste Arbeit, unsere revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, steigern. Wir müssen auf dem X. Plenum, wie schon des öfteren, die Frage stellen, welche Rolle die Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf und welche Rolle sie für die Bourgeoisie, für die Durchführung ihrer Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden, spielen. Natürlich, die Frage so gestellt, klingt das vielleicht zu schematisch, weil in der Gewerkschaft selbst zwei Fronten sind und die Arbeitermassen von beiden Seiten aus mobilisiert und beeinflußt werden können. Aber in der Grundtendenz ist es zweifellos richtig, daß der Reformismus, der Sozialfaschismus, versucht, mit allen Mitteln die Klassenorganisationen des Proletariats für seine Ziele, für die kapitalistischen Ziele, zu gewinnen. Nehmen wir zum Beispiel den Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung. In Deutschland ist die erste Rationalisierungswelle bereits abgeschlossen. In der zweiten Rationalisierungswelle zeigen sich bereits ganz neue Methoden der Ausbeutung. Stellen wir die Frage des Krieges. Die Gewerkschaften können zur Militarisierung ihrer eigenen Mitglieder eingesetzt werden. In dem Moment, wo die Gewerkschaften, wie es jetzt der Fall ist, immer mehr mit dem kapitalistischen Staatsapparat verwachsen, in dem Moment, wo die reformistische Bürokratie den kapitalistischen Staat bedingungslos unterstützt, in dem Moment, wo sich die Methoden des Kampfes gegen den Kommunismus auf allen Gebieten verstärken müssen, in dem Moment ist es, bei dem Ausbau der Gewerkschaften zu Staatsorganen, wie es die reformistische Bürokratie will, absolut wahrscheinlich, daß sich die Militarisierung der reformistischen Gewerkschaften vollziehen wird. Wir haben bereits verschiedene Äußerungen der Sozialdemokratie zu verzeichnen, die ganz offen über diese Frage spricht. Beim Ausbruch des Krieges bedeutet die Gewerkschaft in den Händen der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus die größte Gefahr für das revolutionäre Proletariat. Noch größer ist diese Gefahr für den Fall eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion. Aber welche Bedeutung haben die Gewerkschaften für das Proletariat, für die Revolution, wenn es uns gelingt, dort unseren Einfluß zu erweitern: erstens im Kampf gegen die Unternehmeroffensive im allgemeinen; zweitens gegen die soziale, kulturelle und politische Unterdrückung des Proletariats, gegenüber dem kapitalistischen Staat überhaupt und seinen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion und drittens für die allgemeinen Aufgaben der proletarischen Revolution.

Die Stärke der Weltgewerkschaftsbewegung

Es gibt nur annähernde Schätzungen über die zahlenmäßige Stärke der Weltgewerkschaftsbewegung. Die Zahlen, die am 1. Januar 1929 vom Internationalen Gewerkschaftsbund veröffentlicht worden sind, entsprechen natürlich nicht den Tatsachen. Es ist aber sehr interessant, daß in diesen Zahlen des IGB auf gewaltige Erfolge der Roten Gewerkschaftsinternationale hingewiesen wird, die in ihrem prozentualen Wachstum liegen. Trotz der verschiedenen Schwindelmanöver des IGB, trotz des Kampfes gegen die RGI müssen die Reformisten diesen gewaltigen Aufstieg der RGI anerkennen. In der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sind ungefähr 13 Millionen, in der Roten Gewerkschaftsinternationale sind etwa 15 Millionen Arbeiter organisiert. Bei dieser Statistik muß man in Betracht ziehen, daß unter den 13 Millionen der reformistischen Gewerkschaftsbewegung alle revolutionären und mit uns sympathisierenden Elemente miteingerechnet sind, die sich organisatorisch innerhalb des IGB befinden. Aber die Tatsache, daß überall in den größten kapitalistischen Ländern, mit Ausnahme von Deutschland, die reformistischen Gewerkschaften zurückgegangen sind und in Deutschland die reformistischen Gewerkschaften nur dank einer energischen Werbearbeit durch die revolutionäre

Gewerkschaftsopposition und die Kommunisten wachsen - ich werde auf diese Frage später noch zurückkommen -, zeigt uns, daß die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in stetigem Wachsen begriffen ist.

In der ganzen Welt sind in den christlichen Verbänden etwa 2,1 Millionen Arbeiter organisiert.

Diese Millionenmassen in der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt haben für unsere Aufgaben des revolutionären Klassenkampfes eine außerordentlich große Bedeutung. Wir sollen dabei nicht die große revolutionäre Arbeit unterschätzen, die noch vor uns steht. Denken wir zum Beispiel daran, daß in verschiedenen Parteien der Kommunistischen Internationale einzelne Genossen noch jüngst der Meinung waren, daß man die Rote Gewerkschaftsinternationale liquidieren solle. Das zeigt, daß dort, wo solche Tendenzen zum Ausdruck kamen, die Genossen den großen Wert und die Bedeutung der RGI in Verbindung mit der Arbeit der Partei für die Organisation und Mobilisierung des Proletariats viel zuwenig beachtetten und oft überhaupt nicht verstanden haben. Denn wir müssen die Arbeit der roten Gewerkschaften um so höher einschätzen und mit um so größerer Energie unterstützen, als die roten Gewerkschaften uns große Möglichkeiten zur Entfaltung unserer revolutionären Kraft geben und uns in den Stand setzen, neue Millionenmassen für unsere Politik zu gewinnen.

Die Bourgeoisie rüstet in fieberhaftem Tempo gegen die Sowjetunion. Diese Kriegsvorbereitung kann die Bourgeoisie nur durchführen bei rücksichtslosester Niederknüppelung des Proletariats, durch Schaffung einer „nationalen“ Front auf der Basis des „Wirtschaftsfriedens“ und der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und die sozialdemokratischen Führer unterstützen diese Politik durch den Betrug mit der „Wirtschaftsdemokratie“, oder, wie es in England heißt, durch die Losung des „Industriefriedens“.

Die Zeit ist vorbei, da die Reformisten von der „Neutralität“ der Gewerkschaften schwatzen konnten, davon, daß der politische Kampf eine „Angelegenheit der Parteien“ sei. Der Klassenkampf hat solch harte Formen angenommen, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie nicht mehr in der Lage ist, so betrügerisch die Frage zu umgehen. Von größter Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Gewerkschaften in der Sowjetunion, wo der Prozentsatz der gewerkschaftlichen Organisation des gesamten Proletariats am höchsten ist. In der Sowjetunion sind 90 bis 92 Prozent aller Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Das Geschrei der Reformisten in der ganzen Welt wie auch in Deutschland, daß wir die „Partei der Unorganisierten“ sind, wird durch diese Tatsache im Lande der proletarischen Diktatur am schlagendsten widerlegt.

Wir haben in Italien unter dem faschistischen Regime Gewerkschaftsorganisationen, die zu Staatsorganisationen ausgebaut sind, die im Rahmen der Durchführung der Mussolini-Politik benützt werden, um das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen und das Finanzkapital auf allen Gebieten zu unterstützen.

Wir dürfen nicht verkennen, daß in der Politik der Regierung Müller-Stresemann und später auch in der Politik der Mac-Donald-Regierung bei der Entwicklung zur sozialfaschistischen Diktatur auch die Faschisierung der Gewerkschaften eine außerordentlich große Rolle spielen wird. Das ist kein Prozeß von heute auf morgen, das sind Prozesse, die sich entwickeln im Zusammenhang mit der objektiven Situation und im Zusammenhang mit den Klassenfronten, die aufeinanderstoßen und hart miteinander ringen.

II. Die Faschisierung der Gewerkschaften, ihr Verwachsen mit dem Staatsapparat und mit dem Finanzkapital

Die Beziehungen der reformistischen Gewerkschaften zum Finanzkapital

Das beste Beispiel für die Faschisierung der Gewerkschaften bilden die deutschen Gewerkschaften. Die Bourgeoisie kann die Kapitalsoffensive nur erfolgreich durchführen, wenn sie zu einer scharfen Wendung, zur Faschisierung ihrer Herrschaftsmethoden, mit Hilfe der Sozialdemokratie übergeht. In dem Maße, wie die Mittel der bürgerlichen Demokratie zur Unterdrückung und Ausbeutung nicht mehr ausreichen, in dem Maße, wie sich die diktatorischen und sozialfaschistischen Methoden der Bourgeoisie verschärfen, in demselben Maße wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozeß zur Beseitigung der Organisationsdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zu einer größeren Aggressivität gegen die revolutionäre Front und zur verstärkten Faschisierung der Gewerkschaften im allgemeinen schreiten. Je stärker der Gewerkschaftsapparat mit dem staatlichen Machtapparat verwächst, je mehr die revolutionäre Gewerkschaftsopposition dieses System angreift, je selbständiger, aktiver und energischer die revolutionäre Opposition ihre Aufgaben stellt und entwickelt, um so schärfer wird der Angriff des Sozialfaschismus gegen die revolutionäre Front sein. Ein besonders krasses Beispiel für diese Entwicklung ist die Stellung des ADGB zum 1. Mai. Es ist uns bekannt, daß vor dem 1. Mai Verhandlungen zwischen dem Polizeipräsidenten in Berlin und den sozialdemokratischen Führern und der reformistischen Bürokratie des ADGB stattfanden. Diese Verhandlungen haben auch in einem politischen Prozeß nach dem 1. Mai eine Rolle gespielt. Die Tatsachen, die wir zeigten, wurden selbst vor dem bürgerlichen Gericht nicht widerlegt. Es waren gerade die ADGB-Führer in Deutschland, die verlangten, daß das Verbot am 1. Mai unter allen Umständen bestehen bleibe, während andererseits bei einigen führenden Parteigrößen der Sozialdemokratie Tendenzen vorhanden waren, am 1. Mai die Straße freizugeben. Diese Tatsache ist ein krasser Beweis für die starken sozialfaschistischen Auffassungen in der ADGB-Führung.

Nicht nur das Verwachsen des Gewerkschaftsapparates mit dem Staatsapparat spielt für uns eine Rolle, sondern die enge Beziehung der reformistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsorganisationen mit dem Finanzkapital. Diese Verflechtung übertrifft vielleicht alles andere, was uns bisher bekannt war. In letzter Zeit verwenden die Gewerkschaften in immer stärkerem Maße die gesammelten Gewerkschaftsgelder zu Zwecken gemeinsamer ökonomischer Betätigung mit dem Finanzkapital. Sie versuchen die Beitritts- und Beitragsgelder in den Gewerkschaften nach den Prinzipien der privatwirtschaftlichen Akkumulation anzulegen. Im Jahre 1905 wurden von den Gewerkschaftsgeldern 46 Prozent für Unterstützung der Streiks und Wirtschaftskämpfe verausgabt. Im Jahre 1924 wurden 24 Prozent der Ausgaben für Wirtschaftskämpfe verwandt, und 1927 betrug die Ausgaben für Wirtschaftskämpfe nur noch 8,8 Prozent der gesamten Ausgaben. Also schon diese Statistik beweist die innere Schwenkung in den Gewerkschaften: Keine Orientierung auf die kämpfenden Massen zur Unterstützung der Wirtschaftskämpfe, dafür aber eine Orientierung in der Linie des Verwachsens mit dem Finanzkapital. Die „Arbeiterbank“ in Deutschland ist beteiligt an der Hannoverschen Bodenkreditbank, hinter der das Metall-, Chemie- und Ruhrmontan-Kapital stehen. Die „Arbeiterbank“ des ADGB hat in letzter Zeit verschiedene Wirtschaftsunternehmungen, zum Beispiel die Lindcar-Fahrradwerke AG, saniert. Daß sie dem Vorsitzenden des ADGB, Leipart, eine Villa zum Geburtstag spendete, das nur nebenbei zur Vervollständigung des Korruptionssumpfes.

Aber nicht nur in Deutschland, auch in anderen kapitalistischen Ländern geht dieser Prozeß vor sich, zum Beispiel in Belgien. Die belgische „Arbeiterbank“ finanziert eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften in den belgischen Kolonien, kontrolliert Woll-, Baumwoll- und

Leinenspinnereien, Färbereien, Webereien, eine Strumpfwirkerei und eine Kunstseidenfabrik, ferner den größten Fischereibetrieb Belgiens, eine Brauerei, Metallhütten, Gefrierbetriebe sowie auch verschiedene Bankbetriebe. Die sozialdemokratische Rusizi-Gesellschaft besitzt am Kongo eine Baumwoll- und auch eine Erzkonzession. Dort hat es im vorigen Jahre infolge der Hungersnot 30000 Tote unter den Negern gegeben, die auf das Konto dieser Baumwollgesellschaft zu setzen sind. Das ist die „berühmte“ sozialdemokratische „Theorie“ von der Erziehung der Eingeborenen zum Arbeiter.

Ein Beispiel noch aus Osterreich. Nach der Inflationszeit sahen wir eine Sanierung der zusammengebrochenen sozialdemokratischen Geschäftsunternehmungen durch den Finanzmagnaten Bosel, der die Wiener Polizei unterstützte und verproviantierte. In Amerika ist der Prozeß des Verwachsens der Gewerkschaften mit dem Finanzkapital am weitesten fortgeschritten.

Auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch die Gegenkräfte dieser Entwicklung sehen. Je mehr die Sozialdemokratie, besonders in Deutschland und die Labour Party in England, als Regierungspartei ihre Tätigkeit in den Dienst der Bourgeoisie stellt, desto schneller und offener wird sich die Faschisierung in den Gewerkschaften vollziehen. Die Faschisierung der Gewerkschaften stößt auf den starken Widerstand der proletarischen Massen in den Gewerkschaftsorganisationen. Natürlich wird dieser Widerstand durch die Bürokratie zurückgedrängt und gebrochen. Aber dieser Widerstand der proletarischen Massen wird durch die Anerkennung der Schlichtungspraxis durch die Gewerkschaften, durch die Methode der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, langfristige Tarifverträge abzuschließen, durch die Versuche, Streiks abzuwürgen, und durch die Bekämpfung jedes Versuches, Streiks zu organisieren und zu unterstützen, ungeheuer gesteigert. Das führt unvermeidlich zu den schärfsten Auseinandersetzungen zwischen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und den sozialfaschistischen Führern. Hier beginnt der Kampf um die Mehrheit der Mitgliedermassen in den Gewerkschaften in ein entscheidendes Stadium zu treten. Die Tatsache, daß in den reformistischen Gewerkschaften große Massen organisiert sind, zwingt uns, diese proletarischen Massen hinter uns zu bringen, den Kampf gegen die reformistische Bürokratie in den Gewerkschaften mit äußerster Entschlossenheit fortzusetzen. Nehmen wir als Beispiel eine der Massenorganisationen, die Sportorganisation in Deutschland. Wenn die reformistische Bürokratie in diesen Organisationen nicht dazu übergegangen wäre, große Teile der Mitgliedschaft abzuspalten, dann wäre bestimmt auf dem nächsten zentralen Kongreß, wenn sich die Wahlen auf dem Boden der proletarischen Demokratie vollzogen hätten, die zentrale Leitung der Arbeitersportbewegung in unsere Hände gekommen. Im Freidenkerverband haben wir eine ähnliche Entwicklung. Die reformistische Bürokratie ging in dieser Organisation dazu über, die Statuten zu ändern, und einem größeren Teil gewählter Delegierter zum Reichskongreß wurde das Mandat widerrechtlich aberkannt. Wenn sie das nicht getan hätte, dann wäre auch die Freidenkerorganisation in unsere Hände gekommen.

Der Reformismus, der Sozialfaschismus, beseitigt überall die proletarische Demokratie, beseitigt das sogenannte Mitbestimmungsrecht der Massen in diesen Organisationen. In den Sportorganisationen und im Freidenkerverband in Deutschland ist die Spaltung bereits vollzogen. Derselbe Prozeß vollzieht sich auch in der Gewerkschaftsbewegung. Je bewußter und aktiver die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gegen den Sozialfaschismus auftritt, je mehr sich die Massen um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gruppieren, desto aktiver und offener werden die Ausschluß- und Spaltungsmethoden der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

**Der Kampf um die revolutionäre Klassenlinie
und revolutionäre Einheit in den reformistischen**

Gewerkschaften

Aber wir sehen in unseren eigenen Reihen gewisse Tendenzen des Zurückweichens, wir sehen die Kapitulation einzelner Funktionäre, die vor dem Vorgehen der Reformisten zurückschrecken. Dieser Kampf in den Gewerkschaften erfordert von uns die größte Zähigkeit, die größte revolutionäre Kaltblütigkeit und auch die Fähigkeit, die Massen zu überzeugen, daß nicht wir, sondern die Reformisten die Spalter der Gewerkschaftsbewegung sind.

Natürlich ist unser Kampf um die Einheit der Gewerkschaften nicht ein Kampf, wie ihn sich die Rechten und Versöhner vorstellen, ein Kampf für die „Einheit um jeden Preis“, sondern er ist ein Kampf um die revolutionäre Klassenlinie, für die Schaffung der revolutionären Einheit gegen die sozialfaschistischen Zersplitterer und Spalter der Gewerkschaften.

Wir dürfen auch in unseren eigenen Reihen keine Illusionen in der Frage der Eroberung der Gewerkschaften aufkommen lassen. Es gibt in einigen Parteien Tendenzen, die die Frage der Eroberung der Gewerkschaften als Frage der Eroberung des Gewerkschaftsapparates stellen. Aber wer die Frage der „Eroberung des Gewerkschaftsapparates“ stellt, verkennt vollkommen die Faschisierung des Apparates, die faschistischen Methoden der reformistischen Bürokratie, die diesem Apparat ermöglicht, sich gegen den Willen der Massen der Gewerkschaftsmitglieder durchzusetzen. Die Frage der Eroberung des Gewerkschaftsapparates steht nicht mehr so wie in der vergangenen zweiten Periode. In der jetzigen dritten Periode, der Periode der Verschärfung der Klassenkämpfe, nimmt der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse ganz andere Formen an.

Für uns steht nach wie vor die Frage der Eroberung der Gewerkschaftsmassen. Wir müssen uns ohne Illusionen darüber klar sein, daß jeder neue Klassenkampf, jede selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe große Opfer erfordern. Wir haben in Deutschland seit der Durchführung unserer neuen Taktik bei den Wirtschaftskämpfen und bei den Betriebsrätewahlen etwa 1500 bis 1700 Einzelausschlüsse. Aber außerdem sind große Abspaltungen von Zahlstellen zu verzeichnen, zum Beispiel im Bergarbeiterverband, wo bereits ganze Zahlstellen ausgeschlossen wurden, oder im Metallarbeiterverband Berlin, wo der Ausschluß der Rohrleger vollzogen ist und wo die Frage des Ausschlusses der Schlosser und Dreher ganz offen gestellt wurde.

Bedeutet das, wenn von seiten der Reformisten solche Abspaltungen durchgeführt werden, daß wir unsere grundlegende, revolutionäre Taktik im allgemeinen ändern müssen? Keineswegs! Wir führen die ausgeschlossenen Zahlstellen weiter, erheben von den Mitgliedern Beiträge durch unsere Zahlstellen und Branchenleitungen, führen einen energischen Kampf auf konzentrierter Grundlage um die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in den Verband. Wenn wir diesen Kampf fortsetzen, wenn wir die Frage der Ausgeschlossenen nicht als Hauptproblem der Gewerkschaftsbewegung betrachten, sondern nur als eines der Teilprobleme, wenn wir auf diesem Gebiet unsere revolutionäre Arbeit wirklich hundertfach verstärken, dann wird im Laufe der Entwicklung, der Zuspitzung der Klassenkämpfe, bei Steigerung unserer allgemeinen Arbeit, auch eine solche Möglichkeit eintreten, daß wir in der Lage sind, die vom Reformismus in unsere Reihen gerissenen Lücken durch neue Kräfte der revolutionären Gewerkschaftsbewegung zu schließen. Ich betone erneut aufs schärfste, daß sich unsere revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften in den Ländern mit „einheitlichen“ reformistischen Gewerkschaften nicht geändert hat. Ich sage ferner, daß die Bildung und Organisierung neuer, revolutionärer Gewerkschaften in Deutschland heute nicht auf der Tagesordnung steht.

Wir sehen zwar eine solche Entwicklung voraus, wo die Reformisten auf Grund der steigenden Opposition in der Gewerkschaftsbewegung die wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen auseinanderschlagen werden. Gerade diese Entwicklung, die

durch die reformistische Bürokratie herbeigeführt wird, erfordert aber im gegenwärtigen Moment die Aufbietung der größten Zähigkeit und Ausdauer in unseren Reihen, um für die Klasseneinheit der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen zu kämpfen. Wir wissen, daß in unseren eigenen Reihen die falschen und höchstschädlichen Meinungen auftreten können, daß die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit überflüssig sei. Deswegen müssen wir, um solchen Tendenzen keine Wirksamkeit zu geben, auf diesem Gebiet den Kurs unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit mit allen uns zur Verfügung stehenden ideologischen und organisatorischen Mitteln verstärken. Warum müssen wir diese Frage so stellen? Weil wir trotz ungeheurer Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Entwicklung, bei Fortsetzung des reaktionären Kurses der Sozialfaschisten, die größten Möglichkeiten haben, die Massen für uns zu gewinnen. Angesichts der steigenden imperialistischen Kriegsgefahr, angesichts der gegenwärtigen ernstesten Situation ist es ganz verständlich, daß wir nicht mehr sehr viel Zeit haben, die großen unorganisierten Massen des Proletariats zu Millionen organisieren zu können.

Unsere Stellung zu den Ausgeschlossenen

Weil die wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen und reformistischen Gewerkschaften bei Ausbruch des Krieges eine außerordentlich große Rolle spielen werden, ist es besonders notwendig, jetzt gegen alle Tendenzen zum freiwilligen Austritt aus den Gewerkschaften in unseren eigenen Reihen den stärksten Kampf zu führen, gegen die, die glauben, die Zeit zur Bildung neuer Gewerkschaften und ihrer Entwicklung sei schon heute gekommen.

Die Frage der Ausgeschlossenen ist nicht nur eine Angelegenheit der deutschen Partei, eine Angelegenheit der deutschen revolutionären Gewerkschaftsarbeit, sondern sie steht auch in verschiedenen anderen Ländern auf der Tagesordnung. Es wurden zum Beispiel in Polen eine Reihe revolutionärer Arbeiter aus dem Metallarbeiterverband, aus dem Bergarbeiterverband - darunter Mitglieder des Betriebsrates aus dem Textilarbeiterverband usw. ausgeschlossen. In letzter Zeit wurden auch verschiedene Zahlstellen aus den reformistischen Verbänden ausgeschlossen. In der Tschechoslowakei sehen wir Ausschlüsse aus reformistischen Verbänden, die früher nur selten vorkamen, sich aber in letzter Zeit gehäuft haben. In England sehen wir, trotzdem unsere Position in der Minderheitsbewegung außerordentlich schwach ist, daß dieselben neuen skrupellosen Spaltungsmethoden von seiten der Reformisten entwickelt werden. Die Tatsachen, die uns vom Schneiderverband bekannt sind, das Vorgehen gegen den Maschinenbauerverein in London und verschiedene andere Tatsachen sind für uns die internationalen Kennzeichen dieser neuen Aggressivität der Reformisten.

Genossen! Wie soll man die Frage der Ausgeschlossenen in den verschiedenen Ländern, in denen noch einheitliche reformistische Gewerkschaften bestehen, entscheiden? Wie soll man die Ausgeschlossenen organisatorisch zusammenfassen?

Die wichtigste Frage der allgemeinen Verstärkung unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit ist die Organisierung und Zusammenfassung der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Bis jetzt stand auch in Deutschland diese Arbeit mit wenigen Ausnahmefällen nur auf dem Papier. Nur in ganz wenigen Verbänden war eine wirkliche Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu verzeichnen. Wenn wir keine ernsthafte Schwenkung und organisatorisch-politische Wendung auf diesem Gebiet durchsetzen, dann wird auch die Angliederung und der Anschluß von Ausgeschlossenen an die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gewisse Schwierigkeiten in den Reihen der Ausgeschlossenen mit sich bringen. Wir müssen stärker denn je auf diesem Gebiete eine radikale Wendung vollziehen, um die Gesamtpartei aufzurütteln und die energische und systematische Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchzusetzen.

Die Zahl der einzeln Ausgeschlossenen schätzen wir jetzt ungefähr auf 1700 Genossen und

sympathisierende Arbeiter. Diese Zahl wird sich in nächster Zeit noch um Hunderte erhöhen. Es sind die besten Kräfte, die in den Wirtschaftskämpfen, bei den Betriebsrätewahlen und auf allen Gebieten des proletarischen Kampfes mit uns gemeinsam ihren Mann stehen. Daß bei diesen revolutionären Klassenkämpfern das Bedürfnis vorhanden ist - besonders bei denjenigen, die jahrzehntlang organisiert waren -, ihre Organisationszugehörigkeit auf einer anderen Basis beizubehalten, ist ganz selbstverständlich. Aber diese Stimmungen dürfen jetzt bei unserer Politik nicht ausschlaggebend sein. In dem Moment, wo wir von den Ausgeschlossenen Sonderbeiträge erheben und für sie Mitgliedskarten ausstellen, wo wir dazu schreiten, diese Ausgeschlossenen in neuen Organisationen zusammenzufassen oder vielleicht als Sektionen einer anderen Massenorganisation anzugliedern, werden andere gute revolutionäre Klassenkämpfer auch zu ihren Klassenbrüdern kommen. Sie werden die reformistischen Gewerkschaften verlassen und auf die Tätigkeit in diesen reformistischen Gewerkschaften pfeifen. Dann werden unvermeidlich neue Organisationen entstehen. Man soll diese Stimmungen besonders in Anbetracht des Verrats der reformistischen Bürokratie keineswegs unterschätzen. Wir sind daher der Meinung und mit uns das Politsekretariat des EKKI, daß sich die Angliederung der Ausgeschlossenen an die Gewerkschaftsopposition des betreffenden Verbandes vollziehen muß. Inwieweit wir den Ausgeschlossenen helfen, ihren Kampf um die Wiederaufnahme in die Gewerkschaften zu finanzieren, und inwieweit wir sie in den Wirtschaftskämpfen finanziell unterstützen, hängt ab von den Verhältnissen in den einzelnen Organisationen und vom Kampfe selbst. Wir sind der Meinung, daß man einen geringeren Prozentsatz des Gewerkschaftsbeitrages von den einzelnen Ausgeschlossenen erheben muß, um auf dieser Grundlage stärker denn je den Kampf um die Wiederaufnahme in die Gewerkschaften auf einer höheren Stufe führen zu können.

Das materielle Problem bei den Ausgeschlossenen - die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung in den Wirtschaftskämpfen - ist und darf nicht der Grund sein, von ihnen besondere Beiträge zu erheben und sie deswegen in neuen Organisationen besonders zusammenzufassen. Sie werden wie alle Klassenbrüder in den großen Kämpfen durch die Solidarität aller Arbeiter unterstützt.

Die Frage der Reverse

Eine andere Frage in diesem Zusammenhang ist die Frage der Reverse. Die Unterzeichnung von Reversen lehnen wir nicht immer unter allen Umständen ab. Bei der sozialfaschistischen Entwicklung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie spielt die Frage der Unterzeichnung von Reversen eine ganz andere Rolle als in den letzten Jahren, in der zweiten Periode. In der zweiten Periode waren diese Reverse noch oftmals so formuliert, daß wir sie unterschreiben konnten. Aber in der Periode der Entwicklung der Gewerkschaften zum Sozialfaschismus haben die Reverse, die jetzt vorgelegt werden, eine solche Formulierung, daß wir sie in den meisten Fällen nicht mehr unterschreiben können. Wir können sie nicht unterschreiben, weil das gleichbedeutend ist mit einem Verzicht auf die Durchführung der revolutionären Linie der Gewerkschaftsopposition. Es wird auch in den Augen unserer Sympathisierenden, in den Augen der revolutionären Arbeiter und auch unserer Partei unverständlich sein, wenn unsere Genossen solche Reverse unterschreiben. Nur von diesem Standpunkt aus, glaube ich, kann man die Frage der Reverse entscheiden.

Die „Linken“ in der Gewerkschaftsbewegung

Die letzte Frage in diesem Zusammenhang ist die Frage der sogenannten Linken in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Genosse Kuusinen sagte bereits in seinem Referat,

daß für die Durchführung des Sozialfaschismus eine „linke“ Sozialdemokratie notwendig sei. Natürlich, wenn das stimmt - und es stimmt -, dann wird auch die Entwicklung des Sozialfaschismus in den Gewerkschaften bedeuten, daß die „Linken“ in der Gewerkschaftsbewegung dieselbe Rolle spielen wie in der Sozialdemokratischen Partei.

Hierbei muß man eine Frage besonders betrachten: Unsere Taktik in der zweiten Periode gegenüber Cook, Purcell und anderen war richtig und hat in jenem Stadium große Dienste geleistet. Damals war eine Situation gegeben, die durch den allgemeinen Defensivcharakter der proletarischen Kämpfe nach der Niederlage der Arbeiterklasse in Deutschland im Jahre 1923 gekennzeichnet war. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten in Verbindung mit vorübergehenden Maßnahmen der Einheitsfronttaktik von oben, um die Massen, besonders in England, zu mobilisieren und zu organisieren, war unbedingt notwendig. Dann aber mußte gerade hier eine schroffe Wendung eintreten, um die reformistischen Elemente zu entlarven. Schon beim englischen Bergarbeiterstreik waren die Purcell und Co. offen zum Klassenfeind, gegen die Komintern und gegen die Sowjetunion übergegangen. Heute glaube ich, sind solche Maßnahmen, wie sie vor einigen Jahren gebraucht wurden, nicht mehr zulässig. Ihre Fortsetzung wäre falsch, schädlich und opportunistisch. Cook hat sich offen gegen den Kommunismus gewandt. In seiner Rede im Mai 1929 sagte er unter anderem folgendes:

„Dank dem Eingreifen des Prinzen zugunsten der Bergarbeiter hat die Frage der Monarchie aufgehört, für die Arbeiterbewegung Großbritanniens ein Problem zu sein...

Ich bin noch immer in der Theorie ein Republikaner, aber kein leidenschaftlicher mehr. Ich glaube, der Prinz von Wales ist heute der erste Fürsprecher für soziale Reformen in diesem unserem Lande... Ich habe meine eigenen revolutionären Auffassungen in dieser Hinsicht aufgegeben, weil der Prinz aufgehört hat, eine königliche Hoheit im herkömmlichen Sinne zu sein.“

Und weiter sagte er:

„Es ist möglich, daß ich mich durch den mit dem Prinzen von Wales getauschten Händedruck sowohl bei der Kommunistischen Partei Englands als auch bei der Kommunistischen Partei Rußlands verhaßt gemacht habe, Ich bedaure dies aber nicht.“

Diese Rede Cooks zeigt nicht nur die völlige Selbstentlarvung, sondern die radikale politische Schwenkung, die sich in diesen zwei Jahren bei den „Linken“ in der internationalen Gewerkschaftsbewegung vollzog, wie sie frech und zynisch vor dem Proletariat den offenen Verrat vertreten. Man muß dazu erklären, daß die Kommunistische Partei Englands viel zu lange in der Frage des Generalrates und seiner Unterstützung geschwankt hat.

III. Die neue Taktik unserer Parteien und die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe

Der Inhalt der internationalen Wirtschaftskämpfe

Aus unserer Einschätzung der jüngsten Entwicklung ergibt sich auch die neue Taktik der Kommunistischen Internationale und der RGI. Wir haben bereits auf dem IX. Plenum eine Wendung vollzogen. Wir haben auf dem IV. RGI-Kongreß auf Grund der Ereignisse in der ganzen Welt eine neue Streikstrategie, neue Organisationsformen, neue Kampfmethoden herausgearbeitet. Der VI. Weltkongreß hat diese Wendung in ihrer ganzen prinzipiellen Größe, in ihrer vollen Tragweite zur Durchführung gebracht.

Was hat sich in der Anwendung der neuen Kampfmethoden gegenüber den früheren Methoden geändert? Die Frage der Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten und die Frage, daß die

Einheitsfronttaktik auf einer anderen Grundlage durchgeführt wird, als sie in den früheren Jahren in der Komintern und in den einzelnen Parteien der ganzen Welt durchgeführt wurde. Weiter die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe. Dies bedeutet nicht nur eine neue Form der Gewerkschaftsarbeit, nicht nur eine bestimmte Streiktaktik, nicht nur eine neue Methode der revolutionären Massenarbeit, sondern einen neuen Abschnitt des revolutionären Klassenkampfes, international gesprochen: eine neue revolutionäre Taktik des Bolschewismus. Worin zeigt sich die Anwendung der neuen Taktik?

Erstens in der Führung des Hüttenarbeiterkampfes im Ruhrgebiet und in verschiedenen Kämpfen in allen Teilen der Welt; zweitens bei den Betriebsrätewahlen in Deutschland und einigen anderen Ländern; drittens in der Problemstellung zum 1. Mai, nicht nur vom Standpunkt der Ereignisse in Deutschland, sondern vom internationalen Standpunkt aus, indem wir in allen Ländern unter den revolutionären Mailosungen der Komintern und unter Führung der Kommunistischen Parteien internationale Massendemonstrationen gegen den Reformismus durchgeführt haben; viertens in der Taktik Klasse gegen Klasse, die vom IX. Plenum für Frankreich und England herausgearbeitet wurde, und fünftens in den neuen Formen und Organisationsmethoden des proletarischen Massenkampfes im allgemeinen.

In diesen Grundfragen der Anwendung der neuen Taktik haben wir gegen die Liquidatoren und Versöhnler in unseren eigenen Reihen den schärfsten Kampf führen müssen. Es ist bereits zum ersten Punkt der Tagesordnung bei der Analyse der Weltlage und unserer politischen Aufgaben der tatsächliche Beweis erbracht worden, daß die Versöhnler in unserer Partei die Rolle der Rechten übernommen haben. Die ungeheure Welle von Streiks ist ein schlagendes Tatsachenmaterial gegen die Theorie der Versöhnler von der festen Stabilisierung.

Die Stellung der Versöhnler zum Problem der Unorganisierten zeigt besonders deutlich ihre falsche Auffassung. Sie leugnen und verkleinern die revolutionäre Bedeutung der Millionenmasse von unorganisierten Arbeitern, ihrer steigenden Aktivierung, ihrer zunehmenden Teilnahme an allen Kämpfen des Proletariats. Sie verleumden uns als die „Partei der Unorganisierten“, weil wir diese Millionenmassen nicht nur in alle proletarischen Kämpfe einbeziehen, sondern sie auch in alle führenden Organe des Massenkampfes, die Streikleitungen, die roten Betriebsräte usw., aufnehmen. Der Standpunkt der Versöhnler zur Frage der Unorganisierten zeigt eine zünftlerisch-arbeiteraristokratische Beschränktheit schlimmster Art.

Wir erlebten im letzten Jahr, vom VI. Weltkongreß bis heute, eine gewaltige Welle von Streiks. Ich will für Deutschland nur zwei Tatsachen anführen: Im Jahre 1926 betrug die Zahl der Streiktage 1 Millionen, im Jahre 1927 war die Zahl der Streiktage auf 6 Millionen gestiegen, und im Jahre 1928 betrug die Zahl der Streiktage 21 Millionen. Zwar wurde die Mehrzahl dieser Streiktage durch Aussperrungen hervorgerufen, es wäre aber dennoch falsch anzunehmen, wie die Versöhnler es tun, daß sich das Proletariat in der Defensive befindet. Wir haben auf dem XII. Parteitag der KPD darauf hingewiesen, daß bei der allgemeinen Vorwärtsentwicklung der revolutionären Kämpfe auch rückläufige Tendenzen zu verzeichnen sind. Die Entwicklung geht nicht überall gleichmäßig vor sich. In einigen Ländern hat sie ein schnelles Tempo, während sich in anderen Ländern ein gewisser Zickzack bei der Entwicklung und auch gewisse Teilniederlagen zeigen. Auch bei uns gab es solche Tatsachen, wo vorübergehend äußere Einflüsse usw. bei der Entwicklung eine negative Rolle spielen, so zum Beispiel bei den Sachsenwahlen.

Aber nehmen wir nur die Ruhraussperrung, wo etwa 75 Prozent Unorganisierte beteiligt waren, und die Textilarbeiteraussperrung - die bereits 7 Wochen dauert -, wo ungefähr 35 Prozent der Kämpfenden unorganisiert sind. Man gab den Kommunen die Anweisung, keine Unterstützung auszuzahlen. In verschiedenen Gebieten entwickelten sich Kämpfe mit der Polizei. Und nehmen wir die anderen Kämpfe, zum Beispiel den 14 Wochen anhaltenden Werftarbeiterstreik in Hamburg. Alle diese Kämpfe zeigten einen fortgeschrittenen Charakter.

Es zeigte sich, daß die Unorganisierten mit den organisierten Arbeitern in einer gemeinsamen Kampffront gegen die Bourgeoisie, gegen die Staatsgewalt und gegen die Sozialfaschisten unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpften.

Die neue Taktik und die Hemmnisse und Fehler in unseren Reihen

Ich will keineswegs verhehlen, daß bei der Durchführung der neuen Taktik in den Wirtschaftskämpfen und bei den Betriebsrätewahlen in der deutschen Partei große Schwierigkeiten vorhanden waren. Ein gewisser Widerstand bei einigen Teilen der Mitglieder und selbst unter vielen Funktionären unserer Partei machte sich bemerkbar. Überlegt euch, wie schwer es war, in einer Situation, da ein rechter Flügel in der Partei vorhanden war, da die Versöhner selbst im Politbüro saßen und den Schwankungen in den unteren Organisationen einen verstärkten Resonanzboden gaben, die revolutionäre Taktik erfolgreich durchzuführen. Nehmen wir die Entwicklung in Frankreich. Wir haben seit Juni 1928 bis zum heutigen Tage bereits über 1000 Streiks - mit ungefähr 53000 Beteiligten monatlich - durchgeführt. Im Juni wurden von 169 Streiks 137 mit einer Lohnerhöhung abgeschlossen. Einige, vorwiegend mittlere Streiks, gingen verloren.

Aber was ist das Wichtigste bei diesen Streiks? 50 Prozent der Streiks brachen ohne Vorbereitung und ohne Organisation durch die roten Gewerkschaften aus. Erst als die Streiks ausgebrochen waren, haben die roten Gewerkschaften eingegriffen. Ich sage hier im Einverständnis mit der französischen Delegation, daß auf diesem Gebiete in der französischen Entwicklung große Fehler und Schwächen vorhanden sind.

Ich begrüße von dieser Stelle aus das absolute Verständnis der französischen Genossen, die von sich aus versuchen, die Initiative zu ergreifen, um in der Führung der roten Gewerkschaften eine Änderung herbeizuführen. Kennzeichnend für die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe in Frankreich sind folgende Merkmale: Das Eintreten neuer Industriezweige, die in den Jahren 1920/1921 und 1922 niemals kämpften, in die Streikbewegung; der Ausbruch von Streiks auch in der staatlichen Rüstungsindustrie; die ungeheuer lange Dauer der Streiks in den einzelnen Industriezweigen, zum Beispiel in Halluin, wo die Arbeiter sieben Monate gestreikt haben; die wichtige internationale Erscheinung, daß in Frankreich große Massen afrikanischer, spanischer und polnischer Arbeiter in diese Streikfront mit einbezogen wurden; die Veränderungen der Streiks in den verschiedenen Kampfgebieten, wo die Soldaten, die vom Unternehmer geholt waren, sich mit den Streikenden verbrüdeten, und zuletzt, was das Wichtigste für unsere ganze Politik und für unsere Orientierung ist, der politische Charakter der Kämpfe, auf den ich noch zurückkommen werde.

In dieser großen Streikwelle zeigte die Partei auch manche Schwächen. Es wurden zum Beispiel die Direktiven, die die Kommunistische Partei Frankreichs an die Fraktionen der roten Gewerkschaften herausgab, sehr häufig nicht durchgeführt. Wir sehen einen Widerstand der Leitungen, keine Vorbereitung der Kämpfe seitens der roten Gewerkschaften und deswegen das Hinterherhinken der roten Gewerkschaften hinter den Kämpfen der Massen vor und während des Streiks. Wenn wir die roten Gewerkschaften als die großen revolutionären, führenden Organisationen neben der Kommunistischen Partei für die Zukunft betrachten, und das müssen wir, dann muß auch auf diesem Gebiet in allen Ländern, wo solche roten Gewerkschaften vorhanden sind, eine radikale Umstellung dieser Arbeit durchgeführt werden. Einige Bemerkungen über die Erfahrungen in der Tschechoslowakei. Beim Textilarbeiterstreik haben die damals noch in der Partei befindlichen Liquidatoren, die die Führung des Kampfes in der Hand hatten, nichts unternommen, um den Kampf vorzubereiten. Ein Teil der führenden Leute war sich sehr unklar darüber, ob überhaupt die Voraussetzungen gegeben waren, diesen Textilarbeiterstreik vorzubereiten und einzuleiten. Die Massen traten

in den Streik, bevor sich die Partei und die rote Gewerkschaftsbewegung genügend darum gekümmert hatten.

Was ist das Wichtigste, was wir sehen müssen? Die Mitglieder der roten Gewerkschaften waren nicht die treibenden Elemente des Kampfes, sondern die treibenden Elemente des Kampfes waren die Arbeiterinnen und Jugendlichen, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Es ist vorgekommen - von den 40000 Textilarbeitern der Tschechoslowakei standen 8000 im Streik -, daß in einem Betrieb mit 1300 Arbeitern, von denen 1000 in den roten Gewerkschaften organisiert sind, nicht gestreikt wurde. Stellt euch vor, die gesamte Belegschaft steht unter Führung der roten Gewerkschaften und tritt nicht in den Streik! Es ist sogar die schändliche Tatsache vorgekommen, daß einige Mitglieder der roten Gewerkschaften unter dem Schutz der Polizei in die Betriebe gebracht wurden, um Streikbruch zu verüben.

Ich hebe das deshalb so stark hervor, weil solche unerhörten Beispiele die große ideologische Schwäche und das völlige Unverständnis zeigen, das noch in den roten Gewerkschaften bei der Durchführung unserer neuen Taktik existiert. Im Landarbeiterstreik in der Tschechoslowakei, der schon mehr einen politischen Charakter hatte, trug sich das folgende für uns höchst wichtige politische Ereignis zu: Als man versuchte, zwei Kompanien Militär in eine Gegend zu kommandieren, wo sie Streikbrucharbeit leisten sollten, meuterten sie und weigerten sich, den Landarbeitern in den Rücken zu fallen. Natürlich hat die tschechoslowakische Regierung die Streikleitung verhaften lassen. Die Partei aber hatte keine genügenden illegalen Voraussetzungen geschaffen, sie wurde überrascht, trotz der Lehren des roten Tages. Die Streikleitungen wurden alle durch die Polizei verhaftet, und die Führung in diesem Streik wurde vorübergehend durch diese Repressalien von den 'Massen getrennt.

Die Streiks und ihre Lehren im internationalen Maßstabe

Im Vordergrund aller wirtschaftlichen Kämpfe der Vergangenheit steht zweifelsohne der große heroische Kampf des Bombayer Proletariats. Es wurde bereits in der politischen Debatte des öfteren dieser große heldenmütige Kampf erwähnt. Aber warum ist dieser Kampf so wichtig für uns? Schon durch die Tatsache, daß wir 1928 - wie die Statistik zeigt - in Bombay 31 Millionen Streiktage hatten, eine Summe von Streiktage, die die Gesamtsumme der letzten 5 Jahre übersteigt. Zweitens zeigt dieser Wirtschaftskampf der indischen Textilarbeiter, daß in diesen ökonomischen Kämpfen die Arbeiterklasse dazu schreitet, die bürgerliche Staatsgewalt und den englischen Imperialismus mit seinem Trabanten, der nationalen Bourgeoisie, anzugreifen, daß sie den verräterischen Charakter der nationalen Bourgeoisie erkennt und sich gegen die Bourgeoisie zum Kampfe wendet. Wenn wir die Entwicklung der indischen Revolution analysieren und ihre große Bedeutung für den revolutionären Weltkampf hervorheben, so deshalb, weil durch den Kampf in Bombay die Frage der Hegemonie des Proletariats in der national-revolutionären Bewegung noch schärfer gestellt wird, als es bei der chinesischen Revolution möglich war.

Das ist die große Lehre, die wir aus diesem Kampf ziehen müssen, die auch für die kommenden Kämpfe und das Bündnis mit der Bauernschaft in dieser Bewegung von ungeheurer Wichtigkeit ist. Ich will ferner auf den neu ausgebrochenen Textilarbeiterstreik in Schanghai hinweisen, wo trotz des weißen Terrors das Proletariat erneut begonnen hat, sich seiner großen revolutionären Kämpfe von 1927 zu erinnern und neue Kämpfe durchzuführen; auf die unter faschistischem Terror kürzlich stattgefundenen Streiks in Bulgarien; auf den Generalstreik in Australien; auf den mit allen Mitteln der Brutalität unterdrückten wirtschaftlichen Kampf in Japan. Ich will ferner auf den Massenaufstand hinweisen, der kürzlich in Französisch-Kongo ausgebrochen ist, wo Tausende von Negern erschossen und schwer verwundet und Hunderte von Dörfern in Brand gesteckt wurden. Auch während der

Tagung dieses X. Plenums zeigen sich schon wieder überall neue Streiks und Massenkämpfe. In Deutschland sehen wir eine ganz neue Erscheinung in der Entwicklung der Kämpfe, die durch die Tätigkeit der Kommunisten und durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gefördert wird. Das sind die zwischentariflichen Lohnkämpfe, das heißt Lohnkämpfe, die außerhalb des Tarifvertrages in den verschiedenen Industriezweigen durchgeführt werden. Das ist ein Neuaufflammen des Kampfes der Massen gegen die langfristigen Tarifverträge, gegen das Schlichtungswesen und gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen.

Auch in dem „stabilisierten“ Amerika sehen wir neue große ökonomische Streiks mit wirklich politischem Charakter. Das zeigt zum Beispiel der große Straßenbahnerstreik in New Orleans, einem Ort, wo wir als Partei außerordentlich schwach sind und wo die Massen den Kampf aufnahmen und dabei mit der Staatsgewalt in Konflikt kamen. In diesem Kampf haben besonders die Frauen eine große Rolle gespielt. Eine ebensolche große Rolle haben die Frauen auch bei den letzten Kämpfen in Frankreich gespielt.

In England wird eine neue Bewegung von 500000 englischen Textilarbeitern angekündigt, die den Kampf gegen einen Lohnabbau von 12 bis 15 Prozent am 1. August aufzunehmen beabsichtigen.

Und der letzte Kampf, aus dem wir vielleicht die größten Erfahrungen ziehen können, ist der uns allen bekannte Lodzer Streik.

Vielleicht zeichnete sich kein Streik in der ganzen Welt durch eine solche Initiative und umsichtige Vorbereitung aus wie der von unserer kleinen Parteiorganisation in Lodz geführte Streik.

Obwohl der Kollektivvertrag in Lodz erst im September ablief, wurde der Kampf bereits im März von unserer Parteiorganisation vorbereitet, ohne daß man den Fehler machte, die taktischen Losungen, die erst im September „reif wurden“, sofort an den Anfang der Aktion zu stellen, sondern die ganze Kampagne schrittweise steigerte. Unsere Partei ging auch daran, den Massen klarzumachen, daß der Streik nicht nur um ökonomische Forderungen ging, sondern gegen die PPS und ihre Politik der Unterstützung des Faschismus gerichtet war. Es wurden nicht nur die Forderungen nach einer 35prozentigen Lohnerhöhung für die Jugendlichen und Arbeiterinnen gestellt, nicht nur die Forderungen des Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierung, sondern auch andere Forderungen in der Linie der Erkämpfung der Arbeiterrechte, der Unantastbarkeit und Neuwahl der Betriebs-delegierten, die Forderung der Bezahlung der Streiktage, falls die Belegschaft in den Streik tritt, die vorherige Entlarvung des Schiedsgerichts und die dauernde Popularisierung der Streikforderungen in der Belegschaft. Endlich wurde von vornherein erklärt, daß die Verlängerung des Kollektivvertrages überhaupt nicht in Frage komme.

Nach dieser positiven systematischen Vorbereitung kam der entscheidende große Fehler. Aber er kam nicht zufällig. In einem Moment, wo man eine Streikleitung von 22 Arbeitern hatte, bei der alle Voraussetzungen vorhanden waren, um den Streik durchzuführen, in diesem Moment begingen unsere Genossen den großen Fehler, an die Gewerkschaftsorganisationen heranzutreten, damit sie den Streik sanktionierten, um später die Gewerkschaftsbürokratie entlarven zu können. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ging zum Zweck eines Manövers auf diesen Vorschlag ein. Sie mußte diesen Weg einschlagen, wenn sie nicht allen Einfluß unter den Massen verlieren wollte. Und jetzt begingen unsere Genossen den zweiten Fehler, indem sie so „anständig“ waren, den Reformisten die Möglichkeit zu geben, ihre Vertreter in die Streikleitung hineinzudelegieren. Die Reformisten stellten 18 Delegierte zu den 22 Genossen der Streikleitung. Hinzu kam, daß diese 18, die sie hineinsandten, ausgesuchte führende Reformisten, arbeiteraristokratische Elemente, waren. Dieser grobe opportunistische Fehler unserer Genossen führte zur Niederlage des Streiks.

Hier zeigte sich das Unvermögen zur Durchbrechung des Gewerkschaftslegalismus, hier zeigte sich gerade, daß bei der Anwendung der neuen Streikstrategie nicht nur die positive

Vorbereitung unter Aufstellung der richtigen ökonomischen und politischen Forderungen eine Rolle spielt, sondern auch die Durchführung einer solchen Taktik, durch die wir als entscheidender selbständiger Faktor bei der Führung der Kämpfe auftreten können. Die Nichtanwendung dieser Taktik war der Fehler im Lodzer Streik, der für alle Wirtschaftskämpfe in der ganzen Welt von großer Bedeutung ist.

Nun einiges zu den besonderen Charakterzügen dieser großen internationalen Kämpfe. Bald alle diese Kämpfe zeigten die Hartnäckigkeit, die Ausdauer, die starke Entschlossenheit und den Kampfgeist des Proletariats. Sie zeigten ferner die breiteste Entfaltung der Masseninitiative und der Selbsttätigkeit. Sie bewiesen die Richtigkeit der Wendung unserer Massenarbeit zu den neuen frischen Schichten des Proletariats, der Arbeiterinnen und Jugendlichen, die eine aktive Rolle in diesen Kämpfen spielten. Sie bestätigten die Richtigkeit und die revolutionäre Notwendigkeit der Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses und des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der selbständigen Führung dieser Kämpfe durch uns und die Entstehung selbständiger Organe zur Führung dieser Kämpfe aus der Mitte der breitesten Massen selbst heraus.

Sie signalisierten weiter das wachsende Verständnis der Massen für die politische Bedeutung dieser Kämpfe. Und zuletzt als wichtigstes Moment, im Gegensatz zu den früheren Kämpfen, als Voraussetzung des Erfolges dieser Kämpfe, die Durchbrechung des Gewerkschaftslegalismus, den stärkeren Bruch mit den alten sozialdemokratischen Traditionen in der Arbeiterbewegung. Dieses letzte, wichtigste Moment, diese neue Art der Streikstrategie, ausschließlich unter unserer selbständigen Führung diese Kämpfe zu leiten, ist die wichtigste Frage in unserer revolutionären Arbeit.

Was ist der Unterschied der heutigen Kämpfe gegenüber den früheren? In den früheren wirtschaftlichen Kämpfen zeigte sich eine zu große „Verbeugung“ - ich will kein schärferes Wort gebrauchen - vor dem Gewerkschaftslegalismus, ein Zurückweichen vor dem Reformismus. Die Taktik, die wir zum Beispiel vor zwei Jahren durchgeführt haben, „Zwingt die Bonzen“, der ADGB - oder irgendeine andere reformistische Organisation - „muß die Kämpfe führen“, war absolut fehlerhaft. Durch diese Taktik wurden der Offensivgeist und die allgemeine revolutionäre Entwicklung des Proletariats gehemmt. In diesem Zusammenhang spielten natürlich andere Grundfragen unserer Gewerkschaftspolitik eine große Rolle. Die Anerkennung der Gewerkschaftsdisziplin, die doch heute eine völlig kapitalistische Disziplin ist, weil der Gewerkschaftsapparat mit dem Staatsapparat verwächst, führt zur Unterwerfung unter die Politik des Reformismus und letzten Endes zur Unterwerfung unter die Politik des kapitalistischen Staates und der Bourgeoisie. Ein Zurückweichen vor dem Reformismus, wie es die Liquidatoren ganz offen tun, wie es die Versöhnler des öfteren wiederholt haben, käme in der heutigen Situation dem Verrat am Kommunismus gleich. Bei dieser allgemeinen Entwicklung, bei der sozialfaschistischen Entwicklung der Gewerkschaften bedeuten die dummen Warnungen der Versöhnler, daß wir uns durch die neue Taktik von den Massen loslösen, weiter nichts als Versuche, die Kornintern und die Partei als vorwärts treibenden Faktor im Klassenkampf lahmzulegen.

Für uns kann nicht die Gewerkschaftsdisziplin, sondern nur die revolutionäre Disziplin der Partei und der Komintern ausschlaggebend sein. Sie ist das revolutionäre Grundgesetz unseres Handelns. Den Gesetzen des Reformismus steilen wir unsere revolutionären Gesetze der Organisierung und des Sieges der proletarischen Revolution entgegen.

Gewerkschaftslegalität in der weiteren Entwicklung der Gewerkschaften zu Staatsorganen heißt Staatslegalität. Der Gewerkschaftsapparat verwächst mehr und mehr mit dem Staatsapparat; deswegen bedeutet die Durchbrechung des Gewerkschaftslegalismus und der reformistischen Gewerkschaftsgesetze in der weiteren Entwicklung eine Durchbrechung der Staatslegalität, eine Durchbrechung der Gesetze der Staatsgewalt.

Die reaktionären Maßnahmen des internationalen Kapitalismus gegen die revolutionäre Klassenfront

Wir müssen unseren Klassenfeind ebenfalls beobachten, der die jetzige revolutionäre Entwicklung ganz genau studiert, der uns mit neuen Kampfmethoden begegnet, um die revolutionäre Entwicklung zu hemmen. Die Staatsgesetze, die in letzter Zeit neu angenommen wurden, bedeuten, daß die rebellierenden Massen schärfer unterdrückt werden sollen, daß schärfere Herrschaftsmethoden zur Unterwerfung der Arbeiterschaft unter die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der Unternehmer angewandt werden.

Ich nenne einige internationale Beispiele, die das vollständig beweisen: Das Schlichtungssystem in Deutschland, die Verbindlichkeitserklärungen in den letzten zwei Jahren, die Vorbereitung des Zwangsschiedsgerichtsgesetzes in Frankreich, die Streikverbote in den verschiedenen Ländern, das englische Gewerkschaftsgesetz, das Gesetz gegen die Gewerkschaften in Norwegen, die Auflösung der roten Gewerkschaften in Rumänien, Jugoslawien und Japan, die Einheitsbefehle der Staatsanwälte bei Streiks in Amerika, das Verbot des Streikpostenstehens in allen Ländern und nicht zuletzt die Verhaftung der Streikleitungen. Das alles sind politische Kampfmethoden des Imperialismus und der kapitalistischen Staatsgewalt. Unsere neuen Kampfformen und Kampforganisationen, unsere Streikleitungen und Kampfleitungen als Klassenorgane der kämpfenden Massen, die aus den verschiedenen Betrieben gebildet werden, stellen bereits eine große Gefahr für die Bourgeoisie und den Sozialfaschismus dar. Deshalb versuchen die Kapitalisten in allen kapitalistischen Ländern, uns mit allen Mitteln, besonders in den Betrieben, auszurotten und niederzuschlagen. Deswegen müssen wir auch unsere legalen Arbeitsmethoden in den Betrieben einer ernsten Änderung unterziehen und mit allem Ernst und größter Beschleunigung neue illegale Arbeitsmethoden zum revolutionären Schutze unserer Massenkader in den Betrieben erforschen und durchführen. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß auch die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus zur Verschärfung der Zusammenstöße zwischen den Massen und der Bourgeoisie beiträgt. Mit dieser Verschärfung der ökonomischen Kämpfe wird sich auch der politische Kampf gegen die Staatsgewalt und gegen den Gewerkschaftsapparat verschärfen.

Neue Merkmale und Kampfformen unserer Arbeit bei der Führung des revolutionären Massenkampfes

Wenn wir unseren Klassenfeind richtig einschätzen, wenn wir sehen, daß er neue Methoden in seinem Kampf gegen uns anwendet, wenn wir uns die Kompliziertheit der gegenwärtigen Kämpfe vor Augen halten, dann erfordert diese neue revolutionäre Strategie immer mehr die größte innere Geschlossenheit und Einheit in unseren Reihen und auch die innere Entschlossenheit und Kühnheit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der roten Gewerkschaften in allen Ländern. Denn unsere neue Strategie, die man als einen Fortschritt auf dem Wege der Bolschewisierung bezeichnen kann, bedeutet nicht nur, daß wir den politischen Kurs ändern, sondern daß wir mit dem politischen Kurs zu gleicher Zeit auch unsere gesamte Organisationsarbeit in den verschiedenen Kämpfen entsprechend der jeweiligen Situation ändern. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei kommt darin zum Ausdruck, daß sie die Massen mobilisiert und sich bei der Vorbereitung und im Kampfe an die Spitze der Massen stellt. So haben wir heute in der dritten Periode ganz neue Kampfformen. Wir haben Einheitsfrontorgane, Streikleitungen, Kampfleitungen,

Maikomitees, Delegiertenkörper, Antikriegskomitees, Selbstschutzorgane usw. gebildet. Das ist nicht nur eine Erscheinung, die auf einzelne Länder zutrifft, sondern die einen internationalen Charakter trägt und tragen muß.

Vor allem ist es notwendig, daß wir unsere Kämpfe wirklich ernsthaft vorbereiten. Der schwächste Punkt in der Entwicklung unserer Arbeit ist die nicht genügende Aufmerksamkeit bei der Vorbereitung der Kämpfe. Wir müssen feststellen, daß wir in allen Ländern und zum Teil auch in Deutschland von den Massen sozusagen „übereumpelt“ worden sind. Sie traten sehr oft in den Streik, und die roten Gewerkschaften - zum Beispiel in Frankreich - oder die revolutionäre Gewerkschaftsopposition haben erst nach Ausbruch der Bewegung ihre Vorbereitungsmaßnahmen eingeleitet.

Wir haben wichtige Aufgaben auf diesem Gebiet. Ein vorbereitender Ausschuß in einem Betrieb muß zum Beispiel die Initiative für die Vorbereitung und Durchführung eines Kampfes ergreifen. Er muß die Großbetriebe eines Industriezweiges zusammenfassen, er muß die Arbeiter des ganzen Industriezweiges gegen die Maßnahmen der Unternehmer mobilisieren. Wenn wir zum Beispiel in fünf bis sechs Betrieben, wo wir stark sind, die Massen in den Kampf bringen, ist dies mitunter ein Ansporn für die Auslösung von Kämpfen in anderen Betrieben. In Deutschland können zum Beispiel Kämpfe für zwischentarifliche Lohnerhöhung auf diese Weise ausgelöst werden. Wir müssen, besonders in allen Groß- und Mittelbetrieben, aktive Betriebszellen, gut funktionierende Betriebszellen haben, die auf allen Gebieten ihre Arbeiten erfüllen, die nicht nur die Aufgabe haben, die Lohnkämpfe vorzubereiten, sondern auch die Pflicht, in das tägliche Leben des Betriebes alle politischen Fragen hineinzutragen. Es gibt verschiedene Belegschaften in Deutschland, wo wir bereits begonnen haben, in den Pausen, wo die Belegschaften zusammen sind, alle Fragen des täglichen Lebens mit den Arbeitern durchzusprechen. Man kann nicht die Führung einer Partei sein, ohne das Leben der Arbeiterklasse zu kennen, ohne die ersten Fragen des täglichen Klassenkampfes zu stellen. Dazu brauchen wir eine Verbindung der Parteiführung mit dem Arbeiterleben in den Großbetrieben und in der gesamten Arbeiterklasse.

Die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten spielt in Verbindung mit den neuen Methoden des revolutionären Massenkampfes eine große Rolle. Ich will auf jene Organe der Einheitsfront, die einen zeitweiligen Charakter tragen und die in der letzten Zeit gebildet worden sind, kurz hinweisen: Kampfleitungen, Streikleitungen, Ausschüsse zur Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe, Arbeiterinnen-, Arbeiter- und Jugenddelegiertenkonferenzen, Aktionsausschüsse, Betriebskomitees, Selbstschutzorgane, Maikomitees, Antikriegskomitees usw. Natürlich werden diese Organe von der revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammengefaßt. Außer der Registrierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es notwendig, durch Propagandamaterial und besondere Betriebszeitungen die Politik in die Massen hineinzutragen.

Die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe

Als organisatorisches Bindemittel und als bestimmte ständige Organisationen sind zu betrachten: Die roten Betriebsräte, der revolutionäre Vertrauensmännerkörper oder, wie man in einigen anderen Ländern sagt, die Betriebsdelegiertenkörper und die Selbstschutzorgane, die auch einen ständigen Charakter annehmen können, und selbstverständlich unsere Zellen in den Betrieben, die als ständige Organe des politischen Zentrums, als Kontrollorgane der Partei in den Betrieben über die Durchführung der Politik zu wachen haben. Zur selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe ist nicht nur die stärkere organisatorische und politische Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der roten Gewerkschaften notwendig, sondern es ist auch notwendig, daß wir der Streikbruchpolitik des reformistischen Apparates neue revolutionäre Massenorgane entgegenstellen, daß wir ferner gewisse

Kampffondssammlungen einleiten, um in äußersten Notfällen die kämpfenden Schichten des Proletariats durch die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse unterstützen zu können. Ein wirkliches Musterbeispiel haben uns die französischen Genossen gezeigt. Sie haben in den letzten 3 bis 4 Monaten einen Kampffonds von 2 Millionen Francs für die Unterstützung der Streikenden gesammelt. In Deutschland liegt im gegenwärtigen Stadium die finanzielle Unterstützung der Unorganisierten, die mit den Organisierten zusammen den Kampf führen, in den Händen der IAH¹⁵, die auf diesem Gebiet eine gewaltige Arbeit leistet und die entsprechende Sammelaktion einleitet. Ich möchte diese besondere Frage ganz klar herausstellen, damit wir keine Illusionen aufkommen lassen. Die Entwicklung in der Zukunft wird die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zwingen, die Frage der größeren Streikkämpfe unabhängig von der kassenmäßigen Unterstützung durch die reformistischen Gewerkschaften zu stellen, sie unabhängig zu machen von der absoluten Sicherung dieser finanziellen Seite. Auch die ökonomischen Kämpfe müssen den Arbeitern in ihrem wahren Gesicht gezeigt werden, und ihr Charakter als Kampf gegen Unternehmertum, Staatsgewalt und Reformismus muß ihnen vor Augen geführt werden. Das bringt natürlich ungeheure Schwierigkeiten mit sich.

Ich kann unmöglich in meinem Referat auf alle Einzelheiten der Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe eingehen. Ich will nur auf einige Grundfragen hinweisen.

Die Vorbedingungen dieser gewaltigen revolutionären Arbeit bei allen Parteien sind:

Die Verstärkung der Betriebsarbeit, die Bildung, der Ausbau und die größere Aktivität der Betriebszellen.

Die politische Unversöhnlichkeit bei der Durchführung der Aufgaben des Kampfes gegen den Sozialfaschismus und Faschismus.

Die Umstellung der Parteiorganisationen auf die jeweiligen Kämpfe. Wenn zum Beispiel solche Kämpfe wie der Ruhrkampf oder die Streiks in Frankreich ausbrechen, dann müssen die besten Kräfte des Polbüros in das Kampfgebiet hineingeschickt werden, um die Arbeit aufs höchste zu steigern.

Es ist ferner wichtig, die Agitation und Propaganda auf die aktuellen Bewegungen einzustellen. Nicht nur die Genossen, die sich im besonderen mit Gewerkschaftsarbeit beschäftigen, sondern die Spitze der Partei müssen sowohl zentral wie bezirksweise dauernd zur Verstärkung eingreifen. Es gilt vor allen Dingen, die Verhältnisse in den Betrieben, die Verhältnisse unter den Arbeiterinnen und Jugendlichen zu zeigen, um die Arbeiter zu aktivieren. Notwendig ist, bei der Weiterführung oder bei Abbruch des Kampfes elastisch vorzugehen. Dieser letzte Fall kann zum Beispiel dazu führen, daß wir bei oberflächlicher Prüfung der Kampf Stimmung der Streikenden und der allgemeinen Kampf lage große Verluste in unseren Reihen haben. Wenn wir einen Schritt zu weit gehen und das richtige Kettenglied der Entwicklung bei einem Streik oder einer politischen Bewegung nicht erfassen, ist es klar, daß es uns ungeheuer viel kosten wird und wir Opfer bringen, die vielleicht nicht nötig wären. Bei Verschärfung des allgemeinen Kampfes und der Streiks spielt die Heranholung neuer Reserven eine außerordentlich große Rolle. Wir dürfen uns in jedem Wirtschaftskampf nicht auf die einzelnen Belegschaften, auf die Streikenden selbst beschränken, sondern unsere ganze politische Arbeit muß sich auf die nächste Bewegung und darüber hinaus auf das gesamte

¹⁵ IAH (Abkürzung für Internationale Arbeiterhilfe) - entstand am 12. August 1921 mit der Konstituierung des „Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“, das die internationale Arbeiterbewegung für die Unterstützung der infolge einer ausgedehnten Dürre von Hunger heimgesuchten russischen Arbeiter und Bauern mobilisierte. In der Folgezeit führte die IAH trotz Behinderungsmaßnahmen der kapitalistischen Regierungen und der opportunistischen Arbeiterführer umfangreiche Hilfsaktionen zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter der verschiedenen Länder und zur Milderung der Not der von Naturkatastrophen betroffenen Völker durch.

Proletariat in dem betreffenden Lande konzentrieren. Natürlich nicht bei jedem Streik, aber wenn der Streik einen umfassenden Charakter annimmt oder eine größere Anzahl von Kämpfenden umfaßt, muß man solche Maßnahmen durchführen.

Die Frauendelegiertenkonferenzen verstärken das Kampfbündnis der streikenden Arbeiter mit den proletarischen Frauen, die manchmal nicht das notwendige Verständnis aufbringen konnten, daß die Streikenden noch wochenlang für ihre Forderungen kämpften, um sie durchzusetzen. Wir dürfen uns bei diesen Kämpfen nicht auf die ökonomischen Forderungen beschränken, sondern zu gleicher Zeit muß auch die Frage des Kampfes gegen das Schlichtungssystem, gegen die bürgerliche Regierung, gegen die Sozialdemokratie, gegen den Werkfaschismus in den Betrieben, des Kampfes gegen die faschistischen Organisationen, die mit dem Unternehmertum und der Staatsgewalt zusammengehen, weiter die Frage der Zurückziehung der Polizei, der Freilassung der Verhafteten usw. gestellt werden. Die Massenmobilisierung muß unterstützt werden durch Massendemonstrationen des gesamten Proletariats und durch eine tägliche Orientierung der Streikenden selbst sowie der ganzen Arbeiterschaft über den Verlauf des Kampfes und aller politischen Ereignisse. Das ist besonders notwendig, um den Streik zu politisieren und damit sich die Arbeiter der politischen Bedeutung des Kampfes bewußt werden.

Genosse Kuusinen hat in seinem Schlußwort auf die Tatsache hingewiesen, daß fast zu gleicher Zeit der große Textilarbeiterkampf in Lodz und in München-Gladbach sowie in Nordfrankreich die großen Textilarbeiterkämpfe stattfanden, ohne daß auch nur die geringste Verbindung der Kämpfenden untereinander hergestellt wurde. Was ist in solchen Situationen notwendig? Hier muß die RGI eingreifen. Sie muß dafür sorgen, daß gegenseitig Delegierte in die Kampfgebiete entsandt werden, um die Erfahrungen auszunutzen, die internationale Solidarität zu stärken und den Kampfesmut der Massen auch international zu entwickeln.

Unsere Taktik bei den Betriebsrätewahlen

Ich komme jetzt zu unserer Taktik bei den Betriebsrätewahlen und zu dem Problem der Unorganisierten. Die Schwierigkeiten, die wir bei der Durchführung unserer Taktik während der Wirtschaftskämpfe hatten, waren bei der Durchführung der neuen Taktik bei den Betriebsrätewahlen noch viel größer. Prüfen wir die Entwicklung seit 1924.

Wir hatten seit jener Zeit eine solche Entwicklung, daß die Aufstellung der Betriebsratskandidaten, mit ganz wenigen Ausnahmen, in Deutschland nur auf der Gewerkschaftsliste geschah, das heißt also, daß nur Gewerkschaftsmitglieder, vorwiegend der Amsterdamer Richtung, auf die Betriebsratslisten kamen. Wir müssen uns überlegen, wo wir hingekommen wären, wenn wir bei der jetzigen Entwicklung zum Sozialfaschismus diese Methode nicht durchbrochen hätten. Wir wären am Schwanz der Sozialdemokratie marschiert, wir hätten keinen offensiven Geist und keine Kampfesentschlossenheit gegen die Reformisten entfaltet. Wenn wir nicht rechtzeitig unsere neue Taktik durchgeführt hätten, wären wir in eine Lage hineingeschlendert, die eine große Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft gewesen wäre.

Wir müssen feststellen, daß zur Zeit des V.I. Weltkongresses in der Frage der Taktik der Betriebsrätewahlen in der deutschen Delegation nicht schon jener entschiedene Wille zum Bruch mit der alten Taktik vorhanden war, wie es jetzt der Fall ist. Es mußte erst von der Komintern gemeinsam mit der deutschen Parteiführung die Durchführung der neuen Taktik verlangt werden. Damals hatten wir noch nicht die feste Entschlossenheit zur Aufstellung selbständiger Listen unter politischen Losungen. In den Januarbeschlüssen der Komintern von 1929 wurden die Fragen unserer Taktik bei den Betriebsrätewahlen viel schärfer gestellt, der Betriebsrat wurde als Organ der Kampfführung, der revolutionären Politik betrachtet. Zu Beginn der Durchführung der neuen Taktik bedurfte es einer großen ideologischen

Vorbereitung in unseren eigenen Reihen, um die sozialdemokratischen Überbleibsel aus unserer Partei zu entfernen. Erst durch die schärfsten politischen Argumente war es möglich, die gesamte Partei davon zu überzeugen, daß eine Änderung der Taktik bei der Betriebsrätewahl notwendig sei - besonders durch die Konzentration auf die neuen Schichten, die die kapitalistische Rationalisierung entwickelt hat und die aus ihr herausgewachsen sind, auf die Millionen aus den schlecht entlohten Schichten, besonders auf die Arbeiterinnen und die Jungarbeiter. Diese Entwicklung verstanden gewisse Teile unserer Partei nicht genügend. Verschiedene Genossen wollten lieber einen Kuhhandel eingehen, um eine Anzahl oppositioneller Delegierter auf eine einheitliche Betriebsratsliste zu bekommen, als eigene Listen aufzustellen. Diese Politik hätte den Verzicht auf die revolutionäre Massenarbeit und auf den prinzipiellen Kampf gegen den Reformismus bedeutet. Diese politische Frage war die Kernfrage der neuen Taktik. In den letzten Jahren, ehe wir diese neue Taktik begonnen hatten, spielten sich die Betriebsrätewahlen weniger unter dem Gesichtspunkt des politischen Kampfes ab. Jetzt, wo unsere Taktik durchgeführt wurde, wurden in breitester Form die politischen Probleme der proletarischen Revolution aufgerollt. Gleichzeitig wurde es uns ermöglicht, eine Stärkung und Festigung unserer organisatorischen Positionen in den Betrieben durchzuführen. Genossen! Hätten wir überall in den verschiedenen Gebieten Deutschlands in den Betrieben diese Taktik mit Überzeugung und Energie durchgeführt, so wären unsere Erfolge noch unvergleichlich größer. Aber in zahlreichen Betrieben, ja in ganzen Gebieten Deutschlands, konnten wir unsere Taktik nicht durchsetzen, weil die Zeit für eine allgemein-politische Vorbereitung zu kurz war und weil die Widerstände in der Partei ungeheuer groß waren, so daß unsere besten Streitkräfte nicht ausreichten, um diesen Widerstand so schnell zu brechen. Dennoch waren die positiven Ergebnisse in den verschiedensten Gebieten der wichtigste, schlagendste Beweis für die Richtigkeit unserer Taktik.

Wir hatten verschiedene Schwächen, zum Beispiel die nicht genügende Durchführung der Angestelltenwahlen, keine genügende Mobilisierung der Massen in der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen, Unterlassung der Einsetzung von Wahlausschüssen als vorbereitende Komitees für die Arbeit und Vorbereitung der Wahlen im allgemeinen usw. Aber das Ergebnis war trotz dieser Mängel verblüffend und überraschend.

Wenn wir trotz aller sozialdemokratischen Überreste, trotz aller Schwächen, Unterlassungssünden und inneren Widerstände ein solches Ergebnis erreichten - welche ungeheuren Kräfte für den Klassenkampf, für den Kommunismus müssen dann im Proletariat stecken!

Unsere nächsten Aufgaben auf diesem Gebiete sind sehr groß. Wenn unsere roten Betriebsräte in Deutschland nicht sichtbar und entschlossen eine bessere Politik für die Arbeiter im Betrieb durchführen als die Reformisten, wird sich ein gewisses Mißtrauen gegen sie und gegen uns entwickeln. Wir haben zum Beispiel bei den Verkehrsarbeitern in Berlin schlechte Erfahrungen gemacht, weil unsere Betriebsräte dort mit ungenügender Aggressivität gegen die Direktion vorgestoßen sind und auch ihre Pflicht am 1. Mai nicht so erfüllt haben, wie man es von ihnen verlangen muß. Wir sind gezwungen, in Deutschland nicht nur Elementarkurse über das Tätigkeitsfeld durchzuführen, das jeder Betriebsrat kennen muß, sondern auch einen politischen Unterricht zu erteilen, der die Betriebsräte befähigt, stets die revolutionären Aufgaben der gesamten Arbeiterschaft im Bereich ihres Betriebes durchzuführen.

Die feste Verbindung der Betriebsräte mit den anderen Einheitsfrontorganen im Betrieb und mit den Massen, die Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, die tägliche Interessenvertretung im Betrieb, die Schaffung eines revolutionären Vertrauensmännerkörpers, die Zusammenfassung der örtlichen und bezirklichen Betriebsräte auf Konferenzen - das sind unsere nächsten Aufgaben. Die Betriebsräte müssen zur Führung des politischen Kampfes im Betrieb erzogen werden. Wir müssen die Betriebsrätefraktionen

nicht nur in lokalem und bezirklichem, sondern auch in zentralem Maßstab zusammenfassen. Einige Erfahrungen, die sich während der Betriebsrätewahlen in der Tschechoslowakei und in Österreich gezeigt haben: Wurde unsere Taktik in der Tschechoslowakei und in Österreich durchgeführt? Nein! Unsere Arbeit auf diesem Gebiete war in der Tschechoslowakei sehr schlecht. Und in der tschechoslowakischen Partei wurde die Frage nur vom Gewerkschaftsstandpunkt aus gestellt und nicht vom Standpunkt der revolutionären Massenarbeit.

Es gibt in unseren eigenen Reihen viele Illusionen über die Betriebsräte. In der französischen Partei zum Beispiel gibt es einzelne Genossen, die glauben, daß die Bildung und Organisation von Betriebsräten von der Bourgeoisie gestattet werden müßte. Wie ich weiß, gibt es auch Genossen in der französischen Partei, die der Meinung sind, man müßte Anträge im Parlament stellen zwecks Erlassung gesetzlicher Bestimmungen für die Entwicklung einer Betriebsrätebewegung. Es gibt in der französischen Partei auch Tendenzen, die Betriebsrätebewegung unter der Losung der Kontrolle der Produktion zu organisieren.

Die Betriebsräte sind, vom reinen verfassungsmäßig gesetzlichen Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen, Instanzen, mit denen die Bourgeoisie heute versucht, ihre Politik und ihre „wirtschaftsfriedlichen“ Maßnahmen durchzuführen. Die Funktionen der Betriebsräte sind nach den Gesetzesbestimmungen festgelegt. Natürlich, so wie die Bourgeoisie versucht, die Betriebsräte in ihrem Sinne auszunutzen, nutzen wir sie im revolutionären Sinne aus, indem wir die Betriebsräte unter unseren Einfluß zu bringen bestrebt sind und sie als Stützpunkte der revolutionären Politik und Arbeit im Betriebe ausbauen. Wir nutzen sie als Hilfskräfte in der antiimperialistischen Front und im Kampfe gegen die Bourgeoisie, den Faschismus und den Sozialfaschismus aus.

Das Problem der Millionen von Unorganisierten und ihre Einreihung in die revolutionäre Klassenfront

Was ist das Wichtigste bei der Taktik der Betriebsrätewahlen? Das Wichtigste, das wir in dieser Beziehung erreicht haben, ist, daß zum ersten Male neue Massen der am meisten unterdrückten Schichten des Proletariats, die Unorganisierten, in diesem Kampfe eine große Rolle gespielt haben. Dieses große Massenproblem hat für die Entwicklung und den Kampf um die Hegemonie unserer Partei innerhalb des Proletariats eine entscheidende Bedeutung. Ich habe auf Grund von Rücksprachen mit den wichtigsten Delegationen zu erfahren versucht, wie das ungefähre prozentuale Verhältnis von Organisierten zu Unorganisierten ist. Die Schätzung der Delegationen ist folgende: In der Tschechoslowakei gibt es etwa 65 Prozent Unorganisierte, in England etwa 70 Prozent, in Deutschland etwa 73 Prozent, in Amerika 90 Prozent, in Frankreich etwa 91 Prozent und in Polen sogar 95 Prozent. Wenn wir diese Tatsache mit der neuen Umgruppierung des Proletariats in der kapitalistischen Rationalisierung in Verbindung bringen und auch in Betracht ziehen, daß bestimmte arbeiteraristokratische Gruppen im Proletariat ein besseres Organisationsverhältnis haben und die Zahlenverhältnisse in den verschiedenen Berufsgruppen schwanken - die Buchdrucker zum Beispiel sind zu 100 Prozent organisiert, während in anderen Industriegruppen das Organisationsverhältnis ein besonders schlechtes ist -, so gewinnen diese Zahlen eine erhöhte Bedeutung. Äußerst wichtig ist es, daß diese Unorganisierten hauptsächlich in den Groß- und Mittelbetrieben beschäftigt sind und ganz wenig in den Kleinbetrieben. Die Unorganisierten haben bei den jetzigen Kämpfen eine große Rolle gespielt. Oftmals treten die Unorganisierten revolutionärer auf als die organisierten Massen der Arbeiter. Auch dafür liegen bestimmte Ursachen vor. Wir sehen, daß sich die Struktur der Arbeitermassen in dem ganzen Prozeß der

kapitalistischen Rationalisierung geändert hat. Es werden neue Ausbeutungsmethoden des Kapitalismus im Produktionsprozeß angewandt und neue Schichten, besonders Arbeiterinnen und auch Jugendliche, in den Arbeitsprozeß einbezogen. Es besteht eine steigende Lohnspanne zwischen den arbeiteraristokratischen Elementen, den privilegierten Schichten im Produktionsprozeß, und den unteren Schichten des Proletariats, die immer mehr unterjocht werden und in den wichtigsten Industrien immer weniger Lohn bekommen. Auch diese Tatsache spielt für die Veränderung der Zusammensetzung der Gewerkschaften eine außerordentlich große Rolle.

Die neuen Reserven und ihre große Bedeutung für die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit

In der ganzen Welt versuchen die Reformisten, den unteren Schichten des Proletariats den Zutritt zu den Gewerkschaften zu erschweren und sogar zu versperren. In Amerika sind zum Beispiel die Mitgliedsbeiträge so hoch, daß für die niedrigen Lohnklassen der Zugang zu den Gewerkschaften unmöglich ist. In Deutschland gestattet man den Arbeitslosen nicht, in die Gewerkschaften einzutreten. Wir haben ferner bei der Ruhraussperrung gesehen, daß, als die Proleten zur Unterstützung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in die Gewerkschaften eintreten wollten, die Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter nicht aufnahmen. Beim Werftarbeiterstreik ebenfalls. Diese Tendenz in der Entwicklung der Gewerkschaften hat dazu geführt, daß die Gewerkschaften sich immer mehr aus den Oberschichten des Proletariats zusammensetzen. Folgende Statistik der Mitgliedsbeiträge des ADGB zeigt ganz deutlich die soziale Verschiebung in der Struktur der reformistischen Gewerkschaften:

1924 wurde von je 100 Mitgliedern ein Jahresbeitrag bis 10,40 Mark von 10,8 Prozent der Gesamtmitgliedschaft erhoben.

1927 war dieser Prozentsatz auf 5,2 Prozent gesunken.

1924 wurde von je 100 Mitgliedern ein Jahresbeitrag von 10,41 bis 26 Mark von 39,2 Prozent der Gesamtmitgliedschaft erhoben.

1927 war dieser Prozentsatz auf 17,2 Prozent gesunken.

1924 wurde von je 100 Mitgliedern ein Jahresbeitrag von 26 bis 52 Mark von 45,7 Prozent der Gesamtmitgliedschaft erhoben.

1927 stieg dieser Prozentsatz auf 57 Prozent.

1924 wurde von je 100 Mitgliedern ein Jahresbeitrag von 52 Mark von 4,3 Prozent erhoben.

1927 stieg er ebenfalls auf 20,6 Prozent.

Wir sehen ein ganz enormes Ansteigen des Prozentsatzes der höchsten Beitragsklassen, ein entscheidendes Zeichen dafür, daß die reformistische Bürokratie sich in zunehmendem Maße auf die bessergestellten Schichten des Proletariats stützt und die unteren Schichten am Eintritt in die Gewerkschaften hindert. Ein überaus großer Teil der Unorganisierten setzt sich aus Arbeiterinnen und Jugendlichen zusammen.

Die entscheidende Frage ist: Wie können wir diese unorganisierten Massen für die Gewerkschaften, für den Klassenkampf gewinnen, um sie in den Kampf der Gewerkschaftsopposition mit einzubeziehen, trotz der sozialfaschistischen Einstellung der Gewerkschaften, trotz der Entwicklung, die sich in geradezu erschreckendem Maße in den Gewerkschaften zeigt?

Es ist heute schon schwer, die Massen zu überzeugen, in die reformistischen Gewerkschaften hineinzugehen. Trotz alledem müssen wir für die Einbeziehung der Unorganisierten in die gewerkschaftlichen Organisationen arbeiten. Warum? Weil die gewerkschaftlichen Organisationen immerhin die wichtigsten Formen von Massenorganisationen sind, die noch Millionen von Arbeitern, die uns noch nicht verstehen, hinter sich haben. Sie sind die

elementare Form der Klassenorganisationen des Proletariats, wenn sie einen revolutionären Kampf führen und die Massen klassenmäßig erziehen. Haben wir Beispiele aus der Vergangenheit, wo beim revolutionären Aufschwung die unorganisierten Massen in die Gewerkschaften hineinströmen? Zweifellos! Bis zu der aufsteigenden Welle von 1922/1923 konnten wir ein Hineinströmen von Hunderttausenden, von Millionen in die Gewerkschaften feststellen, und zwar von solchen Schichten, die heute nicht mehr in den Gewerkschaften sind. Wir haben gesehen, daß auch in anderen Perioden politischer Zuspitzung, in der Tschechoslowakei und sogar in Frankreich, ähnliche Tatsachen zu verzeichnen waren. Rosa Luxemburg hat das Problem der Unorganisierten schon bei den Erörterungen des politischen Massenstreiks auf dem Jenaer Parteitag behandelt. Damals wurde bekanntlich ein Kampf zwischen den Revisionisten, den Zentristen und den Linken der Partei über das Problem des revolutionären Massenstreiks geführt. Auf dem Jenaer Parteitag sagte Rosa Luxemburg zur Frage der Unorganisierten folgendes:

„Die Politik, die Taktik der Partei muß danach ansetzen sein, um die nötige Begeisterung und Opferfreudigkeit in den großen Volksmassen auch außerhalb der Organisierten zu wecken, denn nur auf diese Weise können wir die gewaltige Schar der Unorganisierten mitreißen und für die Organisation gewinnen.“ [„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena, 14.1bis 20. September 1913“, 5.291. Die Red.]

Diese Worte von Rosa Luxemburg kann man auf die heutige praktische Arbeit in unserer Situation anwenden, obwohl die Entwicklung des Sozialfaschismus bei einer weiteren Zuspitzung vielleicht auch von uns eine andere Stellung der Frage verlangt.

Genosse Stalin hat die Entwicklung in Amerika völlig richtig gezeigt und dabei sehr richtig erwähnt, daß auch in Deutschland eine solche Entwicklung kommen kann. Bestreiten wir, daß auch bei uns eine solche Entwicklung möglich ist wie in Amerika? Keineswegs! Bei dieser aufsteigenden Entwicklung, wo die neuen Reserven des Proletariats zu uns kommen, wo sie sich von den Reformisten loslösen, wo die Reformisten sich selbst entlarven - welche glänzenden Möglichkeiten haben wir dann trotz aller Ausschluß- und Spaltungsmethoden, alle die, die noch nicht mit uns gehen, in den Strom der revolutionären Entwicklung hineinzubringen und zu organisieren!

Genossen! Wir müssen heute unsere gewerkschaftliche Werbearbeit anders gestalten, als es früher der Fall war. Früher haben wir ganz allgemein, ohne politische Differenzierung, zum Eintritt in die Gewerkschaften aufgefordert. Unsere Arbeit war es in erster Linie, daß die deutschen Gewerkschaften im letzten Jahr eine Zunahme von 620600 Mitgliedern zu verzeichnen haben. Heute müssen wir diese Frage anders stellen als in der Zeit der zweiten Periode. Heute propagieren wir nicht mehr den unterschiedslosen Eintritt aller Arbeiter in die reformistischen Gewerkschaften, sondern nur den Eintritt der klassenbewußten revolutionären Arbeiter zur Stärkung der revolutionären Opposition. Diese Aufgabe ist keine leichte, sie ist ungeheuer schwierig. Unsere Aufgabe ist es, die Massen zum revolutionären Kampf zu erziehen, im Kampfe die Massen zu organisieren gegen den Widerstand der sozialfaschistischen Bürokratie, die verhindern will, daß die rebellierenden Massen zu den Gewerkschaften kommen. Erst im Kampf für ihre Klasseninteressen, für die revolutionären Ziele gegen die Politik der Sozialfaschisten und Streikbrecher, werden die unorganisierten Massen zur Überzeugung von der Notwendigkeit des Eintritts in die Gewerkschaften kommen. Diese neuen Millionenmassen, die am meisten ausgebeutet und verelendet, den stärksten Angriffen bei allen Rationalisierungsmaßnahmen aus-gesetzt sind, die viel weniger durch die Schranken des Gewerkschaftslegalismus behindert werden als die sozialdemokratischen Mitglieder in den Gewerkschaften, die täglich unter dem zersetzenden Einfluß ihres sozialfaschistischen Apparates stehen - sie haben in den letzten Kämpfen aufopferungsvoll aktiv und revolutionär mit ihren organisierten Klassenbrüdern gemeinsam

gekämpft. Deshalb hat Lenin in seinem bekannten Aufsatz „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ die Arbeit, unter den am wenigsten organisierten, aber am meisten ausgebeuteten Schichten des Proletariats, seinen Unterschichten, wie er sagt, geradezu als einen Gradmesser der revolutionären Aktivität der kommunistischen Parteien bezeichnet.

Die falschen Auffassungen der deutschen Rechten

Es gibt in der Frage der roten Gewerkschaften bei vielen Genossen noch Unklarheiten, was zur Folge hatte, daß in den Ländern mit gespaltener Gewerkschaftsbewegung die roten Gewerkschaften nicht genügend unterstützt wurden. Wenn wir die roten Gewerkschaften mit einem revolutionären Kampfprogramm ausgestalten wollen, müssen wir jeden Streik, jeden Lohnkampf zur Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, zur Zurückdrängung der reformistischen Gewerkschaften ausnutzen und unsere Kampfmaßnahmen so durchführen, daß es uns gelingt, ganze Teile und ganze Zahlstellen der reformistischen Gewerkschaften in die roten Gewerkschaften zu überführen. In dieser Hinsicht haben wir in der Vergangenheit sehr große Fehler begangen.

Wir hatten in unserer deutschen Partei, wie bekannt ist, scharfe Auseinandersetzungen mit den Versöhnlern in der Gewerkschaftsfrage. Genosse Meyer, der der Gruppe der Versöhnler angehört, hat darauf hingewiesen, daß wir auf dem Essener Parteitag die Gewerkschaften als die Hauptarena des Kampfes zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bezeichnet haben. Und daran knüpfte er die Behauptung, daß wir jetzt in unserer neuen Taktik unseren alten Standpunkt revidieren. Es bedarf aber der ganzen Blindheit der Versöhnler, nicht zu sehen, daß wir unseren Standpunkt nicht nur nicht revidieren, sondern auf einer höheren Entwicklungsstufe fortsetzen. Heute, in der Periode der Begegnungskämpfe, der Durchbruchskämpfe, der Offensivkämpfe, sind die Hauptarenen des Kampfes in erster Linie die Betriebe, wo wir die Massen der organisierten und der unorganisierten Arbeiter erfassen müssen. Meyer und seine Freunde schlugen uns vor, am 1. Mai in die Gewerkschaftsversammlungen hineinzugehen, das heißt faktisch auf die eigenen Demonstrationen zu verzichten. Wir haben, die Losung des Boykotts der sozialdemokratisch-reformistischen Versammlungen herausgegeben auf Grund unserer richtigen Einstellung, daß am 1. Mai auf der Straße demonstriert werden muß. Ferner, weil die reformistische Bürokratie die Absicht hatte, schon in den frühesten Morgenstunden in den Reihen des Proletariats einen Bruderkampf auszulösen, drittens, weil wir zur Vorbereitung des Massenauftritts alle Kräfte gebrauchten. Der Standpunkt der Versöhnler zu dieser Frage ergibt sich aus ihrer allgemeinen falschen politischen Auffassung, ergibt sich daraus, daß sie mit unserer neuen Taktik nicht einverstanden sind.

In der Gewerkschaftstaktik, in der Frage der Unorganisierten sehen sie nicht die Klassenkämpfe des Proletariats und wie sie sich entwickeln, sondern sie stellen die Frage schematisch, übertragen die Organisationsformen, die Methoden der zweiten Periode kritiklos auf die dritte. Wir wissen, daß die Eroberung der Mehrheit des Proletariats nicht im Rahmen der Gewerkschaften erfolgt, daß diese Aufgabe in ihrem Rahmen nicht gelöst werden kann, sondern auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, in allen proletarischen Massenorganisationen und in erster Linie in den Betrieben. Unser Weddinger Parteitag sagte mit vollem Recht, daß der Kampf um die Betriebe im Vordergrund unserer allgemeinen Politik steht, daß der Kampf zwischen Reformismus und Kommunismus seine besondere Verschärfung erfährt, weil er gleichzeitig ein Kampf gegen den Dreibund Unternehmertum, Staatsgewalt und reformistische Gewerkschaftsbürokratie ist. Indem die ausgeschlossenen Liquidatoren und ihre Platzhalter in der Partei sich bald nur auf den Kampf innerhalb des Rahmens der Gewerkschaften, innerhalb des Gewerkschaftslegalismus beschränken wollen, leugnen sie auch den Charakter der jetzigen Kämpfe. Sie können sich als Anhänger der

Schwanztheorie nicht die Aufgaben der Organisierung der neuen revolutionären Welle stellen. Sie stellen noch immer die Frage der Eroberung der Gewerkschaften als Frage der Eroberung des Gewerkschaftsapparates. Die Frage der Eroberung des Apparates steht heute ganz anders als in der zweiten Periode. Die Sozialfaschisten spalten heute bald jede Gewerkschaft, wenn die Gefahr für sie sichtbar wird, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Leitung übernimmt. Eroberung der Gewerkschaften heißt in allererster Linie Eroberung der Gewerkschaftsmassen für die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie und ihre Staats- und Streikbruchpolitik. Wir sind im Gegensatz zu den Rechten der festen Meinung: Indem wir die unorganisierten Massen selbständig im Kampf mitreißen, benutzen wir sie - auch die ehrlich klassenbewußten Arbeiter, die noch im Lager des Reformismus stehen - als Hebel der Revolution. Diese unsere Auffassung entspringt der Analyse der jetzigen Wechselbeziehungen der Klassenkräfte überhaupt und dem spezifischen ökonomischen Charakter der Kämpfe, die immer mehr zu politisch-revolutionären Kämpfen werden müssen.

Die Einbeziehung der unorganisierten Massen ist für uns die wichtigste Frage der Ausbreitung der Klassenfront, der möglichen Steigerung des revolutionären Elans und der Organisierung der Massen durch selbständige Kampforgane.

In diesem Zusammenhang will ich über drei Kategorien der Arbeiter besonders sprechen: die Arbeiterinnen, die Jugendlichen und die Landarbeiter. Genosse Lenin sagte des öfteren, daß die Partei das Arbeiterleben studieren, den Inhalt der Kämpfe prüfen und die wichtigsten Kategorien der Kämpfenden erkennen müsse.

Die Rolle der Arbeiterinnen, der Jugend und der Landarbeiter

Die kapitalistische Rationalisierung hat in der ganzen Welt und besonders in den wichtigsten Industrieländern gewaltige soziale Umschichtungen hervorgebracht. Wir haben in Deutschland nach den letzten Berufszählungen vom Jahre 1907 bis 1925 drei Millionen Arbeiterinnen mehr im Produktionsprozeß zu verzeichnen, und nach dem letzten Gewerbeinspektionsbericht vom Jahre 1927 sind 26 Prozent aller Beschäftigten in den industriellen Mittel- und Großbetrieben Arbeiterinnen. Es werden ferner nach den letzten statistischen Feststellungen 4 Millionen Jugendliche im Produktionsprozeß beschäftigt.

In den acht wichtigsten Industriezweigen Deutschlands schwanken die Frauenlöhne zwischen 55,1 Prozent - in der Metallindustrie und 74,8 Prozent - in den Webereien - der Männerlöhne. Im Durchschnitt betragen die Löhne der Frauen 62,5 Prozent der Männerlöhne. Bei den Jugendlichen sind die Löhne viel niedriger. In Polen sieht es in dieser Beziehung noch viel schlimmer aus. Dort sind die Zahlen geradezu erschreckend. Besonders schlimm sieht es mit der Bezahlung der jugendlichen Arbeiter aus. Es gibt da noch Verhältnisse, wo die Jugendlichen zum Beispiel nur 5 Prozent der Männerlöhne erhalten. Im Durchschnitt erhalten dort die Jugendlichen 25 Prozent der Männerlöhne. Und es ist nicht von ungefähr, daß in der letzten Zeit allein in West-Weißrußland¹⁶ über 10 Streiks der Jugendlichen ausbrachen, die mit ganz wenigen Ausnahmen erfolgreich durchgeführt wurden. Greifen wir nur einige Tatsachen heraus, die von großer Wichtigkeit für die Feststellung der Bedeutung dieser Schichten in unserem Kampf sind.

Im Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich: Waren es da nicht die Frauen und Jugendlichen, besonders die Frauen, die nicht nur für die Forderungen auf ökonomischere Gebiet eintraten,

¹⁶ Gemeint sind die Gebiete Belorußlands, die Sowjetrußland im Interventionskrieg 1920 durch Pilsudski-Polen entrissen wurden. Durch den Friedensvertrag von Riga (20. Oktober 1920) blieben diese Gebiete bei Polen. Sie wurden erst 1939 wieder befreit.

sondern in den politischen Kampf, in den Kampf gegen die Polizei auf die Straße gingen? Nehmen wir den politischen Massenstreik nach den Maivorgängen in Berlin. War es ein Zufall, daß gerade die Zigarettenarbeiterinnen und die Arbeiterinnen in den Schuhfabriken unseren politischen Losungen des Massenstreiks Folge leisteten? Wir hatten vorher Arbeiterinnendelegiertenkonferenzen durchgeführt, und es ist kein Zufall, daß es gerade die revolutionären Arbeiterinnen waren, die der Parole der Partei sofort Folge leisteten.

Besonders wichtig ist auch unsere Arbeit unter den Jugendlichen. Nicht umsonst wurde die revolutionäre Bedeutung der Jugend in der Diskussion und im Schlußwort des Genossen Kuusinen im ersten Punkt der Tagesordnung so ausführlich behandelt. Bis jetzt haben unsere Parteien noch nicht die Aufgabe verstanden, die den Jungarbeitern in den kommenden Kämpfen zufällt: Es ist notwendig, ihren Kampfenthusiasmus zu entfesseln, sie von dem bürgerlichen und reformistischen Einfluß zu befreien und sie näher an uns heranzubringen. Viel zuwenig Aufmerksamkeit haben wir dem Kommunistischen Jugendverband zugewandt, dem neuen Tätigkeitsfeld unter den Jungarbeitern und Arbeiterinnen.

Zur dritten Kategorie, zu den Landarbeitern. Die Landarbeiter sind die Schichten des Proletariats, die am meisten ausgebeutet und unterdrückt werden. Zwar sind sie Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische des gesamten Proletariats, aber die Landarbeiter sind eine besondere Kategorie, weil sie auf einer niedrigeren Stufe des Klassenbewußtseins als das Industrieproletariat stehen und daher von der Reaktion zum Kampfe gegen die proletarische Revolution mißbraucht werden. Sie sehen nicht das tägliche Leben in den Fabriken. Die Zuspitzung der Kriegsgefahr, das Anwachsen des Faschismus, der diese Landarbeiter millionenfach beeinflußt, verpflichten uns vor allem - besonders in den Agrarländern, wo diese Fragen von noch größerer Bedeutung sind -, in diese Kreise einzudringen. Lenin sagte einmal, daß ohne Organisation der Landarbeiter. keine Organisation der proletarischen Revolution möglich sei. Deswegen müssen wir in dieser Hinsicht in allen Parteien eine spezifische Arbeit durchführen, eine ständige Berichterstattung herstellen und eine Kontrolle darüber, ob die Arbeit wirklich durchgeführt wird.

Diese neuen Schichten sind die großen Reserven, die unter unserer Führung bald in allen Kämpfen die größte Bedeutung haben werden. Deswegen, weil vom organisatorisch-strategischen Standpunkt aus die Sammlung und Organisation dieser Millionen aus den rebellierenden unterdrückten Schichten und ihre Erfassung durch die von der Arbeiterklasse geschaffenen Einheitsfrontorgane unter unserer Führung eine revolutionäre Bindung, die Stärkung unserer Streitmacht in der ganzen Welt bedeuten. Weil vom politisch-strategischen Standpunkt aus mit der Erweiterung unserer proletarischen Basis diese proletarischen Divisionen mit den Millionen Arbeitern und Bauern in der Sowjetunion und den sich neu aufbäumenden unterdrückten Kolonialvölkern eine revolutionäre Weltarmee zu werden beginnen, gegen die die Weltbourgeoisie und ihre aktiven Helfershelfer, der Faschismus und Sozialfaschismus, alle ihre Streitkräfte mobilisieren und aktivieren werden. Dieser große Weltenkampf wird bei der aufsteigenden revolutionären Streikwelle von wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, der mörderischen Ausbeutung durch die kapitalistische Rationalisierung, in dieser von Widersprüchen gesteigerten Entwicklung große Anforderungen an uns, an die Kommunistische Internationale, die Rote Gewerkschaftsinternationale, an alle Parteien stellen. Wie die oberste Heeresleitung im Kriege je nach Stärke, dem Gefechts- und Kriegsfeld des Gegners ihre Armeen im Kampfe mobilisiert und in der Gefechtsstrategie angreifen läßt, um den Gegner zurückzudrängen und vernichtend zu schlagen, so müssen auch wir verstehen lernen, in der revolutionären Weltpolitik und der revolutionären Arbeit, die unsere Parteien in den einzelnen Ländern durchzuführen haben, den Klassenfeind anzugreifen. Wir müssen verstehen lernen, mit möglichst wenigen Verlusten und Opfern Erfolge zu erzielen und mit großer Kühnheit und revolutionärer Oberlegung im politischen Handeln der Offensive des Klassengegners unsere

Gegenoffensive auf allen Gebieten des politischen Kampfes entgegenzustellen.

Neue Methoden der Ausbeutung in der kapitalistischen Rationalisierung

Für die Durchführung einer wirklich revolutionären Gewerkschaftsarbeit müssen bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden: größte Festigkeit, Erfahrungen in der Anwendung und Kenntnis der Klassenstrategie, innere Geschlossenheit und Einheit der Partei. Aber nicht nur die innere Geschlossenheit, nicht nur die Kampfteschlossenheit in unseren Reihen sind die unerläßlichen Vorbedingungen, sondern wir müssen das Gesamtproletariat da von überzeugen, daß wir die wirklichen Träger der proletarischen Klasseneinheit im revolutionären Kampfe gegen die sozialfaschistischen Zerstörer und Spalter der Arbeiterbewegung sind. Wir müssen neue Kampfpläne entwickeln, neue Kampfmethoden und Kampfformen ausfindig machen, neue Kampfwege beschreiten und durch neue, bolschewistische Kampfstrategie unsere politisch-organisatorischen Aufgaben verstärken und erweitern. Auch unser Klassenfeind, das Trustkapital, vollzieht eine „taktische Wendung“ und wendet neue, verstärkte Kampfmethoden gegen die Arbeiterklasse an. Wir müssen sehen, daß die zweite Welle der kapitalistischen Rationalisierung die Ausbeutung der Arbeitermassen ungeheuerlich steigern und ihre Lebenslage außerordentlich verschlechtern wird. Es werden solche Ausbeutungsmethoden in Erscheinung treten, die heute noch nicht voll entwickelt sind. Wir kennen das Prämiensystem, die Festsetzung der Leistungszulagen, wir wissen, daß in den wichtigsten Industriezweigen nach dem Akkordlohn gearbeitet wird, aber inzwischen ist eine ganz neue Art der Ausbeutungsmethoden der kapitalistischen Rationalisierung, die Einführung des Leistungslohnes, in einem großen Konzern in Deutschland aufgetaucht. Was ist das Neue daran? Die Arbeiter und Arbeiterinnen über das Normalpensum des Akkordsystems hinaus - das sowieso nur von einem voll leistungsfähigen Arbeiter erreicht werden kann -, durch Zuschläge für die Mehrleistung, durch ein gestaffeltes Prämiensystem zu höheren Leistungen anzuspannen. Es ist ein raffiniertes und teuflisches System. Der Unternehmer will durch individuelle Abmachungen tariflose Verhältnisse schaffen. Er will ferner die Arbeiter durch die wirkliche Mehrzahlung bei höchster Ausbeutung und Intensität fesseln und begeistern, die Gemeinsamkeit der Volkswirtschaft durch Unternehmer und Arbeiter im Betriebe anbahnen. Das bedeutet die Einführung eines so hohen Normalpensums, daß nur der kräftigste, gesundeste Mensch in der Lage ist, dieses Normalpensum zu erreichen. Das bedeutet, daß der Unternehmer die Frage einer noch höheren Ausbeutung im Betrieb stellt. Es ist klar, daß die kapitalistische Rationalisierung sich noch weiterentwickeln wird. Ich stelle die Frage des Leistungslohnes deshalb so eingehend, weil die Gewerkschaftsbürokratie im Jahre 1927, als der norddeutsche Wollkonzern den Leistungslohn verlangte, damals diesen prinzipiell mit der Begründung abgelehnt hatte, daß das eine noch stärkere Ausbeutung und einen erhöhten Akkord der Arbeiter bedeute. Sie nennen das „Verfeinerung des Akkordsystems“. Trotzdem haben die reformistischen Gewerkschaftsbonzen im April dieses Jahres doch einen Vertrag abgeschlossen, nach dem der Leistungslohn und das Prämiensystem eingeführt werden. „Der Textil-Arbeiter“, das Organ der reformistischen Textilarbeitergewerkschaft, schreibt am 19. April 1929 über diesen Schandvertrag:

„Er ist eine Brücke für die Zukunft. Die den Tarifvertrag abschließenden Parteien werden jetzt zu beweisen haben, ob das, was ihr Wollen und ihr Wille war, während der Dauer dieses Vertrages, gestützt auf Treu und Glauben, in loyaler Form durchgeführt wird ...

Nach Lage der Dinge und unter Berücksichtigung der abgegebenen Erklärungen vor dem Schlichter bei Abschluß dieses Vertrages scheint es so zu werden, daß sich beide Parteien, die hier Neuland betreten haben, wirklich bemühen werden, dem neuen Gedanken zum Siege zu verhelfen ... es gelang, ein derartig kompliziertes, für die Zukunft vielleicht richtunggebendes Werk zustande zu

bringen.”

Im Jahre 1927 schrieb „Der Textil-Arbeiter“ zu dieser Frage noch folgendes:

„Die Konzernleitung hat nur in ihren Betrieben, in denen der von ihr genannte Leistungslohn eingeführt ist, eine erhöhte Leistung herausbringen wollen, das heißt, sie wollte die Arbeitskraft des einzelnen bis zur Erschöpfung ausnutzen. Aus diesem Grunde hat sie auf die jeweiligen höchsten Leistungssätze, die vorhanden waren, hochbestimmte Sondervergütungen gebracht, die als Belohnung für diese über die Höchstleistung hinausgehende Leistung gedacht waren.“

Die Unternehmer wollen mit dem Leistungslohn eine noch stärkere Ausbeutung erreichen. Sie wollen verhindern, daß die Arbeiter ein oder zwei Minuten Pause machen, sie sollen in den neun Stunden und mehr arbeiten wie eine Maschine. Wenn dieses System des Leistungslohns überall durchgeführt wird, wird eine große Änderung im Produktionssystem eintreten. Es wird ein großer Unterschied gemacht werden zwischen gesunden und ungesunden Menschen, zwischen jüngeren und älteren Arbeitern usw. Diese Tatsache hat eine große Bedeutung nicht nur für Deutschland, sondern auch im internationalen Maßstabe. Gerade in der heutigen Situation ist es von höchster Wichtigkeit, daß wir die Arbeitermassen in den aktiven, rücksichtslosen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung führen. Darum messen wir auch den zwischentariflichen Lohnkämpfen so große Bedeutung bei. Diese zwischentariflichen Kämpfe sind ein direkter Angriff auf die langfristigen Tarifverträge und das staatliche Schlichtungswesen. Sie erschüttern und durchbrechen dieses System. Bei allen diesen Kämpfen, die ich hier skizziert habe, zeigt sich deutlich, daß sie überall, fast ohne Ausnahme, die Grenzen des einfachen Lohnkampfes übersteigen, daß diese ökonomischen Kämpfe einen politischen Charakter tragen und sich zu politischen Streiks entwickeln. Damit komme ich zur Frage der politischen Streiks und des revolutionären Vertrauensmännersystems.

IV. Ökonomische Streiks und politische Massenkämpfe in Verbindung mit dem revolutionären Vertrauensmännersystem

Die Grundzüge der Streiks, ihre Verwandlung in politische Massenkämpfe

Wie können wir die ökonomischen Aktionen zu politischen Aktionen steigern und umgekehrt der politischen revolutionären Aktion die breite ökonomische Grundlage geben, um möglichst viel Arbeiter in den Kampf einzureihen? Natürlich ist diese Aufgabe das schwierigste taktische Problem der gegenwärtigen Kampfetappe. Lenin maß dem Streiksystem eine ungeheure Bedeutung bei. Niemand hat in der russischen Arbeiterbewegung die Streikstatistik und die Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Streiks so aufmerksam studiert wie Lenin.

Er schrieb im Jahre 1905 darüber folgendes:

„Es ist heute ganz offensichtlich, welches eigentlich die Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlichem und politischem Streik sind: Ohne ihre enge Verbindung ist eine wirklich breite, eine wirkliche Klassenbewegung unmöglich; die konkrete Form dieser Verbindung aber besteht einerseits darin, daß zu Beginn der Bewegung und bei der Einbeziehung neuer Schichten in die Bewegung der rein wirtschaftliche Streik die dominierende Rolle spielt, während andererseits der politische Streik die Rückständigen weckt und in Bewegung bringt, die Bewegung verallgemeinert und ausdehnt und sie auf eine höhere Stufe hebt.“ [W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 16, S. 381, russ. Die Red.]

Haben wir nicht heute schon einige solcher Tatsachen der revolutionären Streikbewegung?

Ich habe schon von der gewaltigen Streikwelle in Frankreich gesprochen. Die Wechselbeziehung zwischen ökonomischen und politischen Kämpfen kam in der letzten Zeit gerade in Frankreich sehr scharf zum Ausdruck. Bei dem Bauarbeiterstreik in Paris zum Beispiel, an dem sich 20000 Bauarbeiter beteiligten, wurden politische Forderungen auf Freilassung der beiden verhafteten Sekretäre des Verbandes und zwei anderen inhaftierten Genossen der französischen Partei gestellt. Die Bauarbeiter demonstrierten auf der Straße für diese politischen Forderungen, und der Erfolg war auch wirklich, daß die beiden verhafteten Sekretäre von der Polizei freigelassen wurden. Ich habe schon auf verschiedene Streiks hingewiesen, wo neben den ökonomischen Forderungen die Forderung gestellt wurde „Hinweg mit der Gendarmerie, hinweg mit der Polizei!“ Wenn solche Forderungen im ökonomischen Kampfe gestellt werden, drücken sie ein bestimmtes politisches Ziel aus. Lenin schrieb nach den großen Ereignissen an der Lena, als er gegen die Liquidatoren in der Bewegung zu kämpfen hatte, unter anderem folgendes:

„Der Maistreik dieses Jahres hat, wie eine ganze Reihe von Streiks der letzten anderthalb Jahre in Rußland, revolutionären Charakter zum Unterschied nicht nur von den gewöhnlichen wirtschaftlichen Streiks, sondern auch von den demonstrativen Streiks und solchen politischen Streiks mit Forderungen nach konstitutionellen Reformen, wie zum Beispiel der letzte Streik in Belgien. Diese Eigenart der russischen Streiks, die voll und ganz durch den revolutionären Zustand Rußlands bedingt ist, können Leute durchaus nicht begreifen, die in den Bann der liberalen Weltanschauungen geraten sind und es verlernt haben, die Dinge vom revolutionären Standpunkt zu betrachten.“

Wir sehen, daß verschiedene Streiks, die wir jetzt erleben, in den Grundzügen gerade jene Methode aufweisen, von denen Lenin geschrieben hat. Hatten wir nicht schon eine Reihe solcher Streiks? Der heldenmütige Streik der Textilarbeiter in Bombay war ein großer revolutionärer Massenstreik. An ihm waren nicht nur die im Betrieb Beschäftigten beteiligt, sondern auch andere Teile des Proletariats, die in die politische Bewegung hineingetrieben wurden, die sich nicht nur gegen die englischen Imperialisten, sondern auch gegen die nationale Bourgeoisie wandten. Dadurch kam der revolutionäre Charakter des Massenstreiks von Bombay klar zum Ausdruck. Die Vorgänge beim Streik in Lodz haben sich am 1. Mai wiederholt, wo trotz des Verbots und des weißen Terrors des polnischen Faschismus die Massen auf die Straße gegangen sind. Schließlich erinnere ich an die Ereignisse bei den Maivorgängen in Deutschland, über die hier bereits ausführlich gesprochen wurde. Wenn man die Nachkriegsperiode nimmt, so sehen wir beispielsweise klar den Unterschied zwischen dem englischen Bergarbeiterstreik und dem Streik, den wir am 1. August durchführen müssen. Der letzte Streik ist gerade jener Typ eines Streiks, der den Zweck hat, Zehntausende in Bewegung zu bringen und sie zu den revolutionären Aktionen heranzuziehen. Der heutige Massenstreik hat dieselbe Aufgabe, von der seinerzeit Lenin sagte:

„Dieses Mittel ist der revolutionäre Streik, der hartnäckige, wiederholte Streik, der von Ort zu Ort, von einem Ende des Landes zum andern überspringt, der Streik, der die Zurückgebliebenen durch den Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage mobilisiert, der Streik, der jeden augenfälligen Akt der Vergewaltigung und der Willkür, jedes Verbrechen des Zarismus brandmarkt und geißelt, die Streikdemonstration, die das rote Banner in den Straßen der Großstädte entrollt, die revolutionäre Reden und revolutionäre Losungen in die Menge, in die Volksmassen trägt.“ [Ebenda, Bd. 18, S. 446, russ. Die Red.]

Die politischen revolutionären Massenstreiks sind ein Maßstab des revolutionären Kampfes gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und gegen den Imperialismus überhaupt. Was erreichen wir durch die Auslösung der revolutionären Massenstreiks?

Erstens: Die Massen werden sich klar darüber, daß der Staatsapparat und die Reformisten gänzlich im Dienste des Kapitalismus stehen. Wir zerstören die Illusionen, die noch im Proletariat über die Rolle der Sozialdemokratie bestehen. Die Massen erkennen, daß die von

den Gewerkschaftsböden propagierte Wirtschaftsdemokratie nur dazu dient, die Arbeiterschaft irrezuführen. Sie sehen, daß sie in der Republik mit den Sozialdemokraten in der Regierung genauso unterdrückt werden wie unter der Monarchie, und das zerstört den Nebel der Illusionen, der sie noch umfassen hält. Auch in der Frage der Kriegsgefahr, in der Frage der sogenannten Vaterlandsverteidigung erkennt die Arbeiterschaft die wirkliche Situation.

Zweitens: Wir erziehen die Massen zum Bewußtsein ihrer eigenen Kraft. Hierzu möchte ich ebenfalls einige Sätze aus dem Referat Lenins anführen, das er in einer Jugendversammlung in Zürich über die russische Revolution von 1905 hielt. Er sagte darin:

„Die wirkliche Erziehung der Massen kann niemals getrennt, außerhalb vom selbständigen politischen und besonders revolutionären Kampfe der Masse selbst geschehen. Erst der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont, steigert ihre Fähigkeit, klärt ihren Verstand auf, hämmert ihren Willen.“ [W. I. Lenin, „Ein Vortrag über die Revolution von 1905“, S. 9. Die Red.]

Das, was Lenin damals gesagt hat, trifft auch für die heutigen Massenkämpfe zu. Die Illusionen in den Massen werden beseitigt im Kampf, und dadurch erhalten wir die neue Grundlage, um das Proletariat erziehen zu können, seine revolutionären Aufgaben zu erfüllen. Wie erfüllen wir sie mit Vertrauen zur Kommunistischen Partei und zur revolutionären Gewerkschaftsopposition sowie zur roten Gewerkschaft? Haben wir schon jetzt das Vertrauen der Mehrheit der Arbeitermassen? Nein! Erst in den Kämpfen werden die Massen dieses Vertrauen zu uns und unserer Führung bekommen. Revolutionäre Streiks sind die wichtigste Waffe bei der Eroberung der Mehrheit.

Drittens: In den jetzigen Kämpfen, im politischen Massenstreik schließen wir die rückständigen Schichten des Proletariats viel enger mit den klassenbewußten fortschrittlichen Elementen zusammen und erhalten so eine geschlossene Kampffront.

Viertens: Wir organisieren die Massen durch eigene Kampforgane, durch die Entfaltung ihrer Selbsttätigkeit, durch die Schaffung des revolutionären Vertrauensmännersystems.

Damit komme ich zu dieser speziellen Aufgabe, an deren Lösung wir jetzt in Deutschland herangehen. Ich möchte im voraus die Bemerkung machen, daß die Durchführung einer solchen Mobilisierung und Organisation in einigen unserer Parteien sehr schwierig sein wird, daß die Möglichkeit eintreten kann, daß wir verschiedentlich rückständige Tendenzen zu verzeichnen haben, wo die Massen es nicht sofort verstehen, das Mittel des politischen Kampfes anzuwenden. Auf Grund dieser rückständigen Tendenzen, die an einigen Stellen möglich und wahrscheinlich sind, ist es notwendig, daß wir um so größere Klarheit in unseren eigenen Reihen schaffen. Wir müssen dazu übergehen, uns in allen Parteien mit dieser Frage zu befassen, genau wie wir das in Deutschland getan haben, als wir zu der Frage des revolutionären Vertrauensmännersystems kamen.

Wir haben in den Betrieben erstens die Betriebszellen, zweitens die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und drittens die Betriebsräte, die andere Funktionen im Betrieb zu erfüllen haben als die Betriebszelle und die Gewerkschaftsopposition. Aber wir müssen eine andere Grundlage haben, wodurch wir zu jeder Zeit, wo der Klassenfeind versucht, über die Arbeiter herzufallen, imstande sind, Massenaktionen auszulösen, mit deren Hilfe wir die Massen der Arbeiterschaft für die revolutionäre Linie mobilisieren können. Wenn wir uns das Ziel der Entwicklung der ökonomischen und politischen Streiks und zugleich der revolutionären Massenstreiks stellen, ist es klar, daß es nicht nur darauf ankommt, die richtige politische Linie durchzuführen, sondern, daß es notwendig ist, ein System, eine Organisation zu schaffen, mit der wir imstande sind, den Werkfaschismus, die christlichen und die gelben Gewerkschaftsverbände, die sozialfaschistische Bürokratie und ihr sozialdemokratisches Vertrauensmännernetz in den Betrieben zu schlagen.

Das revolutionäre Vertrauensmännersystem

Wir müssen dem wachsenden Vertrauen der Massen zur kommunistischen Bewegung und zur revolutionären Gewerkschaftsopposition entsprechend neue organisatorische Formen schaffen. Was bedeutet revolutionäres Vertrauensmännersystem? Wir sagen ausdrücklich revolutionäres Vertrauensmännersystem, weil es kein Partei-Vertrauensmännersystem ist, das nur aus organisierten Kommunisten bestehen würde. Das ist nicht der Zweck unseres Kampfes um die Klasseneinheit. Wir kämpfen um die gesamten Massen des Proletariats. Um die Massen zur Selbstinitiative und Selbsttätigkeit zu entwickeln, ist es notwendig, auch parteilose und ehrliche sozialdemokratische Arbeiter - die das Vertrauen der revolutionären Arbeiter in der Belegschaft besitzen - in dieses Vertrauensmännernetz in den Betrieben hineinzubringen.

Die Sozialdemokratie geht bereits ihrerseits dazu über, sich überall ein Vertrauensmännersystem zu schaffen. In Hamburg zum Beispiel hat sie in den Betrieben ein solches System bereits jahrelang für ihre Partei. Die Berliner SPD annoncierte kürzlich im „Vorwärts“, daß drei Sekretäre zur besonderen „Bearbeitung“ der Betriebe gesucht werden. Wir haben auch in anderen Großstädten Deutschlands die stärkere Orientierung der Sozialdemokratie auf die Großbetriebe festgestellt. Das zeigt, daß die Sozialdemokratie, obwohl sie keineswegs unsere Maßnahmen verhindern kann, versucht, unsere Betriebsarbeit zu bekämpfen und zu erschweren. Trotz dieser Gegenattacke der Reformisten, trotz der Einschüchterungsversuche des Unternehmertums hatten wir bereits seit dem Weddinger Parteitag erhebliche Erfolge beim Aufbau des revolutionären Vertrauensmännersystems. Es gelang uns, im Verlaufe von zwei bis drei Monaten ein solches Netz in einigen Großbetrieben zu schaffen, das sich in der Arbeiterbewegung eingelebt und das Mitbestimmungsrecht der Massen entwickelt hat. Ein solches Vertrauensmännersystem in den Abteilungen gibt den Arbeitern auch die Möglichkeit, ihre gewählten Vertrauensmänner ständig zu kontrollieren. Wir hatten bereits Fälle, wo die Vertrauensmänner, weil sie ihre Pflicht nicht erfüllten, von der Belegschaft ihrer Abteilung abgesetzt wurden.

Das revolutionäre Vertrauensmännersystem wird auch eine starke Stütze unserer bolschewistischen Streiktaktik werden. Die Streikkampagne ist eine politische Kampagne. Die politische Aufgabe hat uns zugleich eine organisatorische Aufgabe gestellt. Wir können diese Streikkampagnen in den Betrieben nur dann führen, wenn wir eine bestimmte politische und organisatorische Grundlage in allen Zweigen der Großbetriebe haben. Gerade das ist die Funktion des Vertrauensmännersystems. Gehen wir einen Schritt weiter. Wenn wir diese Politik durchsetzen, dann wird dieser Vertrauensmännerkörper im Falle der Illegalität unserer Parteien eine außerordentlich große Rolle spielen. Bei steigender Kriegsgefahr, beim Ausbruch des Krieges und für die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg ist der Betrieb der entscheidende Ausgangspunkt.

V. Der Kampf gegen die Rechtsabweichungen und die wichtigsten internationalen Aufgaben der kommunistischen Parteien

Die Gruppe Jaglom-Tomski der KPdSU(B)

Wir dürfen ohne Übertreibung sagen: Seit dem IV. RGI-Kongreß und dem VI. Weltkongreß haben wir große, überraschende Erfolge zu verzeichnen. Aber prüfen wir ebenfalls die nicht zu leugnende Tatsache, daß die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses und des VI. Weltkongresses viel zu mangelhaft und zum Teil schlecht in unseren Parteien durchgeführt

wurden. Diese große Wendung, die neue Strategie des politischen Lebens, war eine große Schule unserer gesamtpolitischen Arbeit. Zum ersten Male durchbrachen wir mit größeren Massenbewegungen die sozialdemokratischen Traditionen in der Arbeiterbewegung auf allen Gebieten. Es war keine leichte Aufgabe, die neue Taktik durchzuführen. Unsere Kader waren schwerfällig, sie waren teilweise noch von den Pulvergasen der sozialdemokratischen Tradition umgeben, und wir mußten sie zuerst von diesem Nebel befreien. Bestimmte Teile unserer Parteien leisteten des öfteren Widerstand bei der Durchführung der neuen Taktik und sabotierten die Beschlüsse. Manchmal unbewußt, aber sehr oft trat auch eine stille Sabotage zutage.

Selbst in der führenden Partei der Kommunistischen Internationale, in der KPdSU(B), traten diese rechten Auffassungen auf gewerkschaftlich-politischem Gebiet sehr stark in Erscheinung. In der KPdSU(B) zeigte sich der rechte Flügel sehr stark im Zentralrat der Gewerkschaften. Er wollte die KPdSU(B) in der Durchführung der sozialistischen Industrialisierung hemmen. Wir haben gesehen, daß einige Mitglieder des Zentralrates auch auf internationalem Gebiet die Parteien in der Durchführung der Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses hemmten. Die allgemeine opportunistische Passivität der Rechten und Versöhnler - wie sie in ihrem Unverständnis in der Frage der Entfaltung der Selbstkritik zum Ausdruck kommt, in den großen Hemmungen, die sie in der Frage des Kampfes um die Hebung der Produktivität hatten, in der Frage des sozialistischen Wettbewerbes, in der ganzen Entwicklung der sozialistischen Industrialisierung in der Sowjetunion, in der Überwindung der kleinbürgerlichen Stimmungen der rück-ständigen Schichten, die aus dem Dorfe in die Stadt kommen - versuchten sie auch, in die anderen Parteien hineinzutragen. Die Gruppe Jaglom-Tomski hatte ihre Fraktionsfäden bis in alle Parteien, besonders in die deutsche Partei gesponnen.

Nehmen wir nur die großen Schwierigkeiten, die wir in Deutschland mit der Zeitschrift „Einheit“ unter der Führung des jetzt ausgeschlossenen Siewert und seiner Freunde, die lange Jahre an der Spitze dieser Bewegung standen, hatten. Tomski und Jaglom stimmten mit Siewert und seinen Freunden überein. Wir hatten große Differenzen mit der Führung der „Einheit“ bei der Durchführung einer wirklich revolutionären Einheitsbewegung. Wir haben fortwährend versucht, durch Gewinnung und Heranziehung von Arbeitern zur Mitarbeit den politischen Kurs der „Einheit“ zu ändern. Wir haben es auch auf organisatorischem Gebiet versucht. Wir stießen aber dabei dauernd auf einen erbitterten opportunistischen Widerstand dieser Gruppierungen. Die Grundfragen des prinzipiellen Kampfes zwischen Kommunisten und Reformisten wurden in der „Einheit“ systematisch verwischt. Anstatt die Einheitsbewegung vom Standpunkt des Bolschewismus zu fördern, gab es solche Tendenzen, die entsetzliche Spaltung in der Arbeiterklasse sei das Unglück der Arbeiterbewegung. Oder wie es bei dem jetzigen Renegaten Walcher sogar der Fall war, der die Verschmelzung der RGI mit Amsterdam forderte.

Solche durch und durch opportunistischen, offen liquidatorischen Tendenzen wurden sehr oft von dem führenden Flügel im Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion unterstützt.

Hemmnisse bei der Durchführung der revolutionären Gewerkschaftstaktik

Wir können sagen, daß wir bei der Durchführung unserer gewerkschaftspolitischen Arbeit ein großes Stück vorwärtsgekommen sind. Die Liquidatoren sind bereits zum größten Teil aus der Komintern ausgeschlossen, und wenn die Gruppe der Versöhnler in der Internationale ihre Politik nicht ändert, geht sie immer rascher demselben Schicksal entgegen, weil die Politik der Komintern unversöhnlich durchgeführt wird, weil unsere revolutionäre Linie des Klassenkampfes auch in unserem innerparteilichen Kurs rücksichtslos zur Geltung kommt.

Unsere Arbeit wurde durch die opportunistischen Gruppierungen in unseren eigenen Reihen gehemmt und gehindert. Die rechten Auffassungen, auch wenn sie nicht sofort in der Form von Gruppierungen zum Ausdruck kamen, lähmten den Offensivgeist der Partei bei der Durchführung ihrer revolutionären Politik. Daneben waren auch große Schwankungen in den Reihen der Mehrheit vorhanden. Ein Teil der Genossen hat mit zu langem Zögern erst langsam die richtigen Schritte und Kampfmaßnahmen durchgeführt, die in der Linie des VI. Weltkongresses und des IV. RGI-Kongresses lagen. Heute können wir die Tatsache feststellen, daß diese Schwankungen zum großen Teil beseitigt sind. Es besteht schon größere Klarheit über die Probleme. Der Widerstand in den eigenen Reihen ist nicht mehr so groß, aber immerhin noch stark genug, um uns bei der Durchführung der Beschlüsse zu schaden. Das ist kurz skizziert das innere Leben, das sind die Hemmnisse in der Durchführung unserer politischen Arbeit, und es zeigt das Vordringen der praktischen Erkenntnis, daß wir bei der Durchführung unserer großen Aufgaben nicht die Schaffung der richtigen Einheit und inneren Geschlossenheit in der Partei bei einer richtigen revolutionären Linie vergessen dürfen. Im Zusammenhang mit der Klärung und Durchführung der allgemein-politischen Arbeit auf einer höheren Stufe der Entwicklung müssen wir die faulen, opportunistischen Elemente aus unseren Reihen ausstoßen.

Die wichtigsten internationalen Aufgaben

Auf internationalem Gebiete haben wir folgende Hauptaufgaben:

1. Auslösung und wirklich selbständige Führung von Wirtschaftskämpfen.
2. Schärfster Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und stärkste Popularisierung des immer weiter fortschreitenden Erfolges der sozialistischen Industrialisierung in der Sowjetunion. Diese Frage spielt eine große Rolle in unserer Agitation in der ganzen Welt. Unsere Aufgabe ist, die Herrschaft der Bourgeoisie in allen kapitalistischen Ländern zu vernichten. Wenn wir nicht imstande sind, die Arbeiterklasse zu überzeugen, daß wir ein besseres System an die Stelle des alten kapitalistischen Systems setzen können, werden wir sie nicht dafür gewinnen.
Haben wir solche Möglichkeiten zur Ausnützung der Erfolge einer proletarischen Diktatur? Ich glaube, gerade die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, ihr Vorwärtstürmen in der Periode der sozialistischen Industrialisierung, die Tatsache der Einführung des Siebensturentages in den wichtigsten Industriezweigen der Sowjetunion, die Tatsache, daß das materielle und kulturelle Leben der Arbeiterklasse in der Sowjetunion sich ständig hebt, während in den kapitalistischen Ländern neue reaktionäre Methoden der Unterdrückung auf allen Gebieten gegen die Arbeiterklasse angewandt werden haben wir viel zu-wenig in der Agitation und auch in den Gewerkschaften ausgenutzt.
3. Politisierung der Wirtschaftskämpfe und der Forderungen, Ausbreitung der politischen Massenkämpfe.
4. Schaffung von Einheitsfrontorganen zur organisatorischen und politischen Festigung unserer revolutionären Massenbasis, die von der Arbeiterklasse selbst gewählt werden.
5. Stärkere Konzentration auf den Auf- und Ausbau der Betriebszellen.
6. Verstärkung unserer revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften.
7. Zerstörung des Einflusses des reformistischen Gewerkschaftsapparates, Verstärkung der Position der roten Gewerkschaften in den Ländern mit gespaltener Gewerkschaftsbewegung.
8. Stärkste Politisierung und Erweiterung des Einflusses der roten Betriebsräte.
9. Größere Internationalisierung unserer Arbeit und Unterstützung der kolonialen Bewegung in der ganzen Welt.
10. Größere Aufmerksamkeit der Unterstützung der großen Erwerbslosenarmee, Aufmerksamkeit in der Hinsicht, daß wir die ständige Erwerbslosenarmee in die geschlossene

Klassenfront des kämpfenden Gesamtproletariats einbeziehen.

Alle diese Aufgaben sind mit der allseitigen Verstärkung der Roten Gewerkschaftsinternationale eng verbunden. In den letzten drei oder vier Jahren war eine solche Tendenz zu verzeichnen, daß wir die Rote Gewerkschaftsinternationale nicht genügend als einen wichtigen Bestandteil neben der Kommunistischen Internationale erkannten. Es gab opportunistische Tendenzen - auf die ich schon hinwies -, die die Bedeutung der RGI neben der Kommunistischen Internationale verneinten. Wenn wir zwei verschiedene Fronten haben, auf der einen Seite die Kommunistische Internationale zusammen mit der RGI, auf der anderen Seite die II. Internationale mit dem IGB, bedeutet das, daß wir nach wie vor den Kampf für die revolutionäre Gewerkschaftseinheit auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes in der ganzen Welt führen? Ganz gewiß! Unser Ziel ist, die Welt zu erobern und bei diesem unerbittlichen Kampf gegen die Weltbourgeoisie die verschiedenen Positionen des Reformismus zu schwächen und ihn zu vernichten.

Wir stellen uns im Zusammenhang mit dem Kampf für die revolutionäre Gewerkschaftseinheit die Aufgabe der Eroberung der Gewerkschaftsmassen für den Kommunismus, gegen den Sozialfaschismus, gegen die Amsterdamer Internationale. Das ist die Fragestellung des Kampfes um die Hegemonie im Proletariat zwischen Kommunismus und Reformismus in der ganzen Welt.

Wir stehen jetzt, wie Genosse Molotow richtig gesagt hat, am Beginn eines neuen revolutionären Aufschwungs der Massen. Es hängt von unserer Taktik, von unserer revolutionären Initiative und unserer Zähigkeit ab, inwieweit wir diesen revolutionären Aufschwung immer mehr steigern, immer mehr in revolutionäre Massenkämpfe umwandeln, ökonomische und politische Streiks entfesseln, um auf diese Weise die Mehrheit des Proletariats für uns zu gewinnen und sie zu Entscheidungskämpfen um die politische Macht zu führen. Vorübergehende Rückschläge und Teilniederlagen sind unvermeidlich. Wir müssen uns als Aufgabe stellen, in jeder Situation das richtige Kettenglied zu erfassen, das heißt, wir dürfen keine Phase der Entwicklung überspringen, auch um keinen Preis in einem Moment passiv bleiben, wo es notwendig ist, revolutionär einzugreifen. Wenn wir unsere Politik rücksichtslos durchsetzen, wenn wir an unserem Kurs festhalten, wenn wir die Massen mit revolutionärem Kraftbewußtsein erfüllen, wenn wir unsere Taktik mit Offensivgeist und Unversöhnlichkeit anwenden und alle Schwankungen überwinden, dann werden wir in immer rascherem Tempo den Sozialfaschismus schlagen und die proletarischen Streitkräfte für die Eroberung der proletarischen Diktatur, zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft siegreich ins Feld führen.

*„Protokoll, 10. Plenum des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale,
Moskau, 3. Juli 1929 bis 19. Juli 1929”,
S. 544-561 und 634-680.*

Aus der Rede auf dem Kongreß werktätiger Frauen in Berlin

*20. Oktober 1929
Zeitungsbericht*

Im Auftrage und im Namen der Kommunistischen Partei und des verbotenen Roten Frontkämpferbundes überbringe ich euch revolutionäre brüderliche Grüße. Nicht unweit von dieser Stätte, wo heute die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands und aus Berlin ihren Kongreß abhalten, um zu den revolutionären Fragen des proletarischen Klassenkampfes Stellung zu nehmen, tagte vor einiger Zeit der XII. Parteitag der KPD. Auf diesem Parteitag stand im Vordergrund unserer revolutionären Politik die starke Wendung in unserer Massenarbeit zu jenen wichtigen Schichten der Werktätigen - der Arbeiterinnen und der Jugend -, die im Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung von dem Finanzkapital und dem kapitalistischen Staatssystem mit neuen räuberischen Methoden und Mitteln des Kapitalismus am stärksten ausgebeutet und unterdrückt werden. Dieser Kongreß ist schon ein Beweis dafür, daß wir in einem schnellen Tempo versucht haben, die Rückständigkeit, die leider noch im gesamten Proletariat und zum Teil auch noch in der Kommunistischen Partei in bezug auf die Rolle und die Bedeutung der revolutionären Arbeiterinnen- und Arbeiterfrauenbewegung in Deutschland herrscht, zu überwinden und so schnell wie möglich zu beseitigen.

Der Kongreß hat nicht nur eine nationale Wirkung, er trägt auch einen internationalen Charakter. Das wird schon durch die Anwesenheit der ausländischen Delegierten, die zum Teil auch in Betrieben gewählt wurden, dokumentiert.

Die Entwicklung in Deutschland stellt uns große Aufgaben, die hier auf dem Kongreß erörtert und mit euch gemeinsam behandelt, diskutiert und zur Entscheidung gestellt werden.

Die Durchführung des Youngplans bedeutet für die deutsche Arbeiterklasse und für alle werktätigen Schichten eine neue grenzenlose Ausbeutung und Ausplünderung, den verschärften Abbau der sozialen Aufwendungen, ein neues Steuerprogramm zur Abwälzung der Lasten ausschließlich auf die Schultern der Werktätigen und die Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung des Proletariats. Es ist kein Zufall, daß während unserer Tagung die gesamte reaktionäre Front in Deutschland versucht, durch das Volksbegehren¹⁷ einen großen Volksbetrug an den proletarischen Massen zu inszenieren. Sie, die betrügerisch angeben, für die Freiheit, für die Erhaltung der Nation zu kämpfen, sie kämpfen nur demagogisch gegen den Youngplan. Ihre Agitation und ihr Volksbegehren sind ein reaktionäres Manöver. Sie verführen und verwirren dadurch leider auch einen Teil der proletarischen Bevölkerung Berlins. Wer kämpft als einzige Partei in Deutschland gegen den Kapitalismus und seine reaktionären und sozialfaschistischen Helfershelfer, für die Beseitigung der kapitalistischen Sklaverei und Ausbeutung, für die wirkliche Freiheit, für die endgültige Befreiung von den Fesseln der Herrschaft des eigenen und ausländischen Kapitalismus? Nur die Kommunistische Partei!

Indem wir gegen die Folgen des Youngplans, die Abwälzung der Lasten auf die Werktätigen, die verstärkte Zusammenballung der imperialistischen Front gegen das einzige Vaterland der Arbeiter der ganzen Welt, gegen die Sowjetunion, ankämpfen, er-innern wir uns des Kampfes unserer russischen Arbeitsschwestern und Arbeitsbrüder vor zwölf Jahren, als sie die

¹⁷ Gemeint ist das im Oktober 1929 von den Deutschnationalen, vom Stahlhelm und von den Hitlerfaschisten inszenierte Volksbegehren gegen die Hermann-Müller-Regierung und die Annahme des Youngplans. Die KPD entlarvte den demagogischen Charakter dieser Aktion, die nur eine Zusammenfassung der reaktionären Kräfte bezweckte. Obgleich das Volksbegehren scheiterte - von 42 Millionen Wahlberechtigten stimmten 5,8 Millionen mit Ja -, so war dieser Ausgang doch ein bedenkliches Anzeichen für die sich vollziehende Faschisierung.

proletarische Diktatur auf einem Sechstel der Erdoberfläche errichteten. Diese Taten sind für uns alle stets ein leuchtendes und anspornendes Beispiel. Wir müssen aber auch gegenüberstellen: die Entwicklung der deutschen Republik, des Faschismus und des Sozialfaschismus, die Lage der deutschen Arbeiter - und die Entwicklung des Sozialismus und des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. Wir wissen, daß die Kommunistische Partei noch nicht überall in die Millionenmassen eingedrungen ist. Aber unsere Aufgabe ist es, besonders gemeinsam mit euch - weil ihr mit vielen verirrt, noch nicht bei uns stehenden arbeitenden Frauen und Jungarbeiterinnen über ihre Lage sprechen könnt - zu beraten, damit ihr, wenn ihr wieder in eure Betriebe geht, diese breiten Massen der Arbeiterinnen nicht für das System der Ausbeutung begeistert, wie das der Sozialfaschismus tut, sondern für das System der Befreiung des Proletariats, der Befreiung der Arbeiterinnen vom Joch des Kapitalismus und für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

Hoffen wir, daß wir auf dem nächsten Kongreß in Deutschland über größere Fortschritte, höhere Aktivität und über neue Erfolge sprechen können. Unser Wahlspruch muß in allen unseren Kämpfen und unserer Arbeit sein: Zerschlagt die Ketten, macht euch frei!

*„Hamburger Volkszeitung“
vom 22. Oktober 1929.*

Aus der Rede auf dem Oktober-Plenum des Zentralkomitees der KPD

Berlin, 24. und 25. Oktober 1929

Die Generallinie unserer Politik hat sich als absolut richtig erwiesen. Objektiv haben wir eine sehr günstige Situation. Trotzdem sind bei der Durchführung unserer praktischen Aufgaben große Unterlassungssünden zu verzeichnen. Die Lage in Deutschland verschärft sich durch die Auswirkungen des Youngplans außerordentlich. Wir müssen klar und scharf fragen, ob wir in dieser Situation einen Tempogewinn oder einen gewissen Tempoverlust in unserer Arbeit zu verzeichnen haben. Wir müssen unumwunden sagen, daß wir in den letzten Monaten etwas an Tempo verloren hatten. Das, was sich auf dem Weddinger Parteitag vollzogen hat, die gewaltige Begeisterung in unseren Reihen, das innere Wachstum der Partei, verpflichtet uns zur radikalen Umstellung unserer Arbeitsmethoden. Wir gehen vorwärts, aber wir müssen viel schneller vorwärtsgehen als bisher. Wir kämpfen im Proletariat um die Führung. Die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse ist unsere unmittelbare Aufgabe. Die Kommunistische Partei zeigt die einzige revolutionäre Lösung, den einzigen proletarischen Ausweg aus den Zuständen, wie sie der Youngplan geschaffen hat.

Die Annahme des Youngplans signalisiert die Verschiebung der Klassenkräfte in der ganzen Welt. Immer klarer zeigt sich die Bedeutung der Sowjetunion, des wichtigsten revolutionären Weltfaktors mit ihrem Fünfjahrplan und dem gewaltigen Tempo der sozialistischen Entwicklung, des Aufbaus des Sozialismus. Im Zusammenhang damit gewinnt der Kampf gegen den Youngplan in Deutschland für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt größte Bedeutung. In keinem Land der Welt muß das Proletariat eine solche Doppelbelastung tragen wie das deutsche in den kommenden Jahren. Der Youngplan ist ein festes internationales Programm der Weltbourgeoisie. Er bringt die objektive Abhängigkeit des deutschen Kapitalismus vom Weltkapitalismus, besonders vom amerikanischen Kapitalismus, mit sich. Die riesenhaften Beteiligungen des amerikanischen Kapitals an deutschen Industriekonzernen, die Monopolbildungen, wie im Zündholzverkauf, sind Symptome der Überfremdung.

Wir müssen die Klassenfrage stellen: Wer muß die Summen, die der Youngplan von Deutschland fordert, zahlen? Wir antworten: das Proletariat und alle andern werktätigen Volksschichten. Das ist der unumgängliche Klassensinn des Youngplans.

Die deutsche Bourgeoisie kann nicht billige Waren ausführen und den Kapitalexport steigern, sie kann nicht die Kapitalakkumulation fördern, ohne die restlose Ausbeutung des Proletariats durchzuführen. Darum sehen wir eine unerhörte Verschärfung des sozialen Kampfes, eine neue Generaloffensive des Unternehmertums, eine neue Phase der kapitalistischen Rationalisierung, die mit der beispiellosen Auspressung der menschlichen Arbeitskraft gleichbedeutend ist. Auf dem Kongreß der werktätigen Frauen hörten wir erschütternde Tatsachen über diese barbarischen Ausbeutungsmethoden. So entsteht ein weiterer Ausgangspunkt für Streiks und Wirtschaftskämpfe. Die Erwerbslosigkeit, die bereits im August ihren Tiefstand überschritten hat, wird in diesem Winter katastrophale Ausmaße annehmen. Das neue Steuerprogramm der Koalition bringt eine furchtbare Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft mit sich.

Gleichzeitig mit der ökonomischen erleben wir eine politische Konzentration aller reaktionären Kräfte, aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialfaschisten, auf dem Boden des Youngplans. Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die in der Lage ist, dem deutschen Proletariat einen Ausweg aus den Fesseln des Youngplans zu zeigen.

Die frechen Vorstöße des Faschismus, die Schwächen und der Tempoverlust, die unsere Organisation teilweise im Kampfe gegen die Nationalsozialisten und andere

Terrororganisationen zeigten, verpflichten uns, den revolutionären Kampf gegen den Faschismus weit mehr in den Vordergrund zu stellen. Es ist unfruchtbar, künstlich nach einer „zentralen“, allumfassenden Losung zu suchen. Unsere Aufgaben sind klar. Die Linie des Weddinger Parteitag und des X. EKKI-Plenums muß viel entschlossener als bisher durchgeführt werden.

Es beginnt ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen Sozialfaschismus und Faschismus um die Gunst des Großkapitals bei der Niederknüpfung des Proletariats. Der Nationalsozialismus liefert die bewaffneten Stoßtrupps, der Sozialfaschismus setzt den bürgerlichen Staatsapparat ein. Wir müssen die demagogischen Manöver der Faschisten, ihre nationale Demagogie vom „Kampf gegen den Youngplan und gegen die ausländische Knechtschaft“ entlarven. Es gilt, ihnen unsere Argumente entgegenzuhalten, sie mit unserer offensiven Klassenpolitik zu schlagen. Wir müssen sie erbarmungslos diskreditieren, angreifen, bis zur Zerschmetterung bekämpfen. Dann werden wir ihnen jene Arbeiterelemente entreißen, die heute durch ihre Phrasen verwirrt, noch mit ihnen gehen.

Der Kampf gegen den Faschismus ist ein Massenproblem, und den Terror der Nationalsozialisten müssen wir durch die revolutionäre Gewaltanwendung der Massen niederschlagen. Wir stehen im Angriff, in der Offensive gegen den Faschismus. Wir müssen ihn unter Anwendung aller, auch der äußersten Kampfmethoden niederwerfen und ausrotten.

Die Gärung in den Massen ist heute viel stärker, als große Teile der Partei es spüren. Wenn wir die Mängel, den Tempoverlust nicht ausmerzen, werden wir nicht die Vorhut, sondern die Nachhut des revolutionären Massenkampfes und der Linksbewegung sein.

Wir müssen unbedingt die Tätigkeit unter den Millionenmassen in den Gewerkschaften verstärken und gleichzeitig die Unorganisierten überall aufrütteln und durch revolutionäre Kampforgane erfassen. Der bevorstehende Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird zeigen, daß wir imstande sind, der wachsenden Linksbewegung eine organisatorische Basis zu geben. Wer in begreiflicher Entrüstung über den sozialfaschistischen Kurs der Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften verläßt, schwächt unsere revolutionäre Front. Neue Gewerkschaften können nur entstehen, wenn wirklich große, riesenhafte Massenkämpfe stattfinden. Wir halten fest am Worte des Genossen Stalin, daß in Deutschland eine Entwicklung wie in Amerika, die Bildung neuer Gewerkschaften, kommen kann. Nicht einen Moment lassen wir diese Perspektive aus den Augen. Und gerade deshalb gilt es, die Weiterarbeit in den Gewerkschaften, in den reformistischen Massenorganisationen auf das Höchstmaß zu steigern und die revolutionäre Front gegen die sozialfaschistischen Spalter zu verbreitern. Wer das nicht begreift, kann keine Massenarbeit durchführen.

Wir müssen eine schroffe Wendung in unserer Massenarbeit durchführen. Wir müssen die Gewerkschaftswahlen im Januar mit äußerster Schärfe beeinflussen. Unsere neue revolutionäre Taktik bleibt richtunggebend bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Die sorgfältige Auslese aller Kandidaten zu den Wahlen unter dem Gesichtspunkt ihrer revolutionären Zuverlässigkeit ist notwendig.

Wir führen unsere richtige bolschewistische Politik nicht populär genug, nicht praktisch genug, nicht schnell genug durch. Sonst hätten wir in dieser günstigen Situation noch viel größere Erfolge. Zehntausende parteiloser Kommunisten stehen vor den Toren der Partei. Das zeigt der heroische Kampf der Rohrleger. Das zeigen die glänzenden Demonstrationen in der letzten Zeit in Berlin und im Reich. Wir müssen diese Tausende und Zehntausende Parteiloser, die zu uns wollen, in der allernächsten Zeit in der Partei organisieren. Ohne Tempoverlust heran an die Arbeit! Kühnere und schnellere Auffrischung unserer Parteikader! Diese Frage können wir nicht drastisch genug stellen. Wer kein Vertrauen zum Sieg der eigenen Partei hat, wer nicht mit innerer Überzeugung der Parteiführung folgt, wer nicht mit wahrhafter Leidenschaft die schmutzigen Verleumdungen der Feinde bekämpft, der ist

außerstande, die Ideen des Kommunismus in die parteilosen Massen zu tragen. Der Feind wird in Zeiten des imperialistischen Krieges, des Bürgerkrieges noch viel schlimmere Gerüchte ausstreuen. Die kommunistischen Arbeiter antworten darauf mit Hohnlachen und verzehnfachter Offensivkraft.

Wir haben neue Möglichkeiten, die Partei aufzufrischen, neue revolutionäre Elemente, besonders die Arbeiterinnen und die Jugend, mitzureißen. Von denen, die in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung erfaßt sind, sind über 80 Prozent Parteilose. Wir müssen ein neues Arbeitssystem herausbilden. Wir haben nur die ersten Schritte getan. Wir reinigen unsere Kader von den angekränkelten und verkalkten Elementen, die mit der Bewegung nicht mehr mitkönnen. Große Aufgaben stehen vor uns. Wir kämpfen unter der Fahne der proletarischen Diktatur. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, die grandiose Durchführung des Fünfjahrplans sind machtvolle Waffen des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland, wenn wir verstehen, die Begeisterung der Massen dafür zu wecken.

Es ist höchste Zeit, der Partei einen starken Ruck vorwärts zu geben. Der Sozialfaschismus und die faschistische Reaktion drohen unserer Partei mit der Illegalität. Die Illegalität steht auf der Tagesordnung. Wir müssen uns darauf vorbereiten und gleichzeitig alle legalen Möglichkeiten bis zur letzten Grenze ausnutzen. Unsere ganze Strategie, alle unsere Aufgaben sind eingestellt auf den Sieg der proletarischen Revolution.

*„Die Rote Fahne“
vom 27. Oktober 1929.*

Appell an die werktätige Bevölkerung von Berlin

Klassengenossen! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Am 17. November wird in Berlin gewählt. Das Schicksal des Proletariats entscheidet sich nicht in Parlamentswahlen, sondern nur im offenen, revolutionären Kampf, im Kampf um die Macht.

Alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, ganz gleich ob republikanisch oder monarchistisch, „demokratisch“ oder faschistisch, sind mit der bestehenden Herrschaft der Kapitalisten einverstanden. Alle diese Parteien, eine wie die andere, kämpfen für den Besitz, die Ausbeutung, das Unternehmertum, die Korruption. Alle, eine wie die andere, haben sie die werktätige Bevölkerung betrogen und ausgeplündert.

Nur eine Partei kämpft nicht für Ministersessel und Staatsämter, sondern für die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Das ist die Kommunistische Partei.

Nur eine Partei wird verfolgt und verleumdet, geknebelt und entrechtet, weil sie überall und immer für die Forderungen der werktätigen Massen eintritt. Das ist die Kommunistische Partei.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen den Youngplan, der die arbeitende Bevölkerung 59 Jahre lang in die Sklavenketten des internationalen und deutschen Kapitals schmiedet.

Die Kommunistische Partei bekämpft die Sozialfaschisten, die in der Regierung sitzen und das werktätige Volk durch neue Steuerlasten, Lohndrückerei, kapitalistische Rationalisierung und Unterstützungsraub an den Erwerbslosen ins Elend stoßen. Sie schlägt die faschistischen Arbeitermörder und Unternehmereknechte auf wehrhafte, bolschewistische Art.

Die Kommunistische Partei kämpft für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, billige Arbeiterwohnungen, bessere Lebensbedingungen, Arbeit für die Erwerbslosen, volle Gleichberechtigung der proletarischen Frauen, für die Rechte der Arbeiterjugend, mehr Brot und unbeschränkte Freiheit für alle Werktätigen, Verteidigung des notleidenden Mittelstandes gegen die Ausbeutung durch das Trustkapital, Gehaltserhöhung für die Angestellten und unteren Beamten.

Die Kommunistische Partei kämpft für den Sturz des Kapitalismus, für die Diktatur des Proletariats, für ein sozialistisches Sowjetdeutschland.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Kommunistische Partei ist eure Partei. Sie ist die einzige Partei der proletarischen Revolution.

Darum richte ich in letzter Stunde vor den Wahlen an alle Klassengenossen, an alle Werktätigen, an alle Kameraden der roten Front, an alle proletarischen Frauen, an die Jungarbeiter den ernststen Appell:

Macht den 17. November zu einer wuchtigen Demonstration für den proletarischen Klassenkampf! Zeigt der ganzen Welt, daß das rote Berlin zur Fahne der Revolution steht! Keine Stimme den Parteien eurer Feinde! Keine Stimmenthaltung, denn sie nützt nur der Reaktion! Wählt Kommunistische Partei, Liste 3! Kämpft mit uns für die rote Klassenfront!

Berlin, den 16. November 1929

Ernst Thälmann

Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands
1. Bundesführer des verbotenen Roten Frontkämpferbundes

*„Die Rote Fahne“
vom 16. November 1929.*

Tiefer in die Massen der Jungarbeiter!

Zum 10. Jahrestag der Kommunistischen Jugendinternationale

Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen Deutschlands!

Schickt zu diesem Kampfmeeting Delegierte aus den Betrieben, Berufsschulen und Stempelstellen! Veranstaltet überall Versammlungen, die zum 10. Jahrestag der KJI Stellung nehmen!

Bekundet euren Kampfwillen, kämpft mit der KJI!

Gegen imperialistische Kriegsgefahr, gegen Youngplan, gegen Faschismus - für die Verteidigung der Sowjetunion!

Für die Diktatur des Proletariats, für ein Sowjetdeutschland!

Vorwärts unter dem Banner der KJI zu Kampf und Sieg!

Wir treten in eine Zeit gewaltiger revolutionärer Schlachten ein. Drohend erhebt der Faschismus in allen Ländern sein Haupt, die Stunde des imperialistischen Überfalls auf unser Vaterland, die Sowjetunion, rückt näher. Zugleich erheben sich mit wachsender Kraft und Entschlossenheit die Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zum revolutionären Kampfe.

In einer solchen Zeit sehen wir die proletarische Jugend in den vordersten Reihen unserer Kampffront. Die Jugend, weniger als die älteren Kampfgenossen von reformistischen Vorurteilen belastet, weniger zugänglich den Drohungen und Verlockungen der Bourgeoisie, stellt im wirtschaftlichen und politischen Kampf unsere Kerntruppen.

Die proletarische Jugend, die vor 15 Jahren unter den ersten war, die mit Lenin und Liebknecht das Banner des proletarischen Internationalismus gegen den Imperialismus und den Sozialchauvinismus erhoben, die in den zehn Jahren des Kampfes der KJI in allen Ländern den Kampf gegen den Opportunismus - dieses schleichende Gift in unseren Reihen - mit der größten Entschlossenheit unterstützt hat, sie ist auch jetzt in der Zeit schärfster Klassenkämpfe das Sturmbataillon der internationalen proletarischen Armee.

Aber noch stehen Millionen vom Kapitalismus getretene und geschundene Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen abseits. Noch sind unsere Jugendverbände nicht die Organisationen, die in allen Kämpfen der Jungarbeiterschaft an der Spitze stehen. Darum gilt am 10. Jahrestage unserer Jugendinternationale die Parole:

Tiefer hinein in die Massen!

Kein Betrieb ohne Jugendzelle!

Kein Arbeitskampf ohne Jugendgenossen in der Führung!

Vorwärts zur wahren revolutionären Massenorganisation des Jungproletariats!

*„Die Rote Fahne“
vom 17. November 1929.*

Der Tag der jungen Garde

*Aus der Rede anlässlich des 10. Jahrestages der Kommunistischen
Jugendinternationale
Berlin, 21. November 1929*

Gestern vor 10 Jahren wurde im Neukölln der Maibarrikaden das Fundament für die Millionearmee der Kommunistischen Jugendinternationale gelegt. Im Geiste Liebknechts und Rosa Luxemburgs setzte die kommunistische Jugend der Kriegsfront die revolutionäre Front des kämpfenden Proletariats entgegen. Seither ist die kommunistische Jugend zu einer gewaltigen Armee angewachsen, die Schulter an Schulter mit der erwachsenen Arbeiterschaft gegen Ausbeutung, gegen imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion kämpft und die auch im Endkampf gemeinsam mit dem Proletariat kämpfen wird. In der Kommunistischen Partei gibt es keine Differenzen zwischen den beiden Generationen.

Die Sozialdemokratie fürchtet die Sturmkolonnen der Arbeiterjugend, die in vorderster Reihe kämpfen. Wir haben gewaltige revolutionäre Aufgaben: Kampf gegen den Youngplan, gegen Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung, gegen Faschismus und Sozialfaschismus. In diesem Kampfe und in den Schlachten zur Verteidigung der Sowjetunion stellt die Arbeiterjugend die Kerntuppen.

Der Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaus und die gewaltigen Errungenschaften der Arbeiter, Bauern und der Arbeiterjugend der Sowjetunion sind ein Ansporn für uns, diesem Beispiel so rasch wie möglich zu folgen. In der Sowjetunion verteidigen zwei Millionen Komsomolzen mit dem Hammer in der Faust, mit dem Gewehr in der Hand gemeinsam mit der Roten Armee die Errungenschaften der Oktoberrevolution, den mächtigen Aufstieg der kulturellen Entwicklung unter Führung der Kommunistischen Partei. Im kapitalistischen Deutschland hingegen sehen wir den Niedergang, sehen wir die Anwendung neuer blutiger Methoden des Faschismus und Sozialfaschismus, wie sie in den Maitagen in den Straßen Berlins zur Anwendung kamen.

Zehn Jahre Kommunistische Jugendinternationale, zehn Jahre revolutionäre Kampferfahrung, zwölf Jahre Diktatur des Proletariats auf der einen Seite, elf Jahre deutsche kapitalistische Republik auf der anderen Seite. Das sind zwei Wege. Der deutsche Weg hat durch den Verrat des Reformismus zur Niederlage der Arbeiterschaft geführt; in der Sowjetunion schreitet das siegreiche Proletariat unter der Führung der Partei Lenins zum Siege, zum Sozialismus.

Gleichgültig, ob Versailler Vertrag, ob Dawesplan, ob Youngplan die deutsche Arbeiterschaft in Fesseln schlägt - unter dem Kapitalismus kann die Frage der Reparationen, des doppelten Sklavenjochs, niemals gelöst werden. Nur unter der Führung der Kommunistischen Partei können die Ketten gesprengt werden, so wie es unsere russischen Brüder taten, als sie den Brest-Litowsker Vertrag in Stücke rissen. Genauso müssen wir es tun. Der Offensive der Bourgeoisie müssen wir die Offensive des revolutionären Proletariats entgegensetzen. Die allgemeine Linksentwicklung, die Streiks und Arbeiterkämpfe, sind Flammenzeichen dieser revolutionären Gegenoffensive.

Unser Kampf gilt in gleicher Weise dem Faschismus, der unter der Parole des „Kampfes“ gegen den Youngplan an der Zusammenschweißung aller konterrevolutionären Kräfte arbeitet, der in Deutschland die faschistische Diktatur aufzurichten bestrebt ist, wie sie in Italien besteht.

Wir müssen aus unserer zehnjährigen Kampferfahrung lernen, wir müssen größte Opferbereitschaft an den Tag legen. Schärfste Aufmerksamkeit dem Faschismus, Herausreißen der proletarischen Jugend aus den Klauen der faschistischen Organisationen, Hebung des bolschewistischen Kampfes auf ein höheres Niveau. Wir müssen unsere Reihen schließen gegen Verleumdung und Beschmutzung durch unsere Feinde, wie es der „Vorwärts“

tat, der eine halbe Million Wähler der KPD beschimpfte. Die Antwort der klassenbewußten Arbeiterschaft kann nur sein: Masseneintritt in die KPD und in den KJVD! Neue Leser für „Die Rote Fahne“!

Unter der Führung der Kommunistischen Jugendinternationale schreitet die Millionenarmee der Kommunistischen Jugend in allen Ländern zum Sieg über die Bourgeoisie.

*„Die Rote Fahne“
vom 22. November 1929.*

Aus der Rede auf dem Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Berlin, 30. November 1929

Der heutige Kongreß hat eine große Bedeutung für die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung. Er wurde allein von der klassenbewußten Arbeiterschaft finanziert, worin die große Opferbereitschaft und glühende Leidenschaft des kampfwilligen Proletariats zum Ausdruck kommt. Auf dieser Aktivierung und Mobilisierung der Arbeiterschaft für die Tageskämpfe beruht die revolutionäre Strategie des Bolschewismus, die von der Führerin des revolutionären Proletariats, der Kommunistischen Partei, angewandt wird.

Trotz aller Drohungen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, die mit Ausschluß aus den Verbänden und Hinausdrängen aus den Betrieben drohte, ist diese große Zahl klassenbewußter Funktionäre aus den Betrieben und Massenorganisationen hier erschienen, um zu zeigen, daß sie Hand in Hand mit der Kommunistischen Partei in der revolutionären Klassenfront kämpfen will.

Unser Kongreß tagt in einer Stadt, wo am 1. Mai der sozialfaschistische Polizeipräsident Zörgiebel eine vierzigjährige Tradition des revolutionären Proletariats mit Polizeisäbel und Karabiner zerschlagen wollte. Am 17. November hat das Berliner Proletariat gezeigt, daß es zur Partei der proletarischen Revolution steht, daß es unter Führung dieser Partei den Kampf gegen diese morsche Gesellschaftsordnung führen will.

Unser Kongreß hat deshalb eine so große Bedeutung, weil im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die die Arbeiterklasse spaltet und unter die Fuchtel des deutschen und ausländischen Kapitals treibt - wie es durch die Zustimmung der SPD zum Youngplan erneut zum Ausdruck kommen wird -, dieser Kongreß die große revolutionäre Kampffront schließen will.

Wir sehen die große Generaloffensive der Bourgeoisie. Wir haben die Aufgabe, dieser Generaloffensive des Kapitals unsere eigene Generaloffensive, die Offensive des Proletariats, entgegenzustellen.

Die ganze Entwicklung der objektiven Situation, die Annahme des Youngplans, seine fürchterlichen Auswirkungen auf alle werktätigen Schichten fordern von der Kommunistischen Partei die Lösung schwerer Aufgaben. Der Reichsverband der deutscher Industrie hat vor einigen Wochen auf seiner Tagung in Düsseldorf ein Kampfprogramm aufgestellt, in dem die rücksichtsloseste Ausbeutung des Proletariats, fortgesetzter Abbau der sozialen Leistungen, Steuererleichterungen für die Kapitalisten und neue Steuern für die besitzlose Klasse, Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats vorgesehen sind.

Dieser Kongreß, wo die Vertreter des revolutionären Proletariats versammelt sind, wird dem Kapital und denen, die mit ihm auf Leben und Tod verbunden sind, den National- und Sozialfaschisten, unsere proletarischen Forderungen entgegenstellen. Dieser Kongreß ist nicht nur eine revolutionäre Demonstration, die mithilft, das Machtbewußtsein des Proletariats zu erhöhen, er hat wirklich ernste Arbeit bei der Beratung unserer großen Aufgaben zu leisten.

Was bedeutet die Annahme des Youngplans? Sie bedeutet, daß die kapitalistische Rationalisierung fortgesetzt wird, daß die Erhöhung der Arbeitsintensität mit allen Mitteln eines hochentwickelten Antreibersystems erzwungen wird, daß die Steuerlast der besitzlosen Klasse erhöht wird, daß das große Heer der Arbeitslosen um immer neue Hunderttausende vermehrt wird.

Wir stellen auf diesem Kongreß nicht nur die Aufgaben für den täglichen Kampf des Proletariats, den Kampf um jedes Stückchen Brot, um das bißchen Milch für die

Proletarierkinder, sondern wir richten gleichzeitig den Blick auf das Ziel des revolutionären Kampfes des Proletariats, die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats.

Elf Jahre Erfahrungen und Studium der Entwicklung der kapitalistischen Republik, zwölf Jahre Erfahrungen und Studium der Entwicklung der proletarischen Diktatur liegen hinter uns. Die Entwicklung der deutschen kapitalistischen Republik, die das Experimentierfeld des Reformismus ist, führte zur Niederlage des Proletariats, zum Siege der Ausbeuter, zur grenzenlosen Ausbeutung des Proletariats.

Zwölf Jahre bolschewistische Tätigkeit im Lande der proletarischen Diktatur führte zum Siege des Proletariats, zur Vernichtung der Bourgeoisie und zu der kulturellen Entwicklung, die aus der letzten Periode der proletarischen Diktatur bekannt ist.

Wenn wir diesen Vergleich vor der Arbeiterschaft ziehen, wenn wir feststellen, daß der Bolschewismus mit seiner Strategie zum Siege des Proletariats führte, die Methoden des Reformismus jedoch zur Knechtschaft des Proletariats führten, dann müssen wir unsere täglichen Aufgaben in Zusammenhang bringen mit dem großen Ziel der Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der Youngplan wird sich auswirken bis zur letzten Hütte des Proletariats, es geht um das letzte Stückchen Brot, um die Milch des kleinen Kindes, es geht um die Frage, ob ein deutsches proletarisches Kind noch etwas zu essen haben wird oder nicht. Diese Lage zwingt uns zu handeln wie seinerzeit das russische Proletariat, das den räuberischen Brest-Litowsker Friedensvertrag im revolutionären Kampf zerriß. Wir werden diesen Kampf gegen den Youngplan führen bis zum Siege des Proletariats.

In dieser Situation ist es notwendig, die Niedergangserscheinungen des Kapitalismus, die erhöhte Not und das grauenhafte Elend zu sehen, das der Youngplan dem Proletariat bringt, aber auch die Verstärkung und Aufwärtsentwicklung der revolutionären Klassenfront, der revolutionären Energie des Proletariats.

Nur einige, Beispiele, warum wir so begeistert für unser Ziel kämpfen. Drüben im proletarischen Arbeiterstaat wurde im Fünfjahrplan eine kühne Entwicklung der Industrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft vorgesehen. Wir sehen jetzt, daß der Fünfjahrplan zweifellos schon in vier Jahren durchgeführt wird. Wir sehen, daß in der Sowjetunion unsere Losung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für die Arbeiterinnen und die Jugend durchgeführt wird. Wir sehen die Bewaffnung des Proletariats. Zehn Millionen junger Bolschewiki sind bereit, die Sowjetunion, in der die Fabriken und die zu Sanatorien umgewandelten Schlösser Eigentum des Proletariats geworden sind, zu verteidigen.

In Deutschland hatte sich 1918 die Arbeiterklasse im revolutionären Sturm den Achtstundentag erobert. Was sehen wir heute? Einen Rückzug, der dazu führte, daß die zeh- und elfstündige Arbeitszeit wieder eingeführt und die Reduktion des Reallohns durchgeführt wurde. Auf kulturellem Gebiet stellen wir einen ungeheuren Rückgang, düsterste Reaktion fest. Aus dieser Lage ergeben sich die Aufgaben des Kongresses.

Die Schaffung der großen revolutionären Einheitsfront des Proletariats erfordert die straffere Zusammenfassung der Gewerkschaftsopposition und ihre enge Verbindung mit dem gesamten deutschen Proletariat.

Wir müssen die richtigen Kampfmethoden finden, die in der Linie der Mobilisierung und Aktivierung der Massen liegen, um die Bestrebungen des Kapitalismus zu durchkreuzen, der den Youngplan auf Kosten der werktätigen Schichten durchzuführen gedenkt. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um in verstärkter Form Wirtschaftskämpfe von immer breiterem Ausmaße durchzuführen.

Wir müssen verstehen, die jetzigen Teilstreiks, die in Berlin und anderen Gebieten ausgebrochen sind, nicht als Guerillakrieg zu sehen. Aus solchen Streikkämpfen entstehen in Zukunft die Kämpfe, die wir als Massenstreiks bezeichnen. Dadurch, daß die Polizei bei diesen Streiks mit unerhörtem Terror eingreift, die Sozialfaschisten Streikbrecherkolonnen

organisieren, daß man diejenigen, die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ringen, blutig niederschlägt, wird jeder wirtschaftliche Kampf politische Bedeutung haben.

Wir müssen unsere Arbeit in den Betrieben, in den Gewerkschaften und allen Massenorganisationen außerordentlich verstärken, immer unter dem Gesichtspunkt, die Massen für den Kampf zu mobilisieren.

Wir müssen erkennen, daß die Vorbereitung der kommenden Betriebsrätewahlen eine viel größere Bedeutung hat als beispielsweise die hinter uns liegende Kampagne der Kommunalwahlen. Zwischen Kommunal- und Betriebsrätewahlen ist ein himmelweiter Unterschied. Bei den Betriebsrätewahlen hat das Proletariat seine besten und klassenbewußtesten Vertreter aus seinen eigenen Reihen zu wählen. Bei den Betriebsrätewahlen haben wir in rücksichtslosester Selbstkritik nach den Besten aus den Betrieben zu suchen, nach denen, die im Betriebe den Kampf gegen den Kapitalismus führten und mit uns gemeinsam die Fahne der proletarischen Revolution erheben. Das ist bei der Aufstellung der Kandidaten zu den Betriebsrätewahlen im Interesse der revolutionären Front notwendig.

Dieser Kongreß wird der Organisation des proletarischen Widerstandes gegen die Offensive des Kapitals einen mächtigen Antrieb geben. Wir sehen, wie der National- und Sozialfaschismus seine Methoden verschärft, wie er versucht, die sich bildende große Einheitsfront des Proletariats zu spalten und zu zerstören. Wir sind verpflichtet, ihnen die Sturmkolonnen der revolutionären Front entgegenzustellen. Wir müssen nicht nur den ideologischen Kampf gegen den Faschismus als Aufgabe stellen, sondern zum bolschewistischen Angriff gegen die Faschisten vorgehen. Wir müssen auf diesem Kongreß die organisatorischen und politischen Waffen für die kommenden Kämpfe schmieden.

Wenn wir diese Aufgabe richtig erfüllen, wird es uns möglich sein, dem niedergehenden Kapitalismus noch größere Schwierigkeiten zu bereiten. Notwendig ist vor allem die Schaffung revolutionärer Vertrauensleute in den Betrieben und in der Armee der Erwerbslosen. Sie alle bilden ebenfalls Glieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Schafft euch für die großen gestellten Aufgaben eine neue Arbeiterführung in den Verbänden und Betrieben, schafft neue Kader! Werdet ein starkes Glied der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der Roten Gewerkschaftsinternationale! Verbindet euch mit der Partei des revolutionären Proletariats, der Partei der Kommunistischen Internationale, die die proletarische Revolution in Deutschland, die die proletarische Revolution in der ganzen Welt durchführen wird!

*„Die Rote Fahne“
vom 1. Dezember 1929.*

Gegen den Youngplan

*Rede im Reichstag
11. Februar 1930*

Ich möchte an den Anfang meiner Ausführungen die Feststellung setzen, daß die Kommunistische Partei, die zum Kapitalismus und zum kapitalistischen System eine prinzipiell feindliche Stellung einnimmt, auch in der Reparationsfrage die grundsätzlichen Folgerungen ziehen muß, die sie gegenüber der Politik dieses Parlaments - von Versailles bis zum Youngplan¹⁸ - und unter den werktätigen Massen prinzipiell vertreten und verteidigt hat. Die bisherigen Redner sowohl der Regierungsparteien wie auch der Deutschnationalen haben nicht gezeigt, was der Youngplan den werktätigen Massen in Deutschland bringt. Herr Hugenberg hat noch nicht einmal gewagt, irgendwelche sachlichen Argumente und Tatsachen gegen den Youngplan anzuführen. Wir Kommunisten werden das in breitem Maße nachholen, wir werden zeigen, warum wir diesen Youngplan ablehnen. Wir werden die prinzipiellen Gründe zeigen, aus denen heraus wir den Youngplan hier im Parlament und auch bei den breiten Massen draußen ablehnen und bekämpfen. Wir glauben, was Herr Breitscheid am Anfang seiner Ausführungen über das Kraftmeiertum der Opposition, sollte es sich auf uns beziehen, sagte, ist nichts anderes als eine Phrase und wird eine solche bleiben. Es ist eine Phrase in dem Fall, wenn eine Partei etwas ablehnt und dabei nicht in der Lage ist, einem alten ein neues Programm entgegenzustellen. Es ist durchaus bezeichnend, daß Herr Breitscheid in diesem Hause mit einer gewissen Begeisterung für den Youngplan gegenüber dem Dawesplan gesprochen hat. Auch wenn es Tatsache werden sollte, daß elf Jahre nach dem Abschluß des Versailler Vertrages, am 30. Juni 1930, das Rheinland und die anderen bisher besetzten Gebiete frei von fremder Besatzung sein würden, kämpfen wir Kommunisten gegen diesen Plan, weil er kein nationales Programm, sondern ein internationales Kriegsprogramm der Weltbourgeoisie gegen die werktätigen Massen in Deutschland und gegen die Sowjetunion darstellt. Dabei will ich nicht vergessen, daß wir Kommunisten zwölf Jahre lang mit den französischen Kommunisten gemeinsam gegen die Besetzung des Rheinlands und Ruhrgebiets durch fremde Truppen fortgesetzt und energisch gekämpft haben. Herr Dr. Curtius hat soeben eine Erklärung der Reichsregierung verlesen, in der die Tatsache dokumentiert ist, daß man von dem neuen Plan erhebliche Erleichterungen finanzieller und politischer Art erwartet. Nun, ich werde nachher mit sachlichen Argumenten nachzuweisen versuchen, daß diese Behauptung der Regierung und der Regierungsparteien unrichtig ist. Wir bestreiten ganz entschieden, daß der Youngplan im Vergleich zum Dawesabkommen dem werktätigen Volk Erleichterungen und Verbesserungen bringen wird. War doch selbst der Redner der Zentrumspartei soeben gezwungen, zu bezweifeln, ob das deutsche Volk die ungeheuren Lasten, die im Youngplan verankert sind und gefordert werden, auf die Dauer tragen können.

Der Kampf der Kommunistischen Partei gegen den Youngplan ist aber prinzipieller Natur. Unsere Einstellung zum Reparationsproblem selbst ist ja von vornherein eine andere als die aller anderen Parteien. Man kann wohl sagen, daß in diesen wenigen Wochen, in denen die Younggesetze im Ausschuß und im Plenum bis zur dritten Lesung durchberaten werden, eine Entscheidung von größter historischer Bedeutung gefällt wird. Diese Entscheidung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeiterklasse durch drei Generationen bis zum Jahre 1988 Milliardensummen an das ausländische Kapital zahlen soll. Diese Tatsache allein ist Grund genug, um diesen Sklavenpakt in diesem Parlament wie draußen aufs schärfste zu

¹⁸ Gemeint ist der nach dem amerikanischen Bankier Owen Young benannte Plan zur Regelung der deutschen Reparationszahlungen, der am 1. September 1930 in Kraft trat. (Siehe auch die Anmerkungen 3 und 19.)

bekämpfen.

Erinnern wir uns der Jahre 1918 und 1919, als das werktätige Volk vor der Frage der Liquidierung des Weltkrieges stand. Auch in jener Schicksalsstunde standen sich zwei Auffassungen gegenüber, die die Liquidierung des Weltkrieges auf verschiedene Weise lösen wollten. Damals ging es um die Liquidierung des Weltkrieges, dessen Ergebnis der Versailler Vertrag war. Heute geht es um das zweite Versailles, um den Youngplan, der nach dem Willen seiner Urheber eine „endgültige“ Lösung des Reparationsproblems darstellen soll. Auch heute stehen sich zwei Fronten gegenüber: die Front der Besitzenden und der Sozialdemokratie auf der einen Seite, die Front des kämpfenden Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei auf der anderen Seite. Man kann sagen: Die Regierungsfrent ist nicht nur bereit, alles, was der Youngplan fordert, gegen die werktätigen Massen und die rote Arbeiterfront durchzusetzen, die sich unter Führung der Kommunistischen Partei dagegen stemmen wird, sondern nach der Annahme der Younggesetze wird sich das jetzige Finanzprogramm, wie der Vertreter des Zentrums schon sagte, auch noch mehr auf das Gebiet der Erhöhung der Massensteuern und der Ausplünderung der Massen verschieben.

Im Jahre 1919 stellte der Spartakusbund, die junge Kommunistische Partei, der Reparationspolitik der Imperialisten die Lösung der proletarischen Revolution entgegen. Noch heute verstehen uns Millionen von Menschen nicht, aber wir können sagen: Hätten die Kommunisten damals mit dem Proletariat gesiegt, dann wäre der Versailler Vertrag niemals unterschrieben worden, wären niemals Reparationen gezahlt worden, dann brauchten wir uns heute im Reichstag nicht mit dem Youngplan zu beschäftigen, sondern die deutsche Arbeiterschaft würde wie die Arbeiterschaft der Sowjetunion den Sozialismus aufbauen.

Am Vorabend des Versailler Vertrages erklärte der Spartakusbund in einem Artikel der „Roten Fahne“ unter anderem über den Frieden von Versailles folgendes:

„Der Friede von Versailles wird so das schwarze Bild des ‚Friedens‘ im Deutschen Reiche: hier Noske-Garden, Belagerungszustand, Arbeitslosigkeit, Hunger, dort Kontributionen, Annexionen, Ausplünderungen, Gewalttat.

Hier wie dort, nach innen wie nach außen dieselben Folgen derselben Ursache: daß das deutsche Proletariat seine Revolution erst vor sich hat.

Dort wie hier das deutsche Proletariat dasselbe Opfer derselben Krankheit. Und dort wie hier nur ein Arzt: das deutsche Proletariat selber. Und nur ein Heilmittel: die proletarische Revolution.“ [„Die Rote Fahne“ vom 2.1. April 1919. Die Red.]

Was damals der Spartakusbund sagte, ist nicht nur geschichtlich und sachlich richtig, sondern es ist die gleiche revolutionäre Linie, die heute die Kommunistische Partei und im Weltmaßstab die Kommunistische Internationale einhält. Die Sozialdemokratie wollte es anders. Sie knüppelte die Revolution mit Noskes Soldaten nieder. Sie wies das Bündnisangebot der Sowjetregierung für die deutsche Revolution mit Hohn und Spott zurück. Erst als die Millionen niedergeworfen, als Tausende von Arbeitern erschossen, als revolutionäre Führer wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der weißgardistischen Soldateska gemeuchelt waren, konnte man dazu übergehen, den Versailler Frieden, diesen Frieden der Konterrevolution, zu unterschreiben. Wer erinnert sich nicht der vielen Versprechungen, die damals von den Volksbeauftragten, von der Ebert-Scheidemann-Regierung den werktätigen Massen, dem deutschen Volk gemacht wurden!

Nun, die deutschen Arbeiter haben in bitteren zwölf Jahren am eigenen Leibe gemerkt, was sie von diesen Versprechungen zu halten haben. Ich greife nur einige Fragen heraus. Erste Frage: Wo ist die Vollsozialisierung, von der im Jahre 1919 in den Straßen Berlins und im Ruhrgebiet auf Plakaten die Rede war: „Die Sozialisierung marschiert, die Sozialisierung ist da“?

Die zweite Frage: Wo ist die allgemeine Abrüstung, die Sicherung des Weltfriedens? Auf diese Frage haben Ihre Mitglieder (Zu den Sozialdemokraten.) selbst schon auf dem

Magdeburger Parteitag und bei anderen Debatten innerhalb Ihrer Partei eine Antwort gegeben, so zum Beispiel in der Panzerkreuzerdebatte. Ich stelle die dritte Frage: Wo ist Arbeit und Brot für jedermann, wie man es feierlich garantiert hat? Diese Frage wird von den 3,5 Millionen Erwerbslosen außerhalb dieses Parlaments beantwortet. Vierte Frage: Wo ist heute die freie Republik, da fast bei jeder Erwerbslosendemonstration die Schupo mit der Schußwaffe losgeht, um die „Freiheit“ der Republik zu bekunden?

Mit ebensolchen verlogenen Phrasen, mit dem gleichen Gewebe von Betrug und Heuchelei bringt die heutige sozialdemokratische Regierung den Youngplan zur Durchführung.

Was wurde von den Regierungsvertretern bei den zwei Verhandlungen in den Haag und während der Pariser Konferenz zum Ausdruck gebracht, was hat man verkündet? Man hat gesagt, daß der Youngplan einen Schritt zur Freiheit, zur Erleichterung der Lasten und zur Sicherung des Friedens bedeute. Wir erklären von dieser Tribüne aus und überall, daß der Youngplan nicht Freiheit, sondern Knechtschaft bringen wird. Die sozialdemokratische Regierung hat behauptet, daß Deutschland seine Unabhängigkeit wiedergewinne. Aber davon ist keine Rede. Die Finanzkontrolle nimmt nur andere Formen an als zur Zeit des Dawesplans, zur Zeit des Londoner Ultimatums. Der Reparationsagent verschwindet. Die Kontrolle über die Reichseisenbahnen und die Reichsbank wird beseitigt. Die Pfänder werden formell aufgehoben. Aber an ihre Stelle tritt eine viel schlimmere, brutalere, drückendere Kontrolle durch das ausländische Finanzkapital, die auf den Schultern der werktätigen Massen lastet.

Seit Monaten spürt die deutsche Arbeiterklasse die uneingeschränkte Diktatur des Finanzkapitals in Deutschland. Diese Diktatur wird durchgeführt durch Schacht, den Beauftragten des Morgan-Trusts. Morgan und ein paar ausländische Bankmagnaten regieren über Deutschland. Schacht, dieser skrupellose Vertreter des inländischen und ausländischen Kapitals, der inländischen und ausländischen Millionäre, der sich an der Not der Massen bereichert, bestimmt, welche Steuern erhoben, welche Zölle erhöht, welche Sozialleistungen abgebaut und welche reaktionären Gesetze in Deutschland erlassen werden sollen. Man kann heute von dieser Tribüne aus sagen: Bald alles, was Schacht gefordert hat, wurde von der sozialdemokratischen Regierung bedingungslos durchgeführt. Ich glaube, man kann sogar hinzufügen, daß sie das gehorsamste Werkzeug darstellt, das sich das Finanzkapital in Deutschland wünschen kann.

Die zweite Haager Konferenz¹⁹ hat über Deutschland eine Anleihsperre bis zum Herbst 1934 verhängt, wobei die Möglichkeit offengelassen wurde, daß diese Diktatur in bezug auf die Anleihsperre nur bis zum 1. April des Jahres 1931 ausgeübt werden soll. Schacht, der nach wie vor Reichsbankpräsident ist, ruiniert im Auftrage der deutschen Industriellen planmäßig die Finanzwirtschaft bald aller Städte und Gemeinden. Die öffentlichen Bauten werden eingestellt, die Wohlfahrtsausgaben werden zusammengestrichen, die Erwerbslosigkeit in den verschiedenen Gebieten Deutschlands wächst ins Riesenhafte. Das ist ein Stück der sogenannten Freiheit, die der Youngplan dem deutschen Volke beschert.

Wie steht es mit der inneren Freiheit der Bevölkerung in der deutschen Republik? Die Regierung hat sich darauf berufen, wie ich schon zu Beginn meiner Ausführungen sagte, daß die französischen Truppen aus dem Rheinlande abziehen werden. Die deutschen und die französischen Kommunisten haben brüderlich und gemeinsam während der letzten 12 Jahre gegen die Besetzung im Rheinland und im Ruhrgebiet angekämpft. Was ist aber im Zeichen des Youngplans an Stelle der französischen Truppen getreten? Die deutsche Schupo, die unter Führung der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten so brutal gegen die revolutionäre

¹⁹ Es handelt sich um die Haager Konferenz zur Erörterung und Annahme des Youngplans. An der ersten Sitzung der Haager Konferenz (6. bis 31. August 1929) nahmen die Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, Italiens, Japans, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens, Griechenlands und Portugals teil. Auf der zweiten Sitzung, auf der außer den Teilnehmerstaaten der ersten Sitzung noch Österreich, Bulgarien und Ungarn vertreten waren, wurde am 20. Januar 1930 der Youngplan endgültig angenommen.

Arbeiterschaft wütet, wie noch niemals eine fremde Besatzungsarmee gewütet hat. Die Erwerbslosen und die Arbeiter, die sich gegen die Not wehren und gegen die Übergriffe des Kapitalismus protestieren und aufmarschieren, schlägt die Schupo mit dem Gummiknüppel, denen, die nach Arbeit und Brot schreien und die ihr Recht fordern, antwortet man mit Karabinern und schießt sie blindlings nieder. Die Mordtaten in Worms, in Hartmannsdorf, in Berlin und zuletzt in Hamburg, das Demonstrationsverbot von Grzesinski, die Knebelung der Arbeiterpresse zeigen am besten, wie eure Freiheit (Zu den Sozialdemokraten.), die Freiheit des Youngplans, aussieht. Das Besatzungsgebiet im Rheinland wird bis zum 30. Juni - weil der Youngplan aller Voraussicht nach bis zum 31. März seine Erledigung in Deutschland findet - gänzlich geräumt werden. Aber unter der Regierung des Finanzkapitals und der Sozialdemokratie wird ganz Deutschland vom Westen bis Osten, von der Wasserkante bis Bayern in ein Besatzungsgebiet der kapitalistischen Reaktion verwandelt.

Wie steht es mit dem zweiten Versprechen der sozialdemokratischen Regierung, der Youngplan bedeute eine Erleichterung der Lasten für die Bevölkerung? Es steht fest, daß der Youngplan keine Erleichterungen für die werktätigen Massen, wohl aber Erleichterung für die deutsche Bourgeoisie bringt. Das beweist schon die eine Tatsache, daß die von dieser Regierung entsandten Sachverständigen, wie Meichior aus Hamburg, wie Vögler und Kastl, wie der Reichsbankpräsident Schacht - jene sogenannten Sachverständigen, für die Breitscheid heute nichts anderes übrig hatte, als zu sagen, sie seien nur die technischen Beamten der politischen Instanzen, obwohl sie doch von dieser Hermann-Müller-Regierung beauftragt waren -, auf der ersten und zweiten Haager Konferenz durchsetzten, daß die 300 Millionen Industrieobligationen der deutschen Industrie schon im voraus geschenkt wurden.

Der Youngplan beseitigt zwar die Verpfändung der Reichsbahn sowie der Zoll- und Steuereinnahmen, er befreit das Rheinland bis zum 30. Juni von den Besatzungstruppen, er setzt zunächst die Daweszahlungen um 685 Millionen jährlich herab. Aber diese Ermäßigung wird wettgemacht und übertroffen durch ungeheure Verschärfung der Reparationslasten auf Grund folgender Tatsachen:

Während der Zeit des Dawesplans wurden in Deutschland ungefähr 25 Milliarden lang- und kurzfristiger Kredite aufgenommen. Rechnen wir - vielleicht ist diese Summe etwas zu hoch - den Kapitalexport mit ungefähr 10 Milliarden ab, dann verbleiben 15 Milliarden Kreditstrom in Deutschland. Der Regierungsvertreter Dr. Brecht hat bei der Beratung im Reichsrat zugeben müssen, daß diese Kredite nach einer bestimmten Zeit ablaufen und dann nicht mehr erneuert werden können. Zur Zeit des Dawesplans hat Deutschland das Doppelte an Krediten aufgenommen, was es an Reparationen gezahlt hat. Jetzt muß Deutschland fast alles aus eigener Tasche oder vielmehr aus den Taschen des arbeitenden Volkes zahlen. In der ersten Zahlungsperiode, die auf 37 Jahre bemessen ist, muß Deutschland mit den letzten Erhöhungen, die auf der zweiten Haager Konferenz hinzugekommen sind, eine durchschnittliche Summe von 2187 Millionen jährlich bezahlen, wobei allerdings in den ersten 10 Jahren geringere Beiträge, von 1,7 Milliarden aufwärts steigend, abzuführen sind. Rechnen wir noch für die jährliche Verzinsung und Tilgung der Dawesanleihen jährlich 88 Millionen Mark, rechnen wir die Tilgungsraten aus dem Belgischen Markabkommen, rechnen wir die Beteiligung und die zinslose Einlage in die Reparationsbank hinzu, so werden die jährlichen Durchschnittszahlungen in der ersten Zahlungsperiode mindestens 2,2 Milliarden betragen. Zu diesen jährlichen Durchschnittszahlungen von 2,2 Milliarden kommen während des ersten Jahrzehnts bei geringer Berechnung noch 8 Prozent Zinsen und 2 Prozent Amortisationsbeträge jener 15 Milliarden aufgenommenen Kredite hinzu. Das wären jährlich etwa 1,5 Milliarden Schuldzinsen - als Valutaaufkommen -, die aus dem deutschen Proletariat für das ausländische Kapital außerdem noch herausgewirtschaftet werden sollen.

Der Transferschutz wird außerdem zum größten Teil aufgehoben. Auch diese Tatsache erschwert die Youngzahlungen. Die Daweszahlungen wurden in Reichsmark geleistet,

während die Youngzahlungen in ausländischer Goldvaluta geleistet werden müssen. Dadurch kann leicht im Laufe der Jahre eine neue Inflationsgefahr entstehen.

Nach dem Youngplan sollen fernerhin im Laufe der Jahre an Stelle der Sachleistungen Geldzahlungen treten. Dadurch wird notwendigerweise die Lebenslage des deutschen Proletariats weiter verschlechtert und die Arbeitslosigkeit erhöht werden. Ich will nur einige Zahlen in Erinnerung rufen. Im ersten Reparationsjahr des Dawesplans wurden von Deutschland für 667 Millionen Sachleistungen auf das Reparationskonto geliefert. Das letzte Dawesjahr läuft bis zum 1. April 1930. Im Reparationsjahr 1928/1929 wurden ungefähr 1100 Millionen an Sachleistungen auf das Reparationskonto geliefert. Wenn wir die neuen Zahlen im Youngplan lesen, in dem im ersten Jahre 750 Millionen an Sachleistungen vorgesehen sind, die sich bis zum zehnten Jahre auf 300 Millionen verringern und mit dem darauffolgenden Jahre gänzlich wegfallen, so beleuchtet auch das den Ernst der konjunkturellen Situation in Deutschland.

Bei dieser Frage ist das Wichtigste, daß zum ersten Male seit langen Jahren von Amerika aus der Beginn einer Weltwirtschaftskrise signalisiert wird. Ein Land wie Amerika, jenes festgefügte imperialistische Land, das aus dem Weltkrieg ungeheure finanzielle Summen, neue ökonomische Quellen und andere politische Machtmittel gewonnen hat, wird nun mit von der allgemeinen Krise des Kapitalismus ergriffen. Es hat heute in der Frage der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion von England die Hegemonie in der ganzen Welt übernommen und wird auch in den Grundfragen des Youngplans wie des Kampfes gegen die Weltrevolution bald an der Spitze derjenigen stehen, die die Order geben, die auch andere Gläubigermächte anzuerkennen haben.

Wir müssen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß, nachdem in den letzten Monaten in diesem Lande eine ökonomische Krise ausgebrochen ist, Amerika stärker noch dazu übergehen wird, auf dem Weltmarkt seine eigene Exportoffensive zu erweitern. Für den deutschen Kapitalisten sind die Reparationszahlungen in erster Linie ein Exportproblem. Nur mit Hilfe einer geradezu wahnwitzigen Steigerung der Warenausfuhr und des Kampfes um neue Absatzgebiete in der Welt wird es möglich sein, die 3,7 Milliarden an jährlichen Reparations- und Zinszahlungen auf Grund der niedrigen Hungerlöhne des deutschen Proletariats aufzubringen. Aber diese Tatsache der Weltwirtschaftskrise verschärft den Kampf um die Absatzmärkte, wird nicht nur eine neue Exportoffensive des amerikanischen Kapitals ergeben, sondern wir werden einen Kampf um die Märkte sehen, wie ihn die Welt noch nie erlebt hat. Die Absatzbedingungen werden im allgemeinen für Deutschland ungleich schwerer als zur Zeit des Dawesplans. Schon diese wenigen Andeutungen zeigen, daß unter dem Youngplan die Lage der Arbeiterklasse Deutschlands unerträglich wird. Nicht Erleichterungen der Lasten, sondern eine gewaltige Vermehrung der Not und der Ausbeutung wird eintreten.

Ich stelle an dieses kapitalistische Parlament und an die Sozialdemokratie in aller Öffentlichkeit die Frage: Warum - - wenn der Youngplan besser wäre als der Dawesplan, wie es die Sozialdemokraten und die übrigen Regierungsparteien behaupten -, warum dann gerade jetzt die ungeheuerliche Offensive auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse? Warum gerade jetzt die neuen Massensteuern, die Zoll- und Tariferhöhungen? Ich glaube, das Hauptargument der Regierungsparteien, daß der Youngplan Erleichterungen bringe und besser sei als der Dawesplan, ist damit durch die Wirklichkeit völlig vernichtet. Der Arbeiter ist ein nüchterner Mensch, er glaubt nicht an die Reden von Ministern und an die falschen Milliardenzahlen, die ihm vorgerechnet werden. Er sieht und fühlt täglich an seinem Haushalt, an seinem Lohnzettel, an der Erwerbslosigkeit, wohin der Youngplan führt und wie die Erleichterungen des Youngplans, die ihm versprochen worden sind, aussehen.

Die Kapitalisten und die jetzige Regierung warten nicht erst ab, bis der Youngplan angenommen ist, sondern bereits nach der ersten Haager Konferenz begannen sie mit ihrer Attacke gegen die Lebenshaltung der breiten werktätigen Massen, wie sie Deutschland noch

nicht erlebt hat.

Damit komme ich zu dem, was wir Kommunisten den inneren Youngplan nennen: zu der vollständigen Abwälzung der Milliardenlasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes. Der innere Youngplan bedeutet praktisch den Generalangriff der deutschen Bourgeoisie auf Lohn und Brot, auf Leib und Leben des deutschen Proletariats und der werktätigen Mittelstandsschichten. Zirka 2 Milliarden Mark an neuen Steuern werden zu einem wichtigen Hebel der Staatsausgaben und der Youngzahlungen. Wir haben schon bei der Finanzdebatte im Dezember vorigen Jahres auf die Entwicklung hingewiesen, die der Youngplan bei der allgemeinen Regelung des neuen Etats durch die Bourgeoisie nehmen wird. Die Tatsache, daß in den letzten Wochen neue Steuern in Höhe von 400 Millionen Mark beschlossen wurden, die Tabaksteuer, die durch die Steigerung der Erwerbslosenversicherungssätze sich ergebenden Erhöhungen, die Tatsache, daß durch das Zündholzmonopol eine Erhöhung um weitere Millionen vorgesehen ist, und die Andeutungen, die Moldenhauer in diesen Tagen der Presse gegenüber gemacht hat, wonach man beabsichtige, dem deutschen Volke in nächster Zeit schon weitere 900 Millionen Mark an Steuern aufzuerlegen, zeigen, wohin diese Entwicklung führt. Im gleichen Moment werden den deutschen Kapitalisten über 600 Millionen Mark Steuersenkungen gewährt. Die Erhöhungen des Zolls für Fleisch, Roggen, Weizen, Mehl, Butter, Schmalz, Gefrierfleisch, sogar für Schuhe und Aluminium, die kurz vor dem 1. Januar noch beschlossen wurden und deren Durchführung die Regierung übernommen hat, fügen sich in diesen Rahmen ein. Diese Zollerhöhungen, die eine neue Einnahmequelle für den inländischen und ausländischen Kapitalismus bedeuten, und die selbst der Bürgerblock vor zwei Jahren dem Parlament nicht vorzulegen wagte, denen aber heute die Sozialdemokratie zustimmt, werden in der nächsten Zeit bei den Klassenkämpfen des Proletariats gegen dieses System eine große Rolle spielen. Aber nicht nur diese neuen Zollerhöhungen, die wir auf über 1½ Milliarden Mark schätzen und die für eine Arbeiterfamilie durchschnittlich eine Mehrbelastung von 150 bis 200 Mark jährlich ausmachen, zeigen die wirtschaftliche Lage. Gleichzeitig werden allen Werktätigen die wichtigsten Nahrungsmittel, die Kleidung verteuert, aber auch die Wohnungsmiete wird ihnen durch diese Regierung der Ausbeuter und Wucherer maßlos in die Höhe geschraubt. Hätten nicht die Kommunistische Partei und die demonstrierenden Massen in den Städten mit den Erwerbslosen dagegen Front gemacht, man hätte schon am 1. Februar die Mieten in verschiedenen Städten um 10 bis 20 Prozent erhöht. Die Mieterhöhung ist bei der Regierung bereits beschlossene Sache. Nur die Angst vor diesen demonstrierenden Massen ließ es den Herrschenden ratsam erscheinen, die Mieten erst am 1. April zu erhöhen. In allen diesen brennenden Lebensfragen werden die Arbeiterfrauen, die gesamten Massen der Werktätigen die Segnungen des Youngplans am eigenen Budget spüren. Warum hat man denn gerade in der letzten Zeit in verschiedenen Städten, besonders auch in Berlin, die Tarife so stark erhöht? Weil man sieht, daß der Youngplan wichtige Städte und Gemeinden dem finanziellen Bankrott entgegenführen wird. Es ist doch kein Zufall, daß in letzter Zeit eine Stadt nach der anderen die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahn und andere Verkehrsmittel erhöhte. Schon diese Tatsachen aus dem Stadium der Beratung des Youngplans zeigen, welche Teuerung nach Inkrafttreten des Plans im ganzen Lande herrschen wird. Jede einzelne dieser Maßnahmen bedeutet eine Herabsetzung des Reallohns des Proletariats, eine tief einschneidende Beschränkung des Lebensunterhalts für jede proletarische Familie.

Schon zu Zeiten des Dawesplans sind wir den mörderischen Methoden kapitalistischer Rationalisierung scharf entgegengetreten. Damals schrieb das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 6. März 1926:

„In Übereinstimmung mit der Reichsverbandsdenkschrift halten wir die Rationalisierung... für eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlstandssteigerung.“

Ich glaube, den Verfassern dieses Satzes wird die richtige Antwort zuteil werden von den Arbeitern in den Monopolbetrieben der deutschen Industrie, die am eigenen Leibe die unwürdigen Formen kapitalistischer Rationalisierung gespürt haben, von den Millionen jungen Arbeitern und Arbeiterinnen, die die Wirkungen der Ausbeutung in den Tretmühlen des Kapitals am eigenen Leibe erfahren. Bei Verminderung der Belegschaftszahlen sind in den wichtigsten Industriezweigen Deutschlands gewaltige Produktionssteigerungen auf Kosten der arbeitenden Massen zu verzeichnen. Die Sozialdemokratische Partei und die Führung der Gewerkschaften aber schwindeln von einer solchen Rationalisierung als einer Steigerung des Wohlstandes der Werk tätigen oder gar der Menschheit! Ich glaube, diese irrsinnige Theorie ist durch die Tatsachen grausam widerlegt worden. In der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ vom 28. Januar 1930 zieht Kuczynski das Fazit der Entwicklung des Lohns im Jahre 1929 dahingehend, daß der Geldlohn des Proletariats in der Zeit vom Juni bis zum 1. Januar um 16 Prozent, der Reallohn um 15 Prozent gefallen sind. Das ist das Resultat der Schiedssprüche mit ihrem langfristigen Charakter, die den arbeitenden Massen auch noch das letzte Mittel im Klassenkampf, den Streik, nehmen wollen.

Die allgemeine Ausplünderung setzt sich fort auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Überall im Reich, in Ländern und Gemeinden werden die Wohlfahrtsausgaben abgebaut, von den Luxus- und Repräsentationsausgaben aber wird kein Pfennig gestrichen. Wir Kommunisten haben oft den Weg gezeigt, wie man an verschiedenen Stellen des Etats solche Luxus- und Repräsentationsausgaben wesentlich herabsetzen könnte. Selbst die Verfechter des Youngplans könnten uns auf diesem Wege folgen, wenn sie nur wollten. Ich weise darauf hin, daß zum Beispiel in Berlin fast sämtliche Bauprojekte eingestellt worden sind. Trotz steigender Kranken- und Unfallzahlen - was sogar in den letzten Beratungen des Preußischen Landtags seitens des preußischen Innenministeriums zum Ausdruck gebracht worden ist - werden keine neuen Krankenhäuser gebaut. Durch das unerträgliche Antreibersystem in den Betrieben werden die Krankheits- und Unfallzahlen noch erhöht. Also keine neuen Krankenhäuser, keine neuen Kinderheime, keine Sport- und Spielplätze, keine Badeanstalten und Bibliotheken werden mehr gebaut. Die Regierung Hermann Müller kann sich rühmen, in kurzer Zeit alle sozialpolitischen Errungenschaften zertrümmert zu haben, die sich die deutsche Arbeiterbewegung in jahrzehntelangem Kampf erobert hat.

Bei der Beratung über die Deckung des 700 Millionen Mark betragenden Defizits hat der Reichsfinanzminister Moldenhauer angekündigt, daß man bis zum Jahre 1932 Kredite von der Angestelltenversicherung und der Invalidenversicherungsanstalt aufnehmen will, um damit die notwendigen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung zu begleichen. Er hat hinzugefügt, er glaube, daß bis zum Jahre 1932 die Arbeitslosenversicherung imstande sein werde, sich selbst zu erhalten. Er hat dabei nicht die Tatsache berücksichtigt, daß das herrschende System im Rahmen der Krise der weltökonomischen und weltpolitischen Entwicklung die Zahl der Erwerbslosen, die im Weltmaßstabe bereits über 15 Millionen erreicht hat, noch weiter steigern wird, besonders stark in Deutschland, dem schwächsten Glied in dieser Entwicklung. Herr Moldenhauer glaubt also, vom Jahre 1932 ab werde sich die Arbeitslosenversicherung selbst erhalten können; wir glauben das nicht, und wir glauben auch nicht, daß Herr Moldenhauer das glaubt. Die Arbeiterklasse aber empfindet die von Herrn Moldenhauer angekündigte Maßnahme als den ersten großen Angriff gegen die Sozialversicherung, die sich die deutsche Arbeiterschaft in jahrzehntelangem Kampf geschaffen hat. Früher sagte man wohl: Deutschland in der Sozialpolitik voran! Heute kann man sagen: Deutschland in dem Abbau der Sozialpolitik allen anderen Ländern voran!

Auch auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge sind in der letzten Zeit starke Einschränkungen vorgenommen worden. Es gibt heute kein Land in der Welt, das auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge vorwärts marschiert und großartige Fortschritte

erringt. Mit einer einzigen Ausnahme: der Sowjetunion, in der das Proletariat die Macht hat und die Werktätigen regieren.

Der Übergang vom Dawesplan zum Youngplan bringt uns keine Erleichterungen bezüglich der Reparationslasten, sondern beispiellose Entbehrungen, grenzenlose Not.

Schließlich die furchtbarste Geißel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die riesenhafte Erwerbslosigkeit, die noch durch den Youngplan wesentlich gesteigert wird. Wir haben heute mehr als 3½ Millionen Erwerbslose. Wenn wir die Angehörigen hinzurechnen, können wir sagen, daß heute 10 Millionen Menschen ohne Lohn und Arbeit auf der Straße stehen. Das ist ungefähr ein Siebentel der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Dazu kommen 2 Millionen Invaliden, 2 Millionen Kriegsofopfer, 800000 Unfallrentner und die durch die Inflation ruinierten Kleinrentner. Gegen diese große proletarische Armee, die am meisten Not leidet, die am rücksichtslosesten ausgeplündert wird, richtet sich der schärfste und erste Angriff, der besonders auf dem Gebiet des Abbaus der Sozialleistungen in den letzten Monaten in Erscheinung getreten ist. Diese brutale, hemmungslose, in Worten gar nicht zu beschreibende Ausbeutung, die die Kommunistische Partei den „inneren Youngplan“ nennt, wird mit noch viel furchtbarerem und katastrophalerem Wucht, als es bis jetzt sichtbar ist, das ganze Proletariat bis auf den letzten Mann treffen. Unter den mörderischen Auswirkungen des Youngplans leiden sowohl die etwa 15 Millionen Betriebsarbeiter wie die 3½ Millionen Erwerbslosen, die weiblichen wie die männlichen, die Erwachsenen wie die Jungarbeiter.

Und nicht nur das Proletariat, alle Schichten des werktätigen Mittelstands in Stadt und Land leiden unter dem Youngplan. Die Kleingewerbetreibenden, die kleinen Geschäftsleute, die vor Steuern nicht mehr ein noch aus können, die ihren letzten Spargroschen verlieren, die vom Monopolkapitalismus und von den Warenhäusern erdrückt werden; sie alle stöhnen unter den Lasten des Youngplans. Diese Regierung und die hinter ihr stehenden Kapitalisten sind vollkommen außerstande, die Schulden gegenüber dem ausländischen Kapital zu annullieren. Aber eine ähnlich zusammengesetzte Regierung und die gleichen deutschen Kapitalisten hatten seinerzeit Courage und Entschlossenheit genug, durch einfache Annullierung der inneren Schulden die Millionen von kleinen Krieganleihezeichnern, die ihr letztes Vermögen für den Staat hingegeben hatten, alle die armen Menschen, die durch die Inflation ihr Hab und Gut verloren hatten, rechtlos zu machen. Sie alle kennen die kapitalistische Schuldenannullierung nach innen und gegen unten.

Die unteren Beamten und Angestellten, die zu Hunderttausenden aus den Behörden, aus den Betrieben, aus den Geschäften, aus den Banken hinausgerationalisiert werden, sie sind gleichfalls die Opfer des Youngplans. In diese Front gehören auch die Hunderttausende von Kleinbauern, die vom Industriekapital, von den Banken, vom Großgrundbesitz ausgewuchert werden. Auch ihnen nimmt man das Letzte. Wir haben ungeheuer viele Beispiele dafür, daß man ihnen, wenn sie die verlangten Steuern nicht zahlen können, das letzte Schwein, das letzte Stück Vieh und sogar das persönliche Inventar wegnimmt. Diese Tatsachen haben ja zu den bekannten Vorgängen in Schleswig-Holstein und auch im Rheinland geführt. Und wenn ein Kleinbauer Widerstand leistet, bekommt er genauso wie der kommunistische Arbeiter in den Städten den Gummiknüppel zu spüren.

Wir können heute sagen, daß sich zwei Fronten in Deutschland gegenüberstehen: die Opfer des Youngplans, von denen ich eben schon ausführlich sprach, und die Nutznießer des Youngplans. Die Opfer sind alle Werktätigen ohne Ausnahme. Die Nutznießer sind alle Ausbeuter mitsamt den sozialfaschistischen und nationalsozialistischen Agenten. Von den Opfern des Youngplans sprechen nicht nur die von mir angeführten Tatsachen, sondern die jetzigen Elendszahlen, die wachsenden Krankheits- und Unfallzahlen, die erhöhte Sterblichkeit der Kinder, die täglich zunehmenden Selbstmorde, das Siechtum und der Hunger in Deutschland.

Von den Nutznießern des Youngplans sprechen himmelschreiende Zahlen, die ich nicht

verfehlen will, diesem Parlament zu unterbreiten. Ich erwähne nur die Tatsache, daß es bei dieser steigenden Not und ungeheuren Ausplünderung noch möglich ist, daß zum Beispiel Direktoren des Röhrenverbandes 110000 RM, der Direktor bei Krupp 120000 RM, der Direktor des Stahlwerksbundes 180000 RM, der Direktor bei der IG-Farbenindustrie 500000 RM und der Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie 600000 RM jährlich an Gehalt bekommen, ohne die noch nicht mitberechneten Nebenspesen. Der skrupelloseste Vertreter des deutschen Finanzkapitals, der Reichsbankpräsident Schacht, hat heute ohne die Extraeinnahmen, die wir nicht kennen, ein jährliches Gehalt von 340000 RM. Es kommt ferner hinzu, daß jeder seiner Unterdirektoren, die allerdings weniger bekommen als er, mit 180000 RM ihr Auskommen finden und daß bei der Reichsbank noch die geradezu ungeheuerliche Bestimmung besteht, daß ein Mitglied des Direktoriums der Reichsbank, wenn es wegen erwiesener Unfähigkeit oder aus sonstigen Gründen ausscheidet, als Abfindung den achtfachen Betrag seines Jahresgehalts erhält. Ein gewöhnlicher Direktor würde demnach mit einem Schlage 1440000 RM und Herr Schacht, wenn er heute abdanken würde, gar volle 2720000 RM bekommen.

Diese himmelschreienden Zahlen möchte ich noch durch eine Tatsache ergänzen. Wenn heute in den Berliner Verkehrsbetrieben der sozialdemokratische Direktor Brolat, eine allbekannte Persönlichkeit der letzten Zeit, dazu übergeht, ungefähr 700 Verkehrsarbeiter aus dem Betrieb hinauszuerwerfen - wobei nicht im entferntesten berücksichtigt wurde, daß bei der Regulierung der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben der Verkehrstarif von 20 Pfennig auf 25 Pfennig erhöht wurde, so wurde nicht die Tatsache erwähnt, daß aus früheren Abmachungen der, ich glaube, der Deutschnationalen Partei angehörende Direktor Lüdtko im vorigen Jahr 300000 RM bekam. Nach der heutigen Verrechnung des Direktorengehalts und den Prozentsätzen aus den Einnahmen wurden diesem Direktor in diesem Jahre 130000 RM gegeben. Außerdem sind in der Verkehrsgesellschaft vier Direktoren beschäftigt, die jährlich je 72000 RM erhalten. Ich glaube, diese wenigen Tatsachen genügen schon, um zu zeigen, welche ungeheuerlichen Zustände in der sogenannten deutschen Republik zu verzeichnen sind.

Ich möchte zwei himmelschreiende Beispiele gegenüberstellen. Wir haben in Deutschland etwa 900000 und vielleicht schon mehr Arbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten. Diese 900000 Menschen werden durch die neuen Streichungsmaßnahmen bei den Wohlfahrtsausgaben und durch die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, in die größte Not und zur Verzweiflung getrieben. Was soll so ein ausgesteuerter Erwerbsloser machen, wenn selbst das Wohlfahrtsamt in Berlin ihm die Mittel verweigert?

Da ist auch die Tatsache zu charakterisieren, daß die Alters- und Unfallrentner, die oft nur eine minimale Summe je Monat erhalten, durch die jetzt getroffenen Maßnahmen an den sogenannten Küchenstellen der Wohlfahrtsspeisungen das Essen, das diesen Notleidenden in den letzten Jahren frei gegeben wurde, seit einigen Tagen mit 25 Pfennig bezahlen müssen. Ein Unfallrentner, der beispielsweise 700 bis 800 Reichsmark jährlich erhält, muß also jetzt täglich, wenn er drei oder vier Kinder hat, eine Mark oder eine Mark und 25 Pfennig für diese Speisung zahlen.

Die horrende himmelschreiende Tatsache, daß demgegenüber der Reichsbankpräsident 340000 RM erhält, kennzeichnet dieses verrückte, menschenmordende System der kapitalistischen Gesellschaft. Darum brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn sich die revolutionäre Klasse, das Proletariat, unter Führung der Kommunistischen Partei daran macht, dieses System zu vernichten.

So groß die Unterschiede der Parteien in der Reparationsfrage sind, so ist sich doch in diesem Hause hier alles im Kampfe gegen den Kommunismus und die proletarische Revolution einig. Heute, wo es um die Durchführung des Youngplans im Innern, um die Ausraubung des werktätigen Volkes geht, gibt es keinerlei ernste Differenzen zwischen dem Hugenberg-Block und den Regierungsparteien. Ich sage ausdrücklich: In der Durchführung der Ausplünderung

der arbeitenden Massen gibt es keine ernstlichen Differenzen mehr zwischen dem Hugenberg-Block und den Regierungsparteien.

Den Deutschnationalen möchte ich sagen, daß auf der Industriellentagung in Düsseldorf auch die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei für das Industrieprogramm, das zur Durchführung des Youngplans „notwendig“ ist, begeistert gesprochen und gestimmt haben. Diese gemeinsame Front gegen die Unterdrückten in Deutschland wird auch durch die Tatsache beleuchtet, daß die Deutschnationalen, deren Vertreter hier in farblosen Worten die Waffen gegen den Youngplan zu finden glaubte, vor einigen Jahren der Vorstufe des Youngplans, dem Dawesplan, zur Annahme verholphen haben. Sie haben also kein Recht, jetzt von dieser Tribüne gegen den Youngplan zu sprechen.

Die gemeinsame Front gegen den Kommunismus reicht bis zu den Nationalsozialisten. Wenn es im Reichstag um Erhöhung der Zölle, der Steuern, der Mieten geht, sind die Hugenberg-Leute und die Nationalsozialisten genauso freudig am Werke wie die Parteien der Weimarer Republik.

Der kürzlich in die Thüringer Regierung eingetretene Nationalsozialist Frick hat sich im Rahmen des heutigen Systems der deutschen Republik der an ihn herantretenden Aufgabe unterzogen, das, was der Youngplan zu seiner Durchführung im Innern erfordert, innerhalb des Aufgabenkreises der Thüringischen Regierung auszuführen. Entweder muß er demonstrativ die Fahne der Regierung verlassen, oder er muß, mit Ohrenklappen und Maulkorb angetan, bedingungslos das durchführen, was auch die Reichsregierung und auch die anderen Länderregierungen hinsichtlich des Youngplans tun. (Zuruf von den Nazis: „Vorsicht! Moskau!“) Das Moskau ist sehr unangenehm und peinlich für Sie.

Noch eine zweite Tatsache. Frick will gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei die Aufgaben lösen, die das Regierungsprogramm in Thüringen vorsieht. Er hat angekündigt, einige seiner Mitglieder in die thüringische Schupo hineinzubringen. In einer öffentlichen Versammlung, in der er kürzlich sprach, war er aber so zahm, daß man keinen Unterschied zwischen einem Vertreter der Weimarer Koalition und dem nationalsozialistischen Minister Frick entdecken konnte.

Auch eine dritte Tatsache ist bemerkenswert. Die Nationalsozialisten äußern sich in allen ihren Flugblättern, Zeitungen und anderen Dokumenten mit keinem Wort über ihre Stellung zur Frage Südtirol. Weil die Nationalsozialisten mit Mussolini finanzielle Verbindungen haben, scheuen sie allgemein-politische Angriffe gegen Mussolini in der Frage Südtirol.

Noch eine letzte Tatsache will ich anführen. Goebbels konnte es sich sogar nicht verkneifen, in die Reihe von Hitler, der schon einmal gesagt hat, er sei in der Außenpolitik Opportunist, und in die allgemeine Linie von Frick einzutreten, wenn er im „Angriff“ folgenden Satz schrieb:

„Wann endlich ertönt der rettende Ruf: Keine weiteren Anleihen mehr! Wir zahlen nur noch Reparationen nach Maßgabe des Möglichen.“

Diese Worte zeigen, daß sogar diese Kreise, wenn auch nur nach „Maßgabe des Möglichen“, Reparationen zu zahlen gewillt sind.

Ich klage von dieser Stelle aus alle Parteien in diesem Hause, von den „linksten“ Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, an, daß sie die Verantwortlichen für die ungeheure Notlage des arbeitenden deutschen Volkes sind. Alle Parteien der bürgerlichen und sozialfaschistischen Front, von Goebbels bis Rosenfeld, führen im Dienste des Youngplans den Plünderungsfeldzug gegen die Werktätigen durch. Wir, die Kommunistische Partei, sind die einzige Partei, die den Youngplan nicht nur ablehnt, sondern auch in der revolutionären Praxis rücksichtslos gegen diesen Sklavenpakt kämpft. Wir bekämpfen den Plan nicht nur von dieser Stelle aus, vielmehr beweisen alle unsere Handlungen, daß wir den Tageskampf der

Arbeitermassen gegen diesen Plan entfesseln und organisieren. Wir Kommunisten kämpfen für Lohn und Brot, für Arbeit und Existenz aller Werktätigen. Ich versage es mir, im einzelnen zu zeigen, wie wir die Durchführung des Youngplans zu hemmen und zu erschweren versuchen. jedenfalls steht fest: Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die dem Youngplan die proletarische Revolution als Lösung entgegenstellt.

Darum verleumdet man uns, darum will man uns verbieten. Das Republikschutzgesetz, über das in den nächsten Wochen hier verhandelt werden soll, ist das innerpolitische Schwert, mit dem man die rebellierenden Massen, die gegen den Youngplan kämpfen, niederschlagen will. Dieses Republikschutzgesetz soll gleichzeitig die kommunistische Presse unterdrücken, die im Kampf gegen den Youngplan die Wahrheit schreibt. Jene, die für den Klassenkampf, die für Recht und Freiheit und Wahrheit kämpfen wollen, sollen in die Zuchthäuser und Gefängnisse geschleudert werden. Das ist die dritte drakonische Bestimmung des Republikschutzgesetzes. Die herrschende Klasse Deutschlands und die sozialdemokratische Koalitionsregierung haben sich zur Aufgabe gestellt, den Youngplan durchzuführen. Wir Kommunisten, die Partei der proletarischen Revolution, haben uns die Aufgabe gestellt, die Durchführung des Youngplans zu verhindern und seine Erfüllung unmöglich zu machen. Darum werden wir zu einer Gefahr für das herrschende System. Wir bedrohen nicht nur die Herrschaft der Bourgeoisie, sondern wir gefährden die Profite des Weltkapitals, die es mit Hilfe des Youngplans aus der deutschen Arbeiterklasse herauschinden will. Darum die zügellose Verleumdungskampagne der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse gegen die Kommunistische Partei und den Kommunismus. Der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski hat in diesen Tagen im Preußischen Landtag offen erklärt, daß er die Kommunistische Partei zu verbieten beabsichtige. Man wagt die freche Behauptung in Umlauf zu setzen, die Führung der Kommunistischen Partei erstrebe selbst die Illegalität.

Ich erkläre im Namen der Kommunistischen Partei, daß diese Behauptung eine elende, schmutzige Verleumdung ist. Wir verteidigen bis aufs äußerste unsere Legalität, wir kämpfen bis zum letzten Augenblick für unsere Legalität. Wir rufen von hier aus und überall der deutschen Arbeiterklasse zu:

Verteidigt die Kommunistische Partei mit allen Kräften gegen den Angriff der sozialfaschistischen Regierungsbande! Aber gleichzeitig erklären wir: Wir fürchten auch nicht die Illegalität. Denn es wird niemals den Severing und Grzesinski gelingen, die Kommunistische Partei, als Millionenpartei des deutschen Proletariats, auf die Knie zu zwingen. Es wird ihnen niemals gelingen, die Kommunistische Partei von den proletarischen Massen zu lösen. Schon allein die Tatsache, daß bei den letzten Gemeindewahlen in Berlin 565595 Stimmen für die Partei der proletarischen Diktatur abgegeben wurden, daß also jeder vierte Wähler der kommunistischen Idee, der kommunistischen Fahne, Hammer und Sichel, seine Zustimmung gab, wird Ihnen zeigen, wie schwer es Ihnen sein wird, in dieser Stadt und in anderen Großstädten und Industriestädten das Republikschutzgesetz durchzuführen.

Wir haben schon in anderen Situationen, im Zusammenhang mit Reparationsfragen, gesehen, daß die herrschende Klasse und das Regierungssystem vor den Tatsachen zurückweichen mußten. Im Jahre 1919 wurde der Spartakusbund verboten, mußte aber im Herbst desselben Jahres wieder freigegeben werden. Im Jahre 1924, nach der Inflationszeit, wo man den Raub gegen die werktätigen Massen in Deutschland durchgeführt hatte und auch einen Teil des Mittelstandes vernichtete, wo man dem klassenbewußten Teil der deutschen Bourgeoisie 700 Millionen aus dem Ruhrfonds gab, mußte man wenige Monate nach dem Verbot die Kommunistische Partei wieder legalisieren.

Diese Regierung hat vor neun Monaten den Versuch unternommen, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Heute können wir mit Stolz feststellen, daß der Rote Frontkämpferbund, ohne Rücksicht auf jedes Verbot, trotzdem lebt und weiterkämpft. Wir

dürfen nicht vergessen, daß das Verbot des Roten Frontkämpferbundes eine der schamlosesten Handlungen war, die sich die gegenwärtigen Machthaber geleistet haben. Dieses Verbot beruft sich klipp und klar auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages, um eine revolutionäre Organisation der deutschen Arbeiterschaft rechtlos zu machen.

Die Bourgeoisie stützt sich auf Versailles! Wir sind die Feinde von Versailles, und der Youngplan ist das zweite Versailles.

So wie das erste Versailles den Frieden nicht brachte und nur neue Kriege vorbereiten half, so wird auch das zweite Versailles, der Youngplan, nicht den Frieden, sondern neue Kriege bringen.

Der Youngplan ist nicht nur ein Hunger- und Unterdrückungspakt gegen das werktätige Deutschland, sondern er ist auch ein Kriegspakt gegen die Sowjetunion.

Sicherung des Friedens, erklärten die Sozialdemokraten, als man den Youngplan in den Haag unterzeichnete. Auch diese Behauptung ist ebensoviel wert wie die Phrasen von der Freiheit und der Erleichterung der Lasten. Wenn der Youngplan Frieden bringt, warum dann die fieberhaften Rüstungen in der ganzen Welt? Ich erinnere nur an die jetzigen Beratungen der Flottenkonferenz in London, wo man die Frage der Seerüstung auf eine neue Grundlage stellen wird. Dabei haben sich die imperialistischen Gegensätze am schärfsten herauskristallisiert.

Wir sehen, daß die Imperialisten in der ganzen Welt unter Führung Amerikas die Kriegsvorbereitungen mehr denn je gegen die Sowjetunion verstärken.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Esser: Herr Abgeordneter Thälmann, ich ersuche Sie, zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Der Abbruch der Beziehungen zwischen Mexiko und Amerika, der Vertrag Mussolinis mit Schober, in diesen Tagen abgeschlossen, der Kreuzzug des Papstes gegen die Sowjetunion kennzeichnen die neue Orientierung.

Die Tatsache, daß der Polizeietat und der Reichswehretat bereits Summen von über 1,6 Milliarden jährlich verbrauchen, die weitere Tatsache, daß in diesen Tagen der Bau des Panzerkreuzers B bestellt wurde, auf den C und D folgen werden, zeigen die Rüstungen Deutschlands, die gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion gerichtet sind. Das Schwergewicht der jetzigen Flotte soll nach der Ostsee verlegt werden; der unerhörte Freispruch im Tscherwonzenprozeß²⁰ ist eine offene Provokation gegen die Sowjetunion. Hinter der Tatsache, die in letzter Zeit von größter Bedeutung geworden ist, dem Abschluß des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens²¹, verbergen sich dunkle Abmachungen

²⁰ Der sogenannte Tscherwonzenprozeß fand nach Versuchen zu seiner Verzögerung und Verschleierung unter größter Verletzung der Rechtsnormen im Januar und Februar 1930 vor einem Berliner Gericht statt. Die Angeklagten, georgische Weißgardisten und ihre faschistischen deutschen Helfershelfer, hatten große Mengen sowjetischer Banknoten hergestellt, die bereits im November 1927 von der deutschen Polizei beschlagnahmt worden waren. Mit den gefälschten Tscherwonzen sollte die Sowjetmacht durch eine Zerrüttung ihrer Währung geschwächt, sollten Voraussetzungen für eine neue imperialistische Intervention geschaffen werden. Der Prozeß deckte die enge Zusammenarbeit zwischen georgischen weißgardistischen Organisationen, deutschen Militaristen (General Hoffmann) und englischen Imperialisten (vertreten durch den Erdölmagnaten Deterding u. a.) auf, die bestrebt waren, der Sowjetunion die kaukasischen Erdölfelder zu entreißen. Der Freispruch der Verbrecher war eine Herausforderung der Sowjetunion und legalisierte alle sowjetfeindlichen Handlungen.

²¹ Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen wurde am 31. Oktober 1929 unter dem Druck der anglo-amerikanischen und französischen Imperialisten unterzeichnet. In dem Vertrag verzichteten die Imperialisten Deutschlands und Polens auf verschiedene, im Versailler Vertrag festgelegte Ansprüche und Rechte, die mit der Auflösung deutschen Eigentums in Polen verbunden waren. Das Abkommen war ein Versuch, die zwischen Deutschland und Polen bestehenden Spannungen und Widersprüche auszugleichen, um beide Staaten völlig in

zwischen dem deutschen und polnischen Imperialismus gegen die Sowjetunion. All diese Tatsachen sprechen eine beredte Sprache, welcher reaktionäre Kurs eingeschlagen wird. Die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse, sogar Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, die sich in den letzten Jahren sehr zurückgehalten hatten, gehen jetzt zu einer skrupellosen Hetze gegen die Sowjetunion über. Es ist an der Zeit, dagegen Alarm zu schlagen.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Esser: Herr Abgeordneter Thälmann, ich ersuche Sie, jetzt zum Schluß zu kommen. Sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen.

Die Tatsache, daß in der Pressestelle des Reichsinnenministeriums unter Severings Leitung gegen die Kommunistische Partei und gegen die Sowjetunion die schamlosesten Angriffe und Verleumdungen ausgebrütet werden, schaffen eine Interventionsatmosphäre gegen die Sowjetunion. Die unerhörten Maßnahmen, die in letzter Zeit gegen Redakteure der Kommunistischen Partei durchgeführt wurden, zwingen zur stärksten Abwehr.

Gerade in dieser Situation stellt die Kommunistische Partei ein Programm dem Youngplan entgegen, und zwar als die einzige revolutionäre Lösung von diesen Sklavenketten: das Programm der proletarischen Revolution, des Kampfes um die Diktatur des Proletariats. In allen bürgerlichen Parlamenten, ob es sich um England oder um Frankreich, Österreich oder um andere Länder handelt, überall wird dem Redner einer Partei, der ein solches Programm entwickelt, eine längere Redezeit gewährt. Hier wird es der Kommunistischen Partei und ihrem Redner nicht gestattet, in längeren Ausführungen dem kapitalistischen Programm das kommunistische Programm entgegenzustellen. Aber wir werden das in unserer Presse nachholen und dort unser Programm veröffentlichen.

Da der Herr Präsident die Gelegenheit wahrnehmen will, mir das Wort zu entziehen, möchte ich zum Schluß auf jenes weltgeschichtliche Beispiel hinweisen, das uns die russischen Arbeiter und Bauern gegeben haben, die durch den Sieg der proletarischen Revolution über 30 Milliarden zaristischer Schulden auf revolutionärem Wege annullierten. Keinen Pfennig Schulden, keine Reparationen und keine Zinsen hat die Sowjetunion gezahlt, und sie wird niemals zahlen. Dafür vollzieht sich im Lande der proletarischen Diktatur der Aufbau des Sozialismus.

Auf diesem Wege wollen und werden auch wir den Youngplan zerreißen. Die Voraussetzung dafür ist der Sturz der eigenen Bourgeoisie, die Niederwerfung der Kapitalherrschaft in Deutschland selbst.

Der Freiheitskampf gegen den Youngplan ist der Tageskampf des gesamten Proletariats; hartnäckiges Ringen um Leben und Brot und das letzte bißchen Milch, das man dem Arbeiterkinde rauben will. Die sowjetischen Arbeiter und Bauern haben uns in erster Linie gezeigt, auf welcher revolutionären Kampfgrundlage wir dazu gelangen können, die Erwerbslosigkeit zu beseitigen, den stürmischen Aufbau der Industrie zu vollziehen, der kapitalistischen Rationalisierung und den Überstunden ein Ende zu setzen. In der Sowjetunion ist im Fünfjahrplan vorgesehen, den Reallohn um 71 Prozent zu steigern; in Deutschland ist eine Senkung der Arbeiterlöhne und eine Verteuerung der Lebensmittel festzustellen. Hier Niedergang und Not in der Landwirtschaft - dort das neue kollektive Dorf.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Esser: Herr Abgeordneter Thälmann, ich muß Sie dringend bitten, nun endlich zum Schluß zu kommen. Ich müßte Ihnen sonst das Wort entziehen.

die antisowjetische Front einzugliedern.

Während in Deutschland der Faschismus herrscht, steht in der Sowjetunion die Rote Armee als bewaffnete Macht hinter dem Proletariat. Alle die von mir angeführten Tatsachen zeigen, daß das Proletariat in Deutschland im täglichen Kampf um jedes Stück Brot und um mehr Lohn ringen und kämpfen muß. Aber alle diese Kämpfe müssen unser Ziel signalisieren: den Kampf um die Diktatur des Proletariats; wir müssen eine revolutionäre Staatsmacht errichten. Bei steigender Kampfenergie, bei wachsenden Kampffronten wird es uns gelingen, mit der großen proletarischen Armee vorzustoßen und im revolutionären Kampfe an der Stelle des jetzigen Youngdeutschlands ein Sowjetdeutschland zu errichten.

*„Verhandlungen des Reichstags“, IV. Wahlperiode 1928,
Bd. 426, S. 3931-3940.*

ERWEITERTES PRÄSIDIUM DES EXEKUTIV- KOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Moskau, 18. bis 28. Februar 1930

Über Probleme der Kommunistischen Partei Deutschlands

*Aus dem Bericht im erweiterten Präsidium
Februar 1930*

Das X. Plenum des EKKI sagte zur Frage der Entwicklung in Deutschland in Verbindung mit den Reparationsfragen unter anderem folgendes:

„Die Reparationslasten führen innerhalb Deutschlands zur raschen Verstärkung des Klassenkampfes, der einerseits in der rücksichtslosen Offensive des Unternehmertums, andererseits in großen Massenaktionen des Proletariats zum Ausdruck kommt. Die doppelte Belastung des deutschen Proletariats durch die Reparationszahlungen und durch den Druck der eigenen Bourgeoisie beschleunigt das Heranreifen einer revolutionären Krise in Deutschland.“ [„Protokoll, 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Moskau, 3. Juli 1929 bis 19. Juli 1929“, S. 895. *Die Red.*]

Die wenigen Monate vom X. Plenum bis heute bestätigen vollinhaltlich die Richtigkeit dieser These. Besonders in Deutschland wird die Reparationsfrage zum entscheidenden Problem, von dem die gesamte politische Entwicklung bestimmt und beherrscht wird. Heute, nach dem Ergebnis der Haager Konferenz, kann man sagen, daß der Youngplan nicht nur eine nationale Bedeutung für Deutschland hat, sondern daß er ein internationales Weltprogramm der Bourgeoisie gegen die Sowjetunion ist.

Das Ergebnis der Haager Konferenz ist, daß in erster Linie die deutsche Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie nicht nur gegen das deutsche Proletariat, sondern auch gegen die Sowjetunion scharfer denn je vorstoßen wird.

Von größter Bedeutung ist der Gegensatz der verschiedenen Parteien der II. Internationale in der Frage des Youngplans einerseits und die geschlossene Einheit der Komintern zu diesem Problem in der ganzen Welt andererseits. Leider wird diese Einheitlichkeit durch die verschiedenen Parteien nicht genügend demonstrativ zum Ausdruck gebracht. Es wäre notwendig, daß im Falle der Ratifizierung des Youngplans im Reichstag die wichtigsten Sektionen der Komintern kundgeben, wie sie zum Youngplan und seiner räuberischen Auswirkung auf das deutsche Proletariat stehen.

Von großer internationaler Bedeutung ist die Welt-Reparationsbank, die nicht nur die ökonomische, besonders die stärkste Finanzblockade gegen die Sowjetunion einleitet, sondern auch die Behebung der Valutaschwierigkeiten beim Ausbruch eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion in die Hand nehmen wird.

Mit der Annahme des Youngplans stehen auch verschiedene Gesetze, Verträge und dunkle Abmachungen in Verbindung, die zum Teil einen aggressiven Charakter gegen die Sowjetunion tragen. Ich führe nur das deutsch-polnische Liquidationsabkommen an, durch das in Deutschland in der Bevölkerung eine starke Stimmung gegen das Youngabkommen hervorgerufen worden ist. Hinter diesem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verbergen sich die Kriegsabsichten, die sich der amerikanische Kapitalismus als Ziel gestellt hat, nämlich Deutschland als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu benutzen.

Das wichtigste Problem für die deutsche Bourgeoisie ist zweifelsohne das Exportproblem.

Deutschland soll in der ersten Zahlungsperiode, die 37 Jahre dauert, jährlich durchschnittlich 2,2 Milliarden Mark aufbringen. Dazu kommen noch die 15 Milliarden Kredite, die in den Jahren während des Dawesplans in Deutschland aufgenommen wurden. Wenn man die Schuldzinsen ganz gering mit 8 Prozent und die Amortisation mit 2 Prozent rechnet, so kommen zu den 2,2 Milliarden Mark Jahrestribut noch 1,5 Milliarden Mark Schuldzinsen, also jährlich 3,7 Milliarden Mark an Zahlungen. Außerdem treten große Erschwerungen durch Veränderung der Form der Sachleistungen auf Reparationskonto ein. Während die deutsche Bourgeoisie beim Dawesplan die Möglichkeit hatte, mit Reichsmark zu zahlen, ist sie jetzt während der ganzen Zahlungsperiode des Youngplans verpflichtet, nur in Goldvaluta zu zahlen. Dieses Problem wird für die deutsche Bourgeoisie angesichts der Exportkrise in der kapitalistischen Weltwirtschaft noch schwieriger. Das bedeutet, daß der deutsche Warenexport in Zukunft auf unüberwindliche Hindernisse stoßen wird, besonders im Zusammenhang mit der neuen Exportoffensive des amerikanischen Imperialismus, der nicht nur versucht, in die Kolonien und Halbkolonien, sondern auch mehr und mehr in Deutschland und in die anderen Länder einzudringen. Der deutsche Absatz ist im letzten Quartal gegenüber dem III. Quartal 1929 zurückgegangen. Das waren die ersten ernsten Anzeichen von Krisenerscheinungen, die zu einer regelrechten Krise in Deutschland führen müssen. Daß es sich in Deutschland bereits um das Heranwachsen einer allgemeinen Wirtschaftskrise handelt, beweist zum Beispiel die Zahl von 3,5 Millionen Erwerbslosen - die sich noch mit jedem Tag erhöht -, wobei ich nicht die ungeheuer große Zahl von vielleicht 2 Millionen einrechne, die heute bereits Kurzarbeitet. Auch der langsam beginnende Rückgang in der Stahl- und Eisenindustrie in den letzten zwei Monaten beweist das. Ein weiterer Beweis dafür ist die ungeheuer scharfe Agrarkrise in Deutschland, die sich durch den Preissturz des Weizens und auch des Roggens noch mehr verschärfen wird. Und der letzte Beweis ist der Kapitalmangel, der zu einem Krisenfaktor ernstester Art werden kann. Durch die Weltwirtschaftskrise, in deren Verlauf größere Preisstürze bei wichtigen Produkten zu verzeichnen sind, und durch die neue Exportoffensive Amerikas wird eine gewaltige Erschwerung der Zahlungen der Reparationskosten eintreten, wird die deutsche Bourgeoisie zu einer außerordentlichen Steigerung des Exports und zur Verbilligung ihrer Produktion gezwungen sein.

Ich brauche in diesem Rahmen nicht darzustellen, welche Ausbeutungsmaßnahmen die deutsche Bourgeoisie infolgedessen gegen das deutsche Proletariat und darüber hinaus gegen alle Werktätigen einleiten muß. In der Verstärkung der Unternehmeroffensive in den letzten Monaten hat sich schon gezeigt, daß die Gesamtlasten doch nur dem deutschen Proletariat und all den Schichten, die wir zu den Werktätigen rechnen, auferlegt werden.

Für die Verschärfung der Kriegsgefahr und die reaktionäre Wendung der deutschen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion zeugen vor allein die große systematische Pressekampagne gegen die Sowjetunion und gegen den Kommunismus in den letzten Monaten, der Freispruch im Tscherwonzenfälscherprozeß - diese frechste Provokation gegen die Sowjetunion - und die Tatsache, daß das Schwergewicht der Flotte nach der Ostsee, von Wilhelmshaven nach Kiel, verlegt wird. Dazu kommt schließlich der Überfall auf die Münchner sowjetische Handelsvertretung, der geplante Überfall auf die Berliner sowjetische Handelsvertretung und zuletzt die ungeheure Aktivität des Zentrums. In den Organen des Zentrums unterstützen jetzt zum Beispiel solche Leute wie Vitus Heller, der noch vor kurzem für die Sowjetunion Artikel schrieb, mit der größten Schärfe die sowjetfeindliche Agitation. Ich glaube, daß diese ganz wenigen Tatsachen schon genügen, um zu zeigen, daß die Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie, die von Amerika geleitet werden, in ein ganz anderes Stadium eingetreten sind, als dies zur Zeit des VI. Weltkongresses und des VIII. Plenums der Fall war. Genosse Gussew sagte beim ersten Punkt der Tagesordnung, daß der Weddinger Parteitag die Kriegsgefahr zwischen den imperialistischen Mächten und die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion einander gegenübergestellt hätte. In den

Beschlüssen des Weddinger Parteitages, auf welchem wir uns auch mit dem Standpunkt der Versöhner beschäftigen mußten, die damals mehrfach versuchten, die Gefahr eines Krieges zwischen den imperialistischen Mächten in den Vordergrund zu stellen und die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion zu vertuschen, heißt es:

„Die *unmittelbarste* Kriegsgefahr, die auf der Tagesordnung steht, der Krieg, auf dessen Bekämpfung sich das internationale Proletariat in erster Linie vorzubereiten hat, ist der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, der Klassenkrieg der Weltbourgeoisie gegen das Weltproletariat, der bereits in das Stadium der Vorbereitung von unmittelbaren militärischen Aktionen eingetreten ist.“ [„Waffen für den Klassenkampf, Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD“, S.8. *Die Red.*]

An einer anderen Stelle, wo wir uns mit den rechten Liquidatoren und Versöhnern beschäftigen, heißt es:

„Auch die rechten Liquidatoren des Kommunismus und die Fraktion der Versöhner in der Partei, die den sowjetfeindlichen Charakter der deutschen Außen- und Wehrpolitik vertuschen und die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen von der Interventionsgefahr auf die Konflikte *innerhalb* des imperialistischen Lagers ablenken, hemmen und stören die Aktion der Kommunistischen Partei zur Verteidigung der Sowjetunion.“ [Ebenda, S. 15. *Die Red.*]

Ich glaube, daß diese beiden wichtigen Feststellungen widerlegen, was Genosse Gussew gesagt hat.

Zur Zeit des VI. Weltkongresses wurde unter der Führung von Ewert auch diese Frage falsch gestellt. Damals versuchte die Mehrheit der deutschen Delegation, gerade die Tatsache in den Vordergrund zu stellen, daß mit der großen heroischen Entwicklung der proletarischen Diktatur auch die Maßnahmen des Weltimperialismus gegen diese Festung des Sozialismus sich verschärfen werden. Ich glaube, daß unsere damalige Einschätzung, die Hauptgefahr sei die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion, nicht nur auf dem VIII. Plenum des EKKI und auf dem VI. Weltkongreß, sondern auch durch die Tatsachen, die sich in den letzten Wochen und Monaten in der ganzen Welt gezeigt haben, ihre Bestätigung gefunden hat. Auch möchte ich die Auffassung des Genossen Gussew zurückweisen, daß Schacht, als Vertreter Amerikas, Deutschland gegen England und Frankreich einstellen wollte. Jeder weiß natürlich, daß Schacht und Morgan auf den internationalen Gebieten und in Deutschland gemeinsame Geschäfte machen. Aber die Frage so zu stellen, daß der amerikanische Imperialismus Deutschland hauptsächlich gegen England und Frankreich einstellen will, ist völlig falsch. Man könnte dafür an Hand der Verhandlungen der letzten Zeit, die eine deutsch-französische Annäherung bedeuten, Beweise erbringen. Auch die Behauptung, daß der Gegensatz zwischen Deutschland und England sich ungewöhnlich verschärft hat, ist durch kein Material bewiesen. Wir können heute mit Recht behaupten, daß der wichtigste Stoßtrupp der Kriegsfront gegen die Sowjetunion die jetzige sozialdemokratische Koalitionsregierung ist. Wir hatten über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Regierung und besonders über die Rolle des Sozialfaschismus auf dem VI. Weltkongreß große Meinungsverschiedenheiten. Ich erinnere daran, daß zum Beispiel Genosse Ewert gar nicht begriff, daß sich mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung auch die soziale Basis der Sozialdemokratie verschieben muß, nicht nur in dem Sinne, daß sie sich auf die Arbeiteraristokratie umorientiert, sondern auch, daß sie sich im ganzen nach der bürgerlichen Seite hin entwickeln muß. Das muß dazu führen, daß bei einer richtigen Politik der Kommunistischen Partei die wichtigsten proletarischen Klassenelemente doch zur kommunistischen Front stoßen. Wir hatten bereits auf Grund der Wahlergebnisse im Mai 1928 im Zentralkomitee und in der ganzen Partei verschiedene Meinungen. Die Genossen um Ewert - nicht zu reden von den rechten Liquidatoren, die außerhalb der Partei stehen - schätzten damals die neun Millionen Stimmen der Sozialdemokratie völlig falsch ein. Zweifellos stimmt es, daß die Sozialdemokratie ein

Bollwerk für die Bourgeoisie war, aber vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes aus müssen wir nicht nur die Frage stellen, inwieweit die Sozialdemokratie ein Hindernis des revolutionären Klassenkampfes, inwieweit sie ein aktiver Faktor ist, der sich mit größter Brutalität gegen den proletarischen Klassenkampf stellt. Die Frage ist vielmehr die, ob wir bei den 3,25 Millionen Stimmen, die die Kommunistische Partei bekam, angesichts der Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie große politische Möglichkeiten hatten, unsere eigene revolutionäre Klassenfront zu erweitern und zu vertiefen. In dieser Beziehung war bei den Versöhnern der größte Pessimismus, während die Partei und die Mehrheit der Parteiführung jene optimistische Grundlage schufen, von der wir ausgegangen sind.

Heute können wir sagen, daß die Tatsachen der Entwicklung der Kommunistischen Internationale und der deutschen Partei recht gegeben haben. Die damals vorgelegten Thesen des Genossen Bucharin, dessen Entwurf von der Delegation der KPdSU(B) radikal geändert werden mußte, begünstigten die Strömungen und Tendenzen, die bei der Minderheit der deutschen Delegation in den verschiedenen Sitzungen zum Ausdruck kamen. Wir können heute eine gewisse Bilanz der Tätigkeit der sozialdemokratischen Koalitionsregierung ziehen. Man kann für die sozialdemokratische Koalitionsregierung im wesentlichen die folgenden drei strategischen Aufgaben im Interesse der deutschen Bourgeoisie anführen: 1. Durchführung der Unternehmeroffensive in der Linie des Youngplans; 2. die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion; 3. die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Deutschland. Es ist auch zweckmäßig, an Hand dieser drei strategischen Hauptpunkte der Politik der sozialdemokratischen Regierung in der gesamten Internationale zu zeigen, wie die sozialfaschistische Entwicklung in Deutschland, das Wesen des Sozialfaschismus in der Rolle der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommen. Wir können heute von dieser Stelle aus mit Recht behaupten, daß Deutschland für viele andere kapitalistische Länder geradezu das Experimentierfeld des Sozialfaschismus abgeben wird.

Natürlich versucht auch die deutsche Bourgeoisie - wie die Bourgeoisie in allen anderen Ländern -, sich zweier Methoden zu bedienen: der Methode des Sozialfaschismus und der Methode des Faschismus. Wir stellen fest, daß in Deutschland in allerletzter Zeit neben dem Sozialfaschismus der Nationalfaschismus gewachsen ist - der Nationalfaschismus, der Bataillone stellt, die mit Mordwaffen gegen die revolutionäre Klassenfront vorstoßen, der Sozialfaschismus, der mit den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und mit den Sozialfaschisten in der Regierung die Erwerbslosen und die Arbeiterschaft auf den Straßen durch die Polizei blutig niederschlägt. Ich glaube, wir sehen hier ein weitgehendes Verwachsen des Sozialfaschismus und des Faschismus in der allgemeinen Entwicklung, die von größter Bedeutung auch für die anderen Länder ist. Wenn zum Beispiel in der letzten Zeit ein Vertreter des Nationalfaschismus in die thüringische Regierung eingetreten ist, so beweist das, daß der Nationalfaschismus allmählich von seiner ursprünglichen zügellosen Agitation abgeht und im Rahmen der Verfassung der deutschen Republik ähnliche Aufgaben für die Durchführung des Youngplans erhält wie der Sozialfaschismus. Besonders die jüngste Entwicklung in Deutschland zeigt eine fortschreitende Verschmelzung des Sozialfaschismus mit dem Nationalfaschismus. Natürlich kann der Nationalfaschismus in Deutschland nur vordringen, weil ihm der Sozialfaschismus die Wege ebnet. Wir haben zwei charakteristische Tatsachen, die man einander gegenüberstellen könnte, um dies zu beweisen: das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und der Antifa²² und das Bestehenbleiben der faschistischen Organisationen in Deutschland. Das beweist nicht nur das Bestehenbleiben der faschistischen

²² Gemeint ist die Antifaschistische Junge Garde, eine Schutz- und Wehrorganisation der männlichen und weiblichen Jungarbeiter Deutschlands, die nach dem Verbot der Roten Jungfront (Mai 1929) geschaffen wurde. Die Antifaschistische Junge Garde bekämpfte den Faschismus und trat für die Ziele des revolutionären Proletariats ein, insbesondere für den Schutz der Sowjetunion. Am 13. Februar 1930 wurde die Berliner Organisation der Antifa von Zörgiebel verboten.

Organisationen, sondern auch der Umstand, daß die Regierung Maßnahmen einleitet, um auf der Basis der faschistischen Organisationen ihre eigene Kriegsmarine auszubauen. Man kann sagen, daß der Sozialfaschismus der Waffenträger der faschistischen Diktatur ist. Ich glaube, unsere österreichische Bruderpartei hat diese Tatsache der Entwicklung des Faschismus viel zuwenig beachtet. Jene Verschmelzung des Sozialfaschismus und des Nationalfaschismus, die in Österreich andere Formen zeigt als in Deutschland, wird auch in einigen anderen Ländern ähnliche Formen annehmen. Je stärker die revolutionären Massenaktionen werden, die zur Verschärfung der politischen Krise führen, um so stärker und aggressiver werden die sozialfaschistischen Unterdrückungsmethoden gegen das Proletariat.

Bei jeder revolutionären Zuspitzung tritt die Sozialdemokratie in die Regierung ein. Im Jahre 1919 trat sie in die Regierung ein, um die Revolution niederzuschlagen; im Jahre 1923 trat sie in die Regierung ein, um mit dem Ermächtigungsgesetz die Niederschlagung des Proletariats in Sachsen, Hamburg und in anderen Gebieten Deutschlands durchzuführen. Jetzt, wo der Youngplan und seine Durchführung auf der Tagesordnung stehen, ist die Sozialdemokratie der aktivste Faktor der Bourgeoisie im Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat und bei der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion. Der „Vorwärts“ schrieb vor einigen Tagen, daß man den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion einleiten müsse. In diesen Tagen wurde dem Strafrechtsausschuß des Deutschen Reichstages vom Reichsinnenminister, dem Sozialdemokraten Severing, ein Brief geschickt, in dem er auf die Verstärkung der kommunistischen Unruhen hinwies, den Fensterscheibeneinwurf beim „Vorwärts“ erwähnte und die sofortige Annahme des Republikschutzgesetzes forderte. Ich glaube, diese beiden Beispiele zeigen, daß die Sozialdemokratie auf der einen Seite die neue Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion am heftigsten unterstützt und auf der anderen Seite die revolutionäre Klassenfront mit allen brutalen Mitteln zu unterdrücken versucht.

Wir können bei der Behandlung des Sozialfaschismus die Frage nicht so stellen, ob der Sozialfaschismus innerhalb oder außerhalb der Regierung steht. Die Politik des Sozialfaschismus - ob innerhalb oder außerhalb der Regierung - wird sich mit den schärfsten Methoden und ohne grundlegende Änderung gegen die revolutionäre Klassenfront richten und für die Durchführung der Aufgaben der Bourgeoisie einstehen. Wenn wir so die Bilanz der Regierung ziehen, so zeigt sich natürlich der wachsende Gegensatz: 1. zu den Millionen Wählermassen, die für die Sozialdemokratie gestimmt haben; 2. zu einem Teil der sozialdemokratischen Mitglieder in der Partei, in den Gewerkschaften und auch in vielen Massenorganisationen. Andererseits bildet sich mehr und mehr ein starker Flügel aus den im Staatsapparat befindlichen arbeiteraristokratischen Elementen und auch aus solchen Elementen, die in den Betrieben, in den Staatsfunktionen und in den Gewerkschaften die Politik des Sozialfaschismus gegen die revolutionäre Klassenfront durchführen. Wir sehen eine solche Entwicklung auch am besten an der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands. Vor kurzem konnte diese Partei in Deutschland agitatorisch mit großen Versprechungen gegenüber den Mittelstandsschichten und gegenüber dem Proletariat auftreten, ohne daß sie von der Bourgeoisie vorübergehend zur Raison gebracht worden wäre. Heute kann man sehen, daß die Nationalsozialistische Partei dem Proletariat und den Mittelschichten auch keine Versprechungen mehr machen kann, weil in dieser zugespitzten Situation die deutsche Bourgeoisie der Führung dieser Partei verbieten mußte, mit besonders radikalen Versprechungen aufzutreten.

Daraus ergibt sich auch die andersartige Stellung der Nationalsozialisten. Sie traten zum Beispiel in die thüringische Regierung ein und erklärten, auf dem Boden der Verfassung, auf dem Boden der Republik den Youngplan mit Sozialfaschisten und Bourgeoisie durchzuführen. Deswegen hören wir auch von den Nationalfaschisten kein Wort mehr von der nationalen Unterdrückung in Südtirol, deswegen hören wir auch nichts mehr vom

Revanchekrieg gegen Frankreich, der noch vor einigen Jahren von den Faschisten propagiert wurde - das ist längst vergessen. Deshalb auch die absolute Einreihung - mit den Sozialfaschisten und der Bourgeoisie - in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion und Einreihung in die Innenpolitik im Rahmen der Verfassung und der republikanischen Gesetze, weil die Faschisten selbst in der gegenwärtigen Situation gar nicht in der Lage sind, die reaktionären Angriffe der Sozialfaschisten zu überbieten.

Ich glaube also, an Hand dieser wenigen Züge der Entwicklung können wir die Bilanz der jetzigen Regierung ziehen und können hinzufügen, daß eine ähnliche Entwicklung auch in anderen Ländern, in denen sich eine starke Kommunistische Partei mit einer richtigen Politik befindet, vor sich gehen wird; nur so können wir die Frage der weiteren Existenz der jetzigen Regierung stellen. Die „Kölnische Zeitung“ sagte dazu vor einigen Wochen folgendes:

„...je mehr der Eindruck befestigt wird, daß der Reichstag so entschlußlos und willensschwach in das neue Jahr eingetreten sei, wie er das alte verlassen hat, um so stärkeren Anreiz liefert er allen Umstürzern, die nur darauf warten, daß das Parlament des Reichs völlig versage und das System zur Abdankung gezwungen werde.“

Wir sehen also, wie ein führendes Organ der Deutschen Volkspartei die Lage beurteilt. Durch diese wenigen Zeilen wird die wirkliche Lage in Deutschland treffend charakterisiert. In einer solchen Situation, wo sich Millionen an der Peripherie der Massen allmählich von der Sozialdemokratie oder vorn Sozialfaschismus abwenden, tritt natürlich in der Sozialdemokratie ein ernster Faktor in Erscheinung: der „linke“ Sozialfaschismus, der die Aufgabe hat, Zehntausenden von Mitgliedern der Sozialdemokratie den Zugang zum Kommunismus, zur KPD abzusperrern. Die Komintern hat in ihren letzten Beschlüssen festgestellt, daß heute innerhalb der Sozialdemokratie der „linke“ Sozialfaschismus die gefährlichste Rolle spielt. Ich glaube, daß in diesem Stadium diese Tatsache nicht nur für Deutschland, sondern auch für verschiedene Länder in Europa und vielleicht auch für Länder in anderen Kontinenten eine Rolle spielt. Es ist eine Tatsache, daß die „linke“ Sozialdemokratie zum Beispiel gezwungen ist, sogar ihre linke Demagogie und Phraseologie aufzugeben, daß zum Beispiel bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen die sächsische Regierung der „linke“ Sozialfaschist Böschel mit dem deutschen Volksparteiler Bänger gemeinsam im Sächsischen Landtag aussprechen mußte, sie seien beide bereit, in Sachsen eine Große Koalition herbeizuführen. Hier zeigt sich, daß der „linke“ Sozialfaschismus, der noch vor kurzem eine Scheinopposition gegen die Koalitionspolitik führen durfte, heute für die Regierungspolitik im Reiche und für die Regierung in Sachsen mit der Deutschen Volkspartei eintritt. Dabei vollführt der „linke“ Sozialfaschist das Manöver, das Wesen dieser Regierung vor den Arbeitermassen in einem anderen Lichte darzustellen als die Bürgerblockregierung, die früher im Reiche und noch vor einigen Wochen in Sachsen bestand. In diesem Moment spielt diese Politik der „linken“ Sozialdemokratie eine große Rolle, weil sie ein großer Hemmschuh ist für die sozialdemokratischen Arbeiter, die zur Kommunistischen Partei übertreten wollen. Alle Tatsachen in Deutschland weisen darauf hin, daß der „linke“ Sozialfaschismus keine nationale deutsche Angelegenheit, sondern eine ungeheuer ernste internationale Angelegenheit der gesamten Komintern ist. Nicht nur, daß der „linke“ Sozialfaschismus in Sachsen vorstößt und versucht, mit dieser Demagogie die Massen aufzuhalten, sondern er versucht auch, verschiedene Positionen im Reiche zu erobern. Dadurch werden die sozialdemokratischen Arbeiter vor-übergehend wieder irregeführt, weil sie glauben, daß die „linken“ Sozialdemokraten eine andere Politik durchführen als die Reichspolitik der Sozialdemokratie.

Wir haben bei dieser Lage große Möglichkeiten, den Zersetzungsprozeß in der Sozialdemokratie zu beschleunigen. Da sich aber die Situation verschärft und da die Kampfforderungen anders stehen, als sie zum Beispiel am Ausgangspunkt der zweiten

Periode standen, stellen wir auf dem Gebiete der Zersetzungsarbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern die Frage der Loslösung von Gruppierungen und Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiter anders als damals.

Heute versuchen wir nicht mehr, eine Zersetzungsarbeit in der Sozialdemokratie einzuleiten, sondern wir versuchen, in den wichtigsten Situationen bei revolutionären Aktionen Absplitterungen sozialdemokratischer Gruppen zur Kommunistischen Partei zu erreichen. Die Ansätze dazu sind in Deutschland wirklich vorhanden. Der Übertritt des Menschewisten Schwalbe in den letzten Tagen, der Übertritt der Reichstagsabgeordneten Reese zur Kommunistischen Partei und der Übertritt einer Ortsgruppe im Freistaat Danzig - die mit Ausnahme von wenigen Gemeindevertretern zur Kommunistischen Partei übertrat -, sind deutliche Regungen in der Sozialdemokratie, die uns bei einer noch schärferen und beweglicheren Massenpolitik der Kommunistischen Partei unter Aufrollung der prinzipiellen Gegensätze noch weit größere Möglichkeiten geben, als das jetzt der Fall ist. Wir müssen von dieser Stelle aus mit der größten Bestimmtheit erklären, daß wir auf diesem Gebiete große ideologische Schwächen haben, die zum Teil in der außerordentlichen Starrheit und Unbeweglichkeit verschiedener Parteiorganisationen und Funktionärschichten liegen. Sie verstehen es nicht, die Politik der Einheitsfront von unten anzuwenden, zwischen den sozialfaschistischen Führern, den unteren Betriebsfunktionären und den einfachen sozialdemokratischen Arbeitern zu unterscheiden, um die Arbeiter vom Sozialfaschismus loszureißen.

Vorn X. Plenum bis heute können wir eine Reihe von Fortschritten konstatieren, wobei wir nicht verhehlen wollen, daß große Widerstände, Mängel, Unterlassungen und sogar Fehler in der Durchführung der Politik zu verzeichnen waren.

Das Grundproblem, das vom Genossen Manuilski gestellt wurde, der Kampf um die Mehrheit des Proletariats, steht in Deutschland in einem wichtigen entscheidenden Stadium. Wir können mit den bescheidenen Anfängen an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes nicht im entferntesten zufrieden sein. Wir haben in der letzten Zeit eine ganze Reihe neuer Kampfmethoden und Kampfformen angewandt, um die großen Massen des Proletariats für die revolutionäre Politik zu gewinnen. Im August-Plenum unseres ZK wurde bei dem Bericht über das X. EKKI-Plenum als wichtigste Aufgabe gestellt: eine starke Wendung in der revolutionären Massenarbeit unter ausdrücklicher Orientierung auf die steigende Erwerbslosigkeit in Deutschland, wobei wir besonders auf die Lehren des 1. August hinwiesen, um diese in Zukunft bei ähnlichen Aktionen anzuwenden. Viel wichtiger waren die beiden nächsten Plenarsitzungen des ZK im Oktober und Anfang November 1929. Auf dem Oktober-Plenum stellten wir die Frage des Tempoverlustes im Kampfe gegen den Youngplan in Verbindung mit der größten agitatorischen und systematischen Popularisierung der Entwicklung des Fünfjahrplans in der Sowjetunion und der proletarischen Diktatur. Diese Sitzung des ZK war ein neuer revolutionärer Auftakt für die Partei, weil wir zum ersten Male die große Bedeutung der nationalistischen Bewegung neben dem Sozialfaschismus zeigten, denn die Nationalfaschisten hatten im Kampfe gegen den Youngplan leider vorübergehend einen Vorsprung erobert. Wir können heute die Tatsache feststellen, daß wir nicht nur diesen Vorsprung der Nationalfaschisten zurückgewinnen, sondern wir haben einen solchen Vorsprung in der Partei zu verzeichnen, daß wir im Kampfe gegen den Youngplan in Deutschland die Führung übernommen haben.

Auf dem November-Plenum des Zentralkomitees standen zwei große Aufgaben: 1. die Auswertung der verschiedenartigen Ergebnisse der Gemeindewahlen vorn 17. November und 2. die Vorbereitung des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Bei der ersten Frage war es die Hauptaufgabe der Partei, die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung festzustellen, die in der Stimmenabgabe für die Kommunistische Partei in den verschiedenen Gebieten zum Ausdruck kam.

Die zweite Aufgabe bestand in der Vorbereitung des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Es war die große Kernfrage, neben der Partei eine solche organisatorische Grundlage zu schaffen, auf der wir den Bestand unserer Kader erweitern, die revolutionäre Massenarbeit vertiefen und der Partei höhere Aufgaben in Form revolutionärer Aktionen gegen die Bourgeoisie und den Sozialfaschismus stellen können. In der letzten Sitzung des Polbüros stellten wir die wichtigste, außerordentlich komplizierte Frage: Wie ist es möglich, daß es uns bei einer objektiv günstigen Situation und bei der richtigen Politik der Kommunistischen Partei nicht gelungen ist, im Jahre 1929 durch revolutionäre Aktionen höheren Grades und auch durch wirtschaftliche Streiks, wie sie im Jahre 1928 durchgeführt worden sind, die Massen zu mobilisieren? Das Polbüro stellte fest, daß die Beschlüsse des X. EKKI-Plenums und der letzten drei Zentralkomiteesitzungen erfolgreich durchgeführt wurden, was nicht ausschließt, daß wir verschiedene Fehler und Mängel in der Durchführung dieser Politik begangen haben. Wir hatten die folgenden Fortschritte und Erfolge zu verzeichnen: 1. Auf dem Gebiete der Verstärkung ihrer politischen Massenarbeit ist die Partei gewachsen; 2. in der Einholung und Wettmachung der Tempoverlustes im Kampfe gegen den Youngplan sind wir bedeutend weiter gekommen; 3. die ersten Schritte zur festeren Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und 4. zur Erhöhung der Aktivität unter den Erwerbslosen und ihre Verbindung mit der betriebstätigen Arbeiterschaft in Deutschland sind eingeleitet.

Wenn wir die Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland analysieren, so stellen wir die Frage des Kampfes gegen den Youngplan nicht nur als Frage der revolutionären Lösung - indem wir der Diktatur der Bourgeoisie die Befreiung der deutschen werktätigen Massen von den Sklavenketten des nationalen und internationalen Kapitalismus entgegensetzen -, nicht nur als Frage des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft, sondern wir stellen die Frage des Kampfes gegen den Youngplan im Tageskampf der werktätigen Schichten Deutschlands um jedes Stückchen Brot. In diesem Zusammenhang ist der Kampf gegen den Youngplan nicht nur die brennendste Frage der prinzipiellen Einstellung zum Sozialfaschismus, sondern auch des Tageskampfes. Bei der Erweiterung unserer Kampfmaßnahmen spielt er die größte Rolle. Das Jahr 1928 war eine gewisse Vorstufe zu einer solchen Entwicklung, wie sie Genosse Manuilski richtig geschildert hat: des Heranreifens des revolutionären Aufschwungs und des Überleitens zur revolutionären Situation, was in starkem Maße eine Frage der subjektiven Beeinflussung der Massen durch die Kommunistische Partei ist.

Wurden im Jahre 1928 die Streiks mit den alten Methoden, wie in den Jahren 1925 bis 1927, durchgeführt? Natürlich! Erst die Ruhraussperrung im Dezember 1928 wurde von dem klassenbewußten Teil der deutschen Bourgeoisie mit einer schroffen Änderung der Kampfaktik und der Kampfformen durchgeführt. Eine andere Frage, die nicht so große Bedeutung hat, ist die, daß auch die Bourgeoisie in der Zeit der Konjunktur noch gewisse Konzessionen machen konnte. Heute, bei der Verschärfung der Gesamtsituation, ändert sich die ganze Form der Unternehmeroffensive mit Hilfe der bürgerlichen Staatsgewalt und der sozialfaschistischen Politik. Es zeigt sich ein Umschwung in der Frage der Kampfmethoden seitens des Unternehmertums, der seinen Ausgangspunkt in der Aussperrung in der Metallindustrie des Ruhrgebiets im Jahre 1928 hatte. Gerade der veränderte Charakter der Offensive des Unternehmertums mit Hilfe des Staatsapparates und der sozialfaschistischen Gewerkschaften zeigte, daß schon diese Aussperrung das erste Anzeichen der neuen Arten und Methoden der Unternehmeroffensive war.

Severing war es, der als Vertreter der Regierung am Ende des Jahres 1928 eingriff, um den damaligen Hungerschiedsspruch gegen die Metallarbeiter durchzusetzen. Dieser Hungerschiedsspruch, der gerade für wichtige Kreise der Arbeiter der wichtigsten Metallbetriebe des Ruhrgebiets in der Akkordberechnung Verschlechterungen brachte und

auch sonst den Tarif verschlechterte, war der erste neue Vorstoß des Unternehmertums in Deutschland gegen die Entwicklung, gegen die ansteigende und bereits beginnende Gegenoffensive des deutschen Proletariats. Unsere Wendung, die wir in der Partei durchführten, war sehr schwierig. Auf den großen Konferenzen im Januar 1929 über die Frage der Durchführung der Taktik der Betriebsrätewahlen mußten wir unsere besten Genossen vorschicken, um unsere Delegierten und Funktionäre von der Linie der Komintern zu überzeugen. Das war keine leichte Aufgabe. Obwohl damals die Konferenz gegen ganz wenige Stimmen den Beschlüssen zustimmte, war die Überzeugungstreue im Moment der Abstimmung bei unseren Delegierten nicht vorhanden. Bei der Durchführung unserer revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften stießen wir ebenfalls auf einen gewissen Widerstand in unserer eigenen Partei. Dieser Widerstand wurde noch dadurch verstärkt, weil wir noch nicht eine solche innerparteiliche Konsolidierung hatten, wie es zum Beispiel im jetzigen Stadium der Partei der Fall ist. Es waren zwar bedeutende rechte Führer, Liquidatoren, aus der Partei hinausgestoßen worden, aber die Versöhnler hatten die Rolle der Rechten in der Partei übernommen und versuchten, uns in unserer Taktik zu hemmen, wodurch die Widerstände der eigenen Mitglieder in der Partei ungeheuer verstärkt wurden. Die Wendung der Partei zu den Massen bei der Durchführung dieser revolutionären Taktik dauerte monatelang.

Die deutsche Bourgeoisie änderte ihre Methoden. Heute wird bei der Krise in Deutschland nicht die geringste Konzession gemacht; stellenweise sehen wir schon einen direkten Lohnabbau und eine Verlängerung der Arbeitszeit. Auch half die Schlichtungsmaschine größere Lohnkämpfe im Jahre 1929 verhindern. Sie fällt jetzt andere Entscheidungen, ebenso wie heute zum Beispiel auch die Arbeitsgerichte in Deutschland andere Entscheidungen fällen als im Jahre 1928 und sogar 1929. Wir werden bei den Betriebsrätewahlen sehen, daß wir mit ganz anderen rigorosen Methoden zu rechnen haben, mit denen die deutsche Bourgeoisie auch die Wahl revolutionärer Betriebsräte zu inhibieren versucht. Es kommt hier hinzu, daß 1929 eine größere Zahl kleinerer Kämpfe stattfand, die nicht in die Statistik aufgenommen worden sind. Die offizielle Statistik geht nur nach den Tariffbewegungen und nach allgemeinen Sprüchen in der Schlichtungspraxis. Die kleineren Kämpfe, die in Berlin, Sachsen, Hamburg und im Ruhrgebiet stattfanden, waren die ersten Kämpfe in der höheren aggressiven Form, wo die Frage der selbständigen Führung der Kämpfe gegen die Unternehmervgewalt, den Sozialfaschismus und die bürgerliche Staatsgewalt stand. Hierbei ist besonders der Berliner Rohrlegerstreik von großer prinzipieller Bedeutung. Das Proletariat begann 1929 im Gegenangriff gegen die neuen Methoden der Unternehmer, des Sozialfaschismus und der bürgerlichen Staatsgewalt neue Kampfformen zu wählen, die aber noch nicht die Stufe erreicht hatten, um die wirtschaftlichen Streik zur vollen Entfaltung zu bringen. Jene Strategie der Unternehmer und unsere eigene revolutionäre Strategie stehen sich gegenüber. Wo entscheidende Fragen manchmal verspätet eingeleitet werden, kann die Partei nicht schnell genug der Strategie der Bourgeoisie ihre eigene Strategie entgegensetzen. Trotzdem darf nicht verhehlt werden, daß auch die Frage der Millionen Erwerbslosen eine große Rolle gespielt hat. Das zu verhehlen wäre geradezu eine Verkleisterung der bestehenden Tatsachen, das würde auch verwischen, was früher schon Marx gesagt hat, daß sich die Bourgeoisie eine Reservearmee schafft, die sie gegen die Arbeiter im Betriebe auszuspielen versucht. Die Arbeitslosen haben im heutigen Stadium eine viel größere revolutionäre Bedeutung, als selbst unsere eigenen Parteigenossen ahnen. Wir haben erst durch unsere eigenen Erlebnisse an verschiedenen Punkten der Klassenfront in Deutschland gesehen, welch ein ungeheurer Faktor die Arbeitslosenarmee ist, wenn es uns gelingt, sie zusammen mit den Betriebsarbeitern unter unserer Kontrolle und Beeinflussung in den revolutionären Strom hineinzuziehen. Heute können wir im Zusammenhang mit dieser großen Armee in Deutschland die Perspektiven für 1930 auch schon anders stellen als für 1929.

Was hat sich zum Beispiel im Vergleich zum Jahre 1929 geändert? Keine Kleinigkeit! 1. Der Youngplan hat schon eine Verschlechterung der Lebenslage der Massen und eine sprunghafte Senkung des Realeinkommens um 13,7 Prozent im letzten Halbjahr 1929 gebracht; der Senkungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen. 2. Der Sozialfaschismus und die Regierung sind in den Massen stärker diskreditiert, so daß die Kommunistische Partei auch eine ganz andere Möglichkeit hat, auf dieser Basis weiter vorzustoßen. 3. Wir haben andere und neue Kampfmethoden der revolutionären Massenarbeit und in der Durchführung der revolutionären Aktionen. 4. Einer der Hauptgründe für das Fehlen größerer Wirtschaftstreiks im verflossenen Jahr war meines Erachtens der Mangel einer starken organisatorischen Kraft, die solche Kämpfe entfesseln und führen konnte, das ist vielleicht das Wichtigste von allem. Und dieser Tempoverlust, besonders beim vierten Punkt, war vielleicht der wichtigste Hemmschuh bei der Entfaltung der Wirtschaftskämpfe, weil der Sozialfaschismus gemeinsam mit der bürgerlichen Staatsgewalt und dem Unternehmertum im Jahre 1929 jeden Kampf und Streik bedingungslos unterdrückte.

Aus der Rede in der deutschen Kommission des erweiterten Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale

Februar 1930

Der Weltimperialismus zeigt vom Dawesplan zum Youngplan verschiedene Formen der Entwicklung. Zur Zeit des Dawesplans hat er besonders unter der Führung des amerikanischen Imperialismus versucht, in Form von Krediten Einfluß auf die deutsche Politik zu gewinnen. In der jetzigen Entwicklung, auf der Vorstufe der Ratifizierung des Youngplans, versucht die internationale Bourgeoisie, mit neuen Methoden in die deutsche Wirtschaft einzudringen. Die Frage der Überfremdung steht im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Kreditfrage im allgemeinen. Wenn sich das für die Zukunft in der Entwicklung des Youngplans fortsetzen würde - langfristige und kurzfristige Kredite -, so würde das für ein Land wie Deutschland, wo die Beeinflussung durch die Wirtschaftskrise sichtbar in Erscheinung tritt, eine unmögliche Situation ergeben. Deswegen sehen wir jetzt eine ganz andere Form. Der amerikanische Kapitalismus dringt in die Betriebe ein, um seine Exportmöglichkeiten zu erweitern. Diese Maßnahmen des amerikanischen Kapitalismus kamen schon auf der Haager Konferenz zum Ausdruck. Sie lagen schon in der allgemeinen ökonomischen Orientierung auf die Exportoffensive, die besonders von Amerika ausgeht. Der Opel-Streik zum Beispiel, der sich jetzt abgespielt hat, richtete sich zum ersten Male nicht nur gegen die Front der deutschen Bourgeoisie, sondern gegen die gemeinsame Front des deutschen und amerikanischen Kapitals, das mit 120 Millionen Mark am Opel-Werk beteiligt ist. Gerade diese bedeutende Tatsache, daß auch das ausländische Kapital mit neuen Unterdrückungsmaßnahmen in Deutschland vorstößt, wird für die anderen Betriebe von größter Bedeutung sein. Die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland geht viel schneller vorwärts, als wir selbst je gehnt haben. Die französische Industrie und die französische Bourgeoisie gehen dazu über, in der nächsten Zeit neues Kapital nach Deutschland zu exportieren, wodurch eine neue Wendung eintritt.

Nun zur Frage des 17. November und zur Frage der Sozialdemokratie. Das Plenum des ZK der KPD, welches Ende November tagte, hat diese Frage treffend beurteilt. Es ist kein Zufall, daß wir in ganz Sachsen, in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Niederlagen hatten. Hier war eine fehlerhafte Politik gegenüber der „linken“ Sozialdemokratie vorhanden. Vor den Wahlen standen vor der Arbeiterschaft zwei Kampffragen:

Erstens das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Obwohl unsere Partei schon im Landtag, schon monatelang vorher bestimmte Kampfforderungen zur Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen gestellt hatte, wurden im Wahlkampf von unserer Partei diese Forderungen doch nicht erhoben. Die „linke“ Sozialdemokratie aber stellte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Arbeitslosen auf.

Die zweite Frage ist die Aufhebung des Feiertags am 9. November in Sachsen und Thüringen. Dort unternahm die Bourgeoisie einen ganz energischen Vorstoß, und wir haben die Frage nicht aufgerollt, am 9. November die Arbeit in den Betrieben ruhen zu lassen, was die SPD natürlich abgelehnt hätte. Selbst wenn man diesen Tag nicht als Feiertag forderte, mußten wir demgegenüber unsere revolutionären Losungen des 1. Mai und des 7. November, des Tages der russischen Revolution, stellen. Wir waren in dieser Frage im Schlepptau der „linken“ Sozialdemokratie. Bei den Massen war der Gedanke vorhanden, daß die „linke“ Sozialdemokratie den 9. November verteidigt. Selbst wenn wir in dieser Frage nicht mit der Sozialdemokratie konform gehen, mußten wir doch in der Frage der Taktik eine gewisse Elastizität entwickeln.

Außerdem hatte Brandler in Sachsen verhältnismäßig starke Wurzeln gefaßt. Auch die Nationalfaschisten bekamen durch die Rationalisierung bei den Bürgerlichen und sogar in den Arbeiterkreisen vorübergehend einen gewissen Einfluß. Und in diesem Kreuzfeuer der Faschisten, der „linken“ Sozialdemokratie und der Brandlerianer - wobei einige Schwankungen in unseren Reihen vorhanden waren - sind die Hauptursachen der Niederlage zu suchen. Sie führten zur Reorganisation der Partei in Sachsen, um Sachsen eine einheitliche Leitung zu geben.

Nun zur Frage der Sozialdemokratie. Ich habe schon im Plenum gesagt, daß wir in der Frage der Förderung der Zersetzung in der Sozialdemokratie große ideologische Schwächen haben. Ich glaube, in dieser etwas zu abstrakten Form, wie Genosse Gussew die Frage gestellt hat, kann man einen Einbruch in die Sozialdemokratie nicht durchführen. Wenn man sagt, daß zum Beispiel die qualifizierten Arbeiter in der russischen Revolution der ausschlaggebende Faktor waren, der zum Siege der proletarischen Revolution führte, so stimmt das absolut. [Ernst Thälmann setzt sich im folgenden mit der Behauptung Gussews auseinander, die qualifizierten Arbeiter in Deutschland wären ungenügend revolutionäre, passive Elemente. *Die Red.*] Aber es gibt auch in Deutschland qualifizierte Arbeiter, zum Beispiel die Bauarbeiter, die jetzt ein revolutionärer Vortrupp sind und in der Arbeitslosenarmee einer der wichtigsten Posten sind. Wir hatten die Tatsache zu verzeichnen, daß beim Hungermarsch am 1. Februar 80 Prozent aller Baustellen in Hamburg einen Tag streikten. Eine Verallgemeinerung für alle qualifizierten Arbeiter ist also unmöglich. Auf solche Schichten wie die Buchdrucker und Lithographen trifft das glatt zu. Aber es gibt noch andere Schichten der qualifizierten Arbeiter, zum Beispiel die Rohrleger, die heldenmütig gekämpft haben. Auch diese wurden zur revolutionären Front getrieben und haben gemeinsam mit den Unorganisierten eine große Rolle gespielt.

Natürlich ist die wichtigste Frage die, ob die Partei schon den Kurs auf die neuen Schichten der Arbeiterinnen, Jungarbeiter, angelernten und unqualifizierten Arbeiter genommen hat, die sich in den letzten Jahren um Millionen vermehrt haben. Man verwässert nichts, wenn man sagt, daß ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur revolutionären Klassenfront stoßen wird. Die Frage der Zersetzung der Sozialdemokratie hängt mit der revolutionären Gewerkschaftsarbeit zusammen; es ist die Frage, wie wir im ADGB, wo zirka fünf Millionen Mitglieder organisiert sind, unsere Arbeit fortsetzen sollen.

Wir haben in Deutschland mit der Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition begonnen, organisierten dann Bezirkskonferenzen und leiten jetzt in allen Unterbezirken Unterbezirkskonferenzen ein. Die Delegierten waren von unten gewählt worden. Desgleichen sind die Delegierten zu den Bezirkskonferenzen und Unterbezirkskonferenzen, die jetzt eingeleitet werden - Berlin, Sachsen, Niederrhein, Ruhr und Pommern -, von unten gewählt worden. Das Reichskomitee ist jetzt dazu übergegangen, nicht nur Bezirkskomitees, sondern auch lokale Komitees zu bilden, die wiederum von den Arbeitern der wichtigsten Industriezweige gewählt werden.

Nun die Frage der Gewerkschaften. Wir schlagen vor, daß die roten Betriebsräte der revolutionären Gewerkschaftsopposition korporativ angeschlossen werden sollen. Wir schlagen weiter vor, daß auch die Belegschaften, die rote Betriebsratslisten wählen, korporativ an die revolutionäre Gewerkschaftsopposition angeschlossen werden sollen. Es ist Zeit, diese Frage der neuen Methoden in der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu stellen und zu lösen.

Wichtig ist die Frage, ob wir die Unorganisierten in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufnehmen sollen, natürlich mit Mitgliedsbüchern oder Mitgliedskarten und Beiträgen. Wenn wir die Frage so stellen, dann bedeutet das, den komplizierten Prozeß der Verstärkung unserer revolutionären Massenarbeit und der Loslösung der Massen, die hinter dem ADGB und den Sozialfaschisten stehen, ungeheuer erschweren. Es gibt da sehr komplizierte Fragen, die man von Fall zu Fall entscheiden muß. Würden wir

ein absolutes Schema aufstellen, wie das Genosse Losowski hier getan hat, so würde das bedeuten, unsere Elastizität einzuengen und den Sozialfaschisten in die Hände zu laufen, nicht aber einen Weg einzuschlagen, auf dem die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wachsen wird. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition würde dann in ihrem Wachsen gehemmt. Sie wächst natürlich mehr von den Unorganisierten und Parteilosen; aus der Reserve, die diese Millionen darstellen, werden wir größere Massen zur Organisierung der politischen Arbeit heranziehen. Aber die fünf Millionen im ADGB und die ungefähr eineinhalb Millionen in den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften - bei denen ebenfalls die Frage der systematischen Losreißung der Arbeitermassen von den verräterischen sozialfaschistischen und christlichen Führern steht - einfach fahren zu lassen würde Verrat an der proletarischen Revolution bedeuten. Deswegen ist es unsere Perspektive, nicht zurückzuschrecken vor der wahrscheinlichen Entstehung neuer roter Gewerkschaften auf revolutionärer Klassenbasis - je nach der Situation, nach den Ereignissen und je nachdem wir in der Lage sind, die Massen mitzureißen. Wir lassen aber andererseits keineswegs die Fraktionsarbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition stillstehen, sondern stoßen weiter vor, da es Millionen Organisierte sind.

Eine der wichtigsten Fragen für die Zukunft ist die wirkliche Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften. Kann man ohne diese Fraktionsarbeit die revolutionäre Opposition stärken? Die Zelle in den Betrieben ist das Zentrum der politischen Arbeit, von dem aus alle anderen verschiedenen Kanäle und Netze der Organisationen, Vertrauensmännerkörper, Kampfleitungen, Wahlausschüsse zu Betriebsratswahlen usw. geführt werden. Genauso ist die Fraktion dasjenige Organ, das von sich aus die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften vertieft, erweitert und ihr höhere Aufgaben stellt. Ich glaube, daß besonders im Zusammenhang mit den roten Betriebsrätewahlen die Frage von der größten Bedeutung ist, wie wir diese Betriebsrätewahlkampagne mit anderen organisatorischen Aufgaben verbinden können, zum Beispiel mit der schnellen Entwicklung des wirklichen Aufbaus und Ausbaus des revolutionären Vertrauensmännerkörpers. Dieser soll die ganze Belegschaft zur direkten Offensive und Gegenoffensive gegen die bürgerliche Staatsgewalt, das Unternehmertum und den Sozialfaschismus mobilisieren.

Ich will nicht verhehlen, daß die Kritik des Genossen Gussew in bezug auf die Vernachlässigung des ideologischen Kampfes gegen die Rechten vollauf berechtigt ist. Die Brandlerianer sind eine Sekte, und wenn wir keine untaktischen Manöver und Maßnahmen in der innerparteilichen Arbeit einleiten, dann können sie keine Arbeiter bekommen, weil sie ein reaktionär-opportunistisches Programm haben und den Blick für die politische Situation in Deutschland verloren haben. Anders ist es mit dem Kampf gegen das Versöhnertum, weil das Versöhnertum in den eigenen Reihen noch nicht ausgerottet ist. Aber durch unsere Maßnahmen - was ich noch behandeln werde - zwingen wir sie, unter dem Druck der gesamten Partei nachzugeben, denn in den wenigen Monaten seit dem Weddinger Parteitag ist die Autorität der Führung der Partei nicht nur in der Partei, sondern auch in den Massen gewachsen. Gibt es außer der Führung der Kommunistischen Partei, die vollständig kollektive Formen hat, noch eine Führung, die in diesem Stadium der Entwicklung solche Autorität in den Massen hat? Nein! Stellen wir eine Gegenfrage: Gibt es in der Sozialdemokratie noch führende Leute, die wirklich autoritative Personen sind? Bei der jetzigen Tätigkeit des Sozialfaschismus ist unter den vielen Millionen ihrer Anhänger - selbst bei ihren eigenen Mitgliedern und den Millionen, die für sie gestimmt haben - das Mißtrauen schon stärker als das Vertrauen zu ihnen. Und mit der verschärften Tätigkeit der Regierung sowie der Sozialfaschisten in der Regierung diskreditieren sich auch die Sozialdemokraten in der Führung immer mehr, und ihre gerissensten führenden Leute, die noch autoritativ waren, wie zum Beispiel Severing, werden zu Personen, die von den Massen als Verräter am Proletariat betrachtet werden.

Angesichts unserer unbestreitbaren Erfolge, unter dem Druck der gesamten Partei sind die Versöhner, beziehungsweise ihre Führung, zu Kreuze gekrochen. Ich werde die Frage nicht so stellen wie Genosse Pollitt. Er sagte unter anderem, daß Ewert für England sozusagen eine wichtige Figur sei. Die Frage, was er für England ist, gilt nicht für Deutschland. Und wenn er in England großen politischen Einfluß besitzt, ist das ein Zeichen der ideologischen Schwäche der englischen Partei. Wir hatten bereits auf dem VI. Weltkongreß Gegensätze, bekämpften bereits dort die falsche Theorie und die falschen Auffassungen von Ewert. Wenn in England bei Verschärfung der Lage Ewert noch ein wichtiger politischer Faktor ist, so ist das ein Beweis dafür, daß in der englischen Partei diese wichtige politische Frage nicht aufgerollt worden ist. Für uns ist die Erklärung Ewerts noch kein Beweis dafür, daß er mit uns einverstanden ist, selbst wenn in seinen Formulierungen gesagt wird, daß er im Kampf gegen den Brandlerismus und die Liquidatoren mit uns zusammengehe. Ewert muß erst in der aktiven disziplinierten Arbeit beweisen, ob er an der Seite der Partei - ich sage nicht an der Seite der Führung - gewillt ist, die Aufgaben der Partei durchzuführen und so durchzuführen, daß seine bisherige versöhnlerische Auffassung nicht irgendwie zum Ausdruck kommt.

*„Die Kommunistische Internationale“
vom 12. März 1930, S. 528-539 und 551-554.*

Vorwärts zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse!

*Aus dem Bericht vor dem Zentralkomitee der KPD
über die Tagung des erweiterten Präsidiums des EKKI
Berlin, 20. März 1930*

Ich möchte bei dem Bericht über das erweiterte Präsidium des EKKI vorausschicken, daß es undenkbar ist, alle Fragen zu behandeln, die dort zur Beratung und zur Entscheidung gestellt wurden.

Das Heranwachsen des revolutionären Aufschwungs

Das Wichtigste ist, daß nach den fünf bis sechs Monaten, die seit dem X. Plenum des EKKI vergangen sind, die Komintern verpflichtet war, in der allgemeinen Analyse der Lage und der Aufgaben zu einer konkreteren Formulierung überzugehen. Wir sehen, daß sich das Tempo des revolutionären Aufschwungs in den verschiedenen Ländern der Welt beschleunigt hat. Aber die Ungleichmäßigkeit der Krisenentwicklung kommt in der Verschiedenartigkeit der Formen des Klassenkampfes und des Grades seiner Verschärfung zum Ausdruck. Deswegen wurde in der allgemeinen Analyse vorsichtig formuliert: einerseits das Heranreifen der Weltwirtschaftskrise, andererseits das Heranwachsen des revolutionären Aufschwungs mit der Möglichkeit des Hinüberwachsens in die revolutionäre Situation in einigen kapitalistischen Ländern.

Vor kurzem beantwortete Stalin in der „Internationalen Presse-Korrespondenz“ Nr.17 einige Fragen von Swerdlow-Studenten, unter anderem auch die Frage nach der Möglichkeit des Überganges des revolutionären Aufschwungs in eine revolutionäre Situation. Natürlich ist das kein einfacher Prozeß, sondern hängt von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere von der Kommunistischen Partei, die die objektive Situation ungeheuer beeinflußt und wesentlich dazu beiträgt, in welcher Form und in welchem Tempo der revolutionäre Aufschwung in die revolutionäre Situation hinüberwächst. Es besteht keine starre Grenze zwischen dem „revolutionären Aufschwung“ und der „revolutionären Situation“. Im Prozeß der Entwicklung des erhöhten Massenkampfes geht das eine in das andere über. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, das Proletariat schon jetzt auf entscheidende revolutionäre Kämpfe vorzubereiten, ohne den Eintritt in die revolutionäre Situation abzuwarten.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltwirtschaftskrise ist ferner mit Recht darauf hingewiesen worden, daß dem Beginn der Wirtschaftskrise in Amerika selbst in unseren Reihen bisher noch nicht die Bedeutung beigemessen wird, die ihr zukommt.

Die amerikanische Krise

Ich will an Hand einzelner Beispiele und Tatsachen die große internationale Bedeutung der Auswirkung einer Wirtschaftskrise in Amerika auf die Weltmächte zeigen.

Am 26. Februar 1930 hat der Unterstaatssekretär im Schatzamt der USA, Ogden L. Mills, unter anderem über die Bevölkerung der USA und ihren Verbrauch im Vergleich zur Weltproduktion folgendes ausgeführt:

„Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten beträgt nur 7 Prozent der Menschheit, aber diese 7 Prozent verbrauchen von Kaffee 48 Prozent, Zinn 53 Prozent, Gummi 56 Prozent, Zucker 21 Prozent, Rohseife 72 Prozent, Kohle 36 Prozent, Roheisen 42 Prozent, Kupfer 47 Prozent, Petroleum 69 Prozent, Autos 75 Prozent und Seide 52 Prozent.“

Diese Tatsachen müssen wir mit dem jetzigen gewaltigen Produktionsrückgang in Amerika vergleichen.

Zum Beispiel: Der Absatz der General Motors ist von rund 128000 Wagen im Januar 1929 auf 107000 im Januar 1930 gefallen. In der Stahlindustrie ist Anfang März erneut ein Rückgang in der Ausnutzung der Kapazität von 85 auf 83 Prozent eingetreten, die Autoproduktion sank auf 53 Prozent der Produktion vom März 1929, die Kupferproduktion um 37 Prozent.

Es ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Baugesuche um 21 Prozent niedriger sind als im Vorjahr, daß infolgedessen der Bedarf an Holz, Ziegeln und Installation dauernd sinkt. Der Rückgang der Bahnfrachten betrug im Januar 6,2 Prozent. Am schlimmsten ist die Lage bei Baumwolle und Weizen. Die Regierung hat über 2 Milliarden Mark - 500 Millionen Dollar - zur Verfügung gestellt, um das Halten der Baumwollpreise und des Weizenpreises zu ermöglichen. Trotzdem konnte der gewaltige Preissturz nicht verhindert werden.

Der sichtbare Bestand an Weizen beträgt 169 Millionen Bushel [Getreidemaß, besonders in Großbritannien (- 36,35 Liter), den USA und in Kanada 35,24 Liter). *Die Red.*] - 39 Millionen Bushel mehr als im vorigen Jahre. Und die „Kölnische Zeitung“ vom 14. März 1930 stellt fest, daß im Kanadischen Weizenpool 100 Millionen Bushel unverkauft sind, die man entweder verbrennen oder zu Schleuderpreisen loswerden muß.

Wir werden im Zusammenhang mit dieser Tatsache in den nächsten Monaten in der ganzen Welt eine derartige Agrarkrise zu verzeichnen haben, wie wir sie seit Jahrzehnten noch nicht gesehen haben. Zu der Tatsache des gewaltigen Produktionsrückganges in Amerika kommt, wie uns der 6. März²³ gezeigt hat, die Zuspitzung der Situation in diesem verhältnismäßig am meisten konsolidierten kapitalistischen Lande. Dort nimmt die Erwerbslosenbewegung, die die Zahl von 6,6 Millionen erreicht hat, einen revolutionären Charakter an, der manchmal nicht zu vergleichen ist mit der Aktivität der Erwerbslosen in Deutschland.

Ich führe das deswegen an, weil in unseren eigenen Reihen dieses Heranwachsen der Weltwirtschaftskrise zuwenig berücksichtigt wird. Natürlich kann die amerikanische Bourgeoisie bestimmte Manöver machen, natürlich hat sie ungeheure finanzielle, ökonomische und politische Machtmittel in der Hand, wie kein anderes Land der Welt. Aber die Frage der Absatzmöglichkeiten, die Exportoffensive, die von Amerika ausgehen wird, hat für die Krise des kapitalistischen Weltsystems ungeheure Bedeutung.

Die Agrarkrise

Gleichzeitig mit dieser Produktionskrise in der Industrie sehen wir eine Verschärfung der Agrarkrise in der ganzen Welt. Nehmen wir eine Tatsache heraus: die Vernichtung der schwachen Bauernwirtschaften, die die Agrarkrise mit sich bringen muß. Bei dem ungeheuren Preissturz der Agrarprodukte - selbst wenn verschiedene kapitalistische Länder und Regierungen dazu übergehen, durch Zollerhöhungen vorübergehend die Landwirtschaft zu retten - werden aber die schwachen Bauernwirtschaften durch die Agrarkrise mehr und mehr ins Elend hineingestoßen. Auf der anderen Seite sehen wir die Entwicklung in der Sowjetunion, wo die Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft eine eiserne Front der Bauern und der Arbeiter schafft.

Beim Charakter dieser Krise ihren Ausgang nur in Nordamerika zu sehen, wäre unrichtig. Wir müssen in dieser historischen Phase die Verschiebung und Veränderung der Klassenkräfte an allen Fronten in der ganzen Welt kennzeichnen. Abkürzungen der Industriezyklen, die die Rechten außerhalb der Partei mit den Sozialdemokraten als eine Stärke des Kapitalismus

²³ Am 6. März 1930, dem Kampftag gegen Erwerbslosigkeit, demonstrierte das Proletariat in aller Welt gegen die kapitalistische Rationalisierung und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Die Protestbewegung, die in den USA den größten Umfang erreichte, stand völlig unter der Führung der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale.

bezeichneten, zeigen die ungeheure Schwäche des internationalen Kapitalismus.

Die Theorie vom „organisierten“ Kapitalismus, von der auch Genosse Bucharin schrieb, ist durch diese Entwicklung als prinzipiell falsch widerlegt.

Marx hat schon in seinem Buch „Das Elend der Philosophie“ von chronischen Depressionen gesprochen. Schon zu damaliger Zeit gab es chronische Depressionen, aber sie hatten einen anderen Charakter als heute, wo sie zu einer allgemeinen, tief einschneidenden Erschütterung des kapitalistischen Weltsystems geworden sind.

Wir müssen bei der Behandlung der Weltanalyse nicht von einem allgemeinen Schema ausgehen, sondern müssen versuchen, die Ungleichmäßigkeit der Krisenentwicklung zu zeigen. Nehmen wir die Beschlüsse des III. Weltkongresses, womit Brandler und seine Freunde und auch die Versöhnler zum Teil noch bis heute hausieren gehen und deren Anwendung sie für die Taktik der Partei in der gegenwärtigen Situation fordern. Lenin sprach schon damals mit vollem Recht von einer allgemeinen Krise. Aber diese Krise nimmt in den Zeitabschnitten der allgemeinen Entwicklung verschiedene Formen an, wie es die Berichte des VI. Weltkongresses und des X. Plenums des EKKI gezeigt und festgestellt haben.

Die Geographie der Wirtschaftskrise

Genosse Manuilski hat in seinem Referat von der Geographie der Krise gesprochen. Die Krise entwickelt sich in verschiedenen Ländern verschiedenartig, wobei nicht nur die objektive Situation eine Rolle spielt, sondern auch der Einfluß und die Aktivität der Kommunistischen Partei in der proletarischen Klassenbewegung.

Man kann heute von vier verschiedenen Ländertypen sprechen. Zum ersten Typ gehören die Vereinigten Staaten von Amerika. Hier zeigt die Krise eine besondere Form, weil das Land nach dem Kriege finanzpolitisch, militärpolitisch und ökonomisch ungeheuer viel profitiert hat. Es kann viel leichter eine Krise überstehen als zum Beispiel Deutschland, Polen oder ein anderes kapitalistisches Land.

Der zweite Typ der Länder, wie Frankreich, England und einige skandinavische Länder, stehen erst am Vorabend des Beginns einer Wirtschaftskrise. In Ländern Ost- und Zentraleuropas - zu denen auch Deutschland und Polen gehören - ist wie in Polen eine schwere allgemeine Wirtschaftskrise vorhanden. Viertens gibt es die kolonialen und halbkolonialen Länder, wie Indien, China und die Halbkolonien Südamerikas, wo die Krise infolge des Preissturzes wichtiger Rohstoffe und Agrarprodukte schon einen sehr scharfen Charakter annimmt.

In Osteuropa herrscht in fast allen Ländern eine Krise. Eine besonders tiefgehende, nationale und allgemeine Krise sehen wir in Polen. Dort besteht nicht nur eine ernsthafte Wirtschaftskrise, sondern bereits eine politische Krise, die ungeheure Formen annimmt, nicht nur eine große Produktionskrise in der Industrie, sondern auch auf dem Lande, wo die Kleinbauern und die Landarbeiter gemeinsam die größten revolutionären Demonstrationen durchführten. Ungefähr seit dem Jahre 1926 war ein solcher Charakter der Zuspitzung noch nicht zu verzeichnen.

Am Beispiel Deutschlands können wir die Ungleichmäßigkeit dieser Krisenentwicklung am besten zeigen. Das erste Stadium der revolutionären Zuspitzung und der revolutionären Situation nach dem Kriege dauerte von 1918 bis 1921. Es folgte eine langsame Erholung der Bourgeoisie, danach entwickelte sich wiederum eine starke Krise in der Inflationszeit. Nach dieser Zeit erfolgte langsam wieder eine Stabilisierung, in der sich die Bourgeoisie und die Wirtschaft etwas erholen konnten, 1925/1926 aber eine Depression, dann erneuter Aufschwung 1926/1927 und Depression seit 1928. Heute sehen wir bereits wieder erneute Anzeichen des Beginns der Krise.

Nehmen wir die Kolonien. Auch dort sehen wir den Zustand der ökonomischen Depression.

In Indien zum Beispiel besteht seit dem Jahre 1925 bis heute eine chronische Krise in der Industrie, daneben eine bedeutende Agrarkrise, die in den letzten Jahren einen tiefgehenden revolutionären Charakter annahm. In China sehen wir eine ungeheure Zuspitzung in den letzten Monaten. Ursachen der allgemeinen Zuspitzung in Südamerika sind die dauernden Regierungskrisen und der Preissturz innerhalb des letzten dreiviertel Jahres.

Gegenüber diesem Gang der Weltwirtschaftskrise müssen wir die Entwicklung der Sowjetunion ebenfalls ernsthaft beobachten: nicht nur die riesige wirtschaftliche Entwicklung, den ungeheuren Aufschwung, der sich in der sozialistischen Industrie in der Sowjetunion zeigt, sondern auch die Tatsache der Kollektivierung der Landwirtschaft. Sie stellt die Aufgabe der Liquidierung des Kulakentums in ganz kurzer Zeit, das heißt die Liquidierung der Konterrevolution im Lande des Sozialismus, eine der größten und wichtigsten Aufgaben, die für den Fall des Kriegsausbruchs von größter Bedeutung ist.

Dann müssen wir die Rolle der KPdSU(B) sehen - welche Initiative sie in den Massen entwickelte und welche gewaltige Autorität sie sich in der gesamten Bevölkerung, nicht nur im Industrieproletariat, eroberte. Der Bereich der Autorität und des Vertrauens zur Führung der Partei wird mehr und mehr auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt. Die letzte Tatsache im Zusammenhang mit dieser grandiosen Entwicklung: Bei diesem Aufstieg des Sozialismus konnten sowohl die rechten wie auch die sektiererischen „linken“ Abweichungen von der KPdSU(B) vernichtet werden.

Vom Präsidium wurde beschlossen, das Referat des Genossen Molotow über die Lage in der Sowjetunion zu veröffentlichen. Es war für alle Genossen auf dem Plenum eine große politische Überraschung. Ich will nur einige Tatsachen herausgreifen:

Erstens die ökonomische Entwicklung, die in der Sowjetunion durch das Tempo des Fünfjahrplans das Tempo der Entwicklung aller kapitalistischen Länder, mit Ausnahme Amerikas, überholt hat. Man glaubt, daß in der Sowjetunion nach der Durchführung des Fünfjahrplans auch das höchste Tempo Amerikas überholt sein wird. Der Fünfjahrplan wird voraussichtlich schon in vier Jahren durchgeführt werden. Die zweite wichtige Tatsache: Nur noch sieben Prozent des gesamten Warenhandels in der Sowjetunion befinden sich heute in privaten Händen.

Die dritte Tatsache, die die ungeheure Entwicklung kennzeichnet, sind die neuen Methoden, mit denen die KPdSU(B) den Aufbau des Sozialismus im Lande an allen Fronten durchführt. Man müßte, wenn man das ganze Leben und Treiben in der Sowjetunion beobachtet und die Arbeit der KPdSU(B) verfolgt, überlegen, ob man nicht verschiedene Kampfformen zur Mobilisierung der Massen - nicht mechanisch, aber in ihren Methoden - ebenfalls bei uns zur Anwendung bringt. Zum Beispiel die neue Methode, die von unserem Jugendverband bereits übernommen wurde, die Methode der Stoßbrigaden. In der Sowjetunion werden die Stoßbrigaden in die Industrie hineingeschickt, um die sozialistische Entwicklung der Industrie auf ein Höchstmaß zu steigern. Die Tatsache, daß sich an einem Sonntag allein 70000 Arbeiter und Arbeiterinnen für diese Stoßbrigaden zur Verfügung stellten und daß die KPdSU(B) in der Lage war, 25000 von ihnen als Stoßbrigaden in die Dörfer zu schicken, ist ein Beweis für die ungeheure Begeisterung der Massen, mit der sie den Fünfjahrplan durchführen.

Neben der ökonomischen Entwicklung in der Industrie vollzieht sich auch eine neue politische Entwicklung, die von der größten Bedeutung ist. Durch die ökonomische Entwicklung wird das ganze politische Leben der Arbeiterklasse, der Dorfarmut und der Mittelbauern außerordentlich beeinflußt. Bei dieser politischen Beeinflussung des ganzen Lebens der gesamten Bevölkerung ist die Reinigung des Staatsapparates vorn Bürokratismus eher möglich, weil gerade die Partei auf diesem Gebiet Möglichkeiten hat, Tausende verschiedener, im Staatsapparat zurückgebliebener und bürokratischer Elemente - auch wenn es Mitglieder der Partei sind - durch neue Kader aus den proletarischen Massen zu ersetzen.

Dabei will ich einen Einzelfall erwähnen. In Astrachan befinden sich große Betriebe der Fischerei, wo es Agenten des Privatkapitals vorübergehend möglich war, in Staatsfunktionen einzudringen. Dort mußte die Partei dazu übergehen, eine gründliche Reinigung durchzuführen. Diese wurde mit Unterstützung von Zehntausenden Arbeitern des gesamten Gebiets vollzogen. Es wurden hierbei 14 Saboteure erschossen, 71 Prozent des Bestandes der Leitung abgesetzt und ergänzt.

Jetzt, nach dieser Reinigung, ist festzustellen, daß die Aufgaben, die der Fünfjahrplan für dieses Gebiet festsetzte, bereits um 40 Prozent übererfüllt worden sind.

Die neue politische Entwicklung zeigt sich auch im steigenden Umsatz der Literatur, in einem solchen Aufschwung, daß die Sowjetunion vorübergehend nicht in der Lage war, so viel Papier zu beschaffen, wie gebraucht wird, um Literatur für die Massen herzustellen. In letzter Zeit ist festgestellt worden, daß zum Beispiel eine Broschüre zur Saatkampagne, die sonst durchschnittlich eine Auflage von zwei Millionen hatte, jetzt in einer Auflage von 25 Millionen herausgegeben werden mußte, weil von den Massen an die Partei solche Anforderungen gestellt wurden. Auf dem Gebiet der Buchproduktion hat sich der Umsatz gerade in der letzten Zeit um das Zehnfache bis Zwanzigfache erhöht.

Wir sehen ferner folgende Massenentwicklung: Bis zu 55 Prozent der Landwirtschaft, besser gesagt der Einzelbauernwirtschaften, sind kollektiviert. Es entwickelt sich ein gewaltiger Prozeß: der Prozeß der Auflösung der individuellen Bauernwirtschaften und des Überganges zum Aufbau der großen kollektiven Wirtschaftseinheiten, zur großen sozialistischen Produktion.

Bei der schwierigen und mit Mängeln behafteten Arbeit ist bei dieser Entwicklung nicht nur der Kampf gegen den rechten Opportunismus notwendig, sondern auch der Kampf gegen die linke Phrase, die Isolierung der Partei von den Massen und die überhitzte Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft. Wir sehen in dem jetzigen leninistischen Zweifrontenkrieg gegen alle diese Abweichungen, daß die KPdSU(B) auch für uns in Deutschland ein Musterbeispiel für den Kampf ist. Wir sind verpflichtet, ebenfalls in unseren Reihen nicht nur die Frage des Kampfes gegen den rechten Opportunismus als der Hauptgefahr in der Partei zu stellen, sondern müssen auch sehen, daß der Opportunismus in verkleideter Form, in sektiererischer Form, stärker in Erscheinung tritt.

Die Vernichtung des Kulakentums

Die Tatsache der Vernichtung des Kulakentums als Klasse - vielleicht eines der weltbedeutendsten Ereignisse -, die den Klassenfeind an verschiedenen Fronten zu der größten Rührigkeit und zu den schärfsten Maßnahmen gegen den Kommunismus in den verschiedenen Ländern und gegen die Sowjetunion bringen wird, diese Tatsache müssen wir im einzelnen etwas näher beleuchten.

Dieser Prozeß der Vernichtung des Kulakentums nimmt verschiedene Formen an. Auch die allgemeine Lage und die verschiedenen Gebiete erfordern verschiedene Methoden des Kampfes in der Frage der Vernichtung des Kulakentums. In den Gebieten zum Beispiel, wo die Kollektivierung der Landwirtschaft unter ausdrücklicher Zustimmung der Bauern, besonders der Dorfarmut und der Mittelbauern, geschieht, wo dieser Prozeß ein schnellerer Prozeß ist, wird die Liquidierung des Kulakentums ein schnelleres Tempo haben als dort, wo die Kollektivierung der Landwirtschaft erst in Angriff genommen ist. In solchen Gebieten zum Beispiel wie Nordwolga, Nordkaukasus oder Ukraine, wo also die wichtigsten Knotenpunkte sind, ist die Frage der Vernichtung des Kulakentums viel leichter, weil dort mit völliger Zustimmung und auf die Forderung der Bevölkerung hin - auch der Mittelbauern - die Kulaken von ihren Gütern davongejagt werden.

Anders vollzieht sich dieser Prozeß in Gebieten, wo unsere Positionen nicht so stark sind, wo

die Kulaken in größerem Maße aktiven oder passiven Widerstand leisten, wodurch entsprechende schärfere Gegenmaßnahmen erzwungen werden.

Aber für die proletarische Diktatur gibt es nicht die Frage der Sentimentalität, sondern nur die Frage der Liquidierung des Kulakentums als Klasse. Angenommen, die Weltbourgeoisie würde jetzt zum Kriege übergehen. Das Kulakentum, das bis in die letzte Zeit hinein auf kapitalistischer Produktionsbasis gestanden hat, würde beim Ausbruch des Krieges eine der wichtigsten Positionen für die Weltbourgeoisie, würde als Stützpunkt der Konterrevolution gegen die proletarische Diktatur in Erscheinung treten.

Die Durchführung der Politik der Liquidierung dieser Klasse bedeutet die Wendung der armen und mittleren Bauernmassen zum Sozialismus hin, stellt das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft auf eine feste Produktionsbasis.

Diese Umwälzung in der Landwirtschaft hat eine besondere Bedeutung für das allgemeine Leben im Kommunismus, weil sie in der jetzigen Etappe der proletarischen Diktatur eine höhere Stufe der Entwicklung zum Kommunismus ist. Das, was früher die Feinde der Sowjetunion und besonders die Sozialdemokraten und die Bourgeoisie nicht geglaubt haben, daß es der KPdSU(B) gelingen würde, im Strom der Entwicklung auch die individuellen Bauernwirtschaften durch die Mitbestimmung, durch die Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit der Bevölkerung selbst in Kollektiven oder in Form von Sowjetgütern zu vereinen, zeigt, in welchem Maße der Kommunismus unter der proletarischen Diktatur verwirklicht wird. Dadurch wird auch die ganze Agrarphilosophie und reformistische Theorie der Sozialdemokratie völlig vernichtet.

Natürlich werden wir in der nächsten Zeit in Deutschland und in der ganzen Welt eine ungeheure Hetze erleben. Solche Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Kulaken werden das größte Wutgeheul und die tiefste Empörung der Kriegshetzer, der Weltbourgeoisie und der Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion hervorrufen. Wir haben das schon bei der Auswanderung der Kulaken nach Deutschland erlebt. In der Abwehr und im Kampf gegen diese Hetze nehmen wir eine verhältnismäßig günstige Position ein.

Bei der Lösung der Aufgaben, die sich die KPdSU(B) gestellt hat, müssen Überspitzungen vermieden werden. Zum Beispiel die Kollektivierung der Landwirtschaft ohne ausreichendes Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung durchzuführen, ist völlig unzulässig, weil das Widerstände in der Bevölkerung, weil das Mißstimmung, steigendes Mißtrauen und nicht Vertrauen erzeugt.

Nicht bürokratisch von oben, nicht mit dem Revolver in der Hand, sondern durch die tägliche Praxi des Mitbestimmungsrechts der gesamten Bevölkerung soll die Vernichtung des Kulakentums vor sich gehen, was natürlich nicht ausschließt, daß bestimmte Zwangsmaßnahmen gegen die Kulaken ergriffen werden.

Verschärfte Kriegsgefahr

Ich habe bis jetzt die Fragen nur vom Standpunkt der inneren Entwicklung der Sowjetunion aus gestellt. Aber dieses Tempo in der inneren Entwicklung der Sowjetunion, sowohl ökonomisch wie politisch gesehen - wobei wir die Frage der Verbesserung der Verteidigungsmittel durch den neuen Aufbau der Rüstungsindustrie, durch Verbesserung der ganzen Waffentechnik und der Rüstung an den verschiedenen Knotenpunkten nur erwähnen wollen -, bringt eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem System des Sozialismus und dem System des Kapitalismus in der ganzen Welt mit sich.

Von diesem Standpunkt aus müssen wir auch die Frage der Verschärfung der Kriegsgefahr stellen. Wenn die Weltbourgeoisie jetzt gegen die Sowjetunion losschlägt - könnte es zur Störung des sozialistischen Aufbaus einen günstigeren Moment geben? Warum schlägt sie jetzt nicht los? Weil sie erstens im Lande den revolutionären Klassenfeind fürchtet, die

Kommunistische Partei und das Proletariat, und zweitens, weil die Krise so scharf an das Leben und an die Fundamente des Kapitalismus greift, daß er im Moment diese große Schlacht noch nicht wagen will. Warum hat zum Beispiel der Weltimperialismus beim Ostchinakonflikt die Gelegenheit, endgültig gegen die Sowjetunion loszuschlagen, nicht ausgenützt? Weil es zwischen Japan und Amerika Differenzen gab - die im Weltmaßstab existierten - sowohl in der Frage der Beherrschung des Stillen Ozeans wie verschiedener Knotenpunkte in China. Eine andere Tatsache: Als zwei sowjetische Kreuzer durch die Dardanellen fuhren und die Türken Salut schossen, wagten die anderen Mächte nicht zu protestieren.

Durch diese Fragestellung darf aber nicht der Gedanke auftauchen, daß die Kriegsgefahr abgeschwächt ist. Natürlich ist die revolutionäre Krise in der ganzen Welt für die Entwicklung der Sowjetunion von größter Bedeutung. Je stärker die Krise des Kapitalismus, um so besser ist es für die Sowjetunion, weil sie dadurch neue Möglichkeiten hat, ihren Aufbau zu beschleunigen und ihre Aufgaben zu verstärken. Andererseits kann die Krise auch die Weltbourgeoisie - zu verzweifelten Kriegsabenteuern gegen die Sowjetunion treiben.

Bei dieser Fragestellung spielen im Rahmen der allgemeinen internationalen Politik die sozialdemokratischen Regierungen eine außerordentlich große Rolle. Warum wurde zum Beispiel als besonderer Punkt in den Thesen die Tatsache des Bestehens der MacDonald-Regierung und der Hermann-Müller-Regierung behandelt? Weil sie in den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion die aktivsten sind. Selbst wenn Amerika die Hegemonie im Weltmaßstab übernommen hat, sind sie die aktivsten, die die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion beschleunigen wollen. Die Kriegsrolle der deutschen Sozialdemokratie hat sich selbstverständlich auch nach dem Sturz der Müller-Regierung nicht geändert.

Sie müssen diese Haltung einnehmen, wenn ihre reformistische Theorie durch die revolutionäre Praxis, durch den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und durch die Verwirklichung des Fünfjahrplans, nicht geschwächt und letzten Endes im revolutionären Endkampf gegen den Kapitalismus aufgehoben werden soll. Durch die Verwirklichung des Fünfjahrplans werden wir so starke Argumente des Aufstiegs des Sozialismus bekommen, werden unsere ideologischen Mittel so stark werden, daß der Reformismus schwerer in der Lage sein wird, seine Politik vor den Massen zu verteidigen.

Der Youngplan

Im Rahmen dieser ganzen internationalen Erörterungen spielt natürlich die Annahme des Youngplans, der jetzt zum Abschluß gekommen ist und von einigen anderen Parlamenten, in England und Frankreich, ratifiziert wird, spielt die Abmachung der Weltbourgeoisie mit Deutschland und die Vereinbarung Polens mit Deutschland in der Frage des polnisch-deutschen Abkommens eine ungeheure Rolle. Was sagen die Thesen über den Youngplan? Es heißt dort folgendermaßen:

„Unter diesen Verhältnissen hat der Youngplan, als das unter der Hegemonie des amerikanischen Finanzkapitals von der Bourgeoisie der Siegerländer laut Übereinkommen mit der Finanzoligarchie Deutschlands zur Durchführung gelangende Kampfprogramm, die Bedeutung: a) eines Planes zur Unterjochung und Versklavung des deutschen Proletariats, zur Senkung seiner Lebenshaltung und zur Steigerung seiner Ausbeutung; b) eines Planes zur Steigerung der Macht des Finanzkapitals der Siegerländer (die aus Deutschland herauszupressenden Milliarden) - infolgedessen eines Planes neuer Offensiven der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse dieser Länder zur Senkung ihres Lebenshaltungsniveaus; c) eines Planes der Finanzblockade (Bank der internationalen Zahlungen) und zur Vorbereitung des militärischen Vorstoßes gegen die Sowjetunion, und schließlich d) bedeutet der Youngplan die Verschärfung des Kampfes im imperialistischen Lager selbst auf Grund der mit der Aufteilung der imperialistischen Beute zusammenhängenden Fragen.“ [„Erweitertes Präsidium des EKKI

(Februar 1930), Thesen und Resolutionen", S. 9. *Die Red.*]

Hier sehen wir ein neues Kettenglied der internationalen Konzentration gegen die Sowjetunion auf einem Gebiet, wo zehn Jahre lang Differenzen innerhalb der Weltbourgeoisie bestanden. Ich denke daran, daß mit Abschluß des Youngplans das deutsch-polnische, das deutsch-belgische und noch verschiedene andere Abkommen als Younggesetze mit zur Entscheidung gestellt wurden. Alles das gehört zur Verschärfung der Kriegsvorbereitungen, die von Amerika ausgehen und von der MacDonald- und der Müller-Regierung unterstützt werden.

Die Sowjetunion hat große Möglichkeiten, besonders nach dem Osten und in die baltischen Länder, Waren zu exportieren. Eine Tatsache, der man jetzt schon durch neue Maßnahmen entgegenzuwirken versucht, zum Beispiel durch das Zündholzmonopol in Deutschland. Ich will die weitere Tatsache nur andeuten: Hier spielt nicht nur der politische Gegensatz eine große Rolle, sondern die ganzen Veränderungen in der Produktionsbasis der Sowjetunion reißen neue Gegensätze zwischen dem System des Kapitalismus und dem System des Sozialismus auf. Und diese neuen internationalen Gegensätze, die durch die Produktionsbasis des Sozialismus - unter Einbeziehung der ganzen Landwirtschaft - aufgerissen werden, werden die Feindschaft auf internationalem Gebiet noch verschärfen.

Aufgaben der kommunistischen Parteien

Deshalb wurde auf dem X. Plenum und auf diesem erweiterten Präsidium für die wichtigsten kapitalistischen Länder die Aufgabe gestellt: die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Das ist eine sehr ernste Aufgabe, die nicht nur aus der Perspektive der Kriegsgefahr, sondern aus der allgemeinen Perspektive der großen revolutionären Aufgaben, die wir zu lösen haben, gestellt wurde. Für Deutschland, für Polen, für Frankreich und für die Tschechoslowakei ist dies die wichtigste aktuelle Aufgabe. Können wir eine solche Aufgabe in der nächsten Zeit schon für England und Amerika stellen? Keineswegs, denn dort sind nur kleine Parteien. Wenn wir diesen Parteien jetzt eine solche Aufgabe stellen würden, wäre das ein Maßstab, an dem gemessen unsere Partei im Moment nicht in der Lage wäre, ihre große historische Aufgabe erfüllen zu können.

Das Wichtigste, was auf diesem Präsidium noch behandelt wurde, ist, daß die Aufgaben für die einzelnen Parteien im internationalen Maßstabe näher konkretisiert wurden.

Bolschewistische Kommunalpolitik

Im Zusammenhang mit der Frage der Eroberung der Mehrheit des Proletariats wurde auch die Kommunalpolitik behandelt, um sie als einen Hebel zur Mobilisierung der Massen gegen den Sozial- und Nationalfaschismus auszunützen.

In dieser neuen Etappe der Taktik des Klassenkampfes mußte auf dem Präsidium die Frage anders gestellt werden als früher. Allerdings in der Grundlinie wurde schon auf dem II. Weltkongreß die Frage absolut richtig formuliert:

„Falls die Kommunisten die Mehrheit in Kommunaleinrichtungen haben, so sollen sie a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben; b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung Dienste zu leisten (wirtschaftliche Maßnahmen, Durchführung oder Versuche zur Durchführung der bewaffneten Arbeitermiliz etc.); c) bei jeder Gelegenheit die Schranken zeigen, die die bürgerliche Staatsgewalt wirklich großen Veränderungen entgegengesetzt; d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu fürchten; e) unter gewissen Bedingungen die Gemeindeverwaltungen etc, durch lokale Arbeiterräte ersetzen. Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muß also ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalistischen Systems sein.“ [„Der zweite Kongreß der Kommunist. Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau“, S. 420. *Die Red.*]

Auf dem erweiterten Präsidium wurde erklärt, daß es notwendig ist, erstens die Kommunalpolitik aus dem Rahmen des jetzigen Legalismus herauszureißen und zweitens sie nicht nur vom Standpunkt der Propaganda und Agitation, sondern im wesentlichen vom Standpunkt der revolutionären Politik und Massenmobilisierung zu betrachten. Warum haben wir zum Beispiel vor und nach dem 17. November die Frage erweiterter kommunalpolitischer Beiräte gestellt? Dies wurde nicht nur als eine Verbindung der Massen mit der Partei betrachtet, sondern als eine höhere Aufgabe, weil jede Zuspitzung in der allgemeinen Lage und im Klassenkampf auch im Parlament - wo unsere Fraktionen Zusammenstöße mit den bürgerlichen Gesetzen und sogar mit der bürgerlichen Staatsgewalt bekommen werden - bestimmte Konsequenzen in sich birgt. Wenn wir diese ohne die proletarischen Massen, nur durch Fraktionen herbeiführen, dann ist der Widerhall nicht vorhanden, und die Aufgabe der Massensorientierung und Massenmobilisierung wird nicht gelöst.

Ich glaube, man kann sagen, daß der Stempel des Opportunismus in der Praxis der Kommunalpolitik am stärksten aufgedrückt ist. Stellen wir die Frage international. Wir in Deutschland sind noch in einer günstigen Lage, weil wir bereits zu den Wahlen am 17. November versucht haben, eine Wendung durchzuführen.

Wenn wir etwa hundert Bürgermeister in Frankreich haben und darunter viele, die den Polizeietat glatt bewilligen und bei der Bewilligung des gesamten Etats nicht vom revolutionären Klassenkampf gegen die bürgerliche Staatsgewalt ausgehen, so zeigt das den tiefen Opportunismus auf diesem Gebiet.

Auch prinzipienlose Blocks, nicht nur mit den Sozialdemokraten, sondern mit den bürgerlichen Parteien in den verschiedenen Gemeinden, stehen dort auf der Tagesordnung. Die Tatsache, daß sich unsere Gemeindepolitik vielfach im Rahmen des bürgerlichen Staates vollzieht, besonders in Frankreich und in der Tschechoslowakei, sich den bürgerlichen Gesetzen und Verwaltungsbestimmungen unterordnet - auch in Deutschland stellen wir manchmal bei Forderungen und Anträgen viel zuviel die Frage der Regelung im Rahmen des Finanzausgleichs -, kennzeichnet den Opportunismus in der Praxis. Bei der heutigen Entwicklung in Deutschland - wo sich der Abbau der sozialen Aufwendungen vollzieht, wo wir bei der Durchführung des Youngplans mit größeren Repressalien gegen die Gemeinden und Länder, mit noch größerer Unterordnung der Gemeinden unter die Reichsautorität und Reichsgewalt rechnen müssen - ist die Frage der Durchsetzung unserer Forderungen durch den revolutionären Kampf, nicht im Rahmen der „finanziellen Möglichkeiten“, um so schärfer zu stellen.

Auch das Steuerproblem muß neu erörtert werden, wobei sehr wichtig ist, daß wir bestimmte Besitzsteuern fordern können.

Es ist von größter Bedeutung - worüber auch in unseren eigenen Reihen Unklarheiten herrschen -, daß zwischen privaten und kommunalen Betrieben sehr oft Grenzen gezogen werden. Ich will nur erwähnen, daß noch in einem Aufruf der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg vom November eine Forderung nach Kommunalisierung enthalten war. Diese Losung ist heute unzulässig und falsch. Die Politik in den Kommunen ist vom System des ganzen kapitalistischen Staates aus zu sehen. Sie ist kaum zu trennen von der Politik der Länder. Die Losung der Kommunalisierung steht fast im selben Verhältnis wie die Frage der Verstaatlichung, über die wir längst im klaren waren.

Wenn wir eine Forderung auf Kommunalisierung nicht mehr stellen dürfen, weil sie politisch falsch ist, schließt das nicht aus - wenn zum Beispiel die Bourgeoisie versucht, kommunalisierte oder öffentliche Betriebe in private Betriebe umzuwandeln -, daß wir die Entkommunalisierung ablehnen. Wir müssen natürlich die Übergabe der Kommunalbetriebe an das Privatkapital verhindern. Wir müssen darauf verweisen, daß ein wirklicher Kampf gegen die Monopolbestrebungen der Bourgeoisie nur als ein revolutionärer Klassenkampf

geführt werden kann. Nicht eine bedingungslose Kapitulation vor den Forderungen der Bourgeoisie, die die gemeinnützigen Betriebe an das Privatkapital ausliefern will, sondern revolutionären Kampf im Zusammenhang mit der Propaganda und Agitation für die Sowjets. Natürlich schließt das alles nicht aus, daß wir Teilforderungen stellen müssen. Aber diese Teilforderungen müssen einen solchen Charakter tragen, daß sie nicht den demokratischen Illusionen der Massen entgegenkommen, die sich noch im Lager der Sozialdemokratie, der Nationalsozialisten und anderer bürgerlicher Parteien befinden, sondern wir müssen Propaganda machen für die Sowjets als die wirklichen Vertreter des Proletariats und der Werktätigen auf dem Lande. Wenn wir bei diesen Teilforderungen verschiedene Aufgaben zur Unterstützung von Streiks, der

Erwerbslosen, des Kampfes gegen den Faschismus stellen, so ist es ganz klar, daß diese Teilforderungen einen revolutionären Charakter tragen müssen. Wir müssen die Frage erwägen, ob wir nicht eine brüderliche Solidarität und Verbindung zwischen den Sowjets in der Sowjetunion und den Gemeindevertretungen durch Entsendung von Delegationen aus einigen Gemeindeparlamenten zu den Sowjets ermöglichen können, zum Beispiel aus Gemeindeparlamenten, wo wir in der Mehrheit sind oder wo eine wirkliche Arbeitermehrheit besteht. Von Arbeitermehrheit kann nur dann die Rede sein, wenn neben der kommunistischen Fraktion eine solche Bauerngruppe besteht, die bereit ist, mit den Kommunisten zusammenzugehen. Eine Arbeitermehrheit mit der Sozialdemokratie oder Vertretern der Massenorganisationen, wenn sie nicht unter revolutionärem Einfluß, zum Beispiel der Gewerkschaftsopposition, stehen, ist für uns keine Arbeitermehrheit und kommt nicht in Frage.

Wir haben in Deutschland zwar nur ganz kleine Gemeinden mit einer kommunistischen Mehrheit, aber dort müssen wir von Fall zu Fall unsere Politik schärfer als in der Vergangenheit durchführen und nicht nur im Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit vorgehen. Unsere kommunistischen Bürgermeister müssen eine revolutionäre Politik mit der Einwohnerschaft gegen die Reichsgewalt durchführen.

Wir müssen von Fall zu Fall, wo Erwerbslosigkeit besteht, wo große Wohnungsnot herrscht und Villenbesitzer viele Zimmer haben, verschiedene Maßnahmen vom revolutionären Standpunkt aus einleiten. Selbstverständlich wird es dabei zu Konflikten in den Gemeinden, in den Parlamenten dieser Gemeinden und somit mit der bürgerlichen Staatsgewalt in Preußen und im Reiche kommen. Natürlich muß man dabei die Zustimmung der Massen und die dauernde Verbindung mit den Massen haben.

Genossen! Wir müssen den Massen klarmachen: 1. Unser Kommunalprogramm, seine Realisierung, kann ohne Durchbrechung der bürgerlichen Legalität nicht erreicht werden; 2. unsere Teilforderungen müssen mit der Spitze unbedingt gegen den Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit gerichtet sein; 3. mit den Teilforderungen müssen wir auch die maximalen Forderungen verbinden, die das Proletariat erst nach der Machtergreifung verwirklichen kann. Das große Problem ist, unsere Kommunalpolitik mit den revolutionären Aufgaben zu verbinden, die nur durch die Eroberung der politischen Macht erfüllt werden können. Natürlich können wir solche Forderungen, wie Entziehung des Rechtes der Beteiligung der besitzenden Klasse an der Macht, der Enteignung der Großgrundbesitzer stellen - vorläufig aber nur propagandistisch. Wir können die Anwendung des Klassenprinzips in der Steuerpolitik fordern, wir sind in der Lage, bei der großen Wohnungsnot die Übereignung bestimmter Wohnungen zu fordern - trotzdem das bürgerliche Gesetz es nicht zuläßt -, wir können Beseitigung der Privilegien der Bourgeoisie fordern usw.

Es ist außerdem notwendig - gerade in dieser Situation der Massenverelendung -, auf dem Gebiet der gutbezahlten Positionen, die besonders die sozialfaschistischen Staatsfunktionäre und die Staatsfunktionäre der Bourgeoisie innehaben, eine radikale Durchführung des Gehaltsabbaus zu fordern und unsere prinzipiellen Forderungen schärfer zu stellen.

Ich möchte die Frage mit der Bemerkung abschließen: Wenn wir schon bei der Wendung in der Gewerkschaftsarbeit und bei den Betriebsrätewahlen durch die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses einen großen Widerstand hatten, dann wird der Widerstand bei der Wendung in der Kommunalpolitik noch zehn- bis zwanzigmal stärker sein, weil das der wundeste Punkt unserer revolutionären Praxis ist. Dabei darf man nicht vergessen, ebenfalls gegen die „linken“ Strömungen, besonders gegen die, die einen antiparlamentarischen Charakter tragen, aufzutreten - obwohl diese Auffassungen nicht so stark aufgetreten sind.

Die Lage in Deutschland

Jetzt zu dem wichtigsten Punkt, zu dem Bericht des ZK der deutschen Partei. Folgende Hauptpunkte standen dabei zur Behandlung:

1. Die Bilanz der Hermann-Müller-Regierung.
2. Die Rolle des Sozialfaschismus in der jetzigen Periode.
3. Taktische Fragen und Probleme.

Das X. Plenum stellte bereits auf Grund der ersten Pariser Konferenz fest, daß die Reparationsfrage in Deutschland das entscheidende Problem ist, das die ganze politische Entwicklung bestimmt und beherrscht. Es wurde damals bereits gesagt, daß Deutschland eines jener Länder ist, die zu den schwächsten Gliedern in der Kette des imperialistischen Systems gehören. Diese Tatsache ist durch die Entwicklung in den letzten Monaten bestätigt worden. Die Annahme des Youngplans wird eine Verschärfung der beginnenden Krise in Deutschland bedeuten. Diese Krise wird in Deutschland eine weitaus größere Zuspitzung zeigen als in England und in Frankreich. In Deutschland sprechen wir mit Recht vom Beginn einer Wirtschaftskrise, deren erste Anzeichen bereits vorhanden sind. Ich will das durch einige Zahlen der letzten Entwicklung dem ZK zu beweisen versuchen.

Die Monatsproduktion in der Roheisenindustrie betrug (in 1000 Tonnen):

	Januar	Februar
1929	1098	982
1930	1092	965

Die Zahl der Hochöfen, die in Betrieb waren:

November	1929	101
Dezember	1929	95
Januar	1930	95
Februar	1930	93

Dann einige Zahlen über den Rückgang im Bergbau. Die Kohlenproduktion im Ruhrgebiet betrug arbeitstäglich (in 1000 Tonnen):

November	1929	437,1
Dezember	1929	433,7
Januar	1930	425,5
Februar	1930	390,7

Dabei müssen wir berücksichtigen, daß die Haldenbestände dauernd zugenommen haben. Man schätzt sie für die erste Märzwoche auf 4,5 Millionen Tonnen gegenüber 3,5 Millionen Tonnen in der ersten Februarwoche.

Der Zementversand (in 1000 Tonnen) zeigt folgende Entwicklung (Vergleich mit dem Jahre 1929 ist nicht möglich, da die Baukonjunktur wegen des starken Frostes stockte). Er betrug:

	Januar	Februar
1928	496	502
1930	315	294

In der Maschinenindustrie zeigen die Auftragseingangsberichte folgendes Bild: Im Februar waren Inlandsaufträge weiter rückgängig, außerdem ließen Auslandsaufträge gegenüber Januar ebenfalls nach. Der Beschäftigungsgrad sinkt. Bei den Werkzeugmaschinen: starker Rückgang, es drohen Betriebseinschränkungen. Holzbearbeitungsmaschinen: anhaltende Geschäftsstockung. Bei Textilmaschinen: Inlands- und Auslandsgeschäft sehr stark rückgängig. Bei Kraftmaschinen desgleichen. Eine Besserung zeigt sich nur bei Lokomobilen durch Auslandsaufträge.

In der Bauindustrie ist der Baumarkt sehr rückgängig. Der Saisoneinsatz hat begonnen, ist unter normal.

In der Textilindustrie sinkt die Beschäftigung weiter. Arbeitslos sind 12,7 Prozent, die Kurzarbeit beläuft sich auf 29,4 Prozent der Beschäftigten. Stärkere Verschlechterungen zeigen Jutebranche, Strumpfwirkerei und Stickerei. Auch in den übrigen Branchen sind keine Verbesserungen zu sehen.

Wir sehen an diesen wenigen Zahlen, daß in diesen zwei Monaten ein ziemlich ernster Rückgang zu verzeichnen ist. Dazu kommen andere Tatsachen, die die Krise signalisieren, zum Beispiel die ungeheuren Zahlen an Erwerbslosen. Ich will nur folgende Zahlen anführen: Die bei den Arbeitsnachweisen registrierten Arbeitsuchenden betragen

im November	1929	2240257
im Dezember	1929	3030285
im Januar	1930	3258957

Das sind amtliche Zahlen, die wir an und für sich schon skeptisch beurteilen müssen. Ein Vergleich der Arbeitsuchenden vom Januar 1930 mit Januar 1928 zeigt, daß die Zahl der Erwerbslosen in den sogenannten Saisongruppen in dieser Zeit um 550000 zugenommen hat, während in den sogenannten Konjunkturgruppen eine Zunahme von 850000 zu verzeichnen ist. In der Gruppe Landwirtschaft hat sich gegenüber Januar 1928 die Zahl der Erwerbslosen um 91000 erhöht. Das ist ein Zeichen der beginnenden Agrarkrise in Deutschland.

Es wird in den Thesen mit Recht darauf hingewiesen, daß das wichtigste Problem im internationalen Maßstabe - wie auch für Deutschland - die Frage des Absatzes auf dem Weltmarkt, die Exportfrage, ist. Diese Frage ist für Deutschland eine noch viel brennendere und wichtigere als vielleicht für irgendein anderes kapitalistisches Land. Die herannahende Weltwirtschaftskrise stellt einer Ausdehnung des deutschen Warenexports unüberwindliche Hindernisse entgegen. Wenn wir diese Hindernisse auf dem Exportgebiet im Weltmaßstabe sehen - wo durch die neue Exportoffensive des amerikanischen Kapitals die Konkurrenz verschiedener europäischer Kontrahenten sich verschärfen wird -, so werden diese Hindernisse in Deutschland noch vergrößert und vermehrt durch die Krise auf dem Innenmarkt. Der deutsche Absatz im letzten Quartal 1929 ist gegenüber dem III. Quartal zurückgegangen. Aus dem jetzigen Quartal können wir keine Bilanz ziehen, weil die Resultate noch nicht vorliegen. Wenn wir die 3,5 bis 4 Millionen Erwerbslosen nehmen, wenn wir mit der ungeheuren Zahl von annähernd 1,5 bis 2 Millionen Kurzarbeitern rechnen müssen, wenn im Ruhrgebiet angekündigt wird, daß man in der nächsten Zeit 60000 Bergarbeiter entlassen will, wenn wir die drohenden Zusammenbrüche und Bankrotte bedenken, die in der letzten

Zeit in erhöhtem Maße vor sich gehen, wenn die Agrarkrise im Weltmaßstabe auch Deutschland nicht verschont läßt, wenn der Kapitalmangel hinzukommt, der einer der wichtigsten Krisenfaktoren in Deutschland ist - wird das Bild vervollständigt, welche Bedeutung der Beginn der Krise in Amerika für die deutsche Entwicklung haben wird.

Der Preissturz und die Frage der Märkte

Diese heranreifende Weltwirtschaftskrise äußert sich bereits in dem Preissturz auf den internationalen Märkten, und sie wird für die deutsche Bourgeoisie eine gewaltige Erschwerung für die Reparationszahlungen bringen und sie abermals zur äußersten Steigerung des Exports und zur Verbilligung der Herstellung zwingen. Ich möchte dem Zentralkomitee einige Zahlen unter-breiten, um die Tatsache des Preissturzes zu illustrieren:

Amerikanische Baumwolle (frei Bremen)

6. Dezember	1929	19,23
4. Januar	1930	18,82
1. Februar	1930	17,79
24. Februar	1930	16,34

Gegenüber dem Vorjahr fielen die Baumwollpreise um etwa 15 bis 20 Prozent. Die Flachspreise sind in der gleichen Zeit um etwa 40 Prozent gefallen, so daß das Flachsmonopol zusammengebrochen ist. Die Preise für Wolle sind nach dem Bradforder Wollindex gegenüber Februar 1929 um 43 Prozent gefallen. Der Weizen, berechnet nach dem Kurs an der Chikagoer Börse, fiel in den letzten Monaten von 132 auf 100. Die Weizenvorräte in der Welt betragen 15 Millionen Tonnen. Noch nie waren solche Vorräte vorhanden.

Zink ist nach der Berechnung in London je Tonne von 26,20 im Januar 1929 auf 17,7 im Januar 1930 gefallen. Der Durchschnittspreis war 1913 22,71.

Kautschuk fiel von 12,01 im März 1929 auf $7\frac{3}{8}$ Pence im März 1930. 1913 war der Preis $36\frac{1}{4}$ Pence. Die Kautschukvorräte haben heute einen solchen Umfang, daß sie auch durch die größte Ausdehnung der Automobilproduktion nicht aufgebraucht werden können.

Elektrolytkupfer fiel von 200,78 Mark im März 1929 auf 170,52 Mark im März 1930.

Kaffee, notiert in Hamburg, fiel von 110,32 Mark im März 1929 auf 66,39 Mark im März 1930.

Die Beschleunigung des Preissturzes hat eine ungeheure Bedeutung auch für Deutschland, weil sie bei den nicht genügenden Möglichkeiten des Exports und bei Einengung des Innenmarktes im Lande die Unternehmeroffensive gegen das Proletariat wesentlich verstärken muß. Die Unternehmeroffensive wird andere, noch nicht dagewesene Formen mit sich bringen. Jetzt zeigt sich die Unternehmeroffensive bereits in den bekannten Formen: Zollerhöhungen, Tariferhöhungen, Steuererhöhungen - bei gleichzeitigem Steuererlaß für die Besitzenden -, Lohnabbau, verschärfte Rationalisierung - eine Offensive, die in verschiedenen wichtigen Industriezweigen aktuell auf die Tagesordnung gestellt ist.

Und weil die Anzeichen der Krise den Wettkampf um neue Märkte auf internationalem Gebiete, und damit auch die Gegensätze der Imperialisten untereinander, verschärfen, wird die Gefahr eines Krieges der imperialistischen Mächte untereinander, und besonders die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion, erhöht.

Die Rolle der Sozialdemokratie in der Regierung

Deshalb hat die sozialdemokratische Koalitionsregierung in Deutschland und hat die MacDonald-Regierung in England eine so wesentliche Bedeutung. Es ist gar nicht

unwahrscheinlich, daß im Rahmen dieser ganzen Entwicklung auch in anderen Ländern neue sozialdemokratische Regierungen gebildet werden. Das trifft sehr wahrscheinlich für Frankreich zu, obwohl sich dort die Mehrheit der Sozialdemokratie vorerst dagegen stemmt. Aber durch neue Entwicklungsstufen, durch Krisenerscheinungen, Erhöhung der Erwerbslosigkeit usw. steht auch dort diese Frage auf der Tagesordnung. Erinnern wir uns nur an die Auseinandersetzungen auf dem VI. Weltkongreß in der Frage der Einschätzung der Sozialdemokratie durch Ewert und seine Freunde und an die Einschätzung des Maiwahlergebnisses 1928. Sie sahen nicht, daß in dem Stadium des Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung sich auch die soziale Basis der SPD nach der kleinbürgerlichen Seite hin verschiebt. Die Entwicklung hat einen Teil dieser Genossen überzeugt, einen Teil vielleicht auch heute noch nicht. Das zeigt aber, wenn die deutsche Partei eine gute und richtige revolutionär-bewegliche Massenpolitik durchführt, daß wir in Zukunft noch viel größere Erfolge haben werden. Ich möchte sagen, daß die sozialdemokratische Koalitionsregierung und jede neu sich konstituierende Regierung - auch ohne Sozialdemokratie - heute im wesentlichen folgende drei strategischen Hauptaufgaben für die deutsche Bourgeoisie erfüllt:

1. Die Durchführung der Unternehmeroffensive - besonders heute bei der Durchführung des Youngplans und des Finanzprogramms der Bourgeoisie;
2. aktivste Förderung und Unterstützung der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion mit allen Mitteln, und
3. die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft und der Revolution in Deutschland überhaupt.

Hieran sehen wir, wie weit die sozialfaschistische Entwicklung in der Sozialdemokratie fortgeschritten ist. Die Entwicklung in der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus - eine Frage, die wir theoretisch stellen und mit den revolutionären praktischen Erfahrungen verbinden - ist noch nicht in genügendem Maße bekannt, um schon ein vollständiges Bild von dieser Entwicklung zu haben.

Auf dem X. Plenum des EKKI wurde zum Beispiel von der deutschen Delegation mit Recht die Frage aufgeworfen, ob es nicht mehrere Entwicklungsstufen der faschistischen Diktatur in den einzelnen Ländern geben könne. Ich wiederhole diese Bemerkung, weil sie für Deutschland und auch für die anderen Länder eine ungeheure Bedeutung hat. Die Bourgeoisie bedient sich zweier Methoden zur Verteidigung ihrer Diktatur gegen die revolutionäre Bewegung und gegen die proletarische Revolution überhaupt: der Methode des Sozialfaschismus und des Faschismus. Wir sehen in Deutschland ein doppeltes Verwachsen des Nationalfaschismus und des Sozialfaschismus mit dem Staatsapparat.

Natürlich nimmt das verschiedene Formen an. Es gestattet der Bourgeoisie, verschiedene Manöver und Schachzüge zu inszenieren und in ihrem Interesse durchzusetzen. Die Tatsache zum Beispiel, daß Frick Innenminister in Thüringen ist, daß in der nationalsozialistischen Führung - besonders durch Hitler in seinen letzten Ausführungen - eine völlige Wendung in der Unterstützung und Anerkennung der republikanischen Staatsform mehrfach zum Ausdruck gekommen ist und andere Erscheinungen in der Entwicklung der Nationalsozialistischen Partei zeigen eine fortschreitende Verschmelzung des Nationalfaschismus mit dem bürgerlichen Staat. Ich stelle diese Frage der Verschmelzung des Sozialfaschismus und des Nationalfaschismus mit dem republikanischen Staatsapparat deshalb, weil die Konzentration der Reaktion die größte Gefahr ist. Wenn sich die Konzentration auf diesem Gebiet in beschleunigtem Tempo schärfer durchsetzen wird, so ist das eine ernste Entwicklung, der wir die größte Aufmerksamkeit widmen müssen.

Wir haben die Frage gestellt: Rechtsentwicklung der Bourgeoisie und Linksentwicklung des Proletariats; aber die Formen tragen einen verschiedenen Charakter infolge der Gegensätzlichkeit der Klassenfronten, haben verschiedene Entwicklungsstufen im System des

Kapitalismus und in seinem Niedergang. Warum kann der Nationalfaschismus in Deutschland vordringen? Weil der Sozialfaschismus ihm die Wege ebnet, weil in Deutschland - in Preußen und im Reiche - verschiedene Repressalien von seiten der sozialdemokratischen Regierung gegen die revolutionäre Bewegung so stark waren, daß sie von den Nationalfaschisten im Moment nicht überboten werden können. Natürlich müssen wir sehen, daß der Sozialfaschismus auch Möglichkeiten hat, zu manövrieren. Ich habe bereits angedeutet, warum es möglich war, daß Severing jetzt zwei nationalsozialistische Offiziere der Reichswehr einsperren ließ, daß er zweitens einen Vorstoß gegen Frick unternahm und drittens in Preußen das Demonstrationsverbot aufheben läßt. Ich möchte mir erlauben, zwei Hauptursachen dafür anzuführen.

Die erste Ursache ist die, daß wir in unseren eigenen Reihen die Rebellion in der Sozialdemokratischen Partei unterschätzen. Die sozialdemokratische Regierung war gezwungen, Manöver durchzuführen, bestimmte Ventile zu öffnen, um die Rebellion in den sozialdemokratischen Kreisen vorübergehend zu bekämpfen - ich sage nicht, zu ersticken. Die zweite Ursache ist, daß im Zusammenhang mit der allgemeinen Zuspitzung und dem Heranreifen der Weltwirtschaftskrise auf der einen Seite und dem Aufbau des Sozialismus unter der proletarischen Diktatur auf der anderen Seite von der Partei des Sozialfaschismus und der Regierung solche Ventile geöffnet werden, um die Massen noch stärker in die konterrevolutionäre Front des Krieges gegen die Sowjetunion hineinzudrängen. Das sind die zwei Hauptursachen. Es kann noch eine dritte Ursache hinzukommen, nämlich daß die Krise größer sein wird, als wir selbst annehmen - was wahrscheinlich ist -, und daß wir durch unsere revolutionäre Aktivität mit dazu beitragen, solche Manöver zu inszenieren. Sahen wir nicht, daß bei jeder revolutionären Zuspitzung die Sozialdemokratie in die Regierung eintrat, wie 1919 und 1923? Und hat sie nicht immer ihre konterrevolutionären Taten durch Scheinmanöver gegen die Reaktion verschleiert?

Natürlich ist es auch notwendig, bei dieser Politik des Sozialfaschismus die Differenzen im Lager der Bourgeoisie zu berücksichtigen. Sie bestehen nicht in der Frage der Unterdrückung des Proletariats, aber sie bestehen schon in der Frage der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.

In den Kreisen der Reichswehr, sogar in faschistischen Kreisen eines Teiles der Bevölkerung in Ostpreußen, gibt es polenfeindliche Tendenzen- die in letzter Zeit mit der Annahme des Youngplans an einigen Stellen bereits eine Verschärfung erfahren haben - so daß sie der Verständigung Deutschlands mit Polen gegen die Sowjetunion ablehnend gegenüberstehen. Durch die Entwicklung der Gegensätze im Lager der Bourgeoisie ist auch eine zeitweilige Ausschaltung der SPD aus der Regierung nicht unmöglich. Aber die Politik der Sozialdemokratie wird auch außerhalb der Regierungskoalition keine prinzipielle Änderung erfahren, sie wird mit denselben Methoden und mit derselben Gewalttaktik gegen den Kommunismus, gegen die revolutionäre Bewegung und gegen die Arbeiterklasse vorstoßen.

Wir müssen aber auf der anderen Seite sehen, daß eine solche Entwicklung des Sozialfaschismus von Stufe zu Stufe in wachsenden Gegensatz zu den sozialdemokratischen Arbeitern, und, was viel wichtiger ist, zu den Millionenmassen kommen muß, die zum Beispiel am 20. Mai 1928 der Sozialdemokratie die Stimme gegeben haben. Ich glaube natürlich, daß die sozialdemokratischen Staatsfunktionäre fest an diese Politik gebunden sind, daß auch Teile der Betriebsräte und Funktionäre in den Betrieben mit dieser Politik des Sozialfaschismus eine ganze Zeit lang mitmarschieren werden. Wir müssen diese Bewegung aber nicht nur vom Standpunkt des Verhaltens der sozialfaschistischen Führer aus sehen. Man kann Beispiele anführen: In einem Betrieb sind 200 Sozialdemokraten und drei oder vier sozialdemokratische Betriebsräte. Wenn 150 Sozialdemokraten durch irgendwelche Ereignisse, durch aggressives Auftreten des Unternehmers außerhalb oder innerhalb des Betriebes Konflikte mit der Staatsgewalt bekommen, explosive Dinge passieren, die die

Massen aufrühren, dann ist es möglich, daß von diesen 200 Sozialdemokraten - um nur ein Beispiel anzuführen - 120 Sozialdemokraten gegen die Politik ihrer Führer auftreten und einer von den von uns so bezeichneten sozialfaschistischen Betriebsräten sich dem Druck dieser sozialdemokratischen Arbeiter unterwirft. Ich sage, daß solche Tatsachen von verschiedenen Faktoren abhängen. Sie hängen ab von der Zuspitzung der revolutionären Situation, von der Kraft der Partei, davon, wie sich unsere Genossen Autorität und Vertrauen erworben haben und die Arbeitermassen für unsere Ideen zu gewinnen und zu mobilisieren versuchen. Sie hängen ab von dem Verhalten des Sozialfaschismus im Regierungssystem, von der Unternehmeroffensive usw.

Das „Hineinwachsen“ der Nazis in den Staat

Wir sehen eine ähnliche Entwicklung in der Nationalsozialistischen Partei. Die Zeit reicht heute nicht aus, um zum Beispiel zu zeigen, mit welcher wilden Agitation sie große Kreise der Mittelschichten und der Arbeiter zum Kampf gegen den Youngplan gewonnen hat, wobei sie durch die Aufpeitschung der nationalen Instinkte Hoffnungen geweckt hat, die sie heute nicht in der Lage ist, zur Befriedigung der Massen zu erfüllen. So zeigt sich zum Beispiel jetzt eine neue Orientierung im „Völkischen Beobachter“, wo es heißt, man hielte es

„bei solchen Erfahrungen für absolut richtig, dann auch von uns die Republik als Staatsform eindeutig anzuerkennen und nur ihren heutigen inneren Feinden den rücksichtslosesten Kampf anzusagen“.

Ein weiteres Zitat aus dem „Völkischen Beobachter“ vom 21. Januar, wo die Frage des Verwachsens der Nazis mit dem Staatsapparat behandelt wird und wo man in der Überschrift von der sozialdemokratischen Pfründenjagd, den 300000 sozialdemokratischen Funktionären an der Futterkrippe, spricht. Hier heißt es:

„Auch der Nationalsozialismus hat einen dämonischen Willen zur Alleinmacht, wir betonen es, und selbstverständlich wird auch er sich die Durchsetzung des Staatsapparates mit Nationalsozialisten angelegen sein lassen, wo immer er das nur kann. Wir wünschen, daß darüber schon heute nirgends Zweifel bestehen. Und auch das sei rund heraus gesagt, wir werden nicht an alten Formulierungen kleben, wenn für des Staates Macht und Größe neue nötig sind.“

In dem letzten Zitat zeigt sich ganz klar die wirkliche Entwicklung der Führung der Nationalsozialistischen Partei, wobei noch in dieser Partei unten die größten Widerstände gegen diesen Kurs „Heran-an-den-Staat“ vorhanden sind. Die demagogischen Mittel, die Frick anwendet - die Arbeiter und die kleinbürgerlichen Schichten innerhalb seiner Partei zwingen ihn dazu -, dienen dem reaktionären Ziel der Faschisten.

Die „linke“ SPD

Wenn wir die Entwicklung der Sozialdemokratie betrachten, so ist es auch notwendig, die Rolle zu zeigen, die die „linken“ Sozialdemokraten und der „linke“ Sozialfaschismus in dieser Entwicklung spielen. In verschiedenen Bezirken haben die Sozialdemokraten an Stelle der früher exponierten Leute die sogenannten linken Sozialfaschisten treten lassen. Genossen! Dies ist keine Sachsenangelegenheit mehr, sondern eine Angelegenheit, die jetzt überall, zum Beispiel im Ruhrgebiet und am Niederrhein, stark in Erscheinung getreten ist.

Wenn die „linken“ Sozialfaschisten in Sachsen sich jetzt bereit erklärt haben, die Große Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzugehen, so war die Rolle der „Linken“ - obwohl wir das immer in unseren Formulierungen richtig dargestellt hatten - in der Praxis den Massen noch nie so verständlich wie gerade jetzt, da sie gezwungen sind, sich offen zu entlarven.

Dabei sehen wir ein weiteres demagogisches Manöver der „linken“ Sozialdemokratie. Sie begründet das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei damit, daß diese Regierung etwas anderes darstellen würde als der faschistische Bürgerblock. Diese Frick-Geschichte weckte natürlich ungeheure Illusionen bei den sozialdemokratischen Arbeitern. Solche „Kleinigkeiten“ negieren zu wollen, bedeutet, das Arbeiterleben in der Sozialdemokratie nicht richtig aufzufassen. Es ist klar, daß sich durch das Manöver Severings gegen Frick sozialdemokratische Arbeiter vorübergehend einfangen lassen werden.

Neue taktische Aufgaben

Wir müssen die Frage der Absplitterung von Gruppen sozialdemokratischer Arbeiter zur Kommunistischen Partei heute schärfer stellen, als das in letzter Zeit in der praktischen Arbeit durchgeführt wurde. Die neuen Merkmale der allgemeinen Entwicklung in Deutschland zwingen uns, auch unsere taktischen Aufgaben etwas anders zu stellen. Wenn wir nicht manövrierfähig sind, wenn wir nicht bei Manövern der Bourgeoisie, des Faschismus und des Sozialfaschismus in der Lage sind, in unseren eigenen Reihen neue Manöver und Kampfformen auszudenken und zu erforschen, wenn wir die Aktionsfähigkeit in den Massen nicht zu verbreitern verstehen, werden wir durch die aggressiven neuen Maßnahmen geschlagen. Im Präsidium wurde von der deutschen Delegation die große Bedeutung der ungeheuren Fortschritte fest-gestellt, die wir seit dem Weddinger Parteitag und dem X. EKKI-Plenum bis heute zu verzeichnen hatten. Das hebt aber keineswegs die Tatsache auf, daß Widerstände, Mängel, Lücken, Fehler bei der Durchführung der Politik in unserer Partei zu verzeichnen sind. Fragen wir, ob innerparteilich die Partei genügend reif ist - obwohl die Partei gewaltig reifer und stärker geworden ist -, so müssen wir zuerst feststellen, daß sich Widerstände im allgemeinen auf dem Gebiet der opportunistischen Abweichungen, des Opportunismus in den eigenen Reihen gezeigt haben. Widerstände zeigen sich ebenfalls auf dem Gebiete der linken Phrasen, der sektiererischen Abweichungen, des Zurückbleibens in der revolutionären Massenarbeit, der Negierung der Gewerkschaftsarbeit usw.

Die uns gestellten Aufgaben erfordern die höchste Intensität und Konzentration bei der Durchführung unserer Taktik auf dem Gebiete der revolutionären Massenmobilisierung. Für Deutschland wurde die Hauptaufgabe gestellt, die Mehrheit des Proletariats zu erobern. Wir suchen nach neuen Transmissionen zu den Massen, um dadurch die erreichten Fortschritte zu er-weitern. Ich will hier diese Kampfmethoden und Kampfformen im einzelnen nicht aufzählen.

Es ist notwendig, auf einigen Gebieten unserer revolutionären Massenarbeit einige Fragen und dabei verschiedene Probleme zu behandeln, die nur in der Perspektive angedeutet werden können und deren Lösungen im höheren Kampfstadium vor uns stehen. So nimmt zum Beispiel die Entwicklung des Kampfes gegen den Youngplan heute andere Formen an als vor der Annahme des Youngplans. Vor der Ratifizierung des Youngplans war es leichter, die proletarischen Massen für unsere Generallinie zu gewinnen. Jetzt, wo der Youngplan ratifiziert ist und wo die mörderischen Auswirkungen des Youngplans spürbar werden, ist bei der nicht genügenden Beweglichkeit der Partei das Problem dieses Hauptkampfes schon schwieriger. Ich will nicht über die Frage sprechen, ob es nicht - zwar nicht in dem Maße wie zur Daweszeit - in der Bevölkerung starke Youngillusionen gibt. Es gibt Youngillusionen in der Bevölkerung, noch dazu, da Hindenburg nicht umsonst zwei Appelle an die Volksmassen gerichtet hat.

Genossen! In der gegenwärtigen Kampfsituation ist es notwendig, zwei Aufgaben zu stellen: Die erste Aufgabe ist die Beseitigung der schwachen Stellen in der Parteiarbeit, damit die revolutionäre Massenarbeit nicht nur den Charakter einer Organisationsstrategie hat, sondern daß die Massen zu revolutionären Aktionen mobilisiert und aktiviert werden.

Die zweite Aufgabe ist, zu überprüfen, ob unsere Methode in der revolutionären Massenarbeit ausreicht, ob sie richtig war, um diese große Aufgabe - die ich im ersten Punkt gestellt habe - in der Praxis wirklich durchzuführen.

Wir müssen erkennen, daß im Jahr 1930 - in der Perspektive unserer politischen Arbeit - andere Kampfformen und Methoden angewandt werden müssen als in der Vergangenheit. Ich will nur eine Frage andeuten: Bei einem Preissturz - selbst wenn als Gegenmaßnahmen die Zollerhöhungen durchgeführt werden - wird es ganz unmöglich sein, für bestimmte Massenartikel die Preissenkung aufzuhalten. Inwieweit dadurch die Taktik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern gemeinsam verändert werden wird, wieweit die Bourgeoisie bei Beginn der Wirtschaftskrise gezwungen sein wird, mit der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie neue Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaßnahmen einzuleiten, das hängt vom steigenden Widerstand und vom Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung und damit sehr viel von uns ab.

Die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Es ist notwendig, bei der Erörterung der Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Frage zu stellen, wie wir über den Rahmen der Partei hinaus zur umfassenden revolutionären Massenarbeit kommen und wie wir dem sozialfaschistischen Kampfapparat oder besser Streikbrecherapparat einen eigenen Kampfapparat entgegenstellen, um die Massen unter der selbständigen Führung der Gewerkschaftsopposition wirklich zum Kampfe zu bringen.

Wir haben gewaltige Fundamente, neue Kader, neue Organisationsformen bei der Ausbreitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gewonnen. Das genügt aber keineswegs. Wir müssen ernsthaft prüfen und untersuchen, ob wir auf dieser organisatorischen Massenbasis in der Lage sind und wie wir in der Lage sind, die politische Aktionsfähigkeit der Massen zu höherer Entwicklung zu bringen. Auf dem Gebiete der Organisationsstrategie haben der Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition, die Bezirkskongresse und die verschiedenen Beratungen in den Industriegruppensitzungen unsere Massenbasis ungeheuer ausgedehnt. Wir waren deshalb gezwungen, auch in der gegenwärtigen Periode die Frage der Kampfaktionen der Belegschaften für ihre Forderungen und die Frage der Erfahrungen auf der Linie des politischen Massenstreiks zu erwägen, um festzustellen, wie wir in der Praxis in der Lage sein werden, die Schwierigkeiten, die sich im Jahre 1929 und auch schon im Jahre 1928 gezeigt haben, im Jahre 1930 bei stärkeren Widerständen zu überwinden und zu beseitigen.

Ich glaube, daß wir mit der Verschärfung des Kampfes gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie und gegen die Sozialdemokratie, in der Generallinie, prinzipiell vollkommen richtig gehandelt haben. Kein Genosse ist in der Lage, selbst in den wichtigsten Formulierungen über den prinzipiellen Kampf gegen die Sozialdemokratie, eine Stelle, die man gegen uns falsch auslegen könnte, anzugeben. Aber das genügt nicht. Wir müssen die Frage stellen, ob in unserer eigenen Partei die Widerstände auf dem Gebiete der opportunistischen Abweichungen, auch in den Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der allein ausschlaggebende Faktor sind, der uns in der Durchführung einer revolutionären Massenpolitik gehemmt hat. Die Frage nur so zu stellen, würde bedeuten, daß wir nicht das ganze System unserer eigenen Tätigkeit und unserer Entwicklung und besonders der Methoden, die hier eine Rolle spielen, ernsthaft analysieren.

Wir mußten zum Beispiel Mängel und Lücken in der revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften sowie Stimmungen für den Austritt aus den Gewerkschaften feststellen. Warum drängen zum Beispiel einzelne Genossen zur Beschleunigung des Termins des Reichskongresses der Gewerkschaftsopposition? - Ich spreche hier nicht nur von den führenden Genossen. - Das teilweise Drängen auf einen früheren Termin fußt auf einer

anderen Basis als auf der, morgen oder übermorgen unter allen Umständen Aktionen einzuleiten, sondern es fußt auf der Basis antigewerkschaftlicher Stimmungen. Diese Tatsache zu leugnen, sie nicht zu erwähnen wäre ein Fehler. Wer das Arbeiterleben nicht analysiert und überprüft, diese Stimmungen nicht auch psychologisch erfaßt, begeht einen schweren Fehler. Das war die Stärke bei Lenin, daß er die Frage der Psychologie der Arbeitermassen stets im Zusammenhang mit wichtigen Aufgaben und revolutionären Aktionen stellte.

Ich glaube, wir können aus diesen vergangenen drei Monaten Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition eine sowohl positive als auch negative Bilanz ziehen. Ich will ausdrücklich bemerken, daß die positive Seite bei weitem die negative übertrifft. Ich sage sogar, wir sind einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen. Nur einige Zahlen, die den Genossen noch nicht bekannt sind: Wenn es uns gelang, auf den Bezirkskongressen - von zwei Kongressen fehlen die Angaben noch - 6200 Delegierte zu erfassen, so ist das sicher ein erfreulicher Fortschritt. Unter ihnen waren 25 Prozent Erwerbslose, 10 Prozent Frauen und 12 Prozent Jugendliche. 3½ Millionen Arbeiter gehören zu den Betrieben und Arbeitsnachweisen, die wir erfaßt haben - wobei wir natürlich nicht wissen, welcher Teil der Belegschaft wirklich hinter den Delegierten steht.

Wenn wir auf dem Präsidium zur allseitigen Stärkung und Vertiefung der revolutionären Gewerkschaftsopposition innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften in den proletarischen Massen Stellung genommen haben, so deshalb, weil uns erstens dieser neue Fortschritt bekannt ist, weil zweitens die Gründung des organisierten Zentrums der Gewerkschaftsopposition nicht nur bedeutet, daß das Zentrum da ist, sondern daß es unter ständiger Kontrolle der Partei der Kopf der Bewegung, der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe und anderer Massenkämpfe der Zukunft werden muß. Es sind dies keine kleinen, keine leichten Aufgaben, sondern große historische Aufgaben, die auch für die Beschleunigung des revolutionären Aufschwungs von der größten Bedeutung sind.

Die dritte Tatsache ist, daß wir stärker in die Erwerbslosenreihen eingedrungen sind, daß sich in kurzer Zeit die Auflage der Erwerbslosenzeitungen von 66000 auf über 140000 erhöht hat, daß viele neue revolutionäre Gewerkschaftszeitungen geschaffen wurden. Wir sind der Meinung, daß bis zum V. RGI-Kongreß die Auflage aller dieser Zeitungen auf über 400000 gesteigert werden muß.

Von dieser Stärkung unserer Massenbasis ausgehend, war es nicht unberechtigt, wenn die deutsche Delegation sich die Frage vorgelegt hat: Was soll geschehen, wenn der Spaltungskurs und die Ausschlußmethoden seitens der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie weiter fortgesetzt werden? Am Beispiel der Durchführung der Betriebsrätewahlen und der Erfolge, die wir bei diesen Wahlen in verschiedenen Bezirken und Großbetrieben hatten - abgesehen von einigen Mißerfolgen -, müssen wir uns auch die Frage vorlegen: Was soll mit den aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen roten Betriebsräten geschehen? Der schärfste Massenkampf aller Belegschaften muß dagegen einsetzen, um die Fortsetzung der Ausschlüsse zu verhindern. Notwendig sind: festeste Zusammenfassung und Organisation der revolutionären Gewerkschaftsopposition, sofortige Angliederung aller Ausgeschlossenen und ausgeschlossenen Zahlstellen, Vertiefung und vielfache Verstärkung der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften bei gleichzeitiger prinzipieller Verschärfung des politischen Kampfes gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie.

Neue Manöver des Sozialfaschismus

Zu gleicher Zeit ist von allergrößter Bedeutung, daß wir in letzter Zeit ganz neue Methoden der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie beobachten. Uns ist bekannt, daß an einzelnen Stellen die Sozialdemokratie in dem Moment, wo sie sieht, daß sie mit ihren Ausschluß- und Spaltungsmethoden in den Massen Schiffbruch erleidet, vorübergehend

Manöver durchführt, indem sie die Frage der Einheit stellt. Natürlich müssen wir in solchen Fällen sofort die Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen fordern und damit in der Arbeiterklasse die Frage der revolutionären Einheit unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition stellen. Dann würde die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie ihre demagogischen Manöver einstellen.

Wir können noch verschiedene andere Formen sehen, mit denen der Sozialfaschismus zu manövrieren versucht. Wenn das nicht wäre, wenn die Entwicklung der Sozialdemokratie eine starre wäre, dann würden die sozialdemokratischen Arbeiter zu Hunderttausenden zu uns kommen. Natürlich verursachen solche Manöver für die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie gewisse Unkosten. Oder ist die Aufhebung des Demonstrationsverbotes nicht vorübergehend ein politischer Sieg für die Kommunistische Partei? Natürlich ist es auch ein Manöver von Severing und Waentig. Sie wollen uns provozieren, sie wollen Freiheit der Straße für Stahlhelm, Nazis und Reichsbanner und Verbot der Demonstrationen für die revolutionären Organisationen des Proletariats. Ob sie für einen solchen Schlag schon den 1. Mai wählen werden, ist zweifelhaft, weil der 1. Mai 1929 auch in den Kreisen der Sozialdemokratie so viel Staub aufgewirbelt hat, daß sie sich vor einem neuen Blutmai fürchten. Aber man soll nicht nur die Manöver sehen. Hier ist auch ein Massendruck da, der durch uns erzeugt wurde, durch unsere Politik, indem wir die Fesseln und Schranken der bürgerlichen Staatsgewalt und ihre Verbote durchbrachen.

Auch die Betriebsrätewahlen mußten mit der Fragestellung der Eroberung der Mehrheit des Proletariats verbunden werden. Die Betriebsrätewahlen als eine politische Kampagne zur konsequentesten Vertretung der Interessen der Belegschaft auf Grund konkreter Kampfforderungen und auf der prinzipiellen Linie des Kampfes zwischen Kommunismus und Sozialfaschismus, mußten eine andere Form annehmen als 1929. Betrachtet man die allgemeine Politik der Sozialdemokratie, so muß man sagen: Wer für den Youngplan eintritt, muß den Raubzug der Unternehmer gegen die im Betrieb Befindlichen und gegen die Werktätigen überhaupt unterstützen und umgekehrt; wer prinzipiell gegen den Youngplan ist, muß daraus die Konsequenzen ziehen und den Kampf führen gegen die mörderische Ausbeutung und die Abwälzung der Lasten auf das Proletariat. In diesem Sinne war, rein politisch gesehen, unsere allgemeine Generallinie absolut richtig.

Uns fehlt bei der richtigen Politik der Aufstellung der selbständigen Listen gegen Sozialfaschismus und Faschismus die notwendige Elastizität und Beweglichkeit. Man kann heute mit Recht sagen, der prinzipielle Kampf gegen Sozialfaschismus und sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie wurde auf einem weit höheren Niveau durchgeführt als im vorigen Jahr. Aber unsere neuen Kampfformen und Methoden - die wir in einem zu starren System bei der Durchführung der Betriebsrätékampagne durchgesetzt haben - müssen überprüft werden.

Die erste Aufgabe war es, in den Versammlungen bestimmte Kampfforderungen mit Zustimmung der gesamten Belegschaft aufzustellen. Dann stellten wir die Aufgabe, nicht im Rahmen der Gewerkschaftsdisziplin und des Gewerkschaftslegalismus, sondern auf der Linie der revolutionären Politik unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition unsere Listen aufzustellen. Drittens forderten wir zur Verteidigung der aufgestellten Kandidaten und der besonderen Vorbereitung der Wahlen die Bildung von Wahlausschüssen, wenn möglich aus allen politischen Schichten der Belegschaft. Die vierte Aufgabe in der Kampagne war die Bildung und der Ausbau des Vertrauensmännerkörpers.

Nehmen wir zu diesen vier Aufgaben Stellung. Hat die Partei ihre Aufgaben erfüllt oder nicht? Wir müssen bei allen vier Aufgaben schärfste Selbstkritik üben.

Wurden die konkreten Kampfforderungen für das Papier gestellt? Nein! Sie wurden gestellt, damit die Belegschaft zum Kampf rüstet und sich mit allen Mitteln auf Grund der Kampfforderungen vorbereitet. Ist das durchgeführt worden? Nein! Das ist fast überall nicht durchgeführt worden. Wir wollen auf die Hindernisse nicht eingehen, sondern lediglich die

Tatsachen feststellen.

Die zweite Aufgabe: Wenn wir aufs schärfste ablehnen, im Rahmen der Gewerkschaftsdisziplin und des Gewerkschaftslegalismus eine Betriebsräte­liste aufzustellen, so haben wir niemals die Aufgabe so gestellt, daß in die Liste ausschließlich Parteigenossen und Parteilose aufgenommen werden müssen. Wir haben gefordert, daß auch sozialdemokratische und christliche Arbeiter für unsere Liste gewonnen werden, weil das den aufgestellten Kampfforderungen und den Interessen der Belegschaft entspricht.

Hier ist wieder ein Versagen zu verzeichnen. Das ist eine ernste Frage, über die wir uns Rechenschaft abzulegen haben.

Die dritte Aufgabe: Obwohl im vorigen Jahre die Exekutive daran Kritik geübt hat, daß zur Vorbereitung der Betriebsräte­wahlen keine Wahlausschüsse gewählt wurden, und forderte, daß solche Wahlausschüsse aus allen im Betriebe vertretenen Arbeiterschichten gewählt werden sollen, haben wir das nicht überall durchgeführt - und wo solche gewählt wurden, es auch sehr schlecht durchgeführt. In den meisten Fällen war die Zahl der Arbeiter in den Wahlausschüssen so gering, daß es keine Verteidigung der Betriebsräte­kandidaten gab, sondern daß es die Bourgeoisie und die SPD stellenweise leicht hatten, die Kandidaten schon vorher aus dem Betrieb hinauszuwimmeln.

Und die vierte Aufgabe: Warum haben wir auf dem Weddinger Parteitag das Problem zum ersten Male so scharf gestellt, daß es nicht möglich ist, eine politische Massenarbeit und Aktionen in den Betrieben gegen Unternehmeroffensive, Staatsgewalt und Sozialfaschismus durchzuführen, wenn wir nicht in allen Abteilungen des Betriebes durch das politische Vertrauensmännersystem mit der Belegschaft verbunden sind? Die Bildung und der Ausbau des Vertrauensmännerkörpers ist nur an einigen Stellen durchgeführt worden und lange nicht befriedigend. Es ist notwendig, die Ursachen dafür zu prüfen und zu ergründen und diese Frage zu beantworten.

Zwei innerparteiliche Hemmnisse

Diesen ganzen Fragenkomplex der Betriebsräte­wahlen müssen wir mit der Frage der opportunistischen Abweichungen in Verbindung bringen, die sich in den Betriebsräten und Betriebszellen in unseren eigenen Reihen zeigten. Ist etwa mit der Liquidierung des Brandlerismus und mit dem Ausschluß der Brandlerianer aus unseren Reihen und der Kapitulation eines Teils der Versöhnler - wenn deren Erklärungen ehrlich gemeint sind - die Frage des Opportunismus in unseren eigenen Reihen beseitigt? Keineswegs!

Damit ist die Frage des Opportunismus nicht erledigt. Ich stelle zum Beispiel die Frage: Wie ist es möglich, daß sich gerade im jetzigen Stadium, im jetzigen Moment der Entwicklung, in der Straßenzelle Bahnhof, einer der größten Zellen in Frankfurt, wo wir zwei Genossen, die offenen Widerstand gegen die Linie der Partei leisteten, ausschließen mußten, die ganze Zelle bald völlig mit diesen Ausgeschlossenen solidarisierte und in einem offenen Briefe gegen die Parteiführung und gegen die Partei auftrat? Ich stelle die zweite Frage: Wie war es möglich, daß in Berlin einige Betriebsfunktionäre und ebenfalls einzelne Parlamentarier aus der Partei austraten und mit einer Erklärung in der Öffentlichkeit die Partei beschmutzten? Die Tatsachen von Ullstein und Löwe sind ja allen bekannt; der Ausschluß von König aus der AEG Turbine wurde gestern in der „Roten Fahne“ gemeldet. Ich erwähne weiter Schlesien, wo die Parteileitungen in Landeshut, Görlitz und Langenbielau gezwungen sind, verschiedene Ausschlüsse von Funktionären in den Betrieben vorzunehmen, die sich beharrlich weigern, unsere richtige Linie durchzuführen. Ich weise auf Hamburg hin, wo der Vorsitzende der kommunistischen Bürgerschaftsfraktion, der frühere Genosse Stahmer, aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er kein politisches Verständnis für unsere konsequente Linie hatte und sich weigerte, sie in der Praxis durchzuführen. Und zuletzt die Fälle in Nürnberg, wo

ganze Betriebsräte in den Groß-betrieben, vorn Brandlerismus durchtränkt, offenen Widerstand gegen die Parteilinie ausübten. Es gibt noch andere ähnliche Beispiele, die ich jetzt wegen Zeitmangels nicht anführen will.

Diese deutlichen und fast überall in den Bezirken auftretenden Merkmale und andere Beispiele lassen erkennen, daß bestimmte Ursachen für Abweichungen von der politischen Linie der Partei konstatiert werden müssen.

Zwei Hauptursachen innerparteilicher Schwierigkeiten sind vorhanden: Erstens, daß wir die Wendung des Weddinger Parteitages und des X. Plenums in der Partei noch nicht richtig und scharf genug politisch durchgeführt haben - vor allem auf ideologischem Gebiet. Zweitens, daß bei der Durchführung unserer Massenarbeit - bei der die Frage der Methode der Gewinnung der Massen für die revolutionäre Politik eine Rolle spielt - Fehler und große Schwächen vorhanden sind.

Wir werden nach wie vor bei der allgemeinen Beurteilung der Abweichungen auch in Deutschland die rechte opportunistische Gefahr als die Hauptgefahr ansehen. Aber wenn wir die „linken“ sektiererischen Abweichungen in unseren eigenen Reihen nicht ebenfalls mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit bekämpfen, dann werden wir vorübergehend an einigen Stellen nicht nur Tempoverlust erleben, werden nicht nur dem Gegner Material liefern und ihm Positionen schaffen, sondern wir würden - wenn die Führung der Partei nicht eingreift oder zu spät eingreift - eine Krise bekommen. Ich sage das nicht für heute, sondern in der Perspektive einer längeren Entwicklung.

Bei großen Erfolgen einige Mißerfolge

Genossen! In unseren Reihen muß die Frage gestellt werden, wieso trotz richtiger Generallinie des Kampfes gegen den Sozialfaschismus in prinzipieller Hinsicht unsere Taktik große Fehler aufweist. Ich versuche das an Hand bekannter Tatsachen zu beweisen. Ist der Mißerfolg bei den Betriebsrätewahlen in den Berliner Verkehrsbetrieben, ist der Mißerfolg in den Leuna-Werken - obwohl er nicht so stark ist, wie ich nachher beweisen werde -, ist der Mißerfolg der Wahlen bei den Freidenkern in Berlin, die Niederlage bei den Betriebsrätewahlen der Straßenbahner in Hamburg - selbst wenn dort Schiebungen vorgekommen sind - nicht eine Mahnung an die Parteiführung, die Ursachen zu prüfen?

In der Berliner Verkehrsgesellschaft wurden seit den vorigen Wahlen tausend Mann entlassen. Die Brolat-Direktion hat für die tausend Entlassenen tausend andere hineingebracht, wodurch eine Verschiebung eingetreten ist. Man muß aber auch sehen, daß die Stimmzahl der Deutschnationalen um 169 zurückging, daß die Christen etwa 300 Stimmen gewannen, daß die Sozialdemokraten eine Zunahme von 4212 Stimmen hatten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition 4430 Stimmen verlor. Das ist die entscheidende Tatsache, die man nicht ausschließlich auf die Massenentlassungen zurückführen kann. Hier sind andere, politische Ursachen vorhanden, die wir ergründen müssen. Im Leuna-Werk, wo 5000 entlassen wurden und wo die Sozialdemokratie einen Verlust von 821 Stimmen und wir einen Verlust von 4493 Stimmen haben, ist zwar das Verhältnis nicht so kraß wie in der Verkehrsgesellschaft, aber auch dort ist das Verhältnis schon schlecht. Wenn die Zellenversammlung am Tage nach der Wahl nur den Besuch von 22 Genossen aufwies, so ist das ein Symptom dafür, wie wenig politische Kraft unsere Genossen besitzen, sich nach dem Ergebnis dieser Wahl nicht zusammzusetzen. Die Kritik an einem solchen Ergebnis in einem Großbetrieb kann man nicht phlegmatisch und mit lächelnder Miene übergehen. Das würde für die Führung der Partei und die Gesamtpartei große Unkosten bedeuten.

Nehmen wir die Tatsache, die sich in dem nicht genügenden Erfolg bei der Freidenkeropposition zeigte. Wir müssen bei der Annahme des Konkordats und bei der Tätigkeit von Preußenregierung und Reichsregierung für die Kirche offen von einem

Mißerfolg sprechen. Wir müssen politische Gründe für diese Mißerfolge suchen und sie überprüfen. In der letzten Zeit waren gewisse Fehler für diese Mißerfolge maßgebend. Bei den Beratungen in der Sowjetunion wurden wir von führenden Genossen der KPdSU(B) auf folgende Tatsachen aufmerksam gemacht: Erstens, daß wir zuviel „Teutonen“ sind und uns nackt ausziehen, alles das sagen, was wir wollen. Damit deuteten sie auf die Frage der Legalität und Illegalität hin. Ein Beispiel dafür ist, daß in der Kerenski-Periode Lenins Artikel fast niemals von der Polizei beanstandet wurden und Anlaß zum Verbot der Zeitung gaben, weil er die „Prawda“ als ein Streitorgan betrachtete und sich jeden Satz überlegte. Wenn die „Prawda“ verboten wurde, so geschah das ausnahmslos auf Grund von Artikeln anderer führender Genossen. Die Genossen stellten uns die Frage, ob wir nicht in derselben Weise das sagen können, was wir wollen, um unsere revolutionären Aufgaben durchzuführen. Zweitens: Die Frage der Verteidigung der Sowjetunion und wie wir die Frage mit der deutschen Politik verbinden, ohne dem Gegner leichte Angriffsmöglichkeiten zu geben. Wir schämen uns nicht, sondern sind stolz darauf, daß wir ein Glied der Kommunistischen Internationale sind, aber in Deutschland heißt es die Frage vom Standpunkt der Arbeiterinteressen stellen, vom Standpunkt der Verbesserung der Lebenslage der deutschen Arbeiter. Gewöhnlich machen wir das aber nicht oder viel zu wenig. Drittens: Die Frage des Sozialfaschismus. In dieser Frage, die uns heute am meisten beschäftigen muß und wird, gibt es in letzter Zeit ernste Fehler, die, wenn man nur einige Zitate wiedergibt, erschreckend wirken müssen.

Bolschewistische Selbstkritik

Wir dürfen uns in diesem Stadium - bei einer verhältnismäßig günstigen objektiven Situation - nicht von der Mehrheit des Proletariats in den Betrieben, in den Gewerkschaften und auf der Straße isolieren, sondern müssen die Mehrheit des Proletariats gewinnen und für unsere Politik erobern. Unsere revolutionäre Massenbasis hat sich im allgemeinen erweitert und verstärkt, wobei wir gleichzeitig feststellen müssen, daß in unseren Reihen eine Bolschewisierung eingetreten ist. Bedeutet das, daß wir in der Lage waren, nach allen Seiten hin eine einwandfreie und bolschewistische Politik und Strategie anzuwenden? Diese Fragen nicht zu beantworten, wäre ein Fehler. Kleine Fehler vergrößern sich und werden zu großen Fehlern. Die Partei hat viel gelernt und hat noch viel zu lernen. Sie ist viel reifer geworden. Es ist wichtig, die Frage der revolutionären Theorie zu stellen, zu der wir besonders in unseren letzten wichtigen Dokumenten Stellung genommen haben. Wir müssen aber auch die Frage, wie wir die revolutionäre Theorie mit der bolschewistischen Praxis verbinden, überprüfen und an unseren Mißerfolgen in erster Linie unsere Fehler feststellen.

Wir dürfen uns in unseren eigenen Reihen nicht täuschen lassen, wenn wir auch wirklich ernste Erfolge haben. Die proletarischen Massen sind äußerst feinfühlig, und sie haben für jede kleine fehlerhafte Formulierung unsererseits ein weit besseres Gefühl als unsere Gegenparteien.

Wenn wir aus wirklichen Mißerfolgen die entscheidenden Lehren ziehen, dann ist das wirklich bolschewistisch. Diese entscheidenden Lehren sind, daß wir bei einer unbeständigen und ungleichmäßigen allgemeinen Entwicklung in unserem Vormarsch einige solche Tatsachen sehen wie das Ergebnis bei den Betriebsrätewahlen im Leuna-Werk, bei der Verkehrsgesellschaft, bei den Hamburger Straßenbahnern, das Ergebnis der Freidenkerwahlen und zuvor schon die teilweisen Mißerfolge bei den Kommunalwahlen, besonders in Sachsen. Sie legen ebenfalls Zeugnis ab von der außerordentlichen Manövrierfähigkeit unseres Gegners, der Sozialdemokratie. Das ist die Kernfrage, die auch vor uns steht. Wir müssen nicht nur die Frage unserer eigenen, nicht genügenden politischen Maßnahmen und der nicht genügend leninistischen Problemstellung in diesen Betrieben und Bezirken stellen, sondern

auch die Frage der Manövrierfähigkeit unserer Gegner. Diese haben ganz andere Mittel zur Verfügung - staatliche und andere Mittel, Mittel durch die Unterstützung der Unternehmer -, sie sind in viel bequemerer Lage als wir, die wir jeden kleinen Mißerfolg zur Überprüfung durch die helfende Selbstkritik zur Diskussion stellen müssen.

*„Linke“ Fehler und Übertreibungen in der Frage des
Sozialfaschismus*

Bei dieser Fragestellung ist es notwendig, jene Übertreibungen oder - ich gehe einen Schritt weiter - die neuesten „Theorien“ über den Sozialfaschismus, wie sie in der Partei zum Ausdruck gekommen sind, festzustellen.

Hat nicht der Weddinger Parteitag der Partei in dieser Frage eine klare und deutliche Formulierung durch seine Beschlüsse gegeben? Besonders gegenüber denjenigen, die - wie die Versöhner - damals noch die faschistischen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie leugneten und die sogar die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus bestritten. Wir haben gegen diese falsche Theorie auf das schärfste prinzipiell gekämpft. Diese rechte opportunistische Einstellung hat leider in der letzten Zeit in unseren eigenen Reihen ein Gegenstück gefunden mit der Tendenz, alle Erscheinungen im politischen Leben als „Sozialfaschismus“ bezeichnen zu wollen.

Zwar ist der Sozialfaschismus der Waffenträger der faschistischen Diktatur. Der Sozialfaschismus ist aber nicht nur eine Theorie, sondern praktisches politisches Leben, wo neben einer konterrevolutionären Führerschaft, Betriebsfunktionäre und sozialdemokratische Arbeiter nach verschiedenartigen Eigentümlichkeiten der Verhältnisse im Betrieb, bei den Erwerbslosen usw. zu beobachten sind. Eine Partei, die diese Tatsachen negiert und eine besondere Theorie an die Stelle der Beschlüsse des Parteitages stellen würde, wird ihre geschichtliche Mission des Kampfes um die Mehrheit des Proletariats nicht erfüllen können. Auch eine solche Führung wird von der Mitgliedschaft und von der historischen Situation später zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir sind gezwungen, dem Zentralkomitee einige Tatsachen zu unterbreiten, um zu zeigen, wieweit diese Abweichungen bereits in unsere eigenen Reihen eingedrungen sind. In letzter Zeit sind eine ganze Reihe von Artikeln in der gesamten Presse der Partei, Aufrufe und Informationen der Partei, Notizen usw. erschienen, die absolut unhaltbar sind.

Zum Beispiel heißt es in einem Artikel „Wir und die sozialdemokratischen Arbeiter“, der in den letzten Tagen durch die Parteipresse ging, unter anderem folgendermaßen:

„Es ist klar, daß unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus sowie die mit der Bourgeoisie, deren treuester Knecht er ist, nicht an irgendeinem Verhandlungstische, sondern nur auf den Schlachtfeldern der Entscheidungskämpfe und vor den Revolutionstribunalen der deutschen Republik enden kann. Und das gilt natürlich vom kleinen sozialfaschistischen Betriebsrat, der in seinem Betrieb dem Unternehmer kommunistische Arbeiter denunziert, um zur Belohnung Meister zu werden, ganz genauso wie für seine großen Brüder Severing, Zörgiebel usw.“

Genossen! So einfach ist die Frage für uns doch nicht, wie sich das mancher Genosse in seinem Hirn ausmalt. In diesem Artikel sind die sozialdemokratischen Minister, Polizeipräsidenten, Bankdirektoren, Kommunalbeamten, Gewerkschaftsbonzen, Vorarbeiter, Meister und freigewerkschaftlichen Betriebsräte in der Industrie usw. eine einheitliche, homogene soziale Schicht. Die Veränderungen der gesellschaftlichen, klassenmäßigen Zustände in der gegenwärtigen Situation bleiben unberührt; deswegen ist auch kein Verständnis für die Verschiebungen in der sozialen Struktur vorhanden, von der auch die Sozialdemokratie nicht unberührt bleibt. Darum auch die große Hilflosigkeit, die „Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus sowie die mit der Bourgeoisie“ zu späteren

Entscheidungskämpfen bis zum Revolutionstribunal zu vertagen. Ein Negieren unserer Massenarbeit bei einem Teil des Proletariats müßte auch für unsere revolutionäre Politik schlimme Folgen haben.

Und weiter heißt es in einem anderen Artikel „Klare Fronten unten wie oben“:

„Der kleine Funktionär ist ein wichtiger, ja, der wichtigste Teil des sozialdemokratischen Apparats, der zu einem wesentlichen Bestandteil des sozialfaschistischen Staatsapparats geworden ist. Er schimpft, er hält aber gerade mit diesem Geschimpfe den ganzen Laden zusammen ...

Unser Trommelfeuer auf die großen Zörgiebels hat darum nur dann Erfolg, wenn es gleichzeitig mit einem Sturmangriff auf die verbürgerlichten unteren Funktionäre verbunden wird. Wir müssen die proletarischen Reihen in Betrieb und Gewerkschaft und in den übrigen Massenorganisationen mit aller Rücksichtslosigkeit von allen verfaulten Elementen säubern. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß fliegen - und wenn er noch so radikal tut.“

Unsere ganze Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, unsere Beschlüsse des Weddinger Parteitages werden dadurch glatt über Bord geworfen.

In einem Artikel „Erobert die Festungen des Kapitalismus“ wird gesagt:

„Betriebsrätewahlen sind für die Arbeiterschaft wichtiger als Reichstagswahlen. Der Reichstag dient für uns, für die klassenbewußte Arbeiterschaft als Tribüne, von der wir unsere Auffassungen *propagieren*. Die Betriebsräte aber sind Organe, die die *Aktionen* der Arbeiterschaft zu organisieren berufen sind.“

Ich will nicht auf die Frage des Vergleichs der Reichstagswahlen mit den Betriebsrätewahlen eingehen. Wir müssen die Frage vom Standpunkt der Gewinnung und Aktivierung der Millionenmassen stellen. Die Betriebsrätewahlen sind mindestens so wichtig wie die Reichstagswahlen. Aber ein allgemeines Schema gibt es auch dafür nicht. Der Artikelschreiber wählte diese Formulierung, um für eine spätere nicht ganz klare und einwandfreie Formulierung eine bessere Voraussetzung zu haben. Diese Stelle heißt folgendermaßen:

„Gemeinsame Listen mit den Sozialdemokraten bei den Betriebsrätewahlen sind deshalb genauso unmöglich, wie gemeinsame Listen von Sozialdemokraten und Kommunisten zum Reichstag.“

Diese Formulierung ist insofern richtig, als sie jede Aufstellung von Kommunisten auf sozialfaschistischen Listen verbietet. Das ist richtig. Aber falsch und schädlich ist an dieser Formulierung, daß sie vollkommen die Notwendigkeit der Aufstellung sozialdemokratischer Arbeiter, die rebellieren, auf unsere roten Listen außer acht läßt.

Dann gab es verschiedene andere Artikel, in denen die Parole aufgestellt wird: „Verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen in den Betrieben und Gewerkschaften!“ In dem nächsten Artikel wurde die Sache schon gesteigert und gesagt: „Verjagt die Sozialfaschisten aus den Betrieben und Gewerkschaften!“ Vorher: „Verjagt sie aus den Funktionen“, und jetzt: „Verjagt sie aus den Betrieben und Gewerkschaften“, und zuletzt findet die „Junge Garde“ die Losung „Vertreibt die Sozialfaschisten aus den Betrieben, aus den Arbeitsnachweisen und aus den Berufsschulen!“ Wie wollt ihr sie aus den Betrieben und Arbeitsnachweisen vertreiben? Die Bourgeoisie und sehr oft mit ihr die sozialfaschistischen Betriebsräte vertreiben leider die Kommunisten aus den Betrieben, wenn diese keine Massenbasis und nicht genügend Autorität in den Massen, in der Belegschaft haben.

In einem anderen Artikel über die Betriebsrätewahlen, der durch die gesamte Parteipresse gegangen ist, werden die sozialdemokratischen Betriebsräte mit Noske, Severing und Zörgiebel gleichgesetzt.

Eine solche Sprache ist wirklich unsinnig. Das heißt den Zörgiebel, Severing, Noske durch uns Entlastung zuteil weiden lassen für ihre blutrünstigen und konterrevolutionären Taten und

Handlungen, das heißt also in den Fragen des praktischen Lebens, der allgemein-politischen Entwicklung. Das heißt die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den verschiedenen Funktionen, die die Sozialdemokraten innerhalb des Staates, in den Betrieben und Massenorganisationen haben, einfach ignorieren. Heute, wo fünf Millionen in den Gewerkschaften, Millionen in den Sportorganisationen und Millionen Menschen in anderen Organisationen sind, müssen wir die Methoden der Ausnutzung der Legalität, der Beweglichkeit, der Gewinnung von Fall zu Fall, von Stufe zu Stufe, von Hirn zu Hirn anwenden, um die Arbeiter für uns zu gewinnen. Der Teil in der Sozialdemokratie, den wir als Arbeiteraristokratie bezeichnen, wird für die Revolution zum größten Teil verloren sein. Die Formulierungen in einem anderen Artikel schlagen dem Faß den Boden aus. Dort wird die „Linksschwenkung“, die „radikale Phrase“ so überheblich angewandt, daß sie zur unmarxistischen Logik und zur offenen „ultralinken“ Dummheit ausartet. Hier zeigt sich die „linke“ Sektiererei der Isolierung von allen uns noch fernstehenden Massen in der gröbsten und unleninistischen Art. Die grundsätzlich falschen Auffassungen, die außerdem noch über die ökonomischen Grundlagen des Sozialfaschismus vorhanden sind, bedeuten den Bruch mit dem Kommunismus in der wichtigsten Frage: der Eroberung der Mehrheit des Proletariats.

Mit den SPD-Arbeitern gegen den Sozialfaschismus

Man muß die Frage stellen: Wie kommt es - wenn wir solche Beschlüsse haben, wie sie auf dem Weddinger Parteitag gefaßt wurden -, daß man es wagt, eine solche Linie zu verteidigen und zu vertreten? Hat das nicht gewisse Ursachen in den Stimmungen innerhalb der Partei, die etwas ausdrücken? Seit wann ist die Differenzierung und Zersetzung innerhalb der Sozialdemokratie von der Bildfläche unserer revolutionären Arbeit verschwunden? In der politischen Resolution des Weddinger Parteitages heißt es zum Beispiel in dem Punkt „Die taktische Wendung der KPD“ unter anderem folgendermaßen:

„Die taktische Wendung der KPD bedeutet die Anwendung neuer Formen der revolutionären Massenmobilisierung, neuer Formen der proletarischen Einheitsfront von unten, neuer Kampfformen gegen die Bourgeoisie und den Reformismus. In den Wirtschaftskämpfen, den Betriebsrätewahlen, in der Erwerbslosenbewegung, in den Maikämpfen, im Kampf gegen die Kriegsgefahr, gegen den Faschismus, gegen die polizeilichen Verbots- und Unterdrückungsmaßnahmen wurden und werden diese neuen Kampfformen zum ersten Male in der Praxis verwirklicht, erprobt und durch die Schöpferkraft der Massen aufgegriffen und fortgebildet... Weit entfernt, die Partei von den Massen zu isolieren (wie die liquidatorisch-versöhnlerischen Opportunisten verleumderisch behaupten), erfüllt diese Taktik vielmehr die Leninsche Voraussetzung des Kampfes um die Macht: die Eroberung der Mehrheit des Proletariats in den entscheidenden Zentren, ohne die ein Sieg der Revolution unmöglich ist ... Diese Politik bedeutet nicht eine Einschränkung der bolschewistischen Einheitsfronttaktik, sondern die Verlegung ihres Schwergewichts nach unten, in die Betriebe, die Ausdehnung der proletarischen Einheitsfront bis weit über den Rahmen der freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter hinaus auf die Mehrheit des gesamten Proletariats.“ [„Waffen für den Klassenkampf, Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD“, S. 27. *Die Red.*]

Kann man es deutlicher formulieren - auch zum Verständnis für unsere Partei? Im Punkt 35 der Weddinger Resolution heißt es in bezug auf die Mitgliedschaft der SPD:

„Die Partei muß den Prozeß der Radikalisierung der Arbeiterschaft tatkräftig fördern und alle proletarisch-revolutionären Tendenzen in der Mitgliedschaft der SPD und des Reichsbanners unterstützen, um den Bruch der Arbeiter mit den reformistischen Führern, ihren Austritt aus den feindlichen Organisationen und ihren Eintritt in die Kommunistische Partei zu beschleunigen.“ [Ebenda, S.32. *Die Red.*]

Diese beiden Zitate aus der Resolution des Weddinger Parteitages sind von großer Wichtigkeit, aber wichtig sind auch unsere Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen. Warum

haben wir die Richtlinien, die auf dem Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition ausgegeben wurden, die falsche Instruktionen waren, auf den späteren Bezirkskongressen nicht mehr vorgelegt und akzeptiert, oder wo sie ausgegeben waren, wieder eingezogen? Sie entsprechen nicht mehr der heutigen Situation, weil es die Richtlinien des Jahres 1929 waren, die damals - im ersten Stadium der Durchführung der Wendung - vorübergehende Kompromisse gegenüber den Stimmungen in der Partei und unter den Massen darstellten. Was steht in unseren Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen, die im Januar 1930 von uns herausgegeben wurden:

„Die Aufstellung der Kandidatenlisten durch die Arbeitermassen muß ein gewaltiger Schritt sein in der Errichtung der revolutionären Kampfesfront der organisierten und unorganisierten Arbeiter, der Proletarier und Proletarierinnen aller Schichten der klassenbewußten Arbeiterschaft. Eine erfolgreiche Durchführung der Wahl ist nur möglich bei weitgehendster Heranziehung neuer Arbeiterschichten zu den Funktionen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und bei einer umfassenden Mobilisierung der Betriebsbelegschaften zum Schutze der revolutionären Betriebsrätelikandidaten vor den Unterdrückungsmaßnahmen der Unternehmer und der sozialfaschistischen Bürokratie. Entschlossenste Kampffessolidarität mit den Funktionären der revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen müssen in allen Betrieben Wahlausschüsse unter Hinzuziehung derjenigen Parteilosen, sozialdemokratischen und christlichen Betriebsarbeiter gewählt werden, die bereit sind, auf dem Boden der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu kämpfen.“
[„Richtlinien zur Betriebsrätewahl“, herausgegeben vom Zentralkomitee der KPD. Unveröffentlicht. *Die Red.*]

Genossen! Wenn wir in unserer Resolution, die wir vorlegen werden, entsprechend den Beschlüssen des erweiterten Präsidiums des EKKI formulieren, so deswegen, weil in unseren eigenen Reihen Differenzen und Meinungsverschiedenheiten bestanden und weil wir verpflichtet sind, die Ursachen geschehener Fehler zu behandeln. Die vielleicht wichtigste Formulierung - nicht um eine neue Wendung in unserer Taktik zu vollziehen, sondern um die Garantie zu schaffen, daß die Wendung des Weddinger Parteitages in der Praxis mit neuen Methoden und neuer Energie durchgeführt wird - will ich verlesen:

„Das Plenum des ZK konstatiert die Notwendigkeit, viel stärker als bisher für die *Herstellung der revolutionären Einheitsfront von unten*, für die Isolierung der sozialfaschistischen Führerschaft und die weitgehende *Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in die revolutionäre Kampffront* zu wirken. *Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist es erforderlich, zwischen der konterrevolutionären Führerschaft der SPD, den unteren Betriebsfunktionären und den einfachen sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zu unterscheiden.*“ [„Die Rote Fahne“ vom 25. März 1930. *Die Red.*]

Wenn wir von der konterrevolutionären Führerschaft der SPD sprechen, von den unteren Betriebsfunktionären und den einfachen sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, so machen wir absichtlich diese Differenzierung. Die Genossen sollen nicht glauben, daß nicht in manchen Fällen Schwierigkeiten bei der Auslegung dieser Definition auftreten können. Es gibt zum Beispiel Betriebsfunktionäre der Sozialdemokratie, Betriebsräte, die durch dick und dünn mit der Sozialdemokratie gegen den Kommunismus und gegen die revolutionäre Bewegung gehen. Es gibt aber auch untere Betriebsfunktionäre, Vertrauensleute der Gewerkschaften und Belegschaften, die man unmöglich mit Zörgiebel und Severing in eine Linie stellen kann. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied zwischen den Zörgiebels, Severings, Noskes, Hörsings, dem sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparat und den unteren Betriebsfunktionären und sozialdemokratischen Arbeitern und Erwerbslosen.

Die Gefahr sektiererischer Abweichungen

Wir haben diese Formulierungen deswegen gewählt, um der Partei bei der Durchführung ihrer

großen Aufgaben wirklich ernsthaft zu helfen. Was würden sich zum Beispiel für Konsequenzen ergeben, wenn wir diesen falschen Kurs, wie er in den von mir vorgelesenen Formulierungen enthalten ist, in der Praxis fortgesetzt hätten - zum Beispiel auf dem Gebiet der Betriebsarbeit, wo eine schwere ernste politische Frage gegenwärtig vor uns steht. Angenommen, die Krise in Deutschland verschärft sich und in der nächsten Zeit tritt eine Verstärkung der Weltwirtschaftskrise ein, ist dann nicht für die Unternehmer und für die sozialfaschistischen Betriebsräte - wenn auch nicht für alle, einzelne, wenige Ausnahmen will ich machen - das Gebot der Stunde, die Betriebe von Kommunisten und revolutionären Arbeitern zu bereinigen? In einer solchen Situation dürfen wir nicht eine Partei der Erwerbslosen sein, wir müssen in der Werbeaktion das Schwergewicht in die Betriebe verlegen, damit wir von dort neue Arbeiter gewinnen, frische, lebendige, klassenbewußte Arbeiter, aber auch sozialdemokratische und sogar christliche Arbeiter. Es gibt auch im Millionenanhang der Sozialdemokratie Arbeiter und Funktionäre, die Genossen werden können, wenn wir ihnen ideologisch helfen, wirkliche Leninisten zu werden, und wenn man mit Liebe versucht, sie als Klassenkämpfer in unsere eigenen Reihen hineinzuziehen. So wird es uns viel leichter gelingen, das Schwergewicht auf die Betriebe zu verlegen, um so eine Partei der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zu sein. Die Politisierung und Auffrischung unserer Betriebszellen wird dabei eine große Rolle spielen.

Genossen! Die zweite Gefahr ist die Negierung der Gewerkschaftsarbeit. Ist dies vielleicht nur auf die Lust und Liebe zurückzuführen, die zur Bildung von revolutionären Gewerkschaften vorhanden ist - obwohl wir in der Perspektive die Bildung neuer Gewerkschaften sehen müssen? Nein, Genossen! Das ist bequemer, als eine systematische Fraktionsarbeit durchzuführen und überhaupt in den Gewerkschaften zu arbeiten. Es sind ernste, bittere Kämpfe, sich mit solchen sozialfaschistischen Führern herumzuschlagen und dort die Fragen des Kampfes, die Frage der Erwerbslosen usw. zu stellen und auch an der konterrevolutionären Front als ein Leninist, als ein Führer der Massen, aufzutreten und seinen Mann zu stehen.

Die dritte Frage, die ich mit einer wichtigen Frage verbinden will, ist die der allgemeinen revolutionären Massenarbeit für die Zukunft. Wir müssen unsere Kampfstrategie ausdehnen, wir müssen den Radius der revolutionären Gewerkschaftsopposition, ihre politische Tätigkeit, ihre Aktionsfähigkeit, die Selbständigkeit in der Führung der Wirtschaftskämpfe auf die Millionen der Arbeitermassen ausdehnen. Man kann heute sagen, daß in so kurzer Zeit von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung eine solche Menge von Niederträchtigkeiten und Verrätereien begangen wurden, wie es noch nie der Fall war - Woche für Woche, Tag für Tag: Youngplan, Republikschutzgesetz, Finanzprogramm, Zollpolitik, Abbau der Sozialleistungen, Konkordat usw., alles in einem kurzen Zeitraum. Was sind die Resultate? Die Reichstagsabgeordnete Reese, der Menschewik Schwalbe, ein paar Ortsgruppen bei Danzig, einige SPD-Arbeiter - das ist alles! Warum? Ist die Frage der Zersetzung der Sozialdemokratie von der Tagesordnung abgesetzt? Keineswegs!

Steht die Frage der Zersetzung nur in der Sozialdemokratie? Nein! Auch die Arbeiter, die noch in den Reihen der offenen Konterrevolution stehen - Millionen Arbeiter sind in den bürgerlichen Parteien -, müssen wir herausreißen. Wenn wir vor den Arbeitern in der Sozialdemokratie Furcht haben, wie soll das erst werden, wenn wir gezwungen sind, in das Zentrum, die Deutschnationale Volkspartei und in die anderen bürgerlichen Parteien einzudringen? Diese Frage steht auch für die Zukunft, steht immer, wenn der Kampf um die Mehrheit des Proletariats gestellt wird. Das Wichtigste ist, daß trotz der tiefsten Zerrüttung und Rebellion in der Sozialdemokratischen Partei so wenig Leute zu uns kamen.

Ich will nur einige Tatsachen andeuten: In Breslau ist zum Beispiel wirklich eine Arbeiteropposition in der Sozialdemokratie vorhanden. Die Brandleristen versuchen, die Rebellion in der SPD aufzusaugen. Unsere Genossen haben die Frage ganz richtig gestellt:

Als die oppositionellen SPD-Arbeiter an unsere Genossen herantraten, um ein Einheitskomitee aus Kommunisten, oppositionellen Sozialdemokraten und Brandleristen zu bilden, haben unsere Genossen das abgelehnt und mit Recht. Sie sollen von sich aus - von der Arbeiteropposition in der Sozialdemokratie - eine Versammlung einberufen, dort die Probleme stellen, und wir werden dort auftreten und unsere Meinung dazu äußern. Unsere Aufgabe ist es, die Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiter von der Sozialdemokratie abzusplittern und sie, wenn möglich, in die Kommunistische Partei zu überführen. Genosse Schulte aus Düsseldorf teilte uns mit, daß auch dort in der SPD tiefgehende Auseinandersetzungen über die Politik der Sozialdemokratischen Partei stattfinden, Kämpfe, die in Tumultszenen ausarten. Verschiedene Funktionäre haben sich mit Schmutz und Kot beworfen. In einigen Fällen wurden aber auch die Fragen politisch gestellt, und eine vorübergehende Lösung war nur dadurch möglich, daß man an die Stelle der alten Funktionäre neue, in ihren Phrasen links erscheinende Funktionäre, gesetzt hat. Im Ruhrgebiet ähnliche Tatsachen. Ich will die Berichte aus anderen Gebieten nicht behandeln, aus Solingen, Remscheid - aus Berlin haben wir ebenfalls Meldungen -, Frankfurt am Main und Köln.

Ich stelle die Frage: Was würde die Fortsetzung des Kurses der letzten Wochen bei einer höheren Aufgabenstellung bedeuten? Gewiß, wir hatten trotz dieser Fehler Erfolge. Aber die Tatsache, daß wir bei diesem Kurs Erfolge hatten, muß uns um so mehr anspornen, denn wir hätten weit größere Erfolge möglich machen können. Die Korrektur der Methoden unserer Parteiarbeit zur Gewinnung neuer Arbeitermassen für die revolutionären Aufgaben bedeutet keineswegs eine Änderung des Kurses unserer gesamten Massenpolitik. Die Partei will damit die Beseitigung der Schwächen und Fehler herbeiführen, die sich in dem absolut richtigen Kurs auf die stärkste Heranziehung der Unorganisierten an die revolutionäre Klassenfront in den letzten Monaten gezeigt haben.

Man mußte viele von uns auch überzeugen, bevor wir Kommunisten wurden. Nicht nur die Geschichte hat uns überzeugt, auch Menschen mit ihrer Politik haben uns überzeugt. Wer diese, seine eigene Vergangenheit übersieht und nicht daran denkt, sondern glaubt, wir haben schon die Macht, der stellt die Frage falsch. Wir sollen erst der entscheidende revolutionäre Machtfaktor werden und müssen die Massen dafür gewinnen.

Das Problem der Zukunft ist es, neue Reserven zu mobilisieren. Wenn wir heute die Losung des politischen Massenstreiks stellen, so sage ich: Wir können rasch vor unerwartete Ereignisse gestellt werden, manchmal durch die Entwicklung, manchmal auch durch die subjektive Beeinflussung der objektiven Situation, die die Frage des Kampfes um die revolutionäre Staatsmacht stärker und schneller auf die Tagesordnung stellen, als wir erwartet haben.

Diese Polemik und Selbstkritik muß deshalb so scharf sein, weil wir verpflichtet sind, unsere Methode zu ändern. Prinzipiell ist unsere Linie unanfechtbar, unsere Taktik ist richtig, aber unsere Methode zur Durchführung der Taktik muß geändert werden. Deshalb betone ich besonders scharf, daß diese Problemstellung eine um so größere Bedeutung hat, weil wir nicht von einer falschen Seite aus kritisieren, sondern von der leninistischen Seite der Verstärkung der Massenarbeit aus. Würden wir den alten Kurs durchführen und fortsetzen, so würde es bedeuten, daß wir eine erhebliche Verschärfung der Schwierigkeiten bekommen müssen. Der neue Kurs bedeutet eine erhebliche Verschärfung des prinzipiellen und allgemeinen Kampfes gegen den Sozialfaschismus an allen Fronten unseres politischen Kampfes.

Ich stelle die Frage noch weiter: Je größer die Aktion ist, um so mehr müssen wir in der Lage sein, die Massen zum Kampf zu führen. Wenn wir bei den Methoden der Vergangenheit stehen- bleiben, dann sind uns gewisse Grenzen gesetzt, dann sind bei der Aktionsentfaltung gewisse Barrieren vorhanden. Genossen! Gerade in diesem Zusammenhang erkläre ich: Je größer die Aktionen sind, um so elastischer muß unsere aktive Massenarbeit sein. Deswegen haben wir während der Präsidiumssitzung festgestellt: Wir sind verpflichtet, bei der

Zusammenfassung und Vertiefung der politischen Arbeit der Gewerkschaftsopposition einen Schritt weiter zu gehen.

Ausbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Wir haben Richtlinien ausgearbeitet, um die Vernachlässigung der Arbeit in den Gewerkschaften, die nicht genügende Ausdehnung und Vertiefung der politischen Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition von beiden Seiten aus zu überprüfen, um die mit uns sympathisierenden Massen fester mit der revolutionären Opposition zu verbinden und die durch die Spaltungspolitik der Sozialfaschisten entstandenen Organisationen mehr als bisher zu Mustergewerkschaften auszubauen.

Die wichtigste Aufgabe, die hier gestellt wird, ist die Verstärkung der Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf allen Gebieten der gesamten Front. Wenn wir in den Vordergrund nur die Perspektive der revolutionären Gewerkschaften stellen und nicht die Verstärkung der allseitigen Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf allen Gebieten - innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften unter den proletarischen Massen, einschließlich der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften -, dann wird es uns nicht gelingen, auf dieser Basis, auf der wir uns heute noch befinden, und mit dem jetzt bestehenden Zentrum der revolutionären Gewerkschaftsopposition den politischen Machtkampf gegen die Bourgeoisie und den Sozialfaschismus durchzuführen. Deshalb stellen wir in erster Linie die Frage des Ausbaus des revolutionären Vertrauensmännersystems durch die roten Betriebsräte, des kollektiven Beitritts der Belegschaften zur Gewerkschaftsopposition, der Angliederung der roten Betriebsräte, der ausgeschlossenen Zahlstellen und der Erwerbslosenausschüsse usw. an die Gewerkschaftsopposition. Wenn aber dabei nicht die ganze politische Arbeit unter den Millionen von Arbeitern vertieft wird, wenn die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften nicht fortgesetzt und auf das Hundertfache erhöht wird, dann werden wir keinen ausschlaggebenden Erfolg haben.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kann nicht nur dann Vertrauen und Autorität bekommen, wenn sie in der Praxis bewiesen hat, daß unsere Arbeit nur den Interessen des Proletariats dient, sondern indem wir auch bestimmte praktische Aufgaben lösen. Die Anknüpfung an die Tagesforderungen und Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders der Jungarbeiter in jedem Betrieb, die Mobilisierung der Arbeiter für diese Forderungen und die Verbindung dieses Kampfes mit dem Kampf um die revolutionären Endziele des Proletariats drücken die Fähigkeit zur bolschewistischen Massenpolitik aus. Diese müssen wir erlernen durch genaues Studium der sozialen Lage, Ideologie, Interessen und besonderen Wünsche jedes einzelnen Betriebes, jeder einzelnen Kategorie, besonders auch der Erwerbslosen. Damit steht die Aufgabe des Ausbaus der bestehenden revolutionären Gewerkschaftsorganisationen zu Mustergewerkschaften mit niedrigeren Beiträgen als in den reformistischen Gewerkschaften, einer Verbilligung der Verwaltungskosten, mit geringerer Angestelltanzahl als in den reformistischen Gewerkschaften, mit Verwendung der Gelder zu Kampfzwecken. Es steht die Frage der proletarischen Demokratie und der Mitgliederrechte anders als in den reformistischen Gewerkschaften. Ich glaube, daß diese Frage zum V. RGI-Kongreß noch näher konkretisiert werden muß.

Wir sind heute bereits einen Schritt weiter gegangen als auf dem X. Plenum. Aber einen Schritt weiter gehen heißt, auf dem gewonnenen Terrain unsere Massenarbeit erweitern und vertiefen und Millionen Arbeiter gewinnen, die heute noch gegen den Kommunismus und die revolutionäre Bewegung eingestellt sind.

Nehmen wir ein Beispiel: In der Sportorganisation in Berlin gelang es durch rechtzeitiges Eingreifen der Parteiführung - als die Spaltung durch die Sozialfaschisten unvermeidlich war -

, daß wir in den Augen der Mitglieder der Sportverbände als diejenigen dastanden, die tatsächlich die Einheit wollten, und die Reformisten als Spalter erkannt wurden. Heute sehen wir, daß die Entwicklung uns recht gegeben hat. Wir konnten in kurzer Zeit - in sechs Monaten - die Zahl der Mitglieder von 35000 auf 50000 erhöhen und sind im weiteren Vormarsch begriffen.

Höhere Kampfformen und neue Aufgaben

Die Kampfformen des Proletariats nehmen einen anderen Charakter an. Wir sehen bereits in letzter Zeit, daß die Demonstrationen und Streiks nicht immer den früher üblichen Charakter von friedlichen Wirtschaftskämpfen tragen, sondern einen revolutionären Charakter von Massenaktionen zur Durchbrechung der Unternehmeroffensive, der bürgerlichen Staatsgewalt und der Politik des Sozialfaschismus. Sie nehmen Formen an, die für den Einfluß der Kommunistischen Partei von ungeheurem Vorteil sind. Deswegen ist es notwendig, unsere Methoden besonders zu überprüfen, wie wir die neue Taktik, die Manöver der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie durchbrechen können. Eine Preissenkung - würde sie durchgeführt - würde von der Gewerkschaftsbürokratie ausgenutzt, um jede Kampfmöglichkeit der Arbeiter beim Ablaufen der Tarifverträge zu verhindern und zu ersticken.

Die Unternehmer fordern Lohnabbau. Wo eine Lohnsenkung gefordert wird, zum Beispiel im Baugewerbe, tritt die Gewerkschaftsbürokratie für die Verlängerung der Tarife ein. Wir müssen diese Methoden der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie durchkreuzen, weil die sozialfaschistische Bürokratie auf Forderungen, die von den Bauarbeitern aufgestellt werden, ausdrücklich verzichten will. Hier ist die Massenbasis, auf der wir versuchen müssen, den Kordon zu durchbrechen, die Form und Möglichkeit, wo wir konkret unsere Methode der Einheitsfronttaktik von unten anwenden können, um das, was in den letzten Wochen versäumt worden ist, nachzuholen und wesentlich zu verbessern.

Ebenso bieten sich in der Kampagne zum 1. Mai besonders günstige Anknüpfungspunkte für die Einheit von unten. Wird nun durch die Richtigstellung begangener Fehler in der Frage des Sozialfaschismus unser prinzipieller Kampf gegen die Sozialdemokratie abgeschwächt? Im Gegenteil. Unser Kurs bedeutet die Anwendung und Verschärfung der leninistischen Politik auch im prinzipiellen Kampf gegen den Sozialfaschismus in allen Formaten. Wir haben die Frage gestellt: Zweifrontenkampf sowohl gegen die Hauptgefahr, den Hauptfeind, die rechten opportunistischen Abweichungen, als auch gegen das mit revolutionären Phrasen geschmückte „linke“ Sektierertum. Das ist der Zweifrontenkampf, den Lenin stets in jeder Situation geführt hat. Eine Notwendigkeit zur Verbesserung unserer politischen Massenarbeit ist die Erhöhung unserer Kampffähigkeit auf verschiedenen Gebieten. Die 1.-Mai-Kampagne muß nicht nur von unseren revolutionären Losungen getragen sein, sondern wir müssen in diesem Jahre die Frage der wirklichen Durchführung des politischen Massenstreiks stellen, entgegen der sozialdemokratischen Tradition, wo nur die Frage der Arbeitsruhe gestellt wurde.

Weil der 1. Mai ein internationaler Kampftag für die Gesamtarbeiterschaft der Welt ist, ist die Organisierung von Maikomitees unter Einbeziehung weiter Schichten der Arbeiterklasse, sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Arbeiter eine Notwendigkeit. Das bedeutet keineswegs eine Wendung unserer Politik, sondern eine Korrektur, eine Durchsetzung der Methoden und Beschlüsse, die wir gefaßt, aber in vergangener Zeit manchmal unterlassen haben, mit der nötigen bolschewistischen Energie durchzusetzen.

Ich will die Broschüre erwähnen, die eben unter dem Titel „Was ist Sozialfaschismus?“ erschienen ist. Hier ist die Frage richtig formuliert. Es heißt unter anderem in der Broschüre:

„Um diese Bestrebungen zur Spaltung der Arbeiterschaft zu durchkreuzen, müssen die klassenbewußten Arbeiter ihre Aufgabe als Führer der Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten verstehen. Sie dürfen sich weder durch die reaktionären Gewerkschaftsstatuten knebeln lassen, noch dem Kampf gegen den Sozialfaschismus innerhalb der Gewerkschaften ausweichen. Sie müssen alle Anstrengungen machen, um gerade die am meisten ausgebeuteten Schichten in die Front des proletarischen Klassenkampfes einzubeziehen. Gegen die korrupte Arbeiteraristokratie und Bürokratie appellieren wir gerade an die untersten Schichten des Proletariats, die am meisten unter der kapitalistischen Ausbeutung leiden, an die Arbeiterinnen, Jungarbeiter, an die Erwerbslosen usw. Die Kommunisten führen einen zähen Kampf um jede Position in den Gewerkschaften, um sie im Interesse der arbeitenden Massen gegen die sozialfaschistische Bürokratie auszunutzen.“ [„Was ist Sozialfaschismus?“ Berlin o. J., S. 31. *Die Red.*]

Diese Broschüre zeigt das Wesen des Sozialfaschismus, die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus kurz und richtig.

Ich fasse noch einmal die wichtigsten Aufgaben für die Zukunft zusammen:

Die erste ist die politische Vorbereitung des 1. Mai unter ausdrücklicher verstärkter Bildung der Maikomitees - möglichst in allen Großbetrieben und Industriezweigen.

Größte Intensität und Aufmerksamkeit auf die Tarifikämpfe und Durchführung von größeren Streiks. Vorbereitung und selbständige Führung von Lohn- und Arbeitszeitkämpfen.

Die Zusammenfassung und Politisierung der neugewählten Betriebsräte durch besondere Betriebsräteausschüsse. Die weitere Aufgabe ist, daß wir alle neugewählten Betriebsräte sowohl allgemein-politisch als auch in den schwierigen Bestimmungen ihres Arbeitsgebietes schulen. Die roten Betriebsräte müssen alle Tarifikämpfe und Streiks energisch vorbereiten und unterstützen.

Die vierte Aufgabe ist die, daß die roten Betriebsräte mit dem sofortigen Ausbau des revolutionären Vertrauensmännerkörpers beginnen müssen, um die Garantie der Verteidigung und Erweiterung der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf allen Gebieten zu geben - natürlich unter Kontrolle und Leitung der Kommunistischen Partei. Nicht nur von oben, sondern wir müssen einen Schritt weiter gehen, denn wir haben eine Situation, in der jeder Kommunist Führer der Massen sein muß im Betrieb, in der Gewerkschaft, unter den Erwerbslosen, unter den neuen Schichten der Arbeiterschaft.

Wenn wir nicht die Schaffung der neuen Kader in Angriff nehmen, in unseren Betriebszellen neues politisches Leben erwecken, sie mit neuen tatkräftigen Arbeitern auffrischen, wenn die Partei nicht aufgerüttelt wird, dann wird es uns noch große Schwierigkeiten bereiten, in die Reihen des Sozialfaschismus und in die inneren Fronten der Bourgeoisie einzudringen.

Es muß noch erwähnt werden, daß die Fluktuation der Mitglieder in unserer Partei noch nicht beseitigt, sondern noch zu stark ist. Die Fluktuation wird in erster Linie vermindert durch bessere Heranziehung der neueingetretenen Mitglieder zur politischen Arbeit und durch Hebung des politischen Niveaus der gesamten Partei in der praktischen Arbeit. Dabei spielt auch die Kassierung eine Rolle. Der Kassierer ist derjenige, der täglich mit den Mitgliedern zusammenkommt, und wir müssen überprüfen, ob der Funktionärstab der Kassierer qualifiziert genug und befähigt ist, unsere neueingetretenen Mitglieder zu halten und ihre Wünsche weiterzugeben.

Vorwärts zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse!

Zum Schluß: Alle diese Fragen muß man im Zusammenhang mit dem Kampf um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats stellen. Ich möchte in diesem Zusammenhang andeuten, daß die politische Diskussion in der Partei in letzter Zeit vernachlässigt worden ist. Wir hatten so viel praktische Aufgaben in der gesamten Partei, daß die politische Diskussion bei allen diesen Fragen zu kurz gekommen ist. Zur Vorbereitung der Bezirksparteitage müssen wir das politische Leben und die Tätigkeit der Partei überall, in allen Betriebs- und Straßenzellen, durch marxistisch-leninistische Problemstellung bei unseren Aufgaben

theoretisch und praktisch erweitern. Die Beschlüsse des Polbüros gegen das „linke“ Sektierertum bedeuten nicht eine Abschwächung des Kampfes gegen den rechten Opportunismus, sondern eine Erweiterung und Vertiefung des leninistischen Kampfes gegen den Opportunismus überhaupt.

Wir mußten feststellen, daß zwischen den revolutionären und reformistischen Teilen der Arbeiterschaft vorübergehend eine gewisse Mauer aufgerichtet wurde - hier lockerer, dort fester -, die durch eine schnelle ideologische Hilfe in der Parteimitgliedschaft und unter den proletarischen Massen leicht zu beseitigen ist. Wenn wir die Frage unserer revolutionären Zusammenarbeit leninistisch stellen, wenn wir durch neue eingreifende Maßnahmen unsere Kräfte ausbalancieren, dann bin ich überzeugt, daß wir einen Schritt weiter marschieren werden und vielleicht in naher Zukunft sagen können, daß unsere Beschlüsse ein neuer Auftakt, ein weiterer Schritt vorwärts in der Entwicklung des Sieges der deutschen proletarischen Revolution sind.

*Ernst Thälmann, „Die Eroberung
der Mehrheit der Arbeiterklasse”,
Berlin 1930.*

Rede auf dem Reichsjugendtag in Leipzig

19. April 1930

Eine entscheidende Entwicklung der kommunistischen Jugendbewegung liegt seit dem IV. Reichstreffen des KJVD in Düsseldorf hinter uns. Schon damals, als wir im Herzen der Schwerindustrie aufmarschierten, zeigte sich die Verbundenheit des KJVD mit den Massen der Arbeiterjugend. Inzwischen haben Partei und Jugendverband die Losung unseres Weddinger Parteitages, die Parole einer entscheidenden Wendung zu den Massen des jugendlichen und weiblichen Proletariats ernsthaft durchzuführen begonnen. Der heutige Massenaufmarsch in der größten Stadt des sächsischen Industriegebietes, der Aufmarsch der roten Kolonnen aus den größten Betrieben Berlins, Hamburgs, des Ruhrgebiets und Sachsens, die überwältigende Beteiligung der proletarischen Jugend aus allen Gegenden Deutschlands - das alles bedeutet einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats.

Die mehr als 30000 Teilnehmer dieses Aufmarsches verzichteten auf die Gastfreundschaft des Rates der Stadt Leipzig, auf die Gastfreundschaft der „linken“ Sozialfaschisten, die hier in ihrer Presse die Parole „Kein Stück Brot, keinen Schluck Wasser, keinen Schluck Bier für die Jungkommunisten!“ ausgegeben haben. Aber wir danken der Leipziger Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit für ihre proletarische Solidarität, für die Aufnahme, die sie den Jungkommunisten bereitet hat.

Hier im Herzen Sachsens, an dieser Stelle, wo einst August Bebet und Wilhelm Liebknecht zum ersten Male in den Deutschen Reichstag gewählt wurden, wo Franz Mehring und Rosa Luxemburg den revolutionären Gedanken in der Arbeiterschaft propagierten, von dieser Stelle, von diesem historischen Boden aus, wo heute wieder in den Reihen der Sozialdemokratie eine proletarische Opposition gegen die Verratspolitik der sozialfaschistischen Führer entsteht, werden wir das weite Ackerfeld der proletarischen Jugendbewegung im ganzen Reich bepflanzen.

Zwei Jugendtage finden an diesem Ostern statt.

In Lüneburg versammelt sich die Sozialistische Arbeiterjugend. Diese Organisation, deren Ziel es ist, die jugendlichen Arbeiter vom Klassenkampf abzuhalten, flüchtet vor den proletarischen Massen der Industriestätten in die Heide, flüchtet damit vor den entscheidenden Fragen des Klassenkampfes.

Anders die Aufmärsche der Kommunisten. Wir marschieren dort, wo die Massen der Proletarier sind, in den großen Städten, angesichts der Fabriken, dort, wo die gesammelte Kraft der revolutionären Bewegung Hunderttausende zusammenballt.

Die Kommunistische Partei weiß um die Nöte der Jugend des Proletariats, des Nachwuchses der revolutionären Bewegung.

Sie ist die einzige Partei, die wirklich den tätigen Kampf für die Tagesinteressen der Jugend des Proletariats, die von den Keulenschlägen der kapitalistischen Rationalisierung und der Ausbeutung am stärksten getroffen wird, führt.

Die Kommunistische Partei ist mit der Jugend des Proletariats im täglichen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung auf das innigste verbunden, so wie sie auf Tod und Leben mit ihr verbunden sein wird, wenn es zum Endkampf für die Befreiung der Arbeiterschaft, zum Sturz des Kapitalismus, für die proletarische Diktatur geht.

Bürgerliche Presse und sozialfaschistische Zeitungen haben gegen euren Aufmarsch gehetzt. Die Hetze beweist nur, daß sie euch fürchten. Wenn diese Leute sich darüber empören, daß wir die Jugend und selbst die Kinder des Proletariats, wie sie sagen, vor den Wagen des Kommunismus spannen, dann erklären wir ihnen, daß wir niemals zulassen werden, daß die Jugend und die Kinder der Arbeiterklasse von der faschistischen Reaktion, von der Kirche

und von den Sozialfaschisten ihren Klassenbrüdern entfremdet werden. Wir halten es für unsere vornehmste Aufgabe, diese Jugend einzureihen in die große Klassenfront zum Kampfe für die Befreiung des Proletariats, sie reif zu machen zur Ablösung der alten Garde der Revolution.

Der Augenblick, in dem dieser Aufmarsch stattfindet, ist gekennzeichnet durch den Abschluß des Youngplans, des gemeinsamen Ausbeuterpaktes der ausländischen und deutschen Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse, des Kriegspaktes gegen die Sowjetunion. Die Bürgerblockregierung und ihr faschistischer Kurs kennzeichnen die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland. Die Kriegsgefahr wächst, der bürgerliche Parlamentarismus ist bankrott, der Sozialfaschismus hat dem Faschismus auch in Deutschland den Weg bereitet. Auf der anderen Seite aber formiert sich immer breiter die revolutionäre Kampffront des Proletariats. In ihren ersten Reihen steht die kämpfende proletarische Jugend in den Betrieben, auf dem Lande, unter den Erwerbslosen, in den Berufsschulen usw.

Der heutige Aufmarsch ist gekennzeichnet als ein Aufmarsch der kämpfenden revolutionären Einheitsfront. Zum ersten Male marschieren in unseren Reihen Delegationen der Sozialistischen Arbeiterjugend aus Berlin, Chemnitz, Kassel und Bayern, marschieren Mitglieder der sozialdemokratischen „Roten Falken“, marschiert eine Delegation christlicher junger Bergarbeiter.

Gestählt im Feuer des Kampfes, wird die Jugend zur Kerntruppe der revolutionären Bewegung. Gegen sie richtet sich der Hauptstoß der Reaktion. So wie 1908 das Reichsvereinsgesetz sich zuerst gegen die Organisation der Arbeiterjugend wandte, ist heute das Berufsausbildungsgesetz gegen die proletarische Jugend gerichtet. Unter den Jugendlichen sehen wir auch zahlreiche Opfer der Klassenjustiz, die gerade hier in Leipzig im Reichsgericht den krassesten Ausdruck findet.

Wir sagen von dieser Stelle aus den Klassenrichtern der deutschen Justiz, daß kein Terrorurteil die revolutionäre Bewegung wird aufhalten können. Wir sagen ihnen zugleich, daß der Tag kommen wird, wo wir, die Vertreter der ungeheuren Mehrheit, Gericht halten werden über die kleine Minderheit der Ausbeuter, in deren Interesse die Klassenrichter heute ihre Urteile fällen.

Wir grüßen von dieser Stelle aus die proletarischen politischen Gefangenen mit dem Gelöbnis, alles für die Befreiung unserer eingekerkerten Kämpfer einzusetzen.

Wir fühlen in diesem Augenblick, wie tief der beste Teil des Proletariats, die Blüte der deutschen Arbeiterklasse, mit uns, mit den Kommunisten, verbunden ist. Mit uns schlagen die Herzen der jugendlichen Arbeiter für den Kampf um die Befreiung des Proletariats, für den Sieg des Sozialismus.

Angesichts eines solchen Nachwuchses kann uns nicht bange sein um das Schicksal der Kommunistischen Partei.

Elf Jahre bürgerliche Republik haben der proletarischen Jugend die Augen geöffnet. Zwölf Jahre des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion haben ihre Begeisterung für die Sache der proletarischen Revolution geweckt. Wir grüßen die Millionenorganisation des Komsomol, wir grüßen die Rote Armee und die Rote Flotte.

Wir brauchen neue Methoden, um auf allen Gebieten des Kampfes die Jugend in unsere Reihen zu ziehen. Von diesem Tage an vollzieht der Kommunistische Jugendverband Deutschlands die entscheidende Wendung zu den Massen der Jungarbeiterschaft, schließt er die kämpfende Einheitsfront gegen die faschistischen Terrororganisationen und gegen den Sozialfaschismus.

Drei Hauptaufgaben hat die kämpfende Jugend des Proletariats:

1. Kampf gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges, für die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes, der Sowjetunion.
2. Kampf gegen die Ausbeuter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen für ihre

politischen Rechte, für die Gleichberechtigung der Jugendlichen mit den Erwachsenen.

3. Kampf gegen den Nationalfaschismus und seine' Terrororganisationen, Kämpf gegen den Sozialfaschismus, für die Gewinnung der jugendlichen Arbeiter, auch der sozialdemokratischen und der christlichen Jungarbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen, für das brüderliche Kampfbündnis der proletarischen Jugend mit den erwachsenen Arbeitern, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Diktatur des Proletariats.

In diesem Sinne geht ihr mit dem Erlebnis dieses gewaltigen Aufmarsches zurück ins Reich. Mobilisiert die Massen des Jungproletariats zum Kampfe gegen seine Ausbeuter unter der Losung der kämpfenden revolutionären Einheitsfront. Seid Helfer und Führer der proletarischen Jugend in allen ihren Kämpfen. Trotz Terror und Verbotsmaßnahmen weiter vorwärts zum Kampf und Sieg!

Der Kommunistische Jugendverband Deutschlands, die kommunistische Partei Deutschlands, die Kommunistische Jugendinternationale und die Kommunistische Internationale, die deutsche Revolution und die Weltrevolution sie leben hoch!

*„Die Rote Fahne“
vom 23. April 1930.*

Es lebe der 1. Mai!

Rede im Berliner Lustgarten

1. Mai 1930

Heute marschieren Millionen Werktätige der ganzen Welt unter den Fahnen der Kommunistischen Internationale für das Ziel: die Befreiung der Menschheit vom kapitalistischen Joch. Am heutigen 1. Mai gedenken wir vor allem der Toten, die im Kampf für eine neue, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung gefallen sind. Ein Jahr ist vergangen seit jenen Tagen vom 1. bis zum 3. Mai 1929 -, als die Polizei unter Führung des Sozialdemokraten Zörgiebel 33 Arbeiter und Arbeiterfrauen niederschloß. Auch heute ist die Bourgeoisie schußbereit und wartet nur auf den Augenblick, in dem sie den Kampf der Massen mit Pulver und Blei niederzwingen kann.

Stürmisch und explosiv entwickelt sich die Arbeiterbewegung in Indien, China, Amerika und nicht zuletzt in Deutschland. Die steigende Welle proletarischer Massenaktionen, der kühne Befreiungskampf des indischen und des chinesischen Proletariats und der armen Bauernschaft verkünden den beginnenden revolutionären Aufschwung.

Von dieser Stelle aus - und zur gleichen Stunde von vielen anderen Orten in ganz Deutschland - senden wir unsere heißen brüderlichen Grüße den kämpfenden Proletariern in Indien und China und unseren Klassengenossen, die in den Zuchthäusern und Gefängnissen der Bourgeoisie eingekerkert sind.

Wir reichen ihnen über die Grenzpfähle hinweg unsere Hände und erklären: Die Zeit muß und wird kommen, wo wir gemeinsam mit euch unter der Führung der Kommunistischen Internationale eine neue Welt des Sozialismus schaffen. Wenn heute von dieser Stelle aus Vertreter des indischen Proletariats zu uns sprechen, so ist dies ein deutliches Zeichen für die internationale Solidarität der Werktätigen der ganzen Welt, die keine nationalen Grenzen und keine Schranken kennen.

Die ökonomische Krise des Weltkapitalismus tritt überall immer stärker zutage. In allen kapitalistischen Ländern wächst das Heer der Arbeitslosen, die kein Brot und keine Arbeit haben und kein menschenwürdiges Dasein mehr führen können. Die Bourgeoisie verstärkt überall den Kurs des Hungers und der Ausbeutung gegen das Proletariat. Rationalisierung und Massenentlassungen, Kurzarbeit und Lohnabbau schmieden die Arbeiter und Angestellten, die Beamten und armen Bauern zu einer unbezwingbaren revolutionären Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei zusammen. Immer lauter ertönt unter den Werktätigen der Ruf nach dem Sozialismus als dem einzigen Ausweg aus der jetzigen Youngsklaverei.

Unser Kampf gilt dem Bürgerblock und der Sozialdemokratie, die den Bürgerblock erst ermöglicht hat. Der Reichsjustizminister der Brüning-Regierung, Bredt, hat sein Programm für die Lösung der Krise aufgestellt: Wenn 20 Millionen Deutsche in einer Nacht ums Leben kommen, dann ist Deutschland das reichste Land der Welt. Dieser Minister wagte es, die Werktätigen als „Kanailles“ zu beschimpfen, die Werktätigen, die alle Kulturwerke geschaffen haben. Bredts Programm ist das Programm der Brüning-Regierung. Wir aber erklären: Die Zeit wird kommen, in der wir jene, die uns heute als „Kanailles“ beschimpfen, dahin bringen werden, wohin sie gehören. Wir werden die Ausbeuter von heute in das Joch derer spannen, die heute bei kärglichem Lohn und langer schwerer Arbeit darben und hungern müssen.

Hunger, Krieg und Diktatur - das ist das Programm der Bürgerblockregierung. Die Sozialdemokratie aber ist die treueste Verfechterin und Stütze dieser Politik, wie es die Lohnpolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer am besten beweist.

In einem Aufruf der II. Internationale heißt es unter anderem: Mit schwerster Sorge erfüllt alle sozialistisch Fühlenden das Schicksal der russischen Revolution. Und weiter heißt es, daß die

Gefahr der Konterrevolution in der Sowjetunion heraufbeschworen werden könne. So heuchlerisch wagen dieselben Leute, die Tag und Nacht gegen die Sowjetunion gehetzt haben und hetzen, sich als Schützer der russischen Revolution aufzuspielen. Mit diesem frechen Betrug will die Sozialdemokratie euch vom Wege der Revolution ablenken und verwirren. Es wird ihr nicht gelingen.

Gerade jetzt wächst mit der steigenden ökonomischen Krise die Gefahr des Krieges der imperialistischen Räuber gegen die Sowjetunion immer mehr an. Der Papst hat zum heiligen Kreuzzug gegen die Sowjetunion aufgerufen. Die „Germania“, das Organ Brünnings, schrieb vor kurzem, daß in Rußland der Antichrist und der Teufel gesiegt hätten. Für sie, für die Kapitalisten, ist es ein Sieg des Teufels, wenn die Arbeiter, Angestellten und armen Bauern ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und den Sozialismus aufbauen. Sie alle hetzen so, weil sie wissen, daß die proletarische Revolution immer heftiger an ihre Türen pocht, weil sie wissen, daß in der Sowjetunion der sozialistische Aufbau von Tag zu Tag stürmischer fortschreitet.

Zieht den Vergleich: Wo ist das Land, in dem die Werktätigen am 1. Mai ohne die Bürgerkriegsgarden der Bourgeoisie demonstrieren können? In welchem Land, außer in der Sowjetunion, begehen die Arbeiter am 1. und 2. Mai einen uneingeschränkten Feiertag? Wo können sie wirklich ihren Sieg, den Sieg der proletarischen Revolution, feiern? In der Sowjetunion begehen sie einen Feiertag, an dem sich die Arbeiter und Bauern mit der Roten Armee, mit den zwei Millionen Komsomolzen - den Hammer in der Faust und das Gewehr in der Hand - verbrüdern und gemeinsam mit den Rotarmisten ihr Treuegelöbnis zur Verteidigung der Sowjetmacht ablegen.

Vergleicht damit das „demokratische“ Deutschland! Denkt an Leipzig, wo erst vor wenigen Tagen die Sturmkolonnen des Jungproletariats aufmarschierten und wo heute, am 1. Mai, der sozialdemokratische Polizeipräsident den Arbeitern das Recht auf die Straße rauben will. Denkt an das konterrevolutionäre Bayern, auch dort sind die Demonstrationen am heutigen Weltkampftage des Proletariats verboten!

Allen Verfolgungen, aller Unterdrückung zum Trotz formiert sich die rote Kampffront unter Führung der KPD. In ganz Deutschland marschieren heute die Werktätigen mit der Kommunistischen Partei auf. Der heutige Massenaufmarsch des roten Berlins erbringt von neuem den Beweis, daß die Massen zur Kommunistischen Partei stehen. Unter ihrer Führung entwickelt das Proletariat immer stärker die große befreiende sieghafte Kraft für den Kampf um die proletarische Herrschaft.

In diesem Sinne begehen wir den heutigen 1. Mai. Wir marschieren gegen den Bürgerblock, gegen Faschismus und Sozialfaschismus. Wir kämpfen um Arbeit und Brot für die Erwerbslosen, um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, wir kämpfen gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, die sich gegen die Sowjetunion richten, wir kämpfen gegen die faschistische Diktatur, für die Klassenherrschaft des Proletariats!

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront des kämpfenden Proletariats! Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Internationale! Es lebe die Sowjetunion und die Rote Armee! Wir grüßen sie, wir grüßen das indische und das chinesische Proletariat mit dem Ruf des nicht zu verbotenden Roten Frontkämpferbundes, mit einem dreifachen kräftigen „Rot Front!“

*„Die Rote Fahne“
vom 3. Mai 1930.*

Aus dem Referat auf dem Bezirksparteitag Wasserkante

*Hamburg, 18. Mai 1930
Zeitungsbericht*

Im Rahmen der gesamten Entwicklung der deutschen Partei hat der Bezirksparteitag Wasserkante eine große Bedeutung. Seit dem letzten Bezirksparteitag sind die Versöhnler, die damals noch ihre Vorstöße machten, vollkommen geschlagen worden. Folgende Hauptfragen stehen auf der Tagesordnung:

1. Die wichtigen neuen Tatsachen in der Entwicklung des internationalen revolutionären Klassenkampfes.
2. Die Verschärfung der Klassegegensätze in Deutschland im Zusammenhang mit der Durchführung des Youngplans.
3. Die Regierungskrise und die Umschichtungen in den bürgerlichen Parteien, die Rolle des Sozialfaschismus und des Faschismus.
4. Die Aufgaben der Partei, die revolutionäre Massenarbeit zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für den Kommunismus.

Der Bezirksparteitag steht im Zeichen der hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise, der weiteren Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und eines neuen revolutionären Aufschwungs. Die Perspektive des X. Plenums hat sich vollauf als richtig erwiesen. Tiefe Krise der Industrieproduktion in allen Teilen der kapitalistischen Welt bei gleichzeitiger tiefer Agrarkrise kennzeichnet die wirkliche Lage des Kapitalismus.

Zwei große Welten stehen sich gegenüber: auf der einen Seite der Kapitalismus im Niedergang und auf der anderen Seite das Proletariat im Aufstieg.

Die amerikanische Krise ist nicht nur für die halbkolonialen Länder in Südamerika, sondern auch für Australien, Japan, für Kanada und besonders für die Länder des europäischen Kontinents, die bereits von der Krise ergriffen werden, von großer Bedeutung. In der „Vossischen Zeitung“ sagte gestern ein Bürgerlicher in einem Leitartikel folgendes über die bestehende „Weltmißwirtschaft“:

„In allen Kulturländern sind Millionen erwerbslos und leiden Not am bescheidensten Lebensbedarf. Gleichzeitig aber haben Amerika und Kanada sechs Millionen Tonnen Weizen in ihren Elevatoren liegen, während am La Plata eine neue Ernte unverkäuflich ist. Zuviel Brot in der Welt, und doch hungern Millionen! Kuba erstickt im Zucker, Brasilien im Kaffee, Japan an Rohseide, Niederländisch-Indien an Gummi, Australien an Wolle, Rumänien an Gerste, Neuseeland an Butter. Die Preise für Kupfer und Zinn rasselten unter Schwankungen in die Tiefe. Auf den Halden türmen sich die Kohlen zu gigantischen Bergen, für die keiner Verwendung weiß. Der Baumwollmarkt stagniert wie nie zuvor: In allen Fabriken der Welt nehmen täglich neue Arbeitermassen die letzte Lohntüte in Empfang und werden aus-geschaltet aus dem überhitzten Prozeß nationaler Produktion.“

Vor uns steht die Entwicklung des neuen revolutionären Aufschwungs zur neuen revolutionären Situation, zum Beispiel in Polen. Die Krise in den verschiedensten Ländern bringt die Verschärfung der sozialen Gegensätze mit sich. In Indien spielt sich ein gewaltiger revolutionärer Kampf ab. Was sich in diesen Tagen in Indien gezeigt hat, ist von ungeheurer Bedeutung nicht nur für Indien selbst, sondern auch für den revolutionären Klassenkampf des Weltproletariats.

Es ist von größter Bedeutung, wenn wir Diskussionen mit sozialdemokratischen Arbeitern über die indischen Probleme führen und die Rolle der sozialdemokratischen MacDonald-Regierung aufdecken. Die Tagung der II. Internationale hat in einer Entschliebung der englischen MacDonald-Regierung das Vertrauen ausgesprochen und kein Wort gegen die

Metzeleien an den indischen Arbeitern und Bauern gesagt. Noch frecher ist ein Aufruf an die Arbeiter der Sowjetunion, der zum Sturze der Sowjetregierung auffordert und eine freche Herausforderung der revolutionären Arbeiterschaft ist. Neben der großen Bewegung in Indien lassen die letzten Ereignisse in China, wo am Ende dieses Monats der Sowjetkongreß stattfindet, ein fortwährendes Anwachsen der revolutionären Kämpfe erkennen. Es müssen Verbindungen mit denjenigen Schiffen aufgenommen werden, die nach Indien fahren. Das gilt besonders für Hamburg.

Im schärfsten Gegensatz zu der Krise in den kapitalistischen Ländern vollzieht sich in der Sowjetunion ein mächtiger Aufschwung des sozialistischen Aufbaus. Gleichzeitig mit der Liquidierung des Kulakentums nimmt die sozialistische Entwicklung, besonders in der Industrie, ein rasendes Tempo an. Kürzlich wurde in Hamburg eine Broschüre des SPD-Senators Neumann mit der Überschrift „Rußland ein Vorbild?“ verteilt. Sie enthält eine Unzahl von Lügen. Alles wird in das Gegenteil verwandelt.

Trotz Vermehrung der Bevölkerung um drei Millionen jährlich, sinkt die Zahl der Erwerbslosen in der Sowjetunion. Neumann berichtet nicht, daß heute in Deutschland 900000 keine Unterstützung erhalten. Am 1. Mai 1929 gab es in der Sowjetunion 1,7 Millionen Erwerbslose, am 1. Februar 1930 waren es nur noch 1200000. Im laufenden Wirtschaftsjahr werden wiederum 800000 Arbeiter neu eingestellt.

Wir können eine ungeheure Steigerung der ideologischen, militärischen und politischen Vorbereitungen zum bewaffneten Interventionskrieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion feststellen. Die Pfaffenhetze leitete eine allgemeine Hetze gegen die Sowjetunion ein, wie sie in einem solchen Ausmaße noch nie seit 1917 zutage getreten ist.

Die Annahme des Youngplans ist von ungeheurer politischer Bedeutung für die Innen- und Außenpolitik Deutschlands. Augenblicklich steht die Durchführung des Youngplans auf der Tagesordnung. Das bedeutet eine weitere Verschärfung der beginnenden Krise in Deutschland, einer Wirtschaftskrise, die sich in den letzten Wochen und Monaten schon in der Industrie auszuwirken begann. Im Baugewerbe, in der Metallindustrie, in der Textilindustrie, in der Schifffahrt, auf den Werften ist ein starker Rückgang der Produktionszahlen festzustellen. Die Schwierigkeit des Absatzes tritt stark in Erscheinung, was ungeheure Massenentlassungen zur Folge hat. In der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie ist die Zahl der Arbeiter um 20000 bis 25000 gesunken. Wir können dieselben Erscheinungen auch hier im Bezirk Wasserkante feststellen.

Die Arbeiterzahl in den Hamburger Betrieben ist stark zurückgegangen. In Kiel sind 50 Prozent der gesamten Arbeiterschaft erwerbslos. Die Zahl der Erwerbslosen in der Nordmark betrug am 30. April 1929 110000, von denen 77000 unterstützt werden. Heute beträgt die Zahl 171000, von denen 126000 unterstützt werden. Bei den Bauarbeitern stieg die Erwerbslosigkeit von 1700 auf 5600. Die allgemeinen Schwierigkeiten für die deutsche Bourgeoisie nehmen zu, wobei die Exportoffensive des amerikanischen Imperialismus und sein Eindringen in die deutsche Wirtschaft eine besondere Rolle spielen. Das wichtigste Problem für die deutsche Bourgeoisie ist das Exportproblem. Sie will versuchen, in den wichtigsten Gebieten der Welt durch ganz billige Produktionspreise die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. In diesem Zusammenhang sehen wir, daß das Finanzkapital seine Offensive gegen das Proletariat verschärft. Die Erwerbslosenunterstützungssätze werden herabgesetzt, und die Lebenslage der Arbeiterklasse wird verschlechtert. Die innenpolitische Durchführung des Youngplans bedeutet verstärkte Rationalisierung und Durchführung des Agrarprogramms auf Kosten der Werktätigen.

Die Anwendung von faschistischen Methoden gegen das Proletariat verschärft sich im Gefolge dieser Entwicklung. Neben der Faschisierung des Staatsapparates geht die Faschisierung der Gewerkschaften vor sich. Die Krise in einigen bürgerlichen Parteien bereitet die faschistische Diktatur vor. Die Klassengegensätze verschärfen sich. Je größer die

Schwierigkeiten werden, um so reaktionärer und faschistischer wird die Regierung gegen das Proletariat und gegen alle werktätigen Schichten vorstoßen. Wir müssen die Differenzen in der Bourgeoisie, die Entwicklung der kleinbürgerlichen Schichten genau studieren.

Es ist kein Zufall, daß zum Beispiel in Schleswig-Holstein die Nationalsozialisten ihr politisches Wirkungsfeld von der West- zur Ostküste verlegten. Wir sehen in der Nationalsozialistischen Partei verschiedene Zersetzungserscheinungen. Auf einer Konferenz in Heide ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Nach unseren Informationen soll dort erklärt worden sein, daß der Sturz des jetzigen herrschenden Regimes eine Notwendigkeit sei und daß, wenn die Kommunisten dazu übergehen werden, dieses Regime zu stürzen, man nicht gegen diese Maßnahmen auftreten wolle. Das zeigt, daß bei Arbeitern, die den Nationalsozialisten folgten, trotz ihrer noch bestehenden Illusionen eine Änderung der Anschauungen einsetzt.

Wir müssen uns auf alle Arbeiterschichten orientieren, auch wenn sie jahre- oder jahrzehntelang verirrt waren. Auch bei den SPD-Arbeitern zeigen sich die Gärungserscheinungen. Frühere SPD-Arbeiter sind bei uns, wie auf dem letzten Ruhrgebietsparteitag festgestellt wurde, so gute Funktionäre geworden, daß sie schon heute hohe Funktionen in der Partei innehaben.

Unsere Taktik gegen die Faschisten, die mit Mordwaffen auftreten und revolutionäre Arbeiter niederschlagen, ändert sich nicht, aber ändern muß sich die ideologische Zersetzungsarbeit unserer Partei auf diesem Gebiet. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auch die Fragen der Bürgerblockregierung zu berühren. Die Existenz der Bürgerblockregierung hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die Existenz der Preußenregierung bildet eine gewisse Stärkung des weiteren Bestandes der Bürgerblockregierung, weil die Koalitionsregierung in Preußen der Reichsregierung Hilfestellung bietet.

Die Taktik der Unternehmer hat sich wesentlich verändert, genauso, wie wir unsere Taktik an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes geändert haben. Bei der Aussperrung seitens der Hüttenbarone Ende 1928 wandten die Vertreter der Regierung eine neue Schlichtungspraxis an. Es war kein Zufall, daß wir bei dieser Aussperrung die Frage der Konzentrierung auf die unorganisierten Massen aufrollten. Für die neu angewandte Taktik war die Bewegung der Werftarbeiter, die am 1. Oktober 1929 einsetzte und 14 Wochen dauerte, von großer Bedeutung. Sie zeigte, daß die Werftarbeiter unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition wie eine Mauer standen und die Werftindustriellen geradezu zu bestimmten Maßnahmen zwangen, die uns politischen Erfolg brachten.

Bei den Wahlen im Vorjahr stellten wir in 15 Betrieben rote Listen auf, in diesem Jahre in 80 Betrieben. Das ist natürlich ein bescheidener Erfolg, aber durchaus nicht zufriedenstellend. Die Partei ist gewachsen und stärker geworden und hätte mehr erreichen müssen. Im Ruhrgebiet wurden im Vorjahre in 51 Betrieben rote Listen aufgestellt, in diesem Jahr aber in 165 Betrieben von nur 250 Betrieben insgesamt. Das ist ein Durchbruch, wobei große Schwierigkeiten in dieser Entwicklung zu verzeichnen waren. Im Bezirk haben wir in den Industriezweigen Schleswig-Holsteins zum Teil positive Arbeit geleistet. Auf der anderen Seite zeigen sich sehr ernste Schwächen, wie in Kiel, auf den Deutschen Werken, auf der Howaldt-Werft und auf der Germania-Werft. Wir haben in verschiedenen Fällen gesehen, daß die Genossen vor der Unternehmeroffensive zurückweichen, daß der Opportunismus in unseren eigenen Reihen hervortritt.

Warum stellen wir auf dem Bezirksparteitag die Fragen so scharf? Heute ein klares Bild geben zu können, in welcher Form und in welchen Einzelheiten die Bourgeoisie ihre Methoden ändern will, ist nicht möglich. Aber das eine können wir sagen, in den nächsten Wochen und Monaten wird die Offensive des Unternehmertums noch stärker, und die Kommunistische Partei muß auf dieses Vorgehen ihr Augenmerk richten.

Das wichtigste Problem bei der Gegenüberstellung unserer Lohnpolitik und der

Lohnabbauoffensive der Unternehmer ist: Wie können wir neue Reserven in unsere Klassenfront hineinbringen, und wie können wir im Proletariat eine politische Ideologie schaffen, welche es in den Stand setzt, der Taktik der Unternehmer die eigene Taktik entgegenzustellen?

Diese Frage spielt eine außerordentlich große Rolle, weil wir neue Methoden, neue Mittel suchen müssen, um diese Maßnahmen einzuleiten. Das Unternehmertum bedient sich bei seinen Vorstößen des National- und Sozialfaschismus, es versucht, die revolutionäre Front zu dezimieren.

Natürlich wird es der deutschen Bourgeoisie nicht so leicht sein, solche Dezimierungsmaßnahmen durchzusetzen, wie es ihr in Italien gelungen ist. Aber wir müssen trotzdem sehen, daß die Bourgeoisie ihre Maßnahmen durchzuführen versucht, wenn nicht genügend energische Gegenaktionen des deutschen Proletariats geführt werden.

Die Auswirkungen dieser Lohnabbauoffensive der Unternehmer spüren wir in allen Industriezentren Deutschlands. Auch im Bezirk Wasserkante stehen uns große Kämpfe bevor. Die Kündigung des Werftarbeiter tarifs fällt zeitlich mit den kommenden Lohnkämpfen im Ruhrgebiet und in Oberschlesien zusammen. Wir müssen erkennen, daß die Maßnahmen zur Einleitung der Lohnbewegung reichlich spät getroffen wurden und daß wir viel aufzuholen haben. Zur selben Stunde, da dieser Bezirksparteitag tagt, findet bereits in Duisburg eine Konferenz aller Bergarbeiter statt, die zur Kündigung des Tarifs im Bergbau Stellung nimmt. Die kurze Frist bis zum Ablauf der Tarife muß benutzt werden, um mit aller Kraft die Mobilisierung der Massen zu betreiben. Die Lohnabbauoffensive der Unternehmer zeigt verschiedene Variationen. Sie machen durchaus nicht halt bei einem Abbau von vielleicht 20 bis 30 Prozent, sondern die Maßnahmen im Stahlwerk Becker und im Mansfelder Kupferbergwerk zeigen, daß sie mit den raffiniertesten Methoden vorgehen, um die Arbeiter um Lohn zu betrügen. Die Gewerkschaftsbürokratie unterstützt dieses Vorgehen nicht nur durch ihre Passivität, sondern versucht sogar, den Arbeitern den Lohnabbau schmackhaft zu machen und sie auf bessere Zeiten zu vertrösten.

Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition werden wir neue Wege einschlagen und neue Mittel in den künftigen Wirtschaftskämpfen anwenden. Unsere ganze Kraft muß darauf verwandt werden, alle Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammenzufassen und die politische Arbeit in den Gewerkschaften zu verstärken. Unsere große Linie der Erfassung der Massen in der revolutionären Gewerkschaftsopposition - neben der Partei - zeigt sich in der Bildung von Betriebsausschüssen, Lohnkommissionen usw., die eine große Rolle bei den Forderungen der Belegschaften spielen werden.

Die durch die kapitalistische Rationalisierung bedingte Änderung der Struktur der Arbeiterschaft zeigt sich insbesondere in der Einbeziehung von Millionen Jungarbeitern und Jungarbeiterinnen und der sich ständig vergrößernden Zahl der ungelerten Arbeiter im Produktionsprozeß. Diese Massen müssen wir gewinnen und organisieren, wenn wir nicht einen großen Rückschlag erleiden wollen. Der skandalöse Abbau der Erwerbslosenversicherung zeigt uns, daß die Lohnabbauoffensive der Unternehmer nicht isoliert, sondern parallel mit dem Generalangriff auf die Lebenshaltung der werktätigen Schichten vor sich geht. Das zeigen uns auch die Fusionen der letzten Zeit sowie die Monopolisierung auf dem Gebiete des Schiffahrtswesens, die eine verstärkte Ausplünderung der Seeleute bedeuten. Wir sehen also auf allen Gebieten, wie dieser Angriff sich auswirkt, und müssen erkennen, daß es höchste Zeit ist, zum Gegenangriff überzugehen.

Daß die Massen kämpfen wollen, zeigt uns das Wachsen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die trotz der großen Ausschlußkampagne hier im Bezirk ständig zunimmt. Neue große Reservekolonnen müssen zur revolutionären Arbeit herangeholt werden, um unsere Idee in die Massen hineinzutragen und die revolutionäre Einheitsfront zu

schaffen.

Im internationalen Maßstabe stehen sich zwei Kongresse gegenüber. Vier Wochen nach dem V. RGI-Kongreß veranstaltet die Amsterdamer Internationale ihren Kongreß. Die Vorbereitungsarbeiten zur Durchführung unseres V. RGI-Kongresses müssen wir mit aller Kraft entfalten. Die Delegationen nach der Sowjetunion, die diesen Kongreß besuchen werden und die sich aus christlichen, parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern zusammensetzen, werden das Leben und Treiben in der Sowjetunion prüfen und nach ihrer Rückkehr allen Verleumdern der UdSSR wirkungsvoll entgegentreten können.

Unsere große Aufgabe ist es, die Arbeiter zusammenzuschmieden, ohne daß unsere Linie auch nur im entferntesten gefährdet wird. Das ist das größte Problem, über das wir in unseren eigenen Reihen in letzter Zeit mit einigen Genossen innerparteiliche Auseinandersetzungen gehabt haben. Unbeirrbar müssen wir unseren Weg gehen, ohne uns durch die falschen Auffassungen vereinzelter Genossen in der Frage der Anwendung der Einheitsfronttaktik und der Frage des Sozialfaschismus ablenken zu lassen. Viele Genossen glauben, daß sie ein Domizil haben, weil sie zehn Jahre in der Partei sind. Die Frage der Entwicklung einer Partei wie der unsrigen, stellt größere Anforderungen an uns als selbst unsere Funktionäre glauben. Die Partei muß das Tor weit öffnen, um die in Bewegung befindlichen Massen aufzunehmen und sie in den Dienst der revolutionären Propaganda zu stellen.

Eine ungeheure Bedeutung hat unsere Arbeit unter den Landarbeitern, die sich in einer elenden sozialen Lage befinden. Dabei müssen wir in Betracht ziehen, daß der Faschismus besonders das Landgebiet zu seinem Aufmarschgebiet zu machen versucht. Die faschistische Orientierung von der West- zur Ostküste hat eine ganz bestimmte strategische Bedeutung: Bei den kommenden Kriegsoperationen im Osten wird die Ostküste die größte Rolle spielen.

Ich kann nur noch einige Punkte streifen. Ich begrüße es, daß in der Frage der Frauenbewegung bessere politische und organisatorische Erfolge zu verzeichnen sind als auf dem letzten Parteitag. Die Entwicklung des Jugendverbandes zeigt einen stürmischen Schritt vorwärts. Der Aufmarsch in Leipzig bewies, welches ungeheure Reservoir die Jungarbeiter darstellen und daß wir mit aller Kraft darangehen müssen, dort festen Fuß zu fassen. Bei der steigenden Zahl der politischen Gefangenen muß die finanzielle Stärkung der Roten Hilfe mit allen Kräften betrieben werden.

Ich will zum Schluß bemerken: Wenn wir unsere Gesamtarbeit vom letzten Parteitag bis heute übersehen, so glaube ich, können wir wesentliche Erfolge feststellen. Das darf aber keine Selbstzufriedenheit bei uns auslösen, sondern muß uns anspornen, die vorhandenen Schwächen im raschesten Tempo zu beseitigen. Unsere größte Aufgabe ist es, neue Funktionäre heranzuziehen, um im weitesten Umfang unsere Arbeit zu steigern. Es ist notwendig, daß wir in den eigenen Reihen zur Mobilisierung unserer eigenen Mitglieder und Funktionäre mehr über die politische Lage diskutieren. Wir müssen den kollektiven Geist stählen, das Entscheidungsrecht heben, damit zu neuen politischen Taten und neuem politischen Leben Lust und Liebe geschaffen wird. Das politische Leben muß in den Vordergrund rücken.

Ich möchte zum Schluß sagen: Die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise in den europäischen und in den anderen kapitalistischen Ländern zeigt uns, daß der Kapitalismus sich in steigender Zersetzung befindet. Wir müssen endlich begreifen lernen, daß wir mit entschlossenem Willen, revolutionärer Tatkraft, kühnem Mut unsere Generallinie beziehen müssen und daß die Partei es verstehen muß, neue Zehntausende, ja, Hunderttausende in eine Front zu bringen. Schritt für Schritt vorwärtsgehend werden wir der Unternehmeroffensive die eigene Offensive entgegensetzen.

Wenn wir in diesem Sinne mithelfen, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu stärken, hat der Parteitag auch eine große politische Bedeutung, so daß wir sagen können: nicht rückwärts, sondern vorwärts zu neuen Siegen!

„Hamburger Volkszeitung“ vom 19. Mai 1930.

Die nächsten Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition

*Aus der Rede in der Sitzung des Reichskomitees der RGO
Berlin, 23. Mai 1930*

Zwei große Tagungen stehen in der nächsten Zeit bevor: der V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau und der Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Stockholm. Es ist die Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter, in den Betrieben, in den Gewerkschaftsorganisationen und auf den Stempelstellen eine breite Diskussion über diese zwei Tagungen zu entfalten.

Wer wird in Moskau zusammenkommen und wer in Stockholm? Am RGI-Kongreß werden 600 Delegierte aus den Betrieben der ganzen Welt teilnehmen. Wieviel Betriebsarbeiter werden in Stockholm sein? In Stockholm wird kein einziger Betriebsarbeiter am Kongreß teilnehmen.

In Moskau werden Metallarbeiter aus Berlin, Verkehrsarbeiter aus Paris, Textilarbeiterinnen aus Bombay, Ford-Arbeiter aus den Vereinigten Staaten zusammenkommen, um über ihre Nöte zu beraten. In Stockholm vereinigen sich ehemalige und kommende Minister der verschiedenen bürgerlichen Regierungen. In Moskau wird über den Sturz des Systems der Lohnsklaverei beraten werden, in Stockholm - über die Aufrechterhaltung und Rettung dieses verfaulten Systems.

Die Fragen, die zur Zeit im Mittelpunkt des Interesses der deutschen Arbeiterklasse stehen, werden auch im Mittelpunkt der Beratungen der RGI stehen. Welche Tatsache ist jetzt die wichtigste für die deutschen Arbeitermassen, was steht im Mittelpunkt der Diskussionen in den Betrieben und in den Arbeiterhäusern? Das Attentat der Unternehmer auf den Lohn und auf die Arbeitslosenunterstützung.

Aus allen Teilen des Reiches kommen in den letzten Monaten fast täglich Mitteilungen über Lohnabbau in den Betrieben. Im Stahlwerk Becker, in der Mansfeld-AG, im Alexanderwerk Solingen, in vielen Textilbetrieben wird der Lohn abgebaut. Diese Fälle sind bekannt, aber in unzähligen Betrieben wird der Lohn auf Umwegen, durch verschiedene raffinierte Mittel gekürzt.

Die Anschläge auf die Arbeitslosenunterstützung sind nur zu bekannt. Die Bourgeoisie führt hier ein großes Spiel: Sie will das große Heer der Arbeitslosen physisch und moralisch zermürben, damit diese Masse die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben drücken soll.

Die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den deutschen Betrieben sind aber keineswegs nur eine deutsche Angelegenheit. Die Kapitalisten aller anderen Länder werden den Erfolgen der deutschen Bourgeoisie nicht ruhig zusehen, sie werden dasselbe in ihren eigenen Ländern tun. Es ist die Aufgabe des V. RGI-Kongresses, über Wege und Mittel zu beraten, die es möglich machen, der internationalen Offensive der Ausbeuter die internationale Arbeiteroffensive gegenüberzustellen.

Wir sind an der zentralen Frage unserer gesamten Arbeit angelangt. Wie sieht es mit der Organisierung des Widerstandes und der Offensive der Arbeitermassen gegen die ununterbrochenen Angriffe der Ausbeuter aus? Hier und da greifen einzelne Betriebe, einzelne Abteilungen zum Widerstand. Das sind aber nur Anfänge. Hunderte und Tausende Betriebe müssen in den Kampf geführt werden, wenn dieser Kampf erfolgreich sein soll. 1,4 Millionen Bauarbeiter standen vor einigen Monaten in Tariffbewegungen, für viele Hunderttausende Textilarbeiter waren in der letzten Zeit die Tarifverträge abgelaufen. Der Bourgeoisie ist es aber mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie gelungen, die Verträge unter

Dach und Fach zu bringen. In den nächsten Monaten werden weitere Millionen Arbeiter in Bewegungen stehen. Wir müssen mit bolschewistischer Offenheit vor dem Forum aller unserer Anhänger, vor dem Forum der gesamten deutschen Arbeiterklasse die Frage stellen: Ist unsererseits alles getan worden, um diese Kämpfe auszulösen, um den revolutionären Widerstand der Massen zu organisieren? Gewiß, die mit dem kapitalistischen Staat versippte und verbundene Gewerkschaftsbürokratie ist eine für die Erhaltung des Kapitalismus sehr starke, nicht zu unterschätzende Stütze. Gewiß ist der Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie noch sehr stark. Gewiß ist der revolutionäre Durchbruch in der Einstellung und Ideologie der deutschen Arbeiterschaft keine Kleinigkeit, den man von heute auf morgen durchsetzen kann. Aber trotz alledem müssen wir uns die Frage stellen: Haben wir genug getan, um unsere Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse zu erfüllen?

Wir haben zweifellos große Erfolge auf dem Gebiete der Gewinnung der Betriebe für den revolutionären Kampf zu verzeichnen. Wir müssen aber zur gleichen Zeit Unterlassungen in unserer Gewerkschaftsarbeit feststellen. Fünf Millionen Arbeiter sind in den freien Gewerkschaften organisiert und nicht weniger als anderthalb Millionen in den übrigen. Millionen organisierter Arbeiter können und müssen unter die Fahnen des revolutionären Klassenkampfes gebracht werden. Sie müssen zusammen mit ihren unorganisierten Klassenbrüdern zum Kampf vereinigt werden. Jedes aktive Mitglied der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß sich prüfen, ob es alles getan hat, um in seiner Gewerkschaft, in seiner Branche die organisierten Kollegen von der Richtigkeit unserer Linie, von der Richtigkeit unserer Forderungen zu überzeugen.

Nur zwei Beispiele: Die Massenerwerbslosigkeit ist eine wichtige Erscheinung unserer Zeit. Sie interessiert am lebhaftesten auch die Arbeiter, die noch im Betrieb stehen, da sie doch jeden Tag dazu verurteilt werden können, stempeln zu gehen. Warum haben es die oppositionellen Kollegen nicht verstanden, die Erwerbslosenfrage in den Gewerkschaften aufzurollen? Hier ist die beste Möglichkeit gegeben, die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie vor den breiten Massen der organisierten Kollegen bloßzustellen, ihren Verrat an der Arbeiterklasse zu brandmarken.

Oder betrachten wir eine andere Frage: die Verbandstage verschiedener Gewerkschaftsorganisationen. Die Mitgliedschaft der Verbände schenkt den Verbandstagen - mit Recht oder Unrecht, das ist eine andere Frage - eine erhöhte Aufmerksamkeit. In der nächsten Zeit stehen drei Tagungen großer Verbände bevor: die der Bergarbeiter, der Textilarbeiter und der Bauarbeiter. Die Vorbereitungen der Gewerkschaftsopposition zu diesen Verbandstagen ist aber noch sehr mangelhaft.

Die Gewerkschaftsopposition hat ihre Tarifvertragsforderungen für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie und für die Berliner Metallindustrie formuliert. Das ist zweifellos ein guter Anfang, aber nur ein Anfang. Es ist unsere Aufgabe, diese unsere Forderungen zu popularisieren, sie zum Gemeingut der Arbeiter der entsprechenden Industrien, ob organisiert oder unorganisiert, zu machen.

Die Gewerkschaftsbürokratie versteht ganz genau, welche Gefahr wir für ihre Herrschaft darstellen. Sie reibt sich die Hände vor Freude über unsere Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit. Dort, wo wir in den Gewerkschaften arbeiten und unseren Einfluß verstärken, dort geht die Gewerkschaftsbürokratie dazu über, uns mit allen brutalen Mitteln hinauszuerwerfen. Sie scheut sich nicht, große Organisationen zu spalten und auszustoßen. Wir denken nicht daran, vor der Gewerkschaftsbürokratie irgendwie zu kapitulieren. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, den Widerstand gegen die Ausschlüsse zu organisieren, die Ausschlüsse immerschwieriger und kostspieliger für die Gewerkschaftsbürokratie zu machen. Dort, wo die Bürokratie ganze Organisationen abspaltet, bleiben sie natürlich unter ihrer demokratisch gewählten Führung weiter bestehen. Wir kämpfen aber für ihre Wiederaufnahme und zeigen damit der gesamten Arbeiterschaft, wer die Spalter, wer die

Zerstörer der Einheitsfront und der Organisationen der Arbeiterklasse sind.

Wir, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, sind die einzige Kraft, die den Widerstand gegen die Bourgeoisie organisieren kann. Das Reichskomitee der RGO ist die zentrale Leitung der Gewerkschaftsopposition. Ihr, die ihr heute zusammengekommen seid, seid der Stab zur Organisation der Abwehr- und Angriffskämpfe des deutschen Proletariats gegen die Verschlechterungen und für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Diese Erkenntnis über die Rolle der Gewerkschaftsopposition, über die Rolle des Reichskomitees der RGO muß aber nicht die Ansicht von Zehntausenden bleiben, sie muß zum Gemeingut von Hunderttausenden und Millionen, zum Gemeingut der gesamten deutschen Arbeiterklasse werden.

*„Die Rote Fahne“
vom 27. Mai 1930.*

Aus der Rede auf dem Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark

*Berlin-Wedding, 26. Mai 1930
Zeitungsbericht*

Die besondere politische Wichtigkeit des Bezirksparteitages wird schon aus der Tatsache der großen strategischen Bedeutung, die Berlin für Deutschland hat, erhellt. So wie die russische Revolution in Petersburg und Moskau begann, so wird das Hauptzentrum der deutschen Revolution und die Hauptstadt des kommenden Sowjetdeutschlands Berlin sein. Schon darum muß die Berliner Organisation den anderen Bezirksorganisationen um mehrere Schritte voraus sein.

Ein Vergleich zwischen dem X. Berliner Reichsparteitag und dem XII., dem Weddinger Reichsparteitag, beweist, daß wir heute eine viel engere Fühlung mit den Massen haben als zur Zeit des absolut unbefriedigenden X. Parteitages. Was sind die wichtigsten Tatsachen in der Zeit vom letzten bis zum jetzigen Bezirksparteitag? Das erste ist die Durchbrechung des Demonstrationsverbotes und die Durchführung verbotener Demonstrationen, deren Höhepunkt der 1., 2. und 3. Mai 1929 waren, wo wir die Massen der Arbeiter auf die Straße brachten. Da zeigte sich, daß wir nicht nur um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats kämpfen, sondern die Partei der proletarischen Revolution sind,

Der zweite große Erfolg ist das Stimmenergebnis vom 17. November 1929. Jeder vierte Wähler gab in Berlin seine Stimme für das kommunistische Programm. Das muß unser Selbstbewußtsein stärken.

Die dritte Tatsache sind die Betriebsrätewahlen, bei denen trotz großer Schwächen und Mängel, trotz Fehler und Mißerfolge in wichtigen Berliner Betrieben eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen ist.

Unsere bisher geleistete Arbeit muß einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden. Ich will nur eine Kategorie hervorheben: die Eisenbahner. Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen bei ihnen ist, obwohl wir einige starke Erfolge erzielen konnten, durchaus noch nicht befriedigend. Hier müssen wir unsere Arbeit außerordentlich verstärken. Sind doch die Eisenbahner ungeheuer wichtig für uns. Bei einem Kriege gegen die Sowjetunion oder während des Bürgerkrieges im eigenen Lande spielen die Eisenbahner eine besonders große Rolle, was eine kurze Überlegung allen Genossen und Genossinnen klarmachen wird. Da hängt für uns von der Gewinnung der Eisenbahner unendlich viel ab, nämlich die Beschleunigung und Sicherung des proletarischen Sieges und die Verminderung unserer Opfer.

Zu den inneren Fragen der Organisation gehört auch die Wendung, die wir auf dem Weddinger Parteitag zu den Arbeiterinnen und der Jungarbeiterschaft vollzogen haben. Wir können mit dem Ergebnis unserer Frauenarbeit nicht zufrieden sein. Wo ist unsere Arbeit in den feindlichen, bürgerlichen, den katholischen und den evangelischen Vereinen, in denen große Frauenmassen organisiert sind? Wir sitzen wie der Vogel auf dem Baum und singen das alte Lied: „Es wird schon besser werden.“

Die Anforderungen, die die Arbeiterschaft an unsere roten Betriebsräte stellt, zeigen zusammen mit der hohen Stimmenzahl das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Partei, und wir können konstatieren, daß die Autorität der Partei in den proletarischen Massen und auch in den proletarischen Organisationen noch niemals so groß war wie gerade jetzt. Natürlich muß das noch weit besser werden; denn an einigen Abschnitten der Berliner Organisation haben wir Schwächen und Stimmungen, die zeigen, daß manche Genossen nicht zufrieden sind. Um das zu ändern, müssen wir das politische Leben auf der Grundlage der inneren

Parteidemokratie in unseren eigenen Reihen sehr stärken. Wir dürfen nicht zuviel Kommandeure, sondern müssen mehr Helfer sein. Damit sollen natürlich nicht irgendwelche syndikalistischen Stimmungen in unseren eigenen Reihen geweckt werden.

Wir haben seit unserer großen Werbekampagne nach dem 17. November 7000 neue Mitglieder aufgenommen. Aber nicht alle haben wir in unseren Reihen gehalten. Es ist nötig, nach der Ursache zu forschen. Man darf die neu in die Partei eintretenden Mitglieder nicht als Genossen zweiter Klasse behandeln. Man muß sie als gleichwertige Kampfgenossen in unsere Arbeit voll einreihen und sie mit den Aufgaben der KPD vertraut machen. Dazu gehört auch, daß wir unsere Mitgliederversammlungen interessant gestalten. Oft ist die Tätigkeit unserer Betriebs- und Straßenzellen viel zu begrenzt.

Eine der größten Schwächen der Partei ist das Problem der Kindererziehung. Es gibt sogar kommunistische Eltern, die so konservativ sind, ihre Kinder nicht wieder in den Jungspartakusbund zu schicken, weil sie einmal statt um 8 erst um 8½ Uhr nach Hause gekommen sind. Mit den Schwächen auf diesem Gebiet überlassen wir der bürgerlichen Welt, dem Faschismus und dem Sozialfaschismus die Erziehung der proletarischen Kinder.

Viel stärker müssen wir das Gesicht dem Dorfe zuwenden. Die Nationalsozialisten suchen das proletarische Berlin durch Gründung faschistischer Landortsgruppen zu umkreisen. Jetzt entfaltet auch die Bezirksleitung eine breite Tätigkeit auf dem Lande. Obwohl sich unsere prinzipielle Stellung zur Nationalsozialistischen Partei nicht im geringsten ändert, wäre es eine Gefahr, wenn wir auf die Provokationen der Mordbuben in der Führung der Nazis eingingen. Wir werden uns von ihnen nicht dezimieren lassen, sondern sie dezimieren, aber nicht nur, indem wir sie zurückschlagen, wenn sie prügeln, stechen und schießen, sondern wir müssen auch ideologische Zersetzung in die Reihen der Nazis tragen. Wir haben in Schleswig-Holstein damit schon große Erfolge gehabt. So wie dort, können wir auch im übrigen Reich die faschistische Front zersetzen.

Zwei große Kongresse werden in der nächsten Zeit stattfinden, und zwar der V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, der gleichzeitig das zehnjährige Bestehen der RGI feiern wird, und vier Wochen später in Stockholm die Tagung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Auf dem V. RGI-Kongreß werden Arbeiter aus den Großbetrieben der ganzen Welt vertreten sein. Allein Deutschland entsendet 40 Delegierte. Außerdem werden 60 Teilnehmer von den Delegationen, die zur Zeit in der Sowjetunion weilen, eingeladen. Aber auch aus Frankreich, England, Österreich, vom Balkan und aus den Randstaaten, aus Amerika, aus den Kolonien und Halbkolonien werden Betriebsvertreter anwesend sein, um über ihr eigenes Schicksal zu beraten. Bei der Amsterdamer Konferenz wird nicht ein einziger Betriebsarbeiter anwesend sein, und dieser Kongreß wird über die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft beraten.

Über die Weltprobleme, die vor den beiden Kongressen stehen und schon von der Exekutive der II. Internationale auf ihre Art angeschnitten werden mußten, müssen wir unter den Arbeitern Klarheit schaffen. Es ist von besonderer Bedeutung, daß die II. Internationale, deren Theorie doch immer die des organisierten Kapitalismus war, jetzt in ihrer Entschliebung von einer Weltwirtschaftskrise sprechen und den anarchischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise eingestehen muß. Warum das? Die „linken“ Manöver sind notwendig, damit die II. internationale ihre Positionen vor allem in den kolonialen und halbkolonialen Ländern nicht ganz verliert.

Auf derselben Tagung hat die II. Internationale einen Aufruf an die Arbeiter der Sowjetunion gerichtet und sie zum Sturz der Räteregierung „im Interesse der Rettung der russischen Revolution“ aufgefordert. Wie können solche Leute à la MacDonald, Vandervelde und Noske, die jede proletarische Revolution blutig erstickten, die jede nationale Regung in den Kolonien mit Bomben und Giftgasen beantworten, wie können sie sich als „Retter der russischen Revolution“ aufzuspielen wagen?! Das ist eine freche Herausforderung der internationalen

Arbeiterschaft. Hier wird ein tückisches Spiel getrieben, das auch auf dem Stockholmer Gewerkschaftskongreß der Amsterdamer fortgesetzt werden soll. Er will sich mit den Ländern beschäftigen, wo die bürgerliche Demokratie nicht mehr existiert, also mit den Ländern der faschistischen Diktatur einerseits und dem Reich der proletarischen Diktatur andererseits. Man will die Macht des sozialistischen Aufbaus diskreditieren, um die bürgerliche Demokratie den Arbeitern schmackhaft zu machen. Wir müssen die sozialdemokratischen Arbeiter immer wieder vor die Frage stellen, ob es ein „Hineinwachsen“ in den Sozialismus überhaupt geben kann, wenn der Grund und Boden, die Produktionsmittel, die Fabriken und Banken der Bourgeoisie gehören. Der ideologische Vorstoß, mit dem wir jetzt kräftig beginnen müssen, wird dadurch ungeheuer erleichtert, daß unsere Theorie durch alle Tatsachen bestätigt worden ist. Hat doch die Beteiligung der SPD an der Regierung nicht, wie die Sozialfaschisten den Arbeitern weismachen wollten, zu einer Schwächung, sondern zur Stärkung des Kapitalismus geführt, der in den sozialdemokratischen Führern wichtige Werkzeuge zur Niederschlagung des Proletariats besitzt. Und diese Werkzeuge funktionieren - und gerade jetzt, wo die SPD aus der Regierung geflogen ist und wo das Finanzkapital nicht mehr anonym durch seine Agenten in der Regierung vertreten ist, sondern seine Kommandohöhen selbst besetzt hat. Das ist doch alles so klar, daß wir sofort Zehntausende neuer Kämpfer gewinnen müssen, wenn wir nur unsere ideologische Aufklärungsarbeit vervielfachen.

Auf dem Stockholmer Kongreß der Amsterdamer und dem RGI-Kongreß stehen zwei Weltanschauungen einander gegenüber. Amsterdam glaubt an den Kapitalismus. Wir sehen seinen tiefen Niedergang, die 18 Millionen Erwerbslosen, die 60-70 Millionen Hungernden in der Welt, die wahnwitzige Anarchie der kapitalistischen Produktion, die zur Massenvernichtung von Kaffee, Tee, Baumwolle und zahlreichen anderen Gütern führt - aber auf der anderen Seite sehen wir in dem Lande, wo das Proletariat herrscht, den großen sozialistischen Aufbau.

Neben der wirtschaftlichen Krise sehen wir die tiefgehenden politischen Erscheinungen, vor allem die Frage der indischen Revolution. Die II. Internationale hat die „Selbständigkeit“ Indiens befürwortet, ohne auch nur mit einem Wort gegen die schrecklichen Metzeleien durch englische Minister der II. Internationale in Indien Stellung zu nehmen. Es zeigt sich, daß die II. Internationale die Internationale der kolonialen Unterdrückung darstellt, daß es nur eine Kraft gibt, die die wirkliche Selbständigkeit der Völker herbeiführen kann: das Proletariat unter Führung der kommunistischen Parteien. Nur auf revolutionärem Wege wird die nationale Frage gelöst, nur durch den Sturz des Kapitalismus sowohl in den Mutterländern wie in den Kolonien selbst, nur durch das Zusammengehen des unterdrückten Proletariats der Mutterländer mit dem der Kolonien. Hier bietet die nationale Praxis der Sowjetunion großes propagandistisches Material.

Neben diesen internationalen Fragen sind bei der ideologischen Vorbereitung des roten Gewerkschaftskongresses vor allem die deutschen Fragen zu stellen. Von größter Wichtigkeit ist die Rolle der freien Gewerkschaften, in denen etwa 5 Millionen Arbeiter organisiert sind, zu denen noch etwa 1 Million hinzukommen, die in den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Organisationen vereinigt sind. Wir würden den größten Fehler begehen, wenn wir unsere Arbeit in diesen Massenorganisationen vernachlässigten. Leider gibt es solche Stimmungen in unserer eigenen Partei.

Wir haben Ende 1928 bei der Aussperrung der nordwestdeutschen Gruppe besonders scharf das Problem der Unorganisierten gestellt und mußten es tun, um die in den Massen der organisierten Arbeiterschaft bestehende, gegen die Unorganisierten gerichtete Ideologie zu durchbrechen. So haben wir die unorganisierten Massen in die Bewegung mit einbezogen. Das war ein großer entscheidender Schritt vorwärts. Aber dabei haben sich Unterlassungen in der Weiterarbeit unter den Organisierten herausgestellt. Es gibt unter den etwa 6 Millionen

organisierten Arbeitern buchstäblich Millionen, die von uns ideologisch zu beeinflussen sind, aber heute noch die Peripherie der Sozialfaschisten darstellen.

Und hier kommen wir zum entscheidenden Punkt. So wie wir bei den Betriebsrätewahlen erst eine lang eingewurzelte Ideologie überwinden mußten und noch müssen, um unser selbständiges Auftreten durchzusetzen, so auch in den Fragen der Lohnpolitik. Vom Gelingen oder Nichtgelingen des revolutionären Durchbruchs in den Fragen der Lohnpolitik hängt es ab, ob die Milliarden des Youngplans von der deutschen Bourgeoisie aus den Knochen der deutschen Werktätigen herausgeschunden werden können oder nicht. Davon hängen nicht nur die Durchführung oder Nichtdurchführung des Lohnabbaus und der Unterstützungskürzung in Deutschland ab. Wenn die deutsche Bourgeoisie ihre Pläne durchführen kann, dann hat dies zur unmittelbaren Folge, daß auch die Bourgeoisie in England, Frankreich usw. dem Proletariat ihres Landes entscheidende Schläge versetzen kann.

Die deutsche Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition haben die Aufgabe, den Kampf gegen die Verelendung des deutschen Proletariats zu führen. Die Kapitalisten haben ihren Angriff klug vorbereitet. Immer wieder schreiben sie von der „Not der Wirtschaft“, von der großen Konkurrenz im Weltmaßstab, von der Notwendigkeit des Lohnabbaus, um die Wirtschaft lebensfähig zu erhalten und damit die Vorbedingung der Verbesserung der allgemeinen Verhältnisse zu schaffen. Dann begann die praktische Durchführung der kapitalistischen Pläne. Im Stahlwerk Becker wurde mit der Stilllegung des Betriebes gedroht, wenn die Arbeiter sich nicht auf den fünfzehnprozentigen Lohnabbau einließen. Und richtig! Die christlich-reformistischen Gewerkschaftsführer machen mit den Unternehmern gemeinsame Sache und bewilligen, teils offen, teils durch ihre Praxis, den Lohnabbau. Dasselbe wird jetzt in der Mansfeld-AG gemacht. Und von den nordwestdeutschen Metallarbeitern haben die Unternehmer die Herabsetzung der Spitzenlöhne um 30 Prozent gefordert. Weiter haben die Unternehmer erklärt, daß sie auf die 48-Stunden-Woche, die selbst von den Gewerkschaftsbürokraten gefordert werden mußte, auf keinen Fall eingehen würden, sondern die 57-Stunden-Woche und noch darüber hinaus verlängerte Arbeitszeit fordern.

Wir sehen, daß sich der Widerstand durch Einzelkämpfe in den Betrieben bereits manifestierte. Wir müssen jetzt alle Kräfte zu einer umfassenden Offensive der Arbeiterschaft zusammenfassen.

Aber dazu ist eine revolutionäre Ideologie der Massen erforderlich, die wir in die Massen tragen müssen. Dabei werden wir auch die Frage stellen, wie die Arbeiter in der Sowjetunion leben, wo in dem gleichen Augenblick, da sich in Deutschland der Reallohn verschlechtert, der Reallohn erhöht wird. Hier unter dem Kapitalismus die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter, dort die sozialistische Rationalisierung, die die Erwerbslosigkeit trotz jährlichen Anwachsens der Bevölkerung um drei Millionen verschwinden macht, während in der kapitalistischen Welt die Erwerbslosenzahlen steigen und steigen. In Deutschland Abbau der Sozialgesetzgebung, in der Sowjetunion aber immer gewaltigere Summen für die Sozialfürsorge und die kulturelle Entwicklung.

So wichtig für die Entwicklung der revolutionären Ideologie die Verbreitung dieser Tatsachen ist, so sehr müssen wir auch jetzt bei der Einleitung der Lohnbewegungen und Wirtschaftskämpfe sofort konkrete Maßnahmen ergreifen. Haben wir, wie es nötig war, den Forderungen der Unternehmer einen eigenen Rahmentarif entgegengestellt und die proletarischen Forderungen monatelang popularisiert? Heute sehen wir bei jeder Kategorie, daß wir ganz genau formulierte eigene Forderungen für Beseitigung des Akkordsystems usw., Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen und der Jugendlichen aufstellen müssen. Das ist das eine. Und das andere ist die Herstellung des breiten Bandes der Solidarität, das die Erwerbslosen, deren Unterstützung die Regierung abbaut, mit den Betriebsarbeitern zusammenknüpft.

Schließlich müssen wir den sozialfaschistischen Charakter der Gewerkschaftsbürokratie, die sich die Abwürgung aller Kämpfe als Aufgabe gestellt hat, diskreditieren. Dabei müssen wir auch die Verbandstage ausnützen, deren drei in den nächsten Monaten stattfinden, und zwar für die Textilarbeiter im Juni, die Metallarbeiter im August und die Bauarbeiter im September.

Einige Glieder der revolutionären Klassenfront kapitulierten vor den Ausschlußmethoden der Bürokratie. Wenn diese Genossen heute schon zurückweichen, obwohl die Entwicklung mit uns geht, was wird sein, wenn wir später vor einer noch schwierigeren Situation stehen werden? Denn in dem Maße, wie wir wachsen, verschärfen sich die Gewaltmethoden des Sozialfaschismus. Von den 5500 roten Betriebsräten, mit denen wir rechnen, sind etwa 4000 aus den Gewerkschaften ausgeschlossen und mit ihnen eine große Zahl unserer besten Kollegen und Parteigenossen. Wir müssen sofort versuchen, die Lücken, die so in die Opposition innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften gerissen sind, mit neuen Streitkräften auszufüllen.

Diese Frage haben wir zum Beispiel vor zwei Wochen auf dem Bezirksparteitag des Ruhrgebiets ganz scharf gestellt mit dem Erfolg, daß schon heute - kurze Zeit nach der Parteikonferenz - in der Metallbranche und beim Bergbau eine Reihe von Zahlstellen unter unserem ideologischen Einfluß steht und durch Beschlüsse die sofortige und bedingungslose Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen verlangt. Und das ist erst ein Anfang. Aber dieser Erfolg wird sich überall da zeigen, wo wir eine kräftige Bewegung gegen die Spalter und für die proletarischen Klasseninteressen entfesseln.

Die jetzige Tarifpolitik der Unternehmer und der Gewerkschaftsführer wird zusammenbrechen, wenn wir die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften organisieren und politisch stärken, wenn die Gewerkschaftsopposition in allen Verbänden entschieden für unsere Forderungen auftritt. Hätte es Sinn, im gegenwärtigen Augenblick Gewerkschaften mit Offizieren und wenig Mannschaften zu gründen? Das ist nicht unsere Aufgabe. Erst müssen die revolutionären Kräfte dasein, wir müssen sie zum Kampfe sammeln, wir müssen sie innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften zusammenschließen. Wir müssen die Arbeiter im Betrieb, ob organisiert oder unorganisiert, ob parteilos oder politisch gebunden, ob qualifiziert oder unqualifiziert, so geschlossen in den Kampf bringen, daß das Unternehmertum zu einer Tarifpolitik gezwungen wird, die die Forderungen der Arbeiter respektiert.

Wenn es uns nicht gelingt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zum Kraftzentrum des Proletariats zu machen, ihr mehr Autorität und Vertrauen zu verschaffen und ihr zu einer wirklichen Macht zu verhelfen, wenn es nicht gelingt, die Tarifpolitik der Gewerkschaftsbürokratie zu durchbrechen, dann wird sie fortfahren, durch Herabsetzung des Reallohnes, durch Lohnabbau und Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung dem Kapitalismus unter die Arme zu greifen. Unsere wichtigste Aufgabe besteht heute darin, unsere Arbeit in den Betrieben zu verstärken, auch parteilose Arbeiter zu unseren Leitungen heranzuziehen und die Fragen der Betriebskomitees sowie der Verbindung mit den Erwerbslosen zu stellen. In den Gewerkschaften müssen wir vor allem auch in die Jugendsektionen gehen, um besonders die Radikalisierung der Jungarbeiterschaft zu unterstützen.

Gerade unter allen diesen Gesichtspunkten haben die letzten Beschlüsse des Zentralkomitees eine elementare Bedeutung. Es gab Genossen, die einmal die Arbeiteraristokratie als einen wesentlichen Bestandteil der bourgeoisen Klassenkräfte hinstellten und zum anderen die Zersetzungerscheinungen nicht begriffen, die sich in der Sozialdemokratie zeigen.

Diese Genossen haben nicht die rebellierenden SPD-Arbeiter gesehen, die heute noch gegen uns sind, morgen aber vielleicht schon - und das hängt sehr viel von uns ab! - unsere Freunde und Weggenossen sind.

Aber eine solche Entwicklung nicht sehen heißt zu einer falschen Einschätzung der revolutionären Perspektive kommen. Es ist nur natürlich, daß diese Genossen um Merker auch die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie übersehen und den Regierungswechsel unter völlig falschen Gesichtspunkten betrachten. Wenn die Führung der Partei nicht eingegriffen und vor allem die antigewerkschaftlichen Stimmungen, die von dieser Gruppe erzeugt wurden, nicht ausgemerzt hätte, dann wäre es zu einer Krise gekommen. Das ist verhindert worden.

Unsere letzten Bezirksparteitage im Reich und in Berlin haben im allgemeinen einen außerordentlichen Aufschwung gezeigt. Jetzt müssen wir das Selbstbewußtsein des Proletariats heben, müssen die Massen stärker politisch beeinflussen und einen neuen Schritt zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats durch die Einreihung von weiteren Hunderttausenden in die revolutionäre Klassenfront tun. Wenn das gelingt, dann wird das Proletariat den Unternehmerangriff mit seiner Offensive beantworten und den wirtschaftlichen Kämpfen einen politischen Charakter geben.

Viel selbstkritischer müssen wir vor dem Forum des gesamten Proletariats auch unsere eigenen Fehler, Schwächen und Mängel bekennen. Nur so gewinnen wir das proletarische Vertrauen! Auf der Wacht sein gegen den Rechtsopportunismus, die Hauptgefahr für die Partei, aber auch im Kampf gegen das „linke“ Sektierertum! Im Zeichen dieses Zweifrontenkampfes und mit dem unbeirraren Willen zur Eroberung der Mehrheit des Proletariats für die Kommunistische Partei wird dieser Bezirksparteitag für die Entwicklung der proletarischen Revolution und ihren Sieg eine große politische Bedeutung erlangen!

*„Die Rote Fahne“
vom 27. Mai 1930.*

Rüstet für Erfurt!

Alle Kräfte angespannt für das Reichstreffen der roten Sportler!

Zu Pfingsten versammelt sich die Avantgarde der Arbeitersportler in Erfurt. Dort tagt der I. Reichskongreß der revolutionären Arbeitersportler. Dort vereinigen sich Zehntausende von Arbeitersportlern und -sportlerinnen zum roten Reichstreffen. Dorthin richten sich die Blicke aller revolutionären Arbeiter. Zahlreiche Arbeiterdelegationen aus den Großbetrieben und Abgesandte der proletarischen Massenorganisationen werden vereint mit den Arbeitern Erfurts, mit den Proletariern aus den benachbarten Gebieten des faschistischen Thüringens ihre brüderliche und enge Gemeinschaft mit den roten Arbeitersportlern bekunden.

Aus ganz Deutschland marschieren die Bataillone der proletarischen Sportler auf. Aus den Fabriken Berlins, Sachsens und aller Industriestädte, aus den Schächten des Ruhrgebiets, Schlesiens, der Lausitz, von den Werften in Hamburg, Kiel, Stettin, aus den Gifthöllen Mitteldeutschlands, aus Ostpreußen wie aus Süddeutschland.

Sie kommen von der Drehbank, vom rollenden Band, von der Glut der Hochöfen, aus dem Kohlenstaub der Gruben. Abgearbeitet, ausgepreßt durch das Antreibersystem des Kapitalismus, lassen sie sich doch nicht niederdrücken, sondern benutzen die Körperkultur, den Arbeitersport, um sich widerstandsfähig zu machen und noch aufrechter, noch unerschütterlicher dem Klassenfeind die Stirn zu bieten. Sie marschieren in Erfurt auf, erfüllt vom flammenden Geist ihres revolutionären Wollens, ihrer Treue zur Sache der Arbeiterklasse, getragen von den aktiven Sympathien des deutschen Proletariats, um das Reichstreffen zu einem roten Kampf- und Sporttag der ganzen deutschen Arbeiterklasse zu machen!

Die proletarischen Sportverbände sind ein besonders wichtiges Glied der Arbeiterbewegung. Körperliche Ausbildung, sportliche Stählung befähigt die Proletarier, ihre physische Widerstandsfähigkeit und Wehrhaftigkeit für den Klassenkampf zu steigern. Heute, wo der Hungerkurs des kapitalistischen Systems und die Auswirkungen der Rationalisierung, der Massenerwerbslosigkeit und aller übrigen Krisenfaktoren maßloses Elend in alle Arbeiterwohnungen trägt, heute, wo immer breitere Millionenmassen durch die systematische Verelendung geschwächt und zermürbt werden, wächst erst recht die Bedeutung der Arbeitersportbewegung als eines Faktors zur Erhaltung und Erweiterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen das Kapital!

Nur in einem Lande vermag die Arbeiterklasse in uneingeschränktem Maße gewaltige Mittel in den Dienst ihrer physischen und kulturellen Ausbildung zu stellen. Unter der proletarischen Diktatur, in der Sowjetunion, dort, wo die Arbeiterklasse die Macht der Bourgeoisie zertrümmert hat, dort, wo die Arbeiterklasse regiert, ist die Körperkultur ein gewaltiges Gebiet der proletarischen Betätigung. In der Sowjetunion unterstützt die proletarische Staatsmacht alle Zweige der Arbeitersportbewegung. Millionenmassen des männlichen und weiblichen Proletariats, der Jungen und Alten, sind in der Lage, in der Körperkulturbewegung ihre Gesundheit für den Dienst am sozialistischen Aufbau und für die Verteidigung der Sowjetunion zu festigen und alle ihre Kräfte zur Entfaltung zu bringen.

Anders in Deutschland. Für soziale Zwecke hat die kapitalistische Republik kein Geld. Wie oft wurden von der Kommunistischen Partei Forderungen für Kinder- oder Schulspeisungen gestellt, die stets von den bürgerlichen Parteien und den sozial-demokratischen Führern abgelehnt wurden. Schon die eine Tatsache, daß die preußische Koalitionsregierung für den „Sportfonds“ die lächerlich geringe Summe von einer Million auswirft, von der obendrein die bürgerlichen Sportverbände den Löwenanteil schlucken und die Arbeitersportvereine nur ganz geringfügige Beträge bekommen, zeigt, wie wenig es dem kapitalistischen Staat in Wahrheit um die Volksgesundheit zu tun ist. Die Steuergelder, aus der Arbeit und dem Schweiß der

Werkstätigen erpreßt, dienen dazu, Tausende von Millionen für Reichswehr, Schupo, Klassenjustiz und Pfaffentum auszuwerfen. Wie sollten da für die proletarische Körperkultur noch nennenswerte Summen übrigbleiben!

Turnhallen und Sportplätze - in der Sowjetunion, unter der proletarischen Diktatur, sind sie das Eigentum der Arbeiterklasse! Im kapitalistischen Deutschland, in der Republik der Sozialdemokratie, müssen sich die revolutionären Arbeitersportler die Stätten für ihre sportliche Betätigung erbetteln und werden oft genug mit erbärmlicher Brutalität abgewiesen! Nur in einem Sinne sind die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie für die „körperliche Ertüchtigung der Jugend“ zu haben: nämlich für das Ziel, die Jugend der Werkstätigen an den Staat der Bourgeoisie, an das Vaterland der Kapitalisten zu ketten und militaristisch für die Zwecke eines kommenden imperialistischen Massenmordens vorzubereiten. Diese militaristische Verseuchung breiter Schichten auch der arbeitenden Klassen wird vor allem durch die bürgerliche Sportbewegung betrieben. Hier ist für die Bourgeoisie ein breites Rekrutierungsfeld, aus dem sie die Kräfte für die faschistische Bewegung sammelt, hier machen sich vor allem in den Werksportvereinen wahre Brutstätten des Betriebsfaschismus breit.

Aber nicht nur die bürgerliche Sportbewegung stellt sich offen in den Dienst der militaristischen Verseuchung. Überall da, wo die Reformisten im Arbeitersport die Oberhand haben, sind auch sie längst dazu übergegangen, die Arbeitersportbewegung zu einem Anhängsel des bürgerlichen Sportes zu verschandeln und in den Dienst der bürgerlichen Republik, in den Dienst der Klassenfeinde des Proletariats, zu stellen.

Severing war es, der auf dem Deutschen Turnerfest zu Köln den faschistischen, militaristischen, bürgerlichen Sportlern sein Loblied sang: „Auf den Schultern der Turner ruht die deutsche Republik!“ Severing war es, der später auf dem Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zu Nürnberg vor den Arbeitersportlern auszusprechen wagte, man müsse den Arbeitersport und die bürgerliche Sportbewegung „unter einen Hut bringen“.

Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, mit dem Faschismus - die gleiche klassenverräterische Linie wie in den Gewerkschaften - vertritt die Sozialdemokratie auch in der Sportbewegung. Auch hier schlägt sie den offenen Kurs des Sozialfaschismus ein. Wie in den Gewerkschaften gingen die reformistischen Spitzen der Arbeitersportbewegung zum Terror gegen die oppositionellen Sportler, zur Spaltung und Zerschlagung der deutschen Arbeitersportbewegung über.

Durch die Massenausschlüsse revolutionärer Mitglieder aus den Sportverbänden, durch die heimtückischen Anschläge - in engstem Bündnis mit den Organen des kapitalistischen Staates, der Polizei und Klassenjustiz - gegen die roten Arbeitersportler, versuchten die sozialfaschistischen Sportbürokraten, die Verbände aus der Front des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie herauszureißen und als Anhängsel der SPD in den Dienst der Bourgeoisie zu stellen.

Die Massen der roten Arbeitersportler haben in zähem, unbeirrbarem Kampf die Sozialfaschisten in vielen Verbänden, in ganzen Bezirken zurückgeschlagen. Dieser Kampf ist noch in vollem Gange. Es ist der Kampf zwischen den Agenten des Klassenfeindes im Lager der Arbeiterbewegung und denen, die die revolutionären Traditionen des Arbeitersports hochhalten, die den Klassencharakter der proletarischen Körperkulturbewegung verteidigen und die Massen der roten Sportler gegen die sozialfaschistischen Spalter für die proletarische Einheitsfront mobilisieren.

Das rote Pfingsten der Arbeitersportler zu Erfurt muß, getragen von der breiten und aktiven Sympathie der Arbeiterschaft in ganz Deutschland, zu einem ernsten, bedeutungsvollen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Herstellung der revolutionären Einheit des Arbeitersportes werden.

Das Reichstreffen der roten Sportler findet in der nächsten Nachbarschaft Thüringens, der

Stätte der regierenden Faschisten, des Landes der Frick-Herrschaft, statt, wo das Verwachsen des Nationalsozialismus mit dem young-deutschen Staatsapparat den deutlichsten Ausdruck gefunden hat, wo die faschistischen Mörderhorden besonders kraß und skrupellos mit Hilfe des kapitalistischen Staatsapparates großgezüchtet und auf die Arbeiterklasse losgelassen werden. Der Aufmarsch der roten Arbeitersportler und der mit ihnen verbundenen Delegationen der Betriebe und Massenorganisationen, dieser rote Tag der aktivsten, frischesten und unverbrauchtesten Kräfte des deutschen Proletariats, wird deshalb zugleich ein Kampfaufmarsch gegen die nationalfaschistische Reaktion sein.

Die Kommunistische Partei Deutschlands unterstützt mit vollen Kräften das Wirken und die Aktionen der revolutionären Arbeitersportler. Als Führerin des deutschen Proletariats und Vertreterin seiner gesamten Klasseninteressen fühlt sich die Kommunistische Partei auch mit der Arbeitersportbewegung, ihrem Gedeihen, ihrem Vormarsch brüderlich verbunden. Nur noch eine kurze Spanne trennt uns von Erfurt. Jeder Genosse, jeder revolutionäre Arbeiter, jeder echte Klassenkämpfer muß im Betrieb, auf der Stempelstelle, in den Gewerkschaften und Massenorganisationen seine Mobilisierungsarbeit für das rote Reichstreffen in Erfurt durchführen und steigern. Rüstet für Erfurt! Stärkt den Kampf der Arbeitersportler gegen die sozialfaschistische Spaltung, für die rote Einheit des Arbeitersports!

Blickt nach Erfurt, wo die gewaltige Armee der Arbeitersportler in enger Verbundenheit mit dem internationalen Proletariat Schulter an Schulter mit den Delegationen ausländischer Arbeitersportler aufmarschieren wird. Reiht euch ein in die Klassenfront des proletarischen Sports! Arbeitersportler in ganz Deutschland, seid bereit, Mann für Mann am roten Reichstreffen in Erfurt teilzunehmen!

Nicht nur zur sportlichen Betätigung marschieren die Kolonnen des Arbeitersports auf, sondern zugleich als kämpfende Bataillone der proletarischen Klassenfront.

Nicht unter den Fahnen der Klassenversöhnung, sondern unter dem roten Banner des Sozialismus sammeln sich die Kolonnen des Arbeitersports zu Pfingsten in Erfurt. Durch die Straßen der Stadt wird der Massenschritt der Turner, der Athleten, der Fußballer, der Radfahrer, Wassersportler und Wanderer hallen, werden die Räder der proletarischen Motorradfahrer dröhnen, werden die Wimpel, die Fahnen und Banner wehen. Und aus vielen Zehntausenden Kehlen wird das Gelöbnis zum Klassenkampf, zum Kampf für den Sozialismus erschallen, der trotzig Kampfgruß der Arbeitersportler „Rot Sport!“

*„Die Rote Fahne“
vom 29. Mai 1930.*

Kampf dem Amnestiebetrug!

Organisiert die Hilfsaktion für die proletarischen politischen Gefangenen!

In den Zuchthäusern, Gefängnissen, Festungen der deutschen Republik schmachten zahlreiche Klassenkämpfer, von denen viele schon seit langen Jahren als Opfer der skrupellosen Rachejustiz der Bourgeoisie ihrer Freiheit beraubt sind. Als Klassenkämpfer, als Soldaten der Revolution haben sie vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts die Interessen ihrer Klasse aufrecht vertreten. Ungebrochen auch im Kerker warten sie auf die Stunde, in der die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Kraft, durch ihre Entschlossenheit, durch ihren Kampf die Gitter der Zuchthäuser, die Tore der Gefängnisse aufsprengen und ihnen die Freiheit erringen wird.

Es ist kein Zufall, daß gerade in den letzten Monaten der Justizfeldzug der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat immer krassere, verbrecherischere Formen annimmt. Das Republikschutzgesetz des Sozialdemokraten Severing, dieses Zuchthausgesetz zur Knebelung der deutschen Arbeiter, die Verbote revolutionärer Organisationen und in ihrem Gefolge die Fülle von Massenprozessen gegen jene klassenbewußten Arbeiter, die trotz Verbots ihre Organisation illegal weiterführen, die Serie von Prozessen gegen die kommunistische Presse, die Terrorurteile des Reichsgerichts, das in zynischer Brutalität die bloße revolutionäre Gesinnung mit schweren Freiheitsstrafen verfolgt, ohne sich im mindesten an die papiernen Paragraphen der eigenen bürgerlichen Gesetze zu stoßen - diese ganze Flut von Gemeinheit, Terror, Unterdrückung gegen das Proletariat ist nur die Folge der immer schwieriger werdenden Situation, in der sich die deutsche Bourgeoisie befindet.

In den breitesten Massen der Werktätigen wächst die Empörung über das System des Hungers und der Ausbeutung. Der Kapitalismus ist nicht mehr imstande, den Massen auch nur den notwendigsten Lebensunterhalt zu garantieren. Die Angriffe des Unternehmertums, des kapitalistischen Staatsapparates und der sozialfaschistischen Kettenhunde der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse stoßen immer stärker auf den wachsenden Kampfwillen der Massen. Je mehr die Krise des kapitalistischen Systems heranreift, je stärker sich auf der anderen Seite der beginnende revolutionäre Aufschwung entfaltet, um so brutaler greift die Bourgeoisie zu den Methoden des verschärften Justiz- und Polizeiterrors, um den Vormarsch des Proletariats aufzuhalten. Die kapitalistische Justizbarbarei entspringt nicht einer Stärke der Bourgeoisie, sondern der beginnenden Krise des Kapitalismus, der steigenden Bedrohung der bürgerlichen Herrschaft durch das Proletariat.

Nicht nur in Deutschland beantwortet die Bourgeoisie den beginnenden revolutionären Aufschwung mit verschärftem Terror. Die grausamen Massaker der MacDonald-Regierung unter dem indischen Proletariat, die Fülle von Todesurteilen und Hinrichtungen als Antwort auf den heldenmütigen Freiheitskampf der indischen Arbeiter und Bauern sowie der blutige weiße Terror der chinesischen Henkerregierung das alles beweist, daß in der ganzen Welt gleichzeitig mit dem Aufsteigen einer neuen Welle revolutionärer Massenkämpfe die herrschende Klasse ihre Unterdrückungsmaßnahmen, ihren Terror, ihre Grausamkeit gegen die werktätigen Massen vervielfacht.

Auf zwei Wegen strebt die deutsche Bourgeoisie einen kapitalistischen „Ausweg“ aus der Krise an: durch die vermehrte Ausplünderung der Massen und durch die stärkere Vorbereitung des imperialistischen Raubkrieges gegen die Sowjetunion. Das eine wie das andere - die Politik des Krieges wie die des Hungers - hat zur Voraussetzung, daß der Kampfwille und Widerstand der proletarischen Massen gegen die Politik der Bourgeoisie niedergeschlagen und gelähmt wird. Darum die Flut der Prozesse, darum die Welle der Justizverfolgungen gegen revolutionäre Arbeiter. Darum vor allem auch die Krönung des ganzen Systems der kapitalistischen Justizbarbarei durch den geplanten frechen Amnestiebetrug, der den Fememördern, den wenigen milde bestraften faschistischen

Verbrechern die Freiheit geben, die eingekerkerten proletarischen politischen Gefangenen aber, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, weiter in den Kerkern schmachten lassen will. Gegen diesen Amnestiebetrug muß das deutsche Proletariat den schärfsten Kampf aufnehmen. Die revolutionäre Arbeiterschaft fordert eine Klassenamnestie für seine Kämpfer hinter den Zuchthausmauern! Eine Klassenamnestie für die proletarischen politischen Gefangenen!

Mit diesem Ziel gilt es, im Juni die große umfassende Hilfsaktion für die proletarischen politischen Gefangenen durchzuführen und zu steigern. Diese Hilfsaktion der breitesten Massen, in enger Verbindung mit einer großzügigen Werbe- und Sammelkampagne für die Rote Hilfe ist zugleich Kampf gegen die fortschreitende Faschisierung Deutschlands, in deren Dienst auch die Justizoffensive gegen die revolutionäre Arbeiterschaft eingesetzt hat.

Darum gilt es, alle Kräfte der proletarischen Massen für die große Aktion der proletarischen Solidarität mit unseren politischen Gefangenen anzuspannen. Kommunisten, Parteilose, aber auch sozialdemokratische Arbeiter müssen mithelfen an der Sache der proletarischen politischen Gefangenen, im Kampf gegen die kapitalistische Klassenjustiz, im Kampf gegen den Amnestie betrug der Bürgerblockregierung, im Kampf für eine proletarische Klassenamnestie!

*„Die Rote Fahne“
vom 8. Juni 1930.*

Für rote Sporteinheit!

*Begrüßungsansprache auf der Massenkundgebung
der revolutionären Arbeitersportler
Erfurt, 8. Juni 1930*

Klassengenossen, Genossinnen, Sportfreunde! Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands, im Namen des nicht zu verbotenden Roten Frontkämpferbundes überbringe ich euch die revolutionärsten brüderlichen Grüße. Unsere heutige rote Heerschau, unsere gewaltige Sportdemonstration, die der proletarischen Wehrhaftmachung dient, ist getragen vom Geiste des Sozialismus, getragen von der großen Idee, für die wir alle ringen und kämpfen. Wir kommen heute in einer Stadt zusammen, in der nach dem Sozialistengesetz - als die revolutionäre Klassenfront der deutschen Arbeiter unter dem Banner der damals noch revolutionären Sozialdemokratischen Partei, die Bismarck und Puttkamer gezwungen hatte, das Sozialistengesetz aufzuheben - der erste sozialistische Kongreß stattfand. In Erfurt, der Stadt dieser Tradition, versammeln wir uns heute.

Die Sozialdemokratie von heute tritt die Klasseninteressen des Proletariats mit Füßen. Sie, die während des Weltkrieges das internationale Banner des Sozialismus fallen ließ, führt heute, zwölf Jahre nach dem Kriege, nach der Novemberrevolution, die größten Schandtaten gegen das revolutionäre Proletariat, gegen die werktätigen Massen durch. Auch in den Fragen des Arbeitersports erweist sich die SPD als treueste Helferin der Bourgeoisie.

Demgegenüber ist die heutige Demonstration der Arbeitersportler, der Turner, Fuß- und Handballer, Wanderer, Schwimmer, Athleten, Arbeitersamariter und aller anderen Sparten der Arbeitersportbewegung, ein gewaltiges Bekenntnis zur Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit, gegen die sozialfaschistische Sportbürokratie und ihre verbrecherische Spaltungspolitik.

Der heutige Arbeitersporttag ist eine wuchtige Demonstration für die revolutionäre Einheit des Arbeitersports in ganz Deutschland. Aus den Schächten des Ruhrgebiets, aus den Kohlengebieten von Schlesien und der Lausitz, aus den Industriegebieten Berlins und dem übrigen Deutschland, von den Werften an der Wasserkante, aus den verschiedenen Textilgebieten, aus Ostpreußen, aus dem Süden und Norden, aus den Giftstätten Mitteldeutschlands, und vor allem aus Thüringen habt ihr euch hier versammelt. Unser Kampftag ist ein Tag der ganzen deutschen Arbeiterklasse.

Nicht weit von hier, in Thüringen, diktiert die faschistische Regierung frech und brutal ihre Anschläge gegen die Werktätigen. Unter Berufung auf die Weimarer Verfassung und das Republikenschutzgesetz verbietet die Faschistenregierung kommunistische und sozialdemokratische Zeitungen. Der nationalsozialistische Minister Frick untersagt den roten Sportlern, öffentliche Kundgebungen und Sportdemonstrationen auf dem Thüringer Gebiet abzuhalten.

Es war und ist unsere Aufgabe, den Thüringer Arbeitern unsere Solidarität zu bekunden und Thüringen mit der roten Flut zu überschwemmen. Ihr wart gestern in Weimar, Jena, Apolda, Gotha und vielen anderen Orten Thüringens und habt den Faschisten gezeigt, daß die Arbeiterklasse nicht schläft, sondern daß sie wacht und vorwärts stürmt im Geiste des Sozialismus. Wenn die roten Autokolonnen, wenn die rote Kavallerie durch die Straßen, auf den Chausseen, durch die Wälder, durch die Städte stürmten, so hat auch das den Kampfwillen und den Mut der Thüringer Arbeiterschaft gestärkt. Das Thüringer Proletariat fühlt sich eins mit der Kommunistischen Partei und ihrem aktiven Kampf gegen den Faschismus. Die Thüringer Arbeiterschaft erkennt immer stärker, daß die Kommunistische Partei die einzige antifaschistische Kraft ist.

Von dieser Stelle aus danken wir den Thüringer Arbeitern und der Erfurter Arbeiterschaft, die

die große Opferbereitschaft aufgebracht haben, die Arbeitersportler aus ganz Deutschland aufzunehmen und zu beherbergen. Trotz aller Schikanen der Reichsbahn, die die Fahrpreismäßigungen für euch ablehnte, habt ihr euren Aufmarsch durchgeführt. Wir sagen den Behörden, wir sagen den Sozialfaschisten, die euch Turnhallen, Schwimmbäder und Sportplätze entreißen wollen, die die rote Sportbewegung ganz spalten und die große einheitliche Front zertrümmern und zerschlagen wollen, daß es ihnen nicht gelingen wird, den Vormarsch des roten Arbeitersports aufzuhalten. Die heutige Kundgebung, dieser gewaltige Aufmarsch, ist der Beweis dafür, daß ihr alle Schikanen und die bürgerlichen, faschistischen und sozial-faschistischen Anschläge durchbrochen habt. Die bürgerlichen und die sozialdemokratischen Zeitungen haben gegen euer rotes Reichstreffen gehetzt. Das beweist nur, daß sie euch fürchten. Wenn diese Leute sich darüber empören, daß die Arbeitersportler besonders die arbeitende Jugend im Geist der proletarischen Wehrhaftmachung und des revolutionären Klassenkampfes erziehen, dann erklären wir ihnen, daß wir niemals zulassen werden, daß die Jugend der Arbeiterklasse von der faschistischen Reaktion, von der Kirche, von den Sozialfaschisten ihren Klassenbrüdern entfremdet wird.

Genossen! Wenn es unter dem größten Elend, unter der schwersten Not in Deutschland, während drei Millionen erwerbslos sind und ein großer Teil kurzarbeiten muß und nur über das Existenzminimum verfügt, trotzdem gelungen ist, heute eine so gewaltige Anzahl proletarischer Sportler hier zusammenzufassen, so zeugt das von dem Elan, von der vorwärtsstürmenden elementaren Wucht, mit der die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit auf ihr Ziel zumarschiert und ihre Aufgaben in Angriff nimmt. Mancher Mutter war es nicht möglich, ihrem Sohn das Fahrgeld zu geben, damit er hier teilnehmen konnte. Aber diese Hunderttausende in allen Teilen Deutschlands, die nicht anwesend sein können, sie denken mit uns, sie fühlen mit uns, und wir fühlen und denken mit ihnen und bilden so eine große solidarische Front auf allen Kampfgebieten.

Genossen und Genossinnen! Der Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Dr. Diem, schreibt am Schluß eines Aufsatzes, „Deutscher Sport“, wörtlich folgendes:

„Heute strebt das deutsche Volk wieder zur Weltgeltung zurück. Der deutsche Sport soll seiner Jugend in diesem Streben die Muskeln straffen, Eisen ins Blut gießen und jenen frischen, natürlichen opferfreudigen Sinn erzeugen, der Grundlage aller Größe und alles Glücks einer Nation ist.“

Die Kommunistische Partei, in deren Namen ich hier spreche, erklärt: Diese Leute haben kein Recht, von Weltgeltung, von der Grundlage aller Größe und allen Glücks einer Nation zu sprechen.

Sie, die den räuberischen Sklavenpakt, den Youngplan, abgeschlossen haben und anerkennen, sie, die zulassen, daß die Sklavenpeitsche stärker denn je gegen die gewaltige Mehrheit der deutschen werktätigen Bevölkerung erhoben wird, sie, die die volksfeindliche Politik des kapitalistischen Staates bedingungslos unterstützen, haben kein Recht, von Nation zu sprechen. Sie beschmutzen die proletarischen Massen, sie verspotten die proletarischen Massen, die sich als einziges Ziel die Verwirklichung der revolutionären Aufgabe gestellt haben, durch den Sieg der proletarischen Revolution die Youngketten, mit denen Generationen der Menschheit ins Sklavenjoch getrieben werden, zu zerreißen und zu zersplittern.

Wir Kommunisten sagen von dieser Stelle: Wir kämpfen auch für eine Nation, aber nicht für eine Nation der Thyssen und Klöckner, Borsig und Siemens, Blohm & Voß und Cuno, in der die Reichsregierung mit den faschistischen und sozialfaschistischen Führern die Industriellen und Großagrarier bereichert und die Massen ausplündert.

Wir kämpfen statt dessen für eine Nation, in der die Werktätigen das Staatsruder selbst in die Hand nehmen, in der sie die Schlüsselindustrien, die Eisenbahn, die Schifffahrt, die Banken in

die Hände der Allgemeinheit überführen und den Weg zum Sozialismus einschlagen.

Die bestehende kapitalistische Gesellschaft mit ihrer Lohnsklaverei, mit der wirtschaftlichen und politischen Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung der großen Masse der werktätigen Bevölkerung erzeugt Lebensbedingungen, die in körperlicher und geistiger Beziehung die verheerendsten Auswirkungen haben und die insbesondere die proletarische Jugend in ihrer körperlichen Entwicklung und geistigen Entfaltung hemmen. Die gewaltige Steigerung des Arbeitstempos durch die kapitalistische Rationalisierung, die Mechanisierung der Arbeit, die große Massennot und das Massenelend hemmen die körperliche und sportliche Betätigung besonders des jungen Proletariats. So ist es kein Zufall, daß wir gerade auf das junge Element, das so frisch und elementar in den Sparten eurer Arbeitersportverbände wirkt und heute mit aufmarschiert, die größte Aufmerksamkeit bei unserer zukünftigen Arbeit lenken müssen.

Der Sozialfaschismus will die mächtige Arbeitersportbewegung zerschlagen, will jeden revolutionären Geist, jede wirkliche proletarische Wehrhaftigkeit, jeden Kampfgeist gegen Militarismus und imperialistische Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjetunion, jede Klassenerziehung im Sinne des Sozialismus ersticken und alle Anhänger und Kämpfer für den revolutionären Geist ausmerzen und aus den Reihen der Arbeitersportbewegung hinauswerfen. Wir werden mit euch gemeinsam um die Einheit der Arbeitersportbewegung weiterkämpfen. Die Kommunistische Partei wird in diesem Kampf treu und brüderlich der Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit zur Seite stehen und zusammen mit euch, Sportgenossen und Sportgenossinnen, den Kurs auf die Gewinnung neuer breiter Massen für den roten Sport einschlagen.

Im Zeichen welcher Aufgaben steht unser heutiger roter Sport- und Kampftag?

Es gilt, den Kampf gegen den Youngplan mit seiner mörderischen Verelendung der Arbeitermassen zu organisieren.

Es gilt, den Kampf zu führen gegen die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie und für die Verteidigung der Sowjetunion, des einzigen Landes, in dem die Arbeitersportbewegung nicht um ihre Rechte betteln muß, sondern vollste Unterstützung genießt.

Den schärfsten Kampf gegen die faschistischen Werksportvereine, gegen die reaktionären bürgerlichen Sportverbände, in denen die Faschisierung und Militarisierung der proletarischen Jugend betrieben wird.

Wir müssen alles daransetzen, die Verbürgerlichung des Arbeitersports durch die Sozialfaschisten zu verhindern.

Ein weiterer entscheidender Punkt ist die ideologische Einstellung der klassenbewußten Arbeitersportler auf die Gewinnung aller Arbeiter, die sich noch in den bürgerlichen oder unter Führung der sozialfaschistischen Sportbürokratie stehenden Vereine befinden. Wir müssen sie gewinnen für den roten Sport unter der Führung der Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit.

Im Kampf gegen die Entrechtung der Arbeitersportbewegung, gegen die Entziehung von Turnhallen, Schwimmhallen und Sportplätzen muß die rote Einheit hergestellt werden.

Ihr dürft euch nicht entrechteten lassen, ihr müßt die Massen gegen die Entrechtung mobilisieren. Die Massen werden mit euch unter dem roten Banner marschieren und die Willkürakte und Sabotagestreiche der Sozialfaschisten zunichte machen.

Ihr werdet mit eurem revolutionären Willen die Front der Arbeitersportler um Zehntausende erweitern. Heran an die proletarischen Elemente in allen Sportorganisationen! Zeigt ihnen, daß ihr gewillt seid, in der Praxis die Einheitsfront durchzuführen. Einheitsfront um der Idee des Sozialismus willen, Einheitsfront unter dem roten Banner! So werden unter Führung der Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit aus den Kolonnen der Arbeitersportler Bataillone, aus den Bataillonen Regimente, aus diesen Regimenten Divisionen werden, die mit der gesamten deutschen Arbeiterklasse gemeinsam einen gewaltigen Schritt weiter gehen

werden. Von diesem Kongreß und von dieser Demonstration aus müssen wir diesen Vormarsch zu den neuen, höheren Aufgaben der roten Sportbewegung antreten.

In diesem Geiste begehen wir unseren roten Sport- und Kampftag. In diesem Sinne steht euch die Kommunistische Partei brüderlich zur Seite. Für diese Aufgaben gilt es die Arbeit zu erweitern und zu vertiefen. Unsere Losung ist: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Der Roten Sportinternationale, der Kampfgemeinschaft für rote Sparteinheit, dem revolutionären Klassenkampf der Arbeitersportler, dem Kampf für die Befreiung vom Kapitalismus, der Sowjetunion, dem sozialistischen Vaterlande, ein dreifaches kräftiges „Rot Sport!“

*„Die Rote Fahne“
vom 11. Juni 1930*

Die Krise des Kapitalismus in Deutschland, die Erfahrungen und die neuen Methoden unserer revolutionären Massenarbeit

*Aus dem Referat auf dem Plenum des ZK
Berlin, 16. und 17. Juli 1930
Zeitungsbericht*

Genossen! Auf der letzten Tagung des Zentralkomitees vor etwa drei Monaten sprachen wir noch vom Heranreifen der Weltwirtschaftskrise. Inzwischen haben sich wichtige wirtschaftliche und politische Veränderungen vollzogen. Das Politbüro konnte deshalb dazu übergehen, in einer Reihe von Fragen auf Grund der neuen großen Erfahrungen neue Aufgaben für die Partei zu stellen. Wenn wir uns nun mit der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaftskrise beschäftigen und die besondere Beschleunigung der Wirtschaftskrise in Deutschland betrachten, so ist es notwendig, auf die jetzige Tagung des XVI. Parteitag der KPdSU(B) hinzuweisen. Die Feststellungen, die dort zum Beispiel vom Genossen Stalin bezüglich der allgemeinen Weltwirtschaftskrise gemacht wurden, und die Ausführungen des Genossen Molotow beim Bericht der Delegation der KPdSU(B) in der Komintern sind für alle Genossen des Zentralkomitees von größter Wichtigkeit. Meine Aufgabe soll vor allem darin bestehen, die besonderen charakteristischen Merkmale zu zeigen, die die Wirtschaftskrise in Deutschland beschleunigen und die eine tiefgehende politische Krise herbeiführen müssen.

Der Bankrott der Theorie vom „organisierten Kapitalismus“

In der Vergangenheit hatten wir oft gewisse Schwierigkeiten, wenn es darum ging, in theoretischer Auseinandersetzung mit den Klassenfeinden, mit der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie, unsere Beurteilung des Entwicklungsganges des Kapitalismus in den Massen durchzusetzen. Durch die Härte der Tatsachen, die jetzt in der ganzen Welt in Erscheinung treten, wurde die Sozialdemokratie mit ihren Theorien vollständig widerlegt. Die Theorie der SPD und der II. Internationale vom „organisierten Kapitalismus“ usw. hat völlig Schiffbruch erlitten. Um so bedeutungsvoller ist für die Führung der Partei die Aufgabe, alle Schwächen, Fehler und Lücken in unserer Politik und insbesondere auch die Mängel hinsichtlich des theoretischen Niveaus unserer Partei vor der gesamten Arbeiterklasse selbstkritisch zu überprüfen. Mit dem beschleunigten Tempo der allgemeinen Entwicklung müssen wir auch die Entwicklung im Innern unserer Partei, entsprechend den erweiterten Aufgabengebieten, erheblich beschleunigen.

Die Weltwirtschaftskrise

Betrachten wir kurz die gesamte Weltlage. Gibt es auf irgendeinem Kontinent ein wichtiges Industrieland, in dem wir nicht von einer Krise sprechen können? In den Vereinigten Staaten macht die Wirtschaftskrise weitere Fortschritte, in Japan besteht eine tiefgehende Krise, in Australien beginnt jetzt ein Rückgang der Wirtschaft, und in Europa sind schwerste Erschütterungen vorhanden. In den wichtigsten drei Ländern Europas, die keinen ausgesprochen industriellen Charakter haben, in Polen, in Österreich und in der Tschechoslowakei, sehen wir ähnliche tiefgehende Krisen. In Südamerika, in Brasilien und in Argentinien, sind gleichfalls infolge des mangelnden Absatzes Krisenerscheinungen. Auf die Auswirkungen der großen Vorgänge in den Kolonien, in Indien und in China auf die Weltwirtschaft will ich nicht näher eingehen.

Auch in solchen Ländern, die stabileren Charakter haben, wie Frankreich, Belgien, Schweden, ist jetzt eine sinkende Wirtschaftskurve festzustellen, noch viel mehr in England. Um ein praktisches Beispiel für die allgemein sinkende Tendenz zu geben, will ich eine Äußerung wiedergeben, die der Präsident des beratenden Komitees für die Handelswelt der Vereinigten Staaten, Barnes, machte:

„Außerordentlich starker Rückgang der Bautätigkeit. Die bis zum 20. Juli 1930 abgeschlossenen Verträge für den Bau von Mietshäusern haben eine Wertsumme von 554 Millionen Dollar gegenüber einer Wertsumme von 1045 Millionen Dollar in der gleichen Zeit des Jahres 1929.“

Die Bautätigkeit ist also um die Hälfte zurückgegangen. Barnes sagt weiter:

„Die gesamte Industrie verbrauchte im Mai 1930 um 13 Prozent weniger elektrischen Strom als im Mai 1929. Die Automobilproduktion ist im Mai 1930 um 30 Prozent geringer als im Mai 1929. Die Roheisenproduktion ging in den ersten fünf Monaten des Jahres 1930 im Vergleich zum Vorjahr um 15,5 Prozent zurück.“

Wir sehen also einen gewaltigen Rückgang. Nach der Meinung dieses bedeutenden bürgerlichen Ökonomen wird die Wirtschaftskurve bis September immer weiter ihre sinkende Tendenz behalten. Bei 48 Ländern ergibt sich in den Monaten Januar bis April 1930 gegenüber 1929 ein Sinken der Einfuhr um 11,4 Prozent, ein Sinken der Ausfuhr um 12,1 Prozent.

Demgegenüber steht die beispiellose Aufwärtsentwicklung in der sozialistischen Sowjetunion. Genosse Stalin hat sie im Zusammenhang mit dem Aufschwung der sozialistischen Produktion gezeigt und das Wachstum der sozialistischen Produktion mit der Entwicklung der kapitalistischen Industrie verglichen. Gegenüber dem Jahre 1913, wenn wir die damalige Produktion gleich 100 setzen, ergeben sich folgende Wachstumszahlen:

Sowjetunion	194,3
Vereinigte Staaten	170,2
Deutschland	113,0
Frankreich	139,0
England	99,1

Wir sehen also, daß das Wachstum der sozialistischen Industrie trotz aller technischen Schwierigkeiten das Tempo der kapitalistischen Produktion immer stärker überflügelt.

Die Agrarkrise

Neben der industriellen Krise mit ihrem klaffenden Widerspruch von Produktion und Absatz entwickelt sich die tiefgehende Agrarkrise, von deren Ausmaß wir uns zum Teil nur ein ungenügendes Bild machen. Wenn wir zum Beispiel die Anhäufung von Vorräten kolonialer Rohstoffe und Lebensmittel oder die Ausfuhrschwierigkeiten für Kaffee in einer Reihe südamerikanischer Staaten - deren Ausfuhr teilweise zu Dreiviertel auf Kaffee beschränkt ist - betrachten und hinzufügen, welche Lage auf dem Getreidemarkt besteht, so erkennen wir die fortdauernde Verschärfung der Agrarkrise. Der bekannte amerikanische Agrarspezialist Ostrolenko kündigte im „Annalist“ vom 16. Mai einen weiteren Preisfall bei der neuen Weizenernte an. Die Weizenvorräte der Vereinigten Staaten haben sich bis auf 300 Millionen Bushel angehäuften, während sie sonst durchschnittlich 120 Millionen Bushel betragen. Die in den kanadischen Elevatoren vorhandenen Vorräte betragen gleichfalls 37 Millionen Bushel

mehr als im Vorjahr. Für Deutschland hat Schiele erklärt, daß eine gute Ernte, wie nach dem jetzigen Wetter zu erwarten sei, Unglück für die Landwirtschaft bedeute.

Die Agrarkrise wird die Lage der Bauern, insbesondere der armen und mittleren Bauern, so außerordentlich verschlimmern, daß man im Herbst mit der Entstehung ernsterer Bauernunruhen in Deutschland zu rechnen hat. Andererseits ist es klar, daß auch die Landarbeiter in ihrem Lebensniveau durch die Agrarkrise gefährdet und stärker bedroht werden. Wir müssen unter den unteren und mittleren Bauernmassen die Frage der Wuchersteuern aufrollen und eine besondere Agitation unter den Landarbeitern führen, da es sich hier um verschiedenartige Interessen handelt, die besonders berücksichtigt werden müssen.

Für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaftskrise ist das Zusammenwirken und die gegenseitige Beeinflussung der Agrarkrise und der Industriekrise von entscheidender Bedeutung. Dieses Ineinandergreifen beschleunigt und verschärft die Entwicklung der Krise im internationalen und im deutschen Maßstab.

Die drohende kapitalistische Katastrophe

Es ist von hohem Interesse, an Hand der Feststellungen der bürgerlichen Ökonomen die Bedeutung der jetzigen Krise zu betrachten. Ich will nur einige besonders typische Zitate anführen. Der bekannte deutsche Volkswirtschaftler Felix Somary schreibt in der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ vom 7. März 1930:

„Nein, wir sind selbst heute, zehn Jahre nach dem Kriegsende, noch in den Kriegswirkungen drinnen und werden für das nächste Jahrzehnt zufrieden sein müssen, wenn sich die neu etablierten Währungen auch wirklich erhalten werden; Forderungen nach Stabilisierung der Wirtschaft werden wir aber mit einem kritischen Lächeln zu begeben gelernt haben.“

Über die heutige Lage des Kapitalismus im allgemeinen äußerte sich der englische Forscher Harold J. Laski in „Harpers Magazin“ vom Januar 1930 in einem Artikel, der im „Deutschen Volkswirt“ vom 30. Mai 1930 sinngemäß wiedergegeben wird:

„Das ausschließliche Profitstreben hat sich als völlig ungeeignet erwiesen, eine geordnete Gesellschaft aufzubauen. Alle Schrecken, Grausamkeiten, Verbrechen, Unmenschlichkeiten, von denen die Chronik der neueren Zeit erzählt, sind dem Profitstreben als Ursache zuzuschreiben, dessen Grundsatz ist, daß Geldgewinn der einzige zulässige Maßstab sei.“

Der bekannte französische Journalist Frank schreibt in einem der verbreitetsten französischen Journale:

„Ein wahres tragisches Dilemma. Die Welt zeigt eine absurde Vereinigung der Erzeugung von Reichtum, welcher vor den Augen ausgehungerten Arbeitsloser verfault, die ihn mit Vergnügen konsumieren würden, aber keine Möglichkeit besitzen, zu kaufen... In den Vereinigten Staaten erreicht, wie jeder sieht, die ökonomische Entwicklung ihr Ende, während sich die Sowjetunion in gesundem Zustand befindet.“

Ich glaube, diese und andere Zitate beweisen, daß es ein Mangel unserer eigenen Presse ist, wenn sie derartige Stimmen aus dem bürgerlichen Lager selbst nicht berücksichtigt und als Material für unseren Kampf auswertet. Diese Äußerungen von bürgerlichen Ökonomen zeigen den Charakter der heutigen kapitalistischen Krise. Sie unterstreichen auch eine solche Stellung, wie wir sie heute zum Problem der kapitalistischen Stabilisierung beziehen können. erinnert euch an unsere Auseinandersetzungen mit Bucharin und Ewert wegen unserer Formulierung - wie wir sie bei der Berichterstattung über den VI. Weltkongreß prägten -, daß

die Stabilisierung mehr und mehr verfaule. Das entsprach nicht der Auffassung der rechten und versöhnlerischen Elemente in der Komintern. Aber die weitere Entwicklung hat sie ideologisch vernichtend geschlagen und unsere Auffassung bestätigt. Heute können wir bereits eine solche Stellung beziehen wie die Genossen Stalin und Molotow auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B). Genosse Stalin sagte, die Stabilisierung geht zu Ende; Genosse Molotow sprach darüber, daß die Weltwirtschaftskrise zum Zusammenbruch der kapitalistischen Stabilisierung führt.

Welches sind nun die Hauptpunkte der Beschleunigung der Krise, die auf den Absatzschwierigkeiten, der Schere zwischen Produktion und Absatz und dem wachsenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beruhen?

Erstens: Die Verflechtung der Industriekrise mit der Agrarkrise.

Zweitens: Das Aufeinanderwirken der einzelnen nationalen Krisen und die durch sie hervorgerufene Steigerung der internationalen Krise.

Drittens: Die Frage der Preisgestaltung, wobei sich zum Beispiel in Deutschland und in den Vereinigten Staaten eine Schere zwischen den Kleinhandels- und den Großhandelspreisen herausgebildet hat. Für die Entwicklung der Krise gewinnt die Frage der Preisgestaltung eine besondere Bedeutung durch die Verknüpfung mit der Kapitaloffensive seitens der Unternehmer.

Viertens: Die Frage des Protektionismus, der Hochschutzzollmauern.

Fünftens: Eine entscheidende Frage sowohl im Weltmaßstabe wie vor allem für Deutschland ist die Verschärfung durch den Youngplan. Unsere Auffassung, daß der Youngplan eine Waffe im internationalen Kapitalsangriff darstellt, wird durch alle Ereignisse bestätigt. Mit der kapitalistischen Offensive gegen die proletarischen Massen in Deutschland verstärkt sich auch der Kapitalsangriff in allen übrigen kapitalistischen Ländern.

Die politische Krise

Immer mehr zeigen sich Erscheinungen, die das Umschlagen der Wirtschaftskrise in die politische Krise des kapitalistischen Systems widerspiegeln. In Deutschland wird die Lage der Wirtschaft, deren Krisencharakter durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigt wird, noch erschwert und die Wirtschaftskrise durch die Auswirkungen des räuberischen Youngplans vertieft. Alles, was die Kommunistische Partei den Massen über den Youngplan sagte, daß er eine Waffe des internationalen Kapitalsangriffs gegen die Arbeiterklasse sein werde, ist heute schon bestätigt. Die Massen erleben mehr und mehr, daß die versprochenen „Erleichterungen“ des Youngplans in Wirklichkeit lediglich neue Lasten, neue Ausplünderung, Massenerwerbslosigkeit und Masseneleid bedeuten. Man kann schon nach den ersten Auswirkungen des Youngplans feststellen, daß nicht nur in Deutschland die kapitalistische Stabilisierung zu Ende geht, sondern daß mit der Annahme des Youngplans auch die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom internationalen Geld- und Warenmarkt größer geworden ist. Die Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Youngplan für die deutsche Bourgeoisie erwachsen, zeigen sich in verschiedenartigen Formen:

Erstens in der allgemeinen Verschärfung der Klassengegensätze zwischen den werktätigen Schichten und dem Kapitalismus, die auf alle Teile der Bevölkerung übergegriffen hat.

Zweitens in der Vertiefung und beschleunigten Entwicklung der Schwierigkeiten durch die Elemente des revolutionären Aufstiegs des Proletariats. Gegenüber diesen Tendenzen entwickelt sich auf der Seite der Klassenfeinde die Faschisierung.

Drittens bedeutet das Vorhandensein der Kommunistischen Partei mit ihren großen Erfahrungen einen wichtigen Faktor, der bei richtigem Einsatz der revolutionären Kräfte imstande ist, die Schwierigkeiten des Kapitalismus zu erhöhen, das Tempo der Krisenentwicklung zu beschleunigen.

Der verschärfte Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Entrechtung, wie er sich im Zusammenhang mit den allgemeinen Forderungen der bürgerlichen Parteien auf Faschisierung des Staatsapparates vollzieht, schafft eine ungeheure Gärung und Erbitterung unter den werktätigen Anhängern der alten bürgerlichen Parteien wie unter Teilen der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Dadurch entsteht die ungeheure Kluft zwischen der Führung und den Massen in diesen Parteien und Organisationen. So erklärt sich auch das Wachsen der Nationalsozialisten, die sich das tiefe Mißtrauen, die tiefe Enttäuschung der Massen gegenüber der kapitalistischen Herrschaft für ihre soziale und nationalistische Demagogie zunutze machen und die verbitterten Anhänger der alten bürgerlichen Parteien in ihren Reihen aufzufangen versuchen.

Andererseits müssen wir erkennen - ohne einen Vergleich zwischen der heutigen Situation und der von 1923 zu ziehen -, daß sich gerade in dem wachsenden Zerfall der alten bürgerlichen Front das Umschlagen der Wirtschaftskrise in die politische Krise des kapitalistischen Systems besonders äußert. In einer solchen Situation der Gärung und Empörung unter den Massen, wie sie heute besteht, wachsen die Voraussetzungen für uns, die große Idee des Kommunismus, des Kampfes und Sieges der proletarischen Revolution, in die Massen zu tragen. Wir müssen den revolutionären proletarischen Ausweg aus der Katastrophe des Kapitalismus, aus dem Massenelend, der Millionenerwerbslosigkeit und der Youngsklaverei zeigen. In stärkstem Tempo gilt es, die Schwerfälligkeit und mangelnde Lebendigkeit unserer Methoden der Arbeit unter den Massen zu überwinden. Nur dann werden wir die Rolle der Kommunistischen Partei als der Partei des proletarischen Auswegs aus der Krise ins Bewußtsein der Massen tragen und die Werktätigen gegen den Klassenfeind ins Feuer führen können.

Auf Grund der Erschütterung des kapitalistischen Systems und der Verschärfung des Klassenkampfes geht die Bourgeoisie zu neuen, reaktionärerem Kampfmethoden über, zu den Methoden der Faschisierung des Staatsapparates. Dieser Prozeß der Faschisierung stößt auf der anderen Seite zugleich auf die wachsende Kampfkraft im Lager der Arbeiterklasse, auf die neuen Formen des Widerstandes und des Angriffs, wie sie sich auf seiten des Proletariats nicht nur bei den Wirtschaftskämpfen, sondern an allen Fronten des Klassenkampfes entwickeln.

Bei der Faschisierung der kapitalistischen Staatsgewalt operiert die Bourgeoisie mit den beiden Eisen, die sie im Feuer hat: den Sozialfaschisten auf der einen und den Faschisten auf der anderen Seite. Diese beiden Eisen setzt die Bourgeoisie verschiedenartig an den verschiedenen Fronten des Kampfes ein. Im Nordwestkampf²⁴ beispielsweise haben die streikbrecherischen Nationalsozialisten nicht die entscheidende Rolle im Kampf gegen das Proletariat gespielt, weil sie zu schwach dazu waren. Dort waren es die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie und die faschisierte christliche Bürokratie, die als treibende Kräfte des Streikbruchs auftraten.

Wir haben in Deutschland andere Entwicklungsformen zum Faschismus als in Ländern wie Österreich, Rumänien - wo erst kürzlich die Monarchie restauriert wurde - oder in Jugoslawien - wo der Faschismus in den letzten Jahren riesige Fortschritte machte - oder in Finnland - wo die von der Agrarkrise betroffenen Lappobauern unter faschistischem Kommando nach Helsingfors marschierten. Deutschland ist ein Industrieland, und der

²⁴ Gemeint ist der Streik der 50000 Metallarbeiter an Ruhr und Niederrhein, der am 30. Juni 1930 begann. Der Nordwestkampf, der erste Massenstreik, der von der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorbereitet und durchgeführt wurde, war eine Aktion gegen die Auswirkungen des Youngplans und gegen die volksfeindliche Politik der Bürgerblockregierung. Der Streik war ein großer politischer Erfolg für die KPD und die RGO, da er gegen den Willen der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie, die mit den Unternehmern und den Faschisten paktierte, ausgelöst und durchgeführt wurde. Der Nordwestkampf wurde nach wenigen Tagen abgewürgt und führte nur zu Teilerfolgen.

Faschisierungsprozeß ist hier viel schwieriger als in jedem halbindustriellen oder agrarischen Lande. Gerade in Deutschland entfaltet sich deshalb der Faschisierungsprozeß im Rahmen der politischen Krise des kapitalistischen Systems äußerst widerspruchsvoll und ungleichmäßig, wie sich auch die Tendenzen und Kräfte des Kommunismus nicht in einem gradlinigen Tempo entwickeln.

Schon allein auf parlamentarischem Gebiet sehen wir - angefangen vom Abbau der Erwerbslosenversicherung Ende September des vergangenen Jahres, in allen Aktionen der Großen Koalition und später des Bürgerblocks bis zur heutigen Finanzdiktatur auf Grund des Artikels 48 - eine klare stufenmäßige Entwicklung der Faschisierung. Überall zeigt sich diese Faschisierung: nicht nur in dem blutigen Terror der Hitlerbanden, sondern ebenso im Programm der Industriellen, in den politischen Methoden zur Durchsetzung der Lohnabbauoffensive, in den „klassenfriedlichen“ Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen, in der Reinigung der Rüstungsbetriebe von revolutionären Arbeitern, in der Frage des Ostprogramms, in der Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Abgeordneten, ganz zu schweigen vom Verbot des RFB und der Antifa, von der Annahme des Republikchutzgesetzes usw.

Kommunismus gegen Faschismus

Ober das Tempo der Faschisierung einerseits und das Tempo der Entwicklung der Kräfte der proletarischen Revolution andererseits sagt unsere Resolution folgendes:

„Die Tendenz und das Tempo der Radikalisierung der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen ringt mit der Tendenz und dem Tempo der Entwicklung der Faschisierung.

Der beginnende revolutionäre Aufstieg steht in härtestem Kampfe mit dem fortschreitenden Prozeß der Faschisierung und der Sammlung der Konterrevolution. Gegen die bereits entwickelte Offensive der Bourgeoisie beginnt sieh unter Führung der KPD und der RGO die Abwehr und die Gegen-offensive der Arbeiterklasse zu entfalten. Von dem Tempo der Entwicklung der revolutionären Kraft und von dem Tempo der Steigerung der revolutionären Aktivität im proletarischen Lager ist es abhängig, wie lange und in welchem Maße die werktätigen Massen die buhen der kapitalistischen Krise, die Ausbeutung und Unterdrückung noch zu ertragen haben. Die Klassenkräfte des revolutionären Proletariats sind ein wichtiger Faktor für den weiteren Verlauf der politischen Krise.“ [„Die Rote Fahne“ vom 24. Juli 1930. *Die Red.*]

Wir müssen damit rechnen, daß die Wirtschaftskrise und die Ansätze der politischen Krise, die wir schon jetzt haben, sich im kommenden Winter wesentlich verschärfen werden. Betrachten wir nur solche Möglichkeiten, daß im kommenden Winter sicherlich 4½ Millionen Erwerbslose vorhanden sein werden und daß bei der weiteren Entwicklung der Agrarkrise im Herbst mit Bauernunruhen zu rechnen sein wird. Was bedeutet das? Gewaltige Aufgaben hat die Partei. Die Frage der Solidarität der im Betrieb Stehenden mit den Erwerbslosen wird zum zentralen Punkt aller kommenden Kämpfe. Eine sofortige Wendung zur wirklichen Arbeit unter den werktätigen Bauern, die bisher in fast allen Bezirken der Partei nicht durchgeführt wurde, ist notwendig. Gleichzeitig muß durch andere, besondere Methoden die Mobilisation der Landarbeiter erfolgen.

Die objektive Entwicklung ist durch die ungeheure Erbitterung und Empörung in den ausgebeuteten Massen, durch die tiefe Gärung in den kleinbürgerlichen und den bäuerlichen Schichten bis zu einem solchen Grade gelangt, daß die revolutionären Kräfte unter Führung der Kommunistischen Partei im stärksten Tempo wachsen können. Im Wettlauf der Kräfte der proletarischen Revolution einerseits und des Faschismus andererseits hängt alles von der kühnen Tätigkeit, der Energie und der revolutionären Massentaktik der Partei ab.

Diese Tatsachen sieht und kennt die Bourgeoisie. Ob unsere gesamte Partei und darüber hinaus das revolutionäre Proletariat diese Faktoren so deutlich einschätzen, möchte ich

bezweifeln. Ist es doch eine Tatsache, daß manchmal die Massen außerhalb der Partei mehr vorstoßen als unsere Funktionäre auf Grund einer falschen Einschätzung der Situation. Die Unterschätzung einer Situation, einer Entwicklung und ihrer Möglichkeiten für die Entfaltung der revolutionären Massenkraft ist aber stets eine Hauptursache für den Opportunismus bei der Durchführung revolutionärer Aufgaben. Es ist deshalb eine unbedingte Notwendigkeit, daß wir in der Partei solche Erscheinungen überwinden und zu einem klaren Verständnis der Situation und der kommenden Entwicklung gelangen.

Wie ist die Lage bei unseren Klassenfeinden? Wir sehen die Kapitaloffensive, wir sehen den allgemeinen Faschierungsprozeß und das Wachstum der Nationalsozialisten, der Reservearmee des faschistischen Finanzkapitals. Die Hitlerpartei wird immer stärker in das Staatssystem eingereicht und verwächst mit dem kapitalistischen Staatsapparat. Der Hinauswurf der sogenannten linken Opposition aus der faschistischen Partei war eine Ergebniskundgebung Hitlers an das Kapital, ein Bekenntnis, daß alle soziale Demagogie der Faschisten nur zur Verschleierung ihrer Dienste für das Unternehmertum bestimmt ist. Die stürmische Entwicklung, wie sie diese Partei beispielsweise in Sachsen hatte, beschleunigte den allgemeinen Faschierungsprozeß.

Bei der Entwicklung der faschistischen Offensive des Finanzkapitals ist die Rolle des Sozialfaschismus von größter Bedeutung sowohl im Reichsmaßstab in ihrer Haltung gegenüber der Brüning-Regierung als auch besonders in Preußen, Hessen, Baden und Hamburg, wo die SPD noch in den Koalitionen geduldet wird. Aber auch im gesamten Staatsapparat, in den sozialfaschistischen Polizeipräsidien usw. - überall stellt sich der Sozialfaschismus absolut auf die Linie des faschistischen Kurses der Kapitalisten ein. Bei den Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen, durch ihre Rolle bei der Abwürgung des Mansfelder Kampfes und des Nordwestkampfes sowie bei allen übrigen Wirtschaftskämpfen - stets betrieb die sozialdemokratische Führung Streikbrecherpolitik, Politik der Unterstützung der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihres Faschierungsprozesses.

Die Faschisierung des Zentrums

Von größtem Interesse ist die neue Rolle der Zentrumspartei. In ihr vollzieht sich der Prozeß der Faschisierung am geräuschlosesten und wird deshalb am wenigsten beachtet. Die Zentrumspartei ist innerlich im Verhältnis zu den anderen bürgerlichen Parteien ziemlich stabil. Die rebellierenden Stimmungen der christlichen Arbeiter gegen die Politik Stegerwalds sind längst noch nicht so stark entwickelt wie etwa bei den Deutschnationalen oder die Gärung unter den Anhängern der Deutschen Demokratischen Partei. Das Zentrum paart seine soziale Demagogie mit der religiösen Disziplin seiner Anhänger, durch die diese verpflichtet werden, die Politik der Zentrumspartei zu verteidigen. Die Methoden der Massenarbeit des Zentrums sind äußerst interessant. Gestützt auf die Kirche und auf die christlichen Gewerkschaften, in denen zum Beispiel in Nordwest größere Teile unqualifizierter Arbeiter organisiert sind, vertritt das Zentrum eine „wirtschaftsfriedliche“ und „volksgemeinschaftliche“ Politik.

So hat die christliche Gewerkschaftsbürokratie ganz offen ihre Streikbrecherrolle im Nordwestkampf ausüben können, während die ADGB-Bürokratie am Anfang des Kampfes in verschiedenen Betrieben noch nach Manövern suchte. Gerade auf Grund seiner Verankerung auch in Teilen der Arbeiterschaft entwickelte sich das Zentrum zu der Partei, die nach dem Fußtritt für die Sozialfaschisten besonders führend die faschistische Offensive zur Umgestaltung des kapitalistischen Staatsapparates und die Unternehmeroffensive im Auftrage des Finanzkapitals durchzuführen bestrebt ist. Die Tatsachen, daß der Zentrumsführer Brüning derjenige Reichskanzler ist, der während der ganzen Dauer seiner Regierung stets mit der Drohung des Artikels 48 operierte, und der Arbeitsminister Stegerwald alles durchführte, was

die Monopolkapitalisten forderten, sind kennzeichnend für die faschistische Politik des Zentrums.

Der subjektive Faktor

Die Frage, inwieweit sich die politische Krise verschärft und wie die revolutionäre Entwicklung beschleunigt werden kann, hängt in entscheidendem Maße von der Entwicklung des subjektiven Faktors ab, der revolutionären Kampfkraft der Partei. Wir müssen im Zentralkomitee feststellen, daß auch unsere Kräfte auf verschiedenen Gebieten wesentliche Fortschritte erzielten, die der Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates, der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftsapparates sowie der Steigerung der Kräfte der Faschisten gegenüberstehen. Die Entwicklung der revolutionären Streitkräfte des Proletariats, die Versuche, auf die Angriffe des Finanzkapitals mit systematischem Offensivkampf zu antworten, dürfen wir nicht unterschätzen.

Ob diese Versuche ausreichen, ob sie uns befriedigen - das ist die Frage, auf die das Zentralkomitee eine Antwort geben muß. Wir sind der Auffassung, daß die Abwicklung der Arbeiteroffensive zu langsam vor sich geht und daß die Beschleunigung dieses Tempos von der Steigerung der Initiative der Partei und der RGO in den Betrieben, unter den Erwerbslosen, unter den Massen des werktätigen Mittelstandes und der schaffenden Bauern abhängt. Wir müssen die gesamte Arbeit der Partei einer gründlichen selbstkritischen Überprüfung unterziehen. Das gilt für alle großen politischen Kampagnen, die die Partei in der letzten Periode geführt hat: für die Sachsenwahlen, die Betriebsrätewahlen, die Kämpfe von Mansfeld und Nordwest, die Arbeit der RGO usw. Bei allen diesen Kampagnen und Aktionen gilt es, neben den positiven besonders auch die schwachen Punkte der Arbeit auffindig zu machen und zu verbessern.

Die Lehren der Sachsenwahl

Ich glaube, die Tatsache, daß die Nazis seit der Landtagswahl 1929 über 240000 Stimmen gewannen, ist eine Warnung für uns. Die Sozialdemokraten verloren etwa 54000 Stimmen, wir gewannen 11000. Die Nazis konnten den Verlust der bürgerlichen Parteien aufsaugen, und auch ein Teil der verlorenen sozialdemokratischen Stimmen kam ihnen zugute. Wenn wir die Frage der allgemeinen Beurteilung der Sachsenwahlen stellen, so müssen wir gewisse ideologisch-politische Unterlassungssünden feststellen. Im allgemeinen war die Aktivität unserer unteren Kader gut. Allerdings hat die Jugend die Partei in diesem Wahlkampf leider nicht genügend unterstützt. Darüber hinaus gab es bestimmte ideologisch-politische Schwächen:

Erstens einen ungenügenden Kampf gegen den räuberischen Youngplan in Verbindung mit der Popularisierung unseres Endziels. Wir vergaßen, den Massen den Ausweg aus dieser kapitalistischen Krise zu zeigen. Das war ein großer Fehler. Das ist das Wichtigste in der Generallinie unserer Politik, und es ist klar, daß Schwächen auf diesem Gebiet auch Schwächen in der Taktik zur Folge haben.

Zweitens die Frage der Agitation und Propaganda. Unsere Plakate hatten nicht die lebhafteste volkstümliche Sprache, brachten nicht genügend Tatsachen und gutes Material und waren nicht so mitreißend, wie es notwendig gewesen wäre, um die Massen für die Idee des Kommunismus zu gewinnen.

Drittens die ungenügende Anwendung der Einheitsfrontpolitik. Das gilt nicht nur gegenüber den SPD-Arbeitern, sondern gilt auch für gewisse Tendenzen - wie sie in Zwickau und Chemnitz, aber auch in Leipzig und Dresden vorhanden waren -, den ideologischen Kampf gegen den Faschismus völlig zu negieren. Erst als man erkannte, daß die Nazis ihren

Masseneinfluß erheblich erweitert hatten, gingen die Genossen langsam dazu über, wenigstens in verschiedenen Versammlungen der Nazis aufzutreten. Aber der Tempoverlust konnte nicht mehr aufgeholt werden.

Viertens unsere ungenügende und sehr schwache Arbeit in den Gewerkschaften und zum Teil auch in anderen Massenorganisationen.

Fünftens das viel zu langsame Tempo in der Wendung u den Arbeiterinnen.

Sechstens die völlige Vernachlässigung unserer Arbeit unter den Angestellten, den notleidenden Mittelstandsschichten und unter den werktätigen Bauern. Schon auf dem Weddinger Parteitag gab es Schwierigkeiten in diesen Fragen mit der Chemnitzer Delegation. Und gerade in diesem Gebiet werden doch Hunderttausende von Arbeiterinnen in der Textilindustrie maßlos ausgebeutet. Hier ist ebenfalls ein großer Mangel in der Parteiarbeit festzustellen.

Der letzte Punkt ist der ungenügende ideologische Kampf gegen die innerparteilichen Abweichungen. Der Opportunismus in der Praxis ist gerade in Sachsen gefährlich, wo der „linke“ Sozialfaschismus mit ganz anderen Methoden als die offizielle SPD im Kampf gegen uns auftritt. Das aber ist die Aufgabe, den „linken“ Sozialfaschismus wirklich zu schlagen und die Arbeitermassen von ihm loszureißen und zur KPD zu führen.

Welche Lehren ergeben sich nun für die gesamte Partei aus der Sachsenwahl?

Erstens: Verstärkte Einheitsfrontpolitik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern bei gleichzeitiger Steigerung unseres prinzipiellen und schonungslosen Kampfes gegen den Sozialfaschismus, insbesondere den „linken“ Sozialfaschismus.

Zweitens: Weitere Verstärkung unseres ideologisch-politischen und wehrhaften Massenkampfes gegen die Nationalsozialisten. Dabei steht auch die Frage der roten Betriebswehren unter Einbeziehung der sozialdemokratischen und der christlichen Arbeiter im Vordergrund, in denen es die Massenkraft zu organisieren gilt.

Drittens: Wir müssen unsere Arbeit unter den Angestellten, Beamten und Mittelständlern sowie unter der arbeitenden Bauernschaft erheblich verbessern.

Viertens: Die stärkere politisch-organisatorische Arbeit in den Betrieben. Die Politisierung der RGO und die Verstärkung unserer Arbeit in der Arbeiterschaft, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, ist gleichfalls eine große Lehre, die sich aus der Sachsenwahl ergibt.

Und schließlich, Genossen, selbstverständlich Verbesserung und neue lebendigere Formen unserer Organisationsarbeit, unserer Agitpropmethoden, Werbearbeit usw.

Zum Schluß die Frage des Kampfes gegen den Opportunismus in der Praxis; auch dies ist eine Frage der gesamten Partei.

Es ist klar, daß wir in Verbindung mit der öffentlichen Kritik an diesen Mängeln auch die positive Seite des Ergebnisses der Sachsenwahl herausstellen müssen. Zum ersten Male nach einer langen Zeit ist wieder eine aufsteigende Linie in Sachsen festzustellen, die uns neue Möglichkeiten der Erfolge für die Zukunft andeutet.

Die Betriebsrätewahlen

Nun zu einer zweiten großen Kampagne, zu den Betriebsrätewahlen. Gegenüber dem Vorjahr haben wir einen großen Fortschritt zu verzeichnen. Während damals nur in 165 Betrieben rote Listen aufgestellt wurden, sind es diesmal 1200 bis 1300 Betriebe mit 2 bis 2½ Millionen Beschäftigten. Das ist bei 12 bis 12½ Millionen Betriebsarbeitern, die heute in den Betrieben beschäftigt sind, ein ganz annehmbarer Prozentsatz. Große Erfolge haben wir im Bergbau - sowohl im Ruhrgebiet als auch in Oberschlesien - sowie in den Mittelbetrieben der Metallindustrie, außerdem, was die Wendung unserer Partei charakterisiert, in Betrieben mit weiblicher Belegschaft.

Niederlagen gab es in Großbetrieben: bei Siemens, in den Leuna-Werken, bei Opel und in der

Verkehrsgesellschaft. Große Verluste hatten wir leider in Berlin. Es gab in der Partei starke opportunistische Auffassungen, zum Beispiel in der Arbeit der Betriebsräte, daneben auch sektiererische Erscheinungen. Die wichtigsten Lehren für die gesamte Arbeit der Partei im Reichsmaßstab sind:

Erstens: Systematische Zusammenfassung unserer Betriebsräte.

Zweitens: Zweifrontenkampf gegen die Abweichungen, wobei die entscheidende Gefahr der Rechtsopportunisten ist.

Drittens: Politisierung unserer Betriebsarbeit, verbesserte Tätigkeit und Ausbau der Betriebszellen, Stärkung der politischen Verantwortlichkeit.

Viertens: Einstellung der roten Betriebsräte als Organe des Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierung, den Lohnabbau und bei der gesamten Arbeit der RGO.

Im Zusammenhang damit müssen wir den Bezirksleitungen, Ortsgruppen und Zellen die Verstärkung der öffentlichen Selbstkritik, die systematische Erfassung und Registrierung der roten Betriebsräte und der RGO und ihre Schulung, politisch wie auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, ferner den Ausbau des Vertrauensmännersystems sowie der roten Betriebswehren als dringendste Aufgaben stellen.

Die Streikkämpfe

Ich komme nun zur Frage der Wirtschaftskämpfe und der RGO. Hier ist das Hauptgebiet unserer politischen und organisatorischen Arbeit. Wenn wir den heroischen Mansfelder Kampf betrachten und hören, daß gestern die Arbeiter in die Gewerkschaftsversammlungen gingen und in der von den Gewerkschaftsinstanzen einberufenen Konferenz die Forderung der Urabstimmung stellten, die zwar mit 68 gegen 50 Stimmen abgelehnt wurde, so zeigt sich in diesem Verhältnis doch, wie sehr unser ideologischer Einfluß auch innerhalb der Gewerkschaft durch unsere politische Arbeit wachsen kann. Weiter sehen wir die Tatsache, daß in den Gewerkschaftsversammlungen die Bürokraten stürmisch unterbrochen wurden und SPD-Arbeiter für die Opposition sprachen. Das alles zeigt, welche starken revolutionären Energien sich in den Massen im Verlauf dieses Kampfes entwickelt haben. Es ist klar, daß die Bourgeoisie und die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie versuchen, die geschlossene Streikfront in den nächsten Tagen auseinanderzuschlagen.

Was die Bewegung in der nordwestlichen Metallindustrie angeht, so können wir sagen: Das war eine erste Feuerprobe der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die für die allgemeine Entwicklung des Kampfes gegen die Lohnabbauoffensive von größter revolutionärer Bedeutung ist. Durch die Beispiele des Kampfes in Mansfeld und in der nordwestdeutschen Gruppe wird das Vertrauen zu erfolgreichen Kämpfen des Proletariats erhöht. Eine wichtige Lehre aus diesen Kämpfen ist, daß wir in Zukunft die Fragen der Tarifbewegungen viel früher und viel konkreter vorbereiten müssen. Ferner müssen wir auf Grund der Wirtschaftskämpfe feststellen, daß unsere Positionen in den wichtigsten Betrieben viel zu schwach sind. Hier müssen wir von seiten der Partei die notwendige ideologische Hilfe leisten, um zu einer Verstärkung unserer Arbeit, zu einer Erhöhung des politischen Niveaus zu kommen. Wir müssen das Sekretariat und das Politbüro beauftragen, die Erfahrungen von Mansfeld und Nordwest gründlich zu untersuchen und für die Vorbereitung der zukünftigen Wirtschaftskämpfe der Partei nutzbar zu machen.

Der Stockholmer Kongreß der Amsterdamer und der V. RGI-Kongreß

Einige Worte über den Stockholmer Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Wenn wir das Referat von Leipart, das dort vorgelesen wurde, betrachten, so zeigt sich, daß er

in der Beschönigung der Krise des Kapitalismus noch viel weiter geht als selbst die bürgerlichen Ökonomen. Auch in allen übrigen Fragen - in den Fragen des Völkerbundes, der Erwerbslosigkeit, des Siebenstundentages, der Sozialpolitik, des imperialistischen Krieges und der Abrüstung, der Stellung zur Sowjetunion und des Verhältnisses der internationalen Berufssekretariate zu Moskau sowie in der Solidarisierung mit den letzten Opportunisten in der KPdSU(B) - äußert sich der antimarxistische Geist der Stockholmer Tagung. Es ist klar, daß wir die allerstärkste Offensive auf ideologischem Gebiet gegen die Auffassungen und die Politik der reformistischen Bürokratie entfalten müssen. Es gilt, alle antigewerkschaftlichen Stimmungen besonders in unserer Partei, aber auch in den breiten Massen zu überwinden und die Arbeit der proletarischen Massen an der innergewerkschaftlichen Front außerordentlich zu verstärken. Im Zusammenhang mit dem V. RGI-Kongreß müssen wir für die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition vor allem folgende Punkte beachten:

Einmal die Erhöhung der politischen Klarheit der Massen, um sie für unsere revolutionäre Streikstrategie reif zu machen. Wir müssen den Massen durch unsere ideologische Hilfe das Verständnis für die Verschärfung der Situation, für den beginnenden revolutionären Aufschwung und für die politische Krise des kapitalistischen Systems verschaffen, damit sie verstehen, daß unsere revolutionäre Massenstrategie bei einer solchen Umwicklung der einzig mögliche und richtige Ausweg ist.

Des weiteten die Frage der Rolle der Erwerbslosen bei den Wirtschaftskämpfen, wie sie sich in Mansfeld glänzend gezeigt hat. Stärkere Solidarität der Betriebsarbeiter mit den Millionen Erwerbslosen tut not.

Ein dritter Punkt ist der notwendige Kampf zur Isolierung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie von den freigewerkschaftlichen Massen, insbesondere auch vor und nach den Verbandstagen.

Ein vierter Punkt ist unser Kampf gegen die Spaltungspolitik der Bürokratie. Wir müssen die Einheit, unseren Kampf um die Einheit unter den Massen, als eine wichtige ideologische Waffe gegen den Sozialfaschismus mit in den Vordergrund stellen.

Der fünfte Punkt ist die Frage der ernsten Verstärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, wobei es nicht sosehr auf demonstrative Methoden, sondern auf die zähe, erhöhte Kleinarbeit in den Betrieben und Gewerkschaften ankommt. Keine Ressortarbeit, sondern gewerkschaftspolitische Massenarbeit ist erfolgreiche Arbeit der RGO.

Mängel und Aufgaben der Partei

Am Schluß seines Referats beschäftigte sich Genosse Thälmann gründlich mit verschiedenen Schwächen in der gesamten Arbeit unserer Partei. Er behandelte die Rolle der Partei, die Unterschätzung und Mißachtung der Organisationsarbeit, die ungenügende Einheitsfrontpolitik, den sehr starken Mangel an öffentlicher Selbstkritik. Mit stärkstem Nachdruck wandte er sich gegen die in der Partei vorhandenen verkalkten Elemente, die die neuen Mitglieder und neuen Kräfte nicht richtig an die Arbeit der Partei heranlassen wollen. Im Anschluß daran untersuchte Genosse Thälmann die Initiative der Parteiorganisation bei verschiedenen Anlässen.

Vielfach ist es so, daß alles auf Anweisungen von oben wartet. Unsere Aufgabe aber besteht darin, die stärkste Selbstinitiative in den unteren Parteiorganisationen, ganz besonders in den Betriebszellen, und darüber hinaus selbst in den Massen zu wecken und zu entwickeln. Bei der Durchführung von bestimmten Wendungen haben wir immer noch zu sehr einen Tempoverlust durch unsere große Schwerfälligkeit zu verzeichnen. Auch hier brauchen wir eine lebendige Initiative von unten, die wir fördern müssen, damit die Partei rasch und prompt auf neue Ereignisse und neue Bedürfnisse der Arbeiterklasse reagieren kann.

Welches sind unsere wichtigsten Aufgaben?

Wir müssen in den Massen das Bewußtsein dafür stärken und verbreitern, welche Rolle unsere Partei spielt als die einzige Kraft, die einen Ausweg aus dem Massenelend und der Sklaverei Youngdeutschlands zeigen kann, als die einzige antifaschistische Partei, als die einzige antikapitalistische Partei, als die einzige Partei, die die große Einheitsfront der Werktätigen gegen die Kapitaloffensive und ihre Lakaien schließen kann.

Die zweite Aufgabe ist der verschärfte theoretische und ideologische Kampf gegen den Sozialfaschismus, das Zentrum und den Faschismus bei gleichzeitigem Ringen um die Gewinnung der Massen, die noch bei der SPD, beim Zentrum und bei den Nazis stehen.

Die dritte Aufgabe sind die Streiks, die unter Führung der RGO von uns vorbereitet, ausgelöst und geleitet werden müssen. Hierbei steht auch die Frage des Kampfes gegen die sozialfaschistische Bürokratie, der verstärkt werden muß.

Die vierte Aufgabe ist der verstärkte außerparlamentarische Kampf aller Werktätigen gegen die Angriffe des Kapitals und der Regierung, der Länderregierungen und aller Staatsorgane.

Die fünfte Aufgabe ist die wirkliche politische Arbeit in der RGO, Stärkung ihrer Rolle und Bedeutung.

Die letzte Aufgabe ist die stärkere Arbeit unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, der Jugend und den Kindern, ist eine größere Initiative der Parteiarbeit unter den Bauern, Angestellten, Beamten und Mittelstandsschichten.

Wenn wir alle diese Aufgaben stellen, so ist es klar, daß wir die Kollektivarbeit in unseren eigenen Reihen, sowohl im ZK wie in der gesamten Partei, außerordentlich stärken müssen. Auch im Hinblick auf die Bedrohung unserer Partei durch den Klassenfeind gilt es, unsere gesamte Arbeit über den Rahmen der Partei hinaus viel stärker noch unter den Massen zu leisten. Unsere Massenarbeit und Massenschulung für den Kommunismus muß geschickt verbreitert werden.

Das gilt nicht nur vom innerparteilichen Standpunkt, sondern auch vom Standpunkt unserer gesamten Politik, die wir so orientieren müssen, daß unsere Parolen von den Massen verstanden werden.

Unser Programm, das Programm des Sozialismus, das Programm des revolutionären Klassenkampfes, müssen wir als ein wahres Millionenprogramm in die Massen hineinbringen, so daß jeder Arbeiter dieses Programm als sein eigenes empfindet!

*„Die Rote Fahne“
vom 29. Juli 1930*

Bolschewismus oder Faschismus

Der Reichstag ist aufgelöst. Die regierende Bourgeoisie, das herrschende Finanzkapital, hat durch ihre Beauftragten, den Reichspräsidenten Hindenburg und den Bürgerblockkanzler Brüning, das Parlament nach Hause geschickt. Der Generalsstiefel des Reichspräsidenten und Stahlhelmführers Hindenburg traf die Herren „Volksvertreter“. Mit einem raschen Handstreich wurde die parlamentarisch-demokratische Fassade der bürgerlichen Klassenherrschaft abgestreift, und die nackte, brutale Diktatur des Finanzkapitals entblößte ihr faschistisches Gesicht,

Was die Kommunistische Partei vom ersten Tage der Brüning-Regierung den Massen signalisierte, zeigte sich als unumstößliche Tatsache: Diese Regierung marschiert im Zeichen des faschistischen Kurses der deutschen Bourgeoisie, diese Regierung zerbricht die eigene Gesetzlichkeit, die eigene Verfassung der Weimarer Republik. Sie wendet den §48 gegen die Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments, gegen den Willen selbst dieses jämmerlichen, knechtseligen Reichstages an, der nun vorn Auflösungsdekret betroffen wurde. Sie bereitet auf kaltem Wege dem legalen faschistischen Staatsstreich die Bahn.

Ist es eine besondere Stärke der deutschen Bourgeoisie, die sie antreibt, das demokratisch-parlamentarische Mäntelchen ihrer bisherigen Regierungsmethoden fallen zu lassen und unter Durchbrechung ihrer eigenen Gesetze zu faschistischen Herrschaftsmethoden überzugehen? Das Gegenteil trifft zu. Auf der heutigen Stufe der Entwicklung, im Angesicht der gewaltig wachsenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft, vor die Tatsache des immer neuen Lochs in den Staatsfinanzen gestellt, bei dauerndem Rückgang der Produktion, bei wachsenden Millionenzahlen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, beginnt die heranreifende Wirtschaftskrise immer stärker in die politische Krise des kapitalistischen Systems umzuschlagen.

Schon wachsen in den breitesten Massen die Gärung, die Unzufriedenheit, die Rebellion gegen die alten Methoden der kapitalistischen Regierungskünste, schon bricht sich der dumpfe Wille der Massen Bahn, aus dem Elend der kapitalistischen Anarchie irgend einen Ausweg zu suchen und zu erzwingen. Schon wütet die Krise in allen alten bürgerlichen Parteien, deren werktätige Anhängerschaft - wie die Sachsenwahlen deutlich bezeugten - ihrer bisherigen politischen Führung die Gefolgschaft aufkündigt.

Die Krise des Parlamentarismus, die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, den Differenzierungsprozeß im Lager der Bourgeoisie länger zu vertuschen und zu überbrücken, entspringt gewiß nicht dem Umstand, daß die pfäffischen Jesuiten an der Spitze der führenden Regierungspartei, des Zentrums, die Geschäfte des parlamentarischen Kuhhandels, der Kulissenschiebungen nicht geschickt genug zu handhaben vermocht hätten. Nein, die parlamentarische Krise der Republik, die zur Reichstagsauflösung führte, ist nur ein Spiegelbild der Klassenkrise des kapitalistischen Systems.

Unter den Schlägen der Wirtschaftskrise wankt das ganze morsche System der kapitalistischen Stabilisierung. Mit den Schwierigkeiten des amerikanischen Dollarkapitalismus wachsen die imperialistischen Gegensätze, spitzt sich fieberhafter als je zuvor der Wettkampf um die Märkte der Welt zu, wächst mit ungeheurer Schnelligkeit die Kriegsgefahr. Das kapitalistische Deutschland, noch immer durch die Ketten des Versailler Vertrages, durch die Reparationslasten auf Grund des räuberischen Youngplans eingeengt, macht verzweifelte Anstrengungen, um den bedrohten Profit der Ausbeuter, der Industriekapitäne, Bankiers und Börsenspekulanten, trotz aller Schwierigkeiten, zu sichern, um noch einmal einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu erzwingen.

Wie sieht dieser „Ausweg“, diese „Lösung“ nach dem Rezept der regierenden Kapitalisten aus?

Millionen Erwerbslose hungern. Täglich gibt es neue Massenentlassungen, die die Zahl der

Erwerbslosen weiter anschwellen lassen. Das Rezept der Kapitalisten befiehlt diesen Arbeitslosen, noch mehr als bisher zu hungern!

Das Elend der Beamten und Angestellten hat längst ungeheuerliche Formen angenommen. Das Rezept der Kapitalisten besteht darin, den Darbenden ein „Notopfer“ aufzuerlegen, von dem nur eine kleine Schicht ausgenommen wird: diejenigen, die prassen und im Überfluß leben, die Millionäre, die Kapitalisten, die Aufsichtsräte und Dividendenschlucker!

Die Not der werktätigen Bauern, der wirklichen Opfer der Agrarkrise, das Elend der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, der vom Kapitalisten entwurzelten und proletarisierten Mittelständler ist unbeschreiblich. Das Rezept der Kapitalisten „hilft“ diesen Schichten mit neuen Steuern, mit der Kopfsteuer, der „Negersteuer“²⁵, die SPD-Hilferding erdachte, Nazi-Frick als erster in die Tat umsetzte und die nun der Bürgerblock als ein Glanzstück seines Finanzprogramms mit dem §48 „verordnete“!

Steuern, Zölle, Massenbelastungen, Abbau der Sozialaufwendungen, schmutzige, verbrecherische Anschläge auf die Krankenversicherung und zugleich der Lohnraubzug des Unternehmertums, dem der kapitalistische Staatsapparat mit all seinen Machtmitteln zu Hilfe eilt - das ist das Bild des kapitalistischen „Auswegs“, der aus der Krise, aus dem Zusammenbruch, aus der Katastrophe herausführen soll!

Dieses verzweifelte Programm eines räuberischen Kriegszuges gegen das eigene Volk, einer erpresserischen Versklavung der Massen im Dienste des Youngplans, als dessen Fronvögte die „nationalen“ Minister im Reich, die SPD-Minister in Preußen und der Hitlermann Frick in Thüringen mit vereinten Kräften die Hungerpeitsche schwingen - dieses Hungerprogramm will die Bourgeoisie mit faschistischen Methoden in die Tat umsetzen.

Mit den Geldern der Großkapitalisten emporgezüchtet, entfaltet die braune Mordpest der Hitlerbanden ihr terroristisches Handwerk der Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterklasse zur Zermürbung des proletarischen Widerstandes gegen den Hungerkurs und die faschistischen Anschläge der Bourgeoisie. Schon wird aus dem Reichstage bekannt, daß Hugenberg und Hitler Vereinbarungen über die finanzielle Unterstützung des nationalsozialistischen Wahlkampfes durch die Schwerindustrie getroffen haben. Zugleich rasselt der Säbel der Reichswehrgenerale, zugleich sind die Polizeikarabiner und Gummiknüppel unter dem Kommando sozialfaschistischer Polizeipräsidenten bereit, um das kämpfende Proletariat niederzuschlagen. Zugleich fallen die reformistischen Gewerkschaftsführer mit plumpen Streikbrechermethoden Seite an Seite mit der christlichen Gewerkschaftsbürokratie den kämpfenden Arbeitern in den Rücken.

Alle Reserven der Bourgeoisie, alle Lakaien des Kapitals werden aufgeboten, um den Hungerkrieg der Ausbeuter gegen das arbeitende Deutschland zu sichern und zum Erfolg zu führen. Wenn der Plan der herrschenden Klasse gelingen würde, müßte das schmachvolle Programm des Justizministers der Brüning-Regierung, Brecht, von den 20 Millionen, die Hungers sterben sollen, „damit Deutschland das reichste Land der Erde werde“, Wirklichkeit werden.

Die Sozialdemokratie, die seit der vorigen Reichstagswahl bis zum März dieses Jahres mit den Bürgerblockparteien in einer Regierung saß, trägt die volle und uneingeschränkte Verantwortung für den räuberischen Kurs und schuf die Voraussetzungen für die faschistischen Methoden der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie, die vor den Maiwahlen von 1928 mit riesigen Versprechungen, mit scheinradikalen Phrasen die Wählermassen zu betrügen versuchte, hat nach der damaligen Reichstagswahl nicht einen einzigen Punkt aus

²⁵ „Negersteuer“ - Bezeichnung für die sogenannte Bürgersteuer, eine Kopfsteuer, die von der Brüning-Regierung mit der Notverordnung vom 26. Juli 1930 eingeführt wurde. Diese Bezeichnung entstammt der Kolonialpraxis der Imperialisten, die den Teil der eingeborenen Bevölkerung, dessen Einkommen nicht faßbar und dessen Verbrauch nicht kontrollierbar ist, nach Köpfen besteuerte. Die „Negersteuer“ war ein Mittel zur verstärkten Ausplünderung der werktätigen Massen.

der Fülle ihrer Wahlversprechungen verwirklicht, sondern alles, wofür ihr die eigenen Anhänger die Stimmen gegeben hatten, brutal über Bord geworfen und mißachtet. Angefangen vom Panzerkreuzerbau, über die Ablehnungen der Kinderspeisungen, bis zum vielfachen Raubzug gegen die Erwerbslosenversicherung - eine Kette des tiefsten Verrats.

Und die gleiche Fülle sozialdemokratischer Verrätereien wie auf allen Gebieten der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen der Arbeiterklasse sehen wir auch bei der Rolle der SPD bei der Durchsetzung der faschistischen Methoden der Bourgeoisie. War es nicht die regierende SPD, war es nicht Severing, der entgegen den demagogischen Wahlversprechungen den Roten Frontkämpferbund, die einzige antifaschistische Wehrorganisation des deutschen Proletariats, verbot und damit den faschistischen Horden der Hitler, Seldte und Duesterberg Waffenhilfe leistete? War es nicht die sozialdemokratische Preußenregierung, die auf einen Wisch Hindenburgs hin das ohnehin nur formelle Stahlhelmverbot im Rheinland sofort aufhob? War es nicht die regierende Sozialdemokratie, die die 33 Todesopfer des Berliner Blutmai 1929 auf dem Gewissen hat, die 33 Menschen durch ihre Polizeikosaken niederkartätschen ließ?

Und war es nicht die Sozialdemokratie überhaupt, die in der Anwendung des §48, der Diktatur des Reichspräsidenten, den übrigen Parteien der Bourgeoisie bahnbrechend voranging? Hat nicht der sozialdemokratische Vorgänger Hindenburgs, Friedrich Ebert, den §48 genauso zynisch und brutal in der damaligen revolutionären Krise angewandt, um mit den Bajonetten der Reichswehr unter dem Kommando des Generals von Seeckt, bei gleichzeitigem Verbot der Kommunistischen Partei, die bedrohte kapitalistische Klassenherrschaft zu stabilisieren?

Aber auch die Politik der Sozialfaschisten in den letzten Tagen bestätigt dieses Bild. Noch unter dem frischen Eindruck des frechen Verfassungsbruchs, der höhnischen Gesetzesverletzung durch die Brüning-Regierung - als sie den §48 zum Erlaß ihres Raubprogramms anwandte - schreckte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht davor zurück, das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Brüning-Regierung gemeinsam mit der deutschnationalen Hugenberg-Partei zu Fall zu bringen. Damit hat sie der Regierung des §48 zu einem unverhofften und unverdienten Vertrauensvotum verholfen. Ihre erneuten Anbiederungsversuche scheiterten an dem neuen Fußtritt der Bürgerblockparteien. Erst jetzt, als die SPD durch die Politik der Kommunistischen Partei und die wachsende Empörung innerhalb der sozialdemokratischen Mitgliedschaft in die Enge getrieben wurde, sah sie sich in der letzten Reichstagssitzung gezwungen, von ihrer bisherigen Politik der stillen Koalition mit dem Brüning-Kabinettt abzugehen und mit den Kommunisten für die Aufhebung der Brüning-Verordnung zu stimmen.

Aber die demagogische Hoffnung der Partei des traditionellen Wahlbetrugs, der SPD, mit dieser einmaligen, aufgezwungenen Abstimmung ihre übrige Politik vergessen zu machen oder ableugnen zu können, ist vergeblich. Die Massen werden im kommenden Wahlkampf der Partei der Hermann Müller, Hilferding, Severing, Wissell nicht nur alle ihre gebrochenen Wahlversprechungen vom Mai 1928 vorhalten, nicht nur die Kette ihres fast zweijährigen Verrats in der Koalitionsregierung, sondern sie werden auch die ganze schändliche Praxis des Sozialfaschismus in den letzten Monaten, seit der Fußtritt der Bourgeoisie die SPD aus den Ministersesseln entfernte, zur öffentlichen Aburteilung bringen. Der kommende Wahlkampf - eine Massenmobilisierung gegen den Faschismus - wird auch mit den aktiven Bundesgenossen und Wegbereitern der faschistischen Diktatur, mit den sozialdemokratischen Lakaien des Finanzkapitals, eine gründliche, umfassende proletarische Abrechnung bringen.

Die Kommunistische Partei tritt in diesen Wahlkampf als die einzige Partei, die den Massen gegen die Sklavenketten des Youngplans, gegen die würgende Hand des Hungers, der Wirtschaftskrise, des Elends von Hunderttausenden und Millionen einen wirklichen Ausweg, eine wirkliche Lösung gezeigt hat. Die KPD, die allein das kapitalistische System von Grund

auf bekämpft, vermochte deshalb vom ersten Beginn der Youngsklaverei an, die bürgerlich-sozialdemokratischen Lügen über die angeblichen „Erleichterungen des Youngplans“ zu entlarven. Sie zeigte den proletarischen Ausweg aus der drohenden Katastrophe durch die Überwindung des kapitalistischen Systems, durch den Sieg des Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Zerschlagung der Sklavenketten - nach dem heroischen Beispiel der befreiten Arbeiter und Bauern der Sowjetunion. Die KPD entrollt vor den breitesten Massen das Programm der kommenden siegreichen proletarischen Revolution.

Der Sieg des Bolschewismus in Deutschland - das bedeutet die Enteignung der Banken, der Fabriken, der Bergwerke, des Großgrundbesitzes. Das bedeutet das Ende der Börsenspekulanten, die Vernichtung der kapitalistischen Antreiberei, die Befreiung des deutschen Volkes aus der Youngsklaverei. Sieg des Bolschewismus - das bedeutet den Aufstieg der werktätigen Massen, die nicht mehr in kapitalistischer Fron, sondern als Herren im eigenen Hause für ihre eigene Sache, für ihre eigene Klasse Werte schaffen. Das bedeutet die Verwirklichung des Siebensturentages, der den Erwerbslosen Arbeit und Brot verschafft. Die Kommunistische Partei als einzige Arbeiterpartei Deutschlands organisiert gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition die täglichen Kämpfe des Proletariats gegen die praktische Durchführung des Youngplans in den Betrieben, gegen die neue Rationalisierungsoffensive und den Lohnraub des Kapitals.

Die Kommunistische Partei als einzige antifaschistische Partei sammelt die Massen gegen die faschistischen Pläne und Anschläge der Bourgeoisie, gegen die Terrorbanden der braunen Mordpest, gegen die nationalsozialistischen Hilfstruppen des deutschen Unternehmertums und des internationalen Finanzkapitals.

Wir rufen den Massen der arbeitenden Bevölkerung ganz Deutschlands zu, den Industrieproletariern in den Fabriken der Großstädte, den Kumpel in den Schächten der Kohlenreviere, die durch die Antreiberei des kapitalistischen Mordsystems vom ständigen Grubentod bedroht sind, den Werftarbeitern an der Wasserkante, den Chemieproletariern in den Gifthöhlen Mitteldeutschlands, den fünf Millionen Erwerbslosen und Kurzarbeitern, den Kranken, den Krüppeln und Invaliden, den Bauern auf den Dörfern, die ihre nackte Existenz gegen die Steuerbeamten und Gerichtsvollzieher des kapitalistischen Staates zu verteidigen haben, den verarmten Mittelständlern, den Millionen darben - den Angestellten und den Ausgehungerten der unteren und mittleren Beamtschaft - ihnen allen und vor allem auch den werktätigen Frauen und der proletarischen Jugend rufen wir zu:

Reiht euch ein in die Front der Arbeiteroffensive gegen den Hungerfeldzug der faschistischen Bourgeoisie! Kämpft mit uns!

Wir fragen diese Millionenmassen: Wollt ihr es dulden, daß mit den Methoden des Faschismus eure Not vervielfacht, euer Elend verewigt wird, damit eine kleine Clique kapitalistischer Ausbeuter einige Jahre länger ihr nutzloses Parasitendasein auf eure Kosten, durch euren Schweiß, durch euren Hunger fristen kann? Wir rufen euch zum Kampf!

Wir wenden uns an die sozialdemokratischen Arbeiter. Sie selbst mögen unsere Politik, unsere Handlungen innerhalb und außerhalb des Parlaments ernst prüfen und mit der verräterischen Politik ihrer eigenen Partei, ihrer eigenen Führer vergleichen. Sie selbst mögen entscheiden, wer die Interessen der Arbeiterklasse, wer die Interessen der Werktätigen vertritt und wer für die Klasseninteressen der Bourgeoisie und des Kapitalismus eintritt. Und sie werden nur zu dem einen Schluß kommen, daß es gilt, die proletarische Einheitsfront unter dem Banner des Kommunismus, unter dem roten Banner der Sowjetmacht zu schmieden! Sie werden erkennen, daß ihr Platz an der Seite der KPD ist!

Faschismus oder Bolschewismus diese Frage wird nicht mit einer parlamentarischen Abstimmung, wird nicht mit einer Reichstagswahl, wird nicht mit dem Stimmzettel entschieden. Aber die Millionenmassen, die jetzt im Wahlkampf ihr Urteil abgeben, die sich für und gegen die Brüning und Hindenburg, für und gegen die Hitler und Frick, für und gegen

die Hermann Müller und Severing entscheiden - sie werden zugleich für das große außerparlamentarische Ringen des Klassenkampfes ihre Entscheidung verkünden. Und wenn die Massen des arbeitenden Volkes aus dem Niedergang in der kapitalistischen Anarchie einen Aufstieg, einen Ausweg, eine proletarische Lösung wollen, dann kann ihr Urteil nur lauten:

Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit dem Faschismus! Für den Sieg des Bolschewismus!
Für ein sozialistisches Deutschland!

„Hamburger Volkszeitung“ vom 21. Juli 1930.

Wir stürmen für Sowjetdeutschland!

*Rede in Hamburg
8. August 1930*

Genossen und Genossinnen!

Unsere heutige gewaltige Kundgebung zeigt die Begeisterung, mit der die Kommunistische Partei in diesen Wahlkampf geht, um Klärung über die Grundfragen der proletarischen Revolution zu schaffen.

In diesem Saale sind heute auch alte sozialdemokratische Genossen anwesend, die sich früher gemeinsam mit vielen von uns in der Sozialdemokratischen Partei - als diese noch revolutionär war - die Aufgabe des Kampfes gegen den Kapitalismus stellten. Hamburg ist eine jener Städte, in denen August Bebel zu der Zeit gewählt wurde, als die Sozialdemokratische Partei noch versuchte, die Arbeiterklasse auf der Bahn des revolutionären Marxismus zu führen.

Wir nehmen als Kommunistische Partei Deutschlands in Anspruch, diese revolutionäre Tradition übernommen zu haben. Wir erinnern an die großen Kämpfe: den Hafentarbeiterstreik 1896, den dreizehnwöchigen Werftarbeiterstreik 1911, die gewaltige revolutionäre Demonstration vor dem Rathaus gegen das verschlechterte Wahlrecht, den Wahlrechtsumsturz in Hamburg und an die revolutionären Kämpfe vom Jahre 1918. Alle diese revolutionären Ereignisse in der Geschichte der Partei sind uns gegenwärtig.

Dieser Wahlkampf in Deutschland hat für die Kommunistische Partei und für das revolutionäre Proletariat nicht nur nationale, sondern auch große internationale Bedeutung, einerseits für die Formierung und Sammlung der Streitkräfte der deutschen Reaktion und andererseits für die Aufgaben und die Problemstellung der Kämpfe der proletarischen Revolution. Wie alle deutschen Fragen- und Aufgabenkomplexe, ob wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Art, im engsten Zusammenhang mit den großen Weltfragen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik stehen, so sind auch die Grundfragen des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland eng verbunden mit der vorwärtsstürmenden Entwicklung der Kräfte der Weltrevolution und dem Aufstieg des Sozialismus in der Sowjetunion.

Zwölf Jahre besteht die deutsche Republik, und was hat sie den deutschen werktätigen Massen gegeben? Große gewaltige Lehren und Erfahrungen für das deutsche Proletariat: Über den räuberischen Versadler Vertrag, den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet, von Locarno über den Dawesplan bis zur Annahme und Durchführung des Youngplans in der gegenwärtigen Situation - eine große Kette von wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen, die den Charakter der politischen Entwicklung in Deutschland beeinflussten.

Nur ein Beispiel von vielen anderen soll am Anfang genannt werden, um die Fäulnis und die Krankheitskeime des bestehenden Herrschaftssystems zu zeigen: In diesen zwölf Jahren des Bestehens der deutschen Republik hatten wir 16 verschiedene Regierungen im Reichsmaßstabe und in jeder Regierung ständigen Wechsel der einzelnen Minister. Dabei erwähne ich noch die vielen Veränderungen in den Länderregierungen in diesen zwölf Jahren. Nehmen wir nur ein Beispiel: In Hamburg hatten wir in dieser Zeit ebenfalls wechselnde Regierungen. Verschiedene Minister im Reich und Senatoren in Hamburg haben die Ministersessel und Senatorensitze geziert, sind davongelaufen oder wurden davongejagt. Sie alle werden heute vom werktätigen Volke mit hohen Pensionen bezahlt und ernährt, ohne daß von diesen Eintagsfliegen wegen ihrer „hervorragenden Arbeit“ noch irgendeiner unter dem werktätigen Volke spricht. In Hamburg wurde im Etat für Ruhegehälter der Senatoren für 1930 eine Summe von 390200 Reichsmark eingesetzt.

Ich weise auf die hohen Summen hin, die im Reichsmaßstabe an Pensionen für entlassene und davongelaufene Minister ausgezahlt werden. Nur noch die eine Tatsache: Erst kürzlich hat die

Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft das Gehalt der Senatoren auf 30000 Mark jährlich erhöht und die Pensionen, die nach zwei Jahren Tätigkeit den Senatoren ausgezahlt werden, von 35 Prozent des Gehaltes am Anfang bis auf 80 Prozent des Gehalts steigend festgelegt.

In diesem Wahlkampf müssen wir den proletarischen Massen sagen, daß die grundsätzlichen Fragen der revolutionären Entwicklung brennender denn je auf der Tagesordnung stehen. Die Aussichten des Kampfes für den Sieg des Kommunismus in verschiedenen kapitalistischen und halbkolonialen Ländern sind seit dem Weltkrieg ungeheuer gewachsen.

Ich erinnere an die Zeit des vorwärtsstürmenden Geistes der deutschen Bauernkriege. Von Hutten sagte damals: „Es ist eine Lust zu leben.“ Wir übernehmen heute diesen Standpunkt - nicht vom Standpunkt der Gemütlichkeit, sondern vom Standpunkt der Erkämpfung eines besseren Lebens für die werktätige Menschheit. Er beherrscht den neuen Angriffsgeist, die Politik der kommunistischen Bewegung der ganzen Welt.

In diesem Moment, wo wir hier versammelt sind, stürmt im fernen Asien die kommunistische Bewegung von Sieg zu Sieg. Im bürgerlichen Pressewald heißt es in diesen Tagen „Kommunistische Meutereien und Blutaten in China“, „Ausplünderung“ und „Ausräuberung“ von Städten, „Mordtaten“ der Kommunisten. Die Lügenmethoden der kapitalistischen Welt sind uns schon zur Genüge aus der Vergangenheit bekannt. Natürlich, wenn die Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern in ihrem revolutionären Kampfe das aus den Werktätigen herausgeschundene kapitalistische Eigentum der Industriellen und Großagrarien beschlagnahmt, den Arbeitern die Fabriken und Bergwerke gibt, das Land den werktätigen Bauern ausliefert, dann brüllen und schreien die Weltbourgeoisie und ihre Tintenkulis von Raub und Mord. Die Waffen werden dort der Bourgeoisie abgenommen und dem Proletariat ausgeliefert, und an Stelle der imperialistischen und konterrevolutionären Herrschaft errichtet das Proletariat im Bündnis mit den werktätigen Bauern seine Macht, die Sowjetmacht.

In Indien entbrannten neue revolutionäre Massenkämpfe gegen die blutige koloniale Unterdrückung der sozialdemokratischen MacDonald-Regierung.

Das bedeutsamste Ereignis des revolutionären Klassenkampfes sind zweifelsohne die Straßenkämpfe in Turin. Zum ersten Male seit acht Jahren kämpft mit heroischer Kühnheit ein Teil des revolutionären Proletariats gegen das mörderische faschistische System, gegen Mussolini, in Italien. Dieser heroische Kampf und andere neue Kämpfe des revolutionären Proletariats in Italien sind der Trommelschlag, der nicht nur die italienische Arbeiterklasse, sondern auch das internationale Proletariat zum Angriff gegen den Faschismus aufrüttelt.

In Frankreich gibt es schon erfolgreiche politische Massenstreiks gegen die neuen Lohnabzüge des Sozialversicherungsgesetzes. Die Barrikaden von Rouen sind ein Sturmsignal für die ganze französische Arbeiterklasse.

Denjenigen, die in Deutschland heute noch von dem „dritten Reich“ Hitlers sprechen - der ein solches Reich wie in Italien schaffen will -, die sehr oft auf die „gesunden Zustände“ in Italien hinweisen - wobei sie die in Südtirol lebenden Deutschen völlig vergessen haben muß entgegnet werden, daß gerade der Mörder und Faschist Mussolini derjenige ist, der mit brutalster Waffengewalt jedes nationale, revolutionäre freie Leben und Treiben der Werktätigen im Lande, ob des Proletariats oder der werktätigen Bauern, der Mittelständler und der Angehörigen der freien Berufe, mit der Knute des Faschismus niederzuschlagen versuchte.

Auch in Deutschland schlagen die Wogen der revolutionären Massenbewegung an die Pforten des Reichtums, des Monopolkapitalismus, des kapitalistischen Staates und seiner Regierungen. Sie werden eines Tages zur Sturmflut gegen das morsch und faul gewordene kapitalistische System. Tiefe Erbitterung und große Enttäuschung beherrschen die Millionen der werktätigen Massen, die mit Wahlversprechungen genarrt wurden und sich überall von den Parteien betrogen fühlen.

Wir haben in den letzten Wochen gesehen, daß sich durch die Reichstagsauflösung diese Erbitterung innerhalb des Proletariats und ebenfalls innerhalb der werktätigen Massen wesentlich verschärfte und demonstrativ zum Ausdruck kam. Die Wählermassen fühlen sich von allen bürgerlichen Parteien und besonders von der deutschen Sozialdemokratie mit Recht betrogen. Die Kommunistische Partei tritt vor die Wählermassen - die ihr 1928 die Stimme und das Vertrauen gaben - mit reinem Gewissen.

Die Sozialdemokratie und die II. Internationale sprachen noch kürzlich von der friedlichen Entwicklung des organisierten Kapitalismus, vom Paradies in Amerika, sie gaukelten euch vor, ganz Deutschland sei mit der Annahme des Youngplans in eine neue Ära eingetreten, der dem werktätigen Volke Erleichterungen bringen würde. Ihre kapitalistische Theorie wurde durch die Tatsachen der kapitalistischen Entwicklung, der Weltwirtschaftskrise, der Krise in Deutschland, widerlegt. Die Richtigkeit der Perspektive der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde bestätigt und die II. Internationale gezwungen, ihre eigene Theorie - wenn auch mit Hemmungen und Schwankungen - in die Siele der Wissenschaft zu versenken. Natürlich gibt es auch heute noch bei ihnen solche hartnäckigen Anhänger, solche orthodoxen rückständigen Führelemente, die diese Theorie nach wie vor aufrechterhalten.

So furchtbar diese Not ist, so ist sie doch nur ein Zeichen dafür, daß die Zeiten der kapitalistischen Ordnung zu Ende gehen. Bald in allen kapitalistischen Ländern sind die Arbeiter und werktätigen Massen von der Krise betroffen. Das ist nicht nur eine Krise innerhalb einzelner Länder, es ist die allgemeine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Wir sprechen in Deutschland nicht nur von der Wirtschaftskrise, sondern wir sind schon in der politischen Krise. Die Tatsache der politischen Umgruppierung der Kräfte ist der Ausdruck der Vertiefung der politischen Krise in der deutschen Republik. Wir haben in diesen zwölf Jahren der deutschen Republik schon verschiedene tiefe und bedeutsame politische Umwälzungen gesehen. Waren diese politischen Umwälzungen von Nutzen für das werktätige Volk? Darauf muß jeder Wähler heute, am 14. September und nach dem 14. September eine Antwort geben. Bei abwechselnder Mitarbeit und Unterstützung durch die Sozialdemokratie in der Reichsregierung und besonders in den Länderregierungen ist und bleibt diese kapitalistische Republik die organisierte Staatsmacht der herrschenden Klasse gegen die Millionen der werk-tätigen Massen. Das „Hamburger Echo“ brachte vor einigen Wochen Bemerkungen MacDonalds, des Führers der englischen sogenannten demokratischen Arbeiterregierung, in denen er von der Krise des Kapitalismus sprach. MacDonald sagt dort unter anderem:

„Der Kapitalismus hat Millionen in der ganzen Welt von der Arbeitsstätte in die Arbeitslosigkeit gejagt. Es ist Zeit, den Kapitalismus zu regulieren und zu kontrollieren. *Die Produktion muß geordnet und planmäßig geregelt* werden. Das ist jedoch eine *internationale Frage*, die ein einziges Volk zu leisten nicht imstande ist.“

MacDonald als Führer der sogenannten Arbeiterregierung frischt hier wieder den Unsinn auf, daß es möglich wäre, den Kapitalismus zu kontrollieren und zu planen. Die deutsche kapitalistische Entwicklung, zwölf Jahre deutsche Republik und alle Tatsachen der Entwicklung in der ganzen Welt erweisen das als theoretischen Unsinn. Auch von der Amsterdamer Internationale wurde er kürzlich in den Vordergrund gestellt.

Wir hören auch andere Stimmen, die die Fragen der Krise in der Welt anders beurteilen, so zum Beispiel die „Wiener Arbeiterzeitung“ der Austromarxisten in Wien. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 25. Juni 1930 über die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise unter anderem folgendes:

„Die Krise wütet in Amerika, wo es keine Arbeiterversicherung gibt, sie wütet in Italien, wo die Arbeiter

nicht einmal eine Krankenversicherung haben, nicht weniger als in England, Deutschland, Osterreich, Siegerländer wie England und besiegte Länder wie Deutschland, demokratische und faschistische Länder, Länder mit starker Arbeiterbewegung und Länder ohne Arbeiterbewegung - sie sind alle gleich betroffen! Nein, das ist nicht die Krise irgendwelcher politischer Institutionen, irgendwelcher sozialer Einrichtungen - das ist die allgemeine Krise des ganzen Systems, das die Weltwirtschaft beherrscht, ist der Bankrott der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung!“

Die Selbstmordzahlen betragen nach der Statistik des Statistischen Reichsamts im Jahre 1928 insgesamt 16036 Personen. Dies ergibt einen Tagesdurchschnitt von 44 Selbstmorden. In Berlin nahmen sich 1928 1659 Personen das Leben. 1929 betrug die Zahl 1823, das sind 9,9 Prozent mehr als 1928. Betrachten wir uns die Zahlen, die aus Hamburg vorliegen: Im November 1929 38, Dezember 48, Januar 1930 54, Februar 55, März 54 und April 47. Ich führe dieses Beispiel an, weil in fast allen Fällen der Selbstmorde soziale Ursachen, die diese Menschen zur Verzweiflung trieben und dazu veranlaßten, zugrunde liegen. Das illustriert ganz offen die tiefen Ursachen des Elends und der Not und kennzeichnet die Vermorschung des Kapitalismus.

Nehmen wir die Zeit vom Mai 1928 bis zur Auflösung des Reichstags im Juli 1930. Zwei Jahre in der Zerfallsperiode des deutschen Kapitalismus. Frischen wir das Gedächtnis der werk-tätigen Massen im Wahlkampf auf, um zu den Taten, den Handlungen, der Politik aller Parteien Stellung zu nehmen. Erinnern wir uns der Wahlversprechungen aller bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. In Berlin wurden seinerzeit 500000 Stück Seife gratis an die Arbeiterfrauen abgegeben. Auf diesen Stückchen Seife standen folgende Verse:

„Im wunderschönen Monat Mai, wo alle Knospen prangen, da muß die SPD-Partei zu größter Macht gelangen.“

Und auf einem anderen Seifenstück stand zu lesen:

„Dieses kleine Seifenstück zeigt den Weg zu eurem Glück! Darum zur Reichstagswahl im Mai wählt die SPD-Partei!“

Mit diesem Schaum wollte man die Massen einseifen. Sie sind von der SPD eingeseift worden. Das, was sie besonders versprach, hat sie nicht wahrgemacht, sondern die Massen gefangen und belogen. Auch die übrigen bürgerlichen Parteien haben die werktätigen Massen mit ihren Versprechungen belogen und betrogen.

Ich denke dabei an folgenden Vers:

„Vor den Wahlen Handgeschüttel, Arm in Arm mit dem Arbeitskittel. Nach den Wahlen, ach, wie bald, Arme steif und Mienen kalt.“

Heute erleben wir wieder dasselbe; alle bürgerlichen Parteien und auch die Sozialdemokratie machen wieder viele Versprechungen.

Die Kommunistische Partei kann euch nur versprechen, die Partei des werktätigen Volkes zu sein und zu bleiben, innere und außerhalb des Parlaments eure Interessen aufs schärfste zu verfechten, die Partei zu sein, die auf ihre Fahne geschrieben hat, daß es im kapitalistischen System kein Hineinwachsen in den Sozialismus gibt, sondern daß nur durch den Sieg der proletarischen Revolution dieses korrupte System vernichtet werden kann.

Wir können uns noch der Tatsache erinnern, daß 1928 vor den Wahlen in ganz Deutschland Möbelwagen mit der Aufschrift herumfuhren:

„Noch mehr Steuern und Zölle, noch mehr Panzerkreuzer, Krieg??? - Nein! - Dann wählt am 20. Mai nur Sozialdemokratische Partei.“

Was erlebten wir? In der ersten Zeit der Legislaturperiode ging die Sozialdemokratie bereits dazu über, unseren Antrag und sogar ihren bei der Bürgerblockregierung gestellten Antrag, für die Kinderspeisung die ganz geringfügige Summe von einigen Millionen zu bewilligen, abzulehnen. Sie stimmte gegen diesen Antrag, trotz der Reklame an den Möbelwagen vor den Wahlen. Ein zweites Beispiel: Die Regierung Hermann Müller war es, die die Panzerkreuzer durch ihre sozialdemokratischen Minister mit bewilligen ließ.

Wir wissen, daß diese beiden Fragen im Wahlkampf in der Agitation der Sozialdemokraten eine große Rolle spielten und später mißachtet wurden.

Nehmen wir einige andere Fragen, die ebenfalls 1928 eine Rolle spielten: „Mehr Macht im Staat“, „Heran an den Staat“, „Hineinwachsen in den Sozialismus“, „Aufbau im republikanischen Deutschland“. In einem Jahresbericht im „Vorwärts“ hieß es, daß die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei zur Millionenpartei Aufbau des Sozialismus bedeute. Wir müssen von dieser Stelle aus erklären, daß diese Tiraden, die eine bewußte Verfälschung des revolutionären Marxismus darstellen, leider einen Teil der proletarischen Wählermassen, besonders auch der sozialdemokratischen Arbeiter, zu damaliger Zeit begeisterten.

Was ist das heutige sichtbare Ergebnis dieses offenen Betrugs und Verrats am revolutionären Klassenkampf des deutschen Proletariats? Trotz der 152 Mandate der SPD, trotz 5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in Deutschland, trotz Gebrüll und Geschrei der Sozialdemokratie gegen die Diktatur der Brüning-Regierung müssen wir die Tatsache sehen, daß diese Regierung mit den Reichsbanner- und Stahlhelmleuten Wirth und Treviranus unter Führung des Zentrums mit der Weimarer Verfassung regiert und mit dem Artikel 48 Notverordnungen herausgibt, die ohne Protest und in größter „Kameradschaftlichkeit“, durch die Länderregierungen in Preußen, Baden, Hamburg - wo Sozialdemokraten an der Spitze stehen - gegen die werktätigen Massen durchgeführt werden.

Wenn die reaktionäre Brüning-Regierung heute Notverordnungen gegen den Willen von Millionen herausgibt, wenn wir sehen, daß durch den ganzen sozialdemokratischen Blätterwald und bei der linksdemokratischen Presse Opposition gemimt wird, so dürfen wir wiederum nicht vergessen, daß die Preußenregierung, an deren Spitze Sozialdemokraten stehen, daß die badische Regierung, in der die SPD eine Rolle spielt, daß der Koalitionssenat hier in Hamburg, in dem acht Sozialdemokraten sitzen - daß allein diese drei Regierungen die von Brüning herausgegebenen Notverordnungen in Deutschland ohne Widerstand und ohne Protest durchführen.

Genossen! Stellt euch vor, was für ein gewaltiger Widerspruch! In der Agitation und Propaganda versucht die Sozialdemokratie so aufzutreten, als wenn sie gegen die Notverordnungen ist, und täuscht damit die Massen. Aber in der Praxis führen die sozialdemokratischen Oberhäupter in der Regierung die Bestimmungen und Aufgaben, die die Reichsregierung und die Industriellen stellen, in Deutschland durch. Wir haben nicht umsonst in unserem Manifest die Frage aufgeworfen, daß die Durchführung der Notverordnung einen Verfassungsbruch bedeutet, der nicht einmal die Mehrheit des Parlaments fand. Diese Notverordnung darf kein Bürger in Deutschland, kein Arbeiter, kein Mittelständler und selbstverständlich kein Erwerbsloser respektieren und anerkennen. Für diese Notverordnungen und die ausgesprochenen Steuergesetze darf keiner Gelder an den Staat zahlen und abliefern. Sabotage der Steuer und die Durchführung von Steuerstreiks sind in diesem gegenwärtigen Stadium, wo die breiten werktätigen Massen mit der KPD gemeinsam die Durchführung der Notverordnungen als ungesetzliche Handlungen betrachten, offensive Gegenmaßnahmen gegen die Willkürakte der Brüning-Regierung. Diese kapitalistischen Raub- und Ausplünderungsmaßnahmen müssen mit Gegenmaßnahmen beantwortet werden, wie es an einigen Stellen in Schleswig-Holstein, in Pinneberg und auch in der Gegend von Lübeck, schon geschehen ist. Selbst Taube hören und fühlen das große Elend, selbst Blinde sehen die grenzenlose Massennot des werktätigen Volkes.

In wenigen Tagen, am 11. August, sollen die Reichsbannerkameraden, die sozialdemokratischen Arbeiter marschieren, um diese „glorreiche“ Weimarer Verfassung, die Verfassung der Kapitalisten, zu feiern. Wir können schon heute Widerstand - hier in Hamburg zum Beispiel in der SAJ - gegen den kapitalistischen Rummel dieser Feiern feststellen. Große Erbitterung herrscht in den Abteilungen in Barmbeck, in Elmsbüttel, in Eppendorf, wo die

SAJ-Mitglieder sich geweigert haben, an diesem Verfassungsaufmarsch teilzunehmen. Ich weise auf die Tatsache hin, daß in Frankfurt am Main bei einer Sitzung des Vorstandes des Reichsbanners Demokraten und Zentrum erschienen und die Sozialdemokraten nicht kamen. Die Frage, wird die Verfassungsfeier von der Regierung begangen oder sollte sie vom Reichsbanner durchgeführt werden, hat schon eine große Debatte in das Reichsbanner und vor allem in die SAJ hineingetragen. In Hamburg verlangte die SAJ, Inschriften mit der Losung zu tragen „Republik, das ist nicht viel, der Sozialismus ist unser Ziel!“

Löbe hat demgegenüber gesagt, weil ihm das schon zu weit ging: „Die Republik ist schon viel, der Sozialismus ist unser Ziel.“ Während die SAJ-Mitglieder sagen wollten, daß die Republik nichts sei und der Sozialismus alles, schreibt Löbe: „Die Republik ist schon viel.“ Er korrigierte sofort selbst diese, unserer Ansicht nach noch sentimentale Auffassung. Es wurde strengstens verboten, eine solche Losung zu tragen. Die zweite Tatsache ist, daß hier in Hamburg am 11. August verboten wurde, im Demonstrationzuge am Verfassungstage Losungen mitzutragen, die die Bundesgenossen in der Staatspartei und besonders im Zentrum, den Reichskanzler Brüning und Arbeitsminister Stegerwald, den Einpeitscher dieser faschistischen Regierung, beleidigen könnten. Hörsing hat den Befehl herausgegeben, im Wahlkampf jeden Angriff auf Reichsbannerparteien im Reichsbanner zu unterlassen. Wie kann sich ein sozialdemokratischer Arbeiter wohl fühlen in dieser Gemeinschaft mit der Staatspartei, in der Gemeinschaft sogar mit den Jungdo-Faschisten und in der Gemeinschaft mit diesem pfäffischen Zentrum.

Genossen! Ich glaube, man kann von dieser Stelle aus sagen, die Stunde ist gekommen, wo es uns Kommunisten und den mit uns sympathisierenden Arbeitern möglich ist, auch diese oppositionellen Arbeitermassen, besonders die Jugend, mit unseren Losungen und durch unsere unermüdliche Arbeit an unsere revolutionäre Front heranzubringen.

Wir sagen von dieser Stelle aus: Wir freuen uns, wenn die SPD- und SAJ-Arbeiter zu denken beginnen, wenn sie den tiefen Verrat ihrer eigenen Führer sehen und wenn sie einen weiteren Schritt zur revolutionären Massenfront unter Führung der KPD gehen würden. Wir öffnen die Türen, wir reihen sie ein in unsere Partei. Mit den großen Massen des revolutionären Proletariats organisieren wir den Sieg der proletarischen Revolution.

In diesen Tagen sind bereits positive Ergebnisse - besonders im Ruhrgebiet - zu verzeichnen. In einem Ort im Ruhrgebiet sind sieben Reichsbannerkameraden mit einem namentlichen Aufruf und einer politischen Erklärung zur Kommunistischen Partei übergetreten. Wir sehen an diesem Beispiel, daß unter Führung der Kommunistischen Partei eine stärkere Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten notwendig ist. Da wir in Deutschland an verschiedenen Stellen solche Einzelerfolge zu verzeichnen haben, haben wir die große Aufgabe der Eroberung neuer Schichten aus dem Proletariat für die große revolutionäre Sache.

Was geschah in diesen zwei Jahren mit Hilfe und durch Unterstützung der Regierung der Großen Koalition? Wurde nicht zur Zeit der Beratung und der Annahme des räuberischen Youngplan von allen Lobrednern der Hermann-Müller-Regierung, den bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD dieser räuberisch Youngplan überall angepriesen, indem man sagte, er werde dem werktätigen Volk Erleichterungen bringen? Was sehen wir in Wirklichkeit? Noch ist seit der Annahme des Youngplans kein Jahr verflossen, und aus den versprochenen Erleichterungen wurden drakonische Hungergesetze gegen die werktätigen Massen in Deutschland. Die Kommunisten hatten bereits inner- und außerhalb des Reichstages bei der Beratung des Youngplans vorausgesagt, daß der Youngplan dem werktätigen Volk neue erhöhte Ausbeutung und Ausplünderung durch die deutschen Kapitalisten bringen wird, daß er eine neue große Rauboffensive des deutschen Kapitalismus gegen das Proletariat und gegen alle werk-tätigen Schichten bedeute. Zu dieser Zeit glaubten uns viele deutsche Arbeiter nicht. Heute, in dieser Situation, ist es schon anders; sie sind vielmehr überzeugt, weil die Wirklichkeit der Kommunistischen Partei recht gegeben hat.

Die deutschen Industriellen stellten mit der Annahme des Youngplans ihr Programm, ihre Forderungen auf. Sie forderten die Beseitigung der noch vorhandenen Besitzsteuern in Höhe von zwei Milliarden Reichsmark. In Deutschland betragen die Massensteuern, die auf den Schultern der Werktätigen lasten, 70 Prozent der gesamten Steuern. Nur 30 Prozent sind Besitzsteuern. Die Industriellen forderten, daß diese 30 Prozent Besitzsteuern beseitigt und allein auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden. Die zweite Forderung war die Erhöhung der Zölle und Massensteuern, die bereits in Erfüllung ging, wie es euch verschiedene Beispiele zeigen. Die dritte Forderung ist die Beseitigung der sozialen Leistungen: der Erwerbslosenversicherung, der Kranken-, der Invaliditäts-, Unfall- und Altersversicherung. Der Abbau dieser Sozialfürsorge ist schon im starken Maße eingeleitet. Die vierte Forderung, der generelle Lohnabbau bis 20, 30, ja sogar bis zu 60 Prozent in der gesamten Industrie, ist in einigen Gegenden Deutschlands im vollen Gange.

Wie antwortete in dieser Zeit die Hermann-Müller-Hilferding-Regierung auf die Forderung der Industriellen? Hilferding legte prompt sein Finanzprogramm, das 14 Punkte enthielt, im Reichstage vor.

Ich will nur die wichtigsten Punkte nennen, um zu zeigen, wie die Hermann-Müller-Regierung den Industriellen entgegengekommen ist. Es wurden die Industriebelastungen gestrichen, es wurde die Rentenbankschuld der Landwirte herabgesetzt, die Gewerbesteuer, die Grundsteuer, die Einkommensteuer der hohen Einkommen, die Kapitalertragssteuer wurden gestrichen, die Vermögens- und die Gesellschaftssteuer gesenkt. Diese acht Punkte umfaßten schon im ganzen eine Milliarde 385 Millionen Mark. Die Industriellen verlangten in ihrem Plan zwei Milliarden und bekamen in den vierzehn Punkten eine Milliarde und 685 Millionen Mark von der Hermann-Müller-Regierung bewilligt.

Die zweite Forderung, die Erhöhung der Zölle, der Zollraub, wurde ebenfalls von der Hermann-Müller-Regierung mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion erfüllt. Wir haben seit 50 Jahren in der Zollgesetzgebung Deutschlands nicht solche ungeheuren Erhöhungen gesehen, wie sie in diesem Jahre im Reichstage unter Zustimmung der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten zur Annahme gelangten. Im Jahre 1879 wurden in Deutschland die ersten Schutzzölle eingeführt. Aus folgender Statistik ersehen wir die Erhöhung vom Jahre 1879 bis 1930.

Im Jahre 1879 betrug der Zoll für Weizen: 1 Mark, 1912: 5,50 Mark, 1930: 12 Mark; für Roggen im Jahre 1879: 1 Mark, 1912: 5 Mark, heute ebenfalls 12 Mark; auf Kartoffeln gab es vor dem Kriege keinen Zoll - heute 4 Mark. Der Zoll für Rinder betrug im Jahre 1879: 6 Mark, 1912: 8 Mark, im Jahre 1930: 22 Mark; für Schweine im Jahre 1879: 2,50 Mark, 1912: 9 Mark, 1930: 36 Mark. Die Krautjunker in Deutschland haben noch niemals eine solche Gratifikation bekommen, wie sie ihnen von der Hermann-Müller-Regierung im Januar und Februar beschieden wurde.

Nachfolgend die Gegenüberstellung der Inlands- und Auslandspreise, weil dies besonders in Hamburg deutlich wird: Weizen kostet je Tonne im Freihafen 180 Mark, im Binnenhafen 280 Mark, Roggen im Freihafen 160 Mark je Tonne, im Binnenhafen 220 Mark. Betrachten wir die Auswirkung auf die Brotpreise: In Kopenhagen kosten 10 Pfund Brot 90 Pfennig, in Berlin 2 Mark, in Hamburg ungefähr 2,50 Mark. Nehmen wir ein anderes Beispiel: In Chicago kostete Schweinefleisch im Februar 1930: 1,26 Mark, in Berlin 2,10 Mark; das Rindfleisch im Februar in Chicago 1,15 Mark, in Berlin 1,97 Mark. Das sind die Großhandelspreise. - Als letztes Beispiel die Großhandelspreise für Zucker: in Berlin je Zentner 26,50 Mark, in London 6,50 Mark.

Nur an diesen wenigen Zahlen könnt ihr erkennen, welche Räuberei in Deutschland herrscht und welche verbrecherische Politik diese Firma „Deutsche Republik“ betreibt. Ich habe diese wenigen Tatsachen angeführt, um zu zeigen, daß die Blütenträume der Youngära schon in dieser kurzen Zeit erbarmungslos zerstört sind. Ein Volk von über 65 Millionen wurde an ein

paar Dutzend internationale Profiträuber verkauft durch eine Regierung, die sich als die Bevollmächtigte ihres Opfers, durch einen Reichstag, der sich als der verkörperte Wille eben dieses Volkes von über 65 Millionen aus gibt.

Wie sieht die Zusammensetzung dieses vom „Volkswillen“ getragenen vergangenen Reichstages aus? Im letzten Reichstag waren 491 Abgeordnete. Von diesen waren 31 Industrielle und Direktoren von Großbetrieben, 27 Syndici von Trusten und Syndikaten, 73 Aufsichtsräte mit 310 Aufsichtsratsposten, 27 Junker und Rittergutsbesitzer, 22 Adlige, Grafen und Fürsten, 74 höhere Staats- und Justizbeamte und 9 höhere Geistliche.

Das sind 263 Abgeordnete aus höchsten Kreisen des Staats und der Industriekapitalisten, das sind 54 Prozent des ganzen Parlaments. Dazu kommen 46 hohe und höchste Staatsbeamte der Sozialdemokratie - sozialdemokratische Minister, Land- und Regierungsräte, Regierungs- und Polizeipräsidenten. Mit diesen sind es von den 491 Abgeordneten 309 oder 63 Prozent aller Abgeordneten. In dieser Gesellschaft kann sich kein Arbeitervertreter wohl fühlen.

Genossen! Durch diese Zusammensetzung wird am besten der wirkliche Klassencharakter dieses Parlaments gekennzeichnet. Die Hoffnung der Herren, die bei Annahme des Youngplans auf eine längere Ruhepause zum Atemholen gehofft hatten, stand auf schwachen Füßen, da durch die Weltwirtschaftskrise des kapitalistischen Systems die allseitige Zuspitzung der deutschen Krise beschleunigt wurde. Um die Bourgeoisie und die Faschisten vor dem Zorn und der Erbitterung, vor der unvermeidlichen revolutionären Lawine des proletarischen Massenkampfes zu schützen, gingen die „Helden“, die von dem Anbruch einer neuen Ara sprachen, dazu über, Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten und gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu schaffen.

Der sozialdemokratische Innenminister in Preußen und der „kleine Metallarbeiter“ Severing - der später durch einen Fußtritt aus der Reichsregierung hinausflog - führten in ihrer Regierungstätigkeit noch das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch und setzten sich durch Einbringen des Republikschutzgesetzes, des Zuchthausgesetzes gegen die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands, für „Ruhe und Ordnung“ im Interesse des Geldsacks ein. Aber Ruhe und Ordnung werden in Deutschland nicht durch solche Gesetze geschaffen, wenn Millionen Familien nach Brot, ihre Ernährer nach Arbeit schreien. Solche Gesetze werden immer ein Fiasko erleiden. Das, was ein Bismarck und Puttkamer in 12 Jahren nicht fertigbrachten, eine große Massenbewegung und Organisation zu verbieten und zu unterdrücken, das bringen ein Severing und ein Zörgiebel heute in Deutschland erst recht nicht fertig.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, auf das Schmutzigste, das sich gezeigt hat, hinzuweisen. Wurde der Rote Frontkämpferbund etwa verboten an Hand irgendeines deutschen Gesetzes? Nicht im entferntesten! Der Rote Frontkämpferbund wurde an Hand der Bestimmungen des räuberischen Versailler Vertrages verboten. Als gesuchter Grund wurde angegeben, daß der RFB eine streng militärische Organisation sei. Severing brauchte doch einen Grund, weil er fürchtete, daß bei einer Verhandlung vor dem Reichsgericht die Nichtigkeit der „Gründe“ und der Beweisführung für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes allen sichtbar würde. Darum tat er solch einen erbärmlichen und gemeinen Schritt. Aber am ersten Jahrestage des Verbots des Roten Frontkämpferbundes marschierten mehr Rote Frontkämpfer in Berlin auf, als wir bei Ausspruch des Verbots in unserer Organisation Mitglieder hatten.

Wenn die Anwendung des Republikschutzgesetzes schon jetzt etwa 35 unserer besten Redakteure in die Gefängnisse und Festungen gebracht hat, wenn gegen 10 andere Redakteure bereits ein neues Verfahren schwebt, wenn Hunderte von Roten Frontkämpfern, die dem revolutionären Gebot und ihrer Pflicht gemäß in dieser Organisation weiter ihre Aufgaben für das Proletariat und gegen die Faschisten erfüllten, heute hinter Gefängnismauern sitzen und wenn viele andere revolutionäre deutsche Arbeiter die Schand- und Zuchthausparagrafen des

Republikerschutzgesetzes heute fühlen, dann ist das alles der beste Beweis dafür, daß dieses neue Sozialistengesetz, von Sozialdemokraten geschaffen, nur gegen uns Anwendung findet. Wir berufen uns in dieser Stunde auf einen alten mutigen Kämpfer, auf Wilhelm Liebknecht. Er sagte in dem bekannten Leipziger Hochverratsprozeß unter anderem folgendes:

„Der Gang der Dinge hängt ganz von unseren Gegnern ab. Versucht man die soziale Frage in das Gefängnis zu sperren, versucht man sie, wie in Frankreich, auf dem Schlachtfeld niederzuschmettern, nun, so wird sich Gewalt der Gewalt entgegensetzen.“ [„Leipziger Hochverratsprozeß“, Berlin 1911, S. 524. *Die Red.*]

In einer Broschüre unter dem Pseudonym Trutz-Eisenstirn, die gegen das Sozialistengesetz herauskam, heißt es:

„Also vor einem Gesetz, welches dem Menschenrecht zuwiderläuft, welches unsere Rechte verletzt oder gar den ausgesprochenen Zweck hat, uns zu unterdrücken, unsere politische Existenz zu vernichten - vor einem solchen Gesetz haben wir nicht nur keinen Respekt, ein solches Gesetz zu umgehen, zu verletzen, halten wir nicht nur nicht für unrecht, sondern wir halten es positiv für unsere Pflicht, solche Gesetze zu umgehen, zu verletzen, unwirksam zu machen.“ [Trutz-Eisenstirn, „Erzieherisches aus Puttkamerun, nebst einem Anhang vom Vetter Niemand“, London 1890, Heft 11, S. 15. *Die Red.*]

Wilhelm Liebknechts tapferes Verhalten und den Kampf der Sozialdemokratie gegen das Sozialistengesetz nehmen wir heute gegen die politischen Machthaber überall für uns in Anspruch und haben keinen Respekt vor solchen Hunger- und Unterdrückungsgesetzen gegen die deutsche Arbeiterklasse. Severing, Grzesinski, Zörgiebel und alle, die mit ihnen diese Gesetze geschaffen, werden erleben, daß diese durch Gesetze verbotenen Organisationen und daß diejenigen Kameraden aus den Reihen des deutschen revolutionären Proletariats, die diese Organisationen zusammenhalten, mit revolutionärem Geist weiterkämpfen und zusammenstehen. Sie werden erleben, daß von diesen Organisationen noch in späteren Zeiten der revolutionären Geschichte gesprochen wird, wenn man an Severing und Zörgiebel nicht mehr denkt.

Bei der Beratung des Republikerschutzgesetzes erklärte Severing: „Der Machtkitzel der kommunistischen Gewalthaber wird einen empfindlichen Dämpfer erfahren.“ Er will alles tun, um die Kommunistische Partei zu dezimieren. Und zu den Deutschnationalen gewandt, sagte er - als er über die Gefahr der drei Millionen Erwerbslosen in Deutschland sprach: „Wollen Sie in dieser Zeit der Republik den Schutz versagen?“ Und diese deutschen Reaktionäre, in deren Reihen es sehr viele Klassenrichter gibt, nahmen sofort Notiz von dieser Einladung. Der Nationalfaschist, der Innenminister Frick in Thüringen, nahm für sich das Republikerschutzgesetz in Anspruch und wandte es ausschließlich gegen das revolutionäre Proletariat in Thüringen an. Am liebsten hätte Severing die Kommunistische Partei verboten. Aber um eine Partei, die über dreieinviertel Millionen Wähler hat, eine Partei, die in wichtigen Industriegebieten schon heute in der Arbeiterklasse fest verwurzelt ist, eine Partei, die zum Beispiel in Berlin eine Anhängerschaft von etwa 600000 Wählern hinter sich hat - eine solche Festung zu rammen, muß man schon andere Voraussetzungen schaffen. Unter der Führung der Hermann-Müller-Severing-Regierung, mit Einverständnis der sozialdemokratischen Preußenregierung, wurde von dem Sozialdemokraten Zörgiebel zum ersten Male seit 38 Jahren dem Berliner Proletariat die Straße am 1. Mai verboten. Das Berliner Proletariat marschierte trotz Verbot! Hunderttausende Arbeiter beherrschten die Straßen. Sie marschierten auf, sie setzten sich zur Wehr, obwohl Zörgiebel überall versuchte, diese großen Demonstrationen in den Straßen Berlins im Blute zu ersticken. 33 revolutionäre Arbeiter wurden auf dem Schlachtfelde der Freiheit hingemordet. Die Berliner Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei mit ihrer bolschewistischen Politik setzte durch, daß die jetzige reaktionäre Brüning-Regierung, dieselbe Preußenregierung vom vorigen Jahre

und derselbe Arbeitermörder Zörgiebel in Berlin gezwungen wurden, am 1. Mai 1930 die Straßen in Berlin freizugeben.

Wir erklären von dieser Stelle aus: Wir betrauern jeden Toten, jeden Arbeiter, der durch die Polizeimordwerkzeuge fällt, aber wir sind stolz darauf, daß in Deutschland und in der ganzen Welt Tausende von Arbeitern und armen Bauern ihr Leben hingeben für die große, gewaltige und lebendige Sache des Kommunismus. Ich wage auszusprechen, daß heute für Müller, Severing, Noske und Zörgiebel kein Arbeiter mehr stirbt, sie selbst werden nicht für die Arbeiterschaft sterben! Wir Kommunisten aber sind bereit, für unsere Sache, für die endgültige Befreiung des deutschen Proletariats aus der kapitalistischen Youngsklaverei unermüdlich zu kämpfen. Wir werden für diese Sache nicht nur jetzt im Wahlkampf, nicht nur in jeder Produktionsstätte, nicht nur in allen Erwerbslosenstempelstellen und auf der Straße kämpfen; wir werden auch dann kämpfen, wenn uns die Stunde der Geschichte ruft, wenn es heißt, sich mit dem Blute und mit dem Leben für die große und heilige Sache des Sieges des Kommunismus einzusetzen.

Die Zeiten haben sich geändert. Mit der Veränderung und Verschärfung der Lage und der Klassengegensätze haben sich auch das Gesicht und die Politik der Sozialdemokratie wesentlich verändert. Früher Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokraten - heute durch sie und mit ihrer aktiven Hilfe Kommunistengesetz gegen die Kommunisten und revolutionären Arbeiter. Früher waren die Sozialdemokraten Verfolgte - heute sind sie die Verfolger des Kommunismus. Die Sozialdemokraten waren früher die Polizeiopfer - heute stellen sie Polizeipräsidenten für den Kapitalismus und sind Verfolger der revolutionären Arbeiterschaft in Deutschland. Unter Beeinflussung von Karl Marx wurde vor etwa 60 Jahren von der Sozialdemokratischen Partei die Pariser Kommune als ein revolutionäres Beispiel der proletarischen Diktatur gefeiert. Die SPD von heute rüstet zum Kampf gegen die proletarische Diktatur und stellt die gefährlichsten Hetzer gegen das sozialistische Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt, gegen die Sowjetunion. Die heutigen Polizeitaten erinnern mich an den Vers des Gedichtes „Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen“ von Heinrich Heine über 1848. Es heißt dort:

„Wo ihrer drei beisammenstehn,
da soll man auseinander gehn.“

Damals wurde das als allgemeiner Scherz, als Ironie, Verspottung und Witz aufgefaßt, aber heute, im Zeitalter Severings, ist es schon Wirklichkeit geworden. Es heißt in einem polizeilichen Protokoll über die Verhaftung von drei Arbeitern, die sich damals beim Hungermarsch der Erwerbslosen auf dem Wege nach Hamburg befanden, wörtlich folgendermaßen:

„Die Verhaftung geschah aus dem Grunde, weil sie im geschlossenen Zuge in Stärke von drei Personen in der Richtung nach Hamburg marschierten.“

In diesem Wahlkampf versucht die deutsche Sozialdemokratie wieder, alle Schuld des jetzigen reaktionären Kurses gegen die Werktätigen von sich abzuwälzen. Unsere Partei wird der Sozialdemokratie wie allen anderen bürgerlichen Parteien ihre Arbeit im Wahlkampf nicht leicht machen. Die Sozialdemokratie kann sich nicht freisprechen, ihr Schuldkonto ist zu groß. Die Führer der Sozialdemokratie stehen in diesem Wahlkampf vor dem Gericht der werktätigen Massen. Aber mit ihnen sitzen alle bürgerlichen Parteien auf der Anklagebank vor dem werktätigen Volke.

Warum gerade jetzt die Zerrissenheit im bürgerlichen Lager? Warum der fieberhafte Ruf nach Sammlung der bürgerlichen Front gegen den Marxismus? Warum der Schrei nach neuen Herrschaftsformen? Warum Ausschaltung des Reichstages bei den neuen, von der reaktionären Brüning-Regierung mit dem §48 gegen das werktätige Volk erlassenen

Notverordnungen? Die Verteidiger der Weimarer Verfassung begehen Verfassungsbruch und schaffen neue reaktionäre „Notgesetze“ gegen die darbenenden Massen. Der Kapitalismus in seiner wahnsinnigen, den eigenen Untergang witternden Profitgier will den letzten Versuch machen, sich mit faschistischen Gewaltmethoden gegen die Massen, die gegen die immer mehr steigende Massendauererwerbslosigkeit kämpfen, zu halten. Der Kapitalismus wird ganz allgemein zur Geißel der Menschheit, er ist wirtschaftlich und technisch reaktionär geworden. In den Atlantischen Ozean wurden kürzlich 42000 Sack Kaffee wegen Überproduktion versenkt. in Baumwollplantagen wird die Ernte nicht durchgeführt, man läßt die Pflanzen verrotten. Man züchtet sogar in Gegenden, wo Kaffee und Baumwolle wachsen, Raupen, damit die Plantagen abgefressen werden. So sieht die „Gesundung“ des Kapitalismus, so sieht sein anarchisches System in der Welt aus!

In Holland erwoogen die Kapitalisten, einen Teil der Spinaternte auf den Feldern verfaulen zu lassen. Das sind Beispiele für die Zerfalls- und Fäulniserscheinungen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems. Kapitalismus - das bedeutet Anarchie, Niedergang der Wirtschaft, Korruption und moralischer Zusammenbruch. In Deutschland kommt die erhöhte Ausplünderung der deutschen Arbeiter infolge der Tributleistungen an das internationale Räuberkapital hinzu, wobei sich das deutsche Finanzkapital an dieser internationalen Ausplünderung noch besonders bereichert und einen neuen Extraprofit über die Youngleistungen hinaus erpreßt. Nicht nur das Proletariat, alle Werktätigen müssen darunter leiden.

Diese Welle der Ausplünderungsoffensive trifft ebenfalls die Schichten des notleidenden und zum Teil ruinierten Mittelstandes und des Kleinbesitzes, die Handwerker, die kleinen Geschäftsleute und die werktätigen Bauern. Durch den Monopolkapitalismus, durch die ganze kapitalistische Entwicklung in der Epoche des Imperialismus werden diese Kreise mehr und mehr in den Strudel der Proletarisierung hineingepreßt. In Sachsen sind seit der Inflation über 400000 kleine Existenzen vernichtet worden. Nicht nur erhebliche Kreise der Kleinindustrie, besonders der Textilindustrie, sondern auch andere Kreise des Mittelstandes sind völlig verarmt. Sie sind ebenso wie viele Mittelständler in anderen Teilen Deutschlands Opfer der kapitalistischen Rationalisierung und der Monopol- und Kartellpreispolitik geworden. Gerade diese Kreise sind leider zum größten Teil an die politische Gefolgschaft des Faschismus gefesselt, weil sie im „dritten Reich“ der Nationalsozialisten - über das Hitler nirgends im Wahlkampf Auskunft gibt - einen Ausweg sehen. Er ist natürlich kein Ausweg aus ihrem großen Elend.

Wir Kommunisten haben überall auch die Interessen dieser Schichten bei der Befreiung von der Gewerbe-, Umsatz-, Grundvermögens- und anderen Steuern durch Anträge in den Parlamenten verteidigt.

Die Ledigensteuer wird ab 1. September eingeführt. Die Ledigen, die 220 Mark je Monat verdienen, sollen mit einem Steuerzuschlag von 10 Prozent der Lohnsteuer belastet werden. Die „Negersteuer“, die sozial ungerechteste Steuer, versucht man fieberhaft, überall in den Gemeinden und Städten durchzuführen, desgleichen das sogenannte Notopfer für die Beamten und Angestellten, neue Zölle, neue Kommunalsteuern - wie die Biersteuer -, Erhöhungen der Tarife und der Mieten. Obwohl die Geißel der Erwerbslosigkeit immer unbarmherziger auf die Rücken der Millionen niedersaust, wird ein neuer schamloser Abbau und für viele die restlose Entziehung der Unterstützungssätze vorgenommen, besonders bei der Jungarbeiterschaft und den Saisonarbeitern. Der Lohn- und Gehaltsabbau für Arbeiter, Angestellte und Beamte und die reaktionären faschistischen Maßnahmen in der Politik, das sind die Methoden, mit denen die Bourgeoisie aus dem kapitalistischen Durcheinander einen Ausweg sucht.

Die politischen Auseinandersetzungen in diesen Wochen bei den bürgerlichen Parteien und bei den Männern der Regierung kennzeichnen diese Bemühungen. „Reichsbannerkamerad“

Wirth spricht von der Krise der Demokratie. Die Zentrumskollegen Brüning und Stegerwald gehören zu den Haupteinpeitschern des Faschismus in Deutschland. Die Nazis wollen das „dritte Reich“.

Das „dritte Reich“ sehen wir in Italien, wo der Arbeiterschlächter Mussolini mit brutalster Waffengewalt gegen das werktätige Volk regiert. Dort streiken sogar faschistische Arbeiter, weil man ihnen das Brot stiehlt. Dieses „dritte Reich“ bedeutet offenen Faschismus, ist die brutalste Herrschaftsform des Finanzkapitals, ist die Verewigung des Hungers der werktätigen Massen bei blutigstem Mordterror gegen die Arbeiter.

Der verstorbene Reichspräsident Ebert ist der Vater des Artikels 48, mit dem er über 100 Notverordnungen gegen das Proletariat durchsetzte. Mit dem Artikel 15 haben die Sozialdemokraten durch das Ermächtigungsgesetz den Arbeitern den Achtstundentag geraubt. Hermann Müller hat wie Wirth im Reichstage enthüllt - im letzten Winter mehrfach bei Hindenburg um Vollmachten, auf Grund des Artikels 48 zu regieren, nachgesucht. Die Otto-Braun-Regierung setzte erst vor wenigen Wochen auf dem Verordnungswege die vierprozentige Mieterhöhung durch, obwohl sich eine Mehrheit im Preußischen Landtage dagegen aussprach. Hindenburg kommandierte und verlangte von der Preußenregierung Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland-Westfalen. Die Otto-Braun-Regierung führte den Befehl aus, obwohl dieses Scheinverbot damals wegen militärischer Geländeübungen und wegen des Charakters der militärischen Organisation des Stahlhelms ausgesprochen wurde. Nicht wie beim RFB - wo der militärische Charakter nicht zu beweisen war mit den schmutzigen Bestimmungen des Versailler Vertrages, sondern mit Klauseln einer in der Verfassung liegenden Gesetzesbestimmung wurde dieses Verbot ausgesprochen. Hindenburg sprach den Befehl aus, der Sozialdemokrat Otto Braun führte in der Regierung diesen Befehl durch. Die Sozialdemokraten in Preußen werden von dem kaiserlichen Generalfeldmarschall von Hindenburg behandelt wie ein Bursche von seinem Leutnant. Einmal eine Zigarre und das andere Mal einen Fußtritt.

Millionen deutscher Arbeiter leiden mit ihrer Familie Hunger und Not. Etwa eine Million Gewerkschaftsmitglieder sind heute arbeitslos. 500000 bis 600000 Jungarbeiter haben kein Brot und keine Arbeit.

Arbeiterfrauen machen sich die tiefsten Sorgen um das Dasein ihrer Familie. Nur wenn man selbst zweieinhalb Jahre dieses Los der Erwerbslosigkeit mit durchgekostet hat, hat man volles Verständnis für die Verhältnisse in den Familien, wo die Kinder nach Brot und Milch schreien, die Männer Arbeit suchen und die Arbeiterfrauen, die nicht genügend Brot und Milch kaufen können, die nicht wissen, was sie in ihren Kochtopf tun sollen, mit dauernden täglichen Sorgen belastet sind.

Nur einige Zahlen, um das soziale Elend in Deutschland zu zeigen: Nach den Richtsätzen der Wohlfahrt bekommen in Hamburg Ledige 9 Mark, ein Ehepaar 14 Mark und für jedes Kind weitere 3 Mark. Nicht überall wird die Miete von der Wohlfahrtsbehörde gezahlt, nur im äußersten Fall gibt die Wohlfahrtsbehörde etwas für Miete. Wir wissen, was es für die Familien und für die Ledigen bedeutet, mit diesem Geld auszukommen. Sehen wir nach dem Hafen: Die unständig beschäftigten Hafentarbeiter, die heute höchstens 1 bis 2 Tage je Woche Arbeit und die übrigen Tage überhaupt keinen Verdienst haben, verdienen heute die Woche 18 bis 20 Mark, des öfteren noch weniger. Von diesen 18 bis 20 Mark sollen sie leben und ihre Familie ernähren. Betrachten wir den Lebenshaltungsindex des Statistischen Landesamtes in Hamburg. Dort ist der Mindestbedarf für eine fünfköpfige Familie je Woche mit 48,46 Mark berechnet. Der kürzlich noch der Sozialdemokratie angehörende Bandmann hatte ausgerechnet, daß schon 40 Mark für vier Köpfe in der Woche genügen. Im „Abend-Vorwärts“ erklärte ein Arzt namens Blumenthal-Barby, daß ein Schwerarbeiter mit 1,20 Mark täglich gut leben könne. Was schrieb der „Vorwärts“ am 22. Juli hierzu? Er schreibt, daß dieser Arzt einen Fingerzeig gegeben hat, wie man sich mit wenig Kosten gesund ernähren

könne, das heißt mit 1,20 Mark den Tag. Auch die im Betrieb stehenden Arbeiter, besonders die 2 Millionen Kurzarbeiter, haben heute unter der Not zu leiden. Im Konjunkturjahr 1928 verdienten 35,5 Prozent aller Lohnsteuerpflichtigen weniger als 100 Mark im Monat. Heute wird diese Summe durchschnittlich schon wesentlich niedriger sein.

Die ungelerten Werftarbeiter haben bei einem Stundenlohn von 79 Pfennig einen Wochenverdienst von brutto 37 Mark. Die Abzüge betragen 5 bis 7 Mark. Eine fünfköpfige Landarbeiterfamilie, in der alle arbeiten, verdient nach bürgerlichen Presseberichten zusammen nur 37,74 Mark je Woche. Dabei haben wir in Deutschland solche unhaltbaren Zustände zu verzeichnen, daß Riesengehälter gezahlt werden. So zum Beispiel bei der Hamburg-Amerika-Linie, wo der Generaldirektor Cuno 600000 Mark jährlich, dazu die Ministerpension und besondere Spesen bekommt, der Direktor der IG Farben, der 500000 Mark bekommt, der Reichsbankdirektor Luther, der 340000 Mark außer den Spesen erhält, und Dorpmüller bei der Eisenbahn, der 250000 Mark jährlich bekommt, ohne die besonderen Nebeneinkünfte und Nebenspesen.

Wir haben im Reichstage zu dieser Frage Anträge eingereicht, um die Parteien zu zwingen, Stellung zu nehmen und sich selbst zu entlarven, denn sie sind nicht gewillt, für Maßnahmen zugunsten der Armen und gegen die Reichen energisch einzugreifen.

Wir verlangten in unseren Anträgen eine Sondersteuer für Millionäre. In einer Statistik des Jahres 1925 die wir benutzen, da eine neuere nicht vorhanden ist, und eine neue Statistik wird nicht veröffentlicht, weil die Zahl der Millionäre seit 1925 stark gestiegen ist und die amtlichen Stellen das festzustellen fürchten - werden 2335 Millionäre festgestellt. 2465 Millionäre sind mindestens vorhanden. Die Aufstellung von damals war: 1870 Millionäre mit einem Vermögen von je 1 bis 2,5 Millionen und einem Gesamtvermögen von 2,7 Milliarden Mark, 325 Millionäre mit einem Vermögen von je 2,5 bis 5 Millionen Mark und einem Gesamtvermögen von fast 1,1 Milliarden Mark, 107 Millionäre mit einem Vermögen von je 5 bis 10 Millionen und einem Gesamtvermögen von 709 Millionen Mark, 33 Millionäre mit einem Vermögen von je 10 und mehr Millionen und einem Gesamtvermögen von 633 Millionen Mark. Diese 2335 Millionäre vom Jahre 1925 besaßen also ein Gesamtvermögen von über 5 Milliarden Mark.

Wir haben ferner den Antrag gestellt: besondere Besteuerung aller Vermögen von über 500000 Mark mit 10 Prozent, Besteuerung der Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne mit 10 Prozent, Sonderbesteuerung von Aufsichtsratsanteilen mit 20 Prozent, Sondersteuer von 10 Prozent für die großen Einkommen über 50000 Mark je Jahr und außerdem Senkung aller hohen Beamten- und Angestelltengehälter auf 8000 Mark sowie aller Pensionen auf 6000 Mark. Selbstverständlich verlangten wir Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen - insbesondere für die Ausgesteuerten -, Erhöhung der Kriegsoffer- und Invalidenrenten, Ausbau der Krankenversicherung, des Mutter- und Säuglingsschutzes - insbesondere die Beseitigung des §218 -, die generelle Erhöhung der Löhne und der Gehälter der Arbeiter und schlecht bezahlten Angestellten und Beamten.

Diese Anträge wurden mit allen Stimmen gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion abgelehnt. Dieses unerhörte System ist auf die Dauer für jeden Werktätigen untragbar. Wir haben über 3 Millionen Arbeitsuchende in Deutschland, im Winter wird sich diese Zahl bestimmt auf 4 bis 5 Millionen erhöhen. 12,8 Millionen Arbeiter in den verschiedenen Betrieben und die Millionen Angestellten - die heute ebenfalls in gedrückten und armen Verhältnissen leben -, von denen jetzt in Berlin, Süddeutschland und im Ruhrgebiet Zehntausende entlassen werden, wollen nicht zugrunde gehen. Die heroischen Kämpfe, in Mansfeld, in der Metallindustrie, im Ruhrgebiet und im Nordwesten, die vielen kleinen Streiks, die in allen Gegenden Deutschlands ausgebrochen sind, der jetzt in Schleswig-Holstein entflammte Landarbeiterstreik sie alle signalisieren die revolutionäre Zuspitzung der jetzigen Klassenlage in Deutschland. Je brutaler und schärfer die Ausbeutung und

Unterdrückung, je energischer und offensiver die Bourgeoisie vorzustößen versucht, um so stärker und offensiver müssen und werden sich alle Kräfte zum Widerstand und zum Gegenangriff unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition sammeln. Sie werden neuen Widerstand leisten und die Masseno-offensive gegen das Unternehmertum und seine Hilfskräfte an allen Fronten einleiten.

Wir forderten, bei steigenden Preisen und höheren sozialen Ausgaben Anpassung und Erhöhung der Löhne und Gehälter für alle Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten. Wir forderten in unseren Anträgen im Reichstage und in der Bürgerschall Arbeit und ausreichende Unterstützung für die Ärmsten der Armen, die Millionen der Erwerbslosen. Wir verlangten den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, wodurch in Deutschland etwa 3 Millionen Erwerbslose im Produktionsprozeß hätten untergebracht werden können. Von den Deutschnationalen und den Nazis bis zu den Sozialdemokraten wurden unsere Anträge abgelehnt. Die Sozialdemokratie lehnte sogar ihre eigenen, von uns später übernommenen Anträge ab. Wir liefen Sturm beim Abbau der Rechte der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, bei der Verschlechterung der Krankenversicherung - wo über 300 Millionen eingespart werden sollen -, bei der Kürzung der Ausgaben für die Invaliden- und Wohlfahrtsrentner. Wir stellten Anträge für die dem langsamen Ruin entgegengehenden Teile des armen Mittelstandes zur Befreiung von ihren drückenden Steuern. Im Agrarprogramm stellten wir Forderungen für die armen Bauern. Wir haben versucht, die kapitalistischen Parteien des öfteren zu entlarven. Das Tragischste und das Schlimmste, was im Reichstage vor sich ging, war folgendes: Als wir einen Antrag einreichten, für 35000 Blinde 10 Millionen Mark in den Etat neu aufzunehmen, lehnte die ganze Gesellschaft von den Deutschnationalen und den Nazis bis zu den Sozialdemokraten diesen berechtigten Antrag ab.

Genossen! Wir kämpfen, wie es die Klasseninteressen der Werktätigen erfordern, gegen jede Herabsetzung der Besitz- und Kapitalsteuern und für die restlose Erfassung der Kapitalgewinne aller Großunternehmungen.

Die Kommunistische Partei, als einzige antikapitalistische Partei und Kraft, stellte die Forderung auf: Die Reichen sollen zahlen! Sie stellte an die Arbeiter, die Millionen Erwerbslosen, die Angestellten und unteren Beamten, an die Angehörigen der freien Berufe, die werktätigen Mittelstandsschichten und die armen Bauern die Frage: Wollt ihr die neue Massenausplünderung der bürgerlich-sozialdemokratischen Front, oder seid ihr bereit, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei für die Forderungen, die die kommunistische Reichstagsfraktion eingereicht hatte, außer-parlamentarisch zu kämpfen? Als wir diesen Appell den Massen auch schriftlich übermittelten, haben wir aus verschiedenen Kreisen - besonders auch von Anhängern der bürgerlichen Parteien - Zuschriften bekommen, in denen dieser außerparlamentarische Kampf begrüßt wurde.

Gestern wurden wieder im Haushaltsausschuß in Hamburg für Bauten und Schuppen der Amerika-Linie und der Levante-Linie 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die diese Linien nur mit 7,5 Prozent zu verzinsen brauchen, wobei die Miete für den Quadratmeter mit 1 bis 2 Mark berechnet wird. Nachdem schon früher der Staat 24 Millionen Mark für die Hamburg-Amerika-Linie und die Levante-Linie hergegeben hatte und sie, diese Summe mit nur 4 Prozent jährlich zu verzinsen brauchten, hat man jetzt plötzlich diese Summe von 24 Millionen mit 13,6 Millionen Mark bei der Berechnung einkalkuliert. Das ist ein glattes Geschenk an die Hamburg-Amerika-Linie. Aber in staatlichen Wohnhäusern der Siedlungen werden trotz größter Not den Mietern alle Anträge und jede Amortisation abgelehnt.

Dem armen Mittelstand und den Kleinbauern werden keine Kredite und Subventionen gegeben, aber wie der damalige Finanzminister Moldenhauer am 1. Januar 1930 dem Reichstage unterbreitete, wurden in einem Jahre der Industrie, der Landwirtschaft, dem Verkehr und der Schifffahrt 332 Millionen Mark an Subventionen geschenkt. Den Armen die Pfennige rauben, den Reichen die Millionen zuschanzen so sieht das heutige kapitalistische

System aus. Angesichts solcher harten, nüchternen Tatsachen wagen es noch alle Klassenfeinde, als die Verfechter der Interessen des werktätigen Volkes vor den Massen aufzutreten.

Das „Hamburger Echo“ wagte es in dieser Woche, am Mittwoch, dem 6. August 1930, im Mitteilungsblatt des ADGB - obwohl ein Flugblatt, welches dieser Tage hier in Hamburg herausgegeben wurde, kein Wort gegen die Kommunistische Partei enthielt - unter anderem zu schreiben:

„Wer in dieser Stunde höchster politischer Entscheidung *bürgerlich oder gar kommunistisch* wählt, ist *bübischer Helfershelfer* der Haßgegner des Emanzipationskampfes der deutschen Arbeiterklasse. Wer Kommunisten und Bürgerparteien Gefolgschaft leistet, hilft *Arbeitslosenversicherung, Arbeitsrecht und Sozialpolitik* vernichten.“

Gibt es eine schlimmere Demagogie, gibt es eine größere Beschimpfung für eine Partei, die im Reichstage am heftigsten und zu jeder Zeit für die sozialen Interessen der Werktätigen eingetreten ist? Die Sozialdemokratie stimmte aber mehrfach ihre eigenen Anträge nieder, die sie zur Zeit des Bürgerblocks gestellt hatte. Diese Partei wagt es, weil sie Verwirrung in die Massen hineinbringen will, von „bübischen Helfershelfern“ zu sprechen.

Den Wahlkampf, den wir führen, führen wir nicht um die Futterkrippen im Staat, nicht um die Ministersessel im Reich und in den Ländern. Wir stehen immer bereit, um gemeinsam mit euch, den Unterdrückten im Staate, gegen dieses morsche und verfaulte System zu kämpfen.

Der gestern abend in der Landesorganisationsversammlung der Hamburger Sozialdemokratischen Partei bestimmte Spitzenkandidat, der Vorsitzende des ADGB, Herr Großmann, hat vor längerer Zeit auf dem Verbandstag der Buchbinder über „eine sozialdemokratische Mehrheit im Parlament“ ausgeführt - nachdem er eine andere Auffassung vertreten hatte als die Mehrzahl der führenden Leute innerhalb der SPD -, daß auch sie in zu starkem Abhängigkeitsverhältnis zum ausbeuterischen Kapitalismus stehen würde. Er sagte ferner:

„Es kann jeder Hanswurst, oft von dunkelster Herkunft, den heute die Bewegung irgendwo an die Spitze gespült hat, vorschlagen: Beschließt den Streik! Was dann daraus wird, welche Folgen ein verlorener Streik hat, nicht nur für den einzelnen und seine Lebenshaltung und die seiner Familie, sondern vor allem auch für den Bestand der Organisation, darum kümmert er sich nicht. Damit werden wir weder Morgan noch sonst jemand von den Beherrschern des Geldmarkts bewegen, anders über Deutschland zu urteilen als bisher. Im Gegenteil, die Leute, die Gelder in unsere Wirtschaft hineinstecken, wollen eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung. Sie werden ihr Geld keinem Lande und keinem Volk geben, bei dem sie annehmen können, daß alle Augenblicke es da oder dort einmal kracht. Die Leute wollen eine solide Anlage ihres Kapitals und eine entsprechende Verzinsung. Das ist natürlich fürchterlich für uns, aber es ist nicht zu ändern.“

Ach, diese Arbeitslosendemonstrationen! Die wirklich Arbeitslosen, unsere Gewerkschaftsmitglieder, machten vielfach den Rummel gegen uns nur mit aus anerzogener Solidarität, aus Disziplin gegenüber den anderen. Aber unter diesen anderen waren Leutchen, denen man von weitem schon ansah, daß sie beruflich arbeitslos sind, die heute mal in Leipzig, morgen in Berlin, übermorgen in Hamburg und dann im westfälischen Industriegebiet die Sturmkolonnen der Revolution gemimt haben.“

Erstens: Trotz kapitalistischer Ausbeutung, Ausplünderung und Kapitaloffensive will er bedingungslose Ruhe und Ordnung im Lande, aber nicht Ruhe und Ordnung für die im Betrieb stehenden Arbeiter, denen der Lohn abgebaut wird, und für die Erwerbslosen, die der Unterstützung beraubt werden, sondern Ruhe und Ordnung für den Kapitalismus.

Zweitens verlangt er, daß die Arbeiterklasse vor den Schandtaten des Reichstages, der Regierung und vor dem kapitalistischen Staat kapitulieren soll, um ruhig und zufrieden diese Maßnahmen entgegenzunehmen. Ein netter sogenannter Arbeitervertreter, der sich gestern abend wieder mit ähnlichen Bemerkungen äußerte. Unsere Klassenfeinde glauben uns beschimpfen und als gemeine Verbrecher hinstellen zu können, weil wir durch unsere Arbeit

und Politik gemeinsam mit der RGO den Widerstand und die Gegenoffensive der Arbeiterklasse entfesseln. Jawohl, wir freuen uns, daß der deutsche Arbeiter und vor allen Dingen die Millionen Erwerbslosen sich wehren und das tun, was jedes Tier tut, wenn es angegriffen wird: sich aufbäumt, sich verteidigt und angreift.

Unsere Feinde glauben uns zu beschimpfen, wenn sie uns eine Erwerbslosenpartei nennen. Wir erklären ausdrücklich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit: *Jawohl, wir sind die Partei der Erwerbslosen, so wie wir die Partei aller Unterdrückten in Deutschland sind. Wir sind die Partei der Betriebsarbeiter, wir sind die Partei der großen revolutionären Klassenfront des Proletariats, die alle Kräfte, alle Schichten dieser großen proletarischen Armee zum einheitlichen Kampf gegen das kapitalistische System zusammenschweißt.* Wir sind keine Schmarotzer der Arbeiterbewegung. Wir sind keine Spalter des Proletariats, sondern organisieren und schmieden die Einheitsfront aller Arbeiter auf revolutionärer Grundlage. Wir dringen in alle proletarischen Massenorganisationen ein, in die Freidenkerorganisationen, in die Sportbewegung, in die Massen der am meisten ausgebeuteten Jungarbeiter, ja, wir dringen sogar in die Reichswehr ein - wie das rote Banner des Kreuzers „Emden“ bewies -, um die Kräfte der revolutionären Klassenfront zu verstärken. Die Bourgeoisie, die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie und die Führer der Sozialdemokratie fürchten diesen für sie gefährlichen Zusammenschluß des deutschen Proletariats. Wir sind und bleiben die Träger der proletarischen Einheitsfront. Wir kämpfen dafür, daß alle Arbeiter sich fest unter Führung der KPD und der RGO zusammenschließen. Auf dieser revolutionären Basis erheben wir in diesem Wahlkampf, in jedem revolutionären Massenkampf das Sturmbanner des Kommunismus, die rote Fahne des unverfälschten revolutionären Marxismus gegen alle Klassenfeinde der werktätigen Massen.

Die Sammlungsaktion der bürgerlichen Parteien in diesen Tagen ist weiter nichts als der Versuch der Sammlung seitens der bankrotten Volksbetrüger in Deutschland. Wie die Hühner sich vor dem Sturm eng zusammenkauern, so versuchen die bürgerlichen Parteien, sich vor dem Sturm der drohenden proletarischen Revolution zusammenzufinden. Die Arbeiterklasse darf nicht nur den wochenlangen Streit der bürgerlichen Parteien untereinander als Schwäche der Zerrissenheit ansehen, sondern muß diese Bemühungen, die vorerst gescheitert sind, als Anzeichen der Konzentration der Kräfte der Reaktion zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland erkennen.

Das Auseinanderfallen der Deutschnationalen Partei in vier Stücke, dieser Partei der Zollräuber und Großagrarien, die das alte Regiment der ostpreußischen Krautjunker und der militärischen Dynastie wieder aufrichten möchte, kennzeichnet den reaktionären Kurs, den Hugenberg innerhalb und außerhalb dieser Partei durchführen will. Hugenberg hat zwar durch diesen Kurs die Partei auseinandergeschlagen, aber seine reaktionäre Politik beschleunigte die Entwicklung zum Faschismus. Hugenberg, dieser Dieb und Räuber am werktätigen Volke, verdient nicht, in den Reichstag geschickt zu werden, sondern gehört ins Zuchthaus.

Die Deutsche Volkspartei, die Partei der Schwerverdiener, die Partei des rücksichtslosesten Lohnabbaus, die Partei der Zerschlagung der politischen Rechte des Proletariats, die Partei, die in Thüringen mit dem Nationalsozialisten Frick zusammen regiert, die hier in Hamburg mit der Sozialdemokratie zusammen im Hungerssenat sitzt und regiert, diese Partei wird viele Hunderttausende von Wählern einbüßen und verlieren.

Die Staatspartei, die jetzt in diesen Tagen gegründet wurde, die aus dem zusammengeschmolzenen Häuflein der Demokraten mit dem Jungdo unter Führung Mahrauns sich neu den Wählermassen vorstellt - vor denen in letzter Zeit der Führer der christlichen Gewerkschaften, Erkelenz, und ein Pfarrer Lehmann den Weg zur sozialdemokratischen „Staatspartei“ nahmen -, ist die Partei, hinter der sich der Bankier Melchior aus Hamburg, der neben Rothschild der zweitreichste Mann Europas ist, und die führenden Köpfe des größten Chemietrusts der Welt, der IG Farben in Deutschland, verstecken. Diese Giftgaspartei mit

dem faschistischen Mahraun in ihren Reihen dient dem Zweck, den politischen Stickstoff gegen die Arbeiterschaft zu schaffen, und wird im kommenden Reichstage für die chemische Industrie alles tun, um für sie neue Profite und politische Konzessionen zu ergattern.

Bei den Verschmelzungsverhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei hat eine Frage eine größere Rolle gespielt: die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Bei der richtigen Annahme, daß die Parteien der sogenannten Mitte im kommenden Reichstage keine Mehrheit bekommen werden, ist das eine entscheidende Frage. Diese Mitte ist dann gezwungen, zusammen mit einer Gruppe des rechten Hügels oder mit der Gruppe der Sozialdemokraten zu regieren, oder es muß unter Ausschaltung des Reichstages regiert werden. Die Parteien des rechten Flügels, die deutschnationale Hugenberg-Partei, die am meisten an Stimmen verliert, die Nationalsozialisten, die diese und andere Stimmen gewinnen, und die Sozialdemokraten stehen außerhalb der sogenannten Mitte. Bei der verstärkten Faschisierung in Deutschland kommt ein Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr so stark in Betracht, das ist schon ziemlich klar. Ich wage sogar hier die Behauptung aufzustellen, daß der jetzige Kurs der deutschen Bourgeoisie solche verschärften Faschisierungsformen annimmt, so daß die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Preußenregierung die längste Zeit gedauert hat.

Die Frage, die bei den Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei gestellt wurde, war die, in welcher Form man mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten kann. Der größte Teil der Demokraten in der Staatspartei war mit der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten nicht einverstanden. Sie wollen lieber eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in der Regierung. Die Volkspartei will mehr den Anschluß an die Nationalsozialisten.

Nun zur Partei, von der Hitler behauptet, sie sei die Partei des kommenden neuen Deutschlands. Diese Partei, mit vielem Geld sowohl von den deutschen Industriellen wie auch vom Ausland beschenkt, ist das gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals. Sie wird mit Millionen an Geldern in Wort und Schrift eine Wahlagitation besonders gegen die Kommunistische Partei führen. Wir haben in letzter Zeit überall gesehen, daß diese Partei versucht, bei den verschiedensten Anlässen mit revolutionären Tiraden und Phrasen aufzutreten. Sie propagiert in den Kreisen ihrer Anhänger am aktivsten die Bekämpfung des Marxismus.

Den Nationalsozialisten, die auftreten und von dem „dritten Reich“ des Nationalsozialismus sprechen, muß man sagen, daß hinter den Worten „Nation“ und „Sozialismus“ sich die brutale Fratze des ausbeutenden Kapitalismus verbirgt. Die Nationalsozialistische Partei spielt sich als Kämpfer gegen den Youngplan auf, tritt aber in der Außenpolitik für die englische Orientierung und für Mussolini ein. Wie kann eine Partei gegen den Youngplan kämpfen, wenn sie mit den ausländischen Unterzeichnern des Youngplans, wenn sie mit Mussolini und mit der englischen Bourgeoisie, ein Bündnis will und mit ihnen in geschäftlichen und finanziellen Beziehungen steht. Sie wettern gegen Pfründenwirtschaft, Postenjägerei, um in Sachsen und im Reiche denselben Schacher um die Futterkrippe zu betreiben wie die Sozialdemokratie und die übrigen bürgerlichen Parteien. Frick erklärte in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Partei, die NSDAP beanspruche die Besetzung des Innenministeriums im Reiche. Diese eine Tatsache, die durch Frick ausgesprochen wurde, ist ebenfalls ein Beweis dafür, daß diese Partei nur vorgibt, gegen den Youngplan zu kämpfen, aber sich bereit erklärt, in der Youngrepublik den Youngplan mit seinen Lasten zur Durchführung zu bringen. Sie, wie alle anderen, sind bestrebt, so schnell wie möglich an die Futterkrippen heranzukommen. Auf dem Boden des jetzigen Youngsystems sind sie es, die die Ausbeutung des werktätigen Volkes - wie das thüringische Beispiel beweist - am entschiedensten durchführen. Sie spielen sich als Kämpfer gegen die Youngsklaverei auf, obwohl sie in Thüringen tagtäglich die werktätigen Massen der Youngsklaverei ausliefern.

In Thüringen haben die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern auf die Nationalsozialisten bestimmte Hoffnungen gesetzt - jetzt sind sie enttäuscht. Über eine Million Mark aus den Mitteln für Volksschulen wurden abgebaut, und fast die gleiche Summe wurde für die Kirche mehr ausgegeben. Die Durchführung der Kopfsteuer in Thüringen ist ein sozialer Skandal. Jeder Kapitalist zahlt soviel wie der ärmste Erwerbslose und nicht mehr. In diesen Tagen hat man eine alte Verordnung vom Jahre 1869 ausgegraben und wendet sie, um die Masseneintreibung der „Negersteuern“ durchzuführen, selbst gegen diejenigen an, die nicht einmal das steuerfreie Einkommen verdienen. Was haben wir von dieser Partei des sogenannten dritten Reiches zu erwarten? Sie wirbt um die Gunst des Arbeiters, während sie ihn tagtäglich im Dienste und im Auftrage des Finanzkapitals mit Knüppeln und Dolchen bearbeitet. Diese Kapitalsknechte, diese Mordkolonnen, die jetzt versuchen in die Arbeitermassen Verwirrung hineinzutragen - indem sie überall mit Pistolen und anderen Waffen auftreten -, sind eine ernste Gefahr für alle Kreise des kämpfenden Proletariats. Gegen die braune Mordpest müssen sich die Arbeiter zusammenschließen und offensiv auftreten.

Was bedeutet es, wenn diese Mordkolonnen in Deutschland mit Revolvern und anderen Mordwaffen Woche für Woche auftreten und ein junges Arbeiterleben nach dem anderen meucheln? Wir als KPD nehmen solche Tatsachen nicht ohne strenge und ernsthafte Gegenmaßnahmen entgegen. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, diese Bewegung sei der ernsthaften Beobachtung nicht würdig, wenn sie in ihren eigenen Reihen die Gegenwehr drosselt, so sagen wir als Kommunistische Partei, daß wir die Einheitsfront aller Arbeiter gegen den Faschismus zu schaffen haben, daß wir Betriebswehren gründen, in die sozialdemokratische und parteilose Arbeiter eingegliedert werden sollen.

Wo man uns schlägt, die Arbeiterklasse angreift, werden wir uns gegen diese Todfeinde der Revolution wehren und sie angreifen.

Wenn die Naziführer glauben, eine solche Arbeiterbewegung wie die deutsche so leicht zu bekämpfen, wie es im Mussoliniland, in Rumänien, Jugoslawien und Finnland möglich war, so irren sich diese früheren kaiserlichen Offiziere. Sie werden durch die Tatsachen der Entwicklung eines anderen belehrt. Mit ihren raffiniertesten Agitationsmethoden in Wort und Schrift gelang es ihnen, vorübergehend verzweifelte und erbitterte Massen, besonders aus den bürgerlichen Parteien, einzufangen und zu gewinnen, um noch einmal die herrschende Klasse vor dem Untergang zu retten. Bei der Beratung des Republikschutzgesetzes stellte diese Partei den unerhörten Antrag, alle diejenigen, die irgendwelche Führer des alten Heeres „beschmutzen“, mit dem Tode zu bestrafen. Alle diejenigen, die eine „Rassenvermischung“ durchführen, die gegen den §218 verstoßen, sollen mit Zuchthaus bestraft werden. Diejenigen, die dazu übergehen sollten, ehemalige Führer in Deutschland anzugreifen womit auch Kaiser Wilhelm, der bekannte Ausreißer, gemeint ist -, sollen mit Prügelstrafe bestraft werden. Weitere Anträge zeigen, was diese Partei in dem sogenannten dritten Reich durchzuführen beabsichtigt. In Deutschland soll mit dem faschistischen Mordterror gegen die Werktätigen regiert werden. Gewaltsam sollen die Arbeitermassen unterdrückt werden, wie dies in einigen Balkanstaaten und in Italien leider schon seit Jahren der Fall ist.

Hätte die Sozialdemokratie nicht eine verräterische Politik gemacht, dann könnten die Faschisten nicht so frech auftreten. Die Politik der Führer der Sozialdemokratie schuf die Voraussetzung, sie gab den Weg frei für die Brücke zur faschistischen Diktatur.

Nun zur Zentrumspartei, welche zwar in Hamburg wenig Bedeutung hat, aber in Gebieten wie im Ruhrgebiet, im Rheinland, in Süddeutschland sowie in Schlesien eine bedeutende Rolle spielt. Sie ist die Partei, die die Faschisierung am geräuschlosesten unterstützt und fördert. Wer übernahm die führende Rolle in der Reichsregierung, als die Sozialdemokratie ausgestoßen wurde? Es waren Brüning, Stegerwald, Wirth usw. Das Zentrum beschleunigte mit österreichischen Methoden den Prozeß der Faschisierung. In Preußen regiert das Zentrum. Was die Sozialdemokratie ausführt, geschieht im Auftrage und unter Führung des Zentrums.

Was Brüning und Stegerwald in ihren Reden heute sagen, zeigt ganz klar, daß die Zentrumspartei auch nicht davor zurückschreckt, ohne Reichstag die Aufgaben der Konterrevolution in Deutschland zu erfüllen.

Auch die Wirtschaftsparteien und die Bauernparteien, die angeben, die Interessen des Mittelstandes und der Bauern zu vertreten, verteidigen überall den herrschenden Kapitalismus und vertreten in Wirklichkeit die Interessen des Monopol- und Agrarkapitalismus.

Ich komme zum Schluß. Welchen Ausweg kann euch die KPD zeigen? Alle bürgerlichen Parteien sind bemüht, aus diesem morschen System einen Ausweg im kapitalistischen Sinne zu suchen. Historisch gesehen muß und wird der Kapitalismus an sich selbst zugrunde gehen. Wenn jetzt die Nazis mit neuen Methoden in die Bucht springen, so bedeutet das eine andere Methode, mit der man Millionenmassen verwirren will, um das System des Kapitalismus länger zu erhalten. Selbst die vagen Auswege, die von den bürgerlichen Parteien in ihrer jetzigen Propaganda vorgeschlagen werden, zeigen, daß sie nicht in der Lage sind, irgendwelche positiven, den Massen einleuchtenden Auswege zeigen zu können. Ein kapitalistischer „Ausweg“ aus diesem morschen System bedeutet buchstäblich eine Verewigung des sozialen Elends der kapitalistischen Versklavung, Unterdrückung und der Ausbeutung. Was geschieht, wenn das kapitalistische Deutschland schon in den nächsten Jahren nicht mehr in der Lage ist, fünf Millionen erwerbslose Arbeiter und Arbeiterinnen ernähren zu können, wenn die in Arbeit Stehenden immer mehr ausgeplündert und beraubt werden?

Eine solche Gesellschaft, wo Millionen Arbeiter nichts zu beißen haben, kann sich nie und nimmer halten. Deshalb die neuen Formen der faschistischen Propaganda in diesem Wahlkampf.

Wir stellen allen kapitalistischen Rezepten, allen neuen Operationen an dem kranken kapitalistischen Staatskörper den einzigen Ausweg, die proletarische revolutionäre Lösung, die alleinige Rettung durch den Kommunismus, entgegen. Wir sind die einzige antikapitalistische und antifaschistische, die marxistisch-revolutionäre Partei. Es ist eine infame Lüge, daß der Marxismus bankrott gemacht hat, wie die antimarxistische Front des Kapitalismus verleumderisch behauptet. Bankrott gemacht hat nicht der Marxismus, sondern bankrott gemacht hat die Politik der Sozialdemokratie, die das rote Sturmbanner, das Sturmbanner des Marxismus und Sozialismus, längst verlassen hat.

Von dieser Stelle aus brauchen wir nur einen Blick nach der Sowjetunion zu richten. Dort gibt es keinen Kapitalismus und keinen Faschismus, keinen Lohnabbau und keine Massenerwerbslosigkeit. Dort herrschen nicht Krise und Zusammenbruch. Dort reißt kein Youngplan das werktätige Volk in den tiefen sozialen Abgrund. Der Reallohn ist dort in den letzten fünf Jahren um 71 Prozent gestiegen. Im Lande von 153 Millionen Menschen, mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von drei Millionen, gibt es heute keinen arbeitslosen Industriearbeiter mehr.

In Deutschland gibt es bei 65 Millionen Einwohnern über 3 Millionen Erwerbslose.

Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist in der Sowjetunion durchgeführt. In Deutschland verdienen die Industriearbeiterinnen durchschnittlich 50, höchstens 60 Prozent der Arbeiterlöhne. Den schwangeren Frauen in der UdSSR wird sechs Wochen vor der Entbindung voller Lohn und sechs Wochen nach der Entbindung voller Lohn und Stillgeld ausgezahlt.

Bei steigendem Reallohn wurden in den letzten sechs Monaten über eine viertel Million neue Arbeiter in den Produktionsprozeß eingereiht. 11½ Millionen Arbeiter sind dort gewerkschaftlich organisiert. Der Bauer geht zur sozialistischen Wirtschaft über, während in Deutschland und in allen Ländern die Agrarkrise wütet.

Dort sind die Waffen in den Händen der Roten Armee, in den Händen der Arbeiter und der mit ihnen verbündeten Bauern. Hier in Deutschland schlagen die bewaffneten Garden des

Kapitals die Arbeiterklasse, die sich gegen die Kapitaloffensive wehrt, blutig nieder. Den Weg der UdSSR muß auch die deutsche Arbeiterklasse gehen! Diesen einzigen Ausweg aus der Katastrophe weist und zeigt euch die KPD.

Es gibt keine endgültige kapitalistische „Lösung“ im kapitalistischen System, durch die sich die Lage der Werktätigen verbessert, sondern nur eine proletarische revolutionäre Lösung, die Lösung, daß die Werktätigen die Staatsmacht in die Hände nehmen. Die Fesseln der Knechtschaft, die Fesseln der Lohnsklaverei müssen gesprengt werden. Erst die siegreiche nationale proletarische Revolution wird die kapitalistischen Youngketten zerreißen.

Die KPD als die Partei der nationalen Befreiung Deutschlands wird das wahr machen, wofür das Proletariat jahrzehntlang gestritten und gekämpft hat:

Arbeit und Brot allen Erwerbslosen!

Die Fabriken, die Bergwerke, die Banken der Arbeiterschaft!

Das Land den Landarbeitern und schaffenden Bauern!

Verteidigung des notleidenden Mittelstandes gegen Wuchersteuern und Monopolkapitalismus!

Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft!

Zerreißen des Sklavenpaktes der Youngbourgeoisie!

Wir kämpfen für eine Nation, in der aller kapitalistischer Grundbesitz Staatseigentum der Arbeiter und armen Bauern ist.

Die Frage der nationalen Befreiung Deutschlands steht stärker denn je auf der Tagesordnung der revolutionären Geschichte. Durch drei Generationen sollen die Peitsche des internationalen und die Peitsche des deutschen Kapitalismus über dem Haupt jedes einzelnen Werktätigen schweben. Diesem System muß ein Ende gemacht werden.

Wenn Millionen Erwerbslose, Betriebsarbeiter, Landarbeiter, ruinierte Mittelständler und arme Bauern nach einem Ausweg suchen, wir zeigen den Ausweg, sind dabei aber der Meinung, daß unsere Forderungen nur durch den Sieg des Kommunismus erkämpft werden können. Die Zerschlagung der räuberischen Youngbestimmungen und die Zerreißen der Youngsklaverei in Deutschland ist nur möglich durch den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft und durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur!

Das ist unser Programm. Die Entscheidung in diesem Kampfe fällt nicht im Parlament, sondern in den Betrieben und auf der Straße im außerparlamentarischen Massenkampfe unter Führung der Kommunistischen Partei.

„Heran an den Staat!“ nicht wie die Nazis und Sozialdemokraten und alle anderen bürgerlichen Parteien wollen, um an die Futterkrippen zu kommen, sondern „Heran an den Staat!“ in der gegebenen Situation, um seine morschen Säulen umzustürzen und die proletarische Diktatur aufzurichten, die einzige Staatsform, in der die proletarische Demokratie herrscht.

Hinweg mit dieser reaktionären Brüning-Regierung, dieser Hungerregierung in Deutschland! Aber auch hinweg mit diesem Hungersanat in Hamburg, der nur ein anderes Glied in der großen Kette des Ausplünderungsregiments darstellt. Der Hamburger Senat ist die Interessenvertretung der Schwerindustrie und Kaufmannschaft. Er verteidigt die Interessen der Hamburg-Amerika-Linie, während er Zehntausende von Arbeitern hungern und darben läßt. Jetzt vor der Wahl wird dieser Hungersanat sein wahres Gesicht noch nicht zeigen, aber nach der Wahl werden neue Tariferhöhungen, neue Steuervorlagen und Notverordnungen rücksichtslos auch gegen euch durchgeführt werden. Solange der Arbeiter von der kommunistischen Idee nicht überzeugt, nicht erfaßt ist, scheint seine Lage ausweglos und verzweifelt. Sein Leben lang sich für fremde Interessen schinden, die Familie ewig vom Hunger bedroht, kein Lichtblick im kapitalistischen System - das ist das Los, das „Teile von ihnen zur Verzweiflung treibt. Der Kommunist sieht die Lage nicht aussichtslos und verzweifelt! Wir haben die Aufgabe, die ganze Menschheit zu einem höheren,

vollkommeneren Leben zu führen. Karl Marx hat schon im „Kommunistischen Manifest“ ausgeführt, daß wir aus Sklaven an Maschinen, aus verzweifelten Hungerleidern freie, zufriedene, schaffensfrohe Erbauer einer neuen Zukunft, eines neuen, gemeinschaftlichen Lebens machen werden.

Wir werden die Welt des Sozialismus aufbauen nach dem Beispiel der Sowjetunion. Diese revolutionäre Aufgabe stellen wir uns als Ziel. Dort, wo die revolutionäre Staatsmacht im Interesse der Allgemeinheit der Werktätigen angewandt wird, wo Grund und Boden, Bergwerke, wo die Produktion der Industrie, wo die Schiffe, die auf dem Ozean fahren, den Arbeitern gehören, ist ein Staat arbeitender Menschen, für den wir ringen und kämpfen. Dieser proletarische Staat wird in der Zukunft noch manche ungeahnten Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus zeigen.

Auf der Tagesordnung steht in Deutschland die Frage Kommunismus oder Faschismus - Sozialismus oder Untergang in die Barbarei!

Alle bürgerlichen Parteien versuchen, die junge Generation an sich zu fesseln. Sie sind es aber gerade, die die Jungen und Mädels von 17 bis 21 Jahren in die Arbeitszwangsjacke des Arbeitsdienstpflichtgesetzes stecken wollen. Hier sollen sie vom Staat 40 Pfennig je Tag bei freier Beköstigung erhalten und in den Dienst des kapitalistischen Staates eingespannt werden; sie, die immer der erste Angriffspunkt der Reaktion auch schon vor dem Kriege waren. Unsere Aufgabe ist es, die proletarischen Jungarbeiter gemeinsam mit den Alten in der Arbeiterbewegung in eine fest zusammengeschmiedete, einheitliche Kampffront zu bringen. Unsere Aufgabe ist es, alt und jung, Mann und Frau gemeinsam in der Massenfront unter Führung der Kommunistischen Partei zu organisieren und die Massenoffensive gegen den Kapitalismus zu eröffnen. Wir sagen von dieser Stelle aus: Unsere Partei öffnet die Tore für jeden Arbeiter. Wir haben eine Anzahl parteilose, sozialdemokratische Arbeiter, sogar christliche Arbeiter im Ruhrgebiet, Rheinland und in Süddeutschland aufgefordert, unsere politische Arbeit zu überprüfen und gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern in einer Klassenfront gegen den tiefen Verrat ihrer Führer zu kämpfen. Nicht um der Parteiinteressen willen, sondern in erster Linie im Interesse der unterdrückten Klasse des Proletariats. Wir wollen nicht, daß diese Klasse von der faschistischen Diktatur blutig unterdrückt und niedergehalten wird. Die Arbeiterklasse, die schon große revolutionäre Aufgaben erfüllte, die in vielen Kämpfen ihren Mann gestanden hat, wird noch viel größere und entscheidendere Aufgaben erfüllen.

Wir brauchen in der Partei zur Durchführung unserer großen Arbeit, unserer großen Aufgaben, neues, frisches Blut und neue Kräfte aus den Reihen der deutschen Arbeiterklasse. Selbst wenn sie noch nicht ganz überzeugt sind von unserer Idee, von unseren Aufgaben, von unserer Arbeit, von unserer Politik so sollen sie sich in den Reihen unserer Partei überzeugen. Wir brauchen diese neuen Kämpfer. Wir brauchen vor allem die junge Generation, um zur gleichen Zeit unsere eigenen Reihen aufzufrischen und zu verstärken. In diesem Wahlkampf sagen wir: Die Stimmenabgabe am 14. September für die Liste 4, die Liste der Kommunisten, für die Partei der proletarischen Revolution, für die Partei der Maibarrikaden in Berlin, für die Partei des werktätigen Volkes in Deutschland - für eure Partei, die Partei aller Unterdrückten - , bedeutet eine revolutionäre Massendemonstration, ein revolutionäres Bekenntnis zum Kampf gegen das kapitalistische System und gegen den Mordfaschismus. Die Stimmenabgabe bedeutet Bekenntnis zum Kampf gegen Youngdeutschland - in dem ihr nicht nur vom nationalen, sondern vom internationalen Kapital ausgeplündert und ausgebeutet werdet gegen Massenelend und Faschismus, bedeutet, für ein freies, sozialistisches, für ein Sowjetdeutschland zu ringen und bis zum Siege für dieses große Ziel mit uns gemeinsam zu kämpfen.

„Hamburger Volkszeitung“

vom 13. und 14. August 1930.

Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Diese Erklärung, die sich an alle Arbeitenden in ganz Deutschland wendet, hat eine weit über den Rahmen der Tagespolitik hinausgehende, programmatische Bedeutung. Sie bildet ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werktätige deutsche Volk ist und zum ersten Male entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht zeigt.

Während die Sozialdemokratie die bestehenden Jammerzustände aufrechterhalten und verewigen will, während die Hitlerpartei mit betrügerischen Phrasen ein nebelhaftes „drittes Reich“ ankündigt, das in Wirklichkeit noch schlimmer aussehen würde als das heutige Elend, sagen wir Kommunisten klar, was wir wollen. Wir verschweigen nichts. Wir versprechen nichts, was wir nicht unbedingt halten werden. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Jungprolet, jeder Angestellte, jeder notleidende Mittelständler in den Städten, jeder werktätige Bauer auf dem Land, jeder ehrlich schaffende Mensch in Deutschland soll sich mit voller Klarheit von unserem Ziel überzeugen. Der einzige Ausweg aus der Katastrophe, die einzige Rettung Deutschlands, der einzige Weg zur nationalen Befreiung der Volksmassen - das ist Sowjetdeutschland.

Wir rufen in den jetzigen Wahlen alle Werktätigen in Stadt und Land auf, sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden, indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei, stimmen.

Proklamation des ZK der KPD

Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Youngplan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellter, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der zwölfjährigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet hat.

Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie erwecken den Anschein, als seien sie gegen den Youngplan, der den werktätigen Massen Deutschlands Not und Hunger bringt.

Diese Beteuerungen der Faschisten sind bewußte Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Youngplan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Youngplans mit, indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werktätigen Massen dulden und fördern, indem sie an der Durchführung der vom Youngplan diktierten Zoll- und Steuergesetze mithelfen (Zustimmung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung, Fricksche Negersteuer in Thüringen), indem sie alle Streikbewegungen gegen den Lohnabbau zu verhindern und abzuwürgen versuchen.

Die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft.

Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinski und Zörgiebel, sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.

Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.

Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarnovertrag, Dawesplan, Youngplan, deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden:

Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Youngplans auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland. In Wirklichkeit aber unterdrückt der Faschismus überall, wo er an der Macht steht, die von ihm unterworfenen Völker (in Italien die Deutschen und Kroaten, in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland die Schweden usw.). Die Führer der deutschen Faschisten, Hitler und seine Helfershelfer, aber erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat.

Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, ihre Bewegung richte sich gegen den Imperialismus. In Wirklichkeit aber treffen sie Abkommen mit den Imperialisten (England, Italien). Sie wenden sich gegen den Freiheitskampf der Kolonialvölker (Indien, China, Indochina), verlangen für Deutschland Kolonien und hetzen zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen siegreiche Arbeiterklasse sich gegen alle Überfälle des Weltkapitals, gegen alle Raubzüge der Versailler Imperialisten siegreich mit Waffengewalt verteidigt hat. Überall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, würgt und niederschießt, wirken die deutschen Faschisten durch ihre Vertreter mit: in China durch die Kapp-Putschisten Wetzet und Kriebel, in Südamerika durch die Militärmission des Generals Kuntz, in Österreich durch den Liebknecht-Mörder Pabst.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt. Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien eine „nationale“, eine „sozialistische“ und eine „Arbeiter“partei. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den Werktätigen alles das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur, eine Partei der Wiederaufrichtung des Regimes der Junker und Offiziere, eine Partei der Wiedereinsetzung der zahlreichen deutschen Fürsten in ihre „angestammten“ Rechte, der Offiziere und hohen Beamten in ihre Titel und Posten.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien Gegner der heutigen staatlichen und sozialen Ordnung. Zugleich aber beteiligen sie sich neben den Parteien des Großkapitals an der Regierung der Weimarer Republik in Thüringen. Sie teilen sich die Ministersessel mit der kapitalistischen Volkspartei und mit den Hausbesitzern der Wirtschaftspartei. Sie verhandeln in Sachsen mit allen Unternehmerparteien bis zur „Volksnationalen Vereinigung“ über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Sie erklären sich zur Teilnahme an einer Reichsregierung mit allen bürgerlichen Youngparteien bereit. Sie bekleiden Polizeiamter in Thüringen. Sie werden von den Kapitalisten subventioniert. Sie dulden in ihren eigenen Reihen nicht nur Hohenzollernprinzen, Coburger Herzöge, adlige Herrschaften, sondern auch zahlreiche Rittergutsbesitzer, Industrieunternehmer, Millionäre, wie den Ausbeuter Kirdorff und andere Scharfmacher, wie den Textilfabrikanten Mutschmann.

Alle Parteien in Deutschland, mit der einzigen Ausnahme der Kommunistischen Partei, treiben Koalitionspolitik im Reiche, in Preußen, in Thüringen und den anderen Einzelstaaten. Alle Parteien außer den Kommunisten sind Koalitionsparteien, Regierungsparteien, Ministerparteien.

Nur wir Kommunisten sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung aller Rechte und Vorrechte der herrschenden Klassen, für die Abschaffung jeder Ausbeutung.

Die Nationalsozialisten behaupten, Wirtschaftskrise und Ausplünderung der Massen seien lediglich Folgen des Youngplans; die Überwindung der Krise sei bereits gesichert, wenn Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages abstreift. Das ist ein grober Betrug. Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie im eigenen Lande muß gleichzeitig gestürzt werden. Die Krise wütet nicht nur im Deutschland des Youngplans, sondern auch in den siegreichen imperialistischen Ländern mit Amerika an der Spitze. Überall, wo die Kapitalisten und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, am Ruder sind, werden die Massen in der gleichen Weise ausgebeutet. Nur in der Sowjetunion bewegen sich Industrie und Landwirtschaft in aufsteigender Linie. Nur in der Sowjetunion wird die Erwerbslosigkeit beseitigt, werden die Löhne erhöht, werden die sozialpolitischen Errungenschaften der Werktätigen zu beispielloser Höhe ausgebaut. In allen kapitalistischen Ländern, in allen Ländern des Faschismus und der Sozialdemokratie wachsen Elend und Hunger, Lohnabbau und Erwerbslosigkeit, Reaktion und Terror.

Die Kommunistische Partei Deutschlands entfaltet den schärfsten politischen und wehrhaften Massenkampf gegen den national-verräterischen, antisozialistischen, arbeiterfeindlichen

Faschismus.

Wir kämpfen für die Rettung der werktätigen Massen vor der drohenden Katastrophe.

Wir Kommunisten erklären, daß wir nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland, im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller anderen Länder in erster Linie folgendes

Programm

durchführen werden, das wir der nationalsozialistischen Demagogie entgegenstellen:

Wir werden den räuberischen Versailler „Friedensvertrag“ und den Youngplan, die Deutschland knechten, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen, die den Werktätigen Deutschlands durch die Kapitalisten auferlegt sind, annullieren.

Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.

Wir Kommunisten werden zwischen Sowjetdeutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein festes politisches und Wirtschaftsbündnis schließen, auf Grund dessen die Betriebe Sowjetdeutschlands Industrieprodukte für die Sowjetunion liefern werden, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe aus der Sowjetunion zu erhalten.

Wir erklären vor den Werktätigen Deutschlands: Ist das heutige Deutschland wehrlos und isoliert, so wird Sowjetdeutschland, das sich auf mehr als neun Zehntel seiner Bevölkerung stützen und die Sympathien der Werktätigen aller Länder genießen wird, keine Überfälle ausländischer Imperialisten zu fürchten brauchen. Wir verweisen die Werktätigen Deutschlands darauf, daß die Sowjetunion nur dank der Unterstützung der Arbeiter aller Länder vermocht hat, mit Hilfe ihrer unbesiegbaren Roten Armee die Interventionen des Weltimperialismus erfolgreich zurückzuschlagen.

Im Gegensatz zu den heuchlerischen faschistischen Phrasen gegen das große Bank- und Handelskapital, im Gegensatz zu den leeren nationalsozialistischen Wortgefechten gegen die Schmarotzer und gegen die Korruption werden wir folgendes Programm durchführen:

Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Bankmagnaten, die heute dem Lande offen ihren Willen aufzwingen, schonungslos Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verschuldung an die deutschen und die ausländischen Kapitalisten annullieren.

Die Großhändler, die Magnaten des Handelskapitals, treiben heute die kleinen Kaufleute in den Ruin, werfen Tausende von Angestellten aufs Pflaster, vernichten Hunderttausende Mittelstandsexistenzen, wuchern die Bauern aus und schrauben die Preise für Massenkonsumartikel empor. Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Handelsmagnaten Einhalt gebieten, den Großhandel nationalisieren, starke Konsumgenossenschaften schaffen, die die Interessen aller Werktätigen wirklich vertreten und sie von räuberischen Profitmachern befreien werden. Mit eiserner Faust werden wir jede Spekulation, die sich die Not der Werktätigen zunutze macht, zerschmettern.

Wir werden die kapitalistischen Formen der Kommunalwirtschaft vernichten, den großen Hausbesitz entschädigungslos enteignen, die Arbeiter und die arme Bevölkerung der Städte in die Häuser der Reichen einquartieren.

Wir werden die Preise für Mieten, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmittel und alle Kommunalleistungen nach dem Klassenprinzip abstufen und sie für Proletarier und wenig bemittelte Werktätige auf das Mindestmaß herabsetzen.

Wir werden der Steuerpolitik der Bourgeoisie ein Ende machen. Durch Machtergreifung,

entschädigungslose Enteignung der Industriebetriebe, der Banken, des großen Hausbesitzes und des Großhandels wird die Arbeiterklasse alle Voraussetzungen für einen Klassenhaushalt des proletarischen Staates schaffen. Wir werden die Sozialversicherung aller Arten (Erwerbslosen-, Invaliden-, Kranken-, Alters-, Unfallversicherung, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenunterstützung) auf Kosten des Staates unbedingt sicherstellen.

Wir werden die Staatskasse der deutschen Sowjetrepublik von allen unproduktiven Ausgaben für Polizei und Kirche, für Pensionen und Renten an die abgedankten und davongejagten kaiserlichen Prinzen, Könige, Herzöge, Fürsten, Marschälle, Generale, Admirale, für Ministergehälter und Ministerpensionen, für die Bezahlung reaktionärer Beamten, von Korruptions- und Luxusausgaben jeder Art befreien.

Wir werden die Herrschaft der Großgrundbesitzer brechen, werden ihren Grund und Boden entschädigungslos enteignen und den landarmen Bauern übergeben, werden Sowjetgüter mit modernstem Maschinenbetrieb schaffen, die Arbeitsbedingungen des Landproletariats denjenigen der städtischen Arbeiterschaft gleichsetzen und viele Millionen werktätiger Bauern in den Aufbau des Sozialismus einbeziehen.

Mit eisernem proletarischem Besen werden wir alle Schmarotzer, Großindustriellen, Bankiers, Junker, Großkaufleute, Generale, bürgerliche Politiker, Arbeiterverräter, Spekulanten und Schieber aller Art hinwegfegen.

Wir werden den zur Unterdrückung und Knechtung der Werktätigen bestimmten Machtapparat zerschlagen. Vom Betriebe an bis hinauf zur deutschen Sowjetregierung - überall wird das Proletariat im Bündnis mit allen Werktätigen auf Grund der wirklichen, der breitesten Sowjetdemokratie herrschen.

Durch die Einführung des Siebensturentages und der viertägigen Arbeitswoche, durch ein festes Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion und die Hebung der Kaufkraft der Massen werden wir die Erwerbslosigkeit aus der Welt schaffen.

Wir werden jedem die Möglichkeit geben zu arbeiten. Wir werden alle Produktivkräfte der Industrie und Landwirtschaft ausschließlich in den Dienst der Werktätigen stellen. Wir werden den arbeitenden Frauen und der werktätigen Jugend volle politische Gleichberechtigung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit sichern.

Wir werden die Löhne erhöhen, indem wir die Unternehmerprofite, die unproduktiven Unkosten der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Reparationszahlungen abschaffen. Mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit werden wir allen bürgerlichen Faulenzern gegenüber das Prinzip durchführen: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Wir Kommunisten bringen den Werktätigen das Programm ihrer sozialen Befreiung vom Joche des Kapitals. Wir werden die Begeisterung der Massen zum Siege über die Bourgeoisie, zur sozialen und zugleich zur nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes entfachen. Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Youngplans und der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse kann die nationale Frage Deutschlands lösen.

Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden um die Kommunistische Partei Deutschlands zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herrschaft des Kapitals zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie - sowohl im Innern wie von außen - gänzlich aussichtslos wird.

Daher rufen wir alle Werktätigen, die sich noch im Banne der abgefeymten faschistischen Volksbetrüger befinden, auf, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus zu brechen, sich in das Heer des proletarischen Klassenkampfes einzureihen. Daher fordern wir Kommunisten alle Arbeiter, die noch mit der verräterischen Sozialdemokratie gehen, auf, mit dieser Partei der Koalitionspolitik, des Versailler Friedens, des Youngplans, der Knechtung

der werktätigen Massen Deutschlands zu brechen, die revolutionäre Millionenfront mit den Kommunisten zum Kampf für die proletarische Diktatur zu bilden.

Nieder mit dem Youngplan!

Nieder mit der Regierung der Kapitalisten und Junker!

Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe Sowjetdeutschland!

Berlin, den 24. August 1930

*Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)*

*„Die Rote Fahne“
vom 24. August 1930.*

Auf zum revolutionären Millionenbekenntnis für den Sieg der Kommunistischen Partei

An alle werktätigen Wähler!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Werktätige Deutschlands! Klassengenossen!

In Not und Elend, wirtschaftlich und politisch geknechtet, schreiten am 14. September die arbeitenden Massen Deutschlands zur Wahl.

Das Schicksal des Proletariats entscheidet sich nicht in Parlamentswahlen, sondern nur im offenen revolutionären Klassenkampf, im Kampf um die Macht.

Alle bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, ganz gleich, ob links oder rechts - alle Parteien kämpfen für das Fortbestehen des Kapitalismus, für die Erhaltung des gegenwärtigen räuberischen Youngsystems.

Alle Parteien - mit der alleinigen Ausnahme der Kommunistischen - sind Koalitionsparteien, Regierungsparteien, Ministerparteien. Der Bürgerblock mit dem reaktionären Zentrum an der Spitze regiert im Reich. Die Sozialdemokraten regieren in Preußen, Baden, Hamburg und in anderen Ländern. Die Nationalsozialisten regieren in Thüringen. Sie alle räubern und pressen mit Hilfe der Brüning'schen Notverordnungen das werktätige Volk aus.

Nur eine Partei kämpft nicht für Regierungssämter, für Ministerpensionen, sondern ausschließlich für die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten: Das ist die Kommunistische Partei.

Die Kommunistische Partei kämpft für den Sturz des bankrotten, völkerknechtenden Kapitalismus.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen den Youngplan, durch den das schaffende Volk Deutschlands 58 Jahre im Interesse des in- und ausländischen Finanzkapitals schamlos ausgebeutet werden soll.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen die faschistischen Arbeitermörder, die nationalsozialistischen Söldnergarden des Unternehmertums, die mit blutigem Terror die klassenbewußten Arbeiter planmäßig überfallen und meucheln.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen die Sozialdemokratie, die in den zwölf Jahren seit der Revolution durch ihre Regierungstätigkeit, durch fortgesetzten Verrat an der Arbeiterklasse, durch ihre Lakaienrolle im Dienste der ausländischen Kapitalisten und der deutschen Unternehmer unendliche Leiden und Entbehrungen über das Proletariat heraufbeschworen hat.

Die Kommunistische Partei ruft alle Werktätigen - Männer wie Frauen, Jugendliche wie erwachsene Betriebsarbeiter und Erwerbslose, Industrieproletarier wie Landarbeiter, die gesamte Arbeiterklasse ebenso wie alle Angestellten, unteren Beamten, notleidenden Mittelständler und armen Bauern zur roten Einheitsfront, zu gemeinsamem Kampf für Freiheit und Macht des werktätigen Volkes auf.

Der Arbeiter gehört zu uns! denn wir kämpfen für höheren Lohn, für Siebenstundentag, für Brot und Arbeit der Erwerbslosen, für Erhöhung der Unterstützungssätze, für billige Arbeiterwohnungen, für uneingeschränkte Sozialversicherung, für volle Gleichberechtigung der proletarischen Frauen, für die Rechte der Arbeiterjugend, für bessere Lebensbedingungen des Proletariats.

Der verarmte Mittelständler gehört zu uns! denn wir kämpfen gegen die verbrecherische Steuerpolitik der Kapitalisten, gegen die frevelhafte Zollgesetzgebung, gegen die unerschwinglichen Mieten, gegen die Verteuerung von Gas, Wasser und Elektrizität, gegen die Wucherherrschaft des Finanzkapitals.

Der werktätige Bauer gehört zu uns! denn wir kämpfen gegen Steuerdruck, gegen Zins- und

Pachtwucher, gegen Pfändungen und Zwangsvollstreckungen, gegen Großagrarien und die bauernfeindliche Politik der SPD und der bürgerlichen Parteien.

Wir Kommunisten machen keine betrügerischen Versprechungen wie alle anderen Parteien. Nicht durch das Parlament, sondern nur wenn die Massen einheitlich zusammenstehen und entschlossen gegen den Kapitalismus und seine Agenten kämpfen, werden die Forderungen des Volkes erfüllt. Nur dann ist die nationale und soziale Befreiung sicher.

Der Kapitalismus bricht zusammen. Die faschistischen Mordbanditen werden durch den revolutionären Kampf der Arbeiter niedergeschmettert werden. Gegen die Sozialverräter erheben sich der Haß und die Wut der proletarischen Massen.

Schon empören sich die eigenen Anhänger Hitlers gegen den offensichtlichen Betrug, den man an ihnen verübt. Schon kehren Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern und Reichsbannerkameraden schwer enttäuscht ihren Führern den Rücken und wenden sich dem Kommunismus zu.

Wir rufen alle Arbeiter, alle Anhänger der sozialdemokratischen und christlichen Parteien und Gewerkschaften auf, mit uns gemeinsam die siegreiche Freiheitsfront des kämpfenden Proletariats zu bilden.

Wir öffnen allen klassenbewußten Arbeitern die Tore unserer Partei.

Arbeiter und Werktätige ganz Deutschlands, die Kommunistische Partei ist eure Partei. Sie ist die einzige Partei der nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands. Sie ist die einzige antifaschistische, die einzig revolutionär-marxistische Kraft.

Nur der Sturz des Kapitalismus, nur die Diktatur des Proletariats, nur ein Sowjetdeutschland im Bündnis mit der freien Sowjetunion kann euch retten.

Darum richte ich in letzter Stunde vor den Wahlen an alle Klassenbrüder, an alle Werktätigen in Stadt und Land, an alle Kameraden der roten Front, an alle proletarischen Frauen, an die Jungarbeiter den ersten Appell:

Macht den 14. September zu einem Millionenbekenntnis für den Kommunismus, zu einer wuchtigen Massendemonstration und einer revolutionären Kampfansage aller Arbeitenden gegen die Ausbeuter! Millionen Stimmen für eure Partei, für Liste 4, für den Kommunismus!

Das gibt allen Arbeitenden und Hungernden neuen Mut, neue Kraft und neuen Angriffsgeist im Kampf für Freiheit, Brot und Macht. Zeigt der ganzen Welt, zeigt dem internationalen Proletariat, daß das werktätige Deutschland zur Fahne der sozialistischen Revolution steht. Keine Stimme den Parteien eurer Feinde. Keine Stimmenthaltung, denn sie nützt nur der Reaktion.

Wer nicht hungern will, damit die kapitalistischen Schmarotzer und Scharfmacher prassen;
wer nicht schuftet will, damit die deutschen Fronvögte Milliarden Tribute für das internationale Finanzkapital eintreiben;

wer gegen Youngsklaverei, Faschismus und Massenelend zu kämpfen gewillt ist;

wer ein freies, sozialistisches Deutschland will - der wählt am 14. September Kommunistische Partei.

Berlin, 12. September 1930

Im Auftrage des Zentralkomitees der KPD

Ernst Thälmann

Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands

Vorsitzender des „verbotenen“ Roten Frontkämpferbundes

*„Hamburger Volkszeitung“
vom 12. September 1930.*

Für Brot und Freiheit!

*Rede im Berliner Sportpalast
12. September 1930*

Genossen und Genossinnen! Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, im Namen des nicht zu verbietenden Roten Frontkämpferbundes überbringe ich euch revolutionäre und kameradschaftliche Grüße.

Es ist mir eine besondere Freude, hier im roten Berlin, der Residenzstadt der Bourgeoisie, in der sich die Klassengegensätze - auf der einen Seite Reichtum, auf der anderen Seite Armut - schärfer als in einer anderen Stadt gegenüberstehen, zu dem revolutionären Proletariat und den werktätigen Massen sprechen zu können.

Der gewaltige Zustrom der werktätigen Massen in Deutschland, die uns hören wollen, die unsere Ideen kennenlernen wollen, die unsere Literatur kaufen und die vor allen Dingen in unseren letzten gewaltigen Kundgebungen in ganz Deutschland zu uns kamen, ist von elementarer Wucht, ist getragen von glühender Begeisterung, von gewaltiger Kraft.

Diese neue Begeisterung ist auch auf die Veröffentlichung unseres Programms der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes zurückzuführen.

Eine Schlammflut von Verleumdungen durch unsere Feinde ergießt sich gerade jetzt über die Kommunistische Partei. Während aus dem zusammengeschmolzenen Häuflein der Demokraten die Führer zur SPD kommen, kommen viele sozialdemokratische Funktionäre und Arbeiter zur Kommunistischen Partei.

Besonders in den besetzten Gebieten hat unser Befreiungsprogramm eine ungeheure Begeisterung in allen Schichten der werktätigen Bevölkerung ausgelöst. Es ist kein Zufall, daß gerade dort auf dem historischen Boden die Geschichte der Partei am engsten verbunden ist mit unserem Kampf gegen den räuberischen Versailler Vertrag, gegen den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet, gegen den Locarnovertrag, gegen Dawesplan - und in der gegenwärtigen Situation, gegen die Annahme und Durchführung des Youngplans.

Die Massen, die zu uns strömen- wie in der heutigen Versammlung und in der Versammlung in Essen, wo 40000 zu uns kamen -, bezeugen, daß sie unsere revolutionären Taten gegen die klassenverräterischen und landesverräterischen Separatisten während der Besetzung des Ruhrgebiets nicht vergessen haben. Wir waren diejenigen, die unermüdlich gegen den französischen, englischen und belgischen Imperialismus kämpften. In der Zeit der Inflation 1923 war unsere Losung „Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!“

Viele unserer Besten mußten dafür in die Zuchthäuser und Gefängnisse gehen.

Heute wissen wir, daß die Reparationsfrage und unsere Programmerkklärung eng mit der Geschichte unserer Partei verbunden sind. *Unser Befreiungsprogramm ist die Konsequenz der gesamten Politik der Kommunistischen Partei seit zwölf Jahren.*

An dieser Stelle sprach der sogenannte linke Sozialdemokrat Künstler am Sonntag die freche Verleumdung aus, daß in Berlin eine Konferenz von Offizieren getagt habe, an der ein russischer Militärattache teilgenommen habe und wo das Befreiungsprogramm beschlossen worden sei.

Diese Verleumdung sprach derselbe Mann aus, der vor dem 1. Mai 1929 die Lüge von den 200 Toten am 1. Mai, die die KPD gewünscht haben sollte, in die Welt setzte.

Vor wenigen Tagen erschien das sogenannte Hitlermanifest.

Das Manifest sagt nichts vom „dritten Reich“, sagt nichts von der nationalen Befreiung der Werktätigen Deutschlands. Es ist ein Manifest, das dadurch charakterisiert wird, daß Hitler gezwungen war, seine kapitalistischen Geldgeber zu befragen, ob er überhaupt erst ein Manifest ausarbeiten dürfe und ob den Rittergutsbesitzern und Industriellen ein solches angenehm sei.

Durch die Klarheit und Kürze unseres Programms ist eine Verwirrung unter unseren Gegnern und in der bürgerlichen Presse entstanden. Die Verleumdung, die gegen uns angewandt wird, zeigt, daß bei allen diesen Parteien etwas faul sein muß.

Unsere Gegner lügen von einem Dreibund Thälmann, Hitler und Hugenberg. Zwei Beispiele können die Infamie dieser Behauptung zeigen: Als Hitler in einer großen Kundgebung in Essen sprach, zu der die Bourgeoisie in 177 Autos angefahren kam, da lud ihn der Industrielle Kirdorff am Abend nach der Versammlung zu einem Abendessen ein.

Könnt ihr euch denken, daß ich heute abend nach der Versammlung von Borsig zu einem Abendessen eingeladen werde?

Ein zweites Beispiel: Wenn wir mit Hitler und Hugenberg in einer Front wären, warum zücken dann die Arbeitermordkolonnen der Nationalsozialisten dauernd die Dolche gegen die Arbeiter, die mit glühender Leidenschaft für die Befreiung des werktätigen Deutschlands kämpfen? Und warum hat bisher auch nicht ein Nationalsozialist irgendeinem Kapitalisten ein Haar gekrümmt?

Wer sagt, wir sind Freunde von Hitler und Hugenberg, der will nur verstecken, daß er Freund der Bourgeoisie, Freund des Faschismus ist. Wir aber sind Freunde der Millionen des werktätigen Volkes, wir allein kämpfen für die Befreiung des werk-tätigen Deutschlands.

Wir können Rechenschaft über alle unsere Handlungen seit den letzten Wahlen 1928 ablegen, während die anderen Parteien ihre Versprechungen von damals nicht im entferntesten eingehalten haben.

Wir wissen, daß alle Fragen des Befreiungskampfes nicht nur national zu behandeln sind, sondern im engsten Zusammenhang mit den Grundfragen der Weltökonomie und Weltpolitik stehen. Der Kampf gegen den räuberischen Youngplan ist eng verbunden mit dem Klassenkampf der Proletarier der ganzen Welt.

Die Möglichkeiten des Sieges des Kommunismus in der ganzen Welt waren noch niemals so groß wie heute. Der vorwärtsstürmende Kommunismus in China, wo in verschiedenen Gebieten die Sowjetfahne aufgepflanzt ist, und das Übergreifen des revolutionären Kampfes nach Indien, Indochina und Afrika zeigen, daß der Kommunismus in der ganzen Welt vorwärtsstößt. Die 250000 Menschen, die unter dem Einfluß der illegal arbeitenden Kommunistischen Partei in den Straßen von Budapest, in Horthy-Ungarn, marschierten, sind ein weiteres Zeichen dafür. Das vielleicht wichtigste Ereignis in der politischen Arena der internationalen Geschichte ist, daß seit acht Jahren zum ersten Male in Italien, in Turin, trotz des faschistischen Mussolinisystems die geknechteten Massen in den Kampf traten. Auch die Vorgänge in Polen zeigen, daß die Krise der polnischen Bourgeoisie zur proletarischen Revolution, zum Siege des Proletariats führen muß.

In Deutschland rennt die Lawine des proletarischen Massenkampfes gegen die Pforten des kapitalistischen Systems, gegen die Pforten des Reichtums an. Zwölf Jahre kapitalistische Republik, das sind zwölf Jahre Ausplünderung der Arbeiter, der Angestellten, der unteren Beamten, des Mittelstandes und der armen Bauernschaft. Wo blieb die Verwirklichung der Versprechungen der Sozialdemokraten nach den Maiwahlen 1928? Damals fuhren die Möbelwagen der SPD mit den Losungen „Für Kinderspeisung, gegen die Bewilligung der Panzerkreuzer!“ In der Regierung Hermann Müller hat die SPD die Panzerkreuzer bewilligt und die fünf Millionen Mark für Kinderspeisung abgelehnt.

Vor den Wahlen hat die SPD von den Verbesserungen der Leistungen der Invalidenversicherung gesprochen. In der Regierung bezeichnete der Arbeitsminister Wissell diese Forderungen als unmöglich und undurchführbar.

Vor den Wahlen forderte die SPD Ausdehnung der Krisenunterstützung für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit. In der Regierung stimmte die SPD die Anträge der Kommunisten und ihre eigenen Anträge nieder, als sie merkte, daß sich eine Mehrheit für diese finden würde.

Zur Zeit des Bürgerblocks machte die SPD aus Gründen der Wahlagitation einen Vorstoß

gegen den Versuch Keudells, den RFB zu verbieten. In der Regierung verboten Severing und Grzesinski den RFB. Aber wie Bismarck und Puttkamer nichts gegen die Sozialdemokratische Partei der Vorkriegszeit vermochten, so werden auch ein Severing und Zörgiebel in Preußen-Deutschland es nicht vollbringen, den RFB zu verbieten.

In Worten führte die SPD eine Agitation gegen die Geldsackdiktatur, aber führt sie nicht in der Preußenregierung, in Baden, in Braunschweig und anderswo die Notverordnungen durch? Hat sie nicht vor wenigen Tagen unsere Forderungen auf Einberufung des Preußischen Landtages abgelehnt, aus Furcht, durch einen Fußtritt des Zentrums auch aus der Preußenregierung hinauszufiegen?

Während die SPD der Büttel der Regierung der Youngausplünderung ist, mobilisiert die KPD die Massen zum Kampf gegen die Ausbeuter. Wir erklären, daß die ungesetzlichen Handlungen der Brüning-Regierung mit ungesetzlichen Handlungen des werktätigen Volkes beantwortet werden müssen: mit dem Steuerstreik!

Nach den Wahlen wird die deutsche Bourgeoisie versuchen, die Löhne der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten zu kürzen und die hohen Beamten zu schonen. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird der Kampf gegen die Lohnräuber geführt werden.

Die Reformisten unterstützen - wie das Beispiel von Mausfeld und Nordwest und auch von Berlin zeigt - durch ihre Streikbruchpolitik die Angriffe der Industrie.

Genossen! Das Schuldkonto der bürgerlichen Parteien und der SPD ist so groß, daß diese von Millionen Wählern auf die Anklagebank, vor Gericht gestellt werden müßten. Und in diesem Wahlkampf werden sie von vielen Millionen Werktätiger für ihre schändlichen Handlungen eine Ohrfeige bekommen.

Als im März dieses Jahres die Sozialdemokratie einen Fußtritt bekam und aus der Regierung hinausflog, tat dies das deutsche Finanzkapital deshalb, weil es unmittelbar selbst die Kommandohöhen innerhalb der Regierung besetzen wollte. Aber dadurch wird die Tätigkeit der SPD zur Unterstützung des Finanzkapitals keineswegs herabgemindert. Die Fragestellung der deutschen Bourgeoisie ist nicht Faschismus oder Sozialdemokratie, sondern Faschismus und Sozialdemokratie. Dadurch entsteht die eigenartige Situation, daß die Hindenburg-Parteien, die in der Reichsregierung ohne die Sozialdemokratie regieren, in der Preußenregierung mit der Sozialdemokratie und in Thüringen mit den Nationalsozialisten regieren.

Die Reichstagswahlen bedeuten eine Entscheidung für oder gegen den räuberischen Youngplan. Für die deutsche Bourgeoisie ist es von der größten Bedeutung, ob es ihr gelingt, jährlich über 2 Milliarden Mark Kreditleistungen und darüber hinaus ungefähr 1,4 bis 1,6 Milliarden Mark Zinszahlungen für die aufgenommenen Kredite, das heißt insgesamt 3,4 bis 3,6 Milliarden, aus den Knochen, aus dem Blut und Schweiß der werktätigen Millionen herauspressen zu können.

Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß dies der deutschen Bourgeoisie nicht gelingen wird. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die historische Tatsache, daß der Führer der Kommunistischen Internationale, Genosse Stalin, auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B) sagte:

„Zu glauben, daß die deutsche Bourgeoisie imstande sein werde, in den nächsten zehn Jahren 20 Milliarden Mark zu zahlen, und daß das unter dem doppelten Joch der ‚eigenen‘ und der ‚fremden‘ Bourgeoisie lebende deutsche Proletariat sich diese 20 Milliarden ohne ernstliche Kämpfe und Erschütterungen von der deutschen Bourgeoisie abzapfen lassen werde, hieße den Verstand verloren haben. Mögen deutsche oder französische Politiker sich den Anschein geben, als glaubten sie an dieses Wunder. Wir Bolschewiki glauben nicht an Wunder.“ [J. W. Stalin, Werke, Bd. 12, S. 219. *Die Red.*]

Die Sozialdemokraten haben bei der Annahme des Youngplans Erleichterungen für das deutsche Volk prophezeit. Ich glaube, die Blüten der Youngära sind bereits in diesen sechs

Monaten rücksichtslos zerstört worden. Neue Hungergesetze gegen Millionen Werktätiger in Deutschland, das ist das Ergebnis der „Erleichterungen“.

Nach dem 14. September werden die Unternehmer noch rücksichtsloser gegen das werktätige Volk vorstoßen. Die Berliner Metallindustriellen haben bereits mit den Entlassungen der Angestellten begonnen. Im Ruhrgebiet ist der Schiedsspruch bis zum 30. September ausgesetzt worden. Die Berliner Metallindustriellen warten mit ihren neuen Anschlägen bis nach den Wahlen, um die Erbitterung nicht noch mehr zu schüren.

In diesen wenigen Wochen hat sich auch gezeigt, daß die Frage der Preissenkung, die als Vorwand zur Lohnsenkung gebraucht wurde, ein großer Schwindel ist.

Auf der Linie dieses Vorstoßes liegt es auch, daß die Preise für Gas, Wasser, Elektrizität und die Steuern und Mieten erhöht wurden und dadurch nicht nur die Arbeiter schwerstens betroffen werden, sondern auch der Mittelstand dem Ruin entgegengeht.

Wir waren auch die einzigen, die gegen die Krankenscheingebühr von 50 Pfennig und den Arzneikostenbeitrag von 50 Pfennig gekämpft haben und kämpfen. Wir forderten: Die Reichen sollen zahlen, und der Raub an den Pfennigen der werktätigen Millionen soll verhindert werden, indem wir rücksichtslose Besteuerung der Millionäre, des großen Besitzes, der großen Gehälter und Pensionen gefordert haben und dafür Steigerung der Gehälter der unteren Beamten und Angestellten verlangten. Wir forderten die Durchführung des gesetzlichen Siebensturentags bei vollem Lohnausgleich, wodurch nach unseren Berechnungen ungefähr drei Millionen Menschen beschäftigt werden können. Bürgerblock und Sozialdemokratie haben auch diesen Antrag abgelehnt.

Wir sind die einzige antikapitalistische, die einzige antifaschistische, die einzige revolutionär-marxistische Partei Deutschlands. Wenn Nazis und bürgerliche Parteien sagen, der Marxismus hat Bankrott gemacht, so erklären wir: Nicht der Marxismus hat Bankrott gemacht, sondern die Politik der Sozialdemokratie.

SPD und Nazis haben sich in den letzten Wochen immer offener an die Diktaturregierung Brüning angegliedert. Otto Braun erklärte, daß die SPD koalitionsbereit sei. Die Frick und Hitler fordern das Innenministerium und das Reichswehrministerium in der kommenden Regierung.

Wir werden die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats mit den werktätigen Mittelschichten, die dem Ruin verfallen sind, herstellen. Mit uns marschiert die junge Generation, erfüllt von glühendem Haß gegen die Ausbeuter und von leidenschaftlicher Begeisterung für die Sache des Proletariats.

Von größter Bedeutung für die Entwicklung in Deutschland ist es, daß die Freunde Hindenburgs - die aus der Zeit vor und während des Krieges bekannt sind, und die nach 1918 vorübergehend in der Versenkung verschwunden waren -, die Leute wie Seeckt und andere in führende Positionen in den bürgerlichen Parteien einrücken, um die zukünftige Militärdiktatur vorzubereiten.

Wenn Treviranus und Schiele mehrmals hintereinander zum Ausdruck brachten, daß man auch vor einem Staatsstreich nicht zurückschrecken sollte, so ist das nur eine Ankündigung dessen, womit die Millionenmassen in Deutschland nach dem 14. September zu rechnen haben.

Alle bürgerlichen Parteien rufen nach dem Diktator. Die einen wollen eine Diktatur Hindenburgs, die zweiten eine Diktatur Treviranus', die dritten rufen nach der Diktatur Hugenbergs und die vierten nach einer Diktatur Hitlers. Auch wir sagen, wie wir es in unserem revolutionären Befreiungsprogramm ausgesprochen haben: Wir wollen eine Diktatur. Und diese Diktatur seid ihr, die deutschen Arbeiter.

Wir werden durchführen, was wir in der Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes gelobt haben: „Mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit werden wir allen bürgerlichen Faulenzern gegenüber das Prinzip durchführen: Wer nicht

arbeitet, soll auch nicht essen.”“

Genossen! Wir haben in Deutschland zwei Nationen: die Nation der Reichen und die Nation der Armen, die Nation der Hungrigen und die Nation der Satten. Ich sage von dieser Stelle aus, daß unser Programm eine historische Bedeutung hat. Es wird der Tag kommen, wo die Nation der Hungrigen die Nation der Satten verschlingen wird.

Wir wissen, daß am 14. September neue Hunderttausende zur Kommunistischen Partei kommen werden. Wir wissen, daß Millionen in Deutschland durch den ehernen Weg der Geschichte, den die Bourgeoisie selbst beschritten hat, zu uns kommen werden, zu uns kommen müssen.

Mit Stolz und Begeisterung blicken die Millionen Werktätigen auf die Sowjetunion, die in ihrer dreizehnjährigen Existenz zum ersten Male der ganzen Welt gezeigt hat, wie man sich von den Sklavenketten der Siegerländer befreit. Wer die Hoffnung hat, daß die deutsche Bourgeoisie die Zerreißung des Youngplans in die Wege leiten wird, der wird bitter enttäuscht werden. Diese Bourgeoisie ist viel zu feige, um die Ketten zu zerreißen.

Die deutsche Bourgeoisie ist auch nicht imstande, den 3 Millionen Erwerbslosen, die nach Arbeit und Brot schreien, Arbeit und Brot zu geben, sie ist nicht imstande, den 12 bis 13 Millionen noch im Betrieb stehenden Arbeitern das Existenzminimum zu sichern. Sie muß auch zulassen, daß Hunderttausende von Mittelstandsexistenzen zugrunde gehen, daß die kleinen Bauern immer mehr verelenden, während die Großagrarien immer reicher werden. Die geschichtliche Mission der Zerreißung des Youngplans kann nur das Werk des arbeitenden Deutschland sein.

Wir glauben, daß die geschichtlichen Wege klar vor uns liegen: entweder Faschismus oder Kommunismus; entweder Sozialismus oder Untergang in die Barbarei. Wir, die Partei des werktätigen Volkes, versprechen, für den Sozialismus zu kämpfen. Wir werden zu jeder Zeit und Stunde dort sein, wo das Herz der Unterdrückten schlägt. Und es wird die Zeit kommen, wo die 20000 bis 30000, die heute noch in Deutschland das Heft in der Hand haben, auswandern müssen. Dann erst ist Deutschland das freieste und reichste Land der Welt. Wenn die Millionen mit uns marschieren, dann werden wir das Banner der Revolution auf den Villen und Palästen der Bourgeoisie aufpflanzen; dann werden wir die Diktatur des Proletariats errichten; dann wird durch den Sieg der proletarischen Revolution an Stelle Youngdeutschlands ein freies, sozialistisches Deutschland stehen! Das ist der Weg, den wir im Programm gezeigt haben.

Unsere Partei wird diese Aufgabe in dauernder Verbindung mit euch, mit den Massen in den Betrieben und auf den Stempelstellen lösen. Wer gewillt ist, mit uns das Banner des Befreiungskampfes zu erheben, der reihe sich ein in unsere Partei. Wir werden der Bourgeoisie zeigen, daß wir ein neues 1918 nicht an uns vorübergehen lassen. Dann werden wir russisch sprechen, russisch kämpfen und russisch siegen!

*„Die Rote Fahne“
vom 13. und 14. September 1930.*